C 21734 D

Angola: Zum gescheiterten Putschversuch S. 40



Arbeiterkampf

Jg. 7 AK 107 27.6.77 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 1,–

Kommunisten-verbot wieder aktuell

In diesem Jahr haben sich die Drohungen von CDU/CSU-Politikern verstärkt, ein Verbot kommunistischer Organisationen durchsetzen zu wollen. Konkretere Gestalt nahmen diese Drohungen nach den Protesten gegen das geplante Atomkraftwerk Grohnde (19. März) an, als Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht bekannt gab, er wolle sich im Bundesrat für ein Verbot der „K-Gruppen" einsetzen.

Ein noch konkreteres Modell bot Baden-Württembergs Ministerpräsident Filbinger Anfang Juni an: Nach diesen Vorstellungen sollte der Staat „etappenweise" vorgehen. Zuerst sollten a l l e „K-Gruppen", einschließlich der DKP, für „verfassungswidrig" erklärt werden. *„Daraus solle sich aber noch keine Verbotsautomatik für alle diese Gruppen ergeben. Vielmehr solle dieses Verbot ‚wie ein Damoklesschwert' über den Gruppen hängen. Erst wenn wieder eine von ihnen gewalttätig werde, solle die Regierung als Exekutive sofort über ein Verbot entscheiden"* („Welt", 9.6.). Von diesem Modell verspricht sich Filbinger Möglichkeiten für ein differenzierteres Vorgehen – so soll die DKP dadurch zum einen noch weiter nach rechts gedrängt werden, zum anderen aber noch direkter in die Sphäre der „Verfassungswidrigkeit" gerückt werden.
gedrängt werden, zum anderen aber noch direkter in die Sphäre der „Verfassungswidrigkeit" gerückt werden.
Die DKP hat auch sofort auf dieses Modell angebissen, indem sie versicherte, sie gehöre nicht zu jenen bösen Organisationen, die z.B. gewalttätig gegen AKW-Bauplätze vorgehen, und es sei überhaupt eine Schweinerei, die DKP in einem Atemzug mit den „Chaoten" zu nennen. Eine andere Form politischer Dummheit führte der „KPD/ML"-Vorsitzende Aust vor, der großmäulig verkündete: Der bürgerliche Staat könne sich die Mühe sparen, der „KPD/ML" Verfassungswidrigkeit n a c h z u w e i s e n, denn das würde „die Partei" dem Staat jederzeit schriftlich geben.

Inzwischen scheint Filbinger schon einen Schritt weiter zu sein, und auch von dem „differenzierten" Vorgehen ist derzeit nicht mehr die Rede: So verkündete Filbinger kürzlich, *„daß an der Verfassungswidrigkeit der sogenannten K-Gruppen kein Zweifel mehr bestehen könne"*, und teilte mit, daß die baden-württembergische Landesregierung *„derzeit Verhandlungen mit anderen CDU-regierten Bundesländern führe, um einen Verbotsantrag gegen diese kommunistischen Parteien einschließlich der DKP zu erreichen. Er hoffe, daß der Bundesrat sich nach der Sommerpause auf eine entsprechende Initiative einige"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 18.6.).

Vom Verbot kommunistischer Organisationen ist gesprochen worden, seit es sie – bei Beibehaltung des KPD-Verbots von 1956 – in der BRD wieder gibt, so nach dem „Sturm" der „KPD" auf's Bonner Rathaus, nach den abenteuerlichen Aktionen der „KPD/ML" während der Münchner Olympiade, anläßlich der Demonstrationen von „KPD" und „KPD/ML" gegen den Breschnew-Besuch u.a.m.

Man muß die neuen Drohungen wie immer ernst nehmen, muß mit der Möglichkeit eines Verbots rechnen und sich darauf vorbereiten. Gerade die ständigen Verbotsdrohungen auch gegen die DKP zeigen, daß man keineswegs aus der Gefahrenzone kommt, indem man sich von der revolutionären Zielsetzung und kämpferischen Aktionsformen distanziert.

KPdSU gegen "Euros"

Das Spiel ist angepfiffen



„Kommunistische Weltbewegung"

„Kommunistische Weltbewegung"

„Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß Carillos Interpretation des „Eurokommunismus" allein mit den Interessen des Imperialismus, den Kräften der Aggression und Reaktion übereinstimmt." – Mit dieser Stellungnahme in der „Nowoje Wremja" (Neue Zeit) vom 23. Juni ist erstmals von sowjetischer Seite ein offener Angriff auf die spanische „KP" und den „Eurokommunismus" insgesamt erfolgt. Die Stellungnahme kann als quasi offiziell gelten, da die „Nowoje Wremja" faktisch ein Sprachrohr des sowjetischen Außenministeriums ist. Die unvermutete Schärfe dieser Stellungnahme („Bannstrahl"), auch wenn die spanische, französische und italienische „KP" noch verhältnismäßig zurückhaltend darauf reagiert, läßt die von uns bereits seit längerem angedeutete und im letzten AK nochmals ausdrücklich vorausgesagte Spaltung der revisionistischen Weltbewegung schlagartig zur unübersehbaren und unwiderrufbaren Tatsache werden. Dieses Datum wird ähnlich in die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung eingehen wie der Beginn der öffentlichen Polemik zwischen der VR China und der UdSSR 1963 – wenn auch in anderem Sinn. Eine Versöhnung zwischen dem sogenannten „realen Sozialismus" und dem „Eurokommunismus", die namentlich nach der Berliner Konferenz der europäischen „KP"s im letzten Jahr verschiedentlich noch prophezeit wurde, ist damit endgültig in den Bereich des politischen Fabulantentums verwiesen worden – vor allem ist aber das Geschwätz der Revisionisten selbst über die angeblich unverbrüchliche Einheit und Geschlossenheit ihres „Lagers" damit als Roßtäuscherei entlarvt.

Der Artikel der „Nowoje Wremja" erschien als Rezension von Carillos Buch „Eurokommunismus und der Staat", das im April veröffentlicht wurde und im August auch in deutscher Sprache vorliegen soll. Der
Staat", das im April veröffentlicht wurde und im August auch in deutscher Sprache vorliegen soll. Der
Vorwurf gegen Carillo, auf den kürzesten Nenner gebracht, lautet: „**eskalierender Antisowjetismus**". Carillo habe in seinem Buch z.B. die *„verleumderische Behauptung"* aufgestellt, die Sowjetunion sei für das Wettrüsten verantwortlich und verfolge Großmacht-Ziele. In diesem Zusammenhang wirft „Nowoje Wremja" Carillo auch vor, daß er sich für den Eintritt Spaniens in die NATO ausgesprochen habe, *„deren Hauptzweck es ist, einen Krieg gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder vorzubereiten."* Der „Eurokommunismus" sei irrig, weil er die Möglichkeit einer *„besonderen Art von Kommunismus"* unterstelle; es gebe aber nur *„e i n e n Kommunismus"*. In die Praxis umgesetzt, würden Carillos Ansichten zur Spaltung der „internationalen kommunistischen Bewegung" und damit zu jenem Ziel führen, *„das die reaktionären, imperialistischen Kräfte angestrebt haben. ... Es muß gesagt werden, daß die Idee einer Teilung der europäischen kommunistischen Bewegung, die Idee, sie zu spalten, dem Herzen Carillos offensichtlich sehr nahe steht"* (Zitate nach „FR", „FAZ" und „SZ" vom 24.6.77).

„Die Spaltungs-Strategie des Imperialismus wurde auf der Konferenz der kommunistischen Parteien in Berlin verurteilt... Leider treten in den Reihen der Kommunisten selbst Personen auf, die sich Positionen zu eigen machen, die den Prinzipien der internationalistischen Solidarität zuwiderlaufen; schlagendes Beispiel dafür ist Carillo und sein Buch." – *„Der Eurokommunismus ist engstens*
widerlaufen; schlagendes Beispiel dafür ist Carillo und sein Buch." – *„Der Eurokommunismus ist engstens*
verbunden mit dem Antisowjetismus von Carillo, der im Wachsen ist, und der es sich erlaubt, sogar Argumente vorzubringen, zu denen nicht einmal die reaktionären Publizisten greifen." (lt. „il manifesto", 24.6.).

„Die Absage an die internationalisitischen Positionen und an die eigenen Prinzipien wegen eines zeitweiligen taktischen Vorteils, eine offenbar unfreundliche Position gegenüber dem ersten sozialistischen Staat der Welt sind ein guter Dienst für den Klassengegner, der seine antisowjetischen Aktivitäten aktiv international abstimmt" (lt. „UZ", 25.6.).

Auffällig ist an diesen Vorwürfen, soweit sie hier bislang bekannt wurden, daß sie sich letztlich auf e i n e n e i n z i g e n Punkt reduzieren: den des „Antisowjetismus". Carillos Befürwortung der NATO und der EG wird a u s s c h l i e ß l i c h unter dem Gesichtspunkt angegriffen, daß sie Instrumente des Imperialismus gegen die Sowjetunion sind; n i c h t dagegen in ihrer Rolle als Instrumente des Imperialismus gegen die „Dritte Welt" oder gegen die Arbeiterklassen in den imperialistischen Ländern selbst. Anders gesagt: „Nowoje Wremja" greift nicht das Arrangement der „Eurokommunisten" mit der e i g e n e n Bourgeoisie gegen die e i g e n e Arbeiterklasse an, die Kollaboration

Fortsetzung Seite 2

Ungeheuerlich! Mordanzeige gegen Anwälte!

Stuttgart. Eine Provokation besonderer Art hat sich jetzt die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe geleistet: Sie erstattete am 21.6. gegen die beiden Anwälte Arndt Müller und Armin Newerla Strafanzeige wegen »versuchten Mordes« und »Körperverletzung«: Müller und Newerla sind die Verteidiger der beiden Gefangenen Verena Becker und Sabine Schmitz, die sich seit dem 25. Mai in einem unbefristeten Hungerstreik befinden. Sie wollen durch den Hungerstreik ihre Verlegung in den 7. Stock des Stammheimer Gefängnisses erreichen, wo sie zusammen mit fünf weiteren Gefangenen aus der RAF untergebracht werden sollen. Eine Zusage seitens des baden-württembergischen Justizministeriums liegt bereits seit Monaten vor, wurde aber bislang nicht eingelöst. Aufgrund ihres seit vier Wochen andauernden Hungerstreiks befinden sich Verena Becker und Sabine Schmitz in einer lebensbedrohlichen Situation. Die »Bild«zeitung vom 22.6.77 erschien bereits mit der Überschrift: »Muß Verena Becker sterben?«. Die Bundesanwaltschaft ist allerdings nicht bereit, die Forderungen der Gefangenen zu erfüllen, die ihnen sogar schon z u g e s a g t waren, sondern sie nimmt bewußt den Tod der Gefangenen in Kauf.

In ihren Anzeigen wirft die Bundesanwaltschaft den beiden Anwälten vor, sie nehmen den »selbstmörderischen Hungerstreik« der beiden Gefangenen billigend in Kauf.

Dadurch werden die Anwälte nicht nur massiv unter Druck gesetzt — die Anzeigen würden nur dann zurückgezogen werden, wenn die Anwälte ihr Mandat zurückgeben würden — sondern sie werden auch im Vorwege als die Verantwortlichen eines möglichen tödlichen Ausgangs hingestellt.

Währenddessen ist Bundesrichter Kuhn, dem als Haftrichter die Fürsorgepflicht über Verena Becker und Sabine Schmitz obliegt, angesichts deren lebensbedrohlicher Situation in Urlaub gefahren!

Auf der 2. Arbeitskonferenz zur Vorbereitung eines Russell-Tribunals über die Repression in der BRD verabschiedeten die Teilnehmer der Konferenz folgende Forderungen:

1. Verlegung von Verena Becker und Sabine Schmitz zu den im 7. Stock der Stammheimer Haftanstalt untergebrachten fünf weiteren Gefangenen aus der RAF.
2. Protest gegen die Strafanzeigen, die gegen die Rechtsanwälte Müller und Newerla gestellt wurden.

2. Arbeitskonferenz zum Russell Tribunal



Trotz nur zweiwöchiger Mobilisierung trafen sich am 25.6. in Göttingen etwa 200 Delegierte oder Beobachter von Antirepressionsgruppen und Organisationen zu einer 2. Arbeitskonferenz zur Vorbereitung des geplanten Russell-Tribunals über die Repression in der BRD. Anwesend waren auch Beobachter von unterstützenden Gruppen aus den Niederlanden, Dänemark und Österreich. Am 1. Tag der Konferenz wurde eine Bilanz über den Stand der bisherigen Vorbereitungen gezogen. Naturgemäß stand dabei im Vordergrund die Diskussion über die Thematik des Tribunals, über die verschiedenen Versuche zu deren Einschränkung, und die Einsetzung eines Sekretariats durch die Russell-Foundation unter Ausschaltung der Mehrheit der Unterstützerbewegung. Drei Vertreter des vorläufigen Sekretariats stellten sich dieser Diskussion. Sie legten im Namen aller fünf vorläufigen Sekretäre eine „Erklärung zur Arbeitsweise des Sekretariats" vor, die jedoch keine Antwort auf die in der Bewegung gestellten Fragen gibt. dies wurde auch in der weiteren Diskussion nicht geklärt – im Gegenteil, durch die ausweichenden Antworten hat sich das Mißtrauen gegenüber diesem Sekretariat noch weiter verstärkt.

Fortsetzung Seite 5



Bullen und Faschisten Hand in Hand gegen KBW-Infostand

Hamburg-Eimsbüttel. Nur wenige Meter voneinander entfernt standen am Sonnabend, dem 25.6. am U-Bahnhof Osterstraße ein Infostand des KBW und ein Stand von NPD und JN. Der KBW-Stand ohne Genehmigung, die NPD hatte ebenfalls eine Standgenehmigung beantragt und – was wundert's – auch erhalten. Ein Streifenwagen erschien, zwei Polizisten forderten den KBW auf, den Stand wegen fehlender Genehmigung zu räumen, was vom KBW abgelehnt wurde, worauf die Bullen wieder abzogen (der NPD-Stand wurde natürlich nicht auf seine Genehmigung hin kontrolliert).

Während der KBW seine „normale" Propaganda (Zimbabwe etc.) weitermachte, bauten sich die inzwischen auf ca. 30 angewachsenen JNler (zum Teil in paramilitärischer Ausrüstung und mit einem Funkgerät) provozierend gegenüber dem KBW-Stand auf, und übertönten die KBW-Agitation durch „Rotfront – verrecke"-Sprechchöre und Absingen ihrer faschistischen Kampflieder. Sie forderten u.a. durch ein großes Transparent die Freilassung des Kriegsverbrechers Rudolf Hess. Ein Zivilbulle lehnte am Geländer des U-Bahneingangs und beobachtete die Szene.

Ca. 20 Minuten später hielt ein beiger Mercedes (HH-UV 167), ganz offensichtlich mit Zivilbullen gesetzt, etwa 50 Meter von den Infoständen entfernt. Der Typ am U-Bahnhofgeländer besprach sich mit den Zivilbullen im Mercedes. Kurz nach elf Uhr kamen sechs Streifenwagen in Kolonne angerauscht und sofort spritzten zwei NPDler hin, besprachen sich mit den Bullen und dann ging alles Schlag auf Schlag: Etwa zehn Bullen stratzten im Laufschritt zum KBW-Stand, griffen sich den vermutlich verantwortlichen KBWler heraus und schleppten ihn unter lautem Gejohle der Faschisten zu einem Streifenwagen. Da dieser sich gegen die völlig grundlose Festnahme wehrte, traktierte ihn ein fünfter Bulle, der völlig enthemmt ständig auf ihn einprügelte. Wer sich von den Umstehenden gegen diese Praktiken wandte oder auch nur lauthals protestierte, wurde von mehreren Bullen sofort gegriffen, z.T. mit Gummiknüppeln bearbeitet und in den Streifenwagen verfrachtet.

Um die herumwütenden Bullen versammelten sich in Kürze hunderte von Passanten. Viele darunter konnten es nicht fassen, daß es in der BRD schon wieder so weit ist: Propagandatätigkeit der Faschisten findet unter Polizeischutz statt, während gleichzeitig Kommunisten verhaftet werden. Rufe wurden laut wie: „Westdeutsche Bullen schützen die Faschisten", „Nazis, Nazis" oder treffender „Schweine, Schweine" – worauf die Bullen vollends ausflippten. Wir fragten einen im Hintergrund beobachtenden Bullen, warum sie den NPD-Stand nicht auf seine Genehmigung hin überprüften. Seine Antwort: „Das brauchen wir nicht, dazu haben wir einen Führer".

Ergebnis des Prügeleinsatzes waren sechs Festgenommene, darunter ein ausländischer Kollege, der den Schlägereinsatz fotografiert hatte. Mindestens zwei trugen Bißwunden von einem mitgeführten Polizeihund davon und einer wurde durch Knüppelschläge erheblich verletzt.

Gegenüber diesen gezielten Provokationen gilt es, unsere Wachsamkeit und die Mobilisierungsfähigkeit noch wesentlich zu verbessern, um beim nächsten Mal den Faschisten gleich die gebührende Antwort erteilen zu können.

Den Faschisten keinen Fußbreit!

Bezirksorganisation Eimsbüttel
KB/Gruppe Hamburg

Portugal: Größte Demonstration seit '74

„Gegen die Politik der Regierung – die Werktätigen bekräftigen ihre Entschlossenheit, die Errungenschaften des 25. April zu verteidigen"– unter dieser Parole fand am 22. Juni in Lissabon die wohl größte Massendemonstration seit den Tagen nach dem Sturz des Faschismus 1974 statt. Aufgerufen hatte die Gewerkschaftszentrale. Im Vordergrund stand der Kampf gegen Inflation und steigende Lebenshaltungskosten, gegen die „Einfrierung" der Löhne und damit Senkung des Lebensstandards, sowie gegen die teilweise Rückgängigmachung der Agrarreform.

Allein in Lissabon beteiligten sich nach Angaben der bürgerlichen Presse mehr als 100.000 Menschen an der mehr als zweistündigen Demonstration im Stadtzentrum. Weitere Demonstrationen fanden statt in Porto, Coimbra, Braga (Nordportugal), Beja und Evora (Alentejo).

Der Erfolg dieses Kampftages ist ein politischer Sieg der Gewerkschaftsbewegung und speziell der revisionistischen PCP, und ist eine schwere Niederlage der sozialdemokratischen Regierung Soares. Soares und die rechte PS-Führung hatten schon seit Monaten versucht, in den Gewerkschaften eine antikommunistische und regierungsfromme Fraktion zu bilden und die Gewerkschaftsbewegung zu spalten. Diese Manöver mißlangen kläglich. Es ist demnach nicht ausgeschlossen, daß Soares & Co., bestärkt durch die Millionenbeträge und das politische „know how" der SPD, jetzt ihre Versuche zum Aufbau einer eigenen Pseudo-Gewerkschaft intensivieren können. Hierzu paßt, daß Arbeitsminister Gonelha die Demonstranten vom 22. Juni wüst beschimpft hat (sie seien Faschisten oder Helfer der Faschisten) und die Regierung „auf unbefristete Zeit" alle Gespräche mit den Gewerkschaften unterbrochen haben. Es gibt auch Gerüchte, daß die Regierung Soares demnächst ihren Anhang und den ganzen faschistischen Abschaum zu einer „Sympathikundgebung" in Lissabon für die Regierung aufrufen will, um ihre Niederlage vom 22. Juni wettzumachen.

Man muß zur Einschätzung der weiteren Entwicklung daran erinnern, daß Soares' Regierung keine parlamentarische Mehrheit hat, sondern nur mit Duldung entweder der Rechten oder der PCP regiert. Was die PCP angeht, die in den Gewerkschaften den dominierenden Einfluß hat, so ist sie der Regierung sehr weit entgegengekommen mit Vorschlägen, für den Preis einer engeren Zusammenarbeit PS-PCP die Arbeiter zum Stillhalten und zum „Gürtel-Enger-Schnallen" zu bewegen. Soares hat alle diese Angebote der PCP arrogant ausgeschlagen, was eine weitere Rechtsenwicklung seiner Regierung (eventuell sogar eine offene Koalition mit den Rechten) und eine neue Verschärfung der Klassenkämpfe signalisiert. Dem Imperialismus ist es auch drei Jahre nach dem Sturz des Faschismus noch nicht gelungen, den portugiesischen revolutionären Prozeß unter Kontrolle zu bringen!

Fortsetzung von Seite 1

KPdSU gegen "Euros"

i m K l a s s e n k a m p f (siehe z.B. die zustimmende Haltung der spanischen „KP" zur Monarchie oder der italienischen „KP" zur Sparpolitik und Repression!), sondern Zielscheibe dieser Angriffe ist allein die Kritik des „Eurokommunismus" an der Sowjetunion und an der von der „KPdSU" beanspruchten Führungsrolle innerhalb des revisionistischen Lagers. Denn tatsächlich ist es ja so, daß die „KPdSU"-Führung s e l b s t dem Imperialismus (NATO, EG usw.) heute mehr „Einsichtigkeit", „Entspannungsbereitschaft", „Friedensliebe" usw. andichtet, als aggressive Absichten. Tatsächlich ist jeder Vorwurf an die Adresse der „Eurokommunisten" über „Zusammenarbeit mit der NATO" aus dem Munde Breschnew's von vornherein eine Verlogenheit und dreiste Ablenkung vom e i g e n e n Paktieren mit dem Imperialismus.

Bislang ist der „Eurokommunismus" von der „KPdSU" und den bedingungslos im Schlepptau ziehenden anderen revisionistischen Parteien in der Öffentlichkeit quasi als nicht existent abgehandelt worden. Die DKP hat ihn, um der breiten öffentlichen Diskussion darum zu entschlupfen, kürzlich noch schlichtweg als **„vom Imperialismus e r f u n d e n"** bezeichnet (siehe AK 106, S. 45). Einen gewissen realen Kern hat das nur insofern, als d e r B e g r i f f ursprünglich den Hirnen bürgerlicher Journalisten entstammt und die angesprochenen Parteien ihn selbst nur zögernd (und meist heute auch noch in Anführungszeichen) übernommen haben. Santiago Carillo, dessen neuestes Buch jetzt den Titel „Eurokommunismus und der Staat" trägt, hatte noch auf der Berliner „KP"-Konferenz im Juni 1976 folgendes dazu erklärt: *„In letzter Zeit wurde in uns fernstehenden Kreisen von 'Eurokommunismus' gesprochen. Der Terminus ist sehr unglücklich gewählt; es gibt keinen Eurokommunismus, weil nichteuropäische kommunistische Parteien, wie die japanische Partei, nicht unter diesen Begriff eingeordnet werden können. Jedoch ist offensichtlich, daß wir, die kommunistischen Parteien der entwickelten oder hochentwickelten kapitalistischen Länder, einer besonderen Problematik gegenüberstehen. Spezifische Forderungen der Entwicklung des Klassenkampfes in unserem Raum führen uns auf Wege und zu Formen des Sozialismus, die nicht genau die gleichen sein werden wie in anderen Ländern"* (Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas, Dokumente und Reden; Berlin, Juni 1976; S. 124/125 – im folgenden zitiert als: Berliner Konferenz). Ähn-
1976; S. 124/125 – im folgenden
zitiert als: Berliner Konferenz). Ähn-
lich äußerte sich auch der italienische „KP"-Chef Berlinguer, daß einige „KP"s, wobei er neben der eigenen sowie der französischen und spanischen auch die Großbritanniens nannte, *„Ausarbeitungen und Untersuchungen neuen Typs"* gemacht hätten, *„denen einige den Namen „Eurokommunismus" gegeben haben. Diese Bezeichnung ist natürlich nicht von uns geprägt worden, aber die Tatsache ihrer weiten Verbreitung ist bezeichnend dafür, wie tief und breit das Bestreben ist, in den Ländern Westeuropas Lösungen neuen Typs bei der Umwandlung der Gesellschaft in sozialistischem Sinn durchzusetzen und voranzutreiben"* (ebenda, S. 229).

Die als „eurokommunistisch" bezeichneten Parteien beharren also seit längerer Zeit darauf, daß ihr „Sozialismus" sich von dem bislang existierenden sogenannten „realen Sozialismus" unterscheidet; und daß sie Unabhängigkeit und Autonomie ihrer Parteien von denjenigen beanspruchen, die bereits Regierungsparteien sind, vor allem der „KPdSU". Demgegenüber drückte sich die „führende Kraft" der revisionistischen Bewegung, die KPdSU, bislang um Stellungnahmen und eine Auseinandersetzung herum. Mit ersten kritischen Worten zum „Eurokommunismus" aus dem revisionistischen Lager selbst wurden andere Parteien „vorgeschickt". Die „Rude Pravo", Organ der tschechoslowakischen „KP", bezeichnete das Streben nach Autonomie als *„nicht nur schädlich, sondern gefährlich"* („WELT", 23.6.77) – wobei eine solche „Belehrung" gerade aus der CSSR sicher sehr eindrucksvoll wirken muß. Die ungarische Parteizeitschrift „Társadalmi Szemle" beschuldigte die „Eurokommunisten" schon direkter, *„die Einheit der revolutionären Kräfte zu zerschlagen"* („Spiegel", 21/77).

Berliner Konferenz 1976 – die „Einheit" trügt

Für die Öffentlichkeit verkleistert wurden die sich entwickelnden Differenzen innerhalb des revisionistischen Lagers in großem Stil noch einmal durch die bereits erwähnte Berliner Konferenz von 29 »kommunistischen und Arbeiterparteien Europas« (incl. SU). Die Vorbereitungsarbeiten bei der Ausarbeitung eines gemeinsamen Dokuments hatten ungewöhnlich lange gedauert, was in der bürgerlichen Tagespresse bereits Spekulationen über ein bevorstehendes Zerwürfnis oder gar Nicht-Zustandekommen der Konferenz gewertet wurde. Insbesondere ging es bei diesen Vorbereitungsarbeiten darum, daß die »KPdSU« ihren Führungsanspruch gegenüber den anderen »KP«s dokumentarisch bestätigt haben wollte, während die »eurokommunistischen« Parteien die Unabhängigkeit jeder »KP« festgelegt wissen wollten. Nach außen hin wurde diese Konferenz schließlich als »Beweis der Einheit« und »Erfolg« gefeiert – wobei jede Seite das nach eigenem Geschmack interpretierte. Besonders die nicht zur »Eurokommunismus«-Fraktion zählenden Parteien versuchten die bestehenden Differenzen nachträglich mit allerlei Phrasen zu kaschieren. In einem gemeinsamen Artikel triumphierten beispielsweise Vertreter der »KP« Dänemarks (Nörlund), Irlands (Sinclair), Bulgariens (Stanischew) und Griechenlands (Venetsanopoulos), daß *»die reaktionäre Verleumdung wie Rauch zerstob«*. Mit »reaktionärer Verleumdung« war gemeint, daß der KPdSU unterstellt worden sei, sie wolle die »kommunistische Bewegung« durch Direktiven *»an Händen und Füßen binden«*. Die Konferenz war in ihren Augen dagegen ein *»wichtiger Meilenstein«*, bei dem es einen *»klar bekundeten Willen zum Zusammenschluß, zur Einheit, zur gegenseitigen Unterstützung und Solidarität selbständiger Bruderparteien«* gegeben habe. D a s ist nun spätestens mit dem Artikel der »Nowoje Wremja« in aller Öffentlichkeit »wie Rauch zerstoben«! Ferner behaupteten diese vier Verfasser ausdrücklich, daß *»alle Bruderparteien«* die Außenpolitik der *»sozialistischen Staaten«* gewürdigt hätten, *»die darauf ausgerichtet ist, die Prinzipien der friedlichen Koexistenz durchzusetzen, und einen immer stärkeren Einfluß auf die internationalen Beziehungen nimmt«* (»Probleme des Friedens und des Sozialismus«, 9/76, S. 1155 - 1161).

So »einmütig« ist es indes gerade in diesen Punkten auf der Berliner Konferenz absolut nicht gewesen. Die »eurokommunistischen« Parteien ergriffen dort die Gelegenheit, erstmals vor
fen dort die Gelegenheit, erstmals vor
einem größeren Forum revisionistischer Parteien unverkennbar Kritik an der KPdSU zu üben.

Am nachdrücklichsten erhob gerade Santiago Carrillo die Forderung nach Unabhängigkeit der einzelnen Parteien – was sicherlich einer der Gründe mit ist, daß die spanische »KP« jetzt als Zielscheibe des Gegenangriffs gegen den »Eurokommunismus« ausgewählt wurde (weitere Gründe dürften darin liegen, daß sie im Vergleich zur PCI und PCF der schwächste Hauptvertreter des »Eurokommunismus« ist, und gleichzeitig dort am ehesten Ansätze für eine innerparteiliche Oppositionsbasis vorhanden sind). Carrillo trat unumwunden als »Ketzer« auf dieser Konferenz auf: *»Jahrelang war Moskau, wo unsere Träume begannen, Wirklichkeit zu werden, unser Rom. Wir sprachen von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, als wäre sie unsere Weihnacht. Das war unsere Kinderzeit. Jetzt sind wir erwachsen, ... Wir verlieren immer mehr den Charakter einer Kirche. ... Es besteht ... kein Zweifel daran, daß wir Kommunisten heute kein Führungszentrum haben, an keine internationale Disziplin gebunden sind. Was uns eint, sind die Bande der Gemeinsamkeiten auf der Grundlage der Theorien des wissenschaftlichen Sozialismus und die Tatsache, daß wir keine Rückkehr zu den Strukturen und Auffassungen des Internationalismus, wie sie in der Vergangenheit zu finden waren, akzeptieren würden«* (Berliner Konferenz, S. 120/121). Daß die Konferenzteilnehmer das letztere »einte«, dürfte indes eine Carrillo sehr wohl selbst bewußte »Übertreibung« (gelinde gesagt!) gewesen sein.

Carrillo rechnete auch bereits zu diesem Zeitpunkt mit handfesten Gegenmaßnahmen der KPdSU und anderer Parteien, wie aus folgender Stelle klar hervorgeht: *»Es ist notwendig, daß diese Vielfalt unserer Bewegung ein für allemal akzeptiert und daß auf jegliche Form von Intrigen verzichtet wird, die ihr entgegenwirken könnten. Die Differenzen werden uns zu keiner Spaltung führen, sofern keiner seine eigenen Konzeptionen zum Dogma erhebt, sofern die Eigenständigkeit und die Positionen jeder Partei respektiert werden und sofern wir eine Haltung marxistischen Schöpfertums angesichts der Veränderungen in unserer Epoche beibehalten«* (ebd. S. 125).

Der PCI-Chef Berlinguer erklärte in seiner Rede kurzerhand, daß ein gemeinsames Dokument im Grunde überflüssig sei (S. 224) – und Marchais ging gleich noch einen Schritt weiter, daß überhaupt solche Konferenzen *»nicht mehr den Bedürfnissen der Epoche zu entsprechen scheinen. Da jegliche Ausarbeitung einer allen unseren Parteien gemeinsamen Strategie völlig ausgeschlossen ist, scheint es zweckmäßig, neue, lebendigere, flexiblere und wirksamere Formen kollektiver Begegnungen zu suchen, die eine gründliche, offene und direkte Diskussion dieses oder jenes aktuellen Problems erlauben, und die nicht notwendigerweise mit der Annahme eines Dokuments abgeschlossen werden«* (S. 256). Als derartige »lebendigere, flexiblere« usw. Formen im Sinne von Marchais kann man wohl die inzwischen stattgefundenen Treffen der »Eurokommunisten«-Fraktion u n t e r s i c h annehmen. Marchais machte im übrigen noch eine sehr bemerkenswerte Kritik an der »friedlichen Koexistenz«, wie sie vom sog. »realen Sozialismus« praktiziert wird: Es *»ergeben sich aus der Entwicklung der friedlichen Koexistenz neue Probleme im Hinblick auf die Beziehungen zwischen Parteien der sozialistischen und kapitalistischen Länder. Erstere gehen von dem richtigen Gedanken aus, daß die Zeit für den Sozialismus arbeitet, letztere setzen alles in Bewegung* (schön wär's allerdings! – Anm. AK), *um dem Monopolkapitalismus möglichst schnell ein Ende zu bereiten, weil es um das Lebensinteresse der Werktätigen geht. Die einen, die Regierungsverantwortung tragen, unterhalten (was ein beträchtlicher Erfolg ist) Beziehungen der Zusammenarbeit mit Regimen, die die anderen mit allen Kräften bekämpfen. Das ist ganz normal, und es gibt da keinerlei Widerspruch. Dennoch können wir keinen Schritt hinnehmen, der im Namen der friedlichen Koexistenz zwischen den Staaten den Interessen des Kampfes, den wir gegen die Macht des Großkapitals, für Demokratie und Sozialismus führen, zuwiderlaufen würde. Wir kennen keine höhere Verpflichtung als die, die wir gegenüber unserer Arbeiterklasse, gegenüber unserem Volk haben«* (S. 256).

Diese Zitate von der Berliner Konferenz belegen deutlich, daß das Gerede von der »Geschlossenheit« des revisionistischen Lagers schon länger eine bewußte Täuschung vor allem seitens der KPdSU ist, und daß die Vorwürfe gegen Carrillo aufgrund seines jüngsten Buches aus rein taktischen Gründen erst jetzt öffentlich erfolgen –
den erst jetzt öffentlich erfolgen –
unmittelbar nach den für die spanische „KP" enttäuschend ausgegangenen Wahlen. Seit 1974 liegt beispielsweise auch ein ausführliches Interview mit Carrillo als Buch vor, in dem er mit Kritik an der Sowjetunion absolut nicht spart und u.a. auch die offizielle These des »realen Sozialismus«, wonach dieser die »Hauptkraft« des internationalen Befreiunskampfes sei, vollständig ablehnt: Für Carrillo ist dieser die »Nachhut« (»Spanien nach Franco«, S. 127).

Klarere Fronten bitte!

Es bleibt festzuhalten, daß der offene Angriff, der jetzt in der sowjetischen Presse gegen den »Eurokommunismus« gestartet wurde, a u s s c h l i e ß l i c h deswegen erfolgt ist, weil einige »KP«s in Westeuropa es wagten, offen Kritik an der Sowjetunion zu üben und eine Unterordnung unter die Politik und außenpolitischen Interessen der KPdSU abzulehnen.

Darin zeigt sich der reaktionäre und großmacht-chauvinistische Charakter dieses Angriffs. Die gemeinsamen Grundlagen der revisionistischen Parteien, seien sie nun Lobhudler des sog. »realen Sozialismus« oder dessen »eurokommunistische« Kritiker, bleiben davon (zumindest vorerst!) unberührt. Die gleiche KPdSU, die dem »Eurokommunismus« jetzt *»Verrat am Marxismus-Leninismus«* vorwirft, hat den g r ö ß t e n »Verrat am Marxismus-Leninismus« auf ihrem eigenen Konto verbucht: Die Umwandlung des ersten sozialistischen Staates in den Staat einer »neuen Bourgeoisie« und die Spaltung der kommunistischen Weltbewegung. Die gleichen »Eurokommunisten«, wie die italienische »KP«, die die Sowjetunion der mangelnden Demokratie kritisieren, sind im eigenen Land Propagandisten des Abbaus der demokratischen Rechte, fordern das Verbot revolutionärer Organisationen

Fortsetzung Seite 3

Fortsetzung von Seite 2

und verharmlosen und billigen die Ermordung revolutionärer Genossen. Es besteht keine Veranlassung, auf d i e s e r Ebene die »Eurokommunisten« gegenüber der KPdSU usw. zu »verteidigen« - wie auch umgekehrt der »Eurokommunismus« in seiner Gesamtheit kaum als »Rechtsabweichung« oder »rechter Flügel« des »herkömmlichen« Revisionismus bezeichnet werden kann. Wenn die »eurokommunistische« französische »KP« z.B. auf ihrem 22. Parteitag im vergangenen Jahr die »Diktatur des Proletariats« aus ihrem Parteiprogramm gestrichen hat — so steht dem gegenüber, daß die »realsozialistische« DKP dies von vornherein bei ihrer Gründung 1968 aus dem Programm rausgelassen hat. Wenn die »eurokommunistische« französische KP z.B. im Falle eines Wahlsiegs der Linksunion den Unternehmern ausdrücklich versichert, daß sie »die Macht behalten« werden — dann steht dem gegenüber, daß die »realsozialistische« alte KPD bereits unmittelbar nach dem Ende des 2. Weltkriegs in ihrem Aufruf »an das schaffende Volk in Stadt und Land« vom 11.6.45 den Unternehmern ausdrücklich weiteren Privatbesitz an Produktionsmitteln zubilligte und diesen noch zu fördern versprach.

Der Wettbewerb um die Medaille dergrößten Verkommenheit und den schändlichsten Rechtsopportunismus geht an u n t e r s c h i e d l i c h e n Fragen q u e r d u r c h d a s g e s a m t e revisionistische Lager: Während der spanische »KP«-Chef Carrillo beispielsweise selbst vor der Monarchie einen Kotau gemacht hat und damit z.B. weit r e c h t s im gesamten revisionistischen Lager steht, steht er andererseits mit seiner nicht grundsätzlich ablehnenden Haltung zur Zusammenarbeit mit revolutionären Gruppen l i n k s von der überwiegenden Mehrzahl der revisionistischen Parteien. Während die französische »KP« ausdrücklich den Verbleib Frankreichs im imperialistischen Militärbündnis der NATO akzeptiert und damit z.B. r e c h t s von der hiesigen DKP steht, steht sie andererseits in ihrer, wenn auch vorsichtigen Kritik an der Praxis der »friedlichen Koexistenz« durch die »sozialistischen Staaten« (s.o. Marchais auf der Berliner Konferenz) l i n k s von der DKP und den meisten anderen revisionistischen Parteien.

Der jetzt eingeleitete und unvermeidbar sich zuspitzende o f f e n e B r u c h im revisionistischen Lager k a n n im weiteren dazu führen, daß die revisionistischen Parteien zu einer s y s t e m a t i s c h e n (und mit Argumenten ausgetragenen!) Auseinandersetzung gezwungen werden, wenn der »Kampf um den revisionistischen Kuchen« voll entbrannt ist. Derzeit stehen die an der Regierung befindlichen revisionistischen Parteien bis auf die jugoslawische und die rumänische geschlossen hinter der KPdSU. Bei den nicht an der Regierung befindlichen visionistischen Parteien bis auf die jugoslawische und die rumänische geschlossen hinter der KPdSU. Bei den nicht an der Regierung befindlichen Parteien sieht es (auch in Westeuropa) rein zahlenmäßig so aus, daß hier bislang auch erst eine Minderheit auf »kritische Distanz« zur Sowjetunion gegangen ist, darunter allerdings die bei weitem mitgliederstärksten und einflußreichsten in kapitalistischen Ländern überhaupt: die »KP«s in Italien, Frankreich, Spanien, Großbritannien und Japan. Hinzu kommt, daß in Griechenland je eine »KP« mit »eurokommunistischer« und »realsozialistischer« Orientiertung existiert. In Schweden deutet sich eine ähnliche Entwicklung an.

Es ist davon auszugehen, daß die KPdSU auch bei den anderen »eurokommunistischen« Parteien, konkret zumindest in Spanien, eine ähnliche Spaltung fördern wird. In Spanien hat es bereits 1970 eine Abspaltung unter Enrique Lister, ehemaliger militärischer Führer der republikanischen Armee im Bürgerkrieg und bis Ende 1969 in der Parteileitung der »KP«, gegeben. Diese Lister-Abspaltung, die stärkeren Gehorsam gegenüber der KPdSU üben wollte (die spanische »KP« gehörte mit zu den offensten Kritikern des sowjetischen Einmarsches in der CSSR 1968), konnte allerdings nur eine unwesentliche Zahl von »KP«-Mitgliedern auf ihre Seite bringen und verschwand bald wieder in der Versenkung (nach »Spiegel« 21/77 und Carrillo-Interview »Spanien nach Franco«, S. 123). Auch heute können die Chancen für ein solches Projekt trotz unverkennbarer Kritik innerhalb der Partei an Carrillo nicht allzu hoch eingeschätzt werden.

Interessant dürfte die Auseinandersetzung für die revolutionäre Linke werden, falls die »eurokommunistischen« oder »realsozialistischen« Parteien aufgrund der bisherigen Identität ihrer g r u n d l e g e n d e n politischen und ideologischen Positionen und damit auch einem derzeit nicht allzu reichhaltigen Stoff für die Auseinandersetzung stärker dazu übergehen, in bestimmten Punkten wieder auf die l i n k e Kritik des revisionistischen »Konkurrenten« zurückzugreifen, wie es z.B. ansatzweise in Marchais' zitierter Stellungnahme zur »friedlichen Koexistenz« oder Carrillos Ablehnung eines »neuen Rom« zum Ausdruck kommt. Der eingeleitete offene Bruch im revisionistisehen Lager ist für die revolutionäre Linke auf alle Fälle von Vorteil, weil das den erstarrten Körper des Revisionismus ein wenig durcheinanderwirbelt und damit für uns b e s s e r e M ö g l i c h k e i t e n zur Diskussion in die Reihen dieser Parteien hinein schafft. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß auch die Reaktion die Spaltung der Revisionisten für sich auszunutzten trachtet.

Die ersten Antworten der »Euros« auf die sowjetische Attacke waren vergleichsweise mild in der Wortwahl, wenn auch unmißverständlich im Inhalt. Insgesamt scheint das Bestreben vorzuherrschen, die Attacke in ihrer Bedeutung herunterzuspielen.

— Die PCE selbst ließ erklären, sie sei durch die Angriffe nicht überrascht, diese seien »nichts Neues«. *»Es überrascht uns allerdings die Schärfe der Attacken, vor allem, weil sie wieder einmal die Unfähigkeit der Autoren dieser Angriffe zeigt, in einen Prozeß der Diskussion über alle diese Themen einzutreten. Es zeigt besonders ihre Unfähigkeit, über die Vorstellungen des Eurokommunismus zu debattieren — wie es unsere Partei tut — ohne Vorurteile und ohne sich an Dogmen zu klammern«* (PCE-Sprecher Angel Mullor, lt. »FAZ«, 25.6.). Die PCE wolle sich zu den Angriffen nicht weiter äußern; sie seien zu »unqualifiziert«, da sie überhaupt nicht auf die Mullor, lt. »FAZ«, 25.6.). Die PCE wolle sich zu den Angriffen nicht weiter äußern; sie seien zu »unqualifiziert«, da sie überhaupt nicht auf die Thesen in Carrillos Buch über den »Eurokommunismus« eingehen würden (»Neue Zürcher Zeitung«, 25.6.).

— Die PCI brachte einen Kommentar auf der zehnten Seite ihrer »Unità«, in dem sie der sowjetischen Polemik u.a., »Fälschung« vorwarf und den »Eurokommunismus« verteidigte, er sei *»eine völlig neue Straße, die den Bedingungen der westeuropäischen Länder angepaßt ist, und die es erlaubt, um die Arbeiterklasse herum jene Anhängerschaft zu sammeln, ohne die ein Übergang von der Propaganda zum tatsächlichen Aufbau des Sozialismus nicht möglich ist«* (lt. »FAZ« und »FR« vom 25.6.).

— PCF-Chef Marchais erklärte, die PCF sei *»endgültig aus jeder internationalen Überdachung ausgezogen und handelt in völliger Unabhängigkeit«*. Der »Eurokommunismus« sei keine Erfindung des Imperialismus (wie die KPdSU und ihre Papageien behaupten), sondern sei *»eine Erfindung der kommunistischen Parteien und der Arbeiter«*. Die PCF-Zeitung »Humanité« schrieb: *»Jene Verurteilung, jener Bannstrahl kommt an Stelle einer tiefgreifenden Analyse der umfangreichen Probleme und erfolgt zu einem Zeitpunkt, da die spanischen Kommunistischen einen schwierigen und mutigen Kampf zur Auslöschung der Spuren der Diktatur führen«* (»SZ«, 25.6.).

In die Debatte schaltete sich auch die jugoslawische Parteizeitung »Kommunist« ein, die die sowjetische Polemik als *»Attacke auf die Selbständigkeit der kommunistischen Parteien«* und *»zum Teil frei erfunden«* bezeichnete.

Keine Überraschung bot die DKP, die sich in ihrer »UZ« (25.6.) zunächst darauf beschränkte, eine auszugsweise Nacherzählung des Artikels der »Nowoje Wremja« durch ihren Moskauer Korrespondenten Hubert Kuschnik anzubieten, wobei jeder eigene Kommentar fehlte. Wahrscheinlich wird man, nachdem nun Carrillo zum Abschuß freigegeben ist, demnächst in der »UZ« auch rasantere »eigene« Attacken der DKP gegen diesen Buhmann des »Eurokommunismus« erleben. Immerhin wird in dem Artikel vom 25.6. schon Abschied genommen von dem bisherigen Märchen der DKP, der »Eurokommunismus« sei lediglich eine Erfindung des Imperialismus: Der Begriff stamme zwar — so schreibt jetzt Kuschnik — von bürgerlichen Politikern, werde aber auch *»von den linken Kräften, darunter auch den Kommunistischen Parteien«* verwendet. *»Einige Autoren verwenden diesen Begriff, wenn sie einige allgemeine Züge der jetzigen Strategie der kommunistischen Parteien in den entwickelten kapitalistischen Ländern meinen ...«*. Na also, es gibt ihn — jetzt auch amtlich für »UZ«-Leser! ...

KB/Gruppe Frankfurt













aus der italienischen Zeitung "nuova unità", 15.6.76

aus der italienischen Zeitung "nuova unità", 15.6.76

Frankreich: Terrorurteil gegen AKW-Gegner

Nantes: An der Mündung der Loire in den Atlantik plant der staatliche französische Energiekonzern E.D.F. einen Viererblock von AKW's mit je 1.200 MGW, geplante Inbetriebnahme 1985. Der Standort befindet sich nur 15 km vom Zentrum der Großstadt Nantes entfernt! Unter der örtlichen Bevölkerung gibt es starken Widerstand, so soll kein Bauer zum Landverkauf bereit sein („Libération'', 10. 6.77). Bereits Anfang 1976 hat es eine Demonstration mit 3.000 Teilnehmern gegeben, am 8. Mai dieses Jahres fand ein großes Anti-AKW-Fest statt („L'Etincelle'', 30. April 77).

Zur Zeit läuft das Genehmigungsverfahren an, sieben Gemeinden der Umgebung haben aus Protest gegen das Projekt die Auslegung der Akten abgelehnt. In den Orten Cheix und Pellerin haben die Bauern Streikposten vor den Rathäusern organisiert, um das Verfahren zu behindern. In Cheix sahen sich die Wachbullen vor dem Rathaus zu ihrer Überraschung plötzlich mit einer größeren Kuhherde konfrontiert! Am 7.Juni besetzten ca. 40 Demonstranten das Rathaus im Dorf Coueron und verbrannten öffentlich die EDF-Akten für das Genehmigungsverfahren, eine Aktion, die von der eurorevisionistischen PCF übrigens mißbilligt wird! Die Bullen griffen willkürlich fünf Demonstranten heraus, denen bereits am 10.Juni in einem Schnellverfahren der Prozeß gemacht wurde. Das Urteil stellt eine ungeheure Provokation dar: 8 Monate Knast, davon sechs Monate auf Bewährung! Die verhafteten Bauern, vier Männer und eine Frau, trugen bei ihrer Verurteilung noch ihre Arbeitskleidung, in der sie fünf Tage zuvor verhaftet worden waren! Das Gerichtsverfahren war eine ungeheure Farce, nur Zeugenaussagen der Bullen zählten. Mehrere Zeugen der Verteidigung sagten aus, daß sie einen der Angeklagten, André Mabilais, zu dem Zeitpunkt, als ihn die Bullen angeblich in Coueron „Gewalttaten'' haben begehen sehen, tatsächlich noch 35 km entfernt zu Hause gesehen haben. Die Verteidigung hatte mehrere Bürgermeister der Umgebung eingeladen, die sich über die militärische Besetzung ihrer Dörfer durch die „Gardes mobiles'' (= dem MEK ähnliche Elite-Einheit) beschwerten. Der Bürgermeister von St. Herblain sagte z.B.: *„Die Poliezibesetzung der Gemeinden rund um Pellerin* (geplanter Standort, Anm. AK) *erinnert an das faschistische Vichy-Regime und die fünf verhafteten Bauern sind Geiseln!'' („Libération'', 11.6.77)*. Ca. 10 bekannte Wissenschaftler legten vor Gericht die Gefahren der Atomernergie dar.

Die Öffentlichkeit wurde zahlenmäßig stark beschränkt, und die wenigen, die Einlaß fanden, nachhaltig gefilzt. Während der Verhandlung demonstrierten 2.500 AKW-Gegner ihre Solidarität mit den Angeklagten in den Straßen von Nantes. Als die Menge von dem Terrorurteil erfuhr, marschierte sie zum Rathaus von Saint Jean de Boiseau, um dort eine ähnliche Aktion durchzuführen, wie die, derentwegen die fünf verurteilt worden waren. Ca. 40 Demonstranten gelang es, ins Rathaus vorzudringen und dort die EDF-Akten in 1.000 Stücke zu zerreißen. Als von einzelnen die Personalien aufgenommen wurden, gaben alle ihre Personalien ab. Die Bullen, die das Rathaus bewachen sollten, fielen mit Knüppeln und Tränengas brutal über die Demonstranten her. Eine junge Frau und ein Mann werden schwer verletzt, und erst durch Einschreiten eines örtlichen Bürgermeisters ins Krankenhaus gebracht.

Die Proteste gegen die Verurteilung der fünf reichen bis in die Reihen der PS. Bei der Berufungsverhandlung am 16.Juni wird die gesamte Strafe zur Bewährung ausgesetzt und die fünf freigelassen. Vor dem Gefängnis werden sie von 2.000 Demonstanten begeistert begrüßt. Die Drohung bleibt jedoch bestehen, denn „Bewährung'' heißt für einen aktiven AKW-Gegner: Klappe halten – oder zurück in den Knast.

Einer der Angeklagten sagte bei seiner Entlassung: *„Was sind 13 Tage Knast im Leben im Vergleich zu dem Schaden, den ein AKW anrichtet!''* Trotz des Freilassungsbeschlusses konnte sich das Gericht jedoch demagogische Angriffe auf die Angeklagten nicht verkneifen. So sagte der Vorsitzende zu Anfang: *„Ich sehe nicht, wie ordentliche Bauern bei dem bißchen, was sie über Kernenergie wissen, den Aufstand proben können, wenn sie nicht von anderen dazu aufgestachelt worden sind.''* Einer der Angeklagten antwortete ihm: *„Ich bin nur Bauer, aber es kommt schon mal vor, daß ich lese, und das wenige, was ich über Kernenergie gelesen habe, hat mich in Aufruhr versetzt ...''* („Libération'', 16.6.77).

Genossin der Ausländerkommission
KB/Gruppe Hamburg

Streit in der Hamburger SPD schwelt weiter

Im Streit um die Hamburger Jusos ist noch alles offen. Erst am 4.Juli wird der Hamburger Landesvorstand zusammen mit Bundesgeschäftsführer Egon Bahr und gegebenenfalls mit anderen Parteigrößen eine Entscheidung über mögliche Parteiausschlüsse treffen.

Nachdem die Hamburger Landeszentrale ein Papier, unterzeichnet von 62 SPD-Mitgliedern, erreichte, in dem sich die Unterzeichner hinter Benneter stellen und zur Solidarität mit ihm auffordern, hatten die SPD-Oberen in Absprache mit Bahr ihren berühmten „kritischen Dialog mit der Jugend" begonnen: Alle Unterzeichner sollten sich bis zum 21.6. distanzieren, oder sie fliegen. Die 62 bekamen zu diesem Zweck von Landesgeschäftsführer Werner Noll noch extra einen **R e v e r s** ins Haus geschickt:

„*Erklärung. Hiermit ziehe ich meine Unterschrift unter das von mir gemeinsam mit anderen unterzeichnete Schreiben .... zurück. Ich distanziere mich hiermit von der Ziffer 2 des Schreibens* (Mitgliedschaft in der SPD kein Dogma, CDU/CSU sind Klassengegner) .... *und erkläre, daß diese nicht meiner inhaltlichen Position entspricht*" („Extra-Dienst" vom 15.6.)

Fristgemäß am 21.6. überreichten (fast vollständig) die Unterzeichner eine gemeinsame ausführliche Erklärung, in der sie die Frage der Mitgliedschaft in der SPD und die Bezeichnung von CDU/CSU als Klassengegner erläutern. Dieser Erklärung waren noch mehrere hundert Unterschriften, darunter auch die eines Bürgerschaftsabgeordneten, beigefügt. Zur Frage der Mitgliedschaft in der SPD wird argumentiert, daß „*die Mitarbeit in einer Partei*" nur „*auf einer bewußten politischen Entscheidung*" beruhen könne, daß aber „*gerade in den jüngsten Disziplinierungsmaßnahmen der Parteispitze mögliche Grenzen einer ‚sinnvollen Mitarbeit' sichtbar*" werden. Diese Grenze sehen sie als erreicht an, „*wenn bereits das offensive Vertreten der eigenen Programmatik der Partei als ‚parteischädigend' gebrandmarkt und mit Parteiordnungsverfahren verfolgt würde*" („ED", 24.6.). In der Frage der Haltung gegenüber CDU/CSU und DKP wird bekräftigt, daß „*CDU/CSU ... die Parteien des Klassengegners (seien)*". *Demgegenüber ist die politische Gegnerschaft von Sozialdemokraten zu Kommunisten in den unterschiedlichen Vorstellungen begründet, wie eine sozialistische Gesellschaft zu gestalten und auf welchem Wege sie zu erreichen ist. Wir unterscheiden uns grundsätzlich von der DKP in unserem Freiheits- und Demokratieverständnis... Deshalb werden wir uns auch künftig mit der DKP politisch auseinandersetzen*" („ED", 24.6.).

Ob sich mit diesen „Erläuterungen" die SPD-Fürsten zufrieden geben werden, ist zweifelhaft. Der SPD-Vorsitzende Oswald Paulig hält zwar „die Distanzierung von der DKP" für „ausreichend", aber „*ob das auch für die anderen Benneter-Aussagen gilt, ist fraglich*", so Paulig gegenüber der „Hamburger Morgenpost" (22.6.). Das soll wohl der Bundesparteivorstand entscheiden...

Allerdings hält Paulig die Erklärung „*für ziemlich dünn*" („Welt", 22.6.), er hätte „*eine unmißverständliche inhaltliche Distanzierung erwartet*" („HA", 23.6.). Pauligs Unzufriedenheit liegt wohl eher an der taktischen Finesse, das die Jusos in diesem Konflikt gezeigt haben. Ihre Erklärung ist nur so mit Zitaten Kurt Schumachers, Wehners und Brandts gespickt, damit sollen ihre Aussagen „abgestützt" werden; hinzu kommt eine Presseerklärung des prominentesten Unterzeichners, Detlev Albers, und nicht zuletzt natürlich die breite Solidarisierung, die sie erreicht haben.

Albers erklärte in der Pressemitteilung, daß „*die Veröffentlichung des Briefes .. zu keinem Zeitpunkt von mir oder den anderen Unterzeichnern beabsichtigt gewesen (ist)*", daß er „*den Brief in seiner veröffentlichten Form deshalb für unzureichend (hält), weil er es unterläßt, den offenkundigen Mißdeutungen des ‚konkret'-Interviews von Klaus-Uwe Benneter durch den Parteivorstand argumentativ entgegenzutreten.*" „*Ich werde mich dafür einsetzen, daß die Unterzeichner die bekannten Fehlinterpretationen ihrer und Klaus-Uwe Benneters Aussagen unmißverständlich zurückweisen*" (Pressemitteilung, 7.6.).

Damit war er, der als Kopf des ganzen angesehen wird, natürlich aus der Schußlinie. Hinter diesem taktischen Vorgehen steht das **Z i e l**, „*ein breites linkes Potential in der SPD zu erhalten und auszubauen*" (Kurt Wand, Juso-Landesvorstands-Mitglied, ebenfalls einer der Unterzeichner; nach „Sozialist", Juni 77).

Jedoch bestehen gerade über diesen Punkt, sozialistische Politik „in und mit der SPD", reichlich opportunistische und illusionäre Vorstellungen. Und das, obwohl gerade von den Hamburger Jusos eine sehr scharfe Kritik an der SPD-Politik geführt wird (für Juso-Verhältnisse, versteht sich). Da heißt es in einer „Diskussionsgrundlage des (Hamburger Juso-) Bezirksvorstandes zur Bezirkskonferenz am 11. Juni": Daß die SPD „*mitverantwortlich beteiligt ist an der Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung und an Maßnahmen zum Abbau demokratischer Rechte.*" Oder gar an anderer Stelle: „*Indem die SPD als Regierungspartei keine Lösungen für die Probleme der Jugend und der Arbeitnehmer anbieten kann, indem sie auf die autoritäre obrigkeitsstaatliche Linie der CDU/CSU defensiv reagiert und diese im Falle der Berufsverbote und der Terroristenhysterie aktiv mitträgt, bereitet sie objektiv einer Machtübernahme der CDU/CSU den Boden.*" Diese Kritiken werden jeweils noch weiter ausgeführt. Aus den von den Jusos angegebenen möglichen Alternativen (Regierungsübernahme durch CDU/CSU oder Große Koalititon) formulieren sie ihre Aufgabe: **„Die Jungsozialisten kämpfen für eine Kurskorrektur der Partei als der einzig sinnvollen Alternative. Dabei wird es innerparteilich einmal darum gehen, Gleichgültigkeit und Resignation zu überwinden, vor allem aber die Befürworter einer großen Koalition innerparteilich zu isolieren und als potentielle Spalter der Partei zu bekämpfen.**

Auf jeden Fall steht fest: Die eigentlichen innerparteilichen Konflikte stehen erst bevor; und Jusos und marxistische Parteilinke müssen konsequent bestrebt sein, in diesen zentralen Fragen ihr politisches Gewicht in die Diskussion der Partei einbringen zu können." – Ja, nur wie? Auf Hochhalten des ‚Prinzips Hoffnung' – eines Tages werden wir schon unsere Position einbringen können – kann keine sozialistische Politik gegründet sein. Witzig wird es dann, wo es heißt, das „*Vorgehen der Parteirechten erfolgt ... nicht aus einer Position der Stärke heraus*", sie habe politisch abgewirtschaftet... Da wird sich aber noch so mancher Juso wundern, die SPD-Führer halten sich seit Jahrzehnten und eine rasche Änderung ist da nicht in Sicht. Solche „Theorien", wie auch das schlichte Uminterpretieren von Juso-Niederlagen in Erfolge (worauf sich u.a. der „Extra-Dienst" spezialisiert hat), brauchten die Jusos zur Rechtfertigung ihres weiteren Verbleibs in der SPD.

Dazu gehören natürlich auch die „Durchhalte-Appelle": „*Die Jungsozialisten müssen ... die gegenwärtigen Schwierigkeiten durchstehen und versuchen, ihre Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen.*" „*Parteiaustritte (sind) nichts weiter als die Kapitulation vor denjenigen Kräften in der Partei, denen zur Lösung der gegenwärtigen Krise abermals nichts einzufallen scheint als Krisenmangement...*" – Also drin bleiben und „Konfliktbereitschaft" durch geschicktes Taktieren (wie im vorliegenden Fall) demonstrieren?! Das kann man natürlich alles machen, bloß was hat das mit **s o z i a l i s t i s c h e r** Politik zu tun?

Konsequenzen zogen demgegenüber 16 Hamburger SPD-Mitglieder – sie traten aus (siehe AK 106, S. 2). Wie aus einer uns inzwischen vorliegenden Erklärung hervorgeht, begründen sie ihren Schritt gerade mit einer Kritik an der sozialdemokratischen Partei- und Regierungspolitik, die immer mehr nach rechts geht („*Stärkung der Unternehmergewinne*", „*Lohnleitlinien*", „*Unterstützung der Kernkraftindustrie*", „*Keine Rede von ‚mehr Demokratie wagen'* " usw.). Die Genossen erklären: „*die innerparteiliche Diskussionsfreiheit ist eingeschränkt, wie die Auseinandersetzung um das auf dem letzten Landesparteitag verteilte Berufsverboteflugblatt zeigt.*" Die „Spannweite der theoretischen Diskussion" werde eingeengt. Und die Genossen ziehen daraus den Schluß: „*Die Möglichkeit, in Parteiarbeitsgemeinschaften erarbeitete sozialistische Positionen nach außen hin zu vertreten und damit politisch wirksam zu werden, ist durch den Zwang, das innerparteiliche Einvernehmen herstellen zu müssen, nicht gegeben.*" Die Genossen sind trotz ihres Austritts „*den Zielen der Sozialisten, die weiter in der SPD bleiben, verbunden und werden, sofern es diesen möglich ist, gemeinsam für ihre Durchsetzung kämpfen. Wir werden versuchen, in der Zusammenarbeit mit anderen fortschrittlichen Kräften außerhalb der SPD, einen Kristallisationskern für Sozialisten zu schaffen, der im Laufe unserer Arbeit zu einer organisatorischen Alternative werden soll*". Die Genossen arbeiten jetzt bereits u.a. in der Hamburger Initiativgruppe für die Unterstützung der Durchführung eines Russell-Tribunals mit.

SPD-Kommission

SPD duldet keine Kritiker

Am 12.6.77 veranstaltete die SPD im Hammer Park ein Fest mit Infoständen von den Jusos, von Amnesty International mit Kinder-Flohmarkt und Jahrmarkt. Wir wollten dort über die Rechtsentwicklung der SPD und die Juso-Ausschlüsse diskutieren. Dazu hatten wir ein Stellschild mit und einige Broschüren („SPD – das ‚kleinere Übel', das zu immer größeren Übeln führt") daneben gelegt.

Nachdem schon der Anti-AKW-Bürgerinitiative Hamm untersagt worden war, einen Tisch dort aufzubauen und Anti-AKW-Lieder zu singen (!), wurde ein Genosse aufgefordert, keine AKs vor dem Juso-Stand zu verkaufen, weil der Stand dann angeblich nach einem KB-Stand aussehen würde! Kurze Zeit später erschienen an unserem Schild mehrere SPD-Verantwortliche, die uns aufforderten, Schild und Bücher wegzunehmen. Dies sei ein Fest der SPD, da hätten wir nichts zu suchen. Als wir dem nicht sofort Folge leisteten, packten sie selber mit an, schmissen die Bücher zusammen und wollten das Schild mitnehmen. Gleich darauf waren auch zwei Bullen da.

Als wir mit den 30 um uns herum stehenden Leuten darüber diskutieren wollten, erteilte uns der Veranstalter Platzverbot. Die Bullen begleiteten uns noch bis zum Ausgang des Hammer Parks.

Einige Genossen aus Barmbek
KB / Gruppe Hamburg

Polit-Fete in Essen

Juso-Ordner mit Bullen-Unterstützung gegen AK-Verkäufer

Am 17. und 18. Juni fand in Essen eine große Polit-Fete der Jusos unter dem vielversprechenden Motto: "*Für mehr Demokratie durch Sozialismus*" statt. Die angegebenen Teilnehmerzahlen schwanken zwischen 12.000 und 30.000. Während in einer der Hallen ein Rock-Konzert mit verschiedenen Gruppen lief, waren in anderen Hallen Informationsstände und Büchertische von Jusos, Falken, SHB, Naturfreundejugend, SB, einer Anti-AKW-Bürgerinitiative und verschiedener ausländischer Organisationen aufgebaut.

Nachdem auch der KB zunächst einen Büchertisch aufbauen konnte, nahmen es die Veranstalter schon bald nicht mehr so genau mit ihrem Motto "Mehr Demokratie durch Sozialismus".

"*Nach ca. einer Stunde Büchertisch mit regen Debatten und gutem Verkauf kamen drei Juso-Ordner an unseren Tisch und verlangten, daß wir sofort einpacken. Die Vögel wollten sich zuerst auf keine Diskussion einlassen, sondern mit ‚administrativen Maßnahmen' (ist offensichtlich zur Zeit große Mode in der SPD!) unseren Stand unterbinden, wurden aber von uns und vor allem auch von den Umstehenden (darunter auch Jusos) zur Diskussion gezwungen.*" Doch die Ordner machten ihr "Hausrecht" geltend, fühlten sich aber angesichts der am Tisch herrschenden Stimmung nicht in der Lage, uns zum Einpacken zu zwingen.

Die Ordner holten ein halbes Dutzend Jusos "zur Verstärkung" und kippten unseren Tisch um.Dabei beteiligten sich wesentlich die Ordner Schulten, Otten, Hoffmann und vor allem Jochen Stemplewski. Ihre "Begründung": "*Das ist unser Fest. Zu sowas seid ihr gar nicht in der Lage. Wir haben kein Interesse daran, dem KB ein Forum zur Selbstdarstellung zu bieten!*"



JUSOS: „FREIHEIT DURCH SOZIALISMUS."

Auf einer großen Wandzeitung wurden diese undemokratischen Vorgänge bekanntgemacht:"*Hier haben Juso-Ordner einen Büchertisch des KB abgeräumt. Ist das demokratischer Sozialismus??*" Mit Farbsprühdosen versuchte dann einer der Typen, alles unleserlich zu machen.

Wir konnten anschließen den ARBEITERKAMPF auf den SB-Büchertisch legen. Außerdem machten die Genossen des SB eine Protestunterschriftensammlung zu diesem undemokratischen Vorgehen.

Die trotzkistische GIM und die "Neue Arbeiterpresse" wurden auch aus der Halle gekantet.

Am nächsten Tag kam es dicker. Juso-Ordner - alle hübsch mit Plakette: **"Ich bin ein Radikaler"** - holten sich zur Unterstützung, um uns zu vertreiben, die Bullen!!

Das "Modell Deutschland", wie es diesen "linken" Sozialdemokraten vorschwebt!

Unsere Genossen fühlten sich sehr an UZ-Pressefeste erinnert...

Nach Berichten von Genossen aus Duisburg und Hamburg

Die Ausschlußwelle rollt

Die „Reinigungswelle" in der SPD nach dem Ausschluß des Juso-Vorsitzenden Benneter greift weiter um sich.

Im SPD-Bezirk **Franken (u.a. Nürnberg, Fürth und Umgebung)** ist gegen den gesamten Vorstand der Jusos ein Partei-Ordnungsverfahren eingeleitet worden! Angefangen hatte es mit der Suspendierung des Juso-Bezirksvorsitzenden Rudolph vom Amt und natürlich mit dem Einleiten eines Parteiordnunsgverfahrens gegen ihn. Rudolph hatte eine Erklärung der Nürnberger Jusos gegen die Benneter-Maßregelung unterzeichnet (s. AK 104, S.3). Da der übrige Vorstand Bezirk Franken sich auf Aufforderung der Partei nicht von Rudolph distanzierte, läuft jetzt gegen den ganzen Juso-Bezirksvorstand (sieben Jusos) ein Parteiordnungsverfahren mit dem Ziel des Ausschlusses. – Mit anderen Worten eine Sippenhaft. Darüber hinaus will die SPD nun von allen Mitgliedern des Bezirksausschusses eine „Loyalitätserklärung" verlangen, in der sie sich ausdrücklich von „linken Abweichlern" distanzieren sollen!

Der Juso Vorstand (der („Nürnberger Nachrichten" v. 7.6.77) noch im Amt ist) hatte ungeachtet dessen auf seine letzte Sitzung K. Rudolph zu der Diskussion über die Ausschlüsse eingeladen, der auch teilnahm.

Die Nürnberger Initiative zum **Russell-Komitee** wird sich auch mit diesem Fall beschäftigen.

Gegen fünf Jungsozialisten in **München** hat der Bezirksvorstand Südbayern ein Parteiordnungsverfahren eingeleitet. Ihre Mitgliedsrechte ruhen, weil sie angeblich gegen die Parteirichtlinien verstoßen haben sollen. Eine inhaltliche Begründung wird nicht geliefert („Nürnberger Zeitung", 23.5.77).

KB/Gruppe Nürnberg

Der Vorsitzende des Juso-Unterbezirks Westschwaben und der Vorsitzende im schwäbischen Landkreis Günzburg wurden mit einer Parteirüge bestraft, weil sie sich mit Benneter solidarisiert hatten (Sozialistische Korrespondenz, 2.Mai-Ausgabe).

Mit einer Rüge wurde wegen desselben „Delikts" auch die **Hagener** Juso-Leitung bestraft. „*Falls sich ein solcher Vorgang wiederhole, werde gegen die Jungsozialisten entsprechend der Schiedsordnung der SPD vorgegangen*" (SK, 2.Mai-Ausgabe).

Ausschlußverfahren sollen gegen 14 (!) **Bergisch-Gladbacher** SPD-Mitglieder (darunter Ratsmitglieder und der stellvertretene Ortsvereinsvorsitzende) wegen eines Anzeigentextes zur Solidarität mit Benneter eingeleitet werden (ebenda).

Der Juso-Vorsitzende **Duisburg** und weitere Vorstandsmitglieder sollen ausgeschlossen werden, weil ein eingeladenes DKP-Mitglied auf einer gemeinsamen Sitzung von SPD und Jusos zum Thema Berufsverbote gesprochen hatte. Außerdem hatten sich die Duisburger Jusos mit Benneter solidarisiert (nach: Sozialistische Korrespondenz, 2.Juni-Ausgabe).

Der SPD-Kreisvorstand **Bamberg** hat zwar seine Drohung nicht verwirklicht, alle Unterstützer der "Abrüstungsdemonstration" auszuschließen, nachdem nur 2 von 50 Unterzeichnern die Unterschrift zurückgezogen hatten. Dafür sollen der Vorsitzende und der Schriftführer der Bamberger Jusos dran glauben müssen: Parteiordnungsverfahren (ebenda).

Fünf **Bielefelder** SPD-Linke, darunter der Falken-Bezirksvorsitzende, der Falken-Bezirkssekretär, ein DGB-Jugendsekretär u.a., wurden ultimativ aufgefordert, binnen 3 Tagen (!!!) ihre Unterschrift unter den Aufruf zur "Abrüstungsdemo" zurückzuzie-

Fortsetzung Seite 5

Aktivitäten zum Russell-Tribunal III



2. Arbeitskonferenz zum Russell Tribunal

Fortsetzung von Seite 5

Auf die Frage der Thematik gaben alle drei Vertreter anfangs nur ausweichende Erklärungen ab: Sie wollten keine „Katalogisierung", weshalb sie als Sekretariat keinerlei Themenbereiche mehr nennen würden. Zu der Problematik, daß die Russell-Peace-Foundation trotz der anfänglichen Übereinkunft, die gesamte Repression in der BRD zu untersuchen, in ihren letzten Briefen explizit immer nur einen bestimmten Teilbereich nennt (Berufsverbote, die §§ 88a und 130 a), wollten sie keine Stellung nehmen. Das sei allein Sache der Foundation – so einfach ist das.

Sie versuchten, den Anwesenden die Rolle einer über den Dingen stehenden „neutralen Instanz" vorzuspielen, die lediglich Materialien sammelt und diese dem Tribunal vorlegt, ohne auf die Inhalte der Vorbereitung und des Tribunals Einfluß nehmen zu wollen und zu können. Als ganz so „einfach" stellten sich die Dinge denn doch nicht heraus. Als ein „Sekretär" glauben machen wollte, das Sekretariat nehme keinerlei Einfluß auf die Bearbeitung des vorliegenden Materials, mußte ihn einer seiner Kollegen dahingehend berichtigen, daß von ihnen bestellte Gutachter das Material für das Tribunal aufbereiten würden. Daß dieses Eingeständnis wiederum erst nach eindringlicher Nachfrage eines besser informierten Genossen gemacht wurde, ist charakteristisch für das selbstherrliche Verhältnis des Sekretariats zur Unterstützerbewegung.

Noch krasser kam dies an der Frage der Öffentlichkeitsarbeit zum Ausdruck. Zugespitzt auf den Fall der GEW-Westberlin, die mit ihren 13.000 Mitgliedern aus GEW und DGB ausgeschlossen wurde, wollten sie (freundlicherweise) wiederum nur zugestehen, Unterlagen darüber an die Jury weiterzugeben. Klar wurde jedoch, daß diese Sekretäre nicht bereit sind, die Gewerkschaftsausschlüsse öffentlich als einen zu untersuchenden Gegenstand des Tribunals zu benennen. Sie würden nicht einmal den Vorschlag dazu, wie er von zahlreichen Gruppen gemacht wird, der Presse bekanntgeben.

Angesichts der Tatsache, daß die Russell-Peace-Foundation und das Sekretariat in anderen Fällen sehr wohl definitiv sagen, was vor das Tribunal soll (Berufsverbote, §§ 88a und 130a), ist es lächerlich, dies mit der „Neutralität des Sekretariats" erklären zu wollen. Eine Antwort verweigerten sie dementsprechend auch auf die Frage, ob sie genau diejenigen Repressionsmaßnahmen totschweigen, deren Nichtbehandlung vor dem Tribunal von bestimmten Gruppen gefordert wird (DKPler, SPDler).

Noch unglaubwürdiger wird ihre Position als überparteiliche „Neutrale" (mit Ausnahme von Sebastian Cobler, der sich eindeutig für die Behandlung und Öffentlichmachung des gesamten Spektrums der Repression ausgesprochen hat), wenn bedacht wird, daß ausgerechnet diejenigen im Sekretariat sitzen, die sich vorher für eine Einschränkung der Thematik ausgesprochen haben. Da einer der Westberliner Sekretäre es ausdrücklich verneinte, ein Chamäleon zu sein, können wir ihnen diese Rolle auch nicht abnehmen und müssen feststellen, daß die Besetzung dieses Sekretariats nach wie vor massiv eine Einschränkung der Thematik des Tribunals vermuten läßt.

Ebensowenig plausible Gründe wurden für den undemokratischen Gang des Einsetzungsverfahrens vorgebracht. Dies wurde auf die Russell-Foundation geschoben, die sich eben ihre Leute selbst aussuche. Dem Vorwurf, daß sie ja nachweislich dieses unsaubere Spiel zumindest mitgespielt haben, konnten sie nur mit der Feststellung begegnen, daß sie eben nicht der Unterstützerbewegung, sondern allein der Foundation verantwortlich seien (auch dieser Vorwurf gilt wiederum nicht für S. Cobler, der für sich das Gegenteil sagt).

Als letztes zogen die Sekretäre einen Text, der von ihnen als Brief der Foundation verlesen wurde, aus der Tasche, in dem diese eindringlich dazu auffordert, das von ihnen eingesetzte Sekretariat anzuerkennen. Andernfalls könne das Tribunal nicht stattfinden. Aber die Anwesenden ließen sich das, wozu das Sekretariat argumentativ nicht in der Lage war, nun erst recht nicht mit einer glatten Erpressung aufzwingen.

Eine derart selbstherrliche Abwehr jeder Kritik und das arrogante Pochen auf die Anerkennung durch die Foundation, bei gleichzeitiger Ablehnung einer Anerkennung durch die Unterstützerbewegung, stieß auf einen immer stärkeren (und lautstärkeren) Protest der Arbeitskonferenzteilnehmer . Dies fand seinen Höhepunkt in minutenlangem, rythmischen Beifall, als ein Antrag eingebracht wurde, dem bestehenden Sekretariat das Mißtrauen auszusprechen und es zum Rücktritt aufzufordern.

Mit dem Spruch, daß sie trotz alledem bereit seien, mit allen Unterstützern zusammenzuarbeiten, lehnten die drei anwesenden Sekretäre dies ab und zogen sich von der weiteren Diskussion zurück.

Anschließend setzte eine ausführliche Beratung darüber ein, wie auf diese Situation zu reagieren sei. Zur Entscheidung darüber wurden insgesamt vier Resolutionen vorgelegt, wovon sich drei in ihren Intentionen glichen, auch wenn sie unterschiedlich scharf formuliert waren. Eingebracht wurden sie von den Gruppen, die sich mit der Lage der Gefangenen der RAF beschäftigen und der Gruppe um den Rechtsanwalt Croissant. Diese drei Resolutionen gingen davon aus, daß das Tribunal nicht den imperialistischen Charakter der BRD zum Behandlungsgegenstand habe, sondern allein die innerstaatliche Repression behandeln würde. Dies jedoch richte sich objektiv gegen die antiimperialistische Bewegung. Zum zentralen Angriffspunkt wollten diese Gruppen die „Vernichtungsstrategie der Bourgeoisie gegen die RAF" machen, da sich gegen diese im eigentlichen Sinne die Repressionsmaßnahmen richten. Ein Tribunal, das diesen Aspekt nicht in den Mittelpunkt stellt, würde im Sinne der SPD stehen, genauso wie die „Proteste" der französischen PS gegen die Berufsverbote. Ein solches Tribunal könnten sie nicht durch ihre Anwesenheit legitimieren, sondern es müsse als Element der „Konterstrategie der Bourgeoisie " gegen die „Stadtguerilla" bekämpft werden.

Neben der absurden Einschätzung, die RAF sei der Hauptangriffspunkt der Bourgeoisie, müssen sich diese Gruppen den Vorwurf gefallen lassen, daß auch sie das Tribunal einschränken wollen. Darunter leidet ihre Glaubwürdigkeit zu dem ganzen bisherigen Projekt, und es ist wohl auch kein Zufall, daß sich unter diesen Gruppen eine befand, die ein Russell-Tribunal über die Repression in der BRD anfangs grundsätzlich ablehnte (Komitee „Innere Sicherheit", Bochum). Diese Gruppen verließen die Konferenz mit einer Erklärung im obigen Sinne.

Zur Debatte stand dann noch eine Beschlußvorlage, die auf der Grundlage einer Resolution der Hamburger Vorbereitungsgruppe (außer GIM und Judos) ausgearbeitet wurde. In ihr wird sich nochmals in einem Appell an die Russell-Foundation gewandt, zu der ursprünglich vereinbarten Konzeption zurückzukehren. Es wird gefordert, über die Besetzung des Sekretariats mit der gesamten Unterstützerbewegung in neue Verhandlungen zu treten (siehe Abdruck).

Schließlich wurde diese Resolution von den Anwesenden mit nur einer Gegenstimme angenommen (Abstimmungsergebnis derjenigen Gruppen, die ein Mandat hatten, siehe Abdruck).

Wir sind der Ansicht, daß auf Grundlage dieser Beschlüsse eine gemeinsame Arbeit aller Kräfte, die am Kampf gegen die Repression in allen gesellschaftlichen Bereichen, ohne Ausschlußpolitik gegenüber anderen Kräften, interessiert sind, möglich ist. Um dies zu erreichen, ist es allerdings notwendig, deutlich zu machen, daß die große Mehrheit der möglichen Unterstützer eines solchen Tribunals die gegenwärtige Entwicklung nicht hinnehmen wird und sich auch nicht durch das Auftreten einiger „Sekretäre" erpressen lassen wird. Dazu gehört als erster Schritt, die verabschiedete Resolution zu verbreiten und weitere Kräfte zu deren Unterstützung zu gewinnen. Das Ziel – ein Tribunal über das „Modell Deutschland"– kann nur erreicht werden, wenn die bisherigen Unterstützer ihre stärkste Waffe einsetzen, die Massenmobilisierung im Kampf gegen die Repression. Nur dadurch wird letztlich auch die Russell-Foundation umzustimmen sein.

Fortsetzung von Seite 4

hen. Drei haben sofort gekuscht. Die SK schreibt optimistisch über die zu erwartende Zuspitzung des Konflikts: *"Die örtlichen Jusos haben sich zu einem einheitlichen und offensiven Vorgehen gegen die Parteirechte entschlossen"* (2.Juni-Ausgabe). - Marke "Wir schlagen Schaum"?

Der Frankfurter SPD-Linke Alexander Schubart soll wieder einmal ausgeschlossen werden. Wie inzwischen bei der SPD Brauch, wurde er ultimativ (innerhalb von 10 Tagen) aufgefordert, gewisse Äußerungen über die SPD zu widerrufen, andernfalls...Hauptsächlich mochten die SPD-Herrn Schubarts Äußerung über den *"Grad von unbeschreiblicher Verkommenheit dieser Partei"* nicht hören. Die sogenannte "linke Mitte" des SPD-Unterbezirks Frankfurt forderte Schubarts Ausschluß, während die Vertreter der sogenannten "linken Gruppierung" (diese Bezeichnungen sind der Frankfurter Rundschau entnommen) eine Rüge für angemessener hielten. Nachdem der stellvertretende Vorsitzende Michel mit Rücktritt gedroht hatte, beschloß man, Schubart *"noch eine Chance zu geben"* (FR, 23.6. und UZ, 23.6.).

Wie uns jetzt durch eine Veröffentlichung des "Sozialist" ("Zeitung für sozialistische Politik in der SPD"),Juni 77 bekannt wurde, sind weitere (von uns bisher noch nicht erfaßte) ganze Juso-Kreisvorstände von Parteiausschlußverfahren betroffen. Es handelt sich um die Juso-KV's **Ulm/Alb-Donau, Reutlingen** und **Emmendingen**. Von Parteiordnungsverfahren bedroht sind die Kreisvorstände **Tübingen, Ludwigsburg** und **Odenwald**. *"Die PO-Verfahren sind bis heute, 17.5.,teilweise schon eingeleitet"!*

Nach einer Meldung des "Extra-Dienstes" soll der SPD-Vorstand *"bereits mehr als 50 verschiedene Ausschlußverfahren laufen haben"* (10.6.). Diese Zahl erscheint uns allerdings noch zu niedrig gegriffen.

Und die Ausschlußwelle rollt. Bundesgeschäftsführer Egon Bahr besuchte erst kürzlich die Landes- und Bezirksgeschäftsführer der SPD.*"Er kehrte mit Namenslisten nach Bonn zurück. Wer auf diesen roten Listen steht, wird sich beim geringsten Aufmucken gefeuert sehen"* (ED, 7.6.).

SPD-Kommission

Solidarität mit Benneter kleingeschrieben

Zu einer "Solidaritätsveranstaltung" mit dem geschaßten Juso-Vorsitzenden K.-U. Benneter hatten verschiedene linkssozialdemokratische Persönlichkeiten für den 18.6. in Essen aufgerufen. Rund 1.000 Menschen kamen. Unter den Teilnehmern überwog *"die Zahl der parteioffiziellen Späher diesmal möglicherweise das Aufgebot des angeblich (?) allgegenwärtigen Verfassungsschutzes"* (FR, 20.6.). Die reaktionäre Parteiführung hatte die ursprünglich vom Bundesvorstand der Jungsozialisten selbst geplante Veranstaltung mit Ausschlußdrohungen gegen sämtliche BuVo-Mitglieder verhindert. Als es schließlich zu dem Aufruf von verschiedenen demokratischen und linkssozialdemokratischen Persönlichkeiten kam, kündigte Bundesgeschäftsführer Bahr gleich an,*"daß die SPD-Führung erneut zu Parteiordnungsverfahren greifen wird, wenn sich führende Jusos auf der Essener Veranstaltung zu den von der SPD-Spitze verworfenen Positionen Benneters bekennen sollten"* (Welt, 15. 6.). In diesem Sinn verlief dann auch die "Solidaritätsveranstaltung".Lediglich die Bundesvorständlerin Traute Müller ("Stamokap") solidarisierte sich mit Benneter.

Die anderen Redner benutzten die "Solidaritätsveranstaltung" zur Distanzierung und zu Angriffen auf Benneter (und die "Stamokaps"). Zwar wurden von allen *"Parteiordnungsverfahren als ungeeignete Mittel der innerparteilichen Auseinandersetzung"* bezeichnet (Deutsche Volkszeitung, 23.6.), aber das waren wohl nur Lippenbekenntnisse. Denn gleich im Gegenzug erklärte BuVo-Mitglied O.Schreiner,*"manche von uns Jusos haben durch wenig durchdachte Aussprüche mit dazu beigetragen, die Existenz unseres Bundesverbandes aufs Sqiel zu setzen"* (ebenda). Schreiner wurde noch von Alt-Juso Johanno Strasser („Chefideologe") überboten. Der Herr Professor dozierte, daß die "Stamokap"-Theorie unvereinbar sei mit sozialdemokratischer Politik (es stelle sich die Frage, wie Benneter auf Grundlage seiner These *"in der SPD für eine Politik des demokratischen Sozialismus arbeiten könne"*, FR,20.6.), und liefert doch damit die theoretische Begründung für den Rausschmiß der "Stamokaps"! Die Zwischenfrage *„Was hat dir Egon (Bahn) für deine Rede bezahlt?"* (FR, 20.6.) hat Strasser leider nicht beantwortet.

In einem Papier von vier Bochumer und Kölner Jusos, das auf der Veranstaltung verkauft wurde, wird selbst die "Solidaritätsveranstaltung" mit Benneter als falsch und schädlich kritisiert. Denn: Benneters Erklärungen gegenüber der "Konkret" (Mitgliedschaft kein Dogma, CDU/CSU sind Klassenfeinde) *"ist eine Provokation der Jusos und der SPD", "ein Schlag ins Gesicht der breiten Mehrheit der Arbeiter und Jugendlichen"* usw. Wohlgemerkt, das kommt nicht von Egon Bahr, sondern von Jusos!

Benneter selbst hat in Essen einerseits seinen - gutwillig interpretiert - alten Illusionismus in die SPD-Politik zum Ausdruck gebracht *("1969 war die SPD eine definitive Reformpartei im Interesse der großen Mehrheit unserer Bevölkerung...Wir Jungsozialisten sind stolz darauf, daß wir durch unsere Aktivitäten einen Beitrag dazu geleistet haben, Reformen im Interesse der arbeitenden Menschen durchsetzen zu helfen")* und rief andererseits zur Solidarität unter den Linken in der SPD auf: *"Die vor uns liegenden Aufgaben (Verhinderung einer Großen Koalition) können wir ohne pathetische Übertreibungen als historische bezeichnen. Diese Aufgabe erfordert innerhalb der Jungsozialisten und der sozialdemokratischen Linken, daß wir interne Differenzen hinter den politischen zurückstellen."* Reichlich vermessen muß - ausgerechnet aus Benneters Mund! - die Abqualifizierung der Linken außerhalb der SPD erscheinen: *"Weder die DKP noch das Sozialistische Büro noch eine sonstige Partei einer neuen Linken sind für uns akzeptable Alternativen. Wir überlassen nicht anderen diese Partei."* (alle Zitate aus ED, 24.6.). Die Essener (Un)Solidaritätsveranstaltung dürfte ja wohl eher das Gegenteil bewiesen haben!?

SPD-Kommission

DKP schießt gegen RussellTribunal

Erste öffentliche Stellungnahme der DKP zum geplanten Russell-Tribunal über die Repression in der BRD! Überschrift:

»Spaltungsversuche sollen Bewegung gegen Berufsverbote schwächen« (»UZ«, 25.6.). Verfasser Kurt Erlebach, Mitglied des Präsidiums der DKP, soll diesen Beitrag auf der 6. Tagung des DKP-Parteivorstands (18./19.6.) gehalten haben. Erlebach spricht in dem Beitrag zunächst von »Erfolgen« im Kampf gegen die Berufsverbote und fährt dann fort:

»Der Kampf ist jedoch nicht ohne Probleme. In jüngster Zeit versuchen chaotische, maoistische, trotzkistische Grüppchen in Verbindung mit Kräften aus dem Sozialistischen Büro in Offenbach, auf diese Bewegung einzuwirken. Unter Nutzung des Namens der Russell-Stiftung wird versucht, in der Bundesrepublik eine Veranstaltung zu organisieren. Dieser Versuch ist darauf gerichtet, eine Neuauflage des 1976 in Offenbach durchgeführten Antirepressionskongresses zu organisieren.

KB, GIM und Kreise des Sozialistischen Büros streiten sich gegenwärtig um den Führungsanspruch bei der Organisierung dieses Tribunals. Mit den Versuchen, dieses Tribunal über politische Unterdrückung in der Bundesrepublik zu organisieren, zielen diese Gruppen darauf ab, die Bewegung gegen das Berufsverbot zu lähmen, in ihrer Aktionsfähigkeit und in ihrer Breite einzuengen und aktive Demokraten aus dieser Bewegung hinauszudrängen. Das kommt unter anderem darin zum Ausdruck, daß sie einen ganzen Katalog von in der Tat vorhandenen Verletzungen demokratischer Rechte in der Bundesrepublik auf diesem Tribunal behandeln wollen. Das Berufsverbot soll jedoch nur eine Frage unter anderen sein. Damit ist offensichtlich die Absicht verbunden, die politische Zielsetzung der Bewegung gegen das Berufsverbot zu verändern und sie mit vielen anderen Fragen zu vermengen.

Das bedeutet in der Konsequenz eine große Einengung und Lähmung der Bewegung im Kampf gegen die Berufsverbote. Im Interesse der Berufsverbotsbetroffenen, im Interesse der breiten Bewegung gegen das Berufsverbot sollten wir alle Versuche dieser Gruppen und internationalen Sektierer, die sich eifrig in diese Vorbereitung einmischen, zurückweisen«. (Im zweiten Teil des Beitrags polemisiert Erlebach gegen *»rechte Sozialdemokraten und einige Kräfte aus der Führungsspitze der Jungsozialisten«*, die *»darauf hinwirken* (wollen), *daß sich die Komitees gegen das Berufsverbot in der Bundesrepublik mit den Fragen der sozialistischen Demokratie in den sozialistischen Ländern und ihrer Anwendung gegen die sogenannten Dissidenten befassen sollen«*).

Eine Polemik mit ähnlicher Stoßrichtung brachte, zeitlich gut abgestimmt, die DKP-nahe Zeitung »tat« (24.6.). *»Der Name Russell darf nicht mißbraucht werden«*, sorgt sich Verfasser Helmut Stein. Der Artikel begrüßt die *»neue Situation«*, die durch die Einsetzung des sogenannten »Provisorischen Sekretariats« und ähnlichen Spaltungsmanöver entstanden sei, gibt aber weitblickend zu bedenken:

»Der Ausgang dieser Auseinandersetzung ist noch nicht abzusehen, denn nur ein Tor kann annehmen, daß etwa der KB, der hier bisher sehr am Drükker war, sich nun als schmollender Verlierer in einen stillen Winkel zurückziehen würde«. In der Tat! ...

Insgesamt argumentiert Stein zur Frage des Tribunals wesentlich zurückhaltender als Erlebach, läßt eine mögliche Unterstützung durchaus noch offen. Auch hinsichtlich der Thematik argumentiert er differenzierter als Erlebach: Zwar seien die Berufsverbote eine ganz zentrale Unterdrückungsmaßnahme, aber: *»Dabei wird nicht verkannt, daß sie als Spitze eines Eisbergs durchaus im Zusammenhang mit anderen Themen, wie Gewaltschutzvorschriften, Beschränkung von Rechten der Verteidiger und Häftlinge, wie Abhör- und Lauschaktionen stehen. Insoweit sind die jetzt für das Russell-Tribunal entwickelten Themen-Vor-*

stellungen durchaus diskutabel«. Da Stein in diesem Punkt den Vorstellungen des bisherigen Unterstützungskreises weit entgegenkommt, muß er im weiteren unredlich argumentieren, um doch noch die Kurve zu kriegen: *»Es ist umstritten, daß die Beschränkung der Rechte der Verteidiger und der Gefangenen eine Verletzung elementarer Grund- und Menschenrechte darstellt. Das kann aber nicht davon ablenken, daß es nicht nur fatal, sondern für jede demokratische Bewegung tödlich wäre, wenn unter diesem Deckmantel zur politischen Solidarität 'mit den Genossen von der RAF'* (so der KB) *und 'zum bewaffneten Kampf'* (so eine Stuttgarter Vorbereitungsgruppe) *aufgerufen würde«.* Stein baut hier einen Buhmann auf, da eindeutig ist, daß der KB keine politische Solidarität mit »RAF« etc. übt (im Sinne einer Unterstützung ihrer Positionen), daß »Aufrufe zum bewaffneten Kampf« (gemeint ist offenbar der Kreis um den Stuttgarter Anwalt Croissant) innerhalb der Unterstützungsarbeit zum Russell-Tribunal überhaupt keinen Platz haben, und daß es schließlich eine verbindliche Arbeitsplattform für die Unterstützungsarbeit gibt, in der natürlich weder »Solidarität mit der RAF« noch »bewaffneter Kampf« gefordert werden.

Ein weiteres Argument Steins ist, daß der (DKP-dominierte) Arbeitsausschuß der Initiative »Weg mit den Berufsverboten« sich am 7. März mit einem Brief an die Russell-Foundation gewendet habe. *»Er stellte der Foundation eine Reihe von Fragen — besonders zur Themenauswahl und den politischen Konzeptionen — und bat um ein Gespräch. Eine Antwort traf bis heute nicht ein. Dieses Ignorieren der Initiative gegen die Berufsverbote ist sicher nicht nur eine Frage des politischen Stils, es ist ... ein Vorgang von eigener politischer Bedeutung und Konsequenz«.*

Zu diesem mysteriösen Vorgang ist zu sagen: Die Russell-Foundation hat bereits vor einiger Zeit (auf Anfragen aus dem westdeutschen Unterstützungskreis) erklärt, diesen Brief nicht erhalten zu haben. Wörtlich: *»your letter is misinformed about the people who have approached us from Germany. We have not, to the best of our knowledge, received any correspondence from the comittee Weg mit den Berufsverboten...«* (»Euer Brief ist falsch informiert über die Personen, die sich von Deutschland aus an uns gewendet haben. Wir haben, nach unserem besten Wissen, keinen Brief vom Komitee 'Weg mit den Berufsverboten' erhalten« — Brief vom 20.5.).

Der Vorgang wird sich nachträglich kaum klären lassen, aber Herr Stein schießt sicher über das Ziel hinaus, wenn er der Russell-Foundation unterstellt, sie ignoriere absichtlich das Komitee »Weg mit den Berufsverboten«. Es ist darüber hinaus anzumerken, daß weder das Komitee, noch die DKP, noch die »tat« und die VVN, noch sonst jemand aus diesen Kreisen über Monate hin den geringsten Beitrag zur Unterstützung des geplanten Tribunals und einer zu führenden Massenkampagne gegen die Repression in der BRD getan haben, daß die DKP-abhängige Presse nicht einmal sachliche Informationen über das Projekt gegeben hat. Dies ist sicher nicht nur mit Hinweis auf den rätselhaft verschollenen Brief des Komitees »Weg mit den Berufsverboten« an die Russell-Foundation zu erklären, sondern darin drückt sich auch die Absicht der DKP-Kreise aus, die bisherigen Unterstützergruppen zu ignorieren und jeden Kontakt mit ihnen zu verweigern.

Kurt Erlebach behauptet in seiner Polemik, wir wollten »aktive Demokraten« (gemeint sind die DKP-Kreise) aus der Bewegung gegen die Berufsverbote »hinausdrängen«. Dieser Vorwurf ist grotesk. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Es ist die DKP selbst, die seit Jahren bestrebt ist, den KB und andere Organisationen aus jeder demokratischen Bewegung herauszuhalten oder hinauszudrängen, und die jede nur mögliche punktuelle Zusammenarbeit schon im Ansatz zunichte macht. Auch zukünftig sind wir sofort bereit, mit der DKP auf jeder gewünschten Ebene über Möglichkeiten gemeinsamen Handelns zu reden.

Immerhin ist zu beachten, daß die Stellungnahme der »tat« eine Unterstützung des Tribunals noch offen läßt, während die Stellungnahme des DKP-Parteivorstands rein ablehnend und destruktiv ist. Unabhängig von diesen Differenzen im Detail — deren reale Bedeutung sich erweisen wird — wäre es durchaus nicht verwunderlich, wenn der DKP-Parteivorstand angesichts seiner erfolglosen Störmanöver demnächst doch noch auf den fahrenden Zug zu springen versucht, mit dem Anspruch, die Richtung zu bestimmen und die nicht genehmen »Fahrgäste« rauszuschmeißen. Daraus sollte nichts werden: Solidarische und gleichberechtigte Mitarbeit der DKP zur Unterstützung des Tribunals — jederzeit und herzlich gern! Führungsanspruch und These 41 — Nein danke!

verschollenen Brief des Komitees These 41 — Nein danke!

Resolution

Die Teilnehmer der 2. Arbeitskonferenz westdeutscher Antirepressionsgruppen (Göttingen, 25./26.6.77) möchten der Bertrand Russell Peace Foundation zur weiteren Vorbereitung des Russell-Tribunals über die Repression in der BRD folgende Vorschläge unterbreiten:

1. In der Vorbereitung und Unterstützung des Tribunals sollte keine Einschränkung der Untersuchung von Unterdrückungsmaßnahmen vorgenommen werden. Um Unklarheiten in dieser Frage, wie sie immer wieder aufgetreten sind, zu beseitigen, schlagen wir vor, die im Brief der Russell-Foundation vom Juni 1977 gewählten Formulierungen zu präzisieren: Wie die Berufsverbote und die §§ 88 a und 130 a StGB sollten auch weitere wesentliche Repressionsmaßnahmen in der BRD, die durch den Export in andere Länder zusätzlich die Entwicklung in ganz Europa bedrohen, explizit genannt werden:
- politische Unterdrückung in kulturellen, kirchlichen und anderen Institutionen,
- Einschränkung von Rechten von Angeklagten und ihren Verteidigern sowie die Verschärfung von Haftbedingungen, insbesondere die unmenschliche Isolationshaft,
- Ausbau des Polizeiapparates und der Geheimdienste sowie ihre Erprobung in paramilitärischen Einsätzen gegen Bürgerinitiativen,
- systematische Verteufelung der Linken, was alle möglichen rechtsradikalen Übergriffe und Umtriebe direkt ermutigt,
- verschärfte Anwendung ausländerrechtlicher Bestimmungen,
- Zusammenarbeit des bundesdeutschen Verfassungsschutzes mit ausländischen Geheimdiensten. Insbesondere die Denunziation in der BRD lebender Iraner an die Geheimpolizei des Schah-Regimes, was durch die westdeutsche Verfassung direkt verboten ist.
- Praktiken und Verordnungen, die den revidierten § 218 lokal und regional unterlaufen; Berufsverbote gegen Frauen, die legal abgetrieben haben; medizinische Experimente an Frauen, die abtreiben wollen;
- Kriminalisierung von Frauen, Frauengruppen und -zentren im Zusammenhang mit § 218;
- Haftbedingungen weiblicher politischer Gefangener und Lesbierinnen;
- Behinderung bei der Arbeitssuche und Aberkennung des Arbeitslosenstatus bei Müttern, die keine Betreuung ihrer Kinder nachweisen können;
- Diskriminierung und Hetze gegen Schwule in direkter Tradition faschistischer Methoden, unter Berufung auf das „gesunde Volksempfinden";
- Schwarze Listen in den Betrieben, Bespitzelung von Belegschaftsange-

stischer Methoden, unter Berufung auf das „gesunde Volksempfinden";
- Schwarze Listen in den Betrieben, Bespitzelung von Belegschaftsange-

hörigen auch durch private Detekteien;
- zunehmender Druck auf die Gewerkschaften, u.a. durch die Anwendung eines Verbändegesetzes;
- Praktizierung eines Radikalenerlasses im DGB selbst durch die Unvereinbarkeitsbeschlüsse.

Dieser Katalog beansprucht weder, vollständig zu sein, noch soll er die Arbeitsweise des Tribunals vorbestimmen, die von den Mitgliedern der Jury letztlich selbst entschieden werden muß. Er soll allerdings die jetzt notwendigen wissenschaftlichen Untersuchungen über die Verletzung von Menschenrechten in der BRD genauer definieren helfen, als das aufgrund der bisher vorliegenden Stellungnahmen der Russell-Foundation möglich war.

2. Die Art und Weise des Zustandekommens des jetzigen vorläufigen Sekretariats mußte viele Unterstützer des Tribunals verunsichern und hat der Glaubwürdigkeit unseres gemeinsamen Anliegens keinen guten Dienst erwiesen. Unkontrollierbare und widersprüchlich erscheinende Absprachen mit einer Minderheit der bisherigen Unterstützungsgruppen haben das Vertrauen in dieses Sekretariat erschüttert. Einige Sekretäre haben leider ausdrücklich erklärt, daß sie sich den Unterstützungsgruppen überhaupt nicht verantwortlich fühlen und dadurch den Eindruck erweckt, selbstherrlich zu handeln. Den Unterstützungsgruppen, die schließlich den Großteil der Arbeit für das Tribunal tragen müssen, muß auch demokratische Mitbestimmung zugestanden werden. Deshalb halten wir es für notwendig und möglich, in gemeinsamen Verhandlungen aller Beteiligten ein neues Sekretariat zu bilden, das unser aller Vertrauen besitzt und daher auch das Tribunal in jeglicher Hinsicht mit größtmöglicher Effektivität vorbereiten kann.
3. Es hat sich gezeigt, daß mit der Auflösung des nationalen Initiativausschusses keinerlei Fortschritte, sondern im Gegenteil vermehrte Schwierigkeiten verbunden waren. Im Sinne einer solidarischen und verbindlichen Koordinierung der Unterstützungsarbeit schlagen wir deshalb vor, an der ursprünglichen Konzeption eines Nationalen Unterstützungskomitees festzuhalten, in dem alle Unterstützer des Tribunals repräsentiert sein sollten.
4. Um unsere praktische Antirepressionsarbeit zielgerichtet fortsetzen zu können und die internationale Solidarität gegen das „Modell Deutschland" zu organisieren, wird die Herausgabe eines internationalen Informationsbulletins über die Repression in der BRD vorgeschlagen. Dieser Vorschlag soll mit der Unterstützungsbewegung in Frankreich, den Niederlanden, Skandinavien usw. diskutiert werden.
5. Um diese Beschlüsse durchzuführen, wählt die Arbeitskonferenz einen Ausschuß für die Zeitdauer bis zur nächsten Arbeitskonferenz, die spätestens bis zum 15. September d. J. einzuberufen ist.

Abschließend stellen wir fest, daß der Versuch, das Tribunal auf einige — oder sogar nur einen — Bereich zu beschränken, nicht nur dem Willen der Mehrheit der Unterstützungsbewegung widerspricht, sondern auch zum Ausdruck bringt, daß der Umfang und die Tiefe der politischen Unterdrükkung im Sinne des „Modell Deutschland" nicht ernst genommen wird. Es ist nötig, politische Repression jeglicher Art grundsätzlich zu bekämpfen und nicht aus taktischen Gründen zu verharmlosen. Unabhängig von den weiteren Entscheidungen der Russell-Foundation werden wir die begonnene Arbeit gegen das „Modell Deutschland" nach Kräften und ohne jede thematische Einschränkung gemeinsam mit unseren ausländischen Freunden fortsetzen und uns dabei auf die Mobilisierung eines möglichst breiten Widerstands konzentrieren. Auch in dieser Frage gilt: Bau'n wir auf die eigene Kraft!

Irminsulvertrieb, Marsberg — Initiative Emden — Informationsstelle Lateinamerika, Bonn — Initiative Kommunistische Gruppe, Bonn — Westdeutsches Irland-Solidaritätskomitee — Russell-Initiative, Darmstadt — Karlsruher Unterstützungskomitee — Spartacusbund (IT) — Kommunistischer Bund — Nationale Arbeitsgemeinschaft „Repression gegen Schwule" (HAH Hamburg, homo heidelbergensis, Heidelberg; IHB, Bielefeld; RAGE, Essen; HAW-Gruppe Rosa Februar, Westberlin; RSF Oberhausen; HAG Göttingen, WüHSt Würzburg; Rosa Huhn, Salzgitter) — SSB Bonn — Initiative auschlossener DruPa-Mitglieder, Hamburg — Initiative fortschrittlicher Kulturschaffender, Hamburg — Hildesheimer Initiativzeitung — Unterstützungsausschuß „Arbeiterkampf gegen Rosenbaum" — Gruppe „Argumente" von Broschek-Druck, Hamburg — Frauen-AG zum Russell-Tribunal, Heidelberg — Betriebsgruppe Texaco, Hamburg — Verband ausgeschlossener Gewerkschafter — Anti-Repressions-Arbeitskreis, Hannover — AG Russell/Frauengruppe Wolfsburg — Komitee gegen politische Unterdrückung Lübeck — Frauengruppe „Weiberplenum", Westberlin — Bundesring der Studierenden des Zweiten Bildungsweges — AG Militarisierung der Polizei, Westberlin — Anti-AKW-Gruppe/TU Westberlin — Kinderhaus Hamburg — AStA Göttingen — AG politische Gefangene, Hamburg — AG gegen politische Unterdrückung in der BRD, Hamburg (Untergruppe „Behinderung linker Öffentlichkeit") — Initiative gegen politische Unterdrückung, Delmenhorst — fünf Mitglieder des ehemaligen „Initiativausschuß für ein Nationales Unterstützungskomitee"

Lediglich für Punkt 1 der Resolution stimmten:
Russell-Initiative Nürnberg — Münchner Initiative für ein Russell-Tribunal — Unterstützerkomitee Bielefeld — AG Medien

Die Punkte 1, 2 und 3 der Resolution werden von der Hamburger Vorbereitungsgruppe für ein Russell-Tribunal über die Repression in der BRD unterstützt.

Dänische DKP hetzt gegen das Russell-Tribunal

Die dänische revisionistische Partei DKP griff mit einem Artikel in ihrer Parteizeitung „Land og Folk" am 7. Juni erstmalig öffentlich in die Auseinandersetzungen um ein Russell-Tribunal über die Repression in der BRD ein. Das gesamte Argumentationsmuster des Verfassers Börge Ebbesen ist auffällig von der Hetze der westdeutschen „Bruderpartei" gegen „Chaoten" und „Maoisten" abgeguckt. Im Stile der westdeutschen DKP werden politisch Andersdenkende, in diesem Fall besonders Sybille Plogstedt, als Verfassungsschutzprovokateure Diffamiert und damit die politische Auseinandersetzung um unterschiedliche Positionen erledigt. Nachdem in dem Artikel über angebliche provokatorische Tätigkeit von Sybille Plogstedt in der CSSR „berichtet" wird, heißt es: *„Jetzt ist die gleiche Dame dazu eingesetzt worden, die Arbeit gegen Berufsverbote zu zerschlagen. Das ist kein Wunder. In einem Artikel vom letzten Jahr über das Ruhrgebiet sprach ich davon, wie der riesige Apparat des Verfassungsschutzes dazu eingesetzt wird, die Arbeit der Komitees gegen Berufsverbote zu infiltrieren... Die Infiltrierung geschieht durch eine Reihe kleinerer ‚links'orientierter Gruppen, die die Kommunisten da unten alle als „Chaoten" bezeichnen."*

Nachdem so gleich der richtige Einstieg geschafft ist, um von vornherein die Vorstellungen linker Organisationen zum Russell-Tribunal zu verunglimpfen (da diese ja entweder in direktem Auftrag des Verfassungsschutzes arbeiten, bzw. ihre Vorstellungen auf Grund der „Bedeutungslosigkeit" dieser Gruppierungen ohnehin nicht interessieren), äußert sich Börge Ebbesen zu dem Projekt selbt. Dabei erübrigt es sich fast zu erwähnen, daß nach Ansicht der dänischen DKP die gesamte Tätigkeit des Verfassungsschutzes auf die Zerschlagung der westdeutschen DKP bzw. der DKP-beherrschten Berufsverbote-Komitees ausgerichtet sei. In dem Artikel heißt es weiter: *„Die Komitees gegen Berufsverbote können es nicht akzeptieren, daß Berufsverbote mit Baader--Meinhof, Frauenunterdrückung [!] und der AKW-Gegnerschaft [!] zusammen behandelt werden. Für die Berufsverboteopfer ist es viel zu gefährlich, mit Baader-Meinhof in Verbindung gebracht zu werden. Eine Reihe von anderen Punkten sind geradezu dazu geeignet, eine Spaltung des Kampfes herbeizuführen. Z.B. hat man es darauf angelegt, den westdeutschen Gewerkschaften den Rücken zuzudrehen..."*

Die westdeutschen Russell-Vorbereitungsgruppen, die dafür eintreten, daß das gesamte Spektrum der Repression in der BRD vorm Tribunal behandelt wird, werden als »maoistisch« unterwandert diffamiert. Da nun aber in das vom Verfasser erzeugte Bild von der angeblichen Isolation der Vorbereitungsgruppen die Hamburger Veranstaltung vom 7. Mai nicht ganz paßt, wird dazu eine ganz besondere »Erklärung« gefunden: *»Die große Teilnehmerzahl erklärt sich zum einen aus dem Streik an der Hamburger Universität. Mit Sinn für Publicity* (!) *hatte man den Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus gewählt.«*

Nachdem sich Börge Ebbesen ausgiebig für eine Einengung des Tribunals auf die Berufsverbote ausgesprochen hat, weil alles andere den vom Berufsverbot Betroffenen schaden würde bzw. man sich den Zorn der Gewerkschaftsführung zuziehen könnte, macht er noch ein kleines »Zugeständnis« an all diejenigen, denen das doch nicht ganz geheuer vorkommt. Natürlich würden auch vor einem Berufsverbote-Tribunal andere Fragen der Repression in der BRD behandelt, da Berufsverbote im Öffentlichen Dienst ausgesprochen würden wegen AKW-Gegnerschaft usw. Aber: *»Ein Komitee gegen Berufsverbote kann so eingesetzt werden, daß es zu verhindern versucht, daß Leute Berufsverbot kriegen, weil sie gegen Atomkraft sind. Dagegen kann aber ein Berufsverbotekomitee nicht dazu benutzt werden, die Einführung von Atomkraft zu verhindern.«* Wo das jemand verlangt hat, kann selbst Börge Ebbesen nicht angeben.

Schließlich wird den Vorbereitungsgruppen — es durfte nicht fehlen — der Vorwurf gemacht, daß die Schuld daran seien, wenn der Kampf gegen Berufsverbote verschleppt werde: *»Und während dieser Blödsinn andauert, kommen die Berufsverboteakten in Stapeln zur Tür rein, eine fast monotone Reihe von Namen, Daten, Examenszeugnissen, Verhören und Urteilsbegründungen. Die Verhältnisse in Westdeutschland erfordern bestimmt nicht solche studentischen Kindergartenvorstellungen.«*

Zwei Mitglieder des dänischen Russell-Komitees, Bo Schack (internationaler Sekretär des dänischen Studentenverbandes) und Henrik Kaufholz (Mitglied der IUK über die Todesumstände von Ulrike Meinhof und Journalist bei »Politiken«) verlangen jetzt den Abdruck eines Artikels in »Land og Folk«, der die offensichtlichen Lügen von Börge Ebbesen korrigiert. Nachdem sie die Geschichte des Russell-Tribunals III berichtet haben und sich für die Behandlung aller Fragen ausgesprochen haben, sagen sie: *»Welche Themen vor das Tribunal sollen, muß vor dem Tribunal diskutiert werden. Auf alle Fälle sollte die Zeugenvernehmung kommen ... Die westdeutsche Wirklichkeit — und nur sie — ist maßgeblich dafür, welche The*men vor dem Tribunal behandelt wer*den. Es ist ein politischer Betrug, die politischen Kräfteverhältnisse in der westdeutschen und europäischen Linken ausschlaggebend dafür sein zu lassen, was Unterdrückung ist und was nicht ... Wir sind interessiert an einer inhaltlichen Diskussion. Wir sind weder für oder gegen die Behandlung von Berufsverboten oder Atomkraft, weil unsere deutschen Freunde uns darum bitten. Wir meinen, daß all diese Dinge einen Zusammenhang in der Repression in der BRD bilden. Deswegen soll ein Tribunal sie nicht trennen.«*

Man darf gespannt sein, ob die dänische DKP in ihrer Zeitung den Abdruck eines kritischen Artikels zulassen wird oder ob sie auch in dieser Frage wie ihre westdeutsche Bruderpartei verfährt.

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg



erscheint unregelmäßig im Verlag J. Reents

Belgien: Unterstützungsarbeit läuft gut an

Über die Resonanz des Aufrufs des belgischen Untestützungskomitees für ein 3. Russell-Tribunal in der BRD schreibt uns am 7.6. ein dort mitarbeitender Genosse der PLS, die bisher wesentlich am Aufbau des Komitees mitgearbeitet hat:

„In der Initiativgruppe ist bezüglich konkreter Projekte noch nichts festgelegt worden, wir haben jedoch die Absicht, diese Arbeit zu entwickeln, wie auch immer die Entscheidung des Tribunals ausfallen wird. In der Gruppe gibt es keine „Persönlichkeit", und von den angesprochenen Gruppen und Einzelpersonen treffen nach und nach Antworten ein. Wir haben schon 287 Unterschriften an die Stiftung nach London geschickt, ebenso 10 Zuschriften von Gruppen und Komitees.

Es erscheint uns wichtig, die belgische Bevölkerung dafür hellhörig zu machen, welche Verbindungen zwischen der Institutionalisierung der Repression in der BRD bestehen und den Zeichen, die die Staatsmacht gegenwärtig bei uns setzt". Das Komitee konnte offenbar bereits in breitere Kreise hineinarbeiten: So veröffentlichten den Aufruf des Komitees auch die „Notre Temps", eine linksliberale Wochenzeitung, und (erfreulicherweise!) „le Drapeau Rouge", die Zeitung der belgischen PC-Revis.

Der linke flämische Nachrichtendienst BPA veröffentlichte am 10.6. einen eigenen Appell zur Mitarbeit und einen Spendenaufruf zur Unterstützung eines 3. Russell-Tribunals. Nach Darstellung der Breite der Repression in der BRD schreibt er über das „Modell Deutschland", diese Richtlinie sei beim belgischen Unternehmerverband und bei einigen belgischen Politikern auf fruchtbaren Boden gefallen. Damit haben jetzt die wichtigsten linken Organe den Aufruf des belgischen Unterstützungskomitees veröffentlicht.

Erste Russell-Veranstaltung in Westberlin

Mit 1.200 Teilnehmern fand am 13.6. die erste Veranstaltung zum Russell-Tribunal in Westberlin statt, auf der J.P. Vigier (Frankreich), RA Ströbele, Prof. Flechtheim und der Judo-Vorsitzende Walter sprachen. Flechtheim erwies sich mit seiner Rede, in der er US-Präsident Carter als »Verfechter der Menschenrechte« lobte und ansonsten vor allem die DDR anklagte, allerdings ziemlich deplaziert. Davon abgesehen war die Veranstaltung ein klares Votum dafür, die Repression in der BRD in ihrem vollen Ausmaß vor das Russell-Tribunal zu bringen. Hervorzuheben ist noch, daß Helmut Horst vom Westberliner GEW-Vorstand sich ausdrücklich für die Behandlung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse aussprach — ebenso wie Heinz Brandt in einer Grußadresse.

Modell Deutschland Lied

Ein Modell kommt jetzt in Mode
es ist aus altem deutschem Stoff
Farbe neu, Fasern marode
weil er so viel Blut schon soff

Es ist ein Anzug, knapp geschnitten
der engt euch Kopf und Körper ein
habt ihr im jetzigen schon gelitten
kann dieser neue tödlich sein

Die Hose hat den neuesten Chic
da heißt's den Gürtel enger schnallen
die Jacke drückt euch im Genick
die Ärmel sind schlicht weggefallen

Die Stiefel derb, aus schwarzem Leder
und fürs Marschieren eingerichtet
den Gesinnungsmaulkorb trägt dann jeder
und nur der Papagei, der dichtet

Und die deutsche Zipfelmütze
sitzt wie ein Eisenring ums Hirn
Ja und Amen sind die Stütze
fürs deutsche Kapitalgestirn

Wer dies Modell nicht akzeptiert
wird zum Staatsfeind schnell gemacht
bist du erst kriminalisiert
ist schon dein Stamm-Heim ausgedacht

Der „freieste Staat auf deutschem Boden"
schlimm genug, was ihr so preist.
Verdammt, singen wir ihm etwa Oden
nur, weil er noch nicht faschistisch heißt?!

Dieses Gedicht wurde am 21.6.77 anläßlich des Hamburger »Literatrubel« aus der Taufe gehoben. Sein Verfasser, Bernhard, gehörte nach dem Hamburger Senatserlaß 1971 zu den ersten vom Berufsverbot Betroffenen in der BRD.

Frauen-Kongreß forderte Russell-Tribunal

RESOLUTION von westdeutschen Frauen in der Arbeitsgruppe »Repression« auf dem internationalen Frauenkongreß vom 28. bis 30.5.1977 in Paris, per Akklamation angenommen auf der Vollversammlung der Teilnehmerinnen am 30.5.1977:

Im Gegensatz zu anderen Ländern, wo die physische Repression dominiert, ist die Repression in der BRD besser kaschiert, teilweise durch scheinbar demokratische Gesetze legalisiert und daher auf den ersten Blick nicht so offensichtlich. Um potentiellen und vorhandenen Widerstand im Keim zu ersticken, werden einzelne herausgegriffen, diffamiert, kriminalisiert, isoliert, um sie kampfunfähig zu machen. Z.B. werden Linke aus den Gewerkschaften ausgeschlossen, sind heute mehr und mehr fortschrittliche Menschen vom Berufsverbot betroffen, werden Frauenzentren von der Polizei überfallen und kriminalisiert. Die Rechte der politischen Verteidigung werden völlig eingeschränkt, der Gesprächs- und Briefverkehr der Gefangenen überwacht. Die Identität der politischen Gefangenen soll durch »weiße Folter« gebrochen werden: bei Hungerstreik werden sie zwangsernährt, Fingerabdrücke werden unter Narkose abgenommen, die medizinische Betreuung ist schikanös, vor allem aber durch Isolationshaft wird nicht nur die psychische Situation der Gefangenen, sondern auch ihre physische Existenz bedroht. Das Vernichtungsinteresse des westdeutschen Staates wird deutlich an dem Mord z.B. an Ulrike Meinhof, Holger Meins und Katharina Hammerschmidt.

Sowohl die tägliche Einschüchterung z.B. durch Berufsverbote als auch die zunehmende Verfeinerung der Vernichtungsmethoden sind nicht nur eine Bedrohung für die demokratischen Kräfte in der BRD, sondern sie haben eine internationale Bedeutung. Als »Modell Deutschland« werden diese Repressionsstrategien von der BRD als erstarkende imperialistische Macht in andere Länder exportiert. Da die Frauen im Rahmen der allgemeinen Unterdrückung aufgrund ihrer spezifischen Situation in der Gesellschaft zusätzlich unterdrückt werden, ist es wichtig, daß wir als Frauen auf diese spezifische Unterdrückung aufmerksam machen. Darüber hinaus müssen wir die westdeutsche Frauenbewegung angesichts der massiven Beihilfe der BRD an der Unterdrückung der 3. Welt dazu auffordern, sich nicht nur mit ihrer frauenspezifischen Situation in der BRD zu beschäftigen, sondern sich am Kampf gegen die reaktionäre Rolle der BRD in Europa und der 3. Welt zu beteiligen.

Die Empörung und der Protest über diese Entwicklung hat zu internationalen Anstrengungen geführt, ein Russell-Tribunal über die Repression in der BRD durchzuführen. Die Teilnehmerinnen des internationalen Frauenkonkresses begrüßen diese Initiative und bitten die Russell-Foundation, das Tribunal einzuberufen.

Paris, 30.5.1977

Unterstützungsarbeit in den Niederlanden

Was sich bereits seit längerer Zeit abzeichnete, ist nun Realität geworden: In den Niederlanden existieren zwei Unterstützungskomitees für das Russell-Tribunal über die Repression in der BRD. Die Differenzen zwischen den Initiatoren dieser Komitees gleichen in mancher Hinsicht den Differenzen, die im westdeutschen Initiativausschuß aufgetreten sind: Die Frage der thematischen Breite der zu untersuchenden Repressionsmaßnahmen und der Träger der Unterstützungsarbeit (nur „Persönlichkeiten" oder Einbeziehung der Organisationen).

Das „Initiatiefkomitee"

Auf Initiative des »Internationale Kommunistenbond«, IKB, (IV. Internationale) fand am 13.1.77 eine erste



proletaries links
ORGAAN VAN DE INTERNATIONALE KOMMUNISTENBOND
NEDERLANDSE AFDELING VAN DE VIERDE INTERNATIONALE

Versammlung von Gruppen statt, die ein Unterstützungskomitee für das Russell-Tribunal aufbauen wollten. Der IKB hatte rund 35 Parteien und Organisationen (darunter die Sozialdemokraten und die »Pazifistisch-Sozialistische Partei« PSP) angeschrieben, gefolgt waren der Einladung aber lediglich drei kleinere Gruppierungen und Beobachter weiterer Gruppen (siehe AK 100). Das »Initiatiefkomitee« bezog sich inhaltlich auf die gesamte Repression in der BRD und sprach sich gegen ein reines »Persönlichkeitskomitee« aus. In »Proletaries links«, der Zeitung des IKB, wurde am 5.2.77 in einem längeren Bericht über die Tribunalsvorbereitungen in der BRD (der erste übrigens, der in den Niederlanden erschien) auch über die Gründung des »Initiatiefkomitees« berichtet.

Das »Initiatiefkomitee«, das sich selbst als noch zu schmal angelegt für eine wirkliche Unterstützungsarbeit einschätzte, bemühte sich im besonderen um die Zusammenarbeit mit der PSP (der »Schwesterpartei« der PSU, von der die Anregung für das Russell-Tribunal ausgesprochen worden war). Dies scheiterte jedoch an der vom PSP-Auslandssekretär ausgesprochenen strikten Weigerung, mit dem »Initiatiefkomitee« zusammenzuarbeiten. Die PSP nämlich war, zusammen mit der »Politieke Partij Radikalen«, PPR, mit der Gründung eines eigenen Unterstützungskomitees beschäftigt. Dazu hatte die PSP einen Brief an »Persönlichkeiten« zur Unterstützung des Tribunals versandt, in dem jedoch nur die Berufsverbote ausdrücklich angesprochen waren!

Über alle diese Hindernisse des Zusammengehens von »Initiatiefkomitee« und PSP bewahrten die Beteiligten nach außen hin jedoch Stillschweigen, so daß es — fünf Monate später — einer unabhängigen linken Wochenzeitung (»De Nieuwe Linie« vom 4.5.77) vorbehalten war, erstmals öffentlich über die Differenzen zwischen »Initiatiefkomitee« und PSP zu berichten (siehe Anti-Repressions-Info Nr. 1).

Kurze Zeit später bezog auch der IKB öffentlich Stellung. In »Proletaries links« (Nr. 11, 14.5.77) schreibt der IKB zu den Differenzen im westdeutschen Initiativausschuß u.a.: Das Tribunal sollte sich ursprünglich *»mit allen Formen der Repression in Westdeutschland beschäftigen [u.a. Unterdrückung des Frauenkampfes, Ausbau des Polizeiapparates, Berufsverbote usw.]...* Zwischen den Trägern des westdeutschen Initiativausschusses — es werden KB, SB, GIM, Spontaneisten und ESG genannt — gab es von Anfang an *»große Meinungsverschiedenheiten. Die GIM und das SB* (das ein klein wenig unserer PSP gleicht) *waren der Meinung, daß die Unterstützung des Tribunals nach rechts ausgeweitet werden müsse, zumindest auf Teile der Moskau-gerichteten DKP und Teile der sozialdemokratischen SPD. Dazu sollte eventuell auch die Skala der Themen kleiner werden und das Tribunal selbst sich vielleicht alleine auf die Berufsverbote konzentrieren«.*

Obwohl der IKB nicht explizit Stellung dazu bezieht, geht doch aus seiner Berichterstattung insgesamt hervor, daß ein reines Berufsverbote-Tribunal bei ihm bzw. beim »Initiatiefkomitee« kaum auf Gegenliebe stoßen dürfte.

Überdies ist in »De Nieuwe Linie« über die Frage der Behandlung der Gewerkschaftsausschlüsse zu lesen: *»Die GIM findet ..., daß ein Tribunal, und erst recht das Russell-Tribunal, sich nie und nimmer gegen die Gewerkschaften wenden darf. Der IKB denkt darüber anders«* (»DNL«, 4.5.77).

PSP: Nur Berufsverbote?

Der PSP-Auslandssekretär hatte die »Nieuwe Linie« wissen lassen, daß er die vom IKB angeregte Initiative für *»sehr verfehlt«* halte. Die PSP sei schon tätig gewesen, *»bevor der IKB seinen Aufruf herausgab. Was wir*



wollen, ist nämlich kein Aufruf an allerlei Grüppchen, sondern an Personen und auf eine breite Basis gerichtet. Wir haben nicht vor, für das eigene Kirchspiel zu predigen« (»DNL«, 4.5.77).

Neben dem Hick-Hack darüber, wer »der erste« war, erscheint diese machtpolitische Argumentation — Abqualifizierung des IKB als »Grüppchen« statt inhaltlicher Auseinandersetzung — wenig überzeugend.

Die PSP berichtete erstmals im Juni (»Radikaal« Nr. 9, 4.6.77) über ihre Aktivitäten zur Unterstützung des Tribunals. Es heißt dort: *»Die Situation in der BRD bezüglich des ‚Radikalenerlasses' und der ‚Berufsverbote' hat viele in Bewegung gebracht ... Auch besteht die Angst, daß die in Westdeutschland geübten Praktiken einmal auf andere westeuropäische Länder überschlagen könnten oder in gewissem Sinne schon bestehen ... Die PSP hat zusammen mit der PPR die Initiative ergriffen für die Gründung eines niederländischen Empfehlungskomitees von Personen [ein Komitee von Organisationen würde wohl eine zu schmale Basis ergeben für eine wirkliche Unterstützung]. Dieses Empfehlungskomitee soll in einer folgenden Phase aufrufen, die Initiative der Russell-Foundation massenhaft zu unterstützen ... Inzwischen haben etwa 50 mehr oder weniger bekannte Niederländer, die über die Entwicklung in der BRD beunruhigt sind, sich bereit erklärt, in diesem Empfehlungskomitee einen Sitz einzunehmen«.*

Der Artikel entspricht fast wörtlich einem Brief vom März 1977, den PSP/PPR an die »mehr oder weniger bekannten Niederländer« versandten. Über die Allseitigkeit der Repression in der BRD und die vom westdeutschen Initiativausschuß vorgeschlagenen Themen verliert die PSP in diesem Artikel kein Wort. Da jedoch wortgleich im Brief und im Artikel nur auf die Berufsverbote bzw. den Radikalenerlaß Bezug genommen wird, liegt die Annahme nahe, daß von der PSP kaum Widerspruch zu einem »Berufsverbote-Tribunal« zu erwarten wäre. Hiermit fällt die PSP selbst hinter Darstellungen der Repression in der BRD zurück, wie sie in Blättern kirchlicher Jugendorganisationen und Teilen der bürgerlichen Presse in den Niederlanden gegeben werden.

Nicht sehr überzeugend ist auch, was die PSP gegen die Unterstützung des Tribunals durch »Organisationen« (bezeichnenderweise wird bei diesem Angriff die Existenz des »Initiatiefkomitees« nicht einmal erwähnt) vorzubringen hat: Schließlich ist sie selbst — eine Organisation — zusammen mit der PPR — auch einer Organisation — Initiator des »Empfehlungskomitees« und wartet (lt. »DNL« vom 4.5.) *»ein wenig darauf, was die PvdA tun wird«* — eine weitere Organisation. Die Ablehnung der PSP ist also deutlich gegen die links von ihr stehenden Organisationen gerichtet!

Keine »vorzeitige« Mobilisierung, keine öffentliche Auseinandersetzung über bestehende Differenzen, Einschränkung der Thematik als Zugeständnis an »rechts«, keine Beteiligung von Organisationen, mit denen sozialdemokratische Kreise »verschreckt« werden könnten etc. — dies alles kommt einem von den Auseinandersetzungen mit GIM und SB hierzulande recht bekannt vor. Während durch diese Politik eine wirksame Mobilisierung bisher blockiert wurde, ist von einer weiteren Gruppe jedoch inzwischen eine breite Informationsarbeit über das »Modell Deutschland« aufgenommen worden.

„Unsere rechten Nachbarn"

Dieser Lichtblick ist die Zeitung »Onze buren rechts« (»Unsere rechten Nachbarn«), von der jetzt die zweite Ausgabe vorliegt (siehe auch Anti-Repressions-Info Nr. 1).

Die Redaktion von »Onze buren rechts« (OBR) — Demokraten und Sozialisten, Organisierte und Unorganisierte — hatte in der ersten Ausgabe (Mai 1977) geschrieben: *»Im Aufruf*



des (westdeutschen — Anm. AK) *Initiativkomitees sehen wir eine gute Anleitung, um Informationen über die BRD zu verbreiten. Aus diesem Grunde unterstützen wir das Russell-Tribunal ...«.* Das Versprechen, in jeder Nummer eines der Themen aus dem Aufruf ausführlich zu behandeln, wurde jetzt in der zweiten Ausgabe mit der breiten Darstellung der Gewerkschaftsausschlüsse und der politischen Entlassungen aus dem Betrieb eingelöst.

Der Komplex wird eingeleitet durch einen Artikel über den »Werkschutz« (im Niederländischen trocken »Betriebspolizei« genannt). Politische Entlassungen werden ebenso wie die Gewerkschaftsausschlüsse anhand zahlreicher Fakten und Fälle aus allen Branchen dargestellt.

»OBR« berichtet auch »über die aktuelle Entwicklung in der Vorbereitung des Russell-Tribunals. Der Brief der Russell-Foundation, der zu einer Konzentration auf die Berufsverbote auffordert, wird zitiert, wie auch die Antwort der Hamburger Vorbereitungsgruppe (Großveranstaltung vom 7. Mai). Aufgrund des genannten Briefes (*»der bei uns Erstaunen hervorgerufen hat«*), hat sich »OBR« mit der Bitte um Aufklärung an die Russell-Foundation gewandt und will, sobald Antwort vorliegt, ihren »Standpunkt über diese neue Entwicklung formulieren«.

Tatsächlich setzt »Onze buren rechts« ein Beispiel für die konkrete Unterstützungsarbeit in allen Ländern — nicht zuletzt auch für die BRD, wo nach einem ersten »Informationsbulletin« in dieser Hinsicht Stagnation eingetreten ist.

Niederlande-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Betrieb und Gewerkschaft





Metall

»Aus« für 250 Hamburger MAN-Kollegen?

Am 14.6. beschloß der Vorstand der MAN, daß der Kesselbau in Hamburg endgültig stillzulegen ist. Von der Stillegung betroffen sind etwa 250 Kesselbauer. Sieben Angestellten und 45 Arbeitern wurde schon die Kündigung ausgesprochen.

Mit dem Beschluß, den Kesselbau dichtzumachen, hat sich die Lage im Hamburger Werk weiter zugespitzt. Schon seit Sommer letzten Jahres ist bekannt, daß die Stillegung des Kesselbaus nur ein Schritt auf dem Wege weiterer Rationalisierung ist – wenn nicht gar zur Schließung des gesamten Hamburger Werkes!

Den MAN-Kapitalisten ist es ganz egal, ob durch die Rationalisierungsmaßnahmen die Kollegen und Kolleginnen in Arbeitslosigkeit und große finanzielle Not getrieben werden. Für sie steht an erster Stelle die Sanierung ihrer Produktion im Namen des größeren Profits!

Der Einigungsvorschlag

Der Betriebsrat hat auf einer ausserordentlichen Betriebsversammlung den Vorschlag der Innerbetrieblichen Einigungsstelle zur Abstimmung vorgelegt. Der Vorschlag beinhaltet im wesentlichen, daß keine Kündigungen vorgenommen werden bis zum 1.6.78.

den Vorschlag der Innerbetrieblichen Einigungsstelle zur Abstimmung vorgelegt. Der Vorschlag beinhaltet im wesentlichen, daß keine Kündigungen vorgenommen werden bis zum 1.6.78.

Ansonsten sollen 160 Kollegen nach Braunschweig versetzt werden, und dort unter Bedingungen der auswärtigen Montage entlohnt werden.

Dieser Vorschlag wurde bei nur wenigen Gegenstimmen von der Belegschaft angenommen.

Die Geschäftsleitung hat den Einigungsvorschlag abgelehnt. Der Betriebsrat konzentriert deshalb z.Zt. sein Bemühen darauf, daß der Einigungsvorschlag auch von der Geschäftsleitung anerkannt wird.

Der K(r)ampf des Betriebsrates

Daß sozialdemokratische Betriebsräte im allgemeinen den Mund recht voll nehmen, ist bekannt. Adolf Janssen, BR-Vorsitzender, ist ein recht radikaler Vertreter dieser Richtung: „ ... wir (werden) unsere Kampfmaßnahmen nicht nur verdoppeln, sondern verdreifachen, und vervierfachen ... " („Metall", 20/76). „Ich werde weiterkämpfen, und wenn man mich aus dem Betrieb tragen muß" (Janssen auf einer Betriebsversammlung)!

„Wir nehmen die Entscheidung nicht hin. Jetzt muß mit verschärften Arbeitskämpfen gerechnet werden".

Andererseits heißt es dann wieder: *„Der klassische Sozialplan und damit das Abkaufen von Arbeitsplätzen muß einer gezielten Politik zum Erhalt der Arbeitsplätze Platz machen"* („Arbeitsplatz Hamburg", November 1976).

Wie diese „gezielte Politik" aussehen soll, verdeutlichte Adolf Janssen in einem Rundfunkinterview am 23.6. Hier trat er dafür ein, daß die MAN-Bosse und der Betriebsrat sich gemeinsam um die Senkung der Personalkosten bemühen müssen. Und zwar wollen sie dafür eintreten, daß der Pachtzins für das MAN-Gelände vom Bundesfinanzministerium gesenkt wird! Dieser Punkt ist im übrigen auch in dem von der Geschäftsleitung abgelehnten Eini-

daß der Pachtzins für das MAN-Gelände vom Bundesfinanzministerium gesenkt wird! Dieser Punkt ist im übrigen auch in dem von der Geschäftsleitung abgelehnten Eini-

gungsvorschlag der Innerbetrieblichen Einigungsstelle enthalten.

Die aktuelle Situation

In der Woche vom Montag, den 20.6. bis Freitag, den 24.6. finden mehrere Betriebsversammlungen statt:

Dienstag:
Die Betriebsversammlung dauert insgesamt fünf Stunden. Die Vertreter der IGM-Führung beschränken sich darauf, den Kollegen die Änderungskündigungen juristisch zu erklären.

Mittwoch:
Etwa um zehn Uhr taucht ein Vertreter der Geschäftsleitung auf der Betriebsversammlung auf und erklärt die Versammlung für geschlossen. Gleichzeitig droht er den Kollegen an, daß sie bei einer Fortführung der BV keinen Anspruch auf Bezahlung haben! Der Betriebsrat beschließt, daß die BV weitergeführt wird. Alle Arbeiter bleiben – wie auch am Vortag – auf der Betriebsversammlung!

Donnerstag:
Auch heute wird die Zeit der Betriebsversammlung von den MAN-Bossen nicht bezahlt. Der Betriebsrat versucht abzuwiegeln, in dem das Mitglied des Betriebsrates, Sömitz, sich ca. eine Stunde über eine zu fordernde Klimaanlage ausläßt. Hier tritt zum ersten Mal stärkerer Protest der Kollegen gegenüber dem Betriebsrat auf.

Freitag:
Die Betriebsversammlung wird von der Geschäftsleitung mittels einer einstweiligen Verfügung verboten (!!!). Das ist nach unserem Wissen das erste Mal, daß Kapitalisten mit solch massiven juristischen Mitteln gegen die Kollegen und deren Recht auf Betriebsversammlungen vorgehen. Der Betriebsrat beschließt,

solch massiven juristischen Mitteln gegen die Kollegen und deren Recht auf Betriebsversammlungen vorgehen. Der Betriebsrat beschließt,

daß am Freitag, den 1.7. eine neue Betriebsversammlung stattfinden soll.

Die Betriebsversammlungen sind sicher ein gutes Mittel, um die Kollegen über die aktuelle Situation zu informieren, aber Worte allein genügen nicht. Es wird allerhöchste Zeit, daß konkrete Kampfmaßnahmen besprochen und durchgeführt werden. Nur durch Kampfmaßnahmen kann den MAN-Bossen Dampf gemacht werden, und dem sozialdemokratischen Betriebsrat ebenfalls!

Metallkommission
KB / Gruppe Hamburg

Still: »Interessenausgleich«

Hamburg. Nach der einstimmigen Zustimmung der Betriebsräte am 16. Juni zum „Interessenausgleich" steht es jetzt endgültig fest, daß das Still-Werk in der Jarrestraße dichtgemacht wird.

Die Still-Kapitalisten behaupten im „Interessenausgleich" zwar: *„mit Maßnahmen der Fertigungskonzentration werden im Grundsatz keine betriebsbedingten Kündigungen ausgesprochen".*

„Hält die Geschäftsführung im Einzelfall (?!) Freistellungen (sprich: Entlassungen) *im Interesse des Unternehmens für unabwendbar, suchen Geschäftsführung und Betriebsräte gemeinsam nach Wegen."*

Einer dieser „Wege" seien *„Einarbeitungs- und Umschulungsmaßnahmen"*; sind die *„jedoch erfolglos geblieben, wird gemäß § 102 Betr. VG verfahren"* (‚Mitbestimmung' bei Kündigungen). An gleicher Stelle ist eindeutig von *„vorgesehener Auflösung von Planstellen"* die Rede.

Das Ziel der Still-Kapitalisten ist die Zusammenlegung der Produktionsabteilungen hauptsächlich im Bundeswehr- und Sonder-Fahrzeugbau sowie im Rahmen- und Stahlbau, um, wie sie im „Interessenausgleich" unverhohlen erklären, *„bessere Fertigungsabläufe und Rationalisierungsmöglichkeiten zu schaffen, um damit Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens zu verbessern."* Das soll angeblich dazu dienen, *„den Mitarbeitern Arbeitsplätze zu sichern"*, obwohl das oben genannte Ziel gerade auf den Abbau der Arbeitsplätze orientiert.

Ende des vergangenen Jahres gab es noch Widerstandsaktionen der Kollegen gegen die Arbeitsplatzvernichtung: im November streikten 340 der 500 Kollegen im Werk Jarrestraße. Mehrere Kollegen weigerten sich, Überstunden zu schieben und zwangen den Betriebsrat der Berzeliusstraße, die von ihm genehmigten Überstundenanträge mit Arbeitsplatzgarantie-Forderungen zu verbinden, die allerdings von der Geschäftsleitung abgelehnt wurden.

Trotz des jetzigen Abschlusses des „Interessenausgleiches" gibt es momentan keinen Widerstand seitens der Kollegen. Die Politik des Betriebsrates ist maßgeblich dafür mitverantwortlich. Für ihn steht nur noch ein „Sozialplan" zur Debatte, der „bis zu einem Jahr nach Vollzug des Ablaufplanes" Gültigkeit haben soll.

Seitdem die Stillegungspläne im Mai (!) vergangenen Jahres bekannt wurden, hat er faktisch nichts g e t a n , die Kollegen eingehend darüber zu informieren, geschweige denn gemeinsame Kampfaktionen beider Gewerke anzugehen, denn die Rationalisierungen und Entlassungen betreffen nicht nur die Kollegen der Jarrestraße. I n W o r t e n allerdings haben die Gewerkschaftsführer auch bei Still immer wieder darauf hingewiesen, daß eine Stillegung nicht kampflos abgehen wird ...

Für die Kollegen wird daraus klar, nicht auf den jetzigen Betriebsrat zu bauen, sondern es kommt für sie darauf an, die vergangenen guten Kampfaktionen weiterzuführen.

Metallkommission

BRAUN-Betriebsrätinnen fristlos gekündigt!

BRAUN-Betriebsrätinnen fristlos gekündigt!

Frankfurt. Am 8.6. wurden zwei fortschrittliche Betriebsrätinnen der Firma Braun in Frankfurt fristlos gekündigt. Vorgeworfen wird ihnen „grobe Pflichtverletzung". Der Grund: sie hatten im Betriebsrat gefordert, daß auf der Betriebsversammlung Dolmetscher für die ausländischen Kollegen bereitgestellt werden. Die rechte Mehrheit im BR lehnte das mit antikommunistischen und chauvinistischen „Argumenten" ab: die ausländischen Kollegen würden „dann aufstehen und die Internationale singen", die Ausländer sollten „gefälligst deutsch lernen" usw. In einem Flugblatt (27.5.) klärten die beiden Betriebsrätinnen die Belegschaft darüber auf und zitierten auch die unverschämten Kommentare der rechten BRs dazu. Noch am selben Tag wurde daraufhin eine Sonderseitzung des BR (für den 6.6.) unter Teilnahme des IGM-Ortsvorstandsmitglieds August Meier einberufen, auf der mit 14 Ja-Stimmen (bei je einer Gegenstimme und Enthaltung, die Betroffenen durften dabei natürlich nicht mit abstimmen) beschlossen wurde, „die erforderlichen Schritte" zu ihrem Ausschluß aus dem BR einzuleiten. Nach einem nochmaligen Überdenken der rechtlichen Lage, die sicher nicht günstig für die rechten BRs gestanden hätte, wurde dieser Beschluß dann auf einer weiteren BR-Sondersitzung am 8.6. rückgängig gemacht: ein dazu notwendiger Prozeß vor dem Arbeitsgericht würde wahrscheinlich ein Jahr dauern und dann wären ja bereits BR-Neuwahlen. Zwei Tage später stimmte der BR dann „wegen der Vorfälle am 27.5." der Entlassung der beiden Betriebsrätinnen zu! Es ist offensichtlich, daß dies Geschäftsleitung und den rechten Betriebsratsmitgliedern einfach die „galantere" und einfachere Art zu sein schien, um die beiden loszuwerden.

Kollegen sowohl von Braun als auch aus anderen Betrieben haben inzwischen ein Solidaritätskomitee gebildet, daß die beiden bei ihrer Forderung nach Rücknahme der Kündigung unterstützen will.

KB / Gruppe Frankfurt

Der Streik bei SKF: IGM-Führer organisieren Niederlage

Stuttgart. Der viertägige Streik bei den SKF-Kugellagerfabriken in Stuttgart endete am 1. Juni nicht gerade mit einem großen Erfolg. Die Verlegungen einzelner Abteilungen konnten nicht verhindert werden.

Die Solidarisierung der IGM-Führung in diesem Kampf war ein taktischer Spruch. Von Anfang an arbeiteten sie daran, ihren Einfluß durchzusetzen, und diese Bewegung unter ihre Kontrolle zu bekommen. So solidarisierte sich die IGM-Ortsverwaltung zwar in Worten, praktisch zog sie sich mit dem Bekenntnis zum Betriebsverfassungsgesetz, das solche Streiks verbietet, zurück. Praktisch verhinderte sie auch, daß eine Streikleitung gebildet wird.

Und so verhandelten sie. IGM Bevollmächtigter Otto Gottschlich: *„Um jeden Quadratmillimeter Boden mußte gerungen werden"* („Metall", 12/77). Das Ergebnis dieser Verhandlungen (das erst vier Tage später, nach Pfingsten, den Kollegen bekanntgegeben wurde): Alles wird so durchgeführt, wie die Geschäftsleitung es geplant hatte. Auch in Zukunft werden Verlagerungen nicht ausgeschlossen, aber jeder Schritt soll mit dem Betriebsrat „abgesprochen" werden.

Daß die Kollegen dieses „Verhandlungsergebnis" nicht begeistert aufgenommen haben, versteht sich von selbst. Die „Metall" (12/77) schreibt dazu: *„In der außerordentlichen Betriebsversammlung am gleichen Tag fanden viele Metaller die Arbeitsplatzgarantie nicht ausreichend."*

Otto Gottschlich forderte die Kollegen auf dieser Betriebsversammlung in drohendem Ton auf, das Ergebnis anzunehmen und wieder an die Arbeit zu gehen: *„wenn ihr nicht zustimmt, bekommt ihr keinerlei Unterstützung mehr von unserer Seite"* (nach „s'Blättle", 18.6.77).

Reihenweise haben daraufhin resignierte SKF-Kollegen ihre Mitgliedsbücher zurückgegeben. Mehr als 30 Kollegen sind aus der IGM ausgetreten.

Metallkommission

Hoesch: Lauschangriff

Dortmund. Sämtliche Telefongespräche, die in den drei Hoesch-Werken in Dortmund geführt werden, wurden auf Band mitgeschnitten. Wohin die Bänder gebracht und wie sie ausgewertet werden, ist unbekannt. Inwieweit die abgehörten Telefonate benutzt wurden, um die gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb zu behindern, bzw. ob es zu Sanktionen gegenüber einzelnen gekommen ist, ist zur Zeit noch unklar.

Eine Stellungnahme des Betriebsrates zu diesem ungeheuerlichen Vorgehen der Geschäftsleitung lag zum Redaktionsschluß nicht vor. Doch läßt dieses Beispiel vermuten, daß auch in anderen Betrieben die Telefongespräche der Belegschaft abgehört werden.

(Angaben nach „Unsere Zeit", 15.6.77)

Metallkommission

»Aktion richtiger Beitrag«

Zur Zeit kurbelt die IGM-Führung in Hamburg wieder mal eine Kampagne zur Beitragserhöhung an unter dem Motto: „Aktion richtiger Beitrag". In den Betrieben versuchen sie, die Vertrauensleute dafür einzuspannen, eine Beitragserhöhung bei den Kollegen durchzudrücken.

Für den Gewerkschaftstag gehört die Beitragserhöhung zu den Anträgen der Hamburger Gewerkschaftsführer (siehe „Metall", 12/77).

Der „richtige Beitrag" soll künftig 1% des Bruttoeinkommens betragen. In einem Schreiben der Hamburger IGM-Ortsverwaltung (Juni '77) an die Metaller heißt es: *„Obwohl der Maßstab für die Beitragsfestsetzung, der Bruttoverdienst, ein klarer Begriff ist, beachten einige Kollegen diese eindeutige Satzungsvorschrift nicht".*

Dabei verstehen die IG-Metall-Führer unter Bruttolohn nicht nur den Tariflohn, sondern erwarten, daß neben möglichen Leistungszulagen auch noch 1/12 der zusätzlichen Urlaubsvergütung sowie 1/12 von betrieblichen Sonderzahlungen zur Beitragsbemessungsgrundlage gemacht werden (lt. Werbeschreiben).

Für eine Vielzahl von Kollegen würde eine derartige Regelung eine Beitragssteigerung von 50 bis 100% bedeuten!

Der größte Hammer dieser ganzen Aktion ist jedoch, daß *„jedes Mitglied verpflichtet werden soll, die IG Metall dazu zu ermächtigen, seinen Beitrag nach jedem Tarifabschluß automatisch an das neue Tarifeinkommen anzupassen"* („Metall", 12/77).

Das soll angeblich schon deshalb gut sein, *„damit Ihr nicht bei jeder Tariferhöhung Euren Beitrag ermitteln müßt"* und weiter heißt es, mehr beschwichtigend: *„eine derartige Beitragsanpassung würde jedoch nur vorgenommen werden, wenn die tarifliche Erhöhung die nächste Beitragsstufe rechtfertigt".*

Mit anderen Worten: nicht mehr wir – die Mitglieder – sollen entscheiden, wieviel wir nach eigenem Ermessen zu zahlen bereit sind und ob eine Beitragserhöhung angemessen ist, sondern die Herren vom Ortsvorstand.

Schließlich soll damit verhindert werden, daß sich die Mitglieder bei jeder Beitragserhöhung erneut fragen, ob das überhaupt notwendig ist und was mit den Mitgliedsgeldern geschieht.

Wie schon in der letzten Beitragserhöhungskampagne im Jahre 1975 kommen auch diesmal die IGM-Führer mit den üblichen Schnacks *„in Zukunft werden die Auseinandersetzungen härter werden. Dafür muß sich unsere IG Metall wappnen ..."*

Um das glaubhaft erscheinen zu lassen, behaupten die IG Metall-Ortsfürsten in ihrem Werbeschreiben einfach frech, *„tausende (??) von Prozessen geführt"* und *„gleichzeitig alle (?) Mitglieder zu großen Demonstrationen mobilisiert"* zu haben. Es soll auf diese Weise offenbar der Eindruck erweckt werden, daß maßgebliche Teile des Beitragsaufkommens in den Kampffonds fliessen bzw. für Aktivitäten im Interesse der Kollegenschaft ausgegeben werden.

Seit 1971-73, als die IGM-Führer 651,2 Mio. DM (was sich inzwischen wohl wesentlich erhöht hat) von den Kollegen abkassierten, hat sich an dem Verhältnis der damaligen Aufteilung wohl nichts verändert.

Damals wanderten in die Verwaltungskosten: 82,1 Mio. DM (14%), Verwaltungsstellen: 174,5 Mio. DM (30%), DGB/IMB: 88,5 Mio. DM (15%).

Im Gegensatz dazu gingen aus den Beiträgen ganze 4,9 Mio. DM in den Streikfond, was noch nicht einmal 1% (!) ausmacht (nach „Metall", 21/75).

Unter diesen Bedingungen ist es nicht verwunderlich – jedoch keine Alternative – daß Kollegen, empört darüber, aus der Gewerkschaft austreten wollen. Werden sie doch als „unkollegial und solidaritätsgefährdend" angepinkelt, wenn sie sich weigern, den „richtigen Beitrag" zu zahlen.

Wir sollten und werden uns nicht in diese schmierige Kampagne einspannen lassen, sondern werden im Gegenteil vorschlagen, daß zunächst mal nicht über den „richtigen Beitrag", sondern über die den Kollegeninteressen widersprechende Ausgabenpolitik der Gewerkschaftsführer diskutiert wird ...

Metall-Kommission

Streik gegen Massenentlassungen bei Mannesmann



Am 2. Juni legten Teile der Belegschaft der Mannesmann-Röhrenwerke Reisholz und der Kammerich Reisholz GmbH für einige Stunden die Arbeit nieder. Die Kollegen zogen vor das Betriebsratsbüro (wo gerade Betriebsrat und Konzernleitung über die Zukunft der beiden Werke verhandelten), um hier erneut ihren Protest gegen die geplante Stillegung beider Werke und der damit verbundenen Vernichtung von 1.850 Arbeitsplätzen zum Ausdruck zu bringen.

Mit dieser Aktion reagierten die Arbeiter auf die erklärte Absicht der Konzernherren, die Stillegungspläne ungeachtet aller Proteste durchzusetzen.

Es wurde jetzt nämlich bekannt, daß das anfänglich gemachte Versprechen, allen Betroffenen im Umkreis von 13 Kilometern gleichwertige Arbeitsplätze in Mannesmann-Betrieben anzubieten, nicht erfüllt werden wird, da in den umliegenden Werken keine freien Arbeitsplätze vorhanden sind.

Chemie

Vierzehn Tage Frist für Anna W.

Colgate, Hamburg.

Vierzehn Tage lang war die linke Betriebsrätin Anna W. der "Liste Frauen" wieder bei Colgate-Palmolive (Hamburg) an ihrem Arbeitsplatz. Nach drei gewonnenen Prozessen konnte ihr Rechtsanwalt eine Zwangsvollstreckung des Urteils durchsetzen. Jetzt aber wurde ihr das neue Bundesarbeitsgerichtsurteil zum Verhängnis, das das Beschäftigungsrecht von gekündigten Kollegen aufhebt, solange bis nicht in letzter Instanz geklärt ist, ob die Kündigung rechtsunwirksam ist. Anna W. mußte den Betrieb wieder verlassen.

Die Zeit im Betrieb

Den Colgate-Kapitalisten war von Anfang an klar, als sie sich scheinbar der Zwangsvollstreckung beugten, daß sie die linke Betriebsrätin so schnell wie möglich wieder aus dem Betrieb haben wollten. Wie eng die Mehrheit der Betriebsräte von Colgate mit den Kapitalisten zusammenarbeitet, zeigen die Beschlüsse des Betriebsrates nach § 104. Anna W's Entlassung vom Kapitalisten zu f o r d e r n, der sie dann im günstigen Moment bei Gericht hervorholte.

Bevor Anna W. auf der ersten Betriebsratssitzung den Mund überhaupt aufmachen konnte, wurde sie unter Tagesordnungspunkt 1 aller Ämter innerhalb des Betriebsrates enthoben.

Es ist nicht zu übersehen, daß die große Mehrzahl der Kollegen die Anwesenheit der linken Betriebsrätin nach 1 1/2 Jahren mit unverhohlener Genugtuung begrüßten. Viele rieben sich schadenfroh die Hände, daß endlich mal jemand gegen "die große Firma" obsiegt hatte. "Die Schlappe des Jahrhunderts" - war der Spruch eines Kollegen.

Viele gaben bei aller Freude zu bedenken, daß sie selber sich nicht die Ausdauer, die Nerven zutrauten, um so lange Zeit um den Arbeitsplatz zu kämpfen. Bei allen aber wurde die Frage diskutiert: "Was ist hier eigentlich noch Recht und Gesetz?"

Der Prozeß am 21.6.

Die Colgate-Kapitalisten hatten beim Landesarbeitsgericht einen Erörterungstermin anberaumt, um gegen die Zwangsvollstreckung erneut anzugehen. Inzwischen hatten sie gegen das letzte ergangene Urteil auch Berufung eingelegt. Sie beantragten, die Zwangsvollstreckung aufzuheben und beriefen sich dabei auf das Bundesarbeitsgerichtsurteil Piltz/Iduna vom 25.5.77.

Obwohl noch gar keine schriftliche Urteilsbegründung vorliegt und die Betriebsrätin und ihr Anwalt lange Ausführungen machten, hob der Präsident des Landesarbeitsgerichtes die Zwangsvollstreckung auf. Er verwies auf das BAG-Urteil und insbesondere auf die neue Berufungsbegründung der Colgate-Kapitalisten, in der sie erneut dargelegt hatten, warum es "unzumutbar" sei, Frau W weiter zu beschäftigen.

In dieser Begründung bieten die Kapitalisten eine Reihe ihrer leitenden Herren als Zeugen an, was offensichtlich Eindruck gemacht hat. Die linke Betriebsrätin wird im kommenden Prozeß gegen diese offensichtlich "getürkten" Beweise angehen müssen.

Was weiter?

Die Kollegen waren bei der Nachricht, daß Anna W. schon wieder draußen war, erst recht empört. Mit großer Anteilnahme erkundigten sie sich nach dem Verlauf des Prozesses. Am nächsten Morgen verteilte die Betriebsrätin Anna W. deshalb mit ihrer Kollegin von der "Liste Frauen" eine persönliche Stellungnahme, aus der wir hier einige Passagen zitieren wollen: *"Bei dem gestrigen Termin vor dem Landesarbeitsgericht wurde mein Beschäftigungsanspruch bis zur endgültigen Klärung durch das Landesarbeitsgericht Ende August abgelehnt. Zugrunde liegt dem eine kürzlich getroffene Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts in einem ähnlichen Fall.*

Warum nicht aufgeben?

Auf allen arbeitsrechtlichen Terminen in meiner Sache wurde sehr viel darüber geredet, ob es für den Arbeitgeber Colgate-Palmolive überhaupt "zumutbar" sei, mich wieder einzustellen. Seitenlang wird erörtert, ob es nicht für Ansehen, Ehre, Ruhe und Ordnung des Konzerns Colgate-Palmolive und seiner leitenden Herren von großem Schaden wäre, mich weiter als Packerin an einer Abfülllinie der Flüssigabteilung zu beschäftigen.

Es ist dagegen weniger danach gefragt worden, wie eigentlich die "Zumutbarkeit" für einen Arbeitnehmer heute aussieht, seinen Arbeitsplatz zu verlieren, zumal wenn seine Kündigung nicht auf Verletzung arbeitsrechtlicher Pflichten im engeren Sinne zurückzuführen ist (das ist: Arbeitsverweigerung, unentschuldigtes Fehlen, zu hohe Fehlzeiten, häufiges und langes Kranksein usw.).

Zum Bereich des "Zumutbaren" für Arbeitnehmer scheint es also zu gehören, Lebensstandard, Gewohnheiten, Arbeitszeit und Arbeitsumgebung u.a. ohne Verzug und Klagen zu ändern, sollte man eine gutbezahlte Stellung verlieren. Die letzten beiden Stellen, die mir das Arbeitsamt anbot, waren Lagerarbeit für 6,30 DM brutto oder Fischmehlfabrik für 5,95 DM brutto."

Anna W. geht dann weiter darauf ein, daß die Betriebsratsmehrheit ebenfalls behauptet, in keinem Fall mit ihr zusammenarbeiten zu können, weil sie alles kaputtmache. Dazu sagt sie:

"Nun, beide Seiten, Betriebsrat und Geschäftsleitung haben eineinhalb Jahre Gelegenheit gehabt, zu beweisen, wie man denn richtig zusammenarbeitet und wie man die Interessen der Kollegen r i c h t i g vertritt.

Ich muß allerdings sagen, daß mich das Ergebnis, das ich in den letzten vierzehn Tagen habe beobachten können, nicht so richtig hat überzeugen können. Es sind im wesentlichen dieselben Arbeitsbedingungen, weniger Kollegen, noch genau so wenig Pausen und die klimatischen Verhältnisse haben sich auch nicht gebessert.

Die Behauptung, meine Person sei hauptverantwortlich dafür gewesen, daß keine Verbesserung für die Kollegen erreicht wurde, kann damit wohl zu den Akten gelegt werden.

Meiner Meinung nach liegen wir mit dem Programm der "Liste Frauen", wie wir es zu den Betriebsratswahlen 1975 vorgestellt haben, nach wie vor absolut richtig. Ich bin deshalb n i c h t bereit, freiwillig mein Mandat als Betriebsrätin niederzulegen und freiwillig meinen Arbeitsplatz aufzugeben."

Leserbrief

Frau mit Kind? — Immer druff!

Zum 15.3. kündigte mir die Firma Vereinigte CeWe Color in Hamburg, aus Rationalisierungsgründen natürlich. Dort hatte ich schon einiges an Frauenfeindlichkeiten mitgemacht, und das Kind war ihnen auch ein Dorn im Auge. So wurde den Frauen dort eine Erklärung vorgelegt, womit sie bestätigen sollten, daß ihr Kind nicht mehr krank wird! (siehe AK 90) Zwei Wochen nach mir wurden weitere 19 Frauen entlassen, fast alles Mütter, zum Teil alleinstehend.

Auf dem Arbeitsamt ging es in dem Ton weiter: Ich solle mir gar nicht einbilden, daß ein Kind was zähle. Ich sei ja schließlich verheiratet. Sie würden schon was für mich finden. Mir wurde gleich unterstellt, daß ich nicht arbeiten will. Als zusätzliche Schikane mußte ich jede Woche einmal vorsprechen. Nach ca. vier Wochen wurde mir ein Schreiben vorgelegt. Darin hieß es sinngemäß: Kinder und Arbeitsweg können nicht mehr berücksichtigt werden. Es ist jede Arbeit anzunehmen, die das Arbeitsamt für zumutbar hält. Diesen menschenfeindlichen Schmierkram mußte ich unterschrieben, da mir sonst das Arbeitslosengeld gestrichen worden wäre. Zunächst stellte ich mich bei einer Druckerei in Eppendorf vor. Als sie hörten, daß ich ein Kind habe, fiel ihnen ein, daß der Platz schon besetzt sei.

Den größten Hammer erlebte ich aber bei Hansa-Repro in Eidelstedt. Der Typ dort empfing mich gleich mit den Worten: *»Was wollen Sie denn hier, finden Sie es gut, daß Sie ohne Anmeldung kommen.«* Er musterte mich von oben bis unten: *»Solche Typen wie Sie wollen sowieso keine Arbeit. Wenn Frauen und dazu noch Mütter mit Jeans 'rumlaufen, suchen sie keine Arbeit. Für so etwas wie Sie habe ich keine Zeit, bitte gehen Sie jetzt wieder.«* Damit stand ich vor der Tür.

Auch die Familienfürsorge steht dem Arbeitsamt und den Unternehmern in nichts nach: Ich zahlte vor meiner Arbeitslosigkeit 113 DM für den Kindergartenplatz. Nachdem ich nach dem Rausschmiß arbeitslos war, meine Kind also selbst hätte betreuen können, wurde neu gerechnet. Das Ergebnis: Ich sollte nun 128 DM zahlen! Obendrein wurde mir dort noch gedroht: Ich solle ja sehen, daß ich Arbeit bekäme, sonst sähe es schlecht aus! Laß ich mein Kind aber vier Wochen aus dem Kindergarten, verfällt der Platz. Ohne Platz für das Kind bekomme ich aber keine Arbeit. Seit dem 16.6. habe ich eine neue Stelle. Aber eines ist mir klar: Frauen mit Kindern werden überall diskriminiert. Setzen wir uns zur Wehr!

Kollegin der Frauengruppe Branche-Nord und Chemiekomitee

Rauschanlage verstummt

Hamburg. Seit über einem Jahr protestieren die Angestellten in der Hauptverwaltung der Texaco in Hamburg gegen eine sogenannte Beschallungsanlage in den Großräumen des Büroneubaus. Zunächst basierte der Protest auf einem breiten Unbehagen. Die Anlage war angekündigt und später eingebaut worden, nur erlebt hatte sie noch keiner. Nach dem Bezug des neuen Bürohauses in der City Nord wurde jeder sofort beschallt. Der Berater der Texaco in Akustik hatte es so gewollt, weil die Kollegen sich daran gewöhnen sollten. Nach einem halben Jahr, so der Fachmann, hätten sich alle beruhigt.

Die Rechnung ging nicht auf. Die Proteste schwollen derart an, daß die Beschallungsanlage nach drei Monaten abestellt wurde.

Obwohl mehrfach im ARBEITERKAMPF berichtet, wollen wir die Funktion der Beschallung noch einmal kurz darstellen. Die Kapitalisten gehen im Angestelltensektor immer drastischer dazu über, Privilegien zu kappen. Auf dem Gebiet der Arbeitsbedingungen hat das zur Folge, daß aus Gründen der Kostenersparnis Angestellte in Großräume gepfercht werden. Bei Texaco sitzen auf einem Geschoß 300 Kollegen. Sie sitzen fließbandähnlich Tisch an Tisch, hin und wieder durchbrochen von Stellwänden und Blumenhockern. Den Geschäftsführern war bewußt, daß diese Anordnung neben dem Vorteil der Platzeinsparung den Nachteil mit sich bringt, daß jeder jeden von der Arbeit ablenken muß; Telefonklingeln, Gespräche, Schreibmaschinen- und Rechenmaschinengeklapper sorgen dafür. Dieser Nachteil sollte behoben werden, indem um jeden Platz eine akustische Mauer errichtet wird. Über jedem Kollegen hängen zwei Lautsprecher an der Decke. Das übertragene monotone Rauschen sollte jeden von seinem Nachbarn abschirmen.

Seit über einem Jahr, noch lange vor dem Einzug in das neue Gebäude, hatte die gewerkschaftsoppositionelle Betriebsgruppe gegen die voraussehbar schlechteren Arbeitsbedingungen gekämpft; über ihre Mitglieder im Betriebsrat, über ihre monatliche Betriebszeitungen und über Diskussionen in den Abteilungen. Die Kollegen wurden über geplante Verschlechterungen informiert, die Kollegenproteste wurden in den Zeitungen zusammengefaßt, der Betriebsrat kämpfte gegen die Verschlechterungen. Es war gelungen, insbesondere durch den relativ einheitlichen Protest der Kollegenschaft, die drei Fraktionen im Betriebsrat — Oppositionelle, IG Chemie und DAG — in den wesentlichen Fragen zu vereinheitlichen.

Die Texaco Geschäftsleitung ließ die Anlage dennoch einbauen. Eine Anlage, für die Philips 300000 DM kassieren durfte. Texaco verließ sich auf ihre Propagandakampagne, die auf Angestellte einer Hauptverwaltung ihre Wirkung nicht verfehlen könne, glaubte man. Eine außerordentliche Betriebsversammlung wurde einberufen, auf der sechs Wissenschaftler die Beschallung propagierten. Eine Broschüre für die Belegschaft wurde erstellt, die den klangvollen Namen »Rosa-Rauschen« trug. In einer Fülle von Hausmitteilungen wurde die Anlage hochgelobt.

Die oppositionelle Betriebsgruppe ermittelte, daß der entscheidende Akustikwissenschaftler selbst Verkäufer dieser Anlage war und daß alle Wissenschaftler für ihren Auftritt eine Überweisung von 2.500 DM erhalten hatten. Sie orientierte allein darauf, daß alle Kollegen nach ihren eigenen Empfindungen und Erfahrungen entscheiden sollten, nicht jedoch dem Geplapper der abhängigen Wissenschaftler anhängen dürften.

Der Betriebsrat ließ noch vor dem Bezug des neuen Verwaltungsgebäudes auf einer Betriebsversammlung über die Beschallungsanlage abstimmen. Die Kollegen sprachen sich gegen die Geräuschmanipulation aus. Die Geschäftsleitung überging das Votum der Kollegen lächelnd, die Abstimmung sei nicht repräsentativ gewesen. Gleich nach Bezug des Gebäudes rief der Betriebsrat die Einigungsstelle an, um über diesen Weg rechtliche Möglichkeiten einzubeziehen. Die Texaco lehnte die Einigungsstelle ab, weil der Betriebsrat in dieser Frage angeblich kein Mitbestimmungsrecht habe. Der Betriebsrat zog vors Gericht.

Noch während des Gerichtsverfahrens fand eine Betriebsversammlung statt, die der Geschäftsleitung einen Eindruck über die Stimmung in der Kollegenschaft gab. Noch nie war die Beteiligung der Kollegen an einer Betriebsversammlung so groß gewesen, waren derart viele Wortbeiträge von den Kollegen gekommen, noch nie waren diese Beiträge so einheitlich ausgerichtet. Die Kollegen protestierten geschlossen gegen die Beschallung und andere Verschlechterungen. Die von der Betriebsgruppe erhobene Forderung, die Kollegen sollten über Ein- oder Abschaltung der Geräuschanlage entscheiden, wurde von den Kollegen getragen und bekräftigt.

Unter diesem Druck gab der Texaco-Vorstand nach. Er ordnete an, ein Testprogramm mit unterschiedlich lauten Einstellungen der Beschallung solle durchgeführt werden. Die Einschaltung änderte sich pro Woche, eine Woche lang wurde auch abgeschaltet. Nach jeder Woche konnte jeder Kollege einen Fragebogen abgeben, in dem er sich u.a. dazu äußern sollte, ob ihm in der jeweiligen Woche das sogenannte Grundgeräusch gestört habe. Nach Ablauf dieser Testreihe waren in dem Bogen Zusatzfragen enthalten — eine Forderung des Betriebsrates — ob die Beschallung abgeschaltet werden solle und welche Maßnahmen der einzelne Kollege zur Veränderung der akustischen Verhältnisse vorschlage.

Ergebnis aller Aktionen: 72,4 % der Kollegen stimmten für Abschalten! Die Geschäftsleitung folgte dem Votum der Kollegen zähneknirschend, um nicht den Rest an Glaubwürdigkeit zu verlieren, und ließ die 300.000 DM-Anlage abstellen.

Betriebszelle Texaco
KB/Gruppe Hamburg

Abgeschöpft — aufgemuckt — arbeitslos

Vom 15.3. bis zum 18.4. streikten 16 Frauen der Opel Kunststoffverarbeitung GmbH in Ottweiler (Saarbrücken) für mehr Lohn und mehr Urlaub. In diesem 23-Mann/Frau-Betrieb arbeiteten die Frauen für einen Hungerlohn von 3 DM die Stunde, durch Akkord kamen sie auf rund 6 DM (der niedrigste Stundenlohn für einen Ungelernten in der chemischen Industrie liegt bei 7,74 DM). Mit totaler Gleitzeit — Einteilung der Arbeitszeit wie sie wollten — waren sie bis dahin ruhig gehalten worden. Aber jetzt reichte es ihnen: »Lieber keine Arbeit als solche Arbeit«.

Sie standen dann auch nicht allein vorm Werk. Frauen aus Ottweiler und Kollegen aus anderen Betrieben kamen vorbei. Manchmal standen weit über 100 Leute vor dem Tor. Und wie sah es aus, wenn die Frauen abends begeistert nach Hause kamen!?

Die ehemalige Betriebsrätin Susanne Mertasch schildert es so: *»Die Ehemänner haben unseren Streik miesgemacht: war' ja doch alles Käse, was wir da machten. Bringt ja doch nichts. Quatsch das alles.«*

Anfangs hatten sie es schwer, sich mit Argumenten gegen ihre Männer zu behaupten. Doch sie diskutierten tagsüber mit den anderen Frauen darüber und *»abends hatten sie wieder ein paar Argumente mehr«. »Das hat ein tolles Gefühl der Zusammengehörigkeit gegeben«* (S.Mertasch).

Die Frauen haben nicht mehr Geld bekommen, denn die Bude war pleite — schon lange. Aber eine Menge gelernt haben sie: *»Diesmal haben wir Pech gehabt — aber wir wissen jetzt, wo's langgeht«* (Aus »Welt der Arbeit« Nr. 22, 3. Juni 1977).

Chemie-Frauengruppe
KB/Gruppe Hamburg

GEW

Den Lohnraub für Referendare mit Streik beantworten!

Am 14.6. endete die von der Hamburger GEW beschlossene Urabstimmung über einen eintägigen Warnstreik gegen die geplanten Besoldungsrückstufungen mit einem überdurchschnittlich gutem Ergebnis: Bei einer Beteiligung von 93% der insgesamt 8.000 stimmberechtigten Mitglieder sprachen sich 79,97% für Streik aus. Damit wurden die Ergebnisse der Urabstimmungen der Jahre 71 und 74 noch übertroffen. Dieses Ergebnis und die für eine Lehrergewerkschaft ungewöhnlich hohe Wahlbeteiligung bringen nicht nur die Kampfbereitschaft gegen die Besoldungsverschlechterungen zum Ausdruck, sondern spiegeln ebenso eine generelle Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Kurs in der Bildungspolitik wider.

Inzwischen hat der Bundestag einen Lohnraub für die Referendare beschlossen, der bei einer Zustimmung des Bundesrats in Kraft tritt. Dies ist als erster Schritt für generelle Verschlechterungen der Lehrerbesoldung zu werten, die im Herbst verhandelt werden sollen. Umso notwendiger ist es, den beschlossenen Warnstreik in Hamburg als Auftakt weiterer Kampfmaßnahmen jetzt durchzuführen.

Anlaß für die Urabstimmung war die Absicht der Bundesregierung gewesen, mit dem 6. Besoldungs„erhöhungs"gesetz gleichzeitig einen einschneidenden Eingriff in die Referendarsbesoldung und Lehrerausbildung vorzunehmen. Neben einer Lohnsenkung für die Referendare war dabei der § 77 von besonderer Bedeutung. Danach sollte die Referendarsbesoldung einheitlich nach dem Beamtentarif A 12 geregelt werden, während in Hamburg bisher alle Referendare nach A 13 bezahlt werden, was allein schon eine Einbuße zwischen 100 und 200 DM ausmacht. Weiter verbunden war mit diesem Paragraphen die Aufspaltung der Lehrerbezüge bei der geplanten Stufenlehrerausbildung. Danach soll es nicht mehr, wie früher bundeseinheitlich beschlossen, eine einheitliche Lehrerbesoldung für alle Schultypen geben, sondern die Primarstufe und die Sekundarstufe I (Grundschule, Realschule und Gymnasium bis Klasse 10) sollen nach A 12, die Sekundarstufe II nach A 13 bezahlt werden. Dies träfe wiederum diejenigen Länder, in denen es schon eine Stufenlehrerausbildung bei einheitlicher Bezahlung der Lehrer gibt, wie z.B. Hamburg.

Die Forderungen der GEW Hamburg waren angesichts dieser Situation: Keine Verschlechterung der Referendarsbezüge, weiterhin einheitliche Bezahlung der Stufenlehrer, keine Rückstufung von Lehrern mit der früheren Ausbildung, keine Verschlechterung der Lehrerausbildung.

Am 16.6. tagte der Bundestag, der eine Vereinheitlichung der Referendarsbezüge auf 1063 DM beschloß, was in Hamburg einer Gehaltskürzung um 17 % gleichkommt. In allen anderen Bundesländern beträgt die Kürzung zumindest 6,4 %. Abgekoppelt wurde von dieser Entscheidung die zukünftige Stufenlehrerbesoldung. Damit ist diese aber nicht vom Tisch, denn schon im Herbst steht ein Gesetz über eine bundesweite Regelung der Stufenlehrerbesoldung zur Entscheidung an.

Die Forderungen der GEW Hamburg, nämlich die Abwehr der Besoldungsverschlechterungen, sind mit diesen Beschlüssen in keinem einzigen Punkt erfüllt. Während es die Referendare jetzt schon traf, sind weitere Verschlechterungen absehbar. Die Entscheidung darüber wurde offensichtlich aus taktischen Gründen vertagt, um mit einem schrittweisen Vorgehen den Widerstand aufzuspalten.

Nichts Neues: Frister auf Regierungskurs

Angesichts dieser Situation kann die Erklärung des GEW-Bundesvorsitzenden Frister: *„In dieser ersten Runde der parlamentarischen Beratung haben wir unser bildungspolitisches Ziel durchsetzen können"* (Brief vom 16.6. an alle Funktionäre) nur als Hohn aufgefaßt werden. In einer Presseerklärung wird sogar von einem *„wichtigen gewerkschaftlichen Erfolg"* gesprochen. Dieser „Erfolg" wird darin gesehen, daß über die Stufenlehrerbesoldung (noch) nicht beschlossen wurde! Lediglich „bedauert" wird dann von ihm der Lohnraub bei den Referendaren, dies allerdings weniger um der Referendare willen, sondern aus höheren gesamtwirtschaftlichen Erwägungen („Konjunktur", „Kaufkraft" etc). Für Frister gibt es bei einer derartigen „Erfolgseinschätzung" natürlich keinerlei Grund, den Hamburger Warnstreik durchzuführen. Da er aber gute Gründe hat, dies seiner Gewerkschaft nicht so offen mitzuteilen, zieht er sich auf eine jetzt angeblich notwendige „Koordinierung" mit anderen DGB-Gewerkschaften zurück.

„Erst nach dieser Abstimmung kann unter Berücksichtigung der Termine von Bundesrat und Vermittlungsausschuß darüber entschieden werden, zu welchem Zeitpunkt der Hauptvorstand zusammentritt (!), um über die Durchführung eines eintägigen Warnstreiks im Urabstimmungsbereich Hamburg zu entschei-

Fortsetzung Seite 11



Hamburg. Ca. 500 Kolleginnen und Kollegen beteiligten sich am 24.6. an einer Demonstration gegen die Besoldungsrückstufungen der Anwärter im Öffentlichen Dienst.

Veranstalter waren der Hamburger Referendarvorstand, der Personalrat der Rechtsreferendare und der Fachschaftsrat der Sozialpädagogik-Studenten. Auf der Abschlußkundgebung wurden die Besoldungskürzungen als erster Schritt zu einem Angriff auf die zweite Ausbildungsphase angesehen, wie er bei den Medizinern mit der Eingliederung des „Praktischen Jahres" ins Studium, wofür man dann höchstens noch BAFöG bekommt, schon durchgesetzt wurde. Außerdem wurde heraugearbeitet, daß mit der Rückstufung der Referendare die beabsichtigten Verschlechterungen in der Lehrerbesoldung vorweggenommen werden.

Der Referendarvorstsnad kritisierte, daß der Hamburger GEW-Vorstand „die Bedeutung der Besoldungsverschlechterungen für Referendare wohl kurzfristig aus den Augen verloren hatte, als er sie nicht mit ins Ultimatum (an den Hamburger Senat - Anm.AK) aufnahm." Weiter hieß es: „Wir müssen auch kritisieren, daß er dem Druck Fristers nachgab und von dem ursprünglichen Vorhaben, den Warnstreik als Druckmittel auf die Verhandlungen des Bundestages einzusetzen, abrückte."

Bedauert wurde, daß sich der Vorstand zu einer Unterstützung der Demonstration nicht aufraffen konnte, obwohl 7 von 10 Schulkreiskonferenzen (es gibt insgesamt 16), die noch in dieser Woche getagt hatten, die Demonstration unterstützt und den Vorstand aufgefordert hatten, dies ebenfalls zu tun. Teile des Vorstands hatten die Demonstration als schädlich bezeichnet, da sie von der Aktionswoche der GEW „ablenken" würde.

Offensichtlich paßt es diesen Leuten nicht ins Konzept, wenn Betroffene ihre Interesse in die eigene Hand nehmen und selbstständig Initiativen ergreifen.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Lehrerstreik für den Erhalt eines Reformprojekts

Bielefeld. Am 16.6. traten die 76 Lehrer des Oberstufen-Kollegs in Bielefeld in einen Streik. In einer Urabstimmung hatten sich 56 Kollegen für Streik ausgesprochen. Anlaß waren zwei Erlasse des Kultusministeriums, am Oberstufen-Kolleg Notenzwang und Abiturprüfungen wieder einzuführen.

Das Oberstufen-Kolleg ist ein Produkt des „Reformeifers" der SPD, als noch die Parole „Priorität Bildung" galt. Vorgesehen war, Gymnasiasten und schon Berufstätigen ohne Abitur und ohne NC den Zugang zur Uni zu ermöglichen. In einer Satzung wurde festgelegt, daß auf jede Zensierung verzichtet wird. Wie so viele Reformen soll nun auch diese auf der Strecke bleiben.

Nach Bekanntwerden der Erlasse waren die Kollegiaten (600) und die Lehrer in einer von der Schulaufsicht verbotenen Demonstration vor das Ministerium in Düsseldorf gezogen. Danach streikten die Kollegiaten einige Wochen, indem sie den normalen Unterricht ausfallen ließen. Die Lehrer solidarisierten sich zwar mit diesem Streik, erreichten zu diesem Zeitpunkt in einer Urabstimmung aber „nur" 72 % der Stimmen. Allerdings stellten sie dem Ministerium ein Ultimatum bis zum 15.6. Bis dahin sollte dieses eine verbindliche Regelung über den Zugang zur Uni, über die Satzung des Kollegs und über die finanzielle Förderung der Schüler beschließen, die den Forderungen der Schüler und Lehrer Rechnung trägt. Als das Ministerium auf diese Forderung nicht einging, erfolgte eine zweite Abstimmung, die dann das erforderliche Quorum von 75 % erreichte.

Unmittelbar nach Bekanntwerden dieses Beschlusses, wurde allen Lehrern für den Fall der Teilnahme am Streik mit disziplinarischen Konsequenzen gedroht.

Am Morgen des 16.6. versperrten Streikposten die Eingänge zum Kolleg, die die Ankommenden per Überzeugungskraft vom Betreten des Gebäudes abhielten. Die freigesetzte Arbeitskraft wurde in die Organisierung von Informationsveranstaltungen an der Uni und in Informationstrupps für die umliegenden Schulen gesteckt. Nur drei Lehrer starteten überhaupt den Versuch, den Unterricht aufzunehmen.

Die Minister Rau und Girgensohn befanden sich nach eigenen Aussagen durch diesen Streik in einem Zustand der „öffentlichen Nötigung", was sie jedoch nicht daran hinderte, auf die Durchsetzung der von ihnen herausgegebenen Erlasse vorläufig zu verzichten.

Ebenso wurde bisher auf die Einleitung von Disziplinarverfahren verzichtet.

Der Streik selbst wurde ohne die Unterstützung der GEW durchgeführt. In der Überzeugung, die GEW-Führung hätte einem solchen Streik niemals zugestimmt, hatten die Kollegen von vorneherein darauf verzichtet, diese anzusprechen. Auf einer Pressekonferenz am Nachmittag des Streiktages erklärte sich dann jedoch ein GEW-Sprecher solidarisch mit den Forderungen und bekannte sich ausdrücklich *„zum Arbeitskampf als Mittel zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen für alle Arbeitnehmer"*. Insgesamt hat dieser Streik über den lokalen Rahmen hinaus kaum Publizität erfahren. Und auch in der örtlichen Presse wurde auf die sonst gewohnte Hetze gegen Beamtenstreiks verzichtet.

Dies hat sicherlich nicht zuletzt seinen Grund darin, daß in den Angriffen auf das Oberstufen-Kolleg der Zusammenbruch der „Reformpolitik" im Bildungsbereich allzu deutlich wird.

Nach einem Bericht von Bielefelder Genossen

Hessen: Landesweite Demonstration

Hessen. Nachdem auf der LVV vom 12.Mai alle Anträge auf Einleitung einer Urabstimmung für einen Warnstreik gegen die Besoldungsverschlechterungen keine Mehrheit gefunden haben (s.AK 106), ruft die GEW Hessen am 5.Juli zu einer landesweiten Protestdemonstration in Wiesbaden auf. Bemerkenswert und zu begrüßen ist, daß zu dieser Demonstration auch alle anderen Gewerkschaften, in denen Bedienstete des Öffentlichen Dienstes organisiert sind, aufrufen.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

GEW Köln sabotiert Kampf gegen Gehaltskürzungen

Will man einer Zeitungsnotiz des „Kölner Stadtanzeigers" glauben, so fand in Köln eine Demonstration gegen die Gehaltskürzungen statt, die abgebrochen wurde, *„als sich kommunistische Gruppen in den Zug mischten"*.

Die Wahrheit: Es handelte sich um eine Mini-Demo von 30 Leuten, die vom Kölner GEW-Vorstand aufgelöst wurde, weil ihm einige Transparente nicht paßten. Trotz MV-Beschluß Ende Mai hatte der GEW-Vorstand sämtliche Vorbereitungen sabotiert: Keine Flugblattverteilung, kein Plakate-Kleben, nicht einmal Information der eigenen Mitglieder. Als einige anwesende Lehrer dies kritisierten, drohten die GEW-Vorsitzenden Standt und Oetz mit Ausschluß. Auf einer anschließenden Pressekonferenz besaßen sie dann die Frechheit, „kommunistische Gruppen" für das Scheitern der Demo verantwortlich zu machen.

KB-Sympathisanten, Köln

Westberlin: Spalterverband wählt links

Westberlin. Im neu gegründeten Spalterverband „GEW im DGB" fanden Anfang bis Mitte Juni die Wahlen für die Bezirksvorstände und Landesdelegierten statt.

Von den 220 Delegierten sind nach Äußerungen des, vom Bundesvorstand der GEW kommissarisch eingesetzten Vorsitzenden Stange nur etwa 70 treu auf Vorstandskurs. Mindestens 40 Delegierte seien Anhänger der SEW und etwa 10 würden mit dem SB Offenbach sympathisieren.

Die „linken" Sozialdemokraten (damit ist der Kreis um die ehemalige Landesvorsitzende Kujawa gemeint) seien mit 43 Mandaten vertreten. Die übrigen, so Stange, seien nur schwer politisch einzuordnen, stünden aber ebenfalls links von der Politik des jetzigen Vorstandes.

Die Zusammensetzung der Landesvertreterversammlung ist deshalb interessant, weil von ihr im September der erste „ordentliche Geschäftsführende Vorstand" gewählt wird. Dabei befürchtet der stramm auf Frister-Kurs eingeschworene Stange, daß bei diesem Kräfteverhältnis SEW'ler in den Vorstand gewählt werden könnten, wenn sich nicht die Sozialdemokraten „einig" sind. „Einig" heißt natürlich, daß die „linken" SPD-ler um Kujawa bis dahin so klein gemacht werden, daß sie jeder Zusammenarbeit mit SEW'lern oder SB'lern abschwören.

Hatten wir das nicht schon einmal? Im Dezember 74 ist der damalige Vorstand unter E.Kujawa auf Druck von Frister und der Westberliner SPD-Führung zurückgetreten. Streitpunkt war die Ausdehnung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf die SEW, die die linken Sozialdemokraten damals ablehnten (vergl.AK 54).

Auch für die SEW- und die SB-Kollegen (das SB ist in der Frage GEW Westberlin oder „GEW im DGB" gespalten) ist die Situation nicht neu: Die Auseinandersetzungen mit der Politik des GEW-Bund und ihren Vertretern gehen im neuen Verband weiter. SEW und die übergetretene SB-Fraktion sind angetreten, um die „GEW im DGB" zu einer „linken" Gewerkschaft zu machen – allerdings legen sie dabei mehr Wert auf DGB als auf „links". Ihre prinzipielle Entscheidung, im Falle von Konflikten die DGB-Mitgliedschaft letztlich über alles zu stellen, macht sie für die Gewerkschaftsführer erpressbar.

(nach „Tagesspiegel" vom 17.6.77)
Lehrerkomittee
KB/Gruppe Hamburg

Den Lohnraub für Referendare mit Streik beantworten!

Fortsetzung von Seite 10

den." (Satzungsgemäß muß der Hauptvorstand über die Durchführung aller Streiks beschließen). Bei Redaktionsschluß - 10 Tage nach Abschluß der Urabstimmung - hatte es der Hauptvorstand (GEW Bund) immer noch nicht für nötig gehalten, überhaupt zusammenzutreten! Stattdessen wird in der Presseerklärung der GEW Bund die CDU ausdrücklich aufgefordert, dem 6. Besoldungs „erhöhungs"gesetz, also auch dem Lohnraub für die Referendare z u - z u s t i m m e n. Um vorauszusagen, wie die Entscheidung des HV ausfallen wird, dazu braucht man absolut kein Hellseher zu sein.

Dieses Vorgehen der GEW Bund ist offensichtlich nicht ohne Wirkung auf den „linken" Hamburger Vorstand geblieben. Vorsitzender Lemke hatte noch am 24.5. auf einer Funktionärsversammlung in Köln erklärt: *„In der Diskussion über die Auswirkungen des §77 wurde von offizieller Seite verschiedentlich geäußert, dieser Paragraph regele doch nur die Anwärterbezüge der Stufenlehrer und bedeute kein Präjudiz für den zukünftig fertig ausgebildeten Stufenlehrer, geschweige denn für die jetzt im Dienst befindlichen Kollegen. Meine Damen und Herren, glauben Sie nicht, daß ein solcher - entschuldigen Sie den Ausdruck - daß ein solcher Schnick-Schnack heute noch bei den Kollegen verfängt"* (nach „Hamburger Lehrerzeitung" 11.Juni 77). Statt nun nach dem Bundestagsbeschluß Fristers provokatorischer „Erfolgsmeldung" sofort und eindeutig zu widersprechen, nahm der HHer Vorstand vor allem in Hinblick auf die Referendare eine völlig unverbindliche - Entschuldigung - Schnick-Schnack-Haltung ein. Die Rückstufung der Refenrendare schien nun auf einmal kein Streikgrund mehr zu sein. Die Arbeitskampfleitung (die wesentlich aus dem Vorstand besteht) formulierte ein Ultimatum an den Hamburger Senat, nach dem dieser „verbindlich" erklären sollte, daß die Verabschiedung des 6.Besoldungs„erhöhungs"gesetz keinerelei Auswirkungen auf die zukünftige Stufenlehrerbesoldung habe - von den Referendaren keine Rede mehr.

Nun hieß es, die Kollegen seien nicht bereit, allein wegen der Referendare zu streiken, während Lemke vorher selbst die Verbindung zwischen den Anwärterbezügen und der Lehrerbesoldung betont hatte. Zudem verletzt dies das Prinzip der gewerkschaftlichen Solidarität, obwohl gerade die Hamburger Gewerkschaftsführung nicht müde war, herauszustreichen, daß von der Bundesregierung nach der Salami-Taktik die Verschlechterungen nach und nach durchgesetzt werden sollen.

Was wird aus dem Streik?

Daß Frister trotz scheinheiliger Zustimmung zur Urabstimmung den Streik niemals gewollt hat, haben wir schon in AK 106 dargelegt. Dies wird noch einmal durch seine sofortige Zustimmung zu den Beschlüssen des Bundestages bestätigt.

Anders der Hamburger Vorstand. Er betonte seine Entschlossenheit, den Streik auch durchzuführen. Allein die Fakten sprechen für sich. Hatte der Vorstand noch bis zur Urabstimmung von einem Streik zur Durchsetzung der Forderungen gegenüber dem Bundestag gesprochen, wischte er dann alle Anträge für einen Streik zum Zeitpunkt der Bundestagssitzung vom Tisch. Womit sollte dann wohl „Druck" erzeugt werden? Kaum war die Entscheidung bekannt, stellte er ein Ultimatum an den Hamburger Senat - die Forderung nach Bekräftigung dieses Ultimatums durch einen Streik wischte er ebenso selbstverständlich vom Tisch. Stattdessen bot er Verhandlungen an. Aber auch diese sollten durch einen Warnstreik nicht beeinflußt werden, so daß die Stimmen, die sich bei der Urabstimmung für Streik ausgesprochen hatten, vom Vorstand bisher lediglich als Manövriermasse benutzt wurden. Geradezu dem Faß die Krone auf setzt die Erklärung: *„Die GEW fordert den Hamburger Senat auf, das Urabstimmungsergebnis dazu zu benutzen, sich in der gemeinsamen(?) Sache noch entschiedener(?) als bisher einzusetzen."* Da soll der Senat wohl mit dem Urabstimmungsergebnis im Bundesrat herumwedeln („neue Kampfform"?). Wir Hanseaten halten zusammen, was? Es dürfte dem Vorstand allerdings schwerfallen, den Mitgliedern zu erklären, wo angesichts der rapiden Sparpolitik des Hamburger Senats im Bildungsbereich, angesichts dem neuen Schulgesetz, dem Landeshochschulgesetz usw., worin also diese „gemeinsame Sache" begründet liegt (hoffentlich nicht in den parteipolitischen Gemeinsamkeiten von Lemke und Klose ...).

Diesem Anbiederungsversuch zeigte der Senat freilich die kalte Schulter: In einem Brief „versicherte" er, er wolle keinerlei Rückstufungen, das Nähere regele allerdings das Bundesgesetz! Hier deutet sich ein ähnliches Spiel an, wie es mit den Studenten getrieben wurde, als Hamburgs Vertreter im Bundesrat gegen den Hochschulrahmengesetzentwurf stimmte, Hamburg dann aber das erste Bundesland war, das ein Landeshochschulgesetzt vorlegte, das den engen Rahmen des HRG „voll ausschöpfte" - sogar noch vor der gesetzten Frist!

Der „leidige Konflikt"

Selbst wenn ein Teil der „linken" Sozialdemokraten einen Streik anstrebt, es gibt für sie ein entscheidendes Hindernis - Frister! Wer jetzt die Interessen der Mitglieder wirklich konsequent vertreten will, der muß diesen Streik gegen Frister durchsetzen. Nichts liegt jedoch unseren „linken" Sozialdemokraten so fern wie ein Konflikt mit dem Boß - ausgerechnet noch während eines Streiks! So sitzen sie zwischen zwei Stühlen: Der Kampfbereitschaft der Mitglieder und der „gewerkschaftlichen Einheit" mit Frister (der nämlich seinerseits nicht den geringsten Einheits-Skrupel besitzt). Aus solchen Nöten heraus werden dann Ideen wie eine „Arbeitsniederlegung" geboren. Die „Arbeitsniederlegung" ist eine Kampfmaßnahme, die unterhalb des Streiks liegt, für die keine Urabstimmung notwendig ist, die vom Vorstand allein entschieden werden kann. Sie ist arbeitsrechtlich allerdings noch weniger „abgesichert" als ein Streik. Außerdem hat ein Beschluß des Vorstands über eine „Arbeitsniederlegung" nur „empfehlenden" Charakter. Ein derartiges Vorgehen hätte in der jetzigen Situation nur die Folge, eine Minderheit aktiver Kollegen zu verheizen. Seltsamerweise macht man sich bei solchen Projekten offenbar weniger Sorgen um staatliche Disziplinierungsmaßnahmen als um die Durchsetzung eines Warnstreiks innerhalb der eigenen Gewerkschaft.

Die Linke muß die Initiative ergreifen

Gegenüber den „linken" Sozialdemokraten hat sich die GEW-Linke teilweise in die Defensive drängen lassen. Insbesondere wurden die Schwierigkeiten unterschätzt, den Streik tatsächlich durchzuführen, was darin zum Ausdruck kam, daß nur noch über die Durchführung des Streiks und nicht mehr über seine Durchsetzung diskutiert wurde. Eklatantester Ausdruck davon war, daß Frister noch auf einer Veranstaltung am 13.6 in Hamburg Beifall ernten konnte, als er mit markigen Worten den Streik „befürwortete" - und dies auch von Kollegen, die ansonsten der Fristerlinie völlig entgegenstehen. Als schädlich hat sich dabei auch das Bewußtsein ausgewirkt, ein Streik könne nur m i t dem Hauptvorstand durchgeführt werden, weshalb alle weiteren Differenzen zurückgestellt werden müßten. Tatsächlich hat sich inzwischen wieder klar herausgestellt, daß die Widersprüche zur Gewerkschaftsführung in ökonomischen und bildungspolitischen Fragen nicht weniger scharf sind als bei Berufsverboten und Unvereinbarkeitsbeschlüssen.

Dieser Linie wurde vor allem durch den Hamburger Referendarvorstand entgegengewirkt, der auf eine sofortige Streikaufnahme orientierte. Als dies vom Vorstand immer wieder hinausgezögert wurde, machte sich die erste Skepsis breit, die auch mit resignativen Tendenzen verbunden war.

Als Lemke dann sogar noch erklärte, allein für die Sache der Referendare könne nicht gestreikt werden, ergriff der Referendarvorstand die Initiative für eigenständige Aktivitäten. Zur Durchsetzung des Ultimatums an den Hamburger Senat schlug er eine Demo vor. Gleichzeitig sollte dies ein Schritt sein, Druck auf die Gewerkschaftsführung auszuüben, den Streik durchzuführen.

Dieser Schritt hat zweifellos „Bewegung" in die Situation gebracht. Anfänglich wehrte der Vorstand diese Initiative als „Spaltung" ab. Als allerdings die Kreis-Vertrauensleute-Sprecherkonferenz und fast alle Schulkreiskonferenzen diese Demo unterstützten, wurde auch ihm klar, daß die Kritik an seinem Vorgehen breiter ist. Offiziell schwieg er sich seit dieser Zeit zu der Demo aus.

Einzelne Vorstandskollegen (vor allem organisiert in der DKP und dem SB !) starteten allerdings weiterhin eine Kampagne gegen die Demo mit dem Spaltervorwurf. Wieder einmal sollten also diejenigen, die (als Interessenvertretungsorgan der Referendare!) die Interessen der Basis vertreten, die Spalter sein, und nicht diejenigen, die den Lohnraub an den Referendaren nicht mehr als ausreichenden Streikgrund betrachteten.

Zwar hat der Hamburger Vorstand inzwischen den Senat dazu aufgefordert, das 6.Besoldungs„erhöhungs"-gesetz im Bundesrat abzulehnen - im Gegensatz zur Aufforderung Fristers, diesem Gesetz zuzustimmen. Dies ersetzt allerdings nicht die Notwendigkeit, die Verschlechterungen für die Referendare unmißverständlich zum Inhalt des Warnstreiks zu machen und dessen Durchführung nicht noch länger hinauszuzögern. Dabei kommt man an der Konfrontation mit Frister nicht vorbei. Und warum sollte man auch?! Frister hat sich gegenüber den Referendaren total diskreditiert - und im übrigen findet recht bald die Neuwahl des GEW-Bundesvorsitzenden statt. Der GEW-Boß dürfte ins Schwitzen kommen, wenn sein Hamburger Landesverband sich nicht länger hinhalten läßt und die Durchführung des Warnstreiks definitiv beschließt.

Lehrerkomitee und
Bündniskommission
KB/Gruppe Hamburg

Bau

»Auf den Kran mußten wir uns draufsetzen!«

Im Ak 105 wurde über die skandalösen Arbeitsbedingungen im Auslandsbau berichtet. Jetzt ist ein weiterer Fall bekannt geworden. Mehr als ein Dutzend arbeitslose Bau-Kollegen wurden vom Dortmunder Subunternehmer Otto P. unter Vorspiegelung falscher Tatsachen an einen lybischen Bauunternehmer nach Tripolis vermittelt. Sie mußten dort Arbeitsverträge in arabischer Sprache – sozusagen Blanko-Arbeitsverträge – unterschreiben. D.h.: 10 Stunden tägliche Arbeitszeit, meist noch unbezahlte Überstunden.

- Keinerlei Arbeistsschutzbestimmungen: *„Der 600-Kilo-Kran wurde mit tonnenschweren Bauteilen belastet und die Arbeiter mußten sich mit draufsetzen."* Und: *„Als ich mich weigerte - einmal war ein Träger schon abgerutscht - hieß das gleich ‚Sabotage' und ‚Boykott'."*
- Bezahlung: 2000 DM anstatt der ausgehandelten 2580 DM.
- Unterkunft in Baracken statt wie ausgemacht in Häusern.
- Die Pässe der Kollegen wurden eingezogen. *„Nicht einmal über unser Geld konnten wir ohne Einwilligung von Mr. Hassan verfügen. Wir brauchten eine Genehmigung seines Büros."*

Einer der Kollegen will Anzeige erstatten(alle Informationen nach: Westfälische Rundschau, 2.6.77.)

Wohnungskommission

ÖTV

Kommunistenjäger in Aktion!

Hamburger Hafen. Seit einiger Zeit erscheint im Hafen ein Blättchen namens „Hafenecho", das von der „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen" (AfA) in der SPD – einem antikommunistischen Stoßtrupp in der Arbeiterschaft – herausgegeben wird.

Den eigentlichen Zweck des Blättchens teilte Erwin Struck, Mitherausgeber des Blättchens und Betriebsratsmitglied bei der Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG (HHLA), am 31.10.1975 in einem MoPo-Interview mit: *„Wir wollen der Fülle von linksradikalen und extremistischen Flugblättern und sogenannten Betriebszeitungen begegnen, die den Hafen überschwemmen und in denen üble Hetze verbreitet wird."*

In der jüngsten Ausgabe (2/77) des „Hafenecho" zeigen diese Spezialdemokraten exemplarisch, w i e sie der „üblen Hetze" der Linken entgegentreten wollen. Titel des Hauptartikels: **„Chaoten: Nur ein kaputter Betriebsrat ist ein guter Betriebsrat".** Da heißt es zum Beispiel: *„Die Chaoten wissen, was die Arbeiter wollen, obwohl viele von den Radikalen die Arbeit nur vom Hören-Sagen kennen. Die Arbeitnehmer der Bundesrepublik haben viel mehr Sinn für reale Möglichkeiten, bestehende Ungerechtigkeiten zu beseitigen, als es ihnen die Radikalen mit ihrer intellektuellen Arroganz zutrauen."*

Tatsächlich nie im Hafen gearbeitet hat z.B. der Gewerkschaftssekretär Erich Rumpel, der früher in der Gewerkschaft für Nahrungs- und Genußmittel (NGG) war. Nachdem er dann bei dem Kommunistenjäger Freiherr von Kodolitsch, seines Zeichens Gewerkschaftssekretär der IG Chemie, in die Schule gegangen war, wurde er auf die Hafenkollegen losgelassen.

Nie im Hafen gearbeitet hat auch Dieter Sick, der Verantwortliche des „Hafenecho". Er ist noch nicht mal Gewerkschaftsfunktionär, sondern AfA-Funktionär (mit Sitz im Kurt-Schumacher-Haus, Hamburg). Aber weiter im Text: *„Wo es Chaoten gelang, Betriebsräte zu erobern, zeigte es sich sehr schnell, wohin eine vorgezogene Revolution im Betrieb führt: Zu einer totalen Verhärtung der Fronten, wobei selbst kleine Verbesserungen für die Kollegen nicht mehr möglich sind. Die Revolutionäre können sich dann im Kampfgefühl sonnen, aber ihre Wähler, die Kollegen, haben das Nachsehen. Die Chaoten bekämpfen alle Betriebsräte, die versuchen, unter Ausschöpfung des Gesetzes mit legalen Mitteln das Beste für die Kollegen zu erreichen."*

„Die Chaoten haben für alle betrieblichen Probleme einfache Patentrezepte, die auf wilden Streik um des Streiks willen (!) oder auf sinnlose Diskussionen (!) hinauslaufen". *„...nach der Strategie der Chaoten soll ja auch nichts* (im Original Fett gedruckt, AK) *für die Kollegen erreicht werden, weil jede Verbesserung für die Kollegen ihrer Meinung nach nur dazu führt, daß der Revolutionswille der Kollegen nachläßt."* *„Sie wollen, daß die Arbeitsbedingungen immer unerträglicher werden, daß der Kollege nur unter Wut arbeitet und total kaputt durch die tägliche Unterdrückung nach Hause geht. Wem dies widerfährt, der wäre allerdings eher geneigt, seine Situation radikal zu verbessern. Deshalb ist es in der Tat so, daß für die Chaoten nur ein kaputter Betriebsrat ein guter Betriebsrat ist."*



Hamburger Hafen ECHO

Eine Zeitung von Hafenarbeitern für Hafenarbeiter

Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD 1/76

Chaoten: Nur ein kaputter Betriebsrat ist ein guter Betriebsrat

beiführen, viel mehr erreicht werden kann. Doch nach der Strategie der Chaoten soll ja auch nichts für die Kollegen erreicht werden, weil jede Verbesserung für die Kollegen ihrer Meinung nach nur dazu führt, daß der Revolutionswille der Kollegen nachläßt.

Offener Brief an den DGB Vorsitzenden Hans Saalfeld

Am 1. Mai '77 wurde zum erstenmal, von den Nazis abgesehen, daß mit dem Blut, Tränen und Schweiß unserer Väter erbaute Gewerkschaftshaus angegriffen.

Diese, die sich auf dem Wege und in der Demonstration hinter Kleinkindern verstecken,

diese, die in "ihrem" Programm zum bewaffneten Widerstand gegen unsere Demokratie aufrufen,

diese, dessen Freunde am gleichen Tage in Istanbul in eine friedliche Demonstration schossen und 30 töteten,

diese sollten keine Grundlage in unserer Gesellschaft haben.

Ich bitte Dich mit uns gemeinsam, alle Demokratischen Gewerkschaften aufzurufen, in der Vorbereitung zur Betriebsrätewahl '78 den Chaoten und ihren Sympathisanten eine deutliche Abfuhr zu erteilen.

Sie haben sich außerhalb unserer Gesellschaftsordnung gestellt, stellen wir sie außerhalb der Betriebe.

Dieter Sick

Offener Brief an die "Linken"

In Eurem sogenannten "Revolutionären Programm" sowie in Euren Publikationen stellt Ihr Euch scheinbar auf die Seite der Arbeiterklasse. Doch nur scheinbar. Und immer anonym. Ihr wollt Kommunisten sein in der KPD, KPD/ML, KPD/AO, KB, KBW oder wie Eure Vereine noch alle heißen mögen. Untereinander seid Ihr zerstritten und bekämpft Euch bis aufs Messer. Nur eines wollt Ihr gemeinsam, aber jeder für sich: Die gewaltsame Abschaffung der bestehenden Gesellschaftsordnung unter Mithilfe der Arbeiterklasse, wobei Euch die Zukunft der Arbeiter vollkommen egal ist. Hauptsache Ihr erreicht Euer Ziel. Ihr kritisiert alles und jeden, doch nie objektiv. Aber wenn Ihr selbst kritisiert werdet, benehmt Ihr Euch wie Mimosen. Keiner von Euch ist ehrlich genug offen zu bekennen. Hinterhältigkeit ist Eure Taktik. Für Eure Leute muß es doch besonders attraktiv sein, bei der HHLA ihr Gift zu versprühen, wohl besonders wegen der guten Tarife. Wieso wäret Ihr wohl sonst in der Lage monatlich grosse Summen für Eure Organisationen zu spenden. Wenn es Euch im Hafen nicht gefällt, steht es Euch jederzeit frei zu gehen. Was die Mehrheit der Kollegen von Euch hält, merkt Ihr bei jeder Betriebsversammlung. Wenn Ihr dort jederzeit frei zu gehen. Was die Mehrheit der Kollegen von Euch hält, merkt Ihr bei jeder Betriebsversammlung. Wenn Ihr dort in die "Bütt" steigt, wird der Saal leer. Die Kollegen mögen Euch und Eure Art nicht. Sucht Euch ein anderes Betätigungsfeld, aber verlaßt den Hafen. Damit tut Ihr endlich mal ein gutes Werk.

Erwin Struck, HHLA

Diese zügellose Hetze sozialdemokratischer AfA- und Gewerkschaftsfunktionäre ist eindeutig anderen „Theorien" entlehnt. So ist in einem schon etwas älteren Buch zu lesen, für die „Sektenführer" *„kommt die Vertretung aller wirklichen Bedürfnisse der Arbeiterschaft immer weniger in Frage, bis die politische Klugheit es endlich überhaupt nicht mehr wünschenswert erscheinen läßt, die sozialen oder gar kulturellen Nöte der breiten Massen zu beheben, die ja sonst Gefahr laufen, diese, in ihren Wünschen befriedigt, nicht mehr als willenlose Kampftruppe benutzen zu können. Eine derartige, ahnungsvoll gewitterte Entwicklung jagt den klassenkämpferischen Führern solche Furcht ein, daß sie endlich kurzerhand jede wirklich segensvolle soziale Hebung ablehnen, ja auf das Entschlossenste dagegen Stellung nehmen."*

Diese Passage entstammt der „Begründung der nationalsozialistischen Lehre" von dem Arbeitermörder Adolf Hitler, aus „Mein Kampf", Seite 51 f. Wie jeder sehen kann, gleichen sich die Argumentationsmuster auffällig!

Und sowas begreift sich als „Gegengewicht" zu der „üblen Hetze" linker und kommunistischer Kollegen! Außer reaktionärer Hetztiraden und ein paar frommen Sprüchen (die SPD will „auf dem Wege vernünftiger Reformen die soziale Lage der Arbeitnehmer" verbessern – „Hafenecho", Nr. 2/77) haben diese Leute doch nichts zu bieten.

Die sozialdemokratischen Funktionäre wissen genau, daß sie in einer ehrlichen Auseinandersetzung mit kritischen und kommunistischen Kollegen um die Politik in Betrieb und Gewerkschaft vor den Augen der Kollegen nicht bestehen können. Am deutlichsten kann man dies im Hamburger Hafen am Kampf der Kollegengruppe „Alternative" bei der HHLA sehen, in der kritische und linke Kollegen unter anderem auch Mitglieder des Kommunistischen Bundes (KB) mitarbeiten. Diese Kollegengruppe hat seit Bestehen anläßlich der Betriebsratswahl '75 bis heute in 14 Ausgaben sowie in einigen Extra-Blättern ihrer Kollegenzeitung erstmalig bei der HHLA ein Wahlversprechen gehalten und als einzige für die Information der Kollegen gesorgt. Zu allen wichtigen Problemen im Betrieb waren sie als Minderheit im Betriebsrat, mit Beiträgen von Mitgliedern der Kollegengruppe auf Betriebsversammlungen, und mit Unterschriftensammlungen etc. zur Stelle. Sie waren es, die den Widerstand der Kollegen gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage unterstützt haben, die für jede Verbesserung und wirkliche Reform eingetreten sind und gerade dabei mit den Sozialdemokratischen Betriebsräten und Gewerkschaftsführern zusammengestoßen sind. Vor diesem Hintergrund ist die hemmungslose antikommunistische Demagogie zu sehen, die die AfA–Reaktionäre in Sachen Kündigungen entwickeln. Da heißt es: **„So ist für alle Betriebsräte eine Kündigung eines der schwierigsten Probleme (!!). Die Chaoten verlangen, daß der Betriebsrat jeder Kündigung generell widersprechen soll, nach ihrer Ansicht gibt es überhaupt keine Kündigungsgründe. Einen besonderen Fall stellen jene ‚Kollegen' dar, die sich zu den revolutionären Gruppen zählen. Viele von diesen Kollegen neigen dazu, die Arbeit den anderen Kollegen zu überlassen (!!), weil sie ja voll damit ausgelastet sind, die in ihren Augen unwissenden Kollegen über die wahren revolutionären Ziele aufzuklären. Solches Verhalten führt oft zur Kündigung, die dann als Kündigung eines fortschrittlichen ‚Kollegen', zur politischen Kündigung hochgejubelt wird. Hat der Betriebsrat zugestimmt, weil er den Kollegen nicht mehr zumuten wollte, daß sie für einen solchen ‚Kollegen' mitarbeiten müssen, dann wird ihm Kumpanei unterstellt und behauptet, er wolle den Kollegen auch loswerden."** Um den Beweis dafür zu finden, daß die politische Säuberung erklärtermaßen das Geschäft der SPD- und Gewerkschaftsführer ist, braucht man nur dieselbe Ausgabe des „Ha-

Fortsetzung Seite 13

Legalisiertes Baukartell in Sicht?

Während der Mitgliederversammlung der Wirtschaftsvereinigung Bauindustrie Nordrhein-Westfalen Anfang Juni kündigte Egon Ruf, der Präsident dieses Vereins, die „*Einführung eines Verfahrens zur ‚Eliminierung nicht angemessener Preise' auf dem Baumarkt an*" (Welt, 8.6.77).

Damit soll legalisiert werden, was in der Bauwirtschaft ohnehin gang und gäbe ist: Preisabsprachen und Ausschaltung der Konkurrenz zwecks Erhöhung der Profite.

Einen Einblick in diese Praxis gab ein 1973 aufgeflogenes Kartell, in das schätzungsweise 2000 Baufirmen verwickelt waren und für 350 Firmen mit Bußgeldern von 30-40 Mio. DM endete - also vom Bundeskartellamt mehr als „Kavaliersdelikt" behandelt wurde. Der Schaden wurde immerhin in Milliardenhöhe vermutet (FR, 17.5.77).

Für die jetzt gewünschte Einführung eines „legalen Kartells" hatte der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie beim Bundeswirtschaftsminister einen „*...Antrag auf Erlaubnis eines Sonderkartells zur Einführung eines Vorsubmissionsverfahrens gestellt ...*" (Welt, 8.6.77).

Das heißt nichts anderes, als daß durch den Verband selbst die billigsten Angebote für öffentliche Aufträge ausgeschlossen werden sollen.

Das Verfahren soll etwa so ablaufen: „*...Bei einer Ausschreibung (soll) aus allen Angeboten ein Mittelpreis errechnet werden .. Preise, die 30 % über dieser Grenze liegen, scheiden als zu hoch aus. Aus den restlichen Angeboten wird wieder ein mittlerer Preis errechnet, von den Preisen, die 20% undmehr darunter liegen, wird vermutet, daß sie Dumpingpreise sind. So muß der Vergabebeamte, der möglicherweise (!) bislang unbesehen das billigste Angebot aufgriff, in Zukunft diese Vermutung widerlegen*" (Welt, 8.6.77).

Damit würde erreicht, daß ein vorher unter den Anbietern abgesprochenes Profitniveau gewahrt bliebe und lästige Konkurrenten ausgeschaltet würden.

Noch ziert sich Bonn, „*im Interesse der Allgemeinheit*" und „*im Interesse der Bauwirtschaft selbst.. dieser Abkürzung des Wettbewerbs zuzustimmen...*"

Wohnungskommission

1,7 Milliarden Mark für Rationalisierungen

Rechtzeitig vor Ablauf des letzten Konjunkturprogramms für die Bauwirtschaft (dem 5. seit 1974) am 30.6.77 hat die Regierung ein Nachfolgeprogramm beschlossen. 1,75 Mrd. DM werden in diesem und im nächsten Jahr in die Bauwirtschaft gepumpt. Und dabei soll es nicht bleiben: „*Ravens (Bundesbauminister, Ak) wertete den Beschluß des Kabinetts denn auch als Signalwirkung für Bau- und Wohnungswirtschaft: ‚Sie kann jetzt davon ausgehen, daß es mit der öffentlichen Förderung weitergeht'*" (HB, 25.5.77).

Demagogisch wird das Programm mit dem Bau von 80.000 zusätzlichen Wohnungen angepriesen. Fakt ist aber, daß Jahr für Jahr immer weniger Wohnungen gebaut werden und dementsprechend mit den Geldern aus den bisherigen Konjunkturprogrammen hauptsächlich Arbeitsplätze wegrationalisiert wurden. So wurde 1976 fast dasselbe Bauvolumen erstellt wie 1970, - nur mit 350.000 Arbeitskräften weniger!

Für die Zukunft ist der Kurs klar. Der Vorsitzende des Baugewerbevereins Nordrhein, Hubert Schlun: „*Langfristig ist die deutsche Bauwirtschaft noch um 250.000 Beschäftigte (!!) überbesetzt*" (HB, 12.5.77).

Wohnungskommission

Die »Qualität«

Die »Qualität« von LKW-Fahrern

Der Bayerische Technische Überwachungsverein (TÜV) hat eine zehnjährige (!) Testreihe mit insgesamt 13.000 Tests zusammengestellt und jetzt veröffentlicht. Es handelt sich dabei um eine Untersuchung über die „Qualität von LKW-Fahrern." Ergebnis:

„Nur 64 Prozent sind in jeder Hinsicht voll einsatzfähig für ihren Beruf. 16 Prozent mangelt es an Verkehrswissen oder an fahrerischem Können. Jeder Zehnte hat einen nicht regulierten Sehfehler, weitere zehn Prozent sind mit anderen körperlichen oder fahrerischen Schwächen behaftet. Jeder tausendste ist für den von ihm gewählten Beruf so ungeeignet, daß ihm die Tester zum Umsatteln raten mußten" („Die Welt", 21.6.77). Was die Experten hieran beunruhigt, ist nicht etwa die Gefährdung des Lebens und der Gesundheit der Fahrer, sondern der wirtschaftliche Schaden, der dadurch angerichtet werden kann, z.B. daß ungenügendes Wissen der Fahrer über technische Zusammenhänge die Speditionskapitalisten teuer zu stehen kommt.

„So schätzen Fachleute, daß ein unerfahrener oder schlechter Fahrer den Motor seines Lastzuges nach rund 100.000 Kilometern zuschanden gefahren hat, während es ein erfahrener Profi auf eine halbe Million Kilometer und mehr bringen kann" („Die Welt", ebenda).

Und ein Prof. von Hebenstreit, der die TÜV-Untersuchung geleitet hat, schiebt Blechschäden auf die angebliche Kurzsichtigkeit der Kollegen: *„Manche Chefs halten ihre Fahrer für leichtsinnig, weil sie immer wieder mit Blechschäden zurückkehren. Häufig war eine Kurzsichtigkeit die bisher unerkannte Ursache, die sich mit einer Brille mühelos korrigieren ließe"* („Die Welt" ebenda).

Klar, die Fahrer sind eben selbst schuld, wenn sie Unfälle bauen und im Krankenhaus landen! Was die Untersuchung der Kapitalisten-Agentur TÜV nicht beinhaltet, ist die Tatsache, daß die LKW-Fahrer extremen Streßsituationen ausgesetzt sind: 12-Stundenschichten sind die Regel, d.h. ununterbrochenes Fahren, die 85-Stunden-woche ist keine Seltenheit; ermüdend gerade, hunderte von Kilometern lange Strecken müssen gefahren werden (s.AK 104,S.29). Da braucht man gar nicht lange nach den Gründen für körperliche Schäden (wie z.B. Sehschäden) oder Konzentrationsschwäche zu suchen, doch das steht für den TÜV und die hinter ihm stehenden Speditionskapitalisten hier gar nicht zur Debatte.

Solcherart „Untersuchungen" sollen ablenken von den tatsächlichen Verhältnissen auf der Straße - den extremen Arbeitsbedingungen und diversen technischen Defekten an den LKW's. Damit werden diese Verhältnisse zumindest zementiert!

Um rechtzeitig die Spreu vom Weizen zu trennen, ist jetzt die Möglichkeit geschaffen worden, die Facharbeiterprüfung abzulegen. Das hebt den Fahrer dann um 10 Pfennig über den bisherigen Hilfsarbeiterlohn.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Fortsetzung von Seite 12

Kommunistenjäger in Aktion!

fenecho" umzuschlagen. Da fordert in einem „Offenen Brief an den DGB Vorsitzenden Hans Saalfeld" der AfA-Funktionär Dieter Sick auf zur „Radikalen"jagd:

„Sie („die Chaoten", AK) haben sich außerhalb unserer Gesellschaftsordnung gestellt, stellen wir sie ausserhalb der Betriebe"!

Oder: In einem „Offenen Brief an die ‚Linken' im ‚Hafenecho' (1/76) forderte der SPD-Betriebsratsfürst Erwin Struck: **„Sucht Euch ein anderes Betätigungsfeld, aber verlaßt den Hafen."**

Den „Chaoten" muß die ganze Existenzgrundlage entzogen werden: Sie **„sollten keine Grundlage in unserer Gesellschaft haben"** („Hafenecho", 2/77)!!

Daß die Kumpanei mit der Geschäftsleitung bei der politischen Säuberung keine ‚graue Theorie' ist, haben die rechten Sozialdemokraten bei der Z e r s c h l a g u n g der seinerzeit aktiven Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit der KPD im Hamburger Hafen bewiesen! Oder auch, um ein Beispiel aus der jüngeren Geschichte zu nennen, bei der Kündigung des linken Handwerkerkollegen Dobuschewski, die bei der HHLA zu einiger „Berühmtheit" gelangte. Der Kollege wurde haargenau mit der im Zitat angeführten „Begründung", den anderen Kollegen die Arbeit überlassen zu haben, rechtzeitig zur Betriebsratswahl 1975 gefeuert!

Nicht zurückweichen!

Der abstoßende Stil der Hetze im jüngsten „Hafenecho" führte durchaus zu Ablehnung, oder Kollegen legten das Ding verständnislos wieder aus der Hand. Teils blieben ganze Stapel des Blättchens unberührt liegen. In einer gezielten Aktion wanderte das Schmutzblatt in großer Anzahl in den Papierkorb. Das darf aber nicht dazu führen, daß Kollegen und insbesondere die Linken solche Hetzartikel als „Spinnkram" abtun, und „zur Tagesordnung" übergehen. Der reaktionären Propaganda der sozialdemokratischen Betriebsratsfürsten muß o f f e n s i v entgegengetreten werden! Sich nur darauf zu beschränken, konkrete Forderungen zur Verbesserung der Situation in Betrieb und Gewerkschaft zu entwickeln, reicht nicht aus. Diese Haltung umgeht die Tatsache, daß wirkliche Veränderungen nur im offenen Kampf gegen solche Bourgeoisagenten und deren reaktionäre Ideologie und Praxis möglich sind, – in Aktionseinheit mit den ehrlichen sozialdemokratischen Kolleginnen und Kollegen!

Hafenanleitung
KB/Gruppe Hamburg

»Free Clinic« gleich zweimal gekündigt!

Die „Free Clinic", ein Drogentherapiezentrum in Heidelberg, hat von der CDU-Stadtverwaltung am 20.Mai eine doppelte Kündigung erhalten: *„Erstens: fristlos, mit der Behauptung, der Mietvertrag sei durch die Ausweitung des Drogenbegriffs und die diesbezüglichen Therapiemaßnahmen gebrochen worden.*

Zweitens: fristgerecht mit sechsmonatiger Frist zum Jahresende 1977, mit der Begründung, daß der Free Clinic vermietete Gebäude werde im Zuge der Sanierung zu anderen Zwecken gebraucht".(?!) („die tat", 17.6.77).

An den Haaren herbeigezogene Gründe! Damit soll wiederum eines der fortschrittlichen Modelle auf diesem Gebiet liquidiert werden.

Der Grund für die Kündigung ist nicht irgendein „Vertragsbruch", sondern die Tatsache, daß hier fortschrittliche Sozialarbeiter, insgesamt 64, davon 14 hauptamtliche, eine Drogentherapie angewendet haben, die zum Ziel hatte nicht nur die Auswirkungen, sondern auch die Ursachen für die Drogenabhängigkeit der Klienten zu bekämpfen. *„Die Mitarbeiter machten immer wieder deutlich, daß verstärkter Drogenkonsum auf wachsende Jugendarbeitslosigkeit und fehlende gesellschaftliche Perspektiven zurückzuführen ist."*

Sie *„schufen ein Kommunikationszentrum für die Klienten (im vergangenen Jahr mehr als 4000 Klienten) und entwickelten eine Drogentherapie, die alle Lebensbereiche der Betroffenen einschloß..."(ebenda).*

Um die Legitimation für die Schließung zu erhalten, hat noch am Tag der Kündigung ein Mitglied des gesundheitspolitischen Ausschusses der Heidelberger CDU, Frau Dr. Dallenbach, im örtlichen Tageblatt einen Artikel veröffentlicht, in dem es unter anderem hieß, *„das Drogenzentrum sei eine ideologische Manipulationsstelle(!!) für hilflose junge Menschen, die geistige Nähe zum ehemaligen Sozialistischen Patientenkollektiv (SPK) sei unverkennbar, und die Free Clinic habe den Mietvertrag mit der Stadt permanent gebrochen" (ebenda).*

Nachdem so die Sozialarbeiter von der CDU in „Terroristen-Nähe" gerückt worden sind - das SPK ist als „kriminelle Vereinigung" verboten - übernimmt die SPD die Aufgabe, ihnen den Geldhahn zuzudrehen! *„Seit 1972 wird die Free Clinic von der Bundesregierung im Rahmen des Großmodells zur Förderung von Einrichtungen zur Beratung und Behandlung von drogenabhängigen und gefährdeten jungen Menschen, finanziell gefördert. Das Großmodell innerhalb dessen insgesamt 58 Modelle gefördert wurden, läuft nun nach fünfeinhalb Jahren aus"* (ebenda).

Bereits 1976 ist der „Free Clinic" die Anerkennung und Förderung als Jugendberatungsstelle verweigert worden, mit der Begründung, *„beides dürfe nicht unter einem Dach stattfinden"(?!).* Die „Free Clinic" wird also kein Einzelfall bleiben. Von der Schließung sind alle entsprechenden Modelle bedroht. Andere Beratungsstellen jedoch, die sich allein auf die Integration der Jugendlichen beschränken, also ausschließlich die Wiederherstellung der Arbeitskraft bewirken sollen, werden dagegen natürlich auch nur im allergeringsten Umfange weiterhin gefördert.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Druck

Nach 21 Tagen Druckerstreik: Niederlage!

Bremen. Am 2. Juni sperrte Verleger Meyer, Besitzer der beiden Tageszeitungen „Weser-Kurier" und „Bremer Nachrichten" die etwa 1.000 Beschäftigten für drei Tage aus, weil diese nicht bereit waren, widerstandslos erneute Gehaltskürzungen hinzunehmen. Danach erfolgte ein fast dreiwöchiger Streik, der mit der Arbeitsaufnahme am 23.6. beendet wurde (siehe auch AK 106).

In einer Abstimmung auf der Be-



triebsversammlung am 22.6. stimmte die Mehrheit für die Annahme eines Angebots von Verleger Meyer. Danach ging der Streik folgendermaßen aus:

- die Kürzung der übertariflichen Zulagen wird nicht zurückgenommen;
- die Kürzungen werden ausgesetzt und in Verhandlungen mit dem Betriebsrat „von Fall zu Fall" überprüft;
- die Geschäftsleitung betont das ihr „allein zustehende Entscheidungsrecht";
- hiernach sollen außer in „Sonderfällen" „künftig die Zulagen nicht negativ verändert" werden;
- auf Maßregelungen im Zusammenhang mit dem Streik wird verzichtet;
- außer dem ersten Tag wird die Streikzeit nicht bezahlt!

Dieses Ergebnis wurde nach vierstündiger Diskussion mit 175 gegen 135 Stimmen angenommen.

Praktisch bedeutet dieses Ergebnis, daß keines der Streikziele,

- Zurücknahme der Kürzungen
- Festschreibung der übertariflichen Zulagen
- 30 DM mehr für alle
- Bezahlung der Streikzeit

erreicht werden konnte. Außer in einigen wenigen Fällen wird es bei Kürzungen bleiben. Im Gegenteil, durch den Verdienstausfall von fast drei Wochen bedeutet dieser Streik einen großen finanziellen Verlust für die Kollegen.

Meyer's harter Kurs erfolgreich

Meyer ist von seinen Angeboten während des ganzen Streiks nicht abgerückt und hat seine Vorstellungen fast vollständig durchgesetzt. Mehrere Verhandlungen vorher waren gescheitert. Auch der Einsatz von SPD-Bürgermeister Koschnik als „Vermittler" am 16.6. scheiterte. Meyer blieb stur. Bereits am 15.6. lag der Belegschaft ein fast gleichlautendes Angebot zur Abstimmung vor. Die Verhandlungsführer Leberecht-Lange Bezirksvorsitzender der DruPa-Gewerkschaft, und Betriebsratsvorsitzender Kammering empfahlen dessen Annahme. Knapp mit 130 zu 122 Stimmen wurde dies abgelehnt.

Meyer's Taktik war ganz einfach: Bereits zu Beginn des Streiks hatte er erklärt, daß seine „Streikkasse" für ein halbes Jahr reicht und daß er bis zur Einstellung beider Zeitungen gehe („Streik-Info" Nr. 4). Entschlossen, auch hohe finanzielle Verluste hinzunehmen, setzte er darauf, die Streikenden finanziell auszuhungern. Bereits auf der Betriebsversammlung am 15.6. argumentierten die Befürworter der Annahme von Meyer's Angebot mit der finanziellen Lage und dem dadurch ungünstigen Kräfteverhältnis. Sie konnten sich damit nicht durchsetzen. Am 22.6. wiederholte sich diese Argumentation. Die Rechnung lautete: wir haben 70.000 DM an Solidaritätsspenden, d.h. ca. 70 DM pro Nase, die DruPa kann uns nicht unterstützen (dazu später noch), das halten wir nicht durch. In der zweiten Abstimmung schloß sich eine Mehrheit dieser Argumentation an.

Meyer hatte mit der Aushungerungstaktik Erfolg. Nach Berechnungen der „Frankfurter Rundschau" (24.6.), setzte er für die Einsparung von 8.000 DM und die Durchsetzung seines Ausbeuterrechts als Verleger 10 Millionen DM Verluste ein!

Auf dieser Ebene hatten die Streikenden nichts Gleichwertiges zu bieten, zumal die gewerkschaftliche Unterstützung fehlte. Es ist deshalb wichtig, kritisch die Streiktaktik zu überprüfen, um Lehren für entsprechende Auseinandersetzungen zu ziehen.

Sozialdemokratische Niederlagenstrategie

Ist Unternehmermacht à la Meyer nicht zu schlagen? Die von den Sozialdemokraten eingeschlagene Streiktaktik ist üblicherweise: Streik bestenfalls als so wenig wie möglich einzusetzendes Druckmittel für ihren Hauptkampf, die Verhandlungen. Dies schlug sehr schnell fehl, weil Meyer von der üblichen „Sozialpartnerschaft" herzlich wenig hielt und knallhart handelte. Was dann folgte, war der Versuch, mit Meyer bei der Anwendung geltenden Rechts zu konkurrieren, wobei sich erwies, daß das geltende Recht das Recht der



herrschenden Kapitalistenklasse ist. Zum Beispiel Tarifrecht und „Friedenspflicht". Noch im Organ der „Druck und Papier" vom 20.6. schreibt der DruPa-Vorstands-„Linke", Hensche: *„Die Aussperrung verstößt gegen die Friedenspflicht"* und einige Absätze weiter: *„Die Gewerkschaft, in diesem Fall unsere IG Druck und Papier, konnte nicht eingreifen; sie war und ist an die tarifvertragliche Friedenspflicht gebunden".* Die hier offensichtlich werdende Widersprüchlichkeit in der Anwendung des herrschenden Tarifrechts, wird munter überspielt. Anders dagegen Verleger Meyer. Genüßlich zitierte er mehrfach einen Ausspruch von DruPa-Vorstandsmitglied Ferlemann: *„Tariferhöhungen dürfen auf freiwillige übertarifliche Zulagen angerechnet werden, denn das ist Tarifrecht".* Und Meyer – ganz empörter Biedermann: *„Dürfen wir uns überhaupt noch rühmen, in einem Rechtsstaat zu leben, wenn jedermann die Rechtsordnung ungehindert verletzen und damit Mitbürgern und Wirtschaft immensen Schaden zufügen darf? (...) Jeder Versuch, das Tarifrecht willkürlich, unter Erpressung und mit Gewalt außer Kraft zu setzen ist Rechtsbruch"* – er hatte in der Tat das Recht auf seiner Seite und nicht etwa die Streikenden. Was den Sozialdemokraten blieb, war der Versuch einer Kampagne gegen die „Unmoral" des Verlegers, die immer wieder betont wurde.

Zweites Beispiel: das Recht auf Information und die „Pressefreiheit". Beide Seiten, Sozialdemokraten und Verleger wollten es für sich vereinnahmen. Klar, daß Meyer am längeren Hebel saß, denn beide Rechte sind unmittelbar mit den Besitzverhältnissen verknüpft. Eine Pressefreiheit für Beschäftigte ohne Verleger gibt es nicht, wohl aber umgekehrt! Auch hier hatte Meyer das Recht auf seiner Seite, die entsprechende Meinungskampagne der Sozialdemokraten blieb dann auch wieder auf der moralischen Ebene: der Leser habe ein Recht auf Information, was auch Meyer betonte, nur wollte er sein garantiertes Tarifrecht gesichert sehen.

Der entscheidende Punkt des Streiks, die finanzielle Ausblutung der Streikenden, wurde auch wieder auf der rechtlichen Ebene entschieden. Die DruPa hielt sich an die „Friedenspflicht" und verweigerte eine Anerkennung des Streiks durch den Hauptvorstand. So blieb dieser Streik ein „wilder". Begründung für diese Verweigerung: mögliche rechtliche Konsequenzen und Schadensersatzforderungen. Folge: die Streikenden wurden von ihrer Gewerkschaft nicht finanziell unterstützt. Ein wesentlicher Rückhalt für das Weiterführen und Durchhalten des Streiks fehlte. Der Existenzdruck war größer, als die zweifellos vorhandene Solidarität und Bereitschaft, den Kampf durchzustehen.

War der Streik für die Katz?

Ganz sicher nicht. Die entscheidende Frage, welche Kampfmittel eingesetzt werden können, um den Druck der Streikenden zu verstärken, wie der Zusammenhalt und die Existenzsicherung gewährleistet werden können, wurden von den Gewerkschaftsführern aus dem Kampf herausgehalten. Was blieb, war in dieser Lage eine unausbleibliche Ohnmacht und der Versuch, wesentlich über Durchhalteappelle und über die Hoffnung auf ein Nachgeben von Meyer die Kampffront zusammenzuhalten. Noch vor einem Jahr beim Streik war es das direkte Eingreifen und Mauscheln der DruPa-Führer, das die Kampfkraft und das schließliche Ergebnis schwächte. In diesem Jahr war es das mit dem Rückzug auf bestehende Gesetze begrün-

Fortsetzung Seite 14

Streiknotizen

Aus den schlechten Erfahrungen mit der Gewerkschaftsführung im Vorjahr lernend, haben die Kollegen des „Weser-Kurier" und der „Bremer Nachrichten" eine fünfköpfige Streikleitung gewählt, um nicht von der Geheimdiplomatie der Gewerkschaftsführer abhängig zu sein.

***

Einen Vorstoß für eine eigene Tageszeitung machte der CDU-Bundestagsabgeordnete Müller-Hermann. Er schlug die Einrichtung einer Stiftung zur Gründung einer neuen Bremer Tageszeitung vor.

***

Am 21.6. trafen sich nachmittags die Frauen der Streikenden mit ihren Kindern beim Kaffee zur Diskussion. Es kamen etwa 35, die die Probleme, die der Streik hervorruft und die damit verbundenen Ängste besprachen.

***

Am Nachmittag des 21.6. wurde eine zweite Solidaritätsdemonstration von den Kollegen organisiert. Dem Aufruf folgten etwa 1.200 Beschäftigte und Menschen, die damit ihre Solidarität zeigten. Sie bekräftigten noch einmal die Forderungen des Streiks.

Unangenehme Begleiterscheinung: nicht von den Kollegen, sondern offensichtlich vom DGB organisiert, sorgten Ordner für „Ordnung", darunter eine Reihe DKP'ler, die mit dem Streik nichts zu tun hatten. Sie machten systematisch Jagd auf linke Flugblattverteiler und Zeitungsverkäufer, die zum Teil handgreiflich abgedrängt wurden.

***

Über 70.000 DM sind an Solidaritätsspenden aus Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Hochschulen eingegangen. Über 600 Solidaritätsresolutionen sind eingegangen.

***

Meyer-Zynismus in einem Brief an die Beschäftigten:

„Jeder, dem Arbeitsbedingungen und Bezahlung zu schlecht sind, kann von heute auf morgen gehen, wir sind von vornherein damit einverstanden. Wer nicht geht, will damit doch wohl sagen, daß er weiß, anderswo nichts Besseres zu finden.

Fortsetzung von Seite 13

dete Heraushalten und die Verweigerung der eigentlichen Urpflicht einer Gewerkschaft – Rückenstärkung für die Auseinandersetzung mit dem Kapitalisten zu sein – wodurch dem Streik die Spitze abgebrochen und die Niederlage bereitet wurde.

Für die Fortsetzung des erfolgreichen Kampfes unausbleibliche Kampfperspektiven, z.B. eine Besetzung des Betriebes wie etwa in Frankreich oder Dänemark, fielen unten durch. Schuld daran ist zweifellos die vorherrschende sozialdemokratische Orientierung. „Sozialpartnerschaft" und Klassenkampf lassen sich nicht miteinander vermischen! Dies sind entscheidende Lehren des Streiks. Solche Auseinandersetzungen erinnern auch wieder daran, daß neben den Zielen der direkten Aktion der Kampf gegen die herrschende Tarifgesetzgebung, insbesondere die kampfzerstörende „Friedenspflicht", unausweichlich ist. Hierüber zu diskutieren, um für weitere Auseinandersetzungen besser gerüstet zu sein, und das war bei Bremens Druckkern mit Sicherheit nicht die letzte, ist eine Aufgabe der Streikauswertung.

KB/Gruppe Bremen

Rechts»hilfe« à la DruPa

Der Druckerstreik des letzten Jahres zog eine Reihe von Angriffen der Kapitalisten gegen aktive Kollegen auf dem Gerichtswege hinter sich her. Im wesentlichen ging es dabei um die Auslieferungsbehinderung von Streikbrecherausgaben verschiedener Zeitungen. Die bekanntesten Fälle dabei waren Reutlingen und Aalen/Ellwangen (der AK berichtete mehrmals darüber), wo jeweils eine größere Zahl von Kollegen angeklagt war, so in Aalen/Ellwangen 14. Das Verfahren gegen diese Kollegen wurde am 28.4.77 eingestellt, nachdem alle 14 auf Anraten der DruPa 500 DM an die Arbeiterwohlfahrt gezahlt sowie folgende Erklärung unterschrieben hatten:

„Ich teile mit, daß ich erkennen muß, daß die Handlungsweise vom 6./7. Mai 1976 anläßlich der Tarifauseinandersetzung 1976 nach meiner jetzigen Information nicht mehr vom geltenden Streikrecht gedeckt war. Soweit im Laufe des Verfahrens - wie ich inzwischen erfahren habe – von dritter Seite Gericht und Staatsanwaltschaft unsachlich angegriffen worden sind, war das nicht in meinem Sinn. Von solchen unsachlichen und beleidigenden Angriffen distanziere ich mich. Ich bitte um Einstellung des Strafverfahrens nach § 153a StPO." Daß dieses „Schuldgeständnis" von den Kapitalistenverbänden in ihren Organen als Erfolg breit dokumentiert wurde, ist nur logisch. Daraufhin und wohl auch auf Kritik aus den eigenen Reihen sah sich die DruPa genötigt, in ihrem Organ vom 4.6.77 nochmals hierzu Stellung zu nehmen und ihre Entscheidung zu erläutern, um die angebliche Verzerrung durch die Kapitalisten geradezurücken, wie es heißt. Allerdings ist der Artikel vielmehr ein Lehrbeispiel für die Kapitulationspolitik der Gewerkschaftsführer in deren ideologsche Absicherung Da heißt es: *„Warum hat die IG Druck und Papier den Weg der Verfahrenseinstellung gewählt? Wir hielten das für die bestmögliche Lösung, da so niemand vorbestraft und ein negatives Urteil in bezug auf das Streikrecht vermieden wurde. Angesichts der auch höchstrichterlich bestätigten bisherigen Rechtssprechung war mit großer Sicherheit mit einer Verurteilung der 14 Kollegen zu rechnen. Wir meinten, es nicht verantworten zu können, unseren (?) Kampf gegen diese arbeitnehmerfeindliche Rechtssprechung auf dem Rücken der Kollegen auszutragen. Die Rechtsanwalts- und Gerichtskosten können wir ihnen im Rahmen des Rechtsschutzes abnehmen, nicht aber die Strafurteile und die Eintragungen ins Strafregister. Mit Sicherheit wäre eine strafgerichtliche Verurteilung der an der Auslieferungssperre beteiligten Arbeitnehmer von den Arbeitgebern mit grossem Aufwand veröffentlicht worden, und zwar höchstwahrscheinlich in einer Art und Weise, die letztlich sogar das völlig legale Streikpostenstehen als rechtlich zweifelhaft hätte erscheinen lassen."* Der letzte Satz ist eine wahrliche Meisterleistung der Tatsachenverdrehung, wurde doch vorweg der Artikel damit begründet, daß die Kapitalisten gerade die unterschriebene Erklärung mit großem Aufwand aufgegriffen und gegen die Kollegen und das Streikpostenstehen eingesetzt haben. Nur haben die Kapitalisten hier noch den Vorteil, daß sie mit einem von den Kollegen selbst unterschriebenen Schuldeingeständnis arbeiten konnten. Hervorstechende Argumentation der DruPa ist die angebliche Besorgnis um die Kollegen im Verurteilungsfall. Diese „Besorgnis" wird allerdings sofort zur Farce, wenn man bedenkt, wie so ein gewerkschaftlicher Rechtsschutz läuft. Den Kollegen wäre als Alternative zum Unterschreiben nur die Möglichkeit geblieben, den gerichtlichen Kampf aus eigener Tasche mit einem eigenen Anwalt fortzuführen, denn einzig und allein die Gewerkschaftsführer entscheiden wie vor Gericht verfahren wird und wer da nicht mitmacht, dem wird der Rechtsschutz entzogen, wahrscheinlich aus „Besorgnis".

Aber der wesentliche Hintergrund dür dieses kapitulantenhafte Handeln der DruPa–Führung ist wohl der, daß die DruPa selbst mit der Kampfform der Auslieferungsbe- bzw. -verhinderung nichts im Sinn haben, zumal wenn es eine eigenständige Aktion der Kollegen ist. So soll ein Hamburger Kollege, der im Druckerstreik an derartigen Versuchen beteiligt war, aus der DruPa ausgeschlossen werden. *„Teilnahme an Aktionen gewerkschaftsfeindlicher Gruppen vor dem Heinrich-Bauer-Verlag und Druckhäusern in Schleswig-Holstein"* wird ihm vorgeworfen, wobei als „gewerkschaftsfeindliche Gruppen" einzig und allein die jeweiligen Streikposten und unterstützenden Kollegen in Frage kommen. In keinem Fall hat sich die DruPa zu den Auslieferungsverhinderungen positiv geäussert, geschweige denn dazu aufgefordert. In Hamburg hat es der Ortsvereinsvorstand mittels Tagesordnungstricks etc. gar geschafft, Solidaritätsadressen mit der Westberliner Kollegen, die vor Merkator von der Polizei auseinandergeknüppelt wurden, zu verhindern. So kann die Aussage in dem oben genannten DruPa-Artikel, wonach die DruPa angeblich keinen Zweifel daran läßt, daß sie die Rechtssprechung, die die Auslieferungssperren als Nötigung behandelt, als unvereinbar mit dem im Grundgesetz garantierten Streikfreiheit ansieht, angesichts ihrer eigenen Taten einwandfrei als hohles Gerede bezeichnet werden.

Gerade die Fälle Reutlingen, wo damals 41 Streikposten verhaftet wurden und Aalen/Ellwangen, die beide eine relativ große Publizität erlangten und mit einer großen Solidaritätswelle verbunden waren, hätten genutzt werden können, um hier der geltenden Rechtssprechung den Kampf anzusagen. Aber offensichtlich lag ein solcher Wille bei den DruPa-Führern nicht vor.

Druckkomitee KB/Gruppe Hamburg

Druckkomitee KB/Gruppe Hamburg

Gewerkschaftstag soll Ausschlußantrag gegen H. Brandt mißbilligen – Ob er das wohl tut?

Mit großer Mehrheit wurde auf der 6. Delegiertenversammlung des Hamburger Ortsvereins der DruPa am 13.6.77 folgender Antrag an den Gewerkschaftstag beschlossen: *„Die DV des OV Hamburg fordert die Delegierten des Gewerkschaftstages auf, folgenden Beschluß zu fassen: Der II. Gewerkschaftstag der IG DruPa mißbilligt alle Versuche von Funktionären des Landesbezirks Berlin der IG Metall, den Kollegen Heinz Brandt wegen kritischer Äußerungen über die Interessenkollision zwischen Gewerkschaftsamt und Aufsichtsratsmandat in Energieunternehmen aus der Gewerkschaft auszuschließen oder zu maßregeln. Der Gewerkschaftstag stellt dazu fest, daß Gewerkschaftskollegen das Recht haben müssen, kritisch auch zur Politik und zur Verwaltung von Ämtern ihrer Gewerkschaft Stellung zu nehmen – solange diese Kritik nicht bewußt verfälscht oder diffamiert. Beides ist in den Äußerungen des Kollegen Heinz Brandt erkennbar nicht der Fall. Er hat, ohne Namen zu nennen, einen kritikwürdigen Sachverhalt pointiert herausgestellt; das Wort vom „Atomfilz" stand im übrigen zuvor bereits im „Stern" zu lesen.*

Der Gewerkschaftstag der IG DruPa fordert den Hauptvorstand und alle Kolleginnen und Kollegen der IG Metall auf, dabei mitzuhelfen, die Meinungsfreiheit auch für kritische Kollegen zu erhalten. In einer gesellschaftlichen Situation, in der Verleger, andere Unternehmer und Parteifunktionäre der CDU/CSU die Freiheit der Meinungsäußerung sowohl in den gedruckten Medien als auch in den Rundfunk- und Fernsehanstalten immer mehr einschränken, dürfen kritische Stimmen innerhalb der Gewerkschaft nicht zum Schweigen gebracht werden. Der Gewerkschaftstag der IG DruPa fordert den HV auf, diese Resolution dem HV der IG Metall mit der Bitte zuzuleiten, sie in ihrem Zentralorgan zu veröffentlichen."

Setzer fürchten um ihre Arbeitsplätze

Hamburg. Bei Gruner & Jahr sollen durch neue Geräte 200 Facharbeiter auf die Straße gesetzt werden. Neue Bildschirmgeräte am Computer ermöglichen, daß Redakteure ihre Artikel gleich direkt in den Computer tippen, der dann automatisch druckfertige Vorlagen liefert.

Doch bei der Umstellung spielten die stark organisierten Setzer im G+J-Verlag nicht mit. Solange der Satz noch auf herkömmliche Art hergestellt wurde, konnten sie die Kapitalisten noch unter Druck setzen, und drohten mit Kampfmaßnahmen, wenn die Geschäftsleitung nicht Vereinbarungen über die Maschinenbesetzung, Weiterbeschäftigungsgarantien etc. mit dem Betriebsrat (BR) abschließen würde. Als die Angestellten dann die Arbeit an den neuen Geräten verweigerten, willigte die Verlagsleitung schließlich ein.

Tarifkommission der DruPA fällt den Kollegen in den Rücken

Inzwischen hatten allerdings die Gewerkschaftsvertreter der IG DruPa, HBV, der deutsche Journalisten-Verband und die DAG den Kapitalisten in Verhandlungen um einen Rastertarifvertrag schon Vorschläge gemacht, die durch zahlreiche Einschränkungen den Kapitalisten die volle Wegrationalisierung der Kollegen erlauben. Z.B. heißt es in diesen Vorschlägen, daß die Setzer die Bedienung der Terminals übernehmen sollen, sofern *„die entsprechende Tätigkeit vorher nicht von anderen Fachkräften ausgeführt wurde"* – angesichts einer neuen Tätigkeit ein reichlicher Gummiparagraph !

Wer *„erkennbar nicht weiterbeschäftigt werden kann oder nach Umschulung nicht fortbeschäftigt wird"*, kann rausgesetzt werden. Journalisten dürfen nach diesen Vorschlägen die Geräte nur für das Eintippen und Redigieren ihrer Artikel benutzen – die Einhaltung dieser Vorschriften könnte allerdings niemand kontrollieren.

Kaum hatten die G+J-Kapitalisten einen Entwurf dieser Vorschläge zu einem Rastertarifvertrag bekommen, ließen sie prompft die Unterzeichnung der Betriebsvereinbarung bei G+J für den nächsten Tag ins Wasser fallen. Ausdrücklich wurden der BR-Vorsitzende und die Kollegen auf ‚ihre' Gewerkschaft verwiesen.

Mit Hinweis auf die laufenden Tarifverhandlungen wurden ebenfalls die Redakteure und Setzer an die neuen Maschinen gesetzt. Bezeichnenderweise stehen in der Redaktion 28 und in der Setzerei zwei Geräte. Ein Abschluß nach diesem Muster würde zwei Drittel der Kollegen auf die Straße setzen.

Delegiertenversammlung gegen Tarifkommission

Auf der Delegiertenversammlung in Hamburg wurde dann das Mitglied der Tarifkommission und Mitglied des Hauptvorstandes der DruPa , Ferlemann, von den Kollegen auseinandergenommen. Von dem oft im Munde geführten Wort von der „Sicherung der Arbeitsplätze" sei nichts mehr übriggeblieben.

Bei wenigen Enthaltungen richteten die Delegierten folgenden Antrag an den Gewerkschaftstag: *„Die Delegiertenversammlung des Ortsvereins Hamburg fordert die Delegierten des Gewerkschaftstages auf, den Entwurf des Rastertarifvertrages ......unverzüglich zurückzuziehen und nicht länger Gegenstand von Verhandlungen mit den Verlegerverbänden zu machen."*

Als Mindestforderungen werden für die Verhandlungen gefordert:

„Bei Einführung neuer Technologien dürfen keine Entlassungen vorgenommen werden."

Die Bedienung der neuen Geräte dürfe *„nur von Fachkräften der Druckindustrie erfolgen"*, nicht von Redakteuren.

Durch Umschulungen dürfen Arbeitskräfte *„nicht niedriger eingestuft"* werden.

Die Delegierten waren zwar einhellig gegen die Gefahr der Rationalisierung aufgetreten, aber diese Resolution kann erst ein Anfang dafür sein, den Versuch der Gewerkschaftsführer zu durchkreuzen, die Kollegen in Verhandlungen übers Ohr zu hauen.

Ein Druckgenosse

»Aufmucker«-Verbot ging nach hinten los!

Am 14.6. erschien an den Hamburger Gewerbeschulen G 5 und G 13 eine neue Ausgabe der fortschritttlichen Lehrlingszeitung „Aufmucker", an der G 13 erschien sie damit offiziell zum erstenmal und wurde schon einen Tag darauf von Schulleiter Wagner verboten. Er begründete sein Verbot damit, daß der Leitartikel „Schulstreik Landesweit" bei Schülern, die keine eingehenden Informationen hätten, leicht als Aufruf zum Schulstreik verstanden werden könnte. (Wieso eigentlich nur von solchen Schülern, hat der „Aufmucker" sich nicht klar genug ausgedrückt?). Und Schulstreik sei schließlich ungesetzlich, also Verbot. Einen Tag darauf erschien ein Extrablatt des „Aufmukkers", in dem das Verbot angeprangert wurde und nochmals auf den Schulgesetzentwurf eingegangen wurde (Knast für streikende Schüler, NC an Schulen etc.). Im folgenden hieß es: *„ Auf so ein Gesetz können wir verzichten und wir werden uns dagegen wehren! Davon lassen wir uns auch nicht abbringen, wenn die Schulbehörde 10mal erklärt, daß sie Schulstreik für ungesetzlich hält. Ob gesetzlich oder nicht, berechtigt ist Schulstreik allemal. Deshalb werden wir weiterhin alle Möglichkeiten für den Vertrieb des „Aufmuckers" wahrnehmen. Wir bleiben dabei: Weg mit dem Schulgesetzentwurf ! Für das Recht auf Schulstreik! Schulstreik landesweit!* "

Und diesem Ziel sind die Kolleginnen und Kollegen an der G 13 nach dem „Aufmucker"–Verbot schon einen guten Schritt weitergekommen. Auf einer Vollversammlung sprach sich die Mehrheit für die Vorreitung eines Schulstreiks aus.

Ein Genosse aus der „Aufmucker"–Gruppe

HBV

Linke Betriebsratskandidaten unerwünscht!

Hamburg. Im letzten ARBEITERKAMPF haben wir über den Rücktritt des Betriebrats der Iduna-Leben in Hamburg zum 15.9 berichtet, nachdem dieser wegen offensichtlicher Verstöße gegen das BetrVG von einer Amtsenthebung durch das Gericht bedroht war. Der BR Iduna-Leben will sich diesem Rücktritt anschließen, um eine gemeinsame Wahl zu ermöglichen. Die Mehrheit dieses BR, die mit weißer Weste und liberalerem Image sich von dem Wahlkampf einiges erhofft, möchte offensichtlich linke Konkurrenz von der HBV-Betriebsgruppe nicht so gerne dabei haben.

Wie wir im ARBEITERKAMPF berichtet hatten, war das Mitglied A.P. dieses BR erst einmal auf die Straße gesetzt worden, gegen den immer noch seit 1975 ein Kündigungsverfahren läuft und dem das Recht auf Weiterbeschäftigung durch einen Gerichtsentscheid des Bundesarbeitsgerichts genommen worden war.

A.P hatte an seine BR-Kollegen appelliert, eine Erklärung abzugeben, in der eine Weiterbeschäftigung von ihm begrüßt würde.

Arndt, BR-Boß der Iduna Allgemeinen verweigerte die Solidarität mit dem fadenscheinigen Hinweis auf ein Gutachten der Geschäftsleitung (!!), wonach so ein Beschluß „illegal" sei und behauptete dann, daß der Geschäftsleitung der BR sowieso viel zu radikal sei und sie nur auf solch illegale Sachen warten würden, um den BR vom Arbeitsgericht auflösen zu lassen.

Selbst wenn jemand glauben sollte, daß die Geschäftsleitung das vorhaben sollte, so wäre das nur Wahlkampfmunition für diese BR-Mitglieder, denn praktische Bedeutung hätte das angesichts des anstehenden Wahlkampfs doch nicht.

„Schweigende Mehrheit" = Abteilungsleiter

Bestürzt über den „schockierenden" Verlauf der letzten Betriebsversammlung (als die Geschäftsleitung und die rechten BR's von den Kollegen angegriffen wurden) und den Rücktritt des Rechtsaußen Fechner vom BR-Vorsitz hat sich jetzt die „schweigende Mehrheit" der Iduna zu Wort gemeldet.

Man will sich und die Mitarbeiter

Fortsetzung Seite 15

Gegen eine Betriebskrankenkasse!

Bauer/Hamburg. Nachdem Bauer seine Hamburger Technik nach Köln verlegt hat, ist nun ein weiterer Anschlag auf die Kollegen geplant:

Die Kapitalisten wollen hier eine Betriebskrankenkasse einführen!

Man kann sich vorstellen, wie die Leistungen einer Krankenkasse aussehen, deren Geschäftsführung von einem Kapitalisten bestellt wird, der es nicht einmal übers Herz bringt, Essensgeldzuschuß zu zahlen, der es dafür fertig gebracht hat, den Kollegen ersatzlos die Treueprämie zu streichen – ganz zu schweigen von der größten Massenentlassung im Hamburger Druckgewerbe, die ebenfalls auf sein Konto geht.

Es ist abzusehen, daß hier mit der Einführung der betrieblichen Krankenkasse ein Instrument geschaffen werden soll, das die Kollegen kontrollieren und einschüchtern soll. Nach der uns vorliegenden bereits eingeführten Satzung des Kölner Bauer-Betriebes hat der vom Kapitalisten bestellte Geschäftsführer der Betriebskrankenkasse u.a. die Aufgaben, *„Leistungen festzustellen und auszuzahlen", „Leistungen im Einzelfall zu kürzen und zu versagen"* und *„die Einnahmen und Ausgaben nach Gesetz, Satzung und Beschlüssen der Organe anzuweisen"*. Da der Kapitalist in den Organen der Krankenkasse direkt vertreten ist, kann er gar nicht anders, als bei Überprüfung der Kassenführung einen langen Blick in die Krankheitsakten der Kollegen zu werfen. Er ist es auch, der darüber entscheidet, wann ein Kollege vor den Vertrauensarzt zitiert wird, und dieser Arzt ißt auch wieder das Brot dieses einen Herrn. Da werden sich natürlich viele Kollegen überlegen, ob sie sich nicht lieber schwerkrank noch zur Arbeit schleppen sollen. Die Krankheitsstatistiken sind schon traditionell ein sehr beliebtes Steckenpferd, das die Kapitalistenvertreter auf fast jeder Betriebsversammlung reiten. Diese Abhängigkeit erstreckt sich auch auf die Familienmitglieder der Kollegen.

Der Kapitalist will die Einführung der betrieblichen Krankenkasse den Kollegen damit schmackhaft machen, daß damit die Kollegen 40.– DM Beitrag sparen sollen. Daran wird deutlich, daß der Kapitalist durch die betriebliche Krankenkasse nicht nur die Möglichkeit erhält, Kollegen, deren Gesundheit nicht mehr seinen Erwartungen entspricht, unter Vorwänden vor die Tür zu setzen, sondern, daß er sich insgesamt davon verspricht, daß die Kollegen dann weniger Mittel zur Gesundung erhalten und gleichzeitig sich weniger krankschreiben lassen. 40.– DM will der Kapitalist (der die Hälfte der Krankenkassenbeiträge zu zahlen hat) pro Kollege dabei mindestens einsparen.

Bauer-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Warnstreik im Buchhandel!

Hamburg. Am Mittwoch, den 22.6. 1977 von 12 bis 14 Uhr, fand der erste größere Warnstreik im Buchhandel in Hamburg statt. Zu einer Kundgebung gegenüber dem Gerhart-Hauptmann-Platz versammelten sich ca. 60 Kollegen. Die Beteiligung der Kollegen aus den verschiedenen Buchhandlungen war unterschiedlich, am stärksten war sie bei den Kollegen der Buchhandlung Frensche, die mit 15 Leuten kamen und nur den Chef mit zwei anderen Kollegen zurückließen.

Im Gegensatz zum Vorjahr, wo zu den Tarifauseinandersetzungen nur die Kollegen bei Frensche eine gemeinsame Mittagspause in Form eines kleinen Warnstreiks veranstalteten, ist dieses Jahr die Beteiligung von 60 Kollegen ein großer Fortschritt. Bemerkenswert ist die Bereitschaft von Kollegen aus Kleinbetrieben sich zu beteiligen, auch in Anbetracht der Tatsache, daß sie teilweise als einzige aus ihrem Betrieb ihre Forderungen vertreten. Auf der Kundgebung wurden drei Beiträge gehalten, die auf die schlechte Bezahlung und die miesen Arbeitsbedingungen eingingen: z.B. 6-Tage-Woche, Anrechnung des Samstags als Urlaubstag, lange Arbeitszeiten, anstehende Rationalisierung (geplante Einführung des REFA-Systems), Weiterbildung wird im privaten Bereich erwartet. Einer der Beiträge ging speziell auf die besonders benachteiligte Situation der Lehrlinge ein.

Der Warnstreik reiht sich ein in eine Reihe von Aktivitäten, die aus Anlaß des zur Zeit stattfindenden „Literatrubels" laufen.

Der Literatrubel ist eine besondere Möglichkeit für die Unternehmer, ihre Restbestände an den Mann zu bringen, ihre Umsätze zu steigern und die Werbetrommel zu rühren; dazu bekommen sie noch 120.000,– DM vom Senat in den Rachen geschmissen. Schmackhaft gemacht wird das Ganze in Form eines Jahrmarktes auf dem Gerhardt-Hauptmann-Platz und literarischen und anderen Veranstaltungen während der ganzen Woche.

Gleich am ersten Tag dieser Literatrubel-Woche traten die Buchhandels-Kollegen massiv mit Flugblättern und Info-Sandwiches auf und diskutierten mit den Passanten, die die Buden besuchten. Hier wurde der krasse Gegensatz zwischen der Geschäftemacherei der Unternehmer und deren vorgespielter heiler Welt mit Trubel, Jubel, Heiterkeit und unserer miesen Bezahlung deutlich. Außerdem wurden an einem Info-Tisch Unterschriften von Passanten gesammelt und Solidaritätsresolutionen von Hamburger Autoren ausgelegt. Diese Aktivitäten wurden während der ganzen Woche fortgesetzt.

Nicht genug damit, daß man gute Diskussionen mit Passanten führen konnte, diesmal mußten die Unternehmer auf uns reagieren. Prompt am Mittwoch zum Warnstreik erschien ein Flugblatt vom „Norddeutschen Verleger- und Buchhändler-Verband", das über unsere „unmöglichen" Forderungen jammerte.

Diese guten Ansätze müssen in nächster Zeit ausgebaut werden, um damit das Ziel eines Vollstreiks zu erreichen.

Zwei Genossinnen im Buchhandel

Betriebsratskandidaten unerwünscht!

Fortsetzung von Seite 16

durch „neutrale Veröffentlichungen" vor „Manipulationen einer kleinen Minderheit schützen". Man will eine „weitere Unterwanderung durch Unruhestifter und Radikale verhindern", man will die „liberalen Kräfte" im Betriebsrat stärken und man will „endlich einmal aus neutraler Sicht zu Betriebsproblemen Stellung nehmen".

Zu diesem Zweck wurde eine *„Mitarbeiterinitiative gegen den Eingriff politischer Gruppen in das Betriebsgeschehen der Iduna (M.E.P.I.)"* gegründet, an der sich sichtbar nur zwei Abteilungsleiter beteiligen, peinlicherweise auch noch Busenfreunde des alten BR-Bosses Fechner.

Das Problem dieser „schweigenden Mehrheit" ist bloß, daß sie zu den Problemen der Kollegen nichts zu sagen hat, so daß diese Initiative keinen anderen Zweck hat, möglichst die Linken zum Schweigen zu bringen, „gemeint sind die Initiatoren im Hintergrund", die die „schockierende" Tatsache, daß die Kollegen ihre Forderungen anmeldeten und der BR zurücktreten mußte, „zu verantworten haben". Offensichtlich soll da noch einiges über „Beweggründe" der politischen Gruppen – gemeint ist der KB – gebracht werden, um das „interne Betriebsgeschehen" vor den Radikalen zu beschützen.

Iduna-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

»Frankfurter Allgemeine Zeitung«: SAVAK-Propaganda

Mit dem Artikel "auf den Schah eingeschossen" vom 31.5.77 übernimmt nach dem Verfassungsschutzbericht 1975 über die „terroristischen" Aktivitäten der CISNU) und Dregger (Lob des Schah-Regimes) ein weiteres Organ des BRD-Imperialismus die Rolle des Sprachrohrs für das Schah-Regime, allerdings wesentlich "raffinierter". Während Verfassungsschutz und Dregger ein plumpes Schwarz-Weiß-Bild des Schah-Regimes und der anti-faschistischen, antiimperialistischen Opposition zeichnen, gibt die "FAZ" vor, zu "differenzieren". Dabei folgt sie den längst ausgedienten Methoden aller Reaktionäre bis hin zu den Faschisten die durch "Abwägen" von "schlimm" und "schlimmer" den faschistischen Terror offen rechtfertigen. Daß die "Kriterien" für eine solche "Relativierung" des faschistischen Terrors auf Weltebene im Verborgenen bleiben, liegt auf der Hand, da außer Terroristen - wie der Schah - noch niemand auf die Idee gekommen ist, zwischen "gutem" und "schlechtem" faschistischen Terror zu unterscheiden. Es ist also offensichtlich, daß mit solchen Manövern die Öffentlichkeit verwirrt werden soll. Aber damit nicht genug. Mit den übelsten Methoden von Geheimdiensten startet die "FAZ" einen "Zersetzungsangriff" auf die anti-faschistische, antiimperialistische Opposition. Es wird behauptet:

1. daß Hossein Rezai im Dienst des SAVAK steht.

Hier gleichen sich die Methoden der FAZ genau mit den Organen des Faschismus im Iran, die Tatsachen umzukehren.

H.Rezai ist Mitglied der CISNU. 1970 reiste er mit Rechtsanwalt Dr.H.H. Heldmann im Auftrag von Amnesty International in den Iran. Dr. Heldmann wurde aus dem Iran ausgewiesen und H.Rezai sitzt bis zum heutigen Tag im Kerker des Schah.

Man fragt sich, woher will die "FAZ" diese "Wahrheit" erfahren haben? Etwa durch „Bristol" (1) ?

2. daß die veröffentlichten Dokumente der CISNU über die Tätigkeit des Presseattaches in Bonn, Amir Khalili, als SAVAK-Agent eine Fälschung seien. Trotz aller geheimdienstlerischen Versuche, Fälschungen vorzutäuschen, hat Amir Khalili selbst die Entwendung geheimer Dokumente in einem Monitor-Interview und infolgedessen ihre Echtheit zugegeben. Auch die dreizehn CISNU-Mitglieder wurden u.a. wegen Entwendung derselben SAVAK-Dokumente, deren Echtheit jetzt durch Amir Khalili und "FAZ" in Frage gestellt wird, in Genf gerichtlich angeklagt.

Die "FAZ" täuscht sich, wenn sie glaubt, mit diesen alten Zöpfen Verwirrung stiften zu können. Es gibt genug demokratische und fortschrittliche Kräfte, die diese Machenschaften entlarven werden.

Frankfurt, den 12.6.77

Vorstand der CISNU

1) "Bristol" = Code-Name für SAVAK-Zentrale in Teheran in den SAVAK-Dokumenten.

Clausthal-Zellerfeld: SAVAK raus!

Ende Mai 1977 verabschiedete der Senat der Technischen Universität (TU) Clausthal ein *„Arbeitsblatt für ein Kooperiationsabkommen zwischen der TU Clausthal und der PTH Teheran"*. Die studentischen Vertreter im Senat (Jusos, LHV, SLH und RCDS) hielten es damals nicht für nötig, die Studentenschaft darüber zu informieren und teilten diesen Sachverhalt erst auf einer nachfolgenden Studentenratssitzung mit.
Studentenratssitzung mit.

Gemeinsam mit dem Iranischen Studentenverein (ISV) begannen wir, die Sozialistische Basisgruppe an der TU Clausthal (SBC), eine Informationskampagne, die vom AStA solidarisch unterstützt wurde. Mit Wandzeitungen, Unterschriftensammlung und einer Iran-Dokumentation wandten wir uns an die Öffentlichkeit. Aufgrund dieser Aktivitäten kam es zu einem Aktionsbündnis von AStA, Fachschaft Maschinenbau, Geowissenschaften, Mathe/Physik, SBC, ISV, Jusos, LHV, ESG, GEW-Studenten, türkischer Gemeinschaft, GUAS, Anti-KKW-Gruppe. Lediglich KSB sowie RCDS und SLH blieben dem Aktionsbündnis fern. Erst als die Bewegung immer größer wurde, unterstützten die KBW-Studenten verbal die Aktionen, ohne jedoch einen einzigen praktischen Beitrag ihrerseits zu leisten.

Die Aktionen gegen obiges Abkommen liefen unter folgenden Forderungen:

- **Kein Kooperationsabkommen der TU Clausthal mit der PTH Teheran!**
- **Keine Zusammenarbeit bundesdeutscher Behörden mit dem SAVAK!**
- **SAVAK raus aus der BRD!**

Ziel war es, die breite Öffentlichkeit über die Situation im Iran und über die Zusammenarbeit bundesdeutscher Behörden mit dem Savak zu informieren sowie obiges Abkommen zu verhindern. Denn mit diesem Abkommen wird erstens das faschistische Schah-Regime aufgewertet und zum 2. können auf diese Weise o f f i z i e l l Savak-Agenten nach Clausthal kommen.

Als letzte Möglichkeit in einer Reihe von „passiven Aktionen" begann dann am 20.6., acht Uhr, ein Hungerstreik, an dem iranische Kommilitonen und drei Genossen der SBC teilnahmen. Hiermit sollte der Durchsetzung unserer oben angegebenen Ziele Nachdruck verliehen werden. Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit konnten wir unerwartet grossen Erfolg erzielen. Der NDR sowie die gesamte niedersächsische Presse
die gesamte niedersächsische Presse berichtete eingehend über den Hungerstreik und seine Ziele. Solidaritätsadressen u.a. vom KB, CISNU, ATÖF, der Basisgruppenfraktion im VDS, dem Juso-Bundesvorstand, dem Göttinger AStA und vielen anderen mehr.

Wir gehen davon aus, daß es gemeinsam mit allen fortschrittlichen Personen und Organisationen gelingen wird, eine endgültige Verabschiedung des geplanten Abkommens im nächsten Semester zu verhindern. Bisher ist uns in der BRD lediglich ein Abkommen bekannt, das zwischen einer BRD-Hochschule und einer iranischen Hochschule abgeschlossen wurde, nämlich das zwischen der Universität Stuttgart und dem Colleg für Science und Technologie Teheran (s. AK vom 7.3.77). Das geplante Abkommen der TU Clausthal mit der PTH Teheran hat also den Charakter eines Präzedenzfalles, mit dem o f f i z i e l l die Zusammenarbeit von bundesdeutschen Behörden und dem SAVAK legitimiert werden soll. Dagegen sind bundesweite Aktionen notwendig. Die CISNU hat bereits angekündigt, anläßlich dieses geplanten Abkommens bundesweit zu mobilisieren. Unserer Meinung ist die Zusammenarbeit bundesdeutscher Behörden mit dem SAVAK ein wichtiger Punkt, der im Russell-Tribunal-Arbeitskreis „Repression der Ausländer in der BRD" mit berücksichtigt werden sollte.

Einige Genossen der Sozialistischen Basisgruppe Clausthal (SBC)

ausländische Arbeiter in der BRD

Koranschulen: Ein wachsender Skandal

Die Rektorin einer katholischen Grundschule in Duisburg hat entdeckt, was angeblich den zuständigen Ministerien Nordrhein-Westfalens bisher gänzlich unbekannt war: Zehntausende von türkischen Kindern (angeblich die Hälfte der 43.000 in Nordrhein-Westfalen lebenden Haupt- und Grundschüler) sind völlig schutzlos dem Terror der türkischen „Nationalen Heilspartei" (MHP) ausgeliefert. Sie werden von den türkischen Faschisten verprügelt, seelisch mißhandelt und aufgehetzt. Das ganze spielt sich im Rahmen der von der MHP im ganzen Bundesgebiet hochgezogenen Koranschulen ab. Die Kinder werden gezwungen, viermal in der Woche jeweils zwei Stunden ausserhalb des deutschen Schulunterrichts diese Schulen der türkischen Klerikalfaschisten aufzusuchen. Die Kinder müssen dort auf Befehl sogenannter Hodschas die Suren des Koran in arabischer Sprache (ohne ein Wort inhaltlich zu erfassen) nachbeten und auswendig lernen. *„Dabei knien die Schüler auf dem Fußboden und dürfen sich kaum bewegen. Unaufmerksamkeiten werden mit Stockschlägen auf die Innenflächen der Hände oder auf den Kopf bestraft"* (die Rektorin nach „Frankfurter Rundschau" -FR- 16.6.77). Ein türkischer Schüler konnte wegen dick geschwollener Striemen an seinen Händen tagelang nicht schreiben ... Den Kindern wird eingebläut, daß sie weder fernsehen noch Sport treiben dürfen. Die kleinen Mädchen werden gezwungen, ständig mit einem Kopftuch ihr Haar zu bedecken. Die Kinder, die zum Teil vor dem normalen Schulunterricht „sonderbehandelt" werden, sind übermüdet, machen kaum Hausaufgaben und meiden den Kontakt zu deutschen Kindern.

Türkische Sozialbetreuer der Arbeiterwohlfahrt aus verschiedenen Städten des Ruhrgebiets (Herne, Hamm, Recklinghausen, Gelsenkirchen, Dortmund) bestätigen diese ungeheuerlichen Meldungen über die Mißhandlungen türkischer Kinder. Die Kinder werden gegen ihre türkischen Lehrer an den deutschen Schulen aufgehetzt. Die türkischen Lehrer haben vielfach „massive Drohbriefe" von diesen Hodschas erhalten, so daß sie um Gesundheit und Leben fürchten müssen, wenn sie die Faschisten anzeigen. Man darf annehmen, daß auch die Eltern der Kinder massiv unter Druck gesetzt wurden, damit sie ihre Kinder diesen Faschisten ausliefern.

Das Treiben der Koranschulen wird von den türkischen Konsulaten geleitet: *„Aksay Öncel, stellvertretender Arbeitsattaché beim türkischen Generalkonsulat in Köln, verweist auf elf Koranschulen allein im Raum Köln/Aachen, die sein Religionsbeauftragter, Mustafa Tokur, regelmäßig kontrolliere. Und er finde dort nichts zu beanstanden"* („FR", 16.6.77).

Die westdeutschen Behörden dulden das Treiben unter dem Vorwand, man habe keine rechtlichen Mittel, da die Räume der Koranschulen privat angemietet werden. Der nordrhein-westfälische Kultusminister Girgensohn (SPD) will jetzt eine „Arbeitsgruppe" einsetzen, die *„die durch Koranschulen entstandenen Probleme untersuchen und beseitigen"* soll. Girgensohn gab zwar zu, daß in den Koranschulen eine „Verhetzung der Kinder gegen Andersdenkende" stattfinde, doch sein Lösungsvorschlag läßt aufhorchen: *„Ziel sei es, den Koranunterricht innerhalb der Schulen selbst zu erteilen, was aus Mangel an geeigneten* (!) *Lehrern bislang nur für einen Teil der Kinder möglich war"* („FR", 16.6.77). MHP-Faschisten an die Schulen? Das muß verhindert werden!

Es ist eine wohlbekannte Tatsache, daß die westdeutsche Polizei, der Verfassungs„schutz", die Innenminister usw. die brutalen Übergriffe der Terrorgruppe „Graue Wölfe" der MHP gegen fortschrittliche Türken ungehindert geschehen lassen. Es gibt keine Strafverfolgung, sondern im Gegenteil Polizeischutz für diese Faschisten bei Auseinandersetzungen mit fortschrittlichen Türken. Ebenso kann davon ausgegangen werden, daß die reaktionäre Indoktrination durch die Koranschulen dem westdeutschen Staat ausgezeichnet ins Konzept paßt. Hier sollen die Kinder, denen die BRD weder ausreichende Ausbildung noch Arbeit, also nur ein mehr als elendes Leben bieten kann, bzw. will, nicht nur von einem möglichen Widerstand gegen ihre Lage abgebracht werden, sondern möglichst auch noch Teil des reaktionär verhetzten Subproletariats werden. Die Rekrutierung faschistischer Banden von Jugendlichen zur Ausschaltung von Widerstand der eigenen Landsleute gegen die zunehmende wirtschaftliche Verelendung läuft bereits auf vollen Touren.

Ausländer-Kommission

Sechs türkische Kollegen in Dortmund verhaftet

Am 8.6. wurden in Dortmund fünf Arbeiter und ein Student aus der Türkei verhaftet. Alle sechs sind Mitglieder des Arbeiter- und Studentenvereins (zum großen Teil Vaterlandsverteidiger). Zwei der Kollegen wurden direkt vom Arbeitsplatz weg verhaftet. Die Wohnungen der Verhafteten wurden von der Polizei durchsucht. Man beschuldigt die Kollegen des Landfriedensbruches, der Körperverletzung, der Sachbeschädigung und des Schußwaffengebrauches.

Die Vorgeschichte: *„Am 2.April fand in den Reinoldi-Gaststätten ein Volksabend statt, organisiert von der CHP (türkische sozialdemokratische Partei) in Zusammenarbeit mit der TKP (türkische kommunistische Partei, Revisionisten – Anm.AK), unterstützt von der SPD und dem DGB. Dort verkaufte der Student Cengiz Han Ülker (...) die Zeitung 'Mücadele'. Nach Aussagen von Mitgliedern des Arbeiter- und Studentenvereins wurde er dort von Angehörigen der TKP tätlich angegriffen. In Zusammenhang mit dieser tätlichen Auseinandersetzung fielen drei Schüsse, die niemanden verletzten. Nach Mitteilungen des Arbeitervereins stammen diese Schüsse entweder von Mitgliedern der 'Grauen Wölfe' (Gruppe einer türkischen faschistischen Partei) oder von Mitgliedern der TKP. Die Verhaftung geht zurück auf eine Anzeige von Mitgliedern der TKP"*. (!!!) (Kurzinformation des Komitees gegen politische Unterdrückung und Berufsverbote vom 15.6.77).

Nach Aussagen des Vereines sind die Verhaftungen der Kollegen ein gezielter Schlag: Bis auf den Studenten war keiner der Verhafteten zum Zeitpunkt des Vorfalles am angegebenen Ort, einer war zu dieser Zeit nachweislich in der Türkei!

Um die Freilassung der verhafteten Kollegen zu erreichen, sind eine nationale Kampagne, ein Hungerstreik in Dortmund sowie als Höhepunkt eine nationale Demonstration am 2.7. in Dortmund geplant. Die nötige Einheitlichkeit und Stärke kann die Solidaritätsbewegung aber nur dann erreichen, wenn der Arbeiter- und Studentenverein selbst seine vaterländlerischen Positionen nicht zur Grundlage der Solidaritätsbewegung macht.

Sofortige Freilassung der sechs verhafteten Patrioten!

Ein Dortmunder Genosse

Wieder iranischer Antifaschist von SAVAK ermordet

„Am 19.6. wurde in London der bekannte iranische Antifaschist Professor Ali Schariati ermordet.

Professor Schariati war ehemaliger Hochschullehrer für islamische Theologie an der Uni Teheran. Er hat in Frankreich studiert und in Paris promoviert. Ali Schariati mußte längere Zeit in iranischen Gefängnissen verbringen und wurde erst vor kurzem entlassen. Vor vier Tagen gelang es ihm, mit einem gefälschten Paß den Iran zu verlassen und nach London zu kommen. Er wollte dort um politisches Asyl nachsuchen.

Die mutmaßlichen Mörder, die faschistischen Schergen der Savak-Zentrale in der Teheraner Uni konnten es nicht zulassen, daß Prof. Ali Schariati die Weltöffentlichkeit über die Greueltaten des faschistischen Schah-Regimes informieren wollte. Sie haben ihn deshalb kaltblütig umgebracht!

Die Reaktion der persischen Regierung:

- *Forderung nach sofortiger Auslieferung der Leiche nach Teheran.*
- *Verbot jeglicher Obduktion des Ermordeten.*

Dieses Blutbad ist nur e i n makabres Beispiel für die Zusammenarbeit von Savak und iranischen Hochschulen."

Aus einem Flugblatt der CISNU

AKWs im »realen Sozialismus« — Sicherer als hierzulande? Nein, im Gegenteil ...

Uneingeschränkt begrüßen die DKP-Revisionisten bekanntlich den rasanten Aufbau von Atomanlagen in den Ländern des „realen Sozialismus" (RGW-Länder). „Die Sicherheit der Kernkraftwerke ist" – so wollen uns diese Leute weismachen – „allein eine Frage des Systems" („UZ" vom 25.5.77) und in Ländern wie der DDR, UdSSR etc. sei die „friedlich angewandte Kernenergie" zum „Segen der Menschheit" eingesetzt. Anstelle von wissenschaftlichen Argumenten und nachprüfbaren Fakten für derartige gewagte Thesen vermögen die DKP-Leute freilich nur ebenso allgemeine wie nichtssagende Schnacks zu bringen (wie: „Der Vorzug des Sozialismus besteht eben darin, daß zwischen Natur und Gesellschaft keine antagonistischen Widersprüche existieren", „UZ", ebenda). Die Wirklichkeit in den Ländern des „realen Sozialismus" sieht jedoch – wie in anderen Fragen auch – anders aus, als uns das deren hiesige Werbeagentur glauben machen will.

AKW - Betrieb und -Planung in den RGW - Ländern

Nach einer längeren Phase des Forschens und Experimentierens (in den ersten Jahren nach dem 2. Weltkrieg) baute die Sowjetunion in der Nähe von Moskau das erste industrielle Atomkraftwerk der Welt, das 1954 in Betrieb genommen wurde (lt. „Kernenergie", eine Fachzeitschrift zu AKW-Fragen in der DDR, 5/76; im Folgenden als „K" bezeichnet). Seit Mitte der 50-er Jahre wurden dann – ausgehend von der UdSSR – in allen Ländern des RGW Atomprogramme entwickelt und deren Durchsetzung vorangetrieben.

Bereits im Jahre 1955 vereinbarte die Sowjetunion mit der DDR ein *„Abkommen über Hilfeleistungen der UdSSR an die DDR auf dem Gebiet der Kernphysik und der Nutzung der Atomenergie für die Bedürfnisse der Volkswirtschaft"*. Bald darauf entstand in der DDR das Atomforschungszentrum Rossendorf („K" 5/76, Seite 147).

1960 wurde auf Betreiben der UdSSR eine ständige „Kommission für die friedliche Anwendung der Atomenergie" (SKA) gegründet, die fortan zentral für den gesamten RGW-Bereich die industrielle Nutzung von Atomenergie und die Errichtung von Leistungsreaktoren koordinierte („K" 5/76, Seite 144).

Auf dem Gebiet der AKW-Planung erreichte die Zusammenarbeit und Integration der RGW-Länder 1970 einen vorläufigen Höhepunkt, als unter der Regie des SKA „Wissenschaftlich-technische Koordinierungsräte" gebildet wurden (von denen die UdSSR natürlich die entscheidenden mit ihren Experten besetzt hat).

Da schmunzelt der AKW-Gegner

Falsche Überschrift

> Da schmunzelt der AKW-Gegner
>
> **Falsche Überschrift**
>
> In ihrer gestrigen Ausgabe hat die UZ auf Seite 7 einen Artikel zur friedlichen Nutzung der Kernenergie veröffentlicht, dessen Überschrift durch eine nachträgliche Änderung in der Druckerei eine falsche Aussage erhalten hat. Sie lautete: „Die Sicherheit der Kernkraftwerke ist allein eine Frage des Systems". Entsprechend dem Inhalt des Artikels hatte sie richtig geheißen: „Die Sicherheit der Kernkraftwerke ist eine Frage des Systems".
>
> UZ, 26.5.77 UZ-Redaktion

Um die in den Atomprogrammen gestellten Ziele zu verwirklichen, wurde im Jahre 1972 – wiederum zentral für den gesamten RGW-Bereich – die „Interatomergo" ins Leben gerufen, mit deren Hilfe die beteiligten Länder mit allen zur Atomtechnologie gehörenden Teilen versorgt werden sollen. Zur gleichen Zeit wurde in der Sowjetunion (in Wolgograd) mit dem Bau einer Fabrik der Superlative begonnen, die in Zukunft standardisierte AKWs „vom Band" liefern wird.

Und das sind die Plan-Daten, die das SKA für die RGW-Länder nennt: Bis 1980 sollen AKWs mit einer Gesamtleistung von 30.000 Megawatt (MW) gebaut werden. Der Anteil der Atomenergie am Gesamtenergieaufkommen soll im gleichen Zeitraum bis auf 27% hochgetrieben werden. In den folgenden zehn Jahren (bis 1990) soll es nach dem Plan eine weitere Steigerung geben, die als „wesentlich" bezeichnet wird („K" 5/76, Seite 145).

Zum Einsatz kommen dabei folgende Reaktortypen bzw. AKW-Blöcke: Druckwasserreaktoren von 440 bis 1500 MW, Druckröhrenreaktoren von 1000 bis 2000 MW und Schnelle Brüter von 60 bis 2000 MW („K" 5&76).

Ähnlich dem westdeutschen AKW-Komplex bei Biblis (mit derzeit 2700 MW) sollen in der UdSSR mehrere Großprojekte entstehen: *„Es ist geplant, 1976 bis 1980 sowie in den folgenden Jahren vier größere Kernkraftwerke mit einer installierten Leistung von je vier bis acht Millionen Kilowatt* (das entspricht 4000 bis 8000 Megawatt!, Anm. d.Red.) *und termische Reaktoren mit einer Leistung von einer Million, 1,5 Millionen und 2,4 Millionen Kilowatt zu bauen"* („Sowjetunion heute" 1/2/77). Makabrerweise läuft dieses Programm unter dem Slogan: *„Sicherheit hat Vorrang"* („Sowjetunion heute", ebenda).

Hüben wie drüben: Lügengeschichten über eine angeblich drohende „Energielücke", um den Bau von AKWs zu forcieren

Mit einer schwindelerregenden Zahlenakrobatik versuchen auch die Revisionisten zu „begründen", daß die angeblich *„allzu große Nutzung"* von Kohle, Öl und Erdgas *„in den letzten Jahrzehnten ... bereits in den nächsten Jahrhunderten (bei einigen auch bereits früher) zu ihrer Erschöpfung führen ... Mit anderen Worten: eine weltweite (!) Energiekrise scheint unvermeidlich...* Gegenwärtig wird bereits allgemein (!?) anerkannt, daß alle (!) Hoffnung inbezug auf die Lösung der weltweiten Energiekrise in der Nutzung der Kernenergie liegt" (!) („K" 5/76, Seite 143).

Wir haben bereits im Zusammenhang mit der gleichlautenden Propaganda der hiesigen AKW-Befürworter und -Betreiber die These, es gebe jetzt und in absehbarer Zukunft eine Rohstoffknappheit, als Märchen und bewußte Zwecklüge entlarvt (siehe hierzu auch AK 105, Atomprogramm in der Krise, Teil 2).

Nachgerade absurd aber ist es,

ne Rohstoffknappheit, als Märchen und bewußte Zwecklüge entlarvt (siehe hierzu auch AK 105, Atomprogramm in der Krise, Teil 2).
Nachgerade absurd aber ist es,

wenn die Führer der Sowjetunion, in deren Machtbereich die größten Vorkommen an Kohle, Erdöl und Erdgas auf der Welt lagern, von einer angeblich „unvermeidlichen Energiekrise" lamentieren.

Daß die AKW-Betreiber im „realen Sozialismus" natürlich selbst nicht an den Unsinn mit der „Energiekrise" glauben, zeigt u.a. ein vor zwei Jahren erschienener Aufsatz von Petrossjanz, der zu den führenden Atomphysikern der UdSSR zählt. Darin wird klipp und klar gesagt, daß sich (zumindest für die Sowjetunion) *„die Notwendigkeit verstärkter Entwicklung der Kernenergetik für die Stromerzeugung ... nicht so sehr aus Gründen der Knappheit fossiler Energieträger"* (wie Kohle, Erdöl etc.) ergebe, sondern *„besonders aus ökonomischen Gründen"* („K" 7/75, Seite 231).

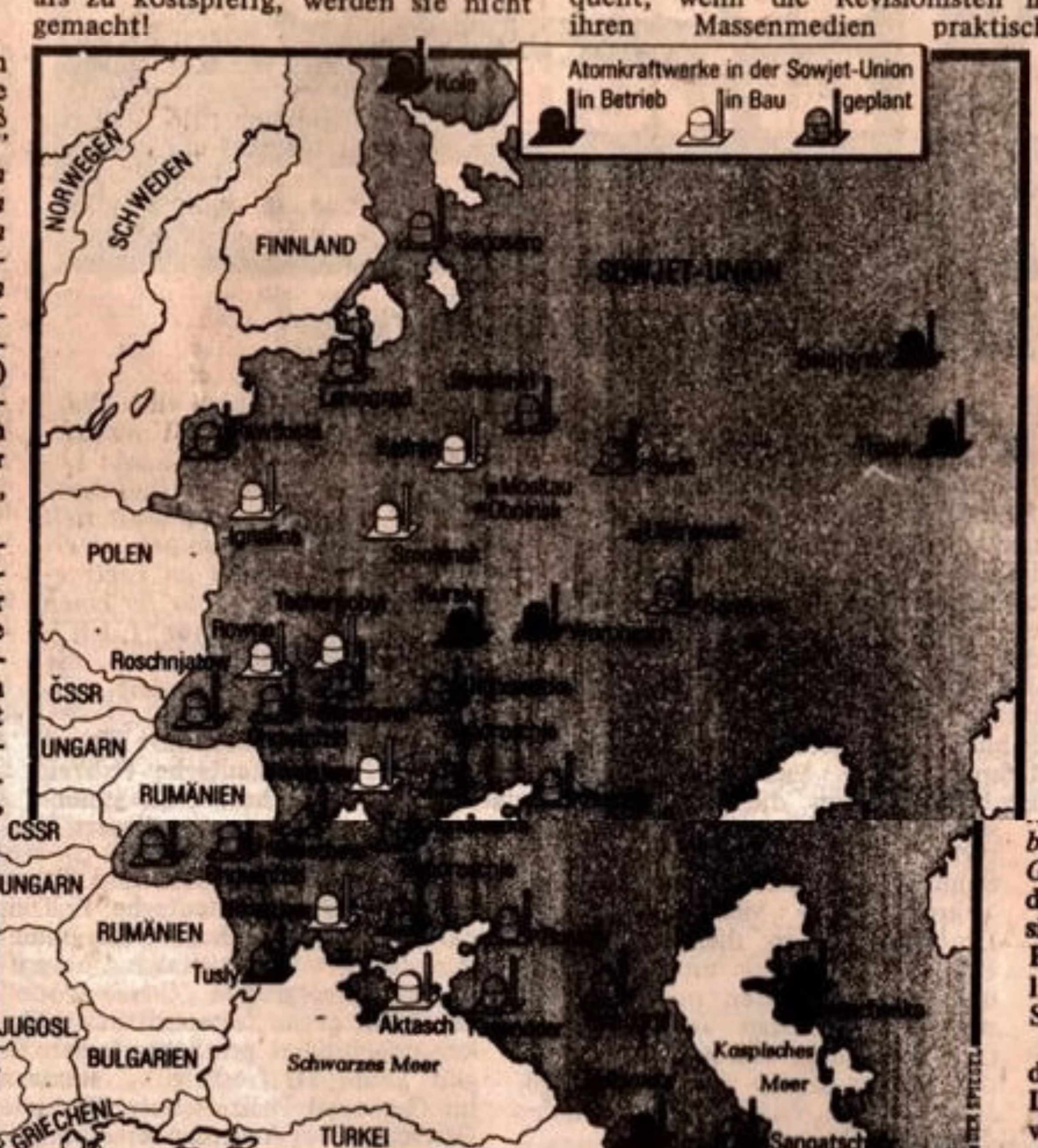
Mit dem Argument der „Wirtschaftlichkeit" (sprich: Kostenersparnis) wird von der sowjetischen Führung deshalb auch der Bau von zahlreichen AKWs im dichtbesiedelten europäischen Teil der UdSSR legitimiert; das sei billiger, als die herkömmlichen Energieträger z.B. aus dem entfernten Sibirien heranzuführen (siehe hierzu: „Sowjetunion heute" 1/2/77).

Die menschenverachtende und umweltgefährdende Kosten/Risiko-Rechnung gibt's auch im realen Sozialismus

Währund uns die Märchenerzähler von der DKP den Bären aufbinden wollen, daß in den RGW-Ländern (und namentlich in der UdSSR) mit großer *„Behutsamkeit"* an den Bau von AKW's gegangen werde und dort sowohl in der Planung als auch in der Ausführung *„eine klare Priorität für die Sicherheit der Menschen"* und generell die *„Unterordnung jeder wirtschaftlichen Tätigkeit unter die Interessen der MEnschen"* gewährleistet sei (UZ, 11.2.77), so ergibt ein Blick auf die W i r k l i c h k e i t in diesen Ländern auch in dieser Frage ein völlig anderes Bild: Die grundsätzlichen Sicherheitsbestimmungen und die von den staatlichen Planungsbehörden festgelegten Grenzwerte sind dort nahezu identisch mit den entsprechenden Auflagen der amerikanischen Atombehörden! **D.h. es wird auch im „realen Sozialismus" nicht das verboten, was nachweislich Schäden hervorruft, sondern lediglich das an offensichtlichen Mängeln abzustellen versucht, was den AKW-Betrieb nicht unrentabel macht.**

„Die Herabsetzung der Strahlenbelastung zur Verringerung des Risikos ist u. a. mit einem ökonomischen Aufwand verbunden, der in Relation mit dem zu verringernden Risiko zu betrachten ist" (!), und diese – auch hierzulande praktizierte – sogenannte „Nutzen-Risiko-Kosten Rechnung wird auch von den Revisionisten ohne Skrupel als **„Grundlage für a l l e Strahlenschutzfestlegungen und vor allem für die sozialen und ökonomischen Konsequenzen bei der notwendigen Intensivierung der Kernenergiegewinnung"** angesehen (K, 1/75, S.30).

Im Klartext: Auch die AKW-Betreiber in den RGW-Ländern machen die zynische Rechnung auf, wieviele Opfer (Tote und Verletzte) es bei einem Atom„unfall" geben könnte, und was das kosten würde – und auf der anderen Seite wird errechnet, was Sicherheitseinbauten jeweils kosten würden ... Erscheinen die Sicherheitseinbauten den Bürokraten als zu kostspielig, werden sie nicht gemacht!



Diese ebenso einfache wie brutale Kalkulation haben die revisionistischen Machthaben also genauso „drauf" wie die AKW-Befürworter und Betreiber in den kapitalistischen Ländern.

Aber es kommt noch hinzu, daß die Sicherheits-Auflagen beim AKW-Bau in den RGW-Ländern (aus Kostengründen, versteht sich!) ganz offensichtlich noch geringer sind als hier im Westen:

- So ist beispielsweise kein sogenanntes Containment (das ist eine gasdichte Umhüllung für Reaktoranlagen) vorgeschrieben – **„wegen der hohen Kosten (!), die unter anderem darauf zurückzuführen sind, daß neue Bautechnologien erforderlich sind (!!!)"** (Fretscher/Felk, S. 337).
- Ein GAU ist in der Planung der RGW-Wissenschaftler und -Politiker gar nicht erst vorgesehen. Beim größten angenommenen Unfall in der DDR, dem sogenannten „Havarie-Unfall", setzen lediglich die Kühlpumpen aus. Als Gegenmaßnahme will man dann Ersatzpumpen einschalten. Der Bruch einer Hauptkühlleitung oder das Bersten des Druckgefäßes wird nicht berücksichtigt. Dazu die DDR-Fachliteratur: **„Das Postulat des (westdeutschen) GAU ermöglicht keine im ökonomischen Sinne (!) optimale Behandlung sicherheitstechnischer Probleme (!!)".**
- Und – wen überrascht es bei soviel „Unbekümmertheit" noch, daß in der DDR für Anwohner eines AKW eine Strahlenbelastung von 500 mrem – im Vergleich zu „nur" 50 mrem in der BRD – gesetzlich für „zulässig" gehalten werden (lt. Strahlenschutzpraxis in der DDR, S. 78/ die vorstehenden Angaben nach WWA, 6/77, S.11).

Bürgerinitiativen und andere „Verzögerungsfaktoren" – oder Den ungleichen Brüdern paßt die gleiche Kappe!

Dort, wo der „Sozialismus" angeblich „real" ist, brauchen die Herrschenden natürlich keine Genehmigungsverfahren bzw. Einspruchmöglichkeiten beim Bau von Atomanlagen. *„Eine staatliche Genehmigungspflicht für (Kernkraftwerks-) Projekte ist aus den Vorschriften nicht ersichtlich (!), sondern die Verantwortung für die Einhaltung der Vorschriften bis ins Detail wird den Leitungen der an der Projektierungs- und Konstruktionsbüros und Bau- und Montagebetrieben* (also den AKW-Betreibern selbst, Anm. d. Red.) *übertragen"* schreibt in verblüffender Offenheit ein gewisser Herr Albrecht vom „Staatlichen Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz" (SAAS) in der DDR (K, 3/69).

Ebenso wenig wie die werktätige DDR-Bevölkerung in der Frage „AKWs Ja oder Nein?" irgendetwas zu entscheiden oder auch nur mitzubestimmen hat, wird in den Ländern des „realen Sozialismus" diese unbestreitbar hochbrisante Frage in den Massenmedien nicht diskutiert. Die Herrschenden in diesen Ländern verhalten sich hier – wie auch in anderen Problembereichen – wie die berühmten drei Affen...

Es ist deshalb auch nur konsequent, wenn die Revisionisten in ihren Massenmedien praktisch n i c h t s über die in der BRD und anderen westeuropäischen Ländern stattfindenden Massenkämpfe gegen Atomanlagen berichtet haben. Der Funke von Brokdorf, Grohnde und anderswo könnte ja überspringen...

Tatsächlich sind in den RGW-Ländern die installierten bzw. geplanten AKWs nicht nur mindestens genauso lebens- und umweltbedrohend wie hierzulande, sondern die AKW-Betreiber dort zeichnen sich durch den gleichen Zynismus und die gleiche Kaltschnäuzigkeit aus wie die Bosse von HEW, NWK und anderen kapitalistischen Firmen.

Zum Kampf der Bürgerinitiativen in den westeuropäischen Ländern, zu Erörterungsterminen etc. heißt es beispielsweise in der schon mehrfach zitierten DDR-Fachzeitschrift: *„Ein weiterer nicht zu unterschätzender* **Verzögerungsfaktor** *ist der in einigen Ländern gesetzlich vorgeschriebene* **Erörterungstermin.** *Hier ist es in den letzten Jahren besonders in der BRD und der Schweiz durch* **sogenannte Bürgerinitiativen** *zu erheblichen Verzögerungen gekommen, indem die Erörterungen durch* **immer neue, meistens unbegründete Einwände** *verlängert, Anfechtungsklagen bei den Gerichten eingereicht* **oder sogar Bauplätze besetzt wurden"** (K, 1/77). Es liegt auf der Hand, daß die Revisionisten vollstes Verständnis für die „Probleme" der hiesigen AKW-Betreiber haben, und daß sie deren Absicht, die ohnehin schon begrenzten Einspruchsmöglichkeiten der AKW-Gegner praktisch abzuschaffen, uneingeschränkt und ausdrücklich unterstützen:

„Alle Verzögerungen im Bauablauf oder während der Inbetriebnahme eines Kernkraftwerkes führen zu erheblichen zusätzlichen finanziellen Aufwendungen. Aus diesem Grunde wird gegenwärtig verstärkt sowohl von der Antragstellerseite als auch von den Behörden daran gearbeitet, **das Genehmigungsverfahren so zu organisieren, daß es nicht mehr auf dem kritischen Weg der Errichtung und Inbetriebnahme eines Kernkraftwerkes liegt"** (K, 1/77, S. 9).

Und – um die Sache auf die Spitze zu treiben – geben die Revisionisten ihrer Hoffnung Ausdruck, daß die zur Zeit von der hiesigen Atomindustrie und der Bundesregierung betriebene Verdummungs- und Hetzkampagne (im DDR-Jargon: „Bevölkerungsaufklärung"!) *„dazu beitragen wird, daß die kleinen (?) aber bisher sehr erfolgreich wirkenden Gruppen von Kernenergiegegnern* **durch die Rückführung der Diskussion auf die wirklich anstehenden**

bisher sehr erfolgreich wirkenden Gruppen von Kernenergiegegnern **durch die Rückführung der Diskussion auf die wirklich anstehenden**

Probleme i h r e n E i n f l u ß v e r l i e r e n w e r d e n" (K, 1/77, S. 10).

In diesem Punkt freilich werden die Machthaber der revisionistischen Länder genauso Unrecht bekommen wie „unsere" AKW-Betreiber, die sich ähnliches erhoffen!

DKP: Neue Sprüche des Vorsitzenden Mies zur Anti-AKW-Bewegung

Auf der kürzlichen „6.Tagung des Parteivorstandes der DKP" (18./19. Juni) brachte DKP-Vorsitzender Herbert Mies im Rahmen seines sehr geschwätzigen und allgemein gehaltenen Beitrags auch die folgenden Schnacks zur Anti-AKW-Bewegung: *„In allen bisherigen Aktionen ist deutlich geworden, daß die DKP aktiv s o l c h e Bürgerinitiativen unterstützt und in ihnen mitwirkt, die für die tatsächliche Wahrung von Bürgerinteressen, für die Beachtung des Umweltschutzes, gegen die derzeitige Energiepolitik der Konzerne und der Bundesregierung wirken. Wir möchten deutlich machen, daß uns alles mit d i e s e n Bürgerinitiativen verbindet, daß wir aber unser kritisches und distanziertes Verhältnis zu s o l c h e n Zusammenschlüssen haben, die - als Bürgerinitiativen ausgewiesen - in Wirklichkeit der Diskreditierung von wahrhaften Bürgerinteressen dienen. Bürgerinitiativen werden machmal von weit rechts stehenden oder von maoistischen und anarchistischen Kräften inszeniert oder mißbraucht. Sie diskreditieren damit die berechtigten Anliegen der betroffenen und der sich solidarisierenden Bürger. Solche Kräfte wollen Bürgerinitiativen zu antikommunistischen und gegen die sozialistischen Länder agierenden Gruppen umfunktionieren. Damit wird der Bewegung für eine demokratische und nationale Energiepolitik und für den Umweltschutz ein Bärendienst erwiesen, und dies zum Nutzen der großen Konzerne und zur Schwächung der in der Bewegung stehenden Kräfte".*

Nach diesen unerhört inhaltlichen und differenzierten Ausführungen hielt der Vorsitzende Mies es noch für nötig, zu behaupten, die DKP verfolge *„keine eigennützigen Interessen"*, und *„daß sie keinen Monopolanspruch erhebt und sich nicht als die alleinige einigende Kraft versteht"*. Das soll der Vorsitzende Mies ruhig noch ein paar mal wiederholen, vielleicht glaubt es ihm dann jemand?! ...

Die Stellungnahmen der DKP zeichnen sich gewöhnlich durch ihre Phrasenhaftigkeit und Allgemeinheit aus. Es ist nicht bekannt, daß die DKP irgendwo k o n k r e t eine öffentliche Auseinandersetzung um den Weg der Anti-AKW-Bewegung führen würde, daß sie k o n k r e t gegen rechte Strömungen in der Bewegung angehen würde usw. So scheint auch im Blahblah des Vorsitzenden Mies als realer Kritikpunkt nur durch, daß große Teile der Anti-AKW-Bewegung einfach nicht davon zu überzeugen sind, daß AKW's im spezialen Sozialismus, z.B. in der DDR, ein Segen für die Menschheit sind. Und wer davon nicht zu überzeugen ist, ist Antikommunist und agiert gegen die sozialistischen Länder. - Wenn es bloß nach Dummheit ginge, hätte dieser Mies tatsächlich einen Platz im Bundestag verdient.

Ein Umweltschützer von »Format« – Walter Soyka

Unter den Umweltschutz-Aktivisten in Norddeutschland ist der Name Walther Soyka geläufig.

Seit Anfang der 70er Jahre hat er umfangreiche Arbeit vor allem gegen AKWs geleistet. An der Universität Bremen war er u.a. an dem „Schadstoffbelastung"-Programm SAIU beteiligt, das 1975 im linken Oberbaumverlag das Buch „Zum richtigen Verständnis der Kernindustrie: 66 Erwiderungen" (Kritik einer Werbeschrift der Atomindustrie) herausbrachte. Daneben gibt Soyka eine eigene Schriftenreihe, „Der Rechtsweg", heraus, die sich neuerdings auch „Dokumentenreihe aus dem Archiv für biologische Sicherheit" nennt. Zusammen mit Roland Bohlinger aus Wobbenbüll/Husum leitet Soyka darüberhinaus ein „Institut für Biologische Sicherheit" (an Soykas Wohnsitz in Bremen); außerdem ist Soyka „Sekretär" des „Forum Humanum – Internationales Komitee für Biologische Sicherheit und Ökologie" (ebenfalls Bremen) und besorgt daneben noch die Geschäfte von neun weiteren „Akademien", „Komitees", usw. Man sieht – ein vielbeschäftigter AKW-Gegner.

Soykas Arbeit, soweit sie sich von uns verfolgen läßt, besteht im wesentlichen in der Teilnahme an Einwendungen, Klagen usw. gegen AKW-Betreiber, verantwortliche Behörden, Politiker u. dgl. Seine Aktivitäten publiziert Soyka ziemlich breit (so druckt er im „Rechtsweg" Prozeßunterlagen, Gerichtsentscheide usw. ab). Sein besonderes Steckenpferd (oder: sein taktisches Konzept) ist es, sich Prozeßvollmachten von möglichst vielen Personen zu besorgen, in deren Namen er dann auftritt.

Ganz unvermeidlich bestehen zwischen Soyka und seinem Kreis zahlreiche Verbindungen zu anderen Umweltschützern. Das Programm des für April 1975 angesetzten Symposiums des „Forum Humanum" in Glückstadt konnte denn auch eine ganze Reihe von Wissenschaftlern als Redner aufführen; zu den Mitveranstaltern zählten nicht weniger als 29 regionale und überregionale Umweltschutzgruppen (darunter auch „Fortschritt für alle", der „Verein gegen parlamentarischen und bürokratischen Mißbrauch – VgM", sowie der WSL/Bremen – zu allen siehe AK 106, S. 5: „WSL und Faschismus"). Das „Patronatskomitee" des „Forum Humanum" enthält u.a. die Namen des international berühmten Umweltschutz-Professors Gofman und von Wüstenhagen.

Das Bild dieses rundum „engagierten Kämpfers für Lebens- und Umweltschutz" (wie Soyka in einem Einladungsflugblatt zu einer Veranstaltung in Hamburg genannt wurde) hat nun in letzter Zeit etwas gelitten.

und von Wüstenhagen.
Das Bild dieses rundum „engagierten Kämpfers für Lebens- und Umweltschutz" (wie Soyka in einem Einladungsflugblatt zu einer Veranstaltung in Hamburg genannt wurde) hat nun in letzter Zeit etwas gelitten.

Ein Freund des WSL

Unbestritten ist sein persönlicher Einsatz, sein Arbeitsaufwand usw. – auch wenn sein Vorgehen und seine Ausrichtung des Anti-AKW-Kampfes auf Rechtsstreitigkeiten natürlich nicht unkritisiert bleiben könnte. In diesem Zusammenhang ist wichtig, festzuhalten, daß Soykas Kontakte zum WSL, besonders zum niedersächsischen WSL-Führer Schirr, ihn in Konflikt zu demokratischen Gepflogenheiten gebracht haben. Kurz zur Erinnerung: bei der Vorbereitung der Aktionen gegen den AKW-Bauplatz in Grohnde am 19.3.77 hatte sich Schirr durch verschiedene Mätzchen bei vielen AKW-Gegnern unbeliebt gemacht, vor allem durch seine Kontakte zur Polizei, aber auch dadurch, daß er sich über Mehrheitsentscheidungen schlicht hinwegsetzte: *„Herr Schirr teilte auf der 3. und bisher letzen öffentlichen Sitzung der WSL-Initiave (Bad Pyrmont) am 1.3. mit, er und Herr Sk. hätten die Demo am 19.3. angemeldet; obwohl man in der letzten Regionalkonferenz mehrheitlich davon ausging, daß von der Seite der BI's der Regionalkonferenz keine Anmeldung mehr erfolgen sollte."* Soweit eine öffentliche „Erklärung der Pyrmonter Initiative gegen AKWs" vom 3.3.77. Der hier genannte Kompagnon des Herrn Schirr war keine anderer als Soyka (bereits vorher hatten die Vertreter der BI Bodenwerder auf dem Treffen der Regionalkonferenz in Tündern am 24.2. erklärt, die Demo sei von Herrn Soyka aus Bremen angemeldet.)

Soyka und Co: „Völkische Sicht"

Roland Bohlinger – Soykas Partner im „Institut für Biologische Sicherheit" – ist zugleich Chef des „Instituts für ganzheitliche Forschung". Dessen Mitteilungsdienst soll erklärtermaßen *„aus völkischer Sicht wichtig erscheinendes Material"* anbieten.

Ein Blick in den Katalog der „Versandbuchhandlung Bohlinger" (geleitet von Bohlingers Frau) zeigt ähnliches: Sie bietet u.a. die berüchtigte antisemitische Hetzschrift „Auschwitz-Lüge" von Thies Christophersen an, weiterhin Literatur über Alt- und Neo-Nazi Rudel sowie das antisemitische Machwerk "Starben wirklich 6 Millionen Juden?". Dazu der Bohlinger-Versand: *„Unter Verwertung wichtiger inzwischen bekanntgewordener Tatsachen und mit kühler Logik wird hier der Legende von den 6 Millionen auf den Leib gerückt"* (Verzeichnis 76/7).

Außerdem wird eine Reihe von Schriften aus dem Kreis der Ludendorff-Faschisten angeboten. Wir fragten deshalb bei Soyka an, ob ihm bekannt sei, mit wem er sich da zusammengetan hat.

Die Antwort, die Soyka uns daraufhin schickte (Brief vom 11.6.77) ist nun sicherlich interessant.

Bekenntnis zu Ludendorff-Faschismus

Zunächst erklärt Soyka Grundsätzliches: *„(...) daß ich der Meinung bin, das aus dem vor-vorigen Jahrhundert stammende ‚Koordinatensystem', mit dem die politische Landschaft in ‚Links' und ‚Rechts' unterteilt wird, sei spätestens seit der gewollten und bewußten Erzeugung von Plutonium überholt und zur Bewertung von menschlichem Handeln untauglich geworden".* Dann weiter: *„Ich kenne Roland Bohlinger seit rund 20 Jahren als einen gewissenhaften Historiker und kundigen Lagebeurteiler – in vieler Hinsicht weitaus kundiger als ich , obwohl ich 11 Jahre älter bin als er. Sie irren sich also, wenn Sie Meinen, ich verbünde mich mit jemandem, dessen ‚Gesinnung' mir ‚nicht bekannt war'. Ebenso irren Sie allerdings, wenn Sie eine ‚faschistische Gesinnung Bohlingers' als gegeben annehmen. Ebenso wie ich stammt Roland Bohlinger aus einem Elternhaus, das sich nach dem 1. Weltkrieg zur ‚Gotterkenntnis (Ludendorff)' bekannt hat. (...) Die gottbejahende Weltanschauung Roland Bohlingers deckt sich mit meiner in allen wesentlichen Fragen".* Im übrigen schreibt Soyka, gehe seine Konzentration auf **„gesundheitspolitische Anliegen" so weit, daß er** die vom Bohlinger-Versandhandel angepriesenen Nazi-Schriften **„nicht kenne, bzw. nicht gelesen habe".**

Von Politik keine Ahnung ?

Nun denn: Soyka kommt aus einer „Ludendorff-Familie"; Ludendorff gehörte bekanntlich zu den Mit-Putschisten Hitlers 1923 beim „Marsch auf die Feldherrnhalle" in München. Die von der Ludendorff-Clique ausge-

Nun denn: Soyka kommt aus einer „Ludendorff-Familie"; Ludendorff gehörte bekanntlich zu den Mit-Putschisten Hitlers 1923 beim „Marsch auf die Feldherrnhalle" in München. Die von der Ludendorff-Clique ausge-

bildete klerikale, antisemitische „Gotterkenntnis" leistete für die Nazis Zutreiberdienste; nach 1945 machte der Kreis unverändert weiter. Das trug den Ludendorffern über Jahre hinweg Verbote und Prozesse ein. Ludendorffern ist natürlich nicht unbekannt, was sie treiben. Zumal Soyka kann es nicht unbekannt sein, da er selbst z.B. Nummern der „Biologischen Zukunft" – eines Blattes der ludendorff-faschistischen „Gesamtdeutschen Arbeitsgemeinschaft" (GDA) – verschickt. Sollte es Soyka auch ganz entgangen sein, wer ihn zu der (oben schon erwähnten) Veranstaltung in Hamburg im „Haus des Sports" am 30.9.76 als Redner eingeladen hat? Es war die „Solidaristische Volksbewegung", also eine der „links"-faschistischen Abspaltungen der NPD, die schon lange auf dem Umweltsektor als Agitationsfeld setzt.

Selbst wenn Soyka das alles aber nicht wüßte, bleibt er natürlich eine Antwort darauf schuldig: Wie er es vertreten will, daß sein Engagement für „Volksgesundheit", die „Menschheit" usw. mit Leuten wie Christophersen und seinen Schriften vereinbar sein soll, wo Nazi-Massenmorde zynisch als erlogen und ungeschehen hingestellt werden. Oder wie sich sein Konzept von „Lebensschutz" mit Cliquen wie der GDA vereinbaren läßt, deren Schriften z.B. unverhüllt die jahrzehntealte, im Nazi-Faschismus in die Praxis umgesetzte, Rassenhetze gegen Juden wiederkäuen.

Da wird man dem „Spiegel" (Juli 75) nur voll zustimmen können, der Soyka schon damals – zurückhaltend – als „erklärten Rechten" vorstellte.

Sympathie für Stoltenberg ? Nicht mit uns !

Zu dieser Offenheit Soykas nach Rechts sind noch zwei Punkte zu ergänzen: Nach einigermaßen undurchsichtigen Mutmaßungen über „Atomfaschismus" und seine Hintermänner (Soyka stützt sich dabei u.a. auf die „Neue Solidarität" der EAP, die bekanntlich **für** AKWs ist!) kommt Soyka zu folgender Erklärung: *„Sie werden vielleicht (...) verstehen, weshalb ich nicht mehr ganz so wie noch im November 1976 darauf erpicht bin, daß Stoltenberg raschestmöglich seinen Stuhl räumt: Ich glaube tatsächlich, daß er den atomaren Schlagabtausch wirklich nicht will. Dasselbe glaube ich von Helmut Schmidt , so daß – leider – die Querschüsse gegen ihn aus Schleswig-Holstein zur Zeit meine Mißbilligung finden."*

Wenn für diesen Walther Soyka auf den Veranstaltungen der linken Rockgruppen „Schmetterlinge" und „Oktober" (im Mai 77), die auch von vielen linken AKW-Gegnern besucht wurden, Geld und Unterschriften gesammelt wurden, weil er Unterstützung für seine AKW-Aktivitäten brauche, so haben die Soyka-Freunde offensichtlich auf die Uninformiertheit der Anwesenden gesetzt. Statt **solche** Umwelt-Aktivisten zu unterstützen, haben linke AKW-Gegner wirklich besseres zu tun.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Soyka sucht Peter Petersen

Soyka und seine Frau mochten sich mit ihrem zehn Seiten langen Brief nicht begnügen. Am 22. Juni durchstöberten sie Husum, um P. Petersen dingfest zu machen. Die Gesprächsbereitschaft Soykas und seiner Freunde macht schier vor keiner Schwierigkeit halt. Obwohl P.P. lediglich eine Postlager-Karten-Adresse ist, fanden sie ihn schließlich in Gestalt mehrerer Husumer Genossen. Im Gespräch kam es den Soykas besonders darauf an, die angebliche Harmlosigkeit Ludendorffs und der heutigen Ludendorff-Sekte zu versichern, jede Kenntnis von Bohlingers faschistischen Ambitionen abzustreiten und sich als naive Tölpel darzustellen – die schließlich versicherten, sich nun auch einmal die Schriften von Christophersen usw. ansehen zu wollen, denn vielleicht sei an unserem Faschismus-Vorwurf ja doch was dran... Man darf gespannt sein, ob auch die übrigen WSL-Schreiber auf den Spuren ihrer Briefpartner so „findig" sein werden.

Roeder war in Itzehoe!



19.2. in Itzehoe: Roeder (mit Megaphon) und sein faschistischer Anhang demonstrieren ungeniert. Wo bleibt die Stellungnahme der Initiatoren der Itzehoer Aktion hierzu?

„Extremistische Gruppen arbeiten bewußt – oder wer kann dies heute noch glauben? – unbewußt für die Atomindustrie! Diese Gruppen wollen das Chaos auf dem Bauplatz! Eine verschwindend kleine Minderheit ruft zum Sturm auf und arbeitet mit Bezeichnungen wie ‚Bundeskonferenz' und stellt indirekt ihr revolutionäres Ziel in den Vordergrund...

Wer auf dem Bauplatz am 19.2. 1977 mit diesen Gruppen demonstriert, unterstützt autoritäre, undemokratische Splittergruppen. Manfred Roeder, Chef der Nachfolgeorganisation der Nazis, begrüßt die Aktionseinheit der Linksextremistischen Gruppen ... Wer Roeder und Konsorten unterstützt ..., zeigt, wohin er gehört" (!!!).

So schrieb es der Vorsitzende des „Bundesverbandes Bürgeriniativen Umweltschutz" (BBU), Wüstenhagen, vor Brokdorf 19.2. im BBU-Rundbrief vom 19.2.

Ganz abgesehen von dieser unverschämten Demagogie des Herrn Wüstenhagen, die er teilweise wörtlich aus der UZ der DKP übernommen hat: besagte faschistische Gruppen konnten am 19.2. ungehindert in Itzehoe demonstrieren, wie unser nebenstehendes Bild beweist. Dieses „ungehindert" wäre mit Sicherheit in Wilster nicht gelaufen! Wir begeben uns nicht auf die gleiche Ebene der Demagogie, weil wir wissen, daß Roeder und seine Bande uneingeladen erschienen. *Wir erwarten aber eine Stellungnahme von Herrn Wüstenhagen und eine Entschuldigung gegenüber den Initiatoren und Teilnehmern der Brokdorf-Demonstration vom 19.2.*

AKW-Nein-Kommission

WSL-Organ verbreitet Faschistisches

WSL-Organ verbreitet Faschistisches

Die neueste Nummer (1-2/77) der „offiziellen Zeitschrift des ‚Weltbund zum Schutze des Lebens' im deutschen Sprachgebiet", **„Lebensschutz"** hat es in sich.

Dieses Blatt geht auf den Gründer des WSL, Günther Schwab, zurück. Schwab ist nach wie vor Mitglied der Schriftleitung und bestimmt den Tenor dieses WSL-Organs, das sozusagen zur Vertiefung des sonstigen WSL-Publikationen dienen soll.

Zum einen dokumentiert gerade diese jüngste Nummer den engen Zusammenhang zwischen dem von Prof. Haverbeck geführten westdeutschen und dem noch stärker unter Schwab-Einfluß stehenden österreichischen WSL. Dessen Wiener Landesleiter hatte ja erst jüngst klipp und klar zur Zusammenarbeit mit den faschistischen Schlägern der ANR – „Aktion Neue Rechte" – aufgerufen (siehe AK 104), was bisher vom WSL/BRD nicht kommentiert wurde. Nicht uninteressant ist in diesem Zusammenhang auch, daß die Landesdirektion Tirol **„mit dem Landesverband Bayern des WSL (Herr Dr. Harless) engere Verbindungen aufgenommen"** hat (S.19). Das ist jener Dr. Harless, der gleichzeitig AUD-Chef in Bayern ist und freundlichen Kontakt zu den von der NPD abgespaltenen „Links"-Faschisten der „Sol" („Solidaristen") hat (siehe AK 102).

Aber nun: Garniert mit einer Vielzahl nützlicher Meldungen und Notizen zum Umweltschutz finden sich in der „Lebenschutz"-Nummer:

– Der Artikel eines Günther Deschner, der über eine kürzlich (?) abgehaltene Tagung der „Steirischen Akademie" in Graz berichtet. Titel: *„Das Erbe formt den Menschen".* Kernsatz: *„Intelligenz, Temperament und die Anlage für Kriminalität sind weitgehend vererbt. Selbst die Entstehung sozialer Klassen ist biologisch determiniert"* (S.14). Diesen, unter Berufung auf den einschlägig berüchtigten Professor Eysenck als „wissenschaftlich" ausgegebenen Rassismus weiß dann die WSL-Schriftleitung noch praktisch umzumünzen: *„Damit ist die entscheidende Bedeutung der sorgfältigen Gattenwahl für die Zukunft der Familie und des Menschengeschlechts überhaupt unterstrichen"* (S.16). Ein Hauch von SS-Zucht a la „Lebensborn" ?! ..... Jedenfalls verwundert es nicht, daß der WSL in Österreich zur Front der gegen Sexualaufklärung, Verhütungsmittel und – natürlich – Abtreibung Angetretenen gehört. (Er ist auch Mitglied in der **„Vereinigung deutschsprachiger Bürgerinitiativen zum Schutz der Menschenwürde"**, die sich auf allerlei Pfaffen, aber auch auf CDU-Dregger und die aus Faschistenzeitungen vertraute Christa Mewes stützt).

– Kein Wunder auch, daß in der gleichen „Lebensschutz"-Nummer der Aufruf eines Dieter Vollmer abgedruckt wird (zum zweiten Mal schon!), entnommen aus der NPD-Tarnzeitung „Tendenz". Vollmer, der zu „Konsumverzicht" auffordert, gehört ansonsten zu den Standard-Autoren verschiedener Blätter der „Gesamtdeutschen Arbeitsgemeinschaft" (GDA), die den klerikalen **Rassismus** der Ludendorff-Faschisten propagiert (u.a. schrieb Vollmer zuletzt in Nr. 4/76 des GDA-Blattes „Nordische Zukunft" über „Rasse und Nation").

– Eindeutig unangenehm ist auch der Abdruck eines Beitrages aus der Zeitschrift **„Fortschritt für alle"**. Das ist ein profaschistisches Blatt, herausgegeben von Erika Herbst, die zum Umkreis der Frankfurter Nazis Schönborn („Kampfbund deutscher Soldaten") gehörte. Aber warum nicht – folgt doch auf Seite 59 ein Artikel aus dem Rechtsaußenblatt **„Kommentare zum Zeitgeschehen"**, das einen Aufruf, angeblich von französischen Schülern, gegen „Sex in der Schule" verbreitet. Kostprobe: *„Wir wollen Braut und Bräutigam sein, keine ‚Partner'. – Wir wollen Väter und Mütter sein, keine Pillenschluckerinnen und Abtreiber. Verschwindet, macht euch davon, wir werden uns selbst verteidigen. Und wenn ihr die Revolution haben wollt, dann werden wir sie machen gegen euch, gegen eure Schweinereien und böse Absichten".*

Daß dies alles kein Zufall ist, d.h. **daß solche faschistischen Blätter nicht** aus Naivität nachgedruckt werden, dafür bürgt Günther Schwab persönlich. Er schreibt von Seite 2 bis Seite 6 Programmatisches: *„Das größte aller Verbrechen."* Er meint damit das Betreiben von AKWs, *„weil es sich gegen das heiligste, unantastbarste göttliche Schöpfungselement wendet, nämlich die allem Lebendigen eingeborenen Erbeigenschaften".*

Nebenbei sozusagen macht Schwab sich die dieselben Sorgen wie die „KPD": *„Die dichte Verteilung der Atomreaktoren in Mitteleuropa macht die ungeheure östliche Aufrüstung tausendmal wirksamer".* Schlußfolgerung: *„Geht es am Ende nur darum, uns genetisch in den Griff zu bekommen oder uns jedem kriegerischen Angriff gegeüber wehrlos zu machen?"*

Es gibt Anzeichen, daß eine solch geballte Ladung an Rassismus und Faschismus auch Teilen des westdeutschen WSL nicht recht ist. So hat der Hamburger WSL-Vorsitzende Böhmcke erklärt, dort werde „Lebensschutz" wegen seines Inhalts nicht mehr verteilt. WSL-Präsident Haverbeck ist seit Beginn dieses Jahres nicht mehr in der Schriftleitung vertreten.

Nach wie vor ist „Lebensschutz" jedoch das offizielle Organ auch des WSL/BRD. An den WSL die Frage: Wie lange noch ?

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Nachrichten vom Widerstand



Anti-Atomdorf Grohnde

Seit dem 13.6. wird der Kühlturmplatz vor dem Gelände für das geplante AKW Grohnde besetzt gehalten. Anlaß hierfür war die Meldung, daß mit den Erdarbeiten zum Bau der Kühltürme begonnen werden soll.

Seitdem haben hunderte AKW-Gegner aus der Umgebung und aus vielen Teilen der BRD den Aufbau eines Anti-Atom-Dorfs Grohnde unterstützt. Es wurden zwei Freundschaftshäuser gebaut, eine Küche, ein Brunnen und weitere Häuser



Mit vereinten Kräften wird ein Brunnen angelegt

werden vorbereitet. Aus der Bevölkerung hat es zahlreiche Spenden zur Unterstützung des Baus gegeben. Ständig besuchen Leute aus den umliegenden Orten das Dorf.

Mehrere Veranstaltungen zur Information und Diskussion haben stattgefunden.

Initiatoren der Aktion sind einige Bürgerinitiativen aus den umliegenden Orten, die sich an der Aktion gegen den AKW-Bauplatz in Grohnde am 19.3. nicht beteiligt oder davon distanziert haben:

- GAU Grohnde (Gewaltfreie Aktion Umweltschutz Grohnde, nach dem 19.3. als betont „gewaltfreier" Zu-

distanziert haben:

- GAU Grohnde (Gewaltfreie Aktion Umweltschutz Grohnde, nach dem 19.3. als betont „gewaltfreier" Zu-

sammenschluß von kleinen Initiativen aus Tündern, Kirchohsen und Grohnde gegründet)
- die Klüthgruppe der BI Hameln, die sich nach dem 19.3. in einer Anzeige in der Lokalzeitung von den „gewalttätigen" Demonstranten distanzierte
- der „Weltbund zum Schutze des Lebens" Bad Pyrmont, dessen

Vertreter Schirr vor dem 19.3. mit Ministerpräsident Albrecht zusammentraf.

Propagiert wird von ihnen die neuerliche Aktion in Grohnde in ausdrücklicher Abgrenzung zur Aktion am 19.3. Sie wollen unter Aussparung der politischen Auseinandersetzung eine größere „Nähe zur örtlichen Bevölkerung" herstellen. Dementsprechend sind sie auch sehr darauf bedacht, daß Kommunisten nach außen hin möglichst nicht erkennbar sind. Den Verkauf linker Zeitungen versuchen sie zu verhindern, sie verlangen eine ausschließliche Festlegung auf „Gewaltfreiheit" als einzige Form des Kampfes gegen die AKWs durchzusetzen.

Dahinter steht, daß von diesen Kreisen eine Distanzierung von anderen Formen des Kampfes wie den versuchten Bauplatzbesetzungen in Brokdorf und Grohnde in der Bewegung durchzusetzen beabsichtigt ist. Der Grohnder Kühlturmplatz soll hierfür ein Muster sein. Teilweisen Anklang finden sie damit in einigen Spontikreisen.

Die Grohnder Aktion ist fast einhellig von der Anti-AKW-Bewegung

Spontikreisen.

Die Grohnder Aktion ist fast einhellig von der Anti-AKW-Bewegung

begrüßt worden, so auch vom KB. Sie ist ein gutes Mittel, die Anti-AKW-Arbeit in und um Grohnde zu verbreitern. Sie bietet eine Vielzahl von Möglichkeiten, mit der Bevölkerung in nähren Kontakt zu kommen und über den Kampf gegen AKWs zu diskutieren. Sie ist allerdings keineswegs ein Musterbeispiel, wie in Zukunft Aktionen laufen müssen, sie ist eine von vielen Formen unseres Widerstands.

In einigen Spontikreisen und besonders auch von der „KPD" wird dies offensichtlich anders eingeschätzt. Seit der Besetzung in Grohnde entfachen sie vor allem in den größeren Städten immer wieder eine besondere Hektik, um möglichst immer die gesamte Bewegung nach Grohnde zu mobilisieren. Mehrfach wurden von ihnen über Nacht telefonische Benachrichtigungssysteme inganggesetzt und Meldungen von angeblich bevorstehenden Polizeieinsätzen verbreitet, um damit die Bürgerinitiativen zu mobilisieren. Wir halten diese Hektik für gänzlich unangebracht und unangemessen. Sie trägt eher zur Verwirrung der Bewegung bei, als daß sie nützt.

Bei der „KPD" steht dahinter offensichtlich die Einschätzung, daß Grohnde jetzt das Zentrum der Bewegung sei (noch vor kurzem war dies ausschließlich Brokdorf, dann Kalkar). In Bremen z.B. spielt sie den Kampf gegen das AKW Esenshamm gegen die Grohnde-Aktion aus und versucht, alle Aktivitäten auf Grohnde zu konzentrieren. Ihr Professor Scheer rühmte die Besetzung des Kühlturmplatzes als den „Beweis", daß man eben Bauplätze doch besetzen kann. Wie dieses „Rezept" allerdings in seiner Anwendung bei der Verhinderung im Bau befindlicher oder bereits befestiger AKW-Bauplätze aussehen soll, bleibt Scheer's und Schirr's Geheimnis.

Zum Baustopp in Grohnde

Am Mittwoch, den 15.6.77, ordnete die zweite Kammer des Verwaltungsgerichts Hannover einen Bau„stopp" für das AKW in Grohnde an, der durch die Klage einer chemischen und pharmazeutischen Fabrik aus Kirchohsen erwirkt wurde. Dieses Urteil richtet sich gegen den Sofortvollzug der ersten Teilgenehmigung des AKW Grohnde, d.h. daß die Bauarbeiten eingestellt werden müssen, bis

teil richtet sich gegen den Sofortvollzug der ersten Teilgenehmigung des AKW Grohnde, d.h. daß die Bauarbeiten eingestellt werden müssen, bis

das Urteil im Hauptverfahren gefällt ist.

Das Urteil wird jedoch erst 2 Monate nach der Zustellung der Urteilsbegründung (diese erfolgt im Juli) rechtskräftig, d.h. die Einstellung der Bautätigkeiten würde erst im September erfolgen. Zudem wurden keine grundsätzlichen Erwägungen gegen AKWs ins Feld geführt, sondern die „Nähe der Firmen zum AKW-Gelände".

Sogar die "Pyrmonter Nachrichten" stellen fest: „Noch steht allerdings nicht fest, ob der Gerichtsentscheid überhaupt Auswirkungen auf den Fortgang der Bauarbeiten hat : Falls nämlich das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg einer zu erwartenden Klage der Preußenelektra gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Hannover recht geben sollte, wäre der Spruch hinfällig („Pyrmonter Nachrichten", 16.6.77).

Um die Sache eventuell zu vereinfachen, hat sich die Preußen Elektra folgendes einfallen lassen: Wie zu hören war, wurde den beiden Firmen bereits ein Austauschangebot gemacht, d.h. ihnen wurde angeboten, ihren Sitz nach Minden zu verlegen, um dort in 2 größere leerstehende Fabriken zu ziehen. Die Arbeiter sollten abgefunden werden.

Das Hauptklageverfahren für das AKW steht allerdings noch an. Hier klagen noch 2 Privatpersonen, Zukkerrübenfabrik Emmerthal und die Emmerthaler Brotfabrik.



Erste Lagerversammlung nach der Besetzung

Erfolgreiche Aktion gegen Behinderungen während der „Kieler Woche"

Kiel. Während der ,,Atomfilz'', insbesondere der DIHT (Deutscher Industrie- und Handelstag) die ,,gesellschaftspolitische Gestaltung unter dem Motto ,,Was wird aus unserer Wirtschaft?'' übernahm, verbot die Kieler Stadtverwaltung den Bürgerinitiativen jegliche Öffentlichkeitsarbeit. So erschienen, noch vor der offiziellen Eröffnungsfeier, die Bullen an den Info-Ständen der Stadtteilgruppen und Initiativen und forderten zum Abräumen der Stände auf. Gleichzeitig führten sie Ausweiskontrollen durch und es gab Anzeigen. In einigen Fällen gelang es, durch Diskussionen mit der umstehenden Bevölkerung und Singen von Anti-AKW-Liedern dieses Bullentheater in die Länge zu ziehen. Unter Beifall der so zahlreich entstandenen Diskussionsgruppen zogen sie dann ab.

Demonstrativ wurde daraufhin von den BI ,,Gegen Atomanlagen'' und dem AKU (Arbeitskreis Umweltschutz) ein zentraler Info-Stand in der belebtesten Straße der Innenstadt aufgebaut. Hier wie am gleichen Abend während der Eröffnungsfeier der ,,Kieler Woche'' scheuten die Bullen den Einsatz. Gleichfalls in den darauffolgenden Tagen. So konnten wir unsere Aktivitäten an der ,,Spiellinie'' entfalten (Stände, Kultur- und Songgruppe, Kinderspiele, Anti AKW-Kasperletheater der Frauengruppe um.). Das rege Interesse der Bevölkerung bestärkte die hieran ca. 40 beteiligten AKW-Geg-

spiele, Anti AKW-Kasperletheater der Frauengruppe um.). Das rege Interesse der Bevölkerung bestärkte die hieran ca. 40 beteiligten AKW-Geg-

ner zum weitermachen.

Am 20.6. konnte unter aktiver Teilnahme der Kieler AKW-Gegner eine pro-Atomkraft Veranstaltung des DIHT im Audimax der Uni vorzeitig beendet werden! Am 21.6. unterstützten ebensoviele die Aktionen gegen den Bullenterror auf dem Rathausmarkt während und nach der ,,Klub''-live-Übertragung (NDR). Zu allen Aktivitäten war der Ermittlungsausschuß in Bereitschaft und bekam alle Hände voll zu tun. Einer inzwischen beantragten Einstweiligen Verfügung gegen das Verbot der Öffentlichkeitsarbeit wurde am 22.6. stattgegeben. Was noch einmal die bisherigen Aktivitäten der AKW-Gegner als Erfolg unterstreicht.

Nun gilt es, das Demonstrationsverbot während der ,,Kieler Woche'' anzugehen.

Für eine aktive Öffentlichkeitsarbeit der AKW-Gegner!

Ein Kieler Metallgenosse

* * *

Aktion am Kernforschungszentrum in Karlsruhe

Am Sonnabend, den 25.6.77, fand die erste Aktion seit 1956 (!) vor dem Kernforschungszentrum in Karlsruhe statt. Der AKW-Nein Arbeitskreis der Werkstatt 68, der Arbeitskreis Umweltschutz und die Inihatten zu einem Protestspaziergang aufgerufen. Anlaß war die gep!ante Zaunerweiterung um das Kernforschungszentrum (KFZ). Die Zaunerweiterung wird durchgeführt, um die Wiederaufbereitungsanlage, die an das Kernforschungszentrum angeschlossen ist, zu erweitern und um sie als Atommüll ager auszubauen. Des weiteren soll durch die Zaunerweiterung verhindert werden, daß sichtbar wird, wie der Wald um das Kernforschungszentrum langsam zugrunde geht.

An der Aktion, die der Auftakt für weitere Aktivitäten v.a. im Herbst sein sollte, beteiligten sich leider nur 35 Leute. Es ist also nocheiniges zu tun, um an den aktiven Widerstand der Bevölkerung v.a. in Leopoldshofen und Linkenheim (Orte um das KFZ) Mitte der 50er Jahre anknüpfen zu können!

* * *

Gelungenes Anti-AKW-Straßenfest

Hannover. Am 11.6. konnten sich die Bürger des Stadtteils Linden auf einem Anti-AKW-Straßenfest vergnügen und informieren. Verschiedene Informationstafeln wiesen auf den Umstand hin, daß auf dem Lindener Bahnhof Atommüll verladen wird und welche Gefahren daher drohen. Ein „Otto-Normaldemonstrant" stellte die Ausrüstung vor, die man heutzutage braucht, um zu demonstrieren. Guten Anklang fand auch der Film „Was lange gärt, wird endlich Wut" sowie eine Diaserie über die Gefahren der Atom-Energie.

Einen großen Teil des Festes wurde aber auch durch den Sektor „Unterhaltung/Fressen" eingenommen! Die vielen Kinder machten begeistert bei der „Atommüllstaffette" sowie dem Tauziehen (mit echtem „Grohnde-Seil"!) mit, während Jung und Alt über 350 Würstchen und hektoliterweise Bier und Wein „vernichteten". Insgesamt eine nachahmenswerte Aktion!

* * *

Polizeiehrung gestört

* * *

Polizeiehrung gestört

Hannover. Am 14. Juni gab Sunnyboy Albrecht einen Empfang für die Bullen, die am 19.3. bei ihrem Einsatz in Grohnde „verletzt" worden waren.

Es ist ja schon immer schwergefallen, die genaue Zahl der verletzten Bullen festzustellen. Gerüchteweise sollen es ja mal 155 gewesen sein.

Um dieser Feier auch ihren festlichen und würdevollen Rahmen zu geben und auch die Verletzten zu ehren, die Albrecht so schmählich übersah, lud das Festkomitee des hannoverschen Saniausschusses zu einem Sektfrühstück für die verletzten Demonstranten des 19.3. im Thomas Münzer-Haus (ESG) ein. Obwohl dieser Empfang vormittags stattfand, also viele bei der Arbeit waren und von einem Tag auf den nächsten eingeladen worden waren, waren ca. 50 AKW-Gegner gekommen. Mit viel Phantasie schminkte, wickelte und klebte der Sani-Ausschuß all die Verletzungen, die in Grohnde den Demonstranten zugefügt worden waren. Anschließend traf man sich zum Sektfrühstück und zum Festempfang. Das Festkomitee hieß alle Menschen, die gegen AKWs kämpfen willkommen und dankte den verletzten Demonstranten durch die Verleihung von Myrthenzweigen, die von der Muse der Revolution mit einem Kuß überreicht wurden.

Dann begaben sich die AKW-Gegner zum Gästehaus der Landesregierung, um den „verletzten" Bullen den ihnen gebührenden Empfang zu bereiten. Noch hatten wir das Gästehaus nicht erreicht, als schon ca. 30 Bullen, die Hand an der chemischen Keule, die Straße absperrten und mit einem Mannschaftswagen verrammelten. Es wurden Flugblätter des Saniausschusses über die Gefährlichkeit der chemischen Keule verteilt. Da man sie offensichtlich nicht zur Feier zuließ, zogen die AKW-Gegner wieder zum Thomas Münzer-Haus.

KB / Gruppe Hannover



Fahrraddemonstration in Hamburg

Mitglieder der Hamburger BUU veranstalteten am 25.6. in der Innenstadt ein Anti-AKW-Fahrraddemonstration. Dabei nahm die Polizei einen AKW-Gegner fest. Ein Autofahrer war provokatorisch in die Fahrraddemonstranten hineingefahren, als diese eine Straßenkreuzung besetzten. Dabei verschaffte er sich einen Lackkratzer an seinem Wagen. Dieser Provokateur wollte dann die Demonstranten dafür verantwortlich machen und erhielt Hilfe von der Polizei, die einen der Teilnehmer verhaftete. Nach Protesten der AKW-Gegner vor der Polizeiwache mußte der Festgenommene freigelassen werden.



Bergedorfer HEW-Zentrum besetzt

Hamburg-Bergedorf. Am Sonnabend, dem 25. Juni, wurde das Bergedorfer HEW-Zentrum von ca. 30 AKW-Gegnern besetzt.

Die Besetzung sollte den Aktionstag von Bürgerinitiativen aus dem Bergedorfer Raum unterstützen und den Bau des AKW Krümmel, ganz in der Nähe, wieder in den Blickpunkt rücken.

Die HEW als Betreiberin des AKW Krümmel peitschte 1974 den Bau des AKW gegen 20.000 Einwender und ohne Baugenehmigung durch.

Punkt elf Uhr wurde das HEW-Zentrum besetzt. Gleichzeitig marschierten Frauen als „Leichen" geschminkt auf das HEW-Zentrum los. Sie verteilten das Besetzerflugblatt. In der Nähe des Bergedorfer Bahnhofes verlasen sie die Erklärung der Besetzer und entlarvten die Werbung der HEW, die gezielt Frauen für AKWs gewinnen soll. Von den großen Brücken wurden Transparente, die von der Besetzung unterrichteten, herabgelassen.

An der nahen Bushaltestelle wurden alle abfahrenden Busse mit dem Plakat „HEW-Zentrum besetzt!" verschönert. Nach kurzer Zeit wurden die Busfahrer jedoch von der Zentrale per Funk über die Besetzung unterrichtet, was auch nicht den Fahrgästen entging. Zeitungen und Presseagenturen wurden verständigt.

Vor dem HEW-Zentrum und in der angrenzenden Fußgängerstraße wurde auf die Besetzung und deren Gründe aufmerksam gemacht und Passanten zur Besichtigung des HEW-Zentrums und zur Unterstützung der Besetzer eingeladen. Die nach 20 Minuten anrückenden Bullen versuchten, die AKW-Gegner einzeln herauszuschleppen, scheiterten jedoch am geschlossenen Widerstand der AKW-Gegner. So setzten sich viele der Umstehenden auf den Boden und hinderten so die Bullen am Eintreten.

Die Besetzer machten deutlich, daß ihre Besetzung friedlich ist und daß ihnen nichts an der Auseinandersetzung mit der Polizei liegt. Sie schreiben in ihrem Flugblatt: *„Nicht wir verhalten uns ‚undemokratisch', sondern die HEW, die ohne Rücksicht auf die Proteste vieler tausend Menschen den Bau des AKW Krümmel vorantreibt und damit selbst deutlich macht, was sie unter ‚Demokratie' versteht".*

Eines der Ziele der Besetzer war es, die HEW zu einer Stellungnahme zu ihrem bisherigen Verhalten zu zwingen. Doch weder der Leiter des örtlichen HEW-Zentrums noch ein Vertreter der Hamburger Zentrale sahen sich in der Lage, das bisherige Verhalten der HEW zu rechtfertigen. Nach gut einer Stunde wurde die Besetzung beendet und 200 Menschen formierten sich zu einer Demonstration, um auf einem nahen Platz eine Abschlußkundgebung zu veranstalten.

Die Bullen formierten sich noch einmal massiv, zogen dann aber endgültig ab, weil keiner der vielen hundert Passanten, die sich in der Nähe aufhielten, ein Eingreifen der Bullen verstanden hätte. Zum anderen waren viele Bullen von der Aktion „kalt erwischt" worden. Ein Bulle meinte ganz aufgeregt: „Hier ist ja alles vorbereitet und durchgeplant!".

Auf der Abschlußkundgebung wurde der gelungene Ablauf der Besetzung herausgestellt und auf das Anti-AKW-Fest am Abend, das den Abschluß des Aktionstages bildete, hingewiesen.

Am Abend fanden sich die AKW-Gegner zu einem Fest ein, um den gelungenen Aktionstag, nicht zuletzt wegen der Besetzung, zu feiern. Eine Broschüre von der Besetzung wird in Kürze erscheinen.

BO Bergedorf

Lübeck

Die Lübecker und Bad Segeberger BIs führten am 17. und 18. Juni am Strand in Travemünde Aktionen durch. Am ersten Tag beteiligten sich ca. 40 Menschen an der Strandagitation mit Flugblattverteilung und gespielter Bauplatzbesetzung und Verkauf von Informationsmaterial 60-70 Menschen an der Anti-AKW-Fete am Strand teil.

* * *

Gelting

Die Gründung einer Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke in Gelting steht bevor, nachdem Anti-AKW-Gegner die Initiative ergriffen haben
Die Gründung einer Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke in Gelting steht bevor, nachdem Anti-AKW-Gegner die Initiative ergriffen haben
und zu einer Diskussionsrunde in Gelting per Flugblatt einluden. Dreizehn AKW-Gegner und Interessierte fanden sich daraufhin ein, die eine lebhafte Diskussion um das möglicherweise geplante Kernkraftwerk in der Geltinger Bucht, um die Gefährlichkeit von AKWs etc. führten. Die Mehrheit war der Meinung, daß man jetzt eine Bürgerinitiative gründen muß, um auch in Gelting den Protest gegen die menschenfeindlichen Atomkraftwerke zu formieren.

KB / Gruppe Kappeln

* * *

Gegen die Kriminalisierung von AKW-Gegnern

200 Kieler AKW-Gegner besuchten am 20. Juni 1977 eine Veranstaltung des Ermittlungsausschusses Kiel der Bürgerinitiativen gegen Atomkraft. Das gesamte Spektrum der Kriminalisierung sollte anhand mehrerer Berichte von Betroffenen dargestellt werden. So berichteten u.a. Mitglieder der BUU Hamburg – BI Angestellte – über den Versuch, den linken Betriebsrat Peter Haß von der Dresdner Bank aus dem BR zu werfen und ihn mit Gewerkschaftsausschluß zu belegen, die Hamburger Bernd Löwe und Fritz Storim über ihre Erfahrungen mit der Behandlung der Polizei und Gerichte. Eine Stellungnahme des Redakteursausschusses des NDR zu den Versuchen, die Berichterstattung im NDR zu zensieren wurde vorgetragen.

Der Kieler Rechtsanwalt Axel Gallette sprach über den Abbau der demokratischen Rechte, der in den ersten Prozessen gegen AKW-Gegner deutlich geworden ist. Anschließend berichtete der Presseverantwortliche des KB, Kai Ehlers, über seinen Prozeß. Lieder des Hamburger Straßentheaters rundeten das Programm dieser Veranstaltung ab. In der anschließenden Diskussion gelang es bedauerlicherweise dem KBW, zeitweise zu demonstrieren, wie beliebt seine Vorträge sind, denn der Saal leerte sich dabei reichlich.

Kappeln – Süderbarup

Am 10.6. veranstalteten die BIs aus Kappeln und Süderbarup eine gemeinsame Anti-AKW-Fete, die von ca. 80 Menschen besucht wurde. Ursprünglich sollte das Fest in Gemeinderäumen stattfinden, was vom Gemeinderat mit wechselnden Begründungen abgelehnt wurde. Eine schließlich erwirkte einstweilige Verfügung brachte zwar die gewünschte Genehmigung der Räume, doch das half nichts mehr, da die Auflage, eine Haftpflichtversicherung für die Räume abzuschließen, am Wochenende nicht mehr zu erfüllen war. Zum Trotze der dörflichen Prominenz fand die Sache dann doch statt – als „open air festival"

* * *

Freiburger BI gegründet

Am Montag, 6. Juni, war die Gründungsversammlung der Freiburger BI. Der Initiativausschuß arbeitet seit die Beine (Brokdorf-Diskussion).

Die Vorbereitung der Gründungsversammlung lief darauf hinaus, die Veranstaltung sehr stark auf die Thematik Arbeitsplätze einzuschränken (auf Vorschlag von KPD/KBW) und eine f e r t i g e Plattform vorzulegen, über die nicht mehr weiter diskutiert werden sollte. Ursprünglich war vorgesehen, daß die Plattform (und damit die §§ 2 und 4, das Atomenergieprogramm als den Interessen des Großkapitals verpflichtet bezeichnet wird und das Vertrauen in die „eigene Kraft", nicht in Gerichte) zur Voraussetzung für eine Mitgliedschaft gemacht wird. Nach Protesten in der „Stadtzeitung", von der GIM und uns, ließ man das entsprechende Statut fallen, zumindest in der Öffentlichkeit, und bezeichnete die Plattform nur noch als „interne Arbeitsgrundlage". Naja, die Praxis wird zeigen, ob das ein Sektiererhaufen wird oder nicht...

Die Gründungsversammlung jedenfalls gibt zu berechtigten Hoffnungen Anlaß. 300 Leute waren gekommen, großteils Menschen, die man auf den Plena noch nie gesehen hatte und auch viele Nicht-Studenten.

* * *

Hamburg St. Georg

Am Samstag, den 25. fand nach wochenlangem Tauziehen mit der Behörde das Stadtteilfest der BUU trotzdem statt. Nach einem anfänglichen Verbot wurde das Fest am 22. doch noch genehmigt, allerdings mit diversen Auflagen. So durften keine Stellschilder aufgestellt werden, auch die Anzahl der Info-Tische wurde beschränkt. Nachdem das Fest nun nicht mehr verboten werden konn-
Stellschilder aufgestellt werden, auch die Anzahl der Info-Tische wurde beschränkt. Nachdem das Fest nun nicht mehr verboten werden konn-
te, wurde wenigstens versucht, den ursprünglichen Sinn zu nehmen. Gekommen waren dann doch ca. 250 Menschen. Insgesamt waren es wohl weit mehr, da ständiges Kommen und Gehen herrschte. Verschiedene Initiativen hatten Büchertische aufgestellt. Jedoch wurde von Seiten der BUU versäumt, inhaltlich durch ein Referat zur jetzigen Anti-AKW-Bewegung Stellung zu nehmen. Es kann als Erfolg gewertet werden, daß nach dem ursprünglichen Verbot eine relativ breite Öffentlichkeit hergestellt werden konnte. Leider wurde dieser von der BI St. Georg nicht ausreichend genutzt, um ihre Agitation gegen Atomenergie vorzutragen, sondern man hatte sich im wesentlichen auf's Festfeiern beschränkt.

* * *

Norderstedter BI-Veranstaltung

Ende Mai veranstaltete die Norderstedter BI gegen AKWs einen Informationsabend, zu dem insgesamt über 200 Leute kamen. Vorausgegangen war dieser Veranstaltung ein kleiner Agitationsumzug, auf dem ca. 40 Leute teils als Atomleichen geschminkt oder als ABC-Schutztrupp verkleidet mit Transparent, einer „Atomkraft-Nein-danke"-Fahne und Sandwiches durch die Stadt zogen und über Flugblätter und Megaphon die Menschen zu unserer Veranstaltung einluden.

Die Veranstaltung selbst war dann auch ein voller Erfolg. Beiträge über die Gefährlichkeit von AKWs, über Frauen im Widerstand, über die Lügen, daß AKWs Arbeitsplätze schaffen würden, sowie auch über die Bulleneinsätze an den Bauplätzen und den Kriminalisierungsversuchen stießen auf reges Interesse, ebenso das Dosenwerfen auf die Fratzen der AKW-Betreiber; für's leibliche Wohl war ebenfalls gesorgt.

Im Mittelpunkt des Abends stand der Film „Was lange gährt, wird endlich Wut". Den Schlußpunkt setzte nach dreistündigem Programm die Musikgruppe „Trotz Alledem", die mit ihrem Programm die noch über 150 Besucher bis 12 Uhr nachts begeisterte.

Anti-AKW-Camps

Flensburg

Am 17./18./19. Juni wurde von ca. 50 AKW-Gegnern aus Flensburg, Kappeln, Süderbarup und Sörup/Satrup in Bockholm-Wik an der Flensburger Förde ein Zeltlager durchgeführt. Einen Tag vor Lagerbeginn, als Zelte schon aufgebaut waren, kreuzte ein Typ vom Ordnungsamt auf, hinterher Polizei, und meinten, das Lager könne nicht genehmigt werden von wegen der sanitären Anlagen usw. Als die AKW-Gegner gerade in Bockholm-Wik ihre Zelte aufgeschlagen hatten, erklärte der Verwalter, er sei gerade von der Polizei angewiesen worden, sich alle Autonummern und Namen zu notieren, da die Jugendlichen AKW-Gegner seien. Außerdem erklärte er, sie würden die Urlauber stören und sollten deswegen den Platz wieder räumen. Der gleich anwesende Bulle forderte dann die Jugendlichen auf, den Platz sofort zu räumen, andernfalls würde das eine Hundertschaft erledigen!

Die AKW-Gegner ließen sich jedoch nicht einschüchtern, machten sofort ein Flugblatt zu diesen Schweinereien und führten auf dem Campingplatz eine Unterschriftensammlung unter den Urlaubern durch, die sich ganz und gar nicht von den AKW-Gegnern „gestört" fühlten. Schließlich konnte das Zeltlager auch fortgeführt werden! An einer Anti-AKW-Fete am Strand nahmen über 200 Menschen teil. Auf dem Zeltlager machten 15 Frauen eine Arbeitsgruppe „Frauen gegen AKW" und beschlossen, in der kommenden Woche sich wiederzutreffen und eine Fraueninitiative gegen AKW aufzubauen.

KB / Gruppe Flensburg

* * *

* * *

Grohnde-Solidaritätslager in Münster

Nach Bekanntwerden der Besetzung des Kühlturmbauplatzes in Grohnde entschlossen sich Teile des Arbeitskreis Umwelt Münster, diese Aktion zu unterstützen. Durch den Aufbau eines Solidaritätszeltlagers, das Aufstellen von Büchertischen und Stelltafeln sowie das Singen von Anti-AKW-Liedern gelang es, die Aufmerksamkeit der Bevölkerung zu erregen und gezielt Informationen über die Vorgänge in Grohnde und den Sinn des Zeltlagers, die darüber hinaus noch in einem Flugblatt dargestellt wurden, zu vermitteln. Zu der abends stattfindenden Fete fanden sich trotz strömenden Regens ca. 50-60 AKW-Gegner ein, etwa 20 übernachteten in den aufgebauten Zelten. Leider wurde die Aktion bereits am nächsten Tag einerseits wegen des schlechten Wetters, hauptsächlich aber wegen der nachlassenden Beteiligung beendet.

Die örtliche Presse drückte ihre Verwunderung in einem Artikel „Zelten ohne Erlaubnis auf dem Marienplatz" („Westfälische Nachrichten", 16.6.) aus; der Staatsapparat nutzte die Aktion dazu, seine Bildergalerie weiter aufzufüllen. Zwar kontrollierten ständig Bullenwagen den Ort des Geschehens, doch traten abgesehen von zwei kurzen Besuchen und einem vergeblichen Versuch des Ordnungsamtes, eine einstweilige Verfügung loszuwerden, keine Störungen auf. Wenn man bedenkt, daß der AKU Münster solche dezentralen Aktivitäten bisher meist nur alternativ zu zentralen Massenaktionen diskutiert hat, dann war diese Aktion sicher besonders begrüßenswert. Das Zeltlager wurde denn auch – ungeachtet einiger Kritik an organisatorischen Mängeln – einhellig als Erfolg gewertet und ähnliche Unternehmungen in nächster Zeit nicht ausgeschlossen. Wir meinen dazu: weiter so!

KB-Sympathisanten Münster

Anti-AKW-Camps

Esenshamm

Rund 250 AKW-Gegner beteiligten sich an einem Anti-AKW-Camp in Overwarfe nahe dem AKW-Esenshamm in der Zeit vom 16. bis 19. Juni. Vorbereitet worden war das Zeltlager von mehreren nordwestdeutschen BIs, u.a. der BBA-Bremerhaven, den BI-Stade, Bremervörde, der AGC-Cuxhaven, der AKG Varel, einzelnen Untergruppen der BBA-Bremen sowie Atomkraftgegnern aus Delmenhorst und Emden. Ein VV-Beschluß der BBA-Bremen zur Unterstützung der Mobilisierung und Durchführung des Camps hatte leider nur wenig Konsequenzen für einen Großteil der BBA, ebenso wie ein Beschluß der Oldenburger BI, die das Anti-AKW-Camp begrüßte.

Im Camp wurden Arbeitsgruppen eingerichtet, die über die Themenbereiche Technologie von AKWs (insbesondere in Hinsicht auf Esenshamm), Repression gegen die AKW-Bewegung, Frauen gegen AKWs, medizinische Folgen der Radioaktivität, Kulturelle Aktivitäten gegen AKWs diskutierten und Material für die vom Lager aus in der gesamten auch weiteren Umgebung des AKWs stattfindende Agitation zusammenstellten.

Bei einer Veranstaltung in Dedesdorf (gegenüber von Esenshamm) mit etwa 250 Teilnehmern, zeigte sich, daß die AKW-Gegner noch lange nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft haben, mit den Anwohnern direkt beim AKW in die Diskussion zu kommen. Die BBA-Bremerhaven will deshalb in Kürze eine weitere Veranstaltung in Dedesdorf durchführen.

Eine BI-Konferenz, die für den August vereinbart worden ist, soll konkrete Schritte für den Kampf im „heißen Herbst" gegen das Atomprogramm einleiten.

Abschließend demonstrierten ca. 250 AKW-Gegner zum Atomkraftwerk Esenshamm. Hatte die Polizei zuerst versucht, durch diverse Auflagen (Forderung nach Abschluß einer Haftpflicht-Versicherung! des Leiters) eine Demonstration zu verhindern, wurden die Demonstranten nun von einem ausgefeilten Polizeiaufmarsch empfangen. Während der Demo kreiste ein Hubschrauber über dem AKW, auf der Weser „sicherte" ein Boot der Wasserschutzpolizei das AKW.

Auf dem Baugelände selbst marschierte eine Hundertschaft Bullen in voller Kriegsbemalung auf, die teilweise auch mit Maschinenpistolen (!) bewaffnet waren. NWK-„Werkschützer" vervollständigten mit bissigen Kötern das Bild; mehrere Foto- und Video-Teams waren aktiv. Bezeichnend auch die Berichterstattung in Teilen der bürgerlichen Presse: „Sturm auf Atomkraftwerk Esenshamm" war die Schlagzeile der „Bild"-Zeitung. Ebenso auch die Meldungen in den Nachrichten von Radio Bremen und der „Süddeutschen Zeitung". Hier dürfte beim Abfassen der Berichte der Verfassungsschutz Hilfe geleistet haben. Positiv hervorzuheben ist dazu im Gegensatz die Berichterstattung der „Nordsee-Zeitung" und der „Kreiszeitung-Wesermarsch", die weitgehend korrekt über das Anti-AKW-Camp und die Demonstration berichteten und auch die Ziele der Atomkraftgegner benannten.

KB/Gruppe Bremerhaven

Aktionstage in Heiteren

Der vom AKW Fessenheim gelieferte Strom soll zu je 30% in die Schweiz und nach Nordbaden, der Rest nach Paris geliefert werden. Dazu werden riesige Masten beötigt, die in die freie Landschaft gestellt werden. Einer dieser Masten bei Heiteren wird nun schon seit Monaten besetzt gehalten.

Um diese Besetzung zu unterstützen, veranstaltete die Freiburger BI am 17./18./19.6. Aktionstage, an denen sich etwa 130 Menschen beteiligten. Es begann mit einer Fahrrad-„Tour de Fessenheim". Mehrere Feste, u.a. für Kinder, wurden organisiert, Diskussionen sowie Arbeitsgruppen. Ein Ergebnis ist, daß die Besetzung in Heiteren wieder stärker diskutiert und die Nachtwachen verstärkt wurden.

KB / Gruppe Freiburg

• • •



Bayern

Bürgerdialog und AKW-Planung

Augsburg/München. Sowohl der Augsburger Bürgermeister Breuer (SPD) als auch der bayerische Wirtschaftsminister Jaumann (CSU) sind im Mai aus dem Aufsichtsrat der Augsburger-Lech-Elektrizitätswerke (LEW) ausgeschieden (Die LEW ist zu 25 % am geplanten AKW Rehling beteiligt!).

Die Begründung: Beide befürchten bei dem jetzt eingeleiteten Raumordnungsverfahren für das AKW Rehling/Augsburg eine ,,Interessenskollision"!

Jaumann will mit seinem Schritt dokumentieren, daß die notwendigen fachlichen Stellungnahmen, die das Wirtschaftsministerium jetzt im Raumordnungsverfahren abgeben muß, ohne Interessenskonflikte erfolgen können („SZ", 8.6.). Glauben ,,unsere" Regierungsvertreter ernsthaft, daß sie die AKW-Gegner mit so einem Trick darüber hinwegtäuschen können, daß es in der Realität zwischen AKW-Betreibern und Staat in der grundsätzlichen Befürwortung der Atomenergie noch nie Interessensunterschiede gegeben hat; daß seit Jahren Regierungs- und Gemeinderatsvertreter in friedlicher Eintracht mit den Kapitalisten in den Aufsichtsräten hocken! Auch an der Befürwortung des Baus des AKW Rehling werden die jetzt natürlich wesentlich ,,objektiveren" Stellungnahmen des Wirtschaftsministeriums sicher nichts ändern!!

Das ist der Bürgerdialog, den sie meinen!

Unter strengster Geheimhaltung laufen derzeit in München die Diskussionen über die Beteiligung der Stadtwerke am geplanten AKW Ohu II ab. Während in der Öffentlichkeit von Vertretern der Stadtwerke behauptet wird, ,,im Augenblick ist Stillstand" (,,SZ", 8.6.), laufen die Vorbereitungen hinter geschlossenen Türen auf vollen Touren!

Bereits am 1. Juni hatte die Werksleitung der Stadtwerke in einem Vorvertrag die Weichen gestellt. In dem Tagungsprotokoll heißt es u.a.: „...*daß der vorgelegte Vorvertrag für eine Kernkraftwerksbeteiligung die unter den gegebenen Umständen möglichen wirtschaftlich verwertbaren Ergebnisse beinhalten*" (,,SZ", 8.6.). Weiterhin wurde auf dieser Sitzung beschlossen, ein Geheimpapier an Oberbürgermeister Kronawitter zu verfassen, das als Beschlußvorlage über die Kernkraftwerksbeteiligung heranzuziehen sei. Weiter wird in diesem Papier der Vorschlag für eine gemeinsame Besprechung mit Mitgliedern des Stadtrats gemacht!

sprechung mit Mitgliedern des Stadtrats gemacht!

Die Brisanz der ganzen Frage erscheint den AKW-Betreibern so groß, daß diese Verhandlungen nicht in den Amtsräumen des Rathauses, sondern außerhalb des Dienstgebäudes stattfinden sollen; des weiteren sollen die Teilnehmer des Gesprächs auf die besondere Vertraulichkeit dieser Angelegenheit hingewiesen werden! Nach den Vorstellungen der Stadtwerke soll die endgültige Entscheidung bereits am 12. Juli auf einer Sondersitzung des Werkausschusses fallen!

Wenn man bedenkt, daß diese Vorbereitungen vom Leiter des Elektrizitätswerks mit dem Satz kommentiert wurden: ,,*Im Augenblick ist in der Frage Atomstrom für München Stillstand*" (,,SZ", 8.6.), so macht dies einmal mehr deutlich, wie unter dem Deckmäntelchen der ,,Denkpause" weiter fieberhaft an der Durchsetzung des Kernenergieprogramms gearbeitet wird. Auch wirft diese Mauschelpolitik ein bezeichnendes Licht auf den so viel gepriesenen ,,Bürgerdialog": wenn es um so entscheidende Fragen wie die Finanzierung der AKWs geht, könnte der ,,Bürger" ja stören! Dies sagt Püttner, Leiter der E-Werke in München, auf Anfrage der „SZ" dann auch ganz offen: es gäbe zwar Überlegungen, die aber angesichts der emotionsgeladenen Situation nur sehr zaghaft verfolgt würden! Dem fügte er dann sogar noch die Bitte an: ,,*Schreiben's um Gottes Willen im Augenblick nichts über die Kernkraft, die unverdientermaßen in Verschiß geraten ist*" (,,SZ", 8.6.).

Uranerzaufbereitungsanlage in Bayern?

Außer einem Atommüllager ist in Bayern auch die Aufnahme des Uranbergbaus und der Bau einer Uranerzaufbereitungsanlage geplant! Neben den bekannten Gefahren der Atomkraftwerke wird beim Uranbergbau auch noch das radioaktive Gas Radom freigesetzt!

Interessant ist vor allem die finanzielle Seite dieses Unternehmens, die ein bezeichnendes Licht auf die ganzen Lügen vom „billigen Atomstrom" wirft: bereits vor vier Jahren ist in dem Gebiet um Tirschenreuth mit den Uran-Untersuchungen begonnen worden. Sie wurden jedoch nicht abgeschlossen; noch während der Arbeiten stürzte der Weltmarktpreis für Uran in die Tiefe, ein wirtschaftlicher Abbau war unmöglich. Die Schächte wurden überflutet und verschlossen, Arbeiter wurden nach Hause geschickt. Inzwischen ist der Preis für Uran wieder in die Höhe geschnellt, und es scheint für die AKW-Betreiber jetzt profitabler zu sein, die Uranvorkommen, auch wenn sie sehr gering sind, auszubeuten. Also werden die Schächte wieder leergepumpt, es wird weitergebohrt, mit riesigen Investitionen. Wenn jetzt der Weltmarktpreis wieder sinkt, ist dieses Gebiet wegen des unrentablen Abbaus allerdings wieder aus dem Rennen! So geht es, je nach Uran-Konjunkturlage auf und ab, und gerade dies macht den Atomstrom soooo billig!!!

KB/Nürnberg

Zweite Regionalkonferenz

KB/Nürnberg

Zweite Regionalkonferenz bayerischer Initiativen gegen Atomanlagen

Am 14./15.6. fand in Nürnberg die 2. bayrische Anti-AKW-Konferenz statt, es erschienen Vertreter von 13 Initiativen: Nürnberg, Passau, München (MIGA und MAG), Rosenheim, Würzburg, Landshut, Erlangen, Hof, Bamberg, Augsburg (Augsburger Initiative gegen Atomanlagen, Initiative gegen das AKW Rehling), Regensburg (als Beobachter).

Vorgetragen und diskutiert wurden am 1. Tag vorwiegend die Berichte der einzelnen Initiativen, wodurch ein guter Überblick über die Situation der bayrischen Anti-AKW-Bewegung entstand. In einer Reihe von Initiativen sind örtliche Aktivitäten (Veranstaltungen, Aktionstage ...) vor den Sommerferien vorgesehen.

Allerdings ist beispielsweise die Tatsache, daß weniger Initiativen als bei der 1. Regionalkonferenz (18) anwesend waren, Anzeichen für ein geringer werdendes Interesse an regionalen Aktionen und Koordinierung. Vielfach wird die Arbeit am Ort alternativ zu überörtlichen Aktivitäten gesetzt. Die Folge war, daß zu dem Tagesordnungspunkt ,,weitere gemeinsame Arbeit" kaum Vorschläge aus den Initiativen kamen, bzw. nur von einzelnen oder Gruppen innerhalb der Initiativen getragen wurden. Unser Vorschlag, in möglichst vielen bayrischen Städten zur gleichen Zeit eine Aktionswoche durchzuführen, eventuell mit einer anschließenden gemeinsamen Veranstaltung/Demonstration/Fest o.ä. wurde zwar von der Mehrheit begrüßt, konkrete Abmachungen dazu aber wurden nicht getroffen, weil viele diesen Vorschlag erst in ihrer Initiative diskutieren müssen.

Zu Beginn des 2. Tages wurde über die Einschätzung der Ohu-Demonstration am 7.5. diskutiert, und die Mehrheit der Vertreter verabschiedete eine Resolution, in der diese Demonstration trotz vieler Mängel und Schwächen ,,in erster Linie als Erfolg" gewertet wird. Verabschiedet wurde auch eine Erklärung gegen die in der BRD bisher einmaligen Demonstrationsauflagen sowie gegen die gesamte Repression in Ohu.

In dieser vom Ermittlungsausschuß/Nürnberg vorgelegten Resolution war die Notwendigkeit dargestellt worden, daß sich die AKW-Gegner am gesamten Kampf gegen Repression beteiligen. Der Nürnberger Ermittlungsausschuß schlug deshalb eine Mitarbeit am Russell-Tribunal vor, was besonders den anwesenden KPD-Vertretern ein Dorn im Auge war.

Sie argumentierten recht blauäugig und mit allen Tricks dagegen – angefangen von ,,davon hab' ich noch nie was gehört (!!), das kann ich deshalb nicht beurteilen" bis zu: ,,man sollte nicht eine bestimmte Initiative gegen Repression in den Vordergrund stellen, da gehört z.B. die Rote Hilfe auch zu" und ähnlichem Schmarrn, was bei einigen Unorganisierten auch sofort verfing. Der Vorschlag, an der Russell-Initiative mitzuarbeiten, wurde dann mehrheitlich mit einigen Enthaltungen abgelehnt.

mitzuarbeiten, wurde dann mehrheitlich mit einigen Enthaltungen abgelehnt.

Überhaupt hat die "KPD" aus der verhältnismäßig schlecht besuchten RK zu profitieren versucht. Sie hatte einige recht zweifelhafte ,,Vertreter" nach Nürnberg geschickt, so z.B. von einer Initiative aus Rosenheim, die bisher nach ihren eigenen Angaben absolut keine Öffentlichkeitsarbeit macht und nicht einmal ein regelmäßiges Treffen durchführt.

Auch durch den gerade gegründeten Münchner Ermittlungsausschuß versucht die KPD, an eine weitere Delegiertenstimme heranzukommen; dies wurde aber von der Mehrheit der anwesenden Initiativen abgelehnt!

KB/Nürnberg

Esenshamm: Wärmelastplan außer Kraft gesetzt

Mit einem Erlaß vom 2.5.77, der erst jetzt bekannt wurde, setzt niedersachsens Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten die Wärmelastpläne für Weser und Elbe im Tidebereich außer Kraft. Betroffen davon sind die im Bau befindlichen bzw. geplanten AKWs Grohnde und Brokdorf und besonders das bereits fertiggestellte AKW in Esensham . Bisher konnte das sogenannte Kernkraftwerk Unterweser in Esensham u.a. deshalb nicht in Betrieb genommen werden, weil die im Wärmelastplan angegebenen Werte nicht eingehalten werden können. (ein Oldenburger Gericht hatte Mitte August 1976 der Klage eines Fischers aus Brake stattgegeben und die zweite wasserrechtliche Teilgenehmigung aufgehoben und die Auflagen für die Inbetriebnahme aus der ersten wasserrechtlichen Teilgenehmigung für bindend erklärt: den Bau von Kühltürmen und das Zugrundelegen des Wärmelastplanes für das Verfahren).

Das AKW Esensham sollte bereits im letzten Sommer in Betrieb genommen werden, jeder Tag, an dem es stillsteht, kostet die Betreiber NWK und Preußen Elektra 600.000,– DM! Der Bau von Kühltürmen (der Betreiber hat trotz Auflagen aus wirtschaftlichen Gründen auf den Bau verzichtet) würde noch einmal zwei Jahre dauern. Also wird alles darangesetzt, die Steine aus dem Weg zu räumen, der erste ist der Wärmelastplan:

„Unterhalb der Tidegrenze wurde dieses (bewährte) Rechenverfahren auf Grund theoretischer Überlegungen den besonderen Gewässerverhältnissen angepaßt. Durch ausgedehnte Naturmessungen konnten die ... Temperaturlängsschnitte nicht bestätigt werden. Die zuständigen Wasserbehörden und die Dienststellen der Wasserwirtschaftsverwaltung werden deshalb angewiesen, ... nicht mehr die Wärmelastpläne zugrunde zu legen. Vielmehr sind im Tidebereich bei Wärmeeinleitungen die Temperaturverhältnisse auf Grund von Naturmeßdaten zu beurteilen" (aus dem Ministererlaß).

Damit haben sich die niedersächsische Landesregierung und die Betreiber die Grundlage dafür geschaffen, das Oldenburger Urteil im wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren zu umschiffen und die Inbetriebnahme weiter voranzutreiben. Das gleiche gilt für das im Bau befindliche AKW in Grohnde, an dem die Weser zu manchen Zeiten weniger Wasser führt, als zur Kühlung des AKW notwendig ist! Schon jetzt muß die Weser zeitweise künstlich mit Sauerstoff versorgt werden, um ein „Umkippen" zu verhindern!

Die AKW-Gegner im Weser-Ems Gebiet werden sich dazu etwas einfallen lassen müssen. Die 40.000 Unterschriften, die der „Arbeitskreis gegen radioaktive Verseuchung e.V." schon 1971 gegen den Bau gesammelt hatte, und die gerichtlichen Einsprüche können allein den Bau und die Inbetriebnahme nur verzögern (ohne daß dieser wichtige Teilerfolg geschmählert werden soll). Ein erster Schritt in diese Richtung kann das vom 16.6.–19.6. geplante Zeltlager in der Nähe des AKW's sein, daß als Agitations-Wochenende mit Veranstaltung und abschließender Demonstration geplant ist.

Zwar bleibt abzuwarten, wie sich die anderen drei an der Erstellung der Wärmelastpläne für Elbe und Weser beteiligten Bundeländer zu diesem Alleingang Niedersachsens verhalten, trotzdem sind nach dieser skandalösen Provokation gesteigerte Aktivitäten notwendig. Schließlich würde die Inbetriebnahme des AKW Esensham bedeuten

– radioaktive Verseuchung des größten Bewässerungssystems in Norddeutschland schon während des Normalbetriebs (350m von der Stelle entfernt, wo unbestritten radioaktive Abwässer in die Weser geleitet werden sollen, befindet sich das Einlaßsiel für das Bewässerungssystem für das Butjadinger Land mit allein 80.000 Stck. Vieh).

– **Gefährdung des gesamten nord**deutschen Raumes, denn das AKW (50 km von Bremen, 6 km von Bremerhaven entfernt) ist ,,sicherheitstechnisch" schon heute überholt. Beispiele:

1. es ist kein Berstschutz vorhanden, wie er nach dem Wyhler Urteil ,,notwendig" ist.
2. Im Januar dieses Jahres fiel der Pegel wegen extremen Niedrigwassers unter den Wassereinlaß zum AKW!

Bei Betrieb wäre Direktkühlung nicht möglich gewesen, die für katastrophenfälle vorgesehene Notkühlung ist bisher noch nirgends auf der Erde angewandt worden!

3. Die Reaktorkuppel ist nur 80cm stark (Biblis C erhält eine 2m dicke Kuppel, unabhängige Gutachter halten 3,50m für notwendig), eine größere Stärke läßt das Fundament nicht zu!
4. Die Frischdampfleitungen liegen offen (!) und sind nicht gegen Einwirkungen von außen geschützt.

Ein Sicherheitsrisiko ersten Ranges!

KEINE INBETRIEBNAHME DES AKW ESENSHAM !

KB/Gruppe Bremen

Haben sich die BI-Führer in Lüchow schon mit der WAA abgefunden?

Bereits im ARBEITERKAMPF Nr. 106 haben wir darüber berichtet, daß Albrecht den BI's bis zu 500.000 DM für ein Gutachten spendieren will.

Inzwischen ist uns der Bericht über das Gespräch von Albrecht mit den BI-Führern in die Hände gekommen, den Mombaur, der Chef der Lüchow-Dannenberger BI's, an die „Elbe-Jeetzel-Zeitung" („EJZ") gegeben hatte.

Daraus geht eindeutig hervor, daß diese BI-Führer sich längst mit dem Bau der Wiederaufbereitungsanlage abgefunden haben; denn das ganze Gutachten soll sich mit den FOLGEN des Baus der WAA beschäftigen, bzw. welche Entschädigungsmaßnahmen dabei notwendig sind.

Dabei gehören diese BI-Führer selbst zu den Empfängern eventueller Entschädigungen, wie der Graf von Bernstorff oder der Sägewerkbesitzer G. Herbst.

An dem Gespräch hatten von Regierungsseite Albrecht, der Leiter der politischen Abteilung im Sozialministerium, Ness, sowie zwei weitere Ministeriumsbeamte, Vaupel und Horst und Wissenschaftsminister Pestel teilgenommen. Von den Lüchow-Dannenberger BI's war der Graf von Bernstorff mit seinem Rechtsanwalt vertreten, um – wie es heißt – „die Interessen der betroffenen Grundbesitzer zu vertreten". Außerdem waren beteiligt Mombaur und Günther Herbst. Die BI-Führer hatten den Vorschlag für ein Gutachten mitgebracht, dessen Bezahlung Albrecht schon vorher prinzipiell zugesagt hatte. Diese Vorschläge waren von den Büros Planco in Hamburg und Prof. Laage, Hamburg/Hannover, gemacht worden. Dazu heißt es in der Stellungnahme Mombaurs: *„In dem Gutachten werden nach den Vorstellungen der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg nicht die Fragen von Umweltbelastung und Umweltschutz untersucht, wie sie sich aus dem Betrieb eines Entsorgungszentrums bei Gorleben ergeben würden. Die Bürgerinitiative hält es für ebenso wichtig, die raumwirtschaftlichen Fragen zu klären, die sich bereits jetzt aus der Standortwahl ergeben und auch während der immerhin zehn- bis fünfzehnjährigen Bauphase für den Landkreis und seine Bevölkerung Bedeutung haben werden.*

Hierzu gehören nach Ansicht der aufgeforderten Berater- und Gutachterfirmen Punkte wie mögliche Abwanderungen, Betriebsverlagerungen, Einkommensveränderungen und bis zur endgültigen Entscheidung in drei Jahren zurückgestellte Investitionen mit all ihren negativen Auswirkungen, Rückschläge im Fremdenverkehr und am Grundstücksmarkt sollen ebenso analysiert werden wie psychologische und soziologische Folgewirkungen, zum Beispiel Zukunftsangst, persönliche Unsicherheit, Staatsverdrossenheit und Radikalität einerseits, gesteigerte Zukunftserwartungen andererseits".

Das ganze Gutachten soll also nichts weiter als mögliche Radikalität und Staatsverdrossenheit, d.h. die möglicherweise an Boden gewinnenden Linksradikalen untersuchen, die laut Satzung der Lüchow-Dannenberger BI's sowieso nichts in ihren BI's zu suchen haben sollen, denn die Satzung verpflichtet alle Mitglieder auf die „freiheitlich demokratische" Grundordnung, d.h. zur Einhaltung aller Gesetze! Andererseits soll das Gutachten untersuchen, welche Schadensansprüche alle Besitzenden am Ort anmelden könnten: die sollen dann von den Gutachtern computermäßig aufgelistet werden: *„Während der langen Bauzeit halten die angesprochenen Gutachter den Einsatz von Baumaschinen und Transporteinrichtungen sowie die Vorhaltung entsprechender Betriebs- und Lagerflächen und Transportwege für so umfangreich und intensiv, daß sie durchweg den Einsatz besonderer Rechenverfahren und Computerprogramme für nötig erachten, um alle beschädigenden Wirkungen zu ermitteln. Genannt werden in diesem Zusammenhang die Zerstörung von Mutterboden und Vernichtung der Existenzgrundlage von natürlichen Lebensräumen, die Beeinflussung von Gewässern und Grundwasservorkommen, Lärm und Erschütterung, Luftverunreinigungen sowie Anfall und Beseitigung von Abfällen und Aushubmassen. Ferner wären nach Ansicht der Experten Faktoren wie eine Überfremdung durch das – häufig ausländische – Baupersonal zu untersuchen, oder auch soziale Spannungen, wie sie sich durch so tiefgreifende Veränderungen in der Struktur eines Landkreises unausweichlich ergeben werden".* Eine lange Liste, aus der man Geld zu machen gedenkt.

Graf Bernstorff, der zweidrittel des Bodens dort besitzt, und sein Anwalt teilten Albrecht mit, daß sie mit den dortigen Grundbesitzern einen Verein gebildet hätten, *„der mit allen Rechtsmitteln gegen Verkauf bzw. eine mögliche Enteignung der Flächen vorgehen werde".*

Nun, gegen eine Enteignung kann man wiederum nur per Gericht Geld herausschlagen – mehr nicht.

Die ersten Schadensersatzforderungen hatten die BI'ler schon mitgebracht, *„die bereits heute als Folgen der Standortvorentscheidung an die Landesregierung gerichtet werden".*

Albrecht war nicht einmal bereit, diese zur Kenntnis zu nehmen und verwies an seine politischen Instanzen.

Die BI's nehmen Albrecht damit ein großes Stück Arbeit ab, sie untersuchen selbst, wie und in welcher Weise die Ortsgrößen dort zu schmieren sind, damit sie „ungeschädigt" die Folgen der WAA hinnehmen können.

Ein ähnlicher Vorgang wie in Bergkamen, wo die Bürgerinitiativ-Mitglieder mit je 20.000 bzw. 40.000 DM abgefunden werden sollten.

Hinzu kommt, daß damit auch die gesamte BI praktisch lahmgelegt würde, wenn es gelingt, die „Staatsverdrossenheit und Radikalität" aus den BI's herauszuhalten, die sich nicht in dieser Weise kaufen lassen würden. Nun, das Gutachten soll durch entsprechende Untersuchungen auch hier Vorsorge leisten.

Die Taktik der Albrecht-Regierung ist von Wyhl her kopiert. Das Battelle-Institut hatte dazu der Landesregierung vorgeschlagen, den Bau des AKW's nicht von vornherein gewaltsam durchzuziehen. Das würde *„Zweifel an der Funktionsfähigkeit der Demokratie"* und *„eine Reflexion der Ursachen und politischen Zusammenhänge bewirken"* (Studie S. 310). Deshalb müsse man die Bürgerinitiativen frühzeitig in den „Entscheidungsprozeß" einbeziehen und den Vertretern der BI's ein „G e f ü h l der Mitbestimmung" vermitteln (S. 309). *„Die Landesregierung muß auf eine Situation hinwirken, daß nicht sie den Bau des KKW begründen, sondern die Bürgerinitiativen ihre Ablehnung beweisen und rechtfertigen müssen (!!!). Es sollte vorrangig über solche Fragen verhandelt werden, die den Bau des KKW's v o r a u s s e t z e n, um maßgebliche Mitglieder der BI's in Interessenskonflikte zu bringen und ihre grundsätzliche Ablehnung aufzuweichen".*

In Lüchow-Dannenberg besitzen die BI-Führer zusätzlich die Frechheit, von vornherein ihre finanziellen Absichten in aller Offenheit kundzutun (alle nicht gekennzeichneten Zitate aus „EJZ", 17.5.).

AKW-Nein-Kommission

Vorsicht Falle

Im März dieses Jahres verschickte das Berliner Zentrum für Zukunftsforschung ca. 2.000 Fragebögen an Bürgerinitiativen mit der Aufforderung, diese ausgefüllt an das Institut zurückzusenden. Dem Vorwort der Fragebögen ist zu entnehmen, daß neben einer Bestandsaufnahme über Arbeitsweise und Organisation der BI's gleichzeitig Modelle entwickelt werden sollen, *„die eine effektivere Mitwirkung der BI's im Bereich der Umweltpolitik ermöglichen".* Zu dieser Fragebogenaktion gab es bisher zwei Aufforderungen des AK-Umwelt aus Bielefeld, die Umfrage, die im Auftrag des Umweltbundesamtes durchgeführt wird, zu boykottieren. So fand der AKU heraus, daß es im Forschungsauftrag zu dieser Studie heißt: *„Bürgerinitiativen im Bereich des Umweltschutzes und Entwicklung von Modellen zu deren effektiveren Mitwirkung im R a h m e n d e r U m w e l t - p o l i t i k d e r B u n d e s - r e g i e r u n g"* (Brief des AKU).

Damit ist die Katze aus dem Sack! Diese Studie soll herausfinden, inwieweit Bürgerinitiativen bereit sind, den sogenannten „Bürgerdialog", der immerhin mit ca. drei Millionen DM ins Leben gerufen wurde und bisher scheiterte, zu unterstützen. Damit soll der bisherige Widerstand der Anti-AKW-Bewegung auf Bittgesuche und gemeinsame Gespräche mit Regierungsvertretern beschränkt werden. Gleichzeitig haben Bundes- und Landesregierungen die Möglichkeit, die von ihnen viel beschworene Trennung der „gemäßigten AKW-Gegner" von den „Radikalen und Kommunisten" vorzunehmen. So wurden schon 1975 vom Frankfurter Batelle-Institut Untersuchungen am Kaiserstuhl vorgenommen, die herausfinden sollten, „wie groß und entschlossen der Widerstand gegen das AKW wirklich sei, welche KKW-Gegner welche Einstellungen haben" etc. (Brief des AKU). Daß es sowohl der Bundesregierung als auch den AKW-Betreibern nach wie vor darum geht, das Atomprogramm gegen jeglichen Widerstand der Bevölkerung durchzusetzen, wird an der geplanten Wiederaufbereitungsanlage deutlich. So sollen schon im Herbst die Frage der „Entsorgung" geklärt und neue Baugenehmigungen für AKW's gegeben werden! In diesem Zusammenhang soll die Untersuchung das nötige Material liefern, inwieweit eine für die Bundesregierung erfolgreiche Spaltung der Anti-AKW-Bewegung durchzusetzen ist.

Dieses Vorhaben wird direkt von Kräften unterstützt, die nicht generell das Atomprogramm ablehnen, sondern die Forderung nach Mitbestimmung beim Bau von AKW's auf ihre Fahne geschrieben haben! So ist es kein Zufall, wenn der Vorstand des BBU diese Fragebogenaktion unterstützt mit der Begründung, *„an der Auswertung ... und der Erstellung der Studie beteiligt* (zu) *werden"* (BBU-Rundbrief vom 16.3.). Die im BBU organisierten Initiativen werden aufgefordert, den Fragebogen auszufüllen, *„da diese Umfrage auch in unserem* (?) *Interesse liegt und dazu beitragen wird, die Mitsprachen und Mitwirkungsmöglichkeiten von Bürgerinitiativen zu verbessern"* (ebenda). Aufgabe der Anti-AKW-Bewegung sollte es sein, diese Spaltungsversuche zurückzuweisen.

AKW-Nein-Kommission

Repression gegen AKW-Gegner

Hamburg: Anti-AKW-Fest darf nicht auf Wiese stattfinden!
Die BI-Hamburg/Hoheluft (Eimsbüttel) soll ihr geplantes Fest nicht im
mieter des Lautsprecherwagens der Grohnde-Demo am 19.3., gegen Halter von Autos, die angeblich vom Verkehrsausschuß eingesetzt waren
schaft rächt sich an ihm offensichtlich für die Tatsache, daß außer ihm nur ein weiterer AKW-Gegner verhaftet und nun angeklagt werden

bisherige Widerstand der Anti-AKW-Bewegung auf Bittgesuche und gemeinsame Gespräche mit Regierungsvertretern beschränkt werden. Gleichzeitig haben Bundes- und Landesregierungen die Möglichkeit, die von ihnen viel beschworene Trennung der „gemäßigten AKW-Gegner" von den „Radikalen und Kommunisten" vorzunehmen. So wurden schon 1975 vom Frankfurter Batelle-Institut Untersuchungen am Kaiserstuhl
nisierten Initiativen werden aufgefordert, den Fragebogen auszufüllen, „da diese Umfrage auch in unserem (?) Interesse liegt und dazu beitragen wird, die Mitsprachen und Mitwirkungsmöglichkeiten von Bürgerinitiativen zu verbessern" (ebenda). Aufgabe der Anti-AKW-Bewegung sollte es sein, diese Spaltungsversuche zurückzuweisen.

AKW-Nein-Kommission

Repression gegen AKW-Gegner

Hamburg: Anti-AKW-Fest darf nicht auf Wiese stattfinden!
Die BI-Hamburg/Hoheluft (Eimsbüttel) soll ihr geplantes Fest nicht im nahe bei den Kaufhäusern gelegenen Unnapark durchführen dürfen. Das entschied ein Unterausschuß des Eimsbüttler Bezirksparlaments. Grund: Der Rasen leidet, die Kinder werden am Spielen gestört etc.! Der Rasen und die Kinder scheinen ganz besonders unter der P o l i t i k zu leiden: wie man hört, veranstaltet Peek & Cloppenburg mit Spielzeug Zars zusammen wie jedes Jahr auch in diesem Jahr nach Ende der Sommerferien am gleichen Ort ein „Fest" für Kinder: der (Werbe)Zweck heiligt die Mittel!

Hamburg: Einer BI der Elbvororte wurde die Aufstellung eines Infotisches am Anleger Teufelsbrück verboten. Begründung: *„Die Aufstellung eines Bücher- und Info-Standes dient weder der Gesundheit noch Erholung der Bevölkerung, sondern stellt vielmehr eine Beeinträchtigung der erholungssuchenden Bevölkerung dar."* Die Bürokraten vom Bauamt (Garten- und Friedhofsabteilung!) - sollten sie ein besonderes Interesse an der Verhinderung der Anti-AKW-Propaganda haben?
Gegen die Bürokratenwillkür!
Nehmen wir unsere Rechte wahr!

Düsseldorf: Bei einer Demonstration gegen den geplanten Schnellen Brüter in Kalkar sind gegen 6 Demonstranten Verfahren eingeleitet worden. Sie haben angeblich „unfriedlich" demonstriert. Ihre Waffen: Helme, Masken usw.!

Hannover: Gegen mindestens 4 Hannoveraner AKW-Gegner laufen Verfahren wegen schwerem Landfriedensbruchs. Bisher haben die Verteidiger keine Akteneinsicht gewährt bekommen, obwohl in mindestens einem Fall bekannt ist, daß die Ermittlungsakte bereits beim Staatsanwalt vorliegt. Weiterhin laufen in Hannover Verfahren gegen den Anmieter des Lautsprecherwagens der Grohnde-Demo am 19.3., gegen Halter von Autos, die angeblich vom Verkehrsausschuß eingesetzt waren und gegen Besitzer von Bolzenschneidern (alles wegen der Grohnde-Demo vom 19.3.).

Kiel: Die vom schleswig-holsteinischen Fraktionsvorsitzenden der SPD Janssen erstattete Anzeige gegen die Verantwortlichen des brutalen Bulleneinsatzes am 30.10. in Brokdorf wurde von der Staatsanwaltschaft mit der Begründung eingestellt, sie sei offensichtlich unbegründet. Von einer Reaktion Janssens darauf ist bisher nichts bekannt. Wie ernst es ihm mit der Anzeige wohl ist?

Itzehoe: In Itzehoe werden demnächst die beiden ersten Verfahren zur Brokdorf-Demonstration vom 13.11. anlaufen. Gegen zwei Demonstranten liegen bereits die Anklagen vor: eine wegen „schweren Landfriedensbruchs und eine wegen des angeblichen Transports eines Mollis".

Bremen: Der verschiedentlich angekündigte Prozeß gegen Jens Scheer am 4.7. findet noch nicht statt. Irrtümlich wurde ein Termin zur staatsanwaltschaftlichen Vernehmung als Prozeßtermin angegeben. Es muß allerdings gefragt werden, wieweit die im Zusammenhang mit dem Scheer-Prozeß-Termin von der "KPD"/AO bzw. Rote Hilfe vorgeschlagene Demonstration Anfang Juli (die nur den Ermittlungsausschüssen (?) vorgelegt worden war und inzwischen sang- und klanglos wieder fallengelassen wurde) eine frühzeitigere Aufdeckung dieses „Irrtums" verhinderte.

Hamburg: Im Zusammenhang mit der Demonstration am 22.1.77 in Hamburg, ist ein Eimsbüttler AKW-Gegner unter Anklage gestellt worden: schwere Körperverletzung, schwerer Landfriedensbruch und weitere Vorwürfe. Die Staatsanwaltschaft rächt sich an ihm offensichtlich für die Tatsache, daß außer ihm nur ein weiterer AKW-Gegner verhaftet und nun angeklagt werden konnte. Daß die Bullen insgesamt 9 Zeugen der Anklage vorweisen können, zeigt, daß sie es ernst meinen! ES WERDEN DRINGEND ZEUGEN FÜR DIE VERTEIDIGUNG GESUCHT! An der Demonstration, besonders im Hauptbahnhof-Bereich Beteiligte oder andere Zeugen sollten sich sofort beim Rechtsanwaltsbüro Groenewold (Tel 49 29 15) melden. Die Zeit drängt.

Hamburg: Der BI Barmbe k wurde von den Behörden die Nutzung des Hauses der Jugend „Flachsland" nicht erlaubt. Die Entscheidung ist offensichtlich von „höherer Ebene" getroffen worden. Als Begründung hat man sich einfallen lassen, es bestünde Gefahr, daß es zu „Auseinandersetzungen" kommen könne. Man könne sich dagegen natürlich absichern, aber dann müßten die Leute dafür eingesetzt werden, die für diese Aufgabe ausgebildet und bezahlt werden: Ein zynischerer Rat, als der, die Bullen zum Schutz von AKW-Gegnern in ein Haus der Jugend (!) zu holen, ist kaum vorstellbar!

Hamburg: AKW-Gegner verurteilt!
Vor einem Bergedorfer Gericht wurde ein dem KBW nahestehender AKW-Gegner zu 15 Tagen Haft, ersatzweise DM 750,– Geldstrafe verurteilt. Er soll beim Einsatz von Bullen, die ein Megaphon beschlagnahmen wollten, hinderlich gewesen sein: Widerstand gegen die Staatsgewalt! Die Staatsanwaltschaft hatte einen ihrer Scharfmacher, Klein, der sich im Prozeß gegen Borvin Wulf schon hatte profilieren können, aufgeboten, um eine Verurteilung trotz der äußerst widersprüchlichen und lückenhaften Aussagen der Bullen durchzusetzen. Klein beantragte 40 Tage Haft – der Angeklagte habe gezeigt, daß er Gesetze brechen wolle und es daher nicht besser verdient!

IKAH/Hamburg

AKW-Forschung an den Universitäten

Bisher hat die Bundesregierung 20 Milliarden DM (!) für das Atomprogramm verschleudert, wovon ein wesentlicher Teil für sogenannte Grundlagenforschung an den Universitäten verpulvert wurde. Abgesehen von den Kernforschungszentren Karlsruhe und Jülich gehen die meisten Gelder an technische Hochschulen. So hat z.B. die TH Hannover 1975 folgende Aufträge erhalten:

- Institut für Strömungsmaschinen, Prof. Bammert und Mahrenholz. 3.820.900 DM für ein Entwicklungsprogramm für Hochtemperaturreaktoren. Angeblich sollen sich in diesem Institut auch ein kleiner Versuchsreaktor und ein kleiner Naßkühlturm befinden. Bammert ist auch Mitherausgeber der Zeitung „atomenergie" und hat Ärger mit dem Bundesrechnungshof, da er bei soviel Geld offenbar nicht widerstehen konnte, ein bißchen für sich verschwinden zu lassen.
- Institut für Verfahrenstechnik, Prof. Mayinger hat Forschungsaufträge von insgesamt 5 Mill. DM, einer davon über das Verhalten der Kernschmelze beim GAU, Kostenpunkt: 1.185.300 DM! Er ist übrigens Mitglied in der Reaktorsicherheitskommission (RSK) der Bundesregierung.
- Institut für Kerntechnik, Prof. Stegemann, bekommt offiziell „nur" 700.000 DM, insgesamt sicherlich mehr.
- Franzius-Institut für Wasserbau und Küsteningenieurwesen, das durch Gutachten für Brokdorf und Grohnde bekanntgeworden ist (alle Angaben nach „aaz Hannover" Nr. 1).

Ähnliche Zustände lassen sich wahrscheinlich für die meisten Unis herausbekommen.

Wo solche Leute an den Unis selbst nicht sind, kommen sie unter Umständen als Gastprofessoren aus den Kernforschungszentren, um ihre AKW-Forschung unter die Leute zu bringen.

So z.B. in Hamburg, wo aus der Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schiffahrt (GKSS), die einen Forschungsreaktor unterhält und maßgeblich an der Entwicklung des Atomschiffes „Otto Hahn" beteiligt war, „Lehrbeauftragte an die Hamburger Uni kommen:

- D. Bünemann, ein Physiker, der dick im Atomgeschäft mit Brasilien drinhängt.
- G.A. Melkonian, ein Chemiker, der vorgibt, „nur" Grundlagenforschung zu machen und mit der Entwicklung von AKWs absolut nichts im Sinn zu haben.

Um all diese Leute ist es bisher viel zu still gewesen. Doch sind sie es, die die „wissenschaftlichen" Grundlagen für den Bau von AKWs legen, ob in der Forschung oder als „unabhängige" Gutachter. Die Studenten in der Anti-AKW-Bewegung, aber nicht nur sie, sollten sich mehr um diese Leute kümmern und ihnen mal einen Besuch abstatten!

AKW-Nein-Kommission

IG Chemie macht Zugeständnisse an AKW-Gegner

Hamburg. Nachdem bekannt wurde, daß die IG Chemie die ehemals zugestandene „Pro und Contra Kernkraftwerke-Veranstaltung'' für den 17.5.77 aus „Termingründen'' abgesetzt hatte (inoffiziell spricht man davon, daß ihr „Pro-Referent'' Matthöfer nach den Hamburger 1. Mai-Erfahrungen abgesagt hatte), ergriffen einige Vertrauensleute, Gewerkschafter und aktive AKW-Gegner bei Beiersdorf erneut die Initiative und führten eine Unterschriftensammlung durch.

An die 120 Kolleginnen und Kollegen unterschrieben die Forderung an die IG Chemie zur Durchführung einer „Pro und Contra-Veranstaltung'' noch vor der Sommerpause. Die Unterschriftensammlung beinhaltete auch eine Kritik an den Aussagen der Gewerkschaftsführer, mit denen die Leser der „Gewerkschaftspost'' in ganzseitigen Artikeln seit Monaten torpediert werden, während die „Kritischen Stimmen'' bestenfalls in der Leserbriefspalte zu Wort kommen. So heißt es in der April-Nummer erneut: *„Zur Frage der Kernenergie geht die IG Chemie davon aus, daß zur Zeit ohne Kernenergie unser wirtschaftlicher Lebensstandard und die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrien bedroht sind.''* – Diese Aussagen werden natürlich gemacht, ohne daß je zuvor auf Mitgliederbasis über AKW's diskutiert worden ist.

Bereits nach wenigen Tagen lag die Antwort der Verwaltungsstelle Hamburg vor:

- man war auch der Meinung, daß die Problematik AKW „in der Mitgliedschaft breit diskutiert werden sollte''
- man war nicht der Meinung, daß die IG Chemie eine eindeutige Stellungnahme für den Bau von Atomkraftwerken abgegeben hat
- eine „Pro und Contra-Veranstaltung'' ist auf DGB-Ebene für den Herbst 1977 eingeplant.

(AKW-Gegner, merkt eucht diesen Termin!)

Ebenfalls bei Beiersdorf waren einige Vertrauensleute seit Wochen bemüht, einen gewerkschaftlichen Arbeitskreis gegen Atomkraftwerke auf die Beine zu stellen. Nach langem Hin und Her und nachdem die Kollegen nicht locker ließen und die Forderung immer wieder an den Vertrauensleutevorstand richteten und im Vertrauensleutekörper vorbrachten, wurde dieser Arbeitskreis jetzt eingerichtet. Es soll „die Energiegewinnung durch Kernspaltung sowie die damit verbundenen Umweltprobleme in vorerst vier Abendveranstaltungen diskutiert (werden)''.

Der erste Diskussionsabend war am 22.6.1977. Eingeladen waren „gewerkschaftliche Vertrauensleute'', „interessierte Mitglieder (von der Gewerkschaftsführung unterstrichen) können in den Arbeitskreis mitgebracht werden''.

Es kamen rund 20 Kolleginnen und Kollegen, was ein recht guter Erfolg ist, wenn man bedenkt, wie begrenzt die Einladungen verschickt wurden.

Zur Diskussion stand als erstes hauptsächlich die Sicherheitsproblematik; aus dem Kreis wurden dann Vorschläge für weitere Diskussionen z.B. zum Thema „Atomprogramm'' und „AKWs und Arbeitsplätze'' gemacht. Wichtig erschien den Kollegen auch, daß die gesamte AKW-Problematik nicht nur in diesem Arbeitskreis diskutiert werden, sondern man in den Betrieb hineinarbeiten sollte.

Auf diesem Diskussionsabend konnte praktisch alles und jedes von den AKW-Gegnern eingebracht werden, ohne daß es auf großen Widerstand beim Verwaltungsstellensekretär und beim Vertrauensleutevorsitzenden stieß.

Hieran gilt es, weiter anzuknüpfen, um den Kampf gegen AKWs auch betrieblich und gewerkschaftlich voranzubringen.

Man wird sehen, wie schnell die Gewerkschaftsführung bei einem offensiven Vorgehen der AKW-Gegner die „Zügel anzieht''.

Das Beispiel der AKW-Gegner bei Beiersdorf sollte im übrigen auch für andere Betriebe und Gewerkschaften „Schule machen''!

Eine Genossin bei Beiersdorf KB/Gruppe Hamburg

Großdemo gegen Superphenix in Malville geplant

Frankreich. Am 30./31. Juli findet in Malville an der Rhône eine Großkundgebung gegen den Schnellen Brüter, ein europäisches Gemeinschaftswerk statt. Entgegen breiten Protesten der Bevölkerung wurde im April 1976 mit dem Bau begonnen. Die bisherigen Aktionen gipfelten im Juli 1976 mit einer Demonstration von 25.000 AKW-Gegnern. Hierbei konnte auch ein Teil des Geländes besetzt werden. Doch mit unvorstellbarer Brutalität wurden die AKW-Gegner wieder vertrieben. Teilweise wurden sie bis zu 70 Kilometer weit einfach von den Bullen in Mannschaftswagen abtransprotiert und irgendwo abgesetzt. Auch bei einem zweiten Besetzungsversuch konnte der Platz nicht gehalten werden.

Nun wird eine weitere Großaktion für den 30./31. Juli vorbereitet. Es hat sich eine Koordinationsgruppe gebildet, in der die BI's aus der Umgebung von Malville, Vertreter der schweizer und elsässischen Anti-AKW-Bewegung vertreten sind.

Diese Koordinationsgruppe hat auf ihrem ersten Vorbereitungstreff Vorschläge für die Durchführung der Kundgebung gemacht. Diese Vorschläge orientieren eindeutig auf eine sehr militante Großkundgebung:

— Bauplatzbesetzung, um dort alles zu zerstören, was man zerstören kann

— Das Ziel der Bauplatzbesetzung schließt jede passive Methode aus

— Die Großkundgebung soll im Zeichen von Autonomie und Selbstorganisation stehen

— Die Kundgebung '77 muß offensiv sein, das heißt nicht, daß sie reserviert ist für eine „antinukleare Fallschirmjäger-Elite''

chen von Autonomie und Selbstorganisation stehen
— Die Kundgebung '77 muß offensiv sein, das heißt nicht, daß sie reserviert ist für eine „antinukleare Fallschirmjäger-Elite''
„gewaltsamer'' Aktionsformen wenden. So z.B.: «Wir müssen die sehr harten Aktionen von einer Gruppe durchführen lassen, die entschlossener ist (nicht durch die Entscheidung irgendeines Chefs) deshalb, weil sehr



— Als Ausrüstung soll mtgebracht werden: Helme, wasserdichte Sachen, Schutzbrillen etc.

Diese Vorschläge riefen eine heftige Diskussion in der Anti-AKW-Bewegung hervor, die sich im Moment auf die Frage der Gewalt zuspitzt.

So gab es zustimmende Stellungnahmen, die darin gipfelten: *«Nachdem wir da waren, wird der Beton nicht mehr wachsen (...) Vor allem wird dies die letzte Veranstaltung in Malville sein! Das muß man sich hinter die Ohren schreiben!»* („Superpholix'' Nr. 12). Bei diesen Worten schlägt natürlich jedem Sponti das Herz höher. Man rechnet auch entsprechend fest mit 100.000 Leuten und, wer nicht kämpfen will, soll am besten gleich zu Hause bleiben.

Auf der anderen Seite gibt es dagegen massive Kritik, die in ihrer extremsten Position von Gewaltfreien vertreten wird, die einmal den „Militanten'' vorwerfen, sie wollten Offensivwaffen benutzen und mit solchen Leuten könne man nicht Seite an Seite in der gleichen Aktion kämpfen. Von sich selbst sagen sie: *«Unser Ziel ist nicht die Besetzung des Bauplatzes. Es ist auch nicht „Superphénix'' zum Stoppen zu bringen. Es geht darüberhinaus, liegt in der Veränderung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und menschlichen Beziehungen, die „Superphénix'' und die Atomindustrie unrechtmäßig hervorbringen»*. Deswegen wollen sie den Bauplatz nur stürmen, wenn es gewaltfrei möglich ist, denn jeder, der Gewalt anwendet, korrumpiere sich selbst und bringe noch mehr Gewalt hervor. Das heißt, all die, die nicht gewaltfrei vorgehen wollen, sollten lieber zu Hause bleiben.

Die Diskussion ist bisher bestimmt durch eine abstrakte Gewaltdebatte in der bisher weitgehend untergeht, von wem die Gewalt ausgeht, und unter welchen Bedingungen eine Großkundgebung stattfinden kann.

So hat das Baugelände allein riesige Ausmaße (40 h) und erfordert tatsächlich große Menschenmengen für einen Besetzungsversuch. Zudem ist bei den bisherigen Aktionen deutlich geworden, daß die französische Regierung bereit ist, ihren „Schnellen Brüter'' auch mit äußerster Brutalität zu verteidigen. So ist in der bisherigen Debatte auch zu kritisieren, daß e i n e Kampfform zur Ausschließlichen gemacht wird, und jeweils den anderen geraten wird, erst gar nicht zu kommen.

Auf der anderen Seite wird auch die größte Entschlossenheit und Bereitschaft zu militanten Aktionen nichts ausrichten können, wenn man sich allein auf die „Selbstorganisation'' und die „Autonomie'' der einzelnen Gruppen verläßt, aber eine einheitliche Demoleitung ablehnt. So konnten die Bullen die Demonstranten relativ leicht abtransportieren, da sie auf dem Gelände leicht isoliert und in kleineren Gruppen fertiggemacht werden konnten.

Die Durchführung der Aktion mit einer gewählten Demonstrationsleitung ist offenbar kaum im Gespräch. Es gibt aber Diskussionsbeiträge, die sich ausdrücklich gegen die einseitige Festlegung „nicht-gewaltsamer'' oder „gewaltsamer'' Aktionsformen wenden. So z.B.: *«Wir müssen die sehr harten Aktionen von einer Gruppe durchführen lassen, die entschlossener ist* (*nicht durch die Entscheidung irgendeines Chefs*) *deshalb, weil sehr wenige bereit sein werden, beträchtliche Gefahren auf sich zu nehmen. Daraus folgt, daß man nicht die kritisieren sollte, die an solchen Aktionen nicht teilnehmen können, denn sie haben die Möglichkeit eine ebenso wichtige Rolle bei der Öffentlichkeitsarbeit und der Unterstützung der Aktion zu spielen»* („Superpholix'', Nr. 22).

Die Debatte um die Vorgehensweise am 30./31. ist noch längst nicht abgeschlossen. Doch haben offenbar bei dem letzten Aufruf vom 30.4. die Gewaltfreien die Oberhand gewonnen: *«Wir treffen uns dann bei einem friedlichen Marsch auf das Baugelände hin am 31.7.»*.

Es wird in der weiteren Diskussion entscheidend darauf ankommen, ob keinerlei Einengung auf eine Aktionsform vorgenommen wird und ob es ein einheitliches Vorgehen mit einer Demoleitung geben wird, um einen nachhaltigeren Erfolg als im Sommer letzten Jahres zum organisieren.

Die Großkundgebung in Malville ist Bestandteil eines großen „Marsches für das Leben''. Dieser Marsch soll von Haguenau (A-Bomben-Raketenbasis) im Elsaß über Landau nach Lauterbourg gehen (14.-21. Juli).

Von dort geht es nach Belfort (Atomraketenbasis), Fessenheim (AKW), Besançon LIP, vorbei am geplanten Rhein-Rhône Kanal (23. - 29. Juli).

Malville (30. - 31. Juli).

Dann soll an zwei Staudämmen vorbei, die für AKW's gebaut werden nach Larzac marschiert werden (13. bis 15. August).

ÖTV-Ärzte kritisieren Standesvertreter
DGB scheut Auseinandersetzung mit BI's

ÖTV-Ärzte kritisieren Standesvertreter

Der Bund gewerkschaftlicher Ärzte in Kiel hat sich in einem Leserbrief an das ÖTV-Magazin gegen Äußerungen des wissenschaftlichen Beirats der Bundesärztekammer vom 9. Okt. 75 gewandt. Dieser hatte in einer Denkschrift in Sachen Kernenergie folgendes abgelassen: *„Da Kernkraftwerke durch die Abgabe sehr geringer Mengen an radioaktiven Stoffen die Strahlenexposition in der Umgebung praktisch nicht erhöhen, andere negative Einflüsse auf die Umwelt nicht zu erkennen sind, gelten Kernkraftwerke heute als in hohem Maße umweltverträglich (hautsympatisch) und vergleichsweise zu anderen Energieereugern als umweltfreundlich.''*

Und weiter: *„In Kernkraftwerken sind bisher keine Unfälle vorgekommen, als deren Folge die Bevölkerung in der Umgebung geschädigt oder in ihrer gewohnten Tätigkeit gehindert worden wäre.'' ... „Bei dem Betrieb von Kernkraftwerken unter Normalbedingungen mit einem zu vernachlässigenden (!) Risiko kann weder ... im Hinblick auf das Schicksal des Einzelnen, noch vom sozialhygienischen Standpunkt* (gemeint sind Erbschäden durch Mutationen) *von einer Gefährdung gesprochen werden.''* (Aus: Denkschrift der Bundesärztekammer zur Beiratssitzung vom 9. Okt. 75).

Dieser letzte Punkt ist besonders zynisch, da ein gewisser Lindacker vom Institut für Reaktorsicherheit (IRS) bei einem GAU im dichtbesiedelten Raum Mannheim der Bundesärztekammer locker eine Todesziffer von 1,67 Millionen im ungünstigsten Fall vorrechnete!

Die ÖTV-Ärzte wiesen darauf hin, daß *„Radiologen im Vergleich zu Ärzten, die nicht mit Strahlen arbeiten, neunmal (!) häufiger an Leukämie ''* sterben.

„Doch nicht nur beruflicher Kontakt gefährdet den Menschen. Es gibt amerikanische Untersuchungen über enorme Zunahme von Krebserkrankungen, Mißgeburten und Säuglingssterblichkeit in der Umgebung von Kernkraftwerken!'' ... „Danach stieg die Lungenkrebsrate in der kleinen Stadt Midland um 600 Prozent an, nachdem sieben Jahre vorher der erste größere radioaktive Ausstoß aus dem nahe gelegenen Shippingport-Reaktor aufgetreten war.'' (nach Prof. Sternglass, radiologisches Institut Pittsburg, zitiert aus dem ÖTV-Magazin 6/77).

Das sind endlich mal offene Worte gegenüber diesen reaktionären Standesvertretern, die wider besseres Wissen der Atomkraftwerkstechnik Unbedenklichkeitsbescheinigungen ausstellen!

AKW-nein-Kommission

DGB scheut Auseinandersetzung mit BI's

Vom 9. bis 13.5.1977 wollte die Sozialakademie Dortmund eine Seminarwoche zum Thema „Bürgerinitiativen in Gesellschaft und Staat - neue Formen der Interessenvertretung?'' durchführen. Das Seminar sollte sich vor allen Dingen mit dem Verhältnis von Parteien und Gewerkschaften zu Bürgerinitiativen beschäftigen. In einem Brief von Prof. Dr. Kühne wurde den Bürgerinitiativen allerdings mitgeteilt, daß die Seminarwoche leider ausfallen müsse, *„weil nicht alle erforderlichen Gesprächspartner zum derzeitigen Zeitpunkt bereit sind, sich an einer öffentlichen Diskussion des Themas zu beteiligen.''*

Was der AKW-Gegner zwischen den Zeilen lesen kann, war dann auch in der Sozialakademie zu erfahren. Die geladenen gewerkschaftlichen Hauptvorstände lehnten eine Beteiligung ab mit der Begründung, die Gewerkschaften wollten sich nicht mit den Bürgerinitiativen an einen Tisch setzen, **um diese nicht politisch aufzuwerten!**

Die Wahrheit ist wohl, daß die Gewerkschaftsführer bei einer Auseinandersetzung mit den Bürgerinitiativen alles andere als gut ausgesehen hätten (aus „Klüngelkerl'' 6/77).

Eine Metallgenossin

Anti-AKW-Arbeit in der Gewerkschaft

Göttingen. Am 23.6. führte die Bürgerinitiative Göttingen eine Anti-AKW-Veranstaltung durch, deren Hauptinhalt eine Auseinandersetzung um die Thesen des DGB und die Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft waren.

Zu einer Podiumsdiskussion waren eingeladen: Vertreter der Bürgerinitiative Chemiekollegen gegen AKW, Mitglied der BUU Hamburg, der örtliche DGB-Vorsitzende Krüger, ein Professor aus Bremen.

Es kamen etwa 150 Interessierte, darunter ein großer Teil Arbeiter und Angestellte aus Göttinger Betrieben. Die Podiumssprecher sollten vorrangig zu den Fragen Stellung nehmen, ob eine Energielücke zu erwarten sei, ob Atomkraftwerke und die Folgeindustrie Arbeitsplätze schaffen und wie eine Verbreiterung des Widerstandes in Betrieb und Gewerkschaft zu erreichen sei.

Der DGB-Vorsitzende hatte offensichtlich Auftrag, den DGB-Vorstandsbeschluß vom 5. April 1977 vorzulesen. Jedenfalls erklärte Krüger sich zum Nichtkenner der Materie und las von der ersten bis zur letzten Zeile den Beschluß vor, der zusan mengefaßt ausdrückt, den zügiger Ausbau der im Bau befindlichen Atomanlagen verlangt und weitere Baugenehmigungen von einer befriedigenden (!) Lösung der Entsorgung abhängig macht.

Ein Betriebsrat von Texaco Hamburg nahm in seinem Beitrag zum Beschluß des DGB Stellung, entlarvte die einsame Entscheidung der Vorstände ohne Diskussion und demokratischer Willensbildung auf Mitglieder- und Vertrauensleuteversammlungen. Er widerlegte in einem längeren Referat die Lügen von der Energielücke und der Arbeitslosigkeit durch den Fall des Atomprogramms. Krüger wurde aufgefordert, zu den laufenden Gewerkschaftsausschlußverfahren und der Verfilzung gewerkschaftlicher Funktionäre mit den Atommonopolisten Stellung zu beziehen.

Er tat es. Heinz Brand habe schon immer freimütig, wie er es übrigens auch für sich in Anspruch nehme, seine Meinung gesagt. Heinz Brand unterscheide nur nicht zwischen Äußerungen, die ein Gewerkschaftsmitglied nur innerhalb der Gewerkschaft von sich geben dürfe und solchen, die für die Öffentlichkeit bestimmt seien. Jeder Gewerkschafter müsse sich der Risiken bewußt sein – er kenne schließlich die Satzung – wenn er seine persönliche Auffassung öffentlich bekannt gebe.

Obwohl Krüger unter dem Druck der Wortbeiträge und der Proteste gegen seine Vorstellungen von Gewerkschaftswillkür einlenkte und versprach, im Sinne der Diskussion seine Vorstandskollegen von der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Arbeitsgruppen zu Atomfragen überzeugen zu wollen, war jedem klar, daß eine Verbreiterung des Widerstandes nicht über die DGB-Vorstandstische erfolgen kann.

Rund 50 Gewerkschaftsmitglieder trugen ihre Namen während der Veranstaltung in eine Liste ein und bekundeten dadurch ihre Bereitschaft, künftig um die Verbreiterung des Widerstandes in Betrieb und Gewerkschaft zu kämpfen. Noch auf der Veranstaltung wurde ein Termin für einen entsprechenden Arbeitskreis vereinbart.

Besetzung der Zufahrtswege zum AKW Gösgen

Schweiz. Auf dem Pfingstmarsch wurde beschlossen, die erfolgreichen Aktionen gegen AKW's fortzusetzen. Es wurde die Besetzung der Zufahrtswege zum AKW Gösgen festgelegt. Dazu gründete sich am 2. Juni in Olten das „Schweizerische Aktionskomitée gegen das AKW Gösgen", SAG. Auf der Gründungsversammlung mit 250 Personen wurden Arbeitsgruppen zur Vorbereitung der Besetzung gebildet. In den weiteren Vorbereitungen wurde dann ein Sieben-Punkte-Katalog verabschiedet, dessen wichtigste Inhalte sind:

— Besetzung unbefristet
— die Gewalt geht von den Behörden aus
— die Aktion ist gewaltfrei
— gelingt die Besetzung nicht, werden an Ort und Stelle Alternativaktionen diskutiert
— taktischer Rückzug bei schlechtem Kräfteverhältnis.

Zur „Gewaltfreiheit" wird folgender bemerkenswerter Passus verabschiedet:

«keine Prügeleien, keine Verletzten, keine provozierenden Monturen, keine Helme; andererseits: Schutz vor Tränengas, Wasserwerfer usw., Schutz mit den Armen vor den Prügeln der Polizei» („Tagesanzeiger", 23.6.).

Hier haben sich zum Teil wieder Vorstellungen in der Bewegung durchgesetzt, die wiederum eine Festschreibung auf eine bestimmte Form des Protests diktieren und dabei sogar zu direkten Zensurmaßnahmen greift, was bei der Aufforderung, keine Helme mitzunehmen offensichtlich wird, denn wozu anders, als zum Schutz vor prügelnder Polizei dient so ein Helm? Zur Durchsetzung der Festlegungen wird eine Ordnertruppe gebildet. Ob sie Helme einsammeln wird? In der BRD haben wir derzeit das Problem, das Helme per Gesetz zu Waffen erklärt werden sollen. Teile der Schweizer Anti-AKW-Bewegung üben hier brav Selbstzensur. Geradezu zynisch klingt es, wenn beschlossen wird: keine Verletzten und zum Schutz vor prügelnder Polizei die Arme empfohlen werden! Derartige Empfehlungen in der BRD und wir hätten zweifelsohne unter dem Mantel der „Gewaltfreiheit" Hunderte Verletzte in unseren eigenen Reihen bei den Aktionen in Brokdorf und Grohnde zusätzlich erreicht! Es ist an der Zeit, daß auch in der Schweizer Bewegung intensiver hierüber diskutiert wird, denn noch spekuliert diese Art „Gewaltfreiheit" darauf, daß das mit den Bullen schon nicht so schlimm wird. Derartige Hoffnungen in de Ordnungshüter können böse ins Auge gehen.

Verbotene Aktion

In den Kommentaren von Behörden und Polizei wird immer wieder betont, daß die geplante Aktion „illegal" sei. Die Besetzer selber rechnen mit einem Verbot. Auf jeden Fall hat die Kantonsregierung massiven Polizeieinsatz angekündigt. In einem Bittbrief an den Bundesrat forderte sie interkantonale Unterstützung zur Verhinderung der Besetzung. Der Bundesrat reagierte daraufhin mit einem Brief an die Kantone, in dem diese aufgefordert werden, Polizeieinheiten nach Gösgen zu schicken. Mehrere Kantone haben mittlerweile zugesagt.

• • •

Massiver Polizeieinsatz gegen Schweizer AKW-Gegner

Gösgen. Am 25.6. folgten fast 4.000 AKW-Gegner dem Aufruf zur Besetzung der Zufahrtswege zum AKW Gösgen (siehe Artikel dazu). Die Demonstranten, die ausdrücklich den friedlichen und gewaltfreien Charakter ihrer Aktionen betont hatten, wurden 300 Meter vor dem Kühlturmgelände von einer Polizeieinheit gestoppt. Diese forderte ohne Begründung den Rückzug. Die außer durch Gasmasken und Mundtücher ungeschützten Demonstranten (Helme waren nicht erlaubt!), wurden von der Demonstrationsleitung aufgefordert, sich unterzuhaken, nicht zu weichen und passiven Widerstand zu leisten. Es folgte dann ein brutaler Polizeiüberfall mit massivem Tränengaseinsatz, u.a. auch aus einem Hubschrauber. Auf Seiten der Demonstranten gab es mehrere Verletzte. Während sie sich zurückzogen, eroberte die Polizei den Lautsprecherwagen, der kurze Zeit später aus „unerklärlichen" Gründen in Flammen aufging.

Die Demonstranten sammelten sich später wieder und wurden zwei Stunden später erneut mit Wasserwerfern und Tränengas angegriffen.

Insgesamt sollen nach Angaben des Schweizer Rundfunk 35oPolizisten im Einsatz gewesen sein, und 600 wurden in Reserve gehalten. Darunter auch Polizei aus Basel, wo noch eine Woche vorher in einer Volksabstimmung fast 80% der Abstimmenden gegen AKWs waren!

Während ein Teil dcr Demonstfanten sich zurückzog, hat der andere ein Zeltlager aufgeschlagen, um über weitere Aktionen zu beraten. Die Veranstalter protestierten in einer Erklärung gegen das Vorgehen der Polizei und das Zusammenziehen der Polizeikräfte. Sie distanzierten sich auch von 15 Leuten in den eigenen Reihen, die Steine geworfen haben. Nützen wird es ihnen nicht, ebensowenig wie alle Beteuerungen der „Gewaltfreiheit" vorher die Staatsgewalt hinderten. Nach diesem ersten brutalen Polizeieinsatz gegen Schweizer AKW-Gegner dürfte in der Schweizer Bewegung hoffentlich in stärkerem Maße die Diskussion um die Unsinnigkeit der Festlegung auf „Gewaltfreiheit" geführt werden.

Nach dem Telefonbericht eines Freiburger Genossen

7.000 gegen Zwentendorf

Österreich. Über 7.000 Menschen beteiligten sich am 12. Juni an der Sternfahrt gegen die geplante Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf. In kombinierten Fuß- und Automärschen, verbunden mit Kundgebungen und musikalischen Darbietungen (u.a. sangen die „Schmetterlinge") verlief diese Aktion friedlich und ohne besondere Zwischenfälle.

Große Polizeieinheiten waren im Einsatz, deren Stärke nicht bekannt ist. Allerdings operierte die Polizei relativ unauffällig. Der größte Teil der Einheiten trat nicht in Erscheinung. Allein im AKW stand alle fünf Meter ein Polizist, allerdings unbewaffnet.

Eiertänze der Sozialdemokraten

Schwierigkeiten haben auch in Österreich die Sozialdemokraten bei der Verwirklichung der Inbetriebnahme des bereits fertiggestellten AKW Zwentendorf. Um nicht die gleichen Schwierigkeiten zu bekommen wie seine sozialdemokratischen Freunde Palme in Schweden und Schmidt in der BRD, hatte SPÖ-Kanzler Kreisky vorgehabt, die Inbetriebnahme mit einer breit angelegten „Aufklärungskampagne" vorzubereiten, die allerdings durch Eingreifen und Agitation der AKW-Gegner zum Rohrkrepierer wurde. *„Die Furcht der Aufklärung ist nur vermehrte Furcht"* kommentiert der Wiener „Kurier" (23.6.) den wachsenden Widerstand. Kreiskys Dilemma: die AKW-Betreiber drängen auf Inbetriebnahme, bei den Wählern fürchtet er Schwund. Eine Milliarde DM sind bisher ausgegeben. Angeblich sei Zwentendorf das sicherste AKW der Welt. Der Plan ist bereits umgeschmissen. Im August 76 war der erste Atomstrom eingeplant, mittlerweile wird der Herbst 1978 anvisiert.

Der sozialdemokratische Parteivorstand drückt sich vor einer klaren Stellungnahme. Auf seiner letzten Sitzung, am 22.6., sollte eigentlich ein Beschluß gefaßt werden, der zunächst auf den 7. Juli vertagt wurde. Auf eine Formel hat man sich nach westdeutschem Vorbild bereits geeinigt: erst müsse die Atommüllagerung geklärt sein. Für Kreisky ist sie schon geklärt, sein Problem: wie sag ich's meinem Kinde. Am 5. Juli empfängt Kreisky die Bürgermeister des nördlichen Waldgebietes, um ihnen den Entschluß, die Lagerung dort vorzunehmen, näherzubringen. Unterstützung erhält die SPÖ übrigens vom Gewerkschaftsbund, der eine eindeutige Erklärung pro Inbetriebnahme des AKW abgab. Dem Widerstand gegen die AKWs können diese Schwierigkeiten und Widersprüche der AKW-Befürworter nur recht sein.

Österreich-Kommission KB / Gruppe Bremen

Massenschauspiel gegen Kernkraft in schwedischen Großstädten

Im Mai fanden in mehreren Großstädten Schwedens Straßentheaterstatt, arrangiert von einer Theatergruppe aus Göteborg in Zusammenarbeit mit einer Tanzgruppe, Kunstschulen, Musikgruppen und anderen Theatergruppen. An den Aufführungen des Schauspiels nahmen 300 Personen teil. Die Zielsetzung der Aufführungen war einerseits der Versuch einer neuartigen politischen Aktion und andererseits die Einbeziehung so vieler Menschen wie möglich in diese Aktion gegen die Kernkraft.

An den Tagen der Aufführungen zogen Musikgruppen, Theatergruppen und Clowns durch die gesamte Stadt und riefen die Menschen dazu auf, zu einem bestimmten Zeitpunkt auf einem Platz zu erscheinen. Von dem betreffenden Platz aus wurde dann eine kurze Demonstration zur Stätte der eigentlichen Theateraufführung gemacht. Auf diese Art und Weise gelang es den Akteuren, einige Tausend Menschen zum Ort des Geschehens zu mobilisieren. Weiter so, die Phantasie an die Macht!

Skandinavien-Kommission

Bestellungen bei
Verlag J. Reents, Lerchenstr. 75, 2 000 Hamburg 50
Telefon 040/43 53 06 oder 43 53 20

Portokosten gehen zu lasten des Empfängers; pauschal sind bei Einzelbestellungen 0,40 DM mit zu überweisen auf unser Konto
Dresdner Bank Hamburg—BLZ 200 800 00—Kto. 451 83 78
oder
Postscheckamt Hamburg—BLZ 200 100 20—Kto. 240 59 03
Bei Abnahme größerer Mengen durch Bürgerinitiativen, Buchläden etc. Rabatt nach Absprache.



POLIZEITERROR GEGEN AKW—GEGNER

Berichte, Dokumente und Bilder vom 19. 3. in Grohnde und 19.2. in Brokdorf
Format A 4 + DM 2,– + 40 Seiten + Herausgeber: Verlag Arbeiterkampf

Veröffentlichungen verschiedener Bürgerinitiativen:

BÜRGERINITIATIVE „ANGESTELLTE GEGEN AKW'S"
DOKUMENTATION
Kriminalisierung eines AKW-Gegners
Ausschluss aus Betriebsrat und Gewerkschaft?



AUSSCHLUSS AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT ?
Kriminalisierung eines AKW-Gegners:

Dokumentation der Bürgerinitiative „Angestellte gegen AKW's"
Format A 5 + DM 2,– + 36 Seiten
36 Seiten
Aus dem Inhalt:
- **Dokumente, Flugblätter, Anklageschrift; der Versuch von rechten Betriebsräten und Gewerkschaftern aus der Gew. HBV im DGB, einen Betriebsrat und AKW-Gegner zu kriminalisieren.**
- **Banken und AKW's**
- **Gewerkschaften und AKW's**



FRAUEN GEGEN ATOM—KRAFTWERKE

Herausgegeben vom Frauenarbeitskreis der BI Barmbek (Mitglied der BUU Hamburg)
Format A 4 + DM 1,20 + 15 Seiten
Aus dem Inhalt:
- **Das Beispiel Seveso**
- **Kampf der Frauen von Wyhl**
- **In Wyhl, Brokdorf, Grohnde und auch anderswo: Frauen gemeinsam sind stark !!**





ATOMENERGIE UND ARBEITSPLÄTZE

Eine Auseinandersetzung mit den Thesen des DGB-Vorstandes und der Atomindustrie
Herausgegeben von der Bürgerinitiative Chemiekollegen gegen AKW, Mitglied der BUU Hamburg
Format A 5 + DM 2,– + 62 Seiten

Aus dem Inhalt:
- **Schaffen oder Vernichten AKW's Arbeitsplätze ?**
- **Billiger Atomstrom ?**
- **Schafft die Folgeindustrie Arbeitsplätze ?**
- **Der DGB entschied sich: pro Atomkraft contra Widerstand in Betrieb und Gewerkschaft**

15000 protestierten in der Schweiz



Insgesamt etwa 15.000 AKW-Gegner aus der Schweiz, der Bundesrepublik und Frankreich beteiligten sich an den Pfingstmarschaktionen eines Schweizer Organisationskomitees aus verschiedenen „gewaltfreien" AKW-Gruppen, Bürgerinitiativen, Aktionskomitees und Organisationen. Die Forderungen dieses Marsches waren:

- Verzicht auf das AKW Kaiseraugst!
- Verzicht auf das AKW Schwörstadt!
- Keine Atommüll-Deponie im Wabring-Gebiet gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung!
- Sofortiger Baustopp in Leibstadt!
- Sofortiger Baustopp in Gösgen!
- Keine weiteren Investitionen und Vorbereitunsarbeiten für Graben!

Am 28. Mai sammelten sich am Gelände des AKW Kaiseraugst etwa 7000 AKW-Gegner. Sie zogen von dort aus nach Wabrig, wo sie eine Protestkundgebung gegen die geplante Atommüll-Deponie abhielten. Abends folgte ein Volksfest mit Reden und kulturellen Beiträgen.

Am 29. Mai sammelten sich etwa 3000 AKW-Gegner am Bauplatz des AKW Leibstadt und marschierten nach Aarau.

Am 30.5. sammelten sich zunächst etwa 5000 Demonstranten. Der Zug schwoll zunehmend an und an der Abschlußkundgebung am AKW Goesgen beteiligten sich schließlich über 10.000 AKW-Gegner. Zu den Teilnehmern gehörten auch die Beteiligten einer Kundgebung in Schwörstadt/BRD – etwa 800 – die anschließend zum Rhein wanderten und dort in die Schweiz übersetzten.

„Gewaltfreie" Perspektive?

Die Beteiligung an diesem Pfingstmarsch war ein nicht erwarteter Mobilisierungserfolg für die Schweizer Anti-AKW-Bewegung und drückt vor allem auch die Breite des Protests im nordschweizerischen Ballungsgebiet von AKWs/Atommülldeponien aus. Die Aktion war aber auch Ausdruck einer sehr starken Vorherrschaft sogenannter „Gewaltfreier" und Reformisten in der Schweiz, die zumindest bei der Organisation und der Propaganda der Veranstalter das Heft in der Hand hatten und dies sind in der Schweizer Anti-AKW-Bewegung insbesondere die „Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst" (GAK) und das „Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke" (NWA).

Dieser „gewaltfreie" und reformistische Charakter betrifft nicht die Form dieser Aktion, sondern Inhalt und Ausrichtung seitens oben bennanter. Die gesamte bürgerliche Presse in der Schweiz erging sich in großem Lob über Disziplin, Ordnung und friedlichen Ablauf der Aktion und spendete den Organisatoren hierfür große Bewunderung. Die Hinweise auf diese Seite der Aktion erfolgen vor allem immer in gern gesehener Abgrenzung zu „extremistischen" Aktivitäten in anderen Ländern (z.B. Brokdorf). Der Pfingstmarsch konnte sich auf eine gute Zusammenarbeit zwischen Organisationsleitung und Polizei stützen. Der Pressesprecher der Organisationsleitung Daniel Wiener lobte diese Zusammenarbeit *„mit den Polizeibeamten, die man als 'Angestellte der gegen die Atomkraftwerke eingestellten Volksmehrheit' betrachtet habe."* (Neue Zürcher Zeitung – NZZ – 1.6.77). Die politische Orientierung dieses Teils der Demonstranten lief denn auch auf „Denkpause" beim Atomprogramm hinaus, eine Formulierung, die in der BRD bei bürgerlichen Politikern gängig ist. Neben der „Denkpause" wird „Mitbestimmung" gefordert, die NWA und GAK fordern darüber hinaus *„sparsamen Umgang mit Rohstoffen und Energie."* Lezteres wird im Zusammenhang der Ablehung der AKWs als *„Ansätze einer gewaltfreien Gesellschaft"* bezeichnet („Regional-Zeitung" 9/77). Beim Pfingsmarsch äußerte sich die „Gewaltfreiheit" so, daß dieser Teil der Organisatoren alle Auflagen der Polizei befolgte, sich zwar landschaftlich sehr schöne, aber kilometerlang menschenleere Wanderrouten anbieten ließ, während größere Orte nach der Absicht der Polizei umgangen wurden. NWA und GAK wollten auch verhindern, daß die abschließende Demonstration vor dem AKW Goesgen endete (allerdings vergeblich) und wollten sie nach Aarau oder Olten einige Kilometer entfernt verlegen. Am Pfingstmontag schließlich, als die Demonstration am stärksten war, durchbrachen die Demonstranten von sich aus die polizeilichen Auflagen. Sie zogen auf die belebte Straße und mißachteten die Versuche der Polizei, sie auf den vorgeschriebenen Weg zurückzuschicken.

Die GAGAK

Der Pfingstmarsch hat bei allem Erfolg natürlich die entscheidenden Fragen des weiteren Kampfes noch offengelassen. Es sind Illusionen und Träume, der Kampf könne so friedlich und freundlich wie zu Pfingsten weiterlaufen. Das wird so lange noch möglich sein, wie parlamentarische Orientierung und „Denkpausen" etc. in der Bewegung ein so starkes Gewicht haben. Geht die Konfrontation allerdings um die direkte Verhinderung von AKWs und des Atomprogramms, kommt man auch in der Schweiz nicht an der Gewalt von Atomindustrie und bürgerlichem Staat vorbei, die sich insgesamt noch sehr zurückhalten. Diese Fragen sind bisher in der Bewegung wenig oder nur ansatzweise diskutiert. So weit uns bekannt, spielt die revolutionäre Linke in der AKW-Bewegung keine irgendwie bedeutende Rolle, Stellungnahmen zu diesen Fragen des Kampfes liegen uns nicht vor.

In Gegnerschaft zu den vorher angeführten reformistischen Positionen steht die GAGAK, die „Gewaltfreie Aktion gegen das AKW Kaiseraugst", die mit den „Gewaltfreien" der GAK nicht zu verwechseln ist. Sie hatte sich für die Demonstration am AKW Goesgen stark gemacht. Sie führt auch den Kampf um die Atomschutzinitiative auf anderer Linie, als die Reformisten. In Basel soll am 10. – 12. Juni in einer Abstimmung die Forderung durchgesetzt werden, daß im Kanton Basel kein AKW gebaut wird. Diese Initiative, die seit Februar 1975 behindert wird, verlangt die Erlassung eines Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung vor AKWs. Die GAGAK schreibt dazu: *„Wir führen also den Abstimmungskampf nicht auf der Ebene 'AKWs gehören nicht in besiedelte Gebiete', sondern versuchen die Ja-stimmenden Baseler Bürger für direkte Aktionen gegen den Bau des AKWs zu motivieren"* (Flugblatt der GAGAK, 15.5.77).

Um ähnliche Auseinandersetzungen geht es bei einer von der GAGAK ebenfalls 1975 eingereichten Petition um einen vierjährigen Baustop aller Atomanlagen. Dieser Forderung haben sich mittlerweile fast alle Schweizer AKW-Gegner angeschlossen. Die Unterschriften für die Petition sollen am 23. Aug. übergeben werden.. Wobei wiederum die parlamentarisch orientierten Kräfte (GAK, NWA) sich an die Spitze gesetzt haben. Die GAGAK betrachtet den vierjährigen Baustop als *„nur ein wichtiger Schritt in Richtung eines generellen Bau- und Betriebsstoppes, eines Verzichts auf alle Atomanlagen"*, offensichtlich in Abgrenzung zur „Denkpause" und ähnlichem. Darüberhinaus fordert sie Diskussion und Klarheit in der Anti-AKW-Bewegung über zwei Punkte:

„– Wir sind bereit, unsere Ziele mit den sogenannten legalen Mitteln durchzusetzen. Aber wir kennen ihre Grenzen. Deshalb bereiten wir uns darauf vor, notfalls mit direkten Aktionen einzugreifen!

– Wir stehen für die breiteste Einheit aller AKW-Gegner ein. Dabei wissen wir, daß diese Einheit sich aus verschiedenen Meinungen und politischen Strömungen zusammensetzt. Deshalb muß in unseren Reihen die Demokratie herrschen, müssen die Auseinandersetzungen offen ausgetragen werden. Nur so läßt sich eine wirksame Einheit schaffen." („z.B. Kaiseraugst", Nr. 6, Mai 1977).

Und so geht's weiter...

Am 11. und 12. Juni stimmen die Basler über die Atomschutzinitiative ab.

Am 30. Juli soll wenige Kilometer von Genf entfernt eine Demonstration gegen das französische AKW Malville stattfinden.

Am 27. August findet in Bern die nationale Demonstration für einen vierjährigen Baustop aller Atomanlagen statt.

Schweiz-Kommission
KB/Gruppe Bremen



7000 zogen am Pfings-Sonnabend von Kaiseraugst nach Wabrig

Protest gegen NPD- »Deutschlandtreffen«

Frankfurt. Am 17. Juni führte die NPD eine zentrale Demonstration und Kundgebung mit ca. 3.000 Anhängern aus dem ganzen Bundesgebiet durch. Wie schon einmal vor drei Jahren (17.6.74) erfreuten sich die Faschisten auch diesmal wieder der Unterstützung des Staatsapparats, der ihnen nicht nur offiziell »Legalität« bescheinigte, sondern ihren Aufmarsch durch brutale Polizeiüberfälle auf antifaschistische Gegendemonstranten flankierte. Die NPD-ler, die mehrfach mit Knüppeln und Fahnenstangen auf Antifaschisten losgingen, blieben praktisch unbehelligt und mußten nur drei Verhaftungen hinnehmen, während andererseits 21 Gegendemonstranten festgenommen wurden. Zusätzlich wurden sämtliche antifaschistischen Kundgebungen im Gegensatz zur NPD (!!) vom Ordnungsamt mit scharfen Auflagen versehen, die eine Vorwegnahme der geplanten Verschärfung des Demonstrationsrechts beinhalten (dazu hat die hessische Landesregierung Vorschläge unterbreitet). Immerhin gelang es jedoch, mit über 1.000 Antifaschisten, mehr zu mobilisieren, als bisher zu solchen Anlässen in Frankfurt möglich war.

Während die Polizei den Eingang des Römerberg massiv für die Faschisten „sicherte", gelang es Antifaschisten, vor dem Eintreffen des NPD-Demonstrationszuges vorübergehend, auf dem Platz selbst Protest zu artikulieren. Einer der Höhepunkte: Einholen und Verbrennen der NPD-Fahne und faschistischer Plakate. Kurz darauf machte die Polizei den Platz für die NPD frei Dennoch sammelten sich ca. 1.000 Antifaschisten im hinteren Teil des Römer, die den Auftritt der Faschisten mit lautstarken Protesten begleiteten.

Die Frankfurter KB-Gruppe wandte sich sofort, nachdem der Nazi-Aufmarsch publik geworden war, an alle demokratischen Kräfte mit der Aufforderung, über gemeinsame Protestaktionen zu beraten und für ein Verbot der Kundgebung einzutreten. Trotz mehrmaliger Anläufe gelang es jedoch nur, mit dem Spartacusbund (der allerdings die Verbotsforderung nicht teilte) und einzelnen entschiedenen Antifaschisten, zu einer Zusammenarbeit zu kommen. Insbesondere das Sozialistische Büro (SB), das nicht einmal eine verbale Protesterklärung zuwege brachte, unterstrich damit noch einmal anschaulich, daß seine ständigen Warnungen vor einer angeblichen »Überschätzung der Neofaschisten« mit dem praktischen Boykott des antifaschistischen Kampfes einhergehen.

Immerhin war die »kleine« antifaschistische Aktionseinheit aus KB und Spartacusbund doch der Auslöser für eine relativ breite öffentliche Diskussion um den NPD-Aufmarsch. Kurz vor dem 17.6. berief dann auch die VVN ein Treffen ein, an dem neben der üblichen Revi-Runde eine Reihe von Juso-Vertretern, SHB usw. teilnahmen. Von dort wurde der vertrauensvolle Versuch unternommen, auf dem Römerberg (dort sollte die NPD-Schlußkundgebung stattfinden) ein paar Stunden vor den Faschisten eine eigene Kundgebung anzumelden, um so das Verbot b e i d e r Kundgebungen zu provozieren. Die Behörden freilich versagten nicht der NPD, sondern der VVN die Genehmigung und boten stattdessen einen Kundgebungsplatz in einiger Entfernung an.

Der KB, der (uneingeladen) ebenfalls auf dem VVN-Treffen anwesend war, wurde auf Initiative von DKP-Leuten unter verschiedenen Vorwänden von einer Zusammenarbeit ausgeschlossen; besonders infam war dabei die Argumentation, die „sektiererische und provokatorische Politik des KB" habe sich bei der Curiohaus-Besetzung in Hamburg gezeigt (diese sehr erfolgreiche Aktion zur Verhinderung einer DVU-Kundgebung mit dem Faschisten-Offizier Rudel war in der „tat" in höchsten Tönen gelobt worden – freilich ohne zu erwähnen, daß sie wesentlich vom KB getragen worden war.

Ganz ungeschoren konnten die Revisionisten diese Unvereinbarkeitspolitik nicht durchziehen: Der Vertreter des BdP/BDJ verließ aus Protest gegen derartige Manöver gemeinsam mit uns die Sitzung.

Die sozialliberale Landesregierung ließ verlauten, man sei eigentlich auch für ein Verbot, habe aber »bedauerlicherweise« keine rechtliche Handhabe dafür (so der hessische Innenminister). Insbesondere die SPD-Spitze hütete sich jedoch wohlweislich, selbst eine Verbotsforderung an den Frankfurter Magistrat zu stellen, hatte die NPD die Genehmigung für ihren Aufmarsch doch schon im Dezember vergangenen Jahres erhalten (damals noch SPD-Mehrheit im Magistrat!). Schließlich und als letzter (!) legte der DGB noch seine Pflichtübung ab und forderte ein Verbot der NPD-Demonstration, ohne auch nur einen Handschlag zur Durchsetzung dieser Forderung zu rühren.

Am Vorabend des 17. Juni führte die antifaschistische Aktionseinheit eine Demonstration mit 100 Teilnehmern durch, in deren Anschluß eine mitten auf dem Römerberg gelegene kleinere Kirche besetzt wurde. Die Besetzung fand praktisch unter den Augen der zahlreich anwesenden Polizei statt, die den Magistrat, Dom, Paulskirche und alles mögliche bewacht hatte, ohne gerade dieses Gebäude »auf der Latte« zu haben. Umso rascher und entschlossener schlug der Staatsapparat zurück: Während die Besetzer noch über eine Erklärung diskutierten, mit der weitere Antifaschisten mobilisiert werden sollten, drang Pfarrer Warnke an der Spitze von ca. 30 Bullen in voller Kampfausrüstung in die Kirche ein. Ohne sich überhaupt auf eine Diskussion einzulassen, gab er dem Polizei-Einsatzleiter sofort die Anweisung, die Kirche zu räumen. Während Besetzer und anwesende Presse- und Rundfunkvertreter versuchten, den Pfaffen doch noch irgendwie in ein Gespräch zu verwikkeln, spulte der Oberbulle routinemäßig die üblichen drei Aufforderungen herunter, die Kirche »freiwillig« zu verlassen. Unter unmittelbarer Gewaltandrohung durch die Polizei zogen sich die Besetzer dann zurück — und wurden außerhalb der Kirche von einer weiteren Polizeikette empfangen und festgehalten. Die Bullen hatten bereits alles für die Verhaftung und erkennungsdienstliche Behandlung aller Besetzer vorbereitet; über Sprechfunk waren Gefangenentransport-Wagen angefordert worden. Die Ordnungshüter hatten sogar schon geklärt, in welchen Wachen wieviel Zellen zur fügung standen. Dazu kam es dann doch nicht, da der Pfaffe nicht so weit gehen mochte, Strafanzeige zu stellen.

Im Unterschied zur Curiohaus-Besetzung im vergleichsweise »liberalen« Hamburg ließen Staatsapparat und Kirchenleitung in Frankfurt den Besetzern gar nicht erst die Zeit, eine Solidarisierung (die zweifellos erfolgt wäre!) durch Information herbeizuführen.

Ein wichtiger Grund für das Scheitern der Besetzung, die durch die Lage der Kirche mitten auf dem Platz, wo die NPD ihre Kundgebung abhalten wollte, günstigere Bedingungen für die Antifaschisten geschaffen hätte, war die schwache Mobilisierung zu der Demonstration am 16.6. Die Tatsache, daß am nächsten Tag erheblich mehr Antifaschisten erschienen, um ihren Widerstand gegen den NPD-Aufmasch zu demonstrieren, zeigt das noch vorhandene Unverständnis dafür, daß der Protest wesentlich schon v o r dem direkten Auftreten der Faschisten organisiert werden muß. Die engstirnige Vorstellung, antifaschistischer Kampf könne n u r in der direkten Konfrontation mit den Faschisten auf der Straße bestehen, scheitert heute völli eindeutig am Eingreifen des Polizeiapparats zugunsten der Rechtsradikalen. Gerade die regelmäßig erfahrene Einschüchterung durch den Polizeiterror in Frankfurt ist ja die wesentliche Bedingung für die Schwierigkeit einer breiten antifaschistischen Mobilisierung in dieser Stadt. Diesmal waren es wieder KBW und SAG, die ihre — angesichts ihrer wirklichen Mobilisierungsfähigkeit jämmerliche — Großmäuligkeit (»Zerschlagt die zentrale Nazi-Demo« u.ä.) mit blutigen Köpfen bezahlen mußten und erneut das Scheitern dieser Linie dokumentierten. Im Gegensatz zu dem von diesen Gruppen praktizierten »Militanz-Wettbewerb« sehen wir eine wesentliche Aufgabe darin, auch die Mobilisierung der liberalen Öffentlichkeit zu versuchen (z.B. durch die Verbotsforderung, durch die Organisierung ausländischer Proteste u.ä.) und so den reibungslosen Einsatz des Staatsapparates auf seiten der Fas i-sten zu erschweren. Erst auf dem Hintergrund einer solchen Vorarbeit kann d a n n auch ein militantes Vorgehen, das sich auf eine breite Solidarisierung stützt, sinnvoll sein.

Der NPD-Aufmarsch vom 17. Juni wird ein Nachspiel vor den Gerichten haben. Zum einen gelang es einem Antifaschisten beim Rückmarsch der NPD, den NPD-Vorsitzenden Mußgnug, der bei einem Stopp vor einer Verkehrsampel aus seinem Wagen heraus rassistische Pöbeleien von sich gegeben hatte, tüchtig zu verprügeln. Nach einer Meldung der »Abendpost« (Nachtausgabe vom 20.6.) will die NPD deshalb Strafanzeige wegen »versuchten Mordes« (!) stellen. Den Faschisten wurde der Name des in diesem Zusammenhang beschuldigten Genossen von der Polizei übergeben.

Wenig später suchte ein Faschistentrupp bereits die Wohnung des Genossen auf, um auf eigene Faust Rache zu nehmen. Der Genosse konnte sich glücklicherweise in Sicherheit bringen; allerdings ist mit weiteren derartigen Überfällen zu rechnen. Wir warnen die NPD vor der Wiederholung derartiger SA-Terrormethoden, deren Konsequenzen sie in jeder Hinsicht zu tragen hätte.

Zum anderen hat die NPD Strafanzeige gegen KB und Spartacusbund wegen eines Flugblatts angkündigt, in dem sie als „Sammelbecken aller möglichen gemeingefährlichen faschistischen Schlägerbanden" (s.o.!) bezeichnet wurde („Frankfurter Neue Presse", 15.6.). D e r Prozess – sollte die NPD tatsächlich so kühn sein, ihn anzustrengen – verspricht interessant zu werden . . .

KB/Gruppe Frankfurt

Frankfurt, Antifaschisten protestieren gegen das „Deutschlandtreffen" der NPD zum 17. Juni

Frankfurt, Antifaschisten protestieren gegen das „Deutschlandtreffen" der NPD zum 17. Juni

Kein NPD-Parteitag in Villingen!

Unter dieser Parole machten Antifaschisten der DGB-Jugend in Villingen (Baden-Württemberg) Anfang Juni einen Info-Stand. In einem Flugblatt machten sie darauf aufmerksam, daß die NPD für den 18. September ihren Landesparteitag in Villingen angekündigt hat. Die stadteigene Turnhalle ist als Tagungsort für die Faschistenzusammenrottung vermietet worden!

Der Info-Stand der Antifaschisten rief sofort den Villinger Polizeimeister Schützinger auf den Plan, der Mitglied des NPD-Bundesvorstands ist. Offensichtlich ziemlich überrascht darüber, daß ihr klammheimlich eingefädelter Landesparteitag so frühzeitig bekannt geworden war, beschränkten sich die von ihm eiligst herbeigerufenen Nazis darauf, ihre »Deutsche Stimme« neben dem Stand zu verteilen. Die Reaktion der Bevölkerung war anfangs recht desinteressiert. Erst als die Antifaschisten offensiver rangingen und Parolen riefen wie »Kein NPD-Parteitag in Villingen«, wuchs auch das Interesse der Bevölkerung.

Zur Vorbereitung und Koordinierung weiterer Aktionen gegen den geplanten NPD-Parteitag haben die Antifaschisten in der DGB-Jugend alle demokratischen und antifaschistischen Organisationen in der näheren Umgebung zur Gründung eines »Antifaschistischen Arbeitskreises« aufgerufen.

Kein NPD-Parteitag in Villingen!



Nazi-Schmierereien

In der Gedenkstätte im ehemaligen KZ Flossenbürg sind zahlreiche Gedenksteine mit weißer Farbe beschmiert worden, Fahnen von der Wand gerissen und vor einem Altar verbrannt worden, der Opferstock wurde ausgeraubt (»Welt«, 14.6. und »tat«, 24.6.77).

•••

In Rosengarten/Nenndorf wurde das Haus des SPD-Fraktionschefs Dietmar Stadie in Riesenlettern mit Parolen wie »Deutschland erwache« beschmiert. Die Autos von Stadie und seiner Frau waren mit SS-Runen und faschistischen Sprüchen beschmiert. Stadie hatte gegen eine SS-HIAG-Veranstaltung in Vahrendorf protestiert (»HAN«, 25.4.77).

•••

Das DKP-Büro in Hamburg-Altona wurde am 15.6.77 mit Hakenkreuz und faschistischen Parolen beschmiert (siehe Foto).

•••

In der Nacht vom 15./16.6. wurde auf dem Ehrenhain für die Opfer des Faschismus in Hamburg-Ohlsdorf eine bronzene Statue abgesägt und gestohlen. In dieser Gedenkstätte sind u.a. die Urnen der kommunistischen Widerstandskämpfer Fiete Schulz und Edgar André beigesetzt (»tat«, 24.6.77).

Ermittlungen der Polizei führten in all diesen Fällen natürlich nicht zum Erfolg...



Nazi-Schmiererei am DKP-Büro in Hamburg-Altona

Rosenbaum wieder im Knast

Seit dem 14.Juni befindet sich der Nazi-Verbrecher Rosenbaum wieder dort, wo er hingehört: Im Knast! Mindestens zwei weitere Jahre seiner lebenslangen Haftstrafe soll er dort jetzt nach der Aufhebung seiner zeitweiligen Haftaussetzung verbringen.

Das Kapitel Rosenbaum ist damit keineswegs abgeschlossen. Nach wie vor besteht der Gerichtsbeschluß, wonach dem AK (und damit der übrigen antifaschistischen Presse) verboten sein soll, zu verbreiten, daß Alt-Nazis wie Rosenbaum im Knast begünstigt werden. Diese Tatsache gewinnt nun neue Aktualität.

Im Folgenden haben wir dazu Fakten zusammengestellt. Wir beziehen uns dabei z.T. auf offizielle Informationen ("Santa-Fu Magazin" Nr. 1/2), z.T. auf Schilderungen Betroffener (u.a. ehem. Gefangene).

In einer Studie über die 135 Lebenslänglichen der "Norddeutschen Vollzugsgemeinschaft" (sämtliche Lebenslängliche aus Hamburg/Bremen/Schleswig-Holstein sitzen in Santa-Fu) wird festgestellt (Vorabdruck dieser Studie im "Santa-Fu Magazin" 1/2):

Untersuchungshaft:

„Die Befragung über die Untersuchungshaft hat folgendes Ergebnis mit persönlichen Bewertungen ergeben: 22,5% bezeichneten die U-Haft als 'grauenhaft', 9,9% 'fürchterlich', 67,6% als psychisch und nervlich belastend bis unerträglich, 5,6% 'drehten durch', 2,8% haben Selbstmord zu begehen versucht, 8,4% wurden so schwer krank, daß sie von der weiteren U-Haft verschont werden mußten."

Sehr merkwürdig: laut Studie sind diese 8,4% Haftverschonte allesamt NS-Verbrecher! In einem Fall wurde im Krankenhaus weiterverhandelt. - Soll man annehmen, daß Nazis besonders empfindsame Menschen sind, die anfälliger gegenüber der Haft sind als andere Menschen? Am Alter jedenfalls kann es nicht liegen, denn auch andere Gefangene sind älteren Jahrgangs!

Urteile:

„Auch bei einem und demselben Landgericht (Hamburg) *gibt es merkwürdige Urteile wie: wegen 4-fachen Mordes einmal lebenslänglich, wegen Mordversuch 15 Jahre plus lebenslänglich. Wegen 148-fachen Mordes in einer NS-Sache einmal lebenslänglich".*

Diese „NS-Sache" ist Rosenbaum. Der 148-fache Mord dieses Nazi-Massenmörders ist offenbar weniger schwerwiegend als ein Mord oder ein Mordversuch eines normalen Kriminellen.

Begnadigung:

Die Begnadigungspraxis zeigt weitere Unterschiede zwischen der Behandlung von Alt-Nazis wie Rosenbaum und anderen Gefangenen: *„ 34 der in Hamburg und Bremen verurteilten Lebenslänglichen wurden im Zeitraum zwischen 1964 und Feb. 1977 begnadigt und zwar im Schnitt nach 16,36 Jahren (darunter 3 frühzeitige Entlassungen aufgrund eines zweifelhaften Urteils, beziehungsweise Fehlurteils"* (Studie, s.o.). Zieht man die drei Sonderfälle ab, wird die durchschnittliche Zeit bis zur Begnadigung noch länger. Zum Vergleich auch noch Schleswig-Holstein: Von 1964-70 gab es keine Begnadigung. Von 1970 bis Februar 1977 dagegen 22, die letzten 12 nach durchschnittlich 22 1/2 Jahren.

Rosenbaum bekam bereits nach 15 Jahren Strafunterbrechung für 6 Monate mit dem Ziel, diese dann zu verlängern und ihn endgültig zu begnadigen. Nazi-Mörder Krahner, der mit Rosenbaum vorübergehend entlassen wurde, erhielt diese Begünstigung nach 12 Jahren und ist immer noch in Freiheit! Während der Haftzeit soll - nach Aussagen anderer Gefangener - zumindest Rosenbaum des öfteren Urlaub erhalten haben, was bei Lebenslänglichen absolut nicht Regel ist!

„Resozialisierungsmaßnahmen":

„ 6 Lebenslängliche erhielten Strafunterbrechung im Gnadenwege von 1 Tag bis 6 Monaten nach einer Haftzeit von 5 bis 15 Jahren". Beurlaubung ist eine "Kann"-Bestimmung im Strafvollzugsgesetz; nur ein kleiner Teil der Gefangenen wird dessen für „würdig" befunden.

Besonders „würdig" war offenbar Rosenbaum. Er ist es, der die längste Strafunterbrechung von 6 Monaten erhielt - jetzt nur noch übertroffen von einem weiteren Nazi: Krahner.

Nach Berichten anderer Gefangener hatte Rosenbaum schon 1975 mehrere Haftunterbrechungen von mindestens je 7 Tagen, 1976 anläßlich seiner Goldenen Hochzeit wieder. Außerdem soll Rosenbaum in den Jahren '74 und '75 je ca. zehn „Ausführungen" bekommen haben, die anderen Gefangenen generell nur einmal im Jahr gestattet werden.

Geld:

Gefangene, die wie Rosenbaum das nötige Kleingeld haben (laut Urteil von 1968 hatte sein Geschäft derzeit einen Umsatz von 1,5 Mio. im Jahr) kommen jederzeit an Konsumgüter ran. Normalerweise dürfen Gefangene einmal im Monat in der Strafanstalt einkaufen. Der Kaufmann hat das Monopol und verlangt entsprechende Preise. Die Gefangenen „verdienen" ca. 60,– DM im Monat. Davon müssen sie einen Teil „sparen" für ihre Entlassung. „Einkaufen" heißt also für die Mehrheit der Gefangenen, für ca. 30 DM im Monat Tabak, Kaffee, Seife, Zahncreme usw. Wer mehr Geld hat, kann noch im „Schwarzmarktgeschäft" absahnen.

Einmal soll Rosenbaum - nach übereinstimmenden Aussagen verschiedener Gefangener - eine Dose Maxwell an einen Mitgefangenen verkauft haben. Auf Meldung soll die Sicherheitsgruppe dann die Zelle von Rosenbaum untersucht und Waren im Wert von 3.000 DM, sowie Barmittel in Höhe von ca. 5.000 DM gefunden haben. Entgegen aller Regel soll keine Disziplinarstrafe (wie Wochenendverschluß und Urlaubssperre) erfolgt sein. Zum Vergleich: ein anderer Gefangener, der für einen Mitgefangenen 20 DM aus Santa-Fu mit rausnehmen wollte und dabei erwischt wurde, erhielt dafür 3 Monate Urlaubssperre.

Arbeit :

Die Strafanstalt hat vom Küchendienst über handwerkliche Arbeiten bis zur Tätigkeit im Staatsarchiv Arbeiten unterschiedlichster Art zu vergeben. Die Herren Nazi-Mörder Rosenbaum, Hahn (und andere?) arbeiten selbstverständlich ihrer Bildung angemessen im Staatsarchiv. Diese Arbeit gilt in Santa-Fu als die angenehmste des ganzen Knastes. Vermutlich wird Rosenbaum nach seiner Rückkehr in die Haft auch dort wieder einziehen.

All das zusammengenommen macht deutlich: wenn Rosenbaum jetzt wieder in Fuhlsbüttel ist, ist noch lange nicht sicher, daß ihm dort nicht mit Begünstigungen ein schöner Tag gemacht wird. Man wird sorgfältig darauf zu achten haben, daß Rosenbaum im Knast auch wirklich Knast kriegt. Dabei sollten die Haftbedingungen der übrigen dort noch einsitzenden Nazis ebenfalls mit aufs Korn genommen werden.

Selbst im Knast aktiv gegen Antifaschisten

Rosenbaums Prozess-Aktivitäten gegen Antifaschisten, u.a. gegen den KB, strafen alle Behauptungen, er sei „ in sich gegangen", „resozialisiert" usw. Lügen.

Gegenwärtig sind uns sieben Fälle bekannt, in denen Rosenbaum gerrichtlich gegen Antifaschisten vorgehen läßt.

1.Im Prozess gegen Rosenbaum im Jahr 1968 traten verschiedene Zeugen aus seiner „Wirkungsstätte", der Spitzel - Schule in Bad Rabka, auf, die über Rosenbaums Greueltaten berichteten. Im Urteil werden diese Aussagen aufgezählt. Verurteilt wurde Rosenbaum jedoch nur in 9 der untersuchten Fälle. (Das allein ergab schon 148 eigenhändige Morde!). Rosenbaum bestreitet laut Aussage seiner Anwälte auch heute noch mehrere der benannten Verbrechen. Gegen die Zeugen sind Meineidsverfahren eingeleitet worden, die heute noch nicht abgeschlossen sind.

2. Nach wie vor gilt die von Rosenbaum noch aus dem Gefängnis (vor seiner vorübergehenden Beurlaubung) erwirkte einstweilige Verfügung, wonach dem ARBEITERKAMPF verboten ist, zu verbreiten, daß Rosenbaum im Knast gegenüber anderen Gefangenen begünstigt werde. Gegen die einstweilige Verfügung ist Widerspruch eingelegt worden. Ein Prozess vor dem Zivilgericht steht an. In diesem Prozess werden wir beweisen, daß Rosenbaum begünstigt wurde.

3. Nach wie vor gilt ebenfalls die einstweilige Verfügung anläßlich der Verbreitung eines Plakats, auf dem die Verbrechen Rosenbaums im Zusammenhang mit seiner Adresse angeprangert worden waren. Die Verfügung forderte die sofortige eigenhändige Entfernung des Plakats und untersagte jede weitere Veröffentlichung der Verbrechen Rosenbaums im Zusammenhang mit seinem Namen und seiner Adresse. Es wurde Widerspruch von uns eingelegt. Ein Prozess vor dem Zivilgericht steht in absehbarer Zeit an.

Eine unserem Plakat noch vorausgegangene Veröffentlichung seiner Verbrechen, samt Bild seiner Wohnung, seines Ferienhauses und seiner Adresse in der „Bild" wurde von Rosenbaums Anwälten nicht zur Anzeige gebracht.

4. Anläßlich der Veröffentlichung des Plakats forderte der rechtspolitische Sprecher des NDR, Dr. Werner Hill, in einer Sendung der „Umschau am Abend" zur Strafverfolgung des presserechtlich Verantwortlichen des KB auf. Kurz darauf erhielt der KB eine Strafanzeige wegen Beleidigung. Aus der Ermittlungsakte geht hervor, daß Rosenbaum durch die Sendung aufmerksam gemacht wurde. Eine Woche vor Rosenbaums erneuter Inhaftierung wurde das Strafverfahren von der Staatsanwaltschaft wegen mangelnden öffentlichen Interesses eingestellt. In seiner Ablehnungsbegründung an Rosenbaum schreibt Staatsanwalt Steffen, es .. *ist Ihnen insoweit Recht zu geben, daß die von dem Beschuldigten gegen Sie erhobenen Vorwürfe schwer wiegen. Diese Vorwürfe sind jedoch nicht isoliert zu werten, sondern an dem gegen Sie ergangenen Urteil zu messen. Dann jedoch kommt man nicht umhin festzustellen, daß Sie wegen Mordes an mindestens 148 Menschen, begangen durch 18 selbständige Handlungen, rechtskräftig verurteilt worden sind".* Und mehr noch: *„Angesichts dieser Umstände erscheint die von Ihnen angezeigte Tat nicht von einer derartigen Schwere, daß deren Verfolgung ein unmittelbares Anliegen der Allgemeinheit wäre, und zwar auch dann nicht, wenn die in dem Plakat erhobenen Vorwürfe unrichtig sein sollten".* – Ein wahrhaft seltener Spruch eines Staatsanwalts! Rosenbaum wurde auf den Weg der Zivilklage verwiesen. Es ist zu erwarten, daß Rosenbaum seine Klagen durchziehen will. Allerdings dürfte der saubere Herr mit dem eingestellten Strafverfahren im Rücken etwas in Schwierigkeiten kommen.

5. Ebenfalls offen ist noch ein von Rosenbaums Anwälten gestellter Bestrafungsantrag wegen angeblicher Verletzung der gegen uns erlassenen ersten einstweiligen Verfügung bezüglich der Begünstigung. Und zwar bezieht er sich auf den Nachdruck eines Artikels von Peggy Parnass im AK, wo sie schrieb: *„Der Arbeiterkampf darf die Begünstigung nicht mehr Begünstigung nennen".*

6. Gleichfalls prozessiert Rosenbaum gegen den ranghöchsten Mediziner im Hamburger Strafvollzug, Dr. Mendel Friedland, wegen dessen Äußerung: „Wenn er (Rosenbaum) so viel Mitleid, das er für sich selbst aufbringt, für seine Opfer aufgebracht hätte, dann würden sie noch alle leben". Friedland ist Vorstandsmitglied der jüdischen Gemeinde in Hamburg und gehört dem Direktorium des Zentralrats der Juden in Westdeutschland an. Wie man sieht, ist Rosenbaums Judenhaß ungebrochen.

Gegen Hess, den „Stellvertreter des Führers", gegen Eichmann und andere Kriegsverbrecher wie Krupp, Flick, gegen Alt-Nazis wie den heutigen Präsident des BDA, Schleyer, usw. ist Rosenbaum nur ein kleiner Fisch. An seinem Beispiel läßt sich aber unschwer erkennen, daß aus einem Nazi-Verbrecher kein Demokrat geworden ist, sondern daß seine Gesinnung ungebrochen ist. Unter anderem der ach so bemitleidenswerte Heß hat das auf den Nenner gebracht: „Ich bereue nichts".

Dem setzen wir entgegen: Wir vergessen nichts.

Zur Erinnerung: Rosenbaums Verbrechen

Rosenbaum machte seinen Weg zum SS-Untersturmführer zielstrebig. Aufgewachsen im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg, *„überwiegend kommunistisch"* (Zitate aus dem Urteil), wo *„die SA-Leute keinen leichten Stand hatten"*, entschied Rosenbaum sich schon mit 15 Jahren für den NS-Schülerbund; später Hitlerjugend, freiwillige Meldung für den Berliner SA-Sturm 2, freiwillig zum Arbeitsdienst, schließlich in die NSDAP (aus Altersgründen erst mit 18). Aufgrund seiner Bewerbung bei der „Deutschen Arbeitsfront" war er Büroangestellter. Ein Jahr „diente der Angeklagte freiwillig bei der Reichswehr" – und so weiter und so fort. Seine freiwilligen Meldungen, Bewerbungen etc. brachten ihn bis zum SS-Untersturmführer. Seinen faschistischen Vorgesetzten fiel er durch *„Tüchtigkeit, Umsicht, Diensteifer und Organisationstalent"* auf.

In Bad Rabka (Polen) übernahm er als „Schulleiter" den Aufbau einer „Schule", in der ukrainische „Hilfswillige" zu Agenten und V-Leuten der Faschisten ausgebildet werden sollten. Die für den Aufbau der „Schule" notwendigen Arbeiter ließ Rosenbaum auf Grundlage der Einwohneramt-Meldelisten und mit Hilfe des Judenrats zwangsrekrutieren. Aus der Sicht dieser Zwangsarbeiter trat Rosenbaum als *„der Herr über Leben und Tod"*, als *„der Schrecken des Lagers"* auf. *„Er versetzte die im Schulbereich arbeitenden Juden in dauernde Todesangst. Sein Auftauchen an den Arbeitsplätzen bedeutete für sie körperliche Züchtigung, manchesmal auch Auswahl eines der ihren zur Erschießung."*

Wie weit der tägliche Terror des Verbrechers Rosenbaum ging, sollen ein paar Beispiele aus den seitenlangen Ausführungen im Urteil zeigen:

„Während einmal jüdische Arbeiter in der Nähe des Schulgebäudes tätig waren, erschien der Angeklagte auf einem, ein weiterer SS-Mann auf einem anderen Balkon. Beide schossen zwischen die beschäftigten Arbeiter, als handele es sich um eine Geflügeljagd. – Allen an der Schule eingesetzten Arbeitern wurden die Köpfe geschoren. Es kam vor, daß die kahlgeschorenen Juden dann grundlos in der Sonne stehen gelassen wurden, so daß ihre Köpfe anschwollen. – Einmal fand in der Margrabianka ein wüstes Gelage statt. Die SS-Leute schossen mit ihren Pistolen nach Lampen und Geschirr, gruben Topfpflanzen aus und setzten sie wieder ein. Der Hauptsturmführer Krüger hatte zuvor der Zeugin S. gesagt, sie hafte ihm mit ihrem Leben dafür, daß eine kleine Porzellan- oder Steinfigur unversehrt bleibe. Angesichts der Entwicklung des Gelages wollte die Zeugin die Statuette aus dem Gefahrenbereich herausholen. Das bemerkte Rosenbaum. Er setzte der Zeugin mit gezückter Pistole nach".

Bis 1943 konnte Rosenbaum seine Menschenjagden in Bad Rabka ungestört fortsetzen. Dann wurde er in die Kommandantur der Sicherheitspolizei (KdS) in Krakau versetzt, später zur KdS nach Salzburg. Über diese Zeit schweigt sich das Urteil aus.

Das Urteil gegen Rosenbaum wurde nur aufgrund der Durchführung bzw. Beteiligung an neun solchen Aktionen ausgesprochen. Aus den zur Verurteilung herangezogenen Verbrechen drei Beispiele, die Einblick geben, was für Kreaturen heute für „resozialisierbar" gelten:

– Aus Anlaß einer Flucht aus dem Lager mußten alle Arbeiter antreten. Zehn aus ihrer Mitte wurden „zur Abschreckung" gehenkt. Da bei einem jüdischen Arbeiter der Strick riß, bestand Rosenbaum darauf, daß dieser Mann erneut gehenkt wird. Erst beim dritten Versuch wurde dieser Mann dann endgültig ermordet.

– Transporte von Juden, die zur Zwangsarbeit nach Bad Rabka eingezogen wurden, musterte Rosenbaum persönlich. Die er für krank und schwach hielt, wurden dann durch Massenerschießungen ermordet.

– In Bad Rabka „aufgegriffene" Juden wurden gefoltert und aufs Viehischste ermordet. In mehreren Fällen wurden kleine Kinder vor den Augen der Eltern erschossen. Andere jüdische Arbeiter mußten die Leichen in Gruben „zurechtlegen". Bevor diese Gruben mit Kalk zugeschüttet wurden, schossen die Nazis ihre Magazine in die Grube leer.

Wir werden dafür sorgen, daß solche Vorgänge niemals vergessen werden, gerade deshalb, weil die westdeutsche Justiz wider besseres Wissen versucht, das Ausmaß der Verbrechen zu verharmlosen und heute gar eine öffentliche Diskussion darüber zu unterdrücken!

Unterstützungsausschuß „ARBEITERKAMPF gegen Rosenbaum"

Nazi-Provokationen

Zwischen 20.000 und 30.000 ehemaligen Angehörigen der faschistischen »Wehrmacht« und der Waffen-SS beteiligten sich am Wochenende des 17.6. in Braunau an einer Kundgebung. Trotz Verbots durch die Behörden legten die z.T. in Originaluniform der »Wehrmacht« und mit Hakenkreuzen dekorierten Faschisten nach einem Marsch durch die Stadt am Geburtshaus Hitlers Blumen nieder. Die Forderung der Widerstandskämpferverbände nach einem völligen Verbot solcher Aufmärsche wurde von der Österreichischen Regierung abgelehnt. (»UZ«, 21.6., »die tat«, 24.6.77).

Fügen/Tirol

Vom 19. bis 21. Mai 77 wollte die »SS-Nachrichtengruppe 19« in Fügen/Zillertal ein »internationales Treffen« durchführen. Nicht zuletzt aufgrund vielfältiger Proteste sollte es als »unpolitisches Familientreffen« durchgeführt werden.

Gegen das Nazi-Treffen bildete sich ein antifaschistisches Personenkomitee, das vom »Bund der Opfer« Verband Sozialistischer Studenten Österreichs (VSStÖ), Kommunistischer Bund Österreich (KBÖ — dem KBW nahestehend), Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ — Revis) und der Gruppe Revolutionärer Marxisten (GRM — Trotzkisten) unterstützt wurde (Angaben nach GRM-Zeitung »Rotfront«). Auf Kundgebungen wurde das Verbot des Treffens sowie das Verbot der NDP (der NPD vergleichbar) und der »Aktion Neue Rechte« (ANR) gefordert. Für den 19.5. wurde von Innsbruck aus eine Fahrt nach Fügen mit 60 Personen organisiert; an der Demonstration dort nahmen 90 Personen teil. Erreicht wurde mit dieser Aktion, daß die Nazis zumindest nicht offen in Fügen auftraten.

Salzburg

Ebenfalls vom 19. bis 22. Mai wollten Faschisten im Stadtzentrum von Salzburg einen »Informationsstand« aufstellen und unter der bekannten »Menschlichkeits«firma (Freiheit für Heß, Reder, Kappler etc.) ihren braunen Dreck verbreiten. So wurde u.a. die antisemitische Broschüre »Starben wirklich sechs Millionen? — Die Lüge von Ausschwitz« ausgelegt.

Gegen den Veranstalter des Infostandes war von Antifaschisten eine Anzeige erstattet worden, die allerdings verworfen wurde.

Vom ersten Tag an stellten sich empörte Antifaschisten dieser Provokation entgegen. Ein ehemaliger KZ-Häftling wurde gleich am 19.5. von der zum Schutz der Faschisten mit Hunden angerückten Polizei festgenommen und bekam eine Geldstrafe.

Am 20.5. wurde mit Flugblättern, Sprechchören usw. aktiv Gegenpropaganda gemacht. Beim Versuch, die Stellschilder der Faschisten rot zu übermalen, wurden sechs Antifaschisten auf brutalste Weise festgenommen; vier von ihnen blieben bis zum 23.5. (!) in Haft. Ein angeblich »lebensgefährlich verletzter« Polizist stellte sich wenige Tage später als nur unerheblich blessiert heraus, diente aber in gewohnter Manier zum Vorwand, breit gegen die militanten Antifaschisten zu hetzen.

Am Nachmittag des 20.5. mußte dann der Nazi-Infostand abgebaut werden, angeblich weil erst jetzt bemerkt worden war, daß er den Fußgängerverkehr behindere... Am 21.5. demonstrierten 200 Menschen, am 26.5. über 700 durch Salzburg unter antifaschistischen Parolen und Parolen gegen die Kriminalisierung von Antifaschisten. Insbesondere drohen nun den sechs Festgenommenen Prozesse und schwere Strafen (nach »Rotfront«, Juni 77).

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

»Soziale Demokratische Union« — Die Abgeordnetenbörse wird eröffnet

Wie angekündigt fand (sinnigerweise am 17.Juni) in Mönchengladbach der Gründungsparteitag der SDU statt. 350 Delgierte vertraten über 130 Ortsverbände mit angeblich über 3.500 Mitgliedern, von denen immerhin 9 ein zu SPD-Zeiten erworbenes Mandat in diversen Stadträten als Mitgift einbrachten.

Schon zu den Landtagswahlen 1978 in Niedersachsen und Hessen will sich die SDU zur Wahl stellen. Sie posaunt überall herum, sie würde sicherlich mehr als 5% evtl. gar bis zu 15% der Wählerstimmen erreichen können. Nun, dieses Zahlenspiel kennen wir schon von der AVP!

Sowohl das vorgelegte Grundsatz - programm wie auch das Grundsatzreferat des frisch gewählten Parteivorsitzenden Hans-Günther Weber, Oberstadtdirektor in Braunschweig, fielen eher dürftig aus: Ein einfacheres und gerechteres Steuersystem müsse her, die Staatsfinanzen müßten saniert werden, die NATO müsse gestärkt werden und ähnliche reaktionäre Allgemeinplätze mehr. Tragende Säule der SDU ist die Ablehnung der angeblich „marxistisch–sozialistisch unterwanderten" SPD und von „freiheitsgefährdenden Volksfrontbündnissen".

Außerdem lautet Weber's Programm:„*Keine deutsche Regierung und keine deutsche Partei kann bestehen, die die Oder-Neiße-Linie anerkennt. Ich lehne Nationalverrat ab*"(„Welt", 7.6.77).

Entstanden ist die SDU aus der von Weber Anfang '76 mitbegründeten rechts–sozialdemokratischen „Fritz–Erler–Gesellschaft", die innerhalb der SPD massiv eine rechte Ausrichtung betreibt. Weber selbst trieb es dort gar zu dick, als er im Wahlkampf einen Brief an den persönlichen Referenten von StrauSS schrieb, in dem er die CDU/CSU aufforderte, den Wahlslogan „Freiheit oder Sozialismus" noch stärker herauszustellen („FR",15.10.77). Die Sache wurde bekannt, und Weber kam seinem Ausschluß aus der SPD durch Austritt zuvor.

Den Plan zur Gründung der SDU verkündete Weber Anfang Dezember '76, – just zu dem Zeitpunkt, als StrauSS unmittelbar nach Kreuth „erdrutschartige Veränderungen" in der SPD ankündigte.

Fast ängstlich ist die SDU allerdings darauf bedacht, den faden Geschmack einer neuen „StrauSS – Partei" loszuwerden: Es sei keineswegs beabsichtigt – so Weber in einem Gespräch mit Kohl – die SDU zu einem Anhängsel der CSU zu machen. Es gehe der SDU vielmehr darum, nach dem Vorbild Hollands, Italiens, Luxemburgs und Portugals eine Spaltung in (antikommunistische) Sozialdemokraten und „volksfrontnahe Sozialisten" zu erzielen („Welt", 24.2. 1977).

Immer wieder dieselben Typen

Mitglieder der SDU sind neben Weber u.a.:

– Willi Sinnecker, Krefeld, aus der SPD ausgeschlossen, weil er sich der CDU als „Kronzeuge" gegen einen Juso zur Verfügung gestellt hatte;
– Karl-Heinz Stienen, Krefeld, ehemals SPD-Bundestagsabgeordneter; trat aus, weil er bei der Kandidatenaufstellung für den Bundestag eben diesem Juso unterlegen war;
– Werner Klaer, Braunschweig, ehemals SPD-Landtagsabgeordneter. Er rühmt sich, dabeigewesen zu sein, als am 17.Juni '53 die „rote Fahne" am Brandenburger Tor verbrannt wurde. Er betrieb aktiv das Berufsverbot gegen den DKP'ler Volker Götz („Braunschweiger Zeitung", 2.4.77).
– Anton Jaksch, Wiesbaden; ehemals Landtagsabgeordneter des revanchistischen „Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten".

Da kann natürlich auch die gerade auseinandergelaufene AVP nicht fehlen:

– Jürgen Hartmann, ehemals stellvertretender Vorsitzender der AVP , und:
– Klaus Peter Schulz, der sich mindestens sein viertes Parteiabzeichen an die Brust heftet: Von der SPD ging er zur CDU, dann über den BFD zur AVP und nun zur SDU ...

Nur Schrott?

Viele Parteimitglieder hätten ihre „politische Zukunft schon hinter sich" – so kommentierte die „FR" bissig den SDU-Gründungsparteitag (20.6.77). Was die Personen anbelangt, trifft das sicher zu. Die SDU ist u.a. ein Instrument, die politische Verschrottung der SPD zu beschleunigen.

Darüberhinaus allerdings muß die SDU als politische „Kaufhandelsgesellschaft" eingeschätzt werden, der bei der Organisierung des nächsten Putschversuchs seitens CDU/CSU die Rolle des Stimmenhändlers im „parlamentarischen Gerangel" zufällt.

Antifa - Kommission KB/Gruppe Hamburg.

Alt-Nazi bleibt »Ehrenbürger«



„ ... und deshalb verleihen wir unserem Kameraden Hiere die Ehrenbürgerschaft ... "

Mit 14 CSU-Stimmen plus einer aus einer parteilosen Wählergemeinschaft beschloß der Stadtrat von Parsberg (Oberpfalz) gegen die Stimmen der drei SPD-Räte, daß der ehemalige Führer des faschistischen »Reichsarbeitsdienstes« (RAD), Konstantin Hierl, weiterhin Ehrenbürger der Stadt bleiben dürfe. Diese »Würde« war dem 1955 gestorbenen Hierl 1935 zuerkannt worden. Jetzt wurde ein Antrag des »Verbandes Demokratischer Widerstandskämpfer und Verfolgter«, diese »Würde« (endlich) abzuerkennen, abgeschmettert (»Frankfurter Rundschau«, 20.6.77, »Spiegel« 26/77).

Diesen Antrag hatte der Bürgermeister von Parsberg, Träger, zuerst dem RAD-Veteranenverband weitergeleitet, bevor er ihn selbst beantwortete. Eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen ihn wurde Ende Mai zurückgewiesen mit der Begründung, er sei nicht »mit der zur Klageerhebung ausreichenden Sicherheit zu überführen«. *»Haltet die Treue unserer Idee ... als Ehrendienst am Volke, als Erziehungseinrichtung zu einem hohen Sozialethos und Arbeitsethos und damit als hohe Schule der Volkskameradschaft«* — so hatte Hierl seine »Kameraden« vom »RAD« noch kurz vor seinem Tod in einer »letzten Mahnung« auf rechte Linie gebracht. Die CSU wird wissen, warum sie Hierl weiterhin ehrt...

Antifa-Kommission

Sofortige Räumung der Spitzelwohnung!

Flensburg.. Am 16.6. machten wir mit Wandzeitungen, Transparenten und Flugblattverteilung auf eine am Nordermarkt gelegene Bullenwohnung aufmerksam. Am Nordermarkt werden in der Regel Kundgebungen der Flensburger Linken abgehalten und dort beginnen sehr oft Demonstrationen. Die Wohnung wird von der Polizei und vermutlich auch dem Verfassungsschutz zur Bespitzelung linker Demonstranten benutzt. Das wurde in einem Prozeß gegen eine linke Kollegin enthüllt. Die Wohnung steht sonst leer, der Türgriff ist von außen abgesägt. Wer zu Zeiten bevorstehender politischer Aktionen auf dem Nordermarkt sich ganz zufällig erkundigt, ob denn die Wohnung nicht zu mieten sei, kann aufgeschreckte Reaktionen der„Bewohner" erleben. In mehreren Fällen, zuletzt am 1.Mai, wurden aus der Wohnung heraus Demonstranten gefilmt und Polizeieinsätze geleitet.

Die Polizei gab die Existenz der Spitzelwohnung zu, nachdem wir das enthüllt hatten und „Flensborg Avis" und der NDR darüber berichteten. Der Leiter der Polizeinspektion, Hinz, erklärte frech, daß das Fotographieren aus der Wohnung heraus mit der Tätigkeit von Fotoreportern zu vergleichen sei und „verkehrstechnische Gründe" habe. Und außerdem diene das auch noch zu „Ermittlungszwecken" ...

Auf unsere Aktion am 16.6. reagierten die Bullen prompt: Sie kamen gleich mit einem Mannschaftswagen, sprangen raus, rissen Wandzeitungen ab. Später kamen sie wieder,um uns kurz noch mal provokativ zu fotografieren.

KB/Gruppe Flensburg

Geheimdienste sollen verstärkt werden

Anläßlich des „Abhörfalls Traube" wurde eine öffentliche Debatte um die Arbeitsweise der westdeutschen Geheimdienste entfacht, wobei auch die Frage der parlamentarischen Kontrolle dieser Geheimdienste eine Rolle spielte. Wir schätzten diese Debatte im AK 100 so ein, daß letztendlich die bisher illegalen Praktiken der Geheimdienste legitimiert und dabei die parlamentarische Kontrolle gleichzeitig verhindert werden soll.

In diese Richtung hat sich inzwischen etwas getan:

Eine Arbeitsgruppe der SPD/FDP–Bundestagsfraktion hat Grundsätze für die „Kontrolle" der Geheimdienste vorgelegt:

Durch Gesetz soll ein „parlamentari-

Genehmigungsrechte habe.
– Dieses Gremium darf die Arbeitsfähigkeit der Geheimdienste nicht beeinträchtigen.
– Dieses Gremium soll klein gehalten werden, damit die „Vertraulichkeit" der Informationen gewährleistet bleibt, z.B. sollen Mitglieder des Bundesrates keinen Zutritt zu diesem Gremium haben.

Übrig bleibt in diesem „Kontrollgesetz" lediglich ein ständiges Informationsrecht". Die kontrollierten Dienste müssen dabei einer „Berichtspflicht" nachkommen, insbesondere in folgenden Fällen:
– Fälle von „besonderer Bedeutung",
– vor dem Erlaß allgemeiner Ver-

G - 10 - Kommission fällt beim neuen „Kontroll"gremium das Genehmigunsrecht unter den Tisch.

Das geplante Kontrollgesetz hat keine andere Funktion als die eines durchsichtigen Feigenblattes, das die Blößen des „Rechts"staates bedekken soll.

Gleichzeitig wird der Verfassungsschutz faktisch mit Riesenschritten ausgebaut:

– Im Rahmen eines „Arbeitsbeschaffungsprogrammes" der Hamburger Behörde z.B. sollen von den insgesamt vorgesehen 30 Mio.Mark 6 Mio. auf den Bereich der Innenbehörde entfallen („Welt",25.5.77). Von diesen 6 Mio. wiederum sollen insbesondere neue Stellen bei den Staatsschutzab-

Geheimdienste sollen verstärkt werden

Anläßlich des „Abhörfalls Traube" wurde eine öffentliche Debatte um die Arbeitsweise der westdeutschen Geheimdienste entfacht, wobei auch die Frage der parlamentarischen Kontrolle dieser Geheimdienste eine Rolle spielte. Wir schätzten diese Debatte im AK 100 so ein, daß letztendlich die bisher illegalen Praktiken der Geheimdienste legitimiert und dabei die parlamentarische Kontrolle gleichzeitig verhindert werden soll.

In diese Richtung hat sich inzwischen etwas getan:

Eine Arbeitsgruppe der SPD/FDP–Bundestagsfraktion hat Grundsätze für die „Kontrolle" der Geheimdienste vorgelegt:

Durch Gesetz soll ein „parlamentari-sches Kontrollgremium" geschaffen werden, das für die Aktionen der Geheimdienststellen des Bundes (nicht der Länder) zuständig sein soll.

Dieses Gremium soll in erster Linie bestimmte Sachen nicht dürfen:
– Es darf Aktionen weder genehmigen noch verbieten; das soll ausschließlich den zuständigen Ministern vorbehalten bleiben. Das Gremium soll lediglich eine „nachgehende Kontrolle" ausüben. Der Vorschlag des Bundesinnenministers Maihofer. die Kontrollaufgaben der bestehenden G - 10 - Kommission zu übertragen (sie muß bisher z.B. Telefonüberwachungen genehmigen), wurde ausdrücklich mit der Begründung abgelehnt, daß diese Kommission ja auch

Genehmigungsrechte habe.
– Dieses Gremium darf die Arbeitsfähigkeit der Geheimdienste nicht beeinträchtigen.
– Dieses Gremium soll klein gehalten werden, damit die „Vertraulichkeit" der Informationen gewährleistet bleibt, z.B. sollen Mitglieder des Bundesrates keinen Zutritt zu diesem Gremium haben.

Übrig bleibt in diesem „Kontrollgesetz" lediglich ein ständiges Informationsrecht". Die kontrollierten Dienste müssen dabei einer „Berichtspflicht" nachkommen, insbesondere in folgenden Fällen:
– Fälle von „besonderer Bedeutung",
– vor dem Erlaß allgemeiner Ver-waltungsvorschriften und
– bei „Verfahren und Methoden, die in private Rechtsphäre der einzelnen Bürger" eingreifen (nach „SZ", 13.5.77).

Was von der Wirksamkeit eines solchen „Informationsrechtes" zu halten ist, steht im Schlußbericht einer Expertenkommission des Bundestages:„*Auch ein Parlamentarischer Kontrollausschuß ist weitgehend vom Vertrauen abhängig, weil er im Grunde genommen doch keine wirksamen Mittel zur Durchsetzung seiner Informationsansprüche zur Verfügung hat.*" (AK Nr.100).

Faktisch werden die Geheimdienste also nicht kontrolliert, im Gegenteil: Gegenüber der bestehenden

G - 10 - Kommission fällt beim neuen „Kontroll"gremium das Genehmigunsrecht unter den Tisch.

Das geplante Kontrollgesetz hat keine andere Funktion als die eines durchsichtigen Feigenblattes, das die Blößen des „Rechts"staates bedekken soll.

Gleichzeitig wird der Verfassungsschutz faktisch mit Riesenschritten ausgebaut:

– Im Rahmen eines „Arbeitsbeschaffungsprogrammes" der Hamburger Behörde z.B. sollen von den insgesamt vorgesehen 30 Mio.Mark 6 Mio. auf den Bereich der Innenbehörde entfallen („Welt",25.5.77). Von diesen 6 Mio. wiederum sollen insbesondere neue Stellen bei den Staatsschutzab-teilungen, dem Landesamt für Verfassungsschutz und der Kriminalpolizei geschaffen werden („Welt", 16.5.77). Zum Vergleich: 200 zusätzlichen Stellen für die Innenbehörde stehen 150 Stellen für die Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung gegenüber.
– Von den vom Bundeskabinett bis 1980 über den bisherigen Haushaltsplan hinaus bereitgestellten 60 Mio.Mark für „Sofortmaßnahmen im Bereich der Inneren Sicherheit" wird der Verfassungsschutz allein 14 Mio. erhalten („UZ", 20.5.77).

Antifa – Kommission KB/Gruppe Hamburg

merksam. Am Nordermarkt werden in der Regel Kundgebungen der Flensburger Linken abgehalten und dort beginnen sehr oft Demonstrationen. Die Wohnung wird von der Polizei und vermutlich auch dem Verfassungsschutz zur Bespitzelung linker Demonstranten benutzt. Das wurde in einem Prozeß gegen eine linke Kollegin enthüllt. Die Wohnung steht sonst leer, der Türgriff ist von außen abgesägt. Wer zu Zeiten bevorstehender politischer Aktionen auf dem Nordermarkt sich ganz zufällig erkundigt, ob denn die Wohnung nicht zu mieten sei, kann aufgeschreckte Reaktionen der„Bewohner" erleben. In mehreren Fällen, zuletzt am 1.Mai, wurden aus der Wohnung heraus Demonstranten gefilmt und Polizeieinsätze geleitet.

Die Polizei gab die Existenz der Spitzelwohnung zu, nachdem wir das enthüllt hatten und „Flensborg Avis" und der NDR darüber berichteten. Der Leiter der Polizeinspektion, Hinz, erklärte frech, daß das Fotographieren aus der Wohnung heraus mit der Tätigkeit von Fotoreportern zu vergleichen sei und „verkehrstechnische Gründe" habe. Und außerdem diene das auch noch zu „Ermittlungszwecken" ...

Auf unsere Aktion am 16.6. reagierten die Bullen prompt: Sie kamen gleich mit einem Mannschaftswagen, sprangen raus, rissen Wandzeitungen ab. Später kamen sie wieder,um uns kurz noch mal provokativ zu fotografieren.

KB/Gruppe Flensburg

Buback-Nachfolge: Eene, mene, mu und raus mußt Du!

Es war eine schwere Geburt: Mindestens 10 Kandidaten für die Bubacknachfolge lehnten den Job ab; unter ihnen mindestens drei Bundesrichter und – anwälte: Aus „respektablen Gründen", wie der Justizminister Vogel (SPD) betonte („Welt", 16.6. 1977, und „BamS", 12.6.77).

Nun aber haben sie ihn gefunden: Der Glückliche, der für den „*gefährlichen Posten*" (BamS) gleich eine Gehaltserhöhung von 1.400 .–DM erhält (Monatsgehalt 8.500 .–DM), heißt Kurt Rebmann, ist 55 Jahre alt und Chef der baden-württembergischen Justizverwaltung.

Als solcher ist er verantwortlich für die Vertuschung des Mannheimer Gefängnisskandal, und innerhalb des baden-württembergischen Krisenstabs ist er bekannt für seinen „ unnachgiebig harten Kurs" („Spiegel", 26/77).

Wir möchten es an dieser Stelle nicht versäumen, dem neuen Generalbundesanwalt die Worte des Justizministers in Erinnerung zu rufen , die dieser 1974 seinem Vorgänger Buback bei dessen Amtseinführung fast prophetisch auf den Weg gab:

„Die Worte Pflicht, Selbstlosigkeit und Dienen sind in den letzten Jahren ein wenig aus dem allgemeinen Sprachgebrauch geschwunden. Ich möchte in diesem Zusammenhang an einen Satz eines der Großen unter meinen Amtsvorgängern erinnern, einen Satz Gustav Radbruchs:'Zur Persönlichkeit wird nur, wer sich selbstvergessen einer Sache hingibt. Wer sich vorbehaltlos einer Gemeinschaft einfügt' "

Buback ist inzwischen bekanntlich unter die Persönlichkeiten eingegangen.

Sein Nachfolger scheint genauso pflichtbewußt, wenn auch weniger pathetisch:„*Mit dem Sicherheitsrisiko muß man eben leben*".

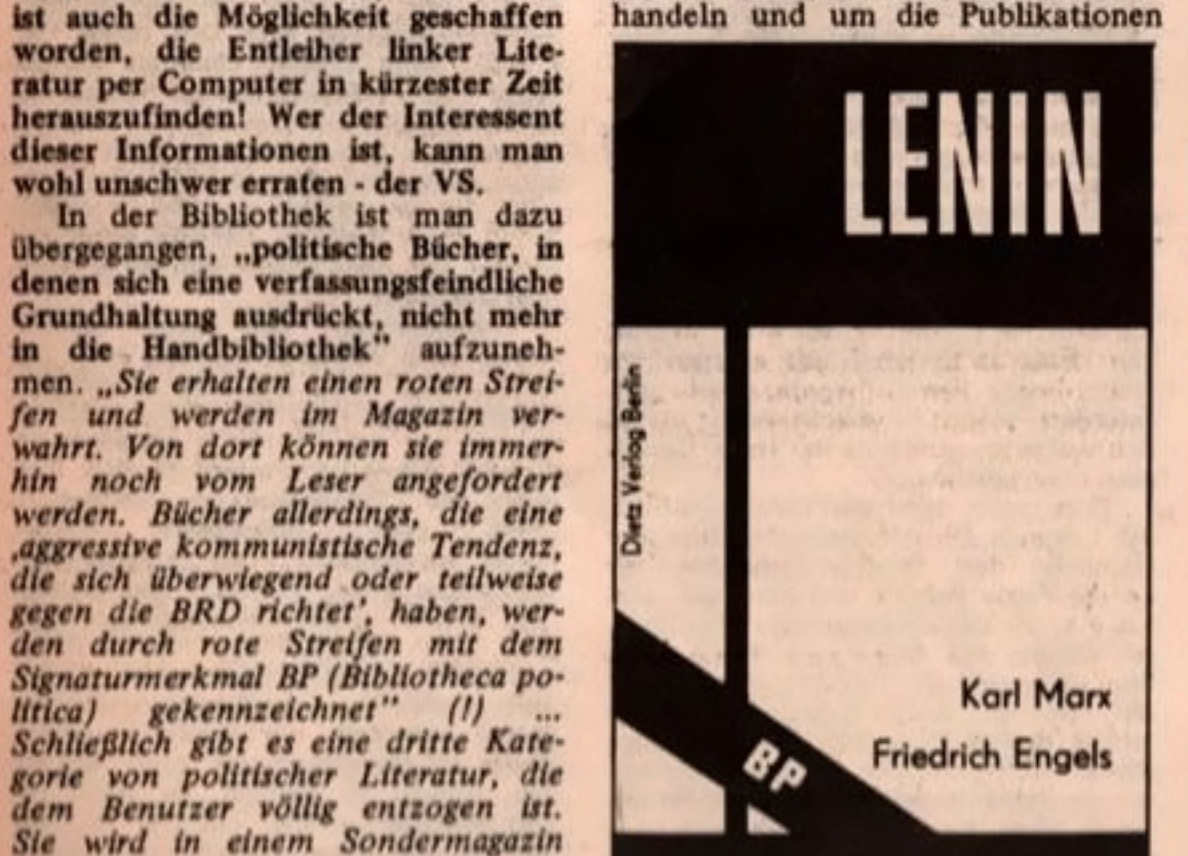
Nun ja, da kann man nur die Worte wiederholen, die Justizminister Vogel derzeit Buback mit auf den Weg gab:„In diesem Sinne gratuliere ich Ihnen, Herr Rebmann, ... zu der Berufung in das Amt des Generalbundesanwalts".

Antifa - Kommission KB/Gruppe Hamburg

Wer linke Literatur entleiht, wird registriert!

In der West-Berliner „Amerika-Gedenkbibliothek" (AGB), einer der größten Handbibiliotheken Europas, wird nicht nur zensiert, sondern es ist auch die Möglichkeit geschaffen worden, die Entleiher linker Literatur per Computer in kürzester Zeit herauszufinden! Wer der Interessent dieser Informationen ist, kann man wohl unschwer erraten - der VS.

In der Bibliothek ist man dazu übergegangen, „politische Bücher, in denen sich eine verfassungsfeindliche Grundhaltung ausdrückt, nicht mehr in die Handbibliothek" aufzunehmen. „*Sie erhalten einen roten Streifen und werden im Magazin verwahrt. Von dort können sie immerhin noch vom Leser angefordert werden. Bücher allerdings, die eine ,aggressive kommunistische Tendenz, die sich überwiegend oder teilweise gegen die BRD richtet', haben, werden durch rote Streifen mit dem Signaturmerkmal BP (Bibliotheca politica) gekennzeichnet" (!) ... Schließlich gibt es eine dritte Kategorie von politischer Literatur, die dem Benutzer völlig entzogen ist. Sie wird in einem Sondermagazin verwahrt und kann nur für ein wissenschaftliches Studium bei entsprechendem schriftlichen Nachweis ausgeliehen werden*" („was tun", 16.6. 77). Es soll sich hierbei um Schriften von Mao, Trotzki, Guevara usw. handeln und um die Publikationen der Verlage Wagenbach, März, Rotbuch u.a.!



Da die Namen der Entleiher jedes Buches in der AGB auf Mikrofilm registriert werden, ist es für den VS kein Problem, im Rahmen der „Amtshilfe", jederzeit an die gewünschten Informationen zu gelangen, zumal die Bibliothek der Berliner Senatsverwaltung untersteht.

Darüber hinaus wird versucht, jugendliche Leser, die sich eines der mit „BP" und rotem Streifen gekennzeichneten Bücher ausleihen wollen, dadurch einzuschüchtern, indem man sie „um ein Gespräch mit dem Fachbibliothekar (bittet), der ihnen laut Dienstanweisung zu empfehlen hat, zum Vergleich auch andere - konträre - Literatur heranzuziehen" („was tun", ebenda).

Diese neuesten Praktiken machen erschreckend deutlich, daß es nur noch ein Schritt ist, bis in diesem Land wieder Bücher in Flammen aufgehen, sofern wir diese Entwicklung nicht rechtzeitig aufhalten!!

Keine Zensur und Bespitzelung in den Bibliotheken!

ÖTV-Kommission KB/Gruppe Hamburg

VAN/VVN: »Der Chef ist nicht da«

Beim Landesverband Hamburg des VVN (hier VAN) scheint inzwischen Panik auszubrechen, wenn der KB sie freundlich anspricht. Als kürzlich KB-Presseverantwortlicher Kai Ehlers im Büro des Landesverbandes anrief und mit dem Vorsitzenden Stobwasser verbunden werden wollte, reagierte die Sekretärin total erschrocken.

Statt die Verbindung "herzustellen, legte sie den Hörer beiseite und tuschelte mit ihrem Vorsitzenden - dummerweise so ungeschickt, daß alles zu verstehen war. „Der Ehlers ruft an. Wollen wir mit dem sprechen?" Stobwassers Anwort: „Nein, sagen Sie ihm, ich kann nicht. Ich bin nicht da". Brav wie die Vorzimmerdame unserer geliebten Manager wollte sie den Anrufer mit dieser Lüge abwimmeln. Darauf hingewiesen, daß man Herrn Stobwasser schon durchs Telefon gehört habe und daß es um eine dringende Angelegenheit bezüglich gemeinsamer antifaschistischer Tätigkeiten im Fall Rosenbaum und anderer Nazis gehe, antwortete sie : „Wir reden mit Ihnen nicht" - und knallte den Hörer in die Gabel. Der Herr Stobwasser mag sich ruhig noch eine Weile lächerlich machen - letzlich wird er wohl doch in den sauren Apfel beißen und mit uns mal sprechen müssen.

Nazi-Mörder vor Gericht

Derzeit steht der Alt-Nazi und Ex-Polizeihauptmann Werner Heinrich Pöhls aus Schlesen bei Plön vor dem Kieler Schwurgericht.

Pöhls hat als Zug- und Kompanieführer einer den SS-„Bandenbekämpfungseinheiten" zugeordneten Polizeitruppe (11. Kompanie des 15. Polizeiregiments) am 23. September und am 23. Oktober 1942 in den Dörfern Zablocie, Chmiliece und Oltusz-Lesnia sogenannte „Befriedungsaktionen" geleitet. Dabei wurden in Zablocie 289 Kinder, Frauen und Männer und in den anderen Dörfern 40 Frauen, 60 Kinder und 28 Männer von den Nazis ermordet!

Pöhls wird beschuldigt, zu diesem Massenmord „vorsätzliche Hilfe" geleistet zu haben, Man erinnere sich: Pöhls war Einsatzleiter dieses Massenmords!

Der erste Prozeßtag am 8. Juni endete – wie schon so viele Prozesse gegen Alt-Nazis – „ergebnislos": Pöhls konnte sich einfach an nichts mehr erinnern!...

Sehr wohl erinnern konnte sich Pöhls allerdings eine Woche später. Auf die Frage des Gerichtsvorsitzenden, warum denn so viele Kinder und Frauen unter den Opfern gewesen seien, antwortete Pöhls: Diese seien „häufig als Partisanenmeldegänger eingesetzt worden".

Was er selbst getan haben soll, weiß er nicht; sehr wohl „erinnern" kann er sich aber an alles, was ihn entlasten oder zumindest die Anklage abschwächen könnte.

Staatsanwalt Sinnhuber forderte dann in seinem Plädoyer lächerliche vier Jahre Knast wegen Beihilfe zum Mord (Das mildeste Strafmaß hierfür!). Begründung: Haupttäter seien Pöhls Befehlshaber gewesen. Außerdem sei dieser Nazi „aufrichtig und ehrlich" und habe die Befehle lediglich aus „Pflichtgefühl" ausgeführt. Er sei sich „des großen Unrechts bewußt". Man müsse seine Taten auch „durch die Schwierigkeiten im Partisaneneinsatz" im milden Licht sehen.

Dementsprechend fiel das Urteil aus: Pöhls wurde freigesprochen, da er „kein sicheres Wissen von der Strafbarkeit seiner Einsätze gehabt" habe!

***

Eingestellt wurde jetzt das Verfahren gegen den NS-Verbrecher Albert Ganzenmüller, einen der Mitorganisatoren der faschistischen „Endlösung" (Völkermord an den Juden). Ganzenmüller war als stellvertretender Chefplaner der Reichsbahn Hauptverantwortlicher für die Bereitstellung von Eisenbahnzügen zum „reibungslosen" Transport der Juden aus den besetzten Gebieten in die Vernichtungslager. Dokumente bestätigen die bewußte Verantwortung Ganzenmüllers an der Massendeportation. Die Ermittlungen gegen Ganzenmüller wurden seit 1957 (!) jahrelang verschleppt. 1972 endlich sollte der Prozeß beginnen, wurde aber auf 1973 verschoben, fand dann wieder nicht statt (da Ganzenmüller jetzt ein ärztliches Attest vorweisen konnte), sondern wurde „auf unbestimmte Zeit" vertagt. Mit der Einstellung des Verfahrens soll jetzt endgültig die Veranwortung Ganzenmüllers am Transport von mehr als einer Million Menschen in die Vernichtungslager von Belzec, Treblinka, Sobibor, Auschwitz und Majdanek ungesühnt bleiben (nach „tat", 17.6.77).

***

Der NS-Verbrecher Krahner erfreut sich in Freiheit der Sympathie aus herrschenden Kreisen. Krahner ist 1968 zu lebenslänglich plus 15 Jahre vom Hamburger Schwurgericht verurteilt worden, weil er für den Mord an mindestens 500 polnischen und sowjetischen Zwangsarbeitern verantwortlich ist. Damals gehörte der Hauptsturmführer Krahner dem berüchtigten „Sicherheitsdienst-Sonderkommando 1005" aus dem „Referat Eichmann" an.

Das Urteil von 1968 sollte zum Ausdruck bringen, daß diese abscheulichen Verbrechen nicht begnadigt werden können. Deshalb lebenslang plus 15 Jahre. Bei der Urteilsverkündung erklärte der Landgerichtsdirektor Ehrhard: *„Die Bewahrung der Rechtsordnung zum Schutze menschlichen Lebens erfordert die Ahndung solcher Straftaten, solange wir den Anspruch erheben, ein Rechtsstaat zu sein."* Offenbar hat der Staat diesen Anspruch schon lange aufgegeben, denn 11 Jahre nach diesem Urteil wurde der Faschist Krahner „wegen Alter" mit seinem Kumpanen Rosenbaum zunächst für ein halbes Jahr auf freien Fuß gesetzt. Im Gegensatz zu Rosenbaum wurde Krahners Freilassung in aller Stille vollzogen. Der Senat bestritt sogar am Anfang seine Freilassung. Auch die bürgerliche Presse berichtete nur sehr spärlich darüber. Aber es kommt noch dicker. Nach Ablauf dieser Frist (Anfang Juni) beschloß der Senat, Krahner für immer freizulassen. Deutlicher kann der Senat wirklich nicht zeigen, was er von Entnazifizierung und Bestrafung aller NS-Verbrecher hält, wenn überhaupt Aktivitäten gegen Nazis, dann nur auf Grund öffentlichen Protestes!

Sorgen wir dafür, daß der Faschist Krahner recht bald seinem Kumpanen im Knast Gesellschaft leistet!

Wir fordern alle Leser auf, uns Informationen über diesen Faschisten zu geben. Insbesondere, was dieser Mann heute treibt.

***

Presseerklärung

Auf Initiative des „Antifaschisten Arbeitskreises Hamburg", der seit Anfang dieses Jahres Aktivitäten gegen den Neonazi-Anwalt Manfred Roeder ergriffen hat, konstituierte sich am 18.6.77 in Frankfurt der „ANTI–ROEDER–ARBEITSKREIS".

Der Einladung waren Vertreter linker Organisationen, Journalisten, junge Filmer und Antifaschisten aus Nürnberg, Frankfurt, Hamburg und Flensburg gefolgt. Außerdem unterstützen über 50 Einzelpersonen und Organisationen die bisher begonnenen Aktivitäten.

Ziel des Arbeitskreises ist, die faschistischen Umtriebe von Roeder („Deutsche Bürgerinitiative"), Thies Christophersen („Bauern und Bürgerinitiative") und Erwin Schönborn („Kampfbund Deutscher Soldaten") aufzudecken. Anders als „gemäßigte", auf Tarnung bedachte Faschisten zeichnet sich dieses Trio und sein Anhang durch politische Militanz aus. Sie betreiben offen und unverhüllt Propaganda gegen jede Form von Demokratie („Die Demokraten müssen weg" – Roeder; „FR", 29.8.75) und für die Errichtung einer faschistischen Diktatur („Für uns gilt es, das Vierte Reich aufzubauen" – Christophersen; „Bauernschaft" 4/75). Sie feiern „NSDAP"-Gründungen, „Reichstage" und „Freiheit-für-Heß"-Veranstaltungen unter dessen vielsagendem Motto „Ich bereue nichts".

Westdeutsche Justizbehörden unternehmen nichts dagegen – im Gegenteil: „Allerdings kann ich mit Bescheiden über Einstellungen von Strafverfahren schon bald die Wände tapezieren" (Christophersen; „B'schaft" 2/76).

Der Arbeitskreis wird in ca. 6 Wochen eine Dokumentation über das Treiben des Trios vorlegen, die der Beginn der Kampagne „Roeder und Co. gehören hinter Gitter" sein soll.

Nach Erscheinen der Dokumentation wird zu einem weiteren Treffen aller interessierten Antifaschisten nach Frankfurt aufgerufen, um den weiteren Kampf gegen Roeder und Co. zu diskutieren.

ANIT–ROEDER–ARBEITSKREIS
Postlagerkarte 087869 A
2000 Hamburg 36

PS.: Wir bitten um Verständnis, daß wir für unsere Adresse keinen Namen nennen. Dies tun wir zum Selbstschutz, weil neonazistische Terrorgruppen vor Anschlägen gegen Antifaschisten nicht zurückschrecken.

Nochmals zum Prozeß gegen Peggy Parnass

In AK 105 (Seite 15) berichteten wir über den Prozeß gegen die Hamburger Journalistin Peggy Parnass, die einen Polizisten geohrfeigt hatte. Obwohl zu diesem Prozeß damals ein
ger Journalistin Peggy Parnass, die einen Polizisten geohrfeigt hatte. Obwohl zu diesem Prozeß damals ein
guter Artikel vorlag, wurde dieser aus unerfindlichen Gründen von der Antifa-Kommission (Hamburg) total „redaktionell überarbeitet" und zwar in einer Weise, die teilweise z.T. direkt sinnentstellend war. Wir haben uns daher dazu entschlossen, hier die ursprüngliche Artikelvorlage abzudrucken. Insbesondere wurde in der „überarbeiteten" Fassung nicht deutlich, daß sich das Gericht auf Grund des Gutachtens genötigt sah, Peggy P. nicht nur wegen ihrer „Vergangenheit" (Verfolgung durch die Nazis) sozusagen „besondere Milderungsumstände" zuzuerkennen, sondern u n a b h ä n g i g davon auch die grundsätzliche Berechtigung ihres Verhaltens (Ohrfeige) in der konkreten Situation anzuerkennen. Es stimmt im übrigen nicht (wie in AK 105 zu lesen war), daß die g e s a m t e Familie von Peggy Parnass wegen ihrer jüdischen Abstammung ermordet wurde, sondern es lebt noch ein Bruder von ihr in Israel.

AK-Redaktion

Prozeß gegen Peggy Parnass: Ohrfeige gegen Polizisten gerechtfertigt!

Am 12.5.77 stand die Gerichtsreporterin und Fernsehschauspielerin Peggy Parnass vor Gericht. Peggy ist bekannt für ihre engagierten Reportagen, mit denen sie die tägliche und weniger alltägliche Klassenjustiz geißelt. Diesmal war sie selbst die Betroffene. Sie hatte sich wegen einer Ohrfeige zu verantworten, die sie am 21.1.75 im Strafjustizgebäude an einen Polizisten ausgab.

Der Vorfall: Um sich einen Schlüssel für das Pressezimmer zu besorgen, suchte sie auf Rat des Hausmeisters den Schlosser im Keller des Strafjustizgebäudes. Da sie ihn nicht sofort fand, öffnete sie versuchsweise eine Tür, und siehe da: Der Raum war brechend voll von Polizisten, die im Einsatzraum in ständiger Bereitschaft sind, um das Strafjustizgebäude vor „Terroristen" zu schützen. Die Polizisten hielten Peggys Erscheinen im Keller für „anormal", da nach ihrer Meinung niemand im Keller etwas zu suchen habe – ein Verbot, den Keller zu betreten, gibt es allerdings nicht. Peggy Parnass wurde massiv aufgefordert, sofort zu verschwinden. Als sie sich weigerte, wurde sie mit roher Gewalt nach oben geschleppt.

Dort stand, durch den Lärm angelockt, der Leitende Oberstaatsanwalt, Dose, der Hausherr des Strafjustizgebäudes. Er kannte Peggy Parnass und hätte sie s o f o r t als Gerichtsreporterin identifizieren können und m ü s s e n. Dann, nachdem sie vergeblich „Helfen Sie mir doch!" rief und noch einen Schubs von hinten erhielt, drehte Peggy sich um und schlug einmal kräftig zu. Der Polizist: „Wir hätten sie ziehen lassen, wenn Herr Dose uns gesagt hätte, wer sie ist. Auch noch nach der Ohrfeige". Nach seinen Angaben sah der Oberstaatsanwalt seine Absicht, „friedlich zu vermitteln" – sprich nicht die Polizei, sondern Peggy Parnass zu „besänftigen" – als gescheitert an, drehte sich um und ging, ohne sich auch nur zu erkundigen, was da vorgefallen war. Schließlich kannte er die Parnass bis dahin nicht als Schläger.

gen, was da vorgefallen war. Schließlich kannte er die Parnass bis dahin nicht als Schläger.

In der Verhandlung versuchten die drei Polizeizeugen, mit der offensichtlich aufeinander abgestimmten Erfindung durchzukommen: „Die Frau weigerte sich, sich auszuweisen". Ohne auch nur einmal um Ausweis oder ähnliches gebeten zu haben. Wozu auch? War ihnen doch die „unbekannte Person" bestens bekannt. Dies zeigte sich im Peterwagen auf dem Weg zur Wache: „Die reißt ihr Maul doch sonst immer weit genug über uns Polizisten auf!".

Daß trotzdem Peggy Parnass vor Gericht Recht bekam, ist dem eigenwilligen, bis dahin einzigartigen Vorgehen des vom Gericht bestellten Gutachters Dr. Ehebald zu verdanken. Er stellte die Bedingung, die drei Polizisten und den Oberstaatsanwalt vor Prozeßbeginn in gleicher Weise wie die Angeklagte sprechen zu können und fand somit weit mehr heraus als das Gericht, und mehr als die Zeugen später vor Gericht bereit waren zuzugeben (Peggy hatte 1970 einen auf der Davidswache heftig diskutierten Artikel geschrieben, in dem u.a. die anzweifelbaren Aussagen und zweifelhaften Handlungen des Polizisten Ristow im Fall Savorra zitiert wurden. Ristow trat diesmal gegen Peggy P. als Belastungszeuge auf!).

Außerdem betonte der Gutachter, obwohl er Peggy Parnass aufgrund ihrer Naziverfolgung als Kind und dem Wegraffen ihrer Eltern eine besondere Empfindlichkeit für jedes Unrecht zubilligte, daß er sie durchaus nicht für krankhaft halte; sondern daß er, der auch sich nicht für krank hält, nicht dafür garantieren könne, in der gleichen Situation nicht genauso wie Peggy zu reagieren.

Der Staatsanwalt plädierte daraufhin auf Einstellung des Verfahrens. Das Gericht sprach Peggy Parnass frei.

Noch vor dem Prozeß hatten sich schriftlich über 30 junge Strafverteidiger mit Peggy und ihrer Arbeit solidarisiert. Andere boten sich als Zeugen für ihren Charakter und ihre gesunde Intelligenz an. Erwähnt sei noch, daß der profilierte Strafverteidiger Erik von Bagge fast 1 1/2 Jahre darum kämpfen mußte, Peggy als Pflichtverteidiger beistehen zu dürfen. Die Staatsanwaltschaft meinte, daß sie sich in diesem „Bagatellfall" doch selbst verteidigen könne. Ein „Bagatellfall", den einzustellen man sich immerhin 2 1/2 Jahre weigerte. Obwohl selbst der Richter vor dem Prozeß sich für Einstellung aussprach.

Erwähnenswert sind Peggys Schlußworte: „Ich wünsche mir, daß es in Zukunft nicht nötig ist, eine so diffizile Vergangenheit wie die meine nachzuweisen, um auf Übergriffe reagieren zu dürfen!" Übrigens: Peggys ständige Kollegen der Tagespresse im Gericht – „Bild", „Welt", „Abendblatt", „Hamburger Morgenpost", dpa boykottierten geschlossen den Prozeß. Begründung: „Wir können ja doch nichts darüber bringen". Auch von „konkret", für die Peggy vor 2 1/2 Jahren wie immer im Gericht war, als ihre Auseinandersetzung mit der Polizei stattfand, war keiner anwesend. Weder als Berichterstatter, noch, um ihr den Rücken zu stärken. So stand die Zerr-Berichterstattung, mit der Cornelie Sonntag sich in der „Umschau am Abend" selbst disqualifizierte, erstmal allein auf weiter Flur.

Anti-Fa aktuell

CDU-MdB Wissebach bekennt sich zur SS

Als Nachfolger des neuen Frankfurter Bürgermeisters Wallmann (CDU) zog nun der ehemalige SS-Mann und Funktionär der HIAG (Nachfolgeorganisation der SS) in den Bundestag ein.

Wissebach war 1937 freiwillig in die „Leibstandarte Adolf Hilter" der SS eingetreten. Erst am 22. Juni '77 bekannte er sich voll zu dieser Nazi-Vergangenheit. Auf die Frage, ob er sich von der Waffen-SS distanziere, erklärte er: **„Nein, das tue ich natürlich nicht!"** („UZ", 24.6.77).

***

NPD-Kosiek bleibt Beamter

Der „Fall" des NPD-Bundesvorstansmitglieds Kosiek wird immer mehr zu einem „Musterprozeß", was die Berufsverbote, die sich angeblich gegen „Extremisten von links und rechts" richten sollen, anbelangt.

So führte das Stuttgarter Verwaltungsgericht in der jetzt vorliegenden Urteilsbegründung (Aktenzeichen VRS VII/135/75) aus, dem Stuttgarter Kultusministerium sei schon vor der Einstellung Kosieks dessen politische Aktivität bekannt gewesen; Minister Hahn selbst habe darin keine Gefährdung für die Verfassungstreue gesehen; die vorgelegten Materialien (Kosieks Buch: „Marxismus - Ein Aberglaube") seien nicht verfassungsfeindlich usw..

Ganz offensichtlich kann das Gericht dem plötzlichen Gesinnungswandel des Herrn Minister Hahn (CDU) nicht ganz folgen, der erst Kosiek demonstrativ einstellte und nun loswerden will.Nun, Hahn, der ansonsten ganz vorne an steht, was Schnüffelei und Berufsverbote gegen „Linke" anbelangt, hat diesen Gesinnungswandel ja auch nicht freiwillig durchgemacht; er wurde erst durch den antifaschistischen Protest dazu gezwungen!

Der Prozeß geht weiter. Hahn hat Berufung beim Verwaltungsgerichtshof in Karlsruhe angekündigt. Als „neues Material" soll ein zweites Buch Kosieks dienen. Von dessen Beteiligung an faschistischen Provokationen im Zuge der „Aktion Widerstand" ist nicht mehr die Rede - das war ja dem Minister schon vor der Einstellung bekannt.

Die Faschisten jedenfalls jubeln schon heute; sie sind überzeugt, daß ihnen dieser Prozeß den auf dem letzten Parteitag heiß diskutierten „legalen" Anstrich geben wird.

***

Nationalzeitung in Österreich beschlagnahmt

Wegen der Veröffentlichung einer Anzeige des faschistischen „Druffel-Verlages" für den Bildband „Der Österreichanschluß 1938" ist die „Nationalzeitung" des Faschisten Frey in ganz Österreich beschlagnahmt worden.

Prozeßhansl Frey will auch gegen diesen Beschluß vorgehen. Als Anwalt soll ihn dabei der österreichische Nationalrat Dr. Tassilo Broesigke unterstützen, stellvertretender Bundesvorsitzender der „Freiheitlichen Partei Österreichs"(FPÖ).

Man sollte sich diesen Herrn Broesigke mal näher ansehen. Der Vorsitzende der FPÖ, Peters, zumindest ist alter SS-Mann.

***

Wiking-Jugend

Über Pfingsten veranstaltete die rechtsradikale Wiking-Jugend ihre 23. „Tage Volkstreuer Jugend". Angeblich sollen „Hunderte" auf einem Zeltplatz von der Größe eines Fußballplatzes campiert haben.

Neben der Wiking-Jugend, die vor einigen Jahren durch ihren Überfall auf ein „Panorama-Fernsehteam" bundesweit bekannt geworden war, nahmen an dem Lager Vertreter ausländischer Faschisten-Jugendorganisationen teil: Wiking-Jeunesse France, Viking-Jeugd Vlaanderen; Grüße übermittelte die Juventud Viking-Espana; andere Teilnehmer kamen aus Italien.

Dem Lager vorausgegangen waren antifaschistische Proteste, die sich allerdings nur auf den juristischen Weg stützten und dort das Verbot dieses Faschistenlagers nicht durchsetzen konnten.

***

Uni Hamburg

In der Nacht zum 23.6.77 klebten Angehörige der „NSDAP/AO" ihre Nazi-Plakate auf dem Gelände der Uni Hamburg; zum Teil waren es dieselben Plakate, die in der Woche zuvor (ebenfalls in der Nacht zum Donnerstag) auf die Tür und Wände des DKP-Büros in Hamburg-Altona geklebt worden waren.

Der Nazi-Dreck war nicht lange zu sehen: Antifaschisten rüsteten sich mit Plakaten und Kleistereimer und säuberten das Gelände.

***

München: Faschisten prügeln

Gleich zweimal in den vergangenen 14 Tagen überfielen Faschisten in der Münchner Uni einen Infostand des SHB (Sozialistischer Studentenbund).

Auf diesem Infostand wurde Propaganda gegen die NPD und die Burschenschaft „Danubia" gemacht.

Zu den faschistischen Schlägern gehört u.a. der NPD-Vorsitzende von Regensburg, Kerscher. Beim zweiten Überfall verwickelten die Faschisten ca. 200 Studenten in der Mensa in die Schlägerei; ein Student mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden (UZ, 24.6.77).

***

Strafbefehl über 2700 DM für Nazi-Borchert

Weil er die „verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht" hat, hat der stadtbekante Hamburger Faschist Michael Borchert („Faschistische Front") jetzt einen Strafbefehl über 2700 DM erhalten.

Nachdem bislang alle Anzeigen gegen Borchert schon Von der Staatsanwaltschaft niedergeschlagen worden waren, hat er nun zumindest einen Schuß vor den Bug bekommen.

Borchert hat Widerspruch gegen den Strafbefehl eingelegt.

Der Prozeß könnte interessant werden: Borchert versäumt es nicht, in jedem seiner Hetzblätter neues Material zu liefern (Kostprobe: *„Adolf Hitler war ein wahrhaft großer Führer ... Obwohl Adolf Hitler nicht mehr unter uns weilt, wird sein Geist... in allen Zeiten Leitschnur sein und die Richtung weisen im verbissenen, fanatischen Endkampf...").*



BKA will Flugblattaktionen als „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" werten!

In einem von einem Beamten des Bundeskriminalamts (BKA) verfaßten Gutachten, das sich mit der Öffentlichkeitsarbeit der Linken befaßt, wird der Versuch unternommen, auch die Publikationstätigkeit unter den berüchtigten § 129 StGB (Bildung und Unterstützung einer ‚kriminellen Vereinigung') zu fassen.

Dabei geht der BKA-Fritze davon aus, daß für ihn der § 129 eine ausgezeichnete Waffe im Klassenkampf ist: *„Das Phänomen BM* (=RAF, Anm. AK) *in seiner gesamten Dimension wäre ohne die Klammer des § 129 kaum lösbar gewesen."*

Weil die Staatsschützer aber natürlich genau wissen, daß die eigentliche Gefahr für die Kapitalisten nicht von der RAF, sondern von der politischen Arbeit der Kommunisten und der Massenarbeit ausgeht, versuchen sie, den § 129 auch auf diesen Bereich auszudehnen: *„Es sollen gerade die Tätigkeiten nach tatbestandlichen Relevanzen* (d.h., ob § 129

rade die Tätigkeiten nach tatbestandlichen Relevanzen (d.h., ob § 129

vorliegt, Anm. AK) *i.S.d. § 129 StGB untersucht werden, die sich als ideologische Betätigung in Wort und Schrift darstellen."*

Da nach dem besonderen Staatsschutzkonzept der BRD die Beseitigung elementarer Grundrechte gerade damit begründet wird, diese Rechte vor den „Terroristen" sichern zu müssen, bemüht sich der BKA-Ideologe, die Übereinstimmung seines Standpunktes mit dem Grundgesetz (und damit unausgesprochen auch die Verfassungswidrigkeit der bisherigen Praxis) zu beweisen: *„Bei der arbeitsteiligen Rollenverteilung – Konzept der Stadtguerilla –, bei den neuen Formen revolutionärer Praxis in der Einheit ‚legaler und illegaler Arbeit' könnte die Gefahr bestehen, daß das Tatbestandsmerkmal ‚unterstützen' nicht verfassungskonform* (!!) *ausgelegt wird."*

Diese staatsschutzkonforme Auslegung nimmt das BKA anschließend anhand einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die den organisatorischen Zusammenhalt der 1956 verbotenen KPD zum Gegenstand hatte, vor. Das Bundesverfassungsgericht hatte seinerzeit all diejenigen Formen publizistischer Arbeit, die eine „unmittelbar fördernde Tätigkeit" seien, als verbotene Fortsetzung der KPD-Arbeit angesehen.

Von diesem Ausgangspunkt her stellt sich das BKA die Frage, ob *„z.B. die Einflußnahme auf die Öffentlichkeit als ein ‚unterstützen' i.S. von § 129 StGB angesehen werden muß oder noch unter das vom Grundgesetz geschützte Recht der freien Meinungsäußerung fällt. Für sich genommen stellt sich die Mitleids- oder Diffamierungskampagne (Isolationsfolter, ‚Mord an Holger Meins'), die offene Information usw. vordergründig* (!!!) *als die Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung dar. Dabei wird jedoch leicht übersehen, daß gerade im Rahmen der perfektioniert vorgenommenen Rollenverteilung gerade diese ‚legale Arbeit' funktional in die politische Agitation des anarchsitischen Lagers eingebaut ist."*

Diesen Zusammenhang und damit auch die angeblich „fördernde Tätigkeit" für *„die kriminelle Vereinigung"* leitet das BKA aus „äußeren Umständen" ab; weiß der selige Buback, was das alles sein kann. Die noch lebenden Staatsschützer wissen es jedenfalls nicht genau: *„Dies könnte z.B. gegeben sein, wenn sich der Äußernde in Aufmachung und Stil seiner Ausführungen oder der Besonderheit der Agitation* (???) *der kriminellen Vereinigung anpaßt. Die Verwendung von Schlagworten und Parolen, die im Bewußtsein der Bevölkerung* (dem Hitler'schen „gesunden Volksempfinden?, Anm. AK) *gerade als Thesen der RAF be-*

völkerung (dem Hitler'schen „gesunden Volksempfinden?, Anm. AK) gerade als Thesen der RAF be-

kannt sind, die Art der Agitation, die den Eindruck ergeben, es werde für die kriminelle Vereinigung Propaganda gemacht, sind m.E. die zusätzlichen äußeren Umstände, die den Tathandlungen in Form von Meinungsäußerungen den unmittelbaren Förderungseffekt verleihen und damit relevant (bedeutsam, Anm. AK) im Sinne des § 129 StGB sein könnten."

Das BKA macht darüberhinaus gleich noch Vorschläge, wie speziell im Hinblick auf die Tätigkeit der Anwälte das Merkmal der „Unterstützung" ausgefüllt werden soll: *„Feststellungen z.B. über Reisetätigkeiten, Gefangenenbesuche, Beteiligung an Kampagnen, Pressekonferenzen usw. sind nämlich die äußeren Umstände, die der ideologischen Betätigung den Charakter einer Unterstützungshandlung im Sinne des § 129 StGB verleihen können."*

Kriminalisierung jeder organisierten Arbeit

Mit dieser Begründung läßt sich jede Öffentlichkeitsarbeit, die sich mit Repression gegen linke Organisationen befaßt, als „legaler Part" der kriminellen Aktion kriminalisieren. Angesichts der Versuche des Staates, die AKW-Gegner zu Verbrechern zu machen, stellt diese „Rechts"-Auffassung des BKA-Strategen eine akute Bedrohung für jede antikapitalistische Berichterstattung dar: ohne Mühe kann die Berichterstattung über Unfälle in AKW's z.B. als „Förderung der Anti-AKW-Bewegung hingestellt und so unter hohe Strafandrohung gestellt werden.

Bei den ersten Schritten zum Verbot der linken Organisationen oder Anti-AKW-Initiativen werden wir diese „Grundsätze" wiederfinden.

IKAH Hamburg

Kurzer Prozeß im Jarowoy/Reimers-Prozeß?

Frankfurt. Im Prozeß gegen die beiden Anarchisten Robert Jarowoy und Wernfried Reimers hat die Staatsanwaltschaft inzwischen ihre Plädoyers gesprochen: für Robert forderte sie über 10 Jahre, für Wernfried 9 Jahre Haft. Zu diesem schnellen Abschluß in dem Prozeß war es gekommen, als Vorsitzender Richter Schäfer nach Abschluß der Beweisaufnahme des Darmstädter Teils allen Prozeßbeteiligten ein „faires Angebot" unterbreitete: Einstellung einiger Anklagepunkte, dafür allseitiger Verzicht auf weitere Beweisaufnahmen. Dieses Angebot bedeutet, daß auf Grund der Beweisaufnahme im ‚Darmstädter' Teil Robert und Wernfried wegen der Mitgliedschaft in einer „kriminellen Vereinigung" und Robert zusätzlich wegen eines Überfalls in Bonn verurteilt werden sollen.

Der schnelle Abschluß der Beweisaufnahme deutet darauf hin, daß die beiden Anarcho-Genossen jetzt allein auf Grund der früheren Aussagen des Kronzeugen Harry Schäfer verurteilt werden sollen. Harry Schäfer war während der „Aktion Winterreise" verhaftet und hinterher im Knast weichgekocht worden. In der Gerichtsverhandlung gegen Robert und Wernfried war H. Schäfer allerdings nicht mehr in der Lage, seine früheren Aussagen zu wiederholen. Er war inzwischen physisch und psychisch so kaputt, daß er während zwei Terminen zusammenbrach und anschließend nicht mehr für vernehmungsfähig erklärt wurde (wir berichteten darüber in AK 105, S. 16).

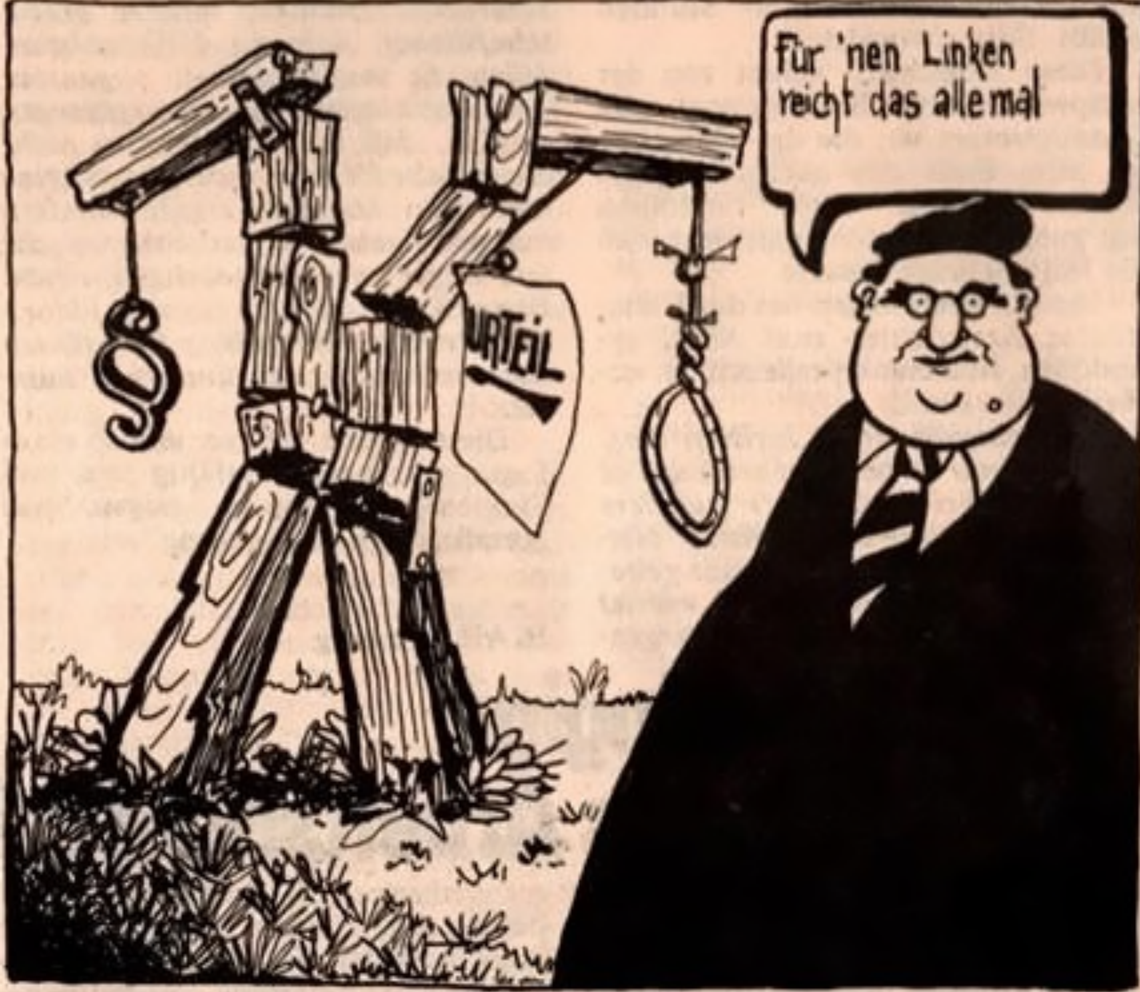
Nach dem Unternehmungsfiasko mit dem Kronzeugen Schäfer verlas das Gericht Aussagen, die dieser früher vor Polizei- und Ermittlungsrichter gemacht hatte. Diese hören sich teilweise wie das Drehbuch eines schlechten Fernsehkrimis an: Er, Harry, habe in Hamburg allein und ohne Waffen einer Kinobotin auf dem Weg zur Bank die Tageskasse entreißen sollen, während „Obergenosse" Robert im „Fluchtauto" wartete; er sei dann so langsam hinter dieser hergegangen, daß sie das Geld schon bei der Bank eingeworfen hatte, bevor er sie einholte ... Ein andermal sei er mit Robert und Wernfried zum Zweck eines Überfalls im Auto durch halb Hessen kutschiert, Robert habe aber den Tatort nicht gefunden und dann erzählt, das sei nur eine „Mutprobe" für Harry gewesen ... Dann folgten noch ein paar solcher Schoten. H. Schäfer hatte all diese Storys als Beschuldigter, also mit dem ausdrücklichen Recht zu lügen, erzählt.

Sodann nahm das Gericht ein Gutachten von Professor de Boor

Sodann nahm das Gericht ein Gutachten von Professor de Boor

zur Kenntnis, der sich mit recht harten Worten über H.S. äußerte: leichter Schwachsinn, dringender Wunsch, sich gegenüber seiner Bezugsgruppe aufzuspielen, dabei ein notorischer und hartnäckiger Lügner etc. De Boor hatte auf ausdrücklichen Wunsch von Schäfers Bullen-Anwalt Huth und während dessen U-Haft-Zeit das Gutachten erstellt.

Trotz der Fragwürdigkeit des heute sowieso nicht mehr ansprechbaren Zeugen, sind die Anklagepunkte, die allein auf Grund der Aussage von Harry Schäfer die beiden Genossen belasten, nämlich Bildung einer kriminellen Vereinigung und



Teilnahme Roberts an einem Überfall in Bonn, nicht fallengelassen worden.

Mit welchen Methoden die Beweise gegen Robert und Wernfried herangeschafft wurden, zeigte auch die Beweisaufnahme zu dem Vorwurf, die beiden Anarcho-Genossen hätten im März 1974 ein Reisebüro in Darmstadt überfallen und ca. 3000.-DM Tageskasse erbeutet. (Dies ist übrigens der einzige Punkt, der sich nicht auf Harry Schäfers Aussage stützt !). Bereits eine Woche nach dem Überfall hatten Darmstädter Lokalblätter Fotos von Wernfried und Robert veröffentlicht, mit dem Hinweis, sie seien „von Augenzeugen einwandfrei wiedererkannt" worden. Wernfried, der erst nach Robert und nachdem die Bilder veröffentlicht waren, verhaftet wurde, wurde dann auch von allen Zeugen „einwandfrei wiedererkannt" - Wirklich erstaunlich! Bei

Zeugen „einwandfrei wiedererkannt" - Wirklich erstaunlich! Bei

Robert war die Identifizierung nicht so einfach: Eine Frau, die den Überfall beobachtet hatte, erkannte ihn bei der Gerichtsverhandlung nicht mehr wieder, ein junger Mann behauptete zwar in der Gerichtsverhandlung, Robert wiederzuerkennen, hatte dies aber merkwürdigerweise bei der Gegenüberstellung kurz nach dem Überfall nicht getan, ihm war erst durch die Vorlage von Bildern seitens der Polizei auf die Sprünge geholfen worden. Ein weiterer Zeuge hatte nach dem Überfall behauptet, einer der beiden Täter habe „ ganz sicher " eine Augenklappe über dem linken Auge getragen, was er heute „am liebsten ganz ausklammern" möchte usw.

Diese Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, auf welchen wackligen Beinen die „Beweisführung" gegen die beiden Anarcho-Genossen gestanden hat. Die Anklage wurde im wesentlichen auf die Aussage eines Zeugen aufgebaut, der selbst von dem vom Gericht und der Polizei bestellten Gutachter als nicht zurechnungsfähig beschrieben wurde. Wenn der Staatsanwalt in seinem Plädoyer die Genossen trotzdem als „überführt" ansieht und Freiheitsstrafen von 9 und 10 Jahren gefordert hat, dann wird daran nur deutlich, daß die Genossen nicht aufgrund tatsächlicher oder vermeintlicher Straftaten sondern wegen einer linken Gesinnung für sehr lange Zeit eingesperrt werden sollen.

Ein AK-Leser aus Bonn

Ein AK-Leser aus Bonn

Lebenslänglich - »nicht verfassungswidrig«

Am 21.6. entschied der erste Senat des Bundesverfassungsgerichts (Vorsitz Benda, ehemaliger CDU/CSU-Innenminister), daß der § 211 des Strafgesetzbuches nicht verfassungswidrig ist, der bei Mord („heimtückisch" oder zur „Verschleierung eines Verbrechens") auf jeden Fall lebenslange Haft vorsieht.

Dieses Verfahren war zustandegekommen, weil der Landgerichtsdirektor Beckmann aus Verden dies am 5.3.76 in einem Gerichtsbeschluß verlangt hatte. Ein Richter kann nach § 100 der Strafprozeßordnung das Bundesverfassungsgericht anrufen, wenn er nach einem Gesetz urteilen muß, das er für verfassungswidrig hält.

Beckmann hatte sich im Fall des Polizeibeamten Detlev Riese entschlossen, den Schritt zu tun (vgl. AK 78). Er begründete seinen Entschluß damit, daß lebenslange Haft persönlickeitszerstörend ist: Nach Prof. Trifferer (1974 in Zeitschrift für Rechtspolitik) *„ein Prozeß, der zu Lebensuntauglichkeit .. und häufig zur Verblödung führt"*. Somit verstoße der Mordparagraph gegen Artikel 1 des Grundgesetzes (über die Würde des Menschen). Außerdem wies Beckmann auf die Schwierigkeit hin, zwischen Mord und Todschlag zu differenzieren (u.a. wegen der vagen Bezeichnung „heimtückisch", die sehr verschieden auszulegen ist), sowie auf die Ungleichbehandlung die darin besteht, daß der Mordparagraph keine mildernden Umstände kennt.

Das Bundesverfassungsgericht meinte dazu in seinem Urteil: grausame, unmenschliche und erniedrigende Strafen seien mit der Würde des Menschen nicht vereinbar. Das BVG zog daraus aber nur den Schluß, man dürfe niemanden einsperren, ohne ihm die Hoffnung zu lassen, er werde irgendwann einmal wieder herauskommen. In dem Zusammenhang bemühte es die sogenannte „Resozialisierung", auf die man hinwirken müsse. Auch könne nach dem gegenwärtigen Stand der Erkenntnisse nicht davon ausgegangen werden, daß lebenslange Haft zwangsläufig zu irreparablen geistigen oder körperlichen Schäden führe. Da dies nicht zwangsläufig so sei, müsse man die bisherige Rechtssprechung akzeptieren, (die diese Schäden ignoriert).

Darüberhinaus riet das BVG dem Gesetzgeber neben dem bisher möglichen Gnadengesuch, eine rechtliche Möglichkeit zu schaffen, unter Umständen die lebenslange Haft in eine zeitlich begrenzte umzuwandeln. Daß dies nicht für „Unverbesserliche", womit „Terroristen", d.h. politische Straftäter, gemeint sind, gilt, liegt auf der Hand. Sprach doch Bundesjustizminister Vogel erst kürzlich von Plänen, Gesinnungstäter, die während ihrer Haftzeit nicht umgedreht oder unpolitisch gemacht werden konnten, in Sicherheitsverwahrung zu stecken, wenn deren Haftentlassung bevorstehe. - Ansatzweise wurde dieses Verfahren bereits bei Irmgart Möller praktiziert, die ihre Strafe Anfang 1977 abgesessen hatte, die aber aufgrund einer Aussage des Kronzeugen Müller ein neues Verfahren angehängt bekam. Ähnliches gilt für Rolf Pohle, der jetzt einen Prozeß wegen der Lorenzentführung bekommen soll!

Mit dem Hinweis, der Gesetzgeber möge noch für eine bessere Abgrenzung zwischen Mord und Totschlag sorgen und der Mordparagraph werde ohnehin „restriktiv" (d.h. nur sehr beschränkt) angewendet, wurde ein weiterer Einwand Beckmanns erledigt.

Schließlich, so das BVG, entspreche eine lebenslange Haft den „heutigen Wertvorstellungen". Wer bestimmt aber die „ heutigen Wertvorstellungen"?

Bundeskanzler Schmidt, der davon spricht, daß bei den RAF-Gefangenen lebenslang tatsächlich lebenslang sein müsse. Die Richter, die die Alt-Nazis mit Samthandschuhen anfassen. Die Nazi- Mörder wegen ihres „angegriffenen Gesundheitszustandes" auf freien Fuß setzen...

Es ist wohl auch nicht zufällig, daß sich ausgerechnet bei einem Bullen als Mörder das Gewissen des Landgerichtspräsidenten Beckmann geregt hat. Hätte es sich auch bei einem politischen Prozeß gemeldet?

IKAH Hamburg

RA Heldmann: Armer und Irrer?

Am 31. März 1977 hat das Amtsgericht Darmstadt den Anwalt Dr. Heldmann, der durch die Verteidigung von Andreas Baader in Stammheim bekannt geworden ist, wegen „falscher Verdächtigung" zu 3.000,– DM Geldstrafe verurteilt.

RA Heldmann hatte eine Fuldaer Kripobeamtin angezeigt, weil sie eine Verhaftete seiner Meinung nach nicht umgehend dem Haftrichter vorgeführt hat: die Betroffene war am Abend gegen 20 Uhr festgenommen und erst am Abend des darauffolgenden Tages wieder freigelassen worden.

Heldmann hielt die Dauer der Festnahme unter Hinweis auf eine Vorschrift der hessischen Verfassung, die eine vorläufige Festnahme nur bis zur Dauer von 24 Stunden zuläßt, für rechtswidrig.

Diese Vorschrift weicht von der entsprechenden Bestimmung des Grundgesetzes ab, die das Einlochen bis zum Ende des nächsten Tages zuläßt; dennoch hatte Heldmann mit guten Argumenten dargelegt, daß die Haft zu lange dauerte.

Diese Ausführungen hat der Darmstädter Amtsrichter zum Anlaß genommen, Heldmann praktisch für verrückt zu erklären:

„Als ausgebildetem Juristen dürfte es ihm nur zu bekannt sein, daß es in der Rechtswissenschaft zu allem und jedem eine abweichende Meinung gibt, und wenn diese nur geboren wird, um zu beweisen, wieviel klüger ein Universitätsassistent gegenüber dem Bundesgerichtshof ist... darf der Angeklagte jedenfalls niemanden mehr eines rechtswidrigen Verhaltens beschuldigen, weil er sich nicht so verhalten hat, wie es die von dem Angeklagten vertretene abseitige (!) Rechtsansicht verlangt." Diese Aussage kann eigentlich nur so verstanden werden, daß der kluge Amtsrichter den erfahrenen Anwalt für einen Spinner hält.

Aber es kommt noch besser:
Bei der Strafzumessung ging das Gericht wie selbstverständlich davon aus, daß Heldmann „geächtet" ist: *„Bei dem Angeklagten war allerdings zu berücksichtigen, daß Strafverteidiger, welche – aus welchen Gründen auch immer – sich engagiert der Verteidigung anarchistischer Gewaltverbrecher widmen, weithin gesellschaftlicher Ächtung* (!!!) *anheimfallen. Es mußte deshalb zugunsten des Angeklagten davon ausgegangen werden, daß sein Einkommen nicht die übliche Höhe erreicht, da er keine lukrativen Mandate erhält, sondern nur von Kreisen aufgesucht wird, die sein Engagement zu würdigen wissen. Diese Kreise sind gemeinhin jedoch nicht sehr zahlungsfähig und führen auch keine Prozesse um große Summen."*

Diese Kreise werden jedoch eines Tages sehr handlungsfähig sein und Richtern wie diesem zeigen, was „gesellschaftliche Ächtung" ist.

IKAH Hamburg

Wie »unabhängig« sind Hamburgs Arbeitsrichter?

Das Urteil des Bundesarbeitsgerichts (BAG) vom 26.5.1977, das praktisch das Beschäftigungsrecht eines gekündigten Kollegen während der meist jahrelangen Prozesse beseitigt hat, (s. AK 105, S.1) verbreitete sich dank des guten Informationsnetzes

rer bisherigen Rechtsprechung festhalten sollten (was ihnen gesetzlich nicht verboten ist); daß aber eine gesetzliche Normierung eines grundsätzlichen Beschäftigungsrechts während des Kündigungsschutzverfahrens zu fordern ist, daß die Arbeiter frei-

Bullen sollen Landesarbeitsgericht vor Einsturz bewahren

„Die bürgerlichen Produktions- und Verkehrsverhältnisse, die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse, die moderne bürgerliche Gesellschaft, die so gewaltige Produktions- und Verkehrsmittel hervorgezaubert hat, gleicht dem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er heraufbeschwor ... die bürgerlichen Verhältnisse sind zu eng geworden ..." (Karl Marx, Kommunistisches Manifest, 1848)

Weil sich während der gesamten 2-stündigen Verhandlung in der Kündigungsschutzsache Anna W. ./. Colgate-Palmolive zwei zivilgekleidete Herren im Flur vor dem Saal des Landesarbeitsgerichts Hamburg aufhielten, entstand bei aufmerksamen Zuhörern der Eindruck, daß die Herren kein eigenes Interesse, aber einen amtlichen Auftrag zu der Beiwohnung an diesem Prozeß hatten. Der Eindruck erwies sich als richtig, als die Polizeidirektion West telefonisch bestätigte, daß die unauffälligen Herren Polizeibeamte im Einsatz mit Hintergründen seien, über die man nichts mitteilen könne.

Der Präsident des LAG Hamburg, Dr. Wilfried Weihrauch, der der Verhandlung vorsaß, erklärte auf Befragen, daß er die Polizei vorsorglich geholt habe. Die Begründung war so glaubwürdig wie viele Urteile es sind, die gegen gekündigte Kollegen gesprochen wurden:

Baustatische Überprüfungen des 16-stöckigen Hochhauses, in dessen oberen Stockwerken das Arbeitsrecht in zweiter Instanz gesprochen wird, während in den unteren Etagen die Deutsche Bank ihre Finanzgeschäfte tätigt, hätten ergeben, daß in den Gerichtssälen mehr als 40 Personen – Richter und Protokollführer eingeschlossen – die Sicherheit des ganzen Bauwerkes aufs Höchste gefährden. Da eine Presseerklärung von über 30 Rechtsanwälten auf diesen Prozeßtermin hingewiesen habe, sei ein Massenandrang auf den Saal zu befürchten gewesen, der nur durch Polizeibeamte unter Kontrolle zu halten gewesen wäre.

Zwei Dinge sind offensichtlich:
1. Es stimmt, daß die Statik des Hochhauses unmittelbar an der Riesenbaustelle des Altonaer Bahnhofes miserabel ist und ein gefüllter Saal im 10. Stock das LAG aus dem Gleichgewicht werfen kann.

2. Die Gefahr, die vom Bauwerk ausgeht, ist ein Vorwand für den Einsatz von zwei Polizeibeamten in einem politischen Arbeitsgerichtsprozeß. Wenn ein Richter glaubt, er werde sich dem Ansturm einer Horde von mehr als 40 Rechtsanwälten und Kollegen von A. W. der er weder durch Hinweis auf die bedrohliche Statik noch durch seine richterliche Autorität Einhalt gebieten könne, schutzlos gegenüber sehen, wie sollen dann zwei zivilgekleidete Polizisten den Schutz geben, wenn nicht durch Gebrauch der Schußwaffe!

Die Richter haben sich also die Bullen zu ihrem eigenen persönlichen Schutz geholt. Sie haben sie aus Furcht vor den Massen und vor der Politik der Massen geholt. Die Zivilkleidung der Bullen hat diese Furcht nicht verbergen können. Die Richter haben auch kein Vertrauen in ihre Amtsautorität. Dafür ist ihre Ideologie zu schlecht. Sie können auch kein Vertrauen in die Tragfähigkeit ihrer Gebäude haben. Dafür ist die Statik zu schlecht. Mit dem Mist, den die kapitalistische Produktionsweise heute anrichtet, düngt die Bourgeoisie den Polizeistaat.

Ein AK-Leser

Verteidigerausschluß wegen Demonstrationsteilnahme

Hamburg. Im Verfahren gegen einen Demonstranten, der wegen „versuchter Gefangenenbefreiung" und damit zusammenhängenden Taten angeklagt ist, hat das Oberlandesgericht (OLG) Hamburg den Verteidiger ausgeschlossen, weil er an derselben Demonstration teilgenommen hat und ebenfalls versucht haben soll, einen Gefangenen zu befreien !! Grundlage dieses Verteidigerausschlusses sind die am 1.1.1975 in Kraft getretenen Neubestimmungen, die aus Anlaß des Stuttgarter Verfahrens gegen Mitglieder der RAF eingeführt wurden: ein Verteidiger soll danach ausgeschlossen werden, wenn die Gerichte oder die Staatsanwaltschaft ihn verdächtigen, *„an der Tat, die den Gegenstand der Untersuchung bildet, beteiligt zu sein"* (§ 138 a StPO).

Das OLG Hamburg wendet diese Vorschrift nun auch auf die Fälle gemeinsamer Teilnahme an Demonstrationen an, obwohl dies mit einer „Tatbeteiligung" im Sinne einer gemeinsamen Tatbegehung ein und derselben Handlung nicht zu tun hat.

Nach diesem Strickmuster kann z.B. in den bevorstehenden Brokdorf- oder Grohnde-Prozessen jeder Anwalt ausgeschlossen werden, der ebenfalls an der Demo teilgenommen hat. Das OLG hat diese Konsequenz ausdrücklich im Auge: „.... *wird es ihm* (dem Anwalt, Anm. AK) *jedenfalls in aller Regel an der Unbefangenheit fehlen* (!!?), *die er haben muß, um seiner Aufgabe als unabhängiges Organ der Rechtspflege erfüllen zu können."* Von hier bis zur Begründung, ein Anwalt müsse ausgeschlossen werden, weil er ebenfalls gegen AKW's sei, ist es nur ein kleiner Schritt.

IKAH Hamburg

Wie »unabhängig« sind Hamburgs Arbeitsrichter?

Das Urteil des Bundesarbeitsgerichts (BAG) vom 26.5.1977, das praktisch das Beschäftigungsrecht eines gekündigten Kollegen während der meist jahrelangen Prozesse beseitigt hat, (s. AK 105, S.1) verbreitete sich dank des guten Informationsnetzes zwischen Kapitalisten und deren Anwälten in Windeseile an den Arbeitsgerichten in Hamburg. Es vergeht kaum ein Prozeß, in dem es um die Frage der Weiterbeschäftigung eines(r) gekündigten Kollegen(in) geht, wo sich nicht die Anwälte der Kapitalisten mit der Presseerklärung des BAG in Szene setzen und wortgewaltig darüber triumhieren, wie nahe doch das BAG ihrer eigenen (Kapitalisten-)Meinung steht.

In dieser Situation veröffentlichten 25 fortschrittliche Hamburger Rechtsanwälte am 10.6.77 eine Presseerklärung mit der Überschrift: *„Das Bundesarbeitsgericht hat mit einem Urteil vom 26.5.77 die bisherige Rechtssprechung der Arbeitsgerichte zum Beschäftigungsrecht beseitigt".* Darin heißt es u.a.: *„Schon bisher war der gesetzliche Kündigungsschutz von seiner ganzen Struktur her nur ein Schutz der Kündigung und nicht ein Schutz vor Kündigung. .....Die Möglichkeit des Unternehmers, auch bei unwirksamer Kündigung die Auflösung des Arbeitsverhältnisses zu beantragen, die Verpflichtung des Arbeitnehmers, seine Arbeitskraft woanders zu verkaufen und die jahrelange Prozeßdauer haben dazu geführt, daß in Tausenden von Kündigungsschutzprozessen kaum jemals ein Arbeitnehmer an den alten Arbeitsplatz zurückkam. Seit wenigen Jahren war es allerdings gelungen durch zusätzliche Klage auf Beschäftigung (teilweise auch mit einer einstweiligen Verfügung) einen Bestandsschutz zu verwirklichen. Diese Rechtssprechung war formal gesehen konsequent und zwingend.*

Das BAG hat dem nun ein Ende gemacht. Es hat klargemacht, daß das Kündigungsschutzgesetz entgegen allen Beteuerungen keinen Bestandsschutz gibt .....Schon wegen der Prozeßdauer wird die Regel daher der Abfindungsprozeß sein. Mit der blossen Abfindung gewinnt immer nur der Unternehmer den Prozeß um den Arbeitsplatz....Seine unmittelbare politsche Bedeutung gewinnt das Urteil durch die im nächsten Jahr anstehenden Betriebsratswahlen. Es wird als Ermunterung an die Unternehmen wirken, unbequemen Kandidaten frühzeitig zu kündigen. Mögen denn solche Kündigungen auch unwirksam sein, so ist doch abgesichert, daß vor den Wahlen kein gekündigter Kandidat an den Arbeitsplatz zurückkehrt. Das Urteil des BAG macht auch klar, daß die Arbeiter kein Recht haben, das sie sich nicht erkämpft haben. Als Rechtsanwälte, die für gekündigte Arbeitnehmer wiederholt die Beschäftigungsklage erhoben haben, sind wir der Auffassung, daß zwar die Arbeitsrichter in den „politischen Ungehorsam" gegenüber dem höchsten Arbeitsgericht treten und an ihrer bisherigen Rechtsprechung festhalten sollten (was ihnen gesetzlich nicht verboten ist); daß aber eine gesetzliche Normierung eines grundsätzlichen Beschäftigungsrechts während des Kündigungsschutzverfahrens zu fordern ist, daß die Arbeiter freilich politisch und gewerkschaftlich gegen die Unternehmer und den Staat erkämpfen müssen."

Im Vergleich zu Urteilen des Bundesverfassungsgerichts etwa verhält es sich nämlich mit dem BAG-Urteil so, daß die Richter nicht daran gebunden sind, sondern weiter ‚unabhängig' und nur ihrem ‚Gewissen' verantwortlich sein müssen. In der Praxis wird sich das so auswirken, daß einzelne liberale oder fortschrittliche Arbeitsrichter noch stärker dadurch unter Druck gesetzt werden, daß in schöner Regelmäßigkeit alle ihre Urteile in den höheren und höchsten Instanzen aufgehoben werden.

Was ist los mit Hamburgs Arbeitsrichtern ?

Gegenwärtig lassen sich drei Reaktionen der Richter auf das BAG-Urteil ausmachen:

– Diejenigen mit besonders wenig Zivilcourage, dafür aber dem Blick nach oben, setzen Prozesse so lange aus, bis die Entscheidungsgründe des BAG schriftlich vorliegen. Dann endlich halten sie den rettenden Strohhalm in der Hand, dann endlich können sie ‚rechtlich fundiert' ihre Meinung ändern.

– Diejenigen, die noch für sich in Anspruch nehmen, ihren eigenen Kopf zu gebrauchen, halten an ihrer Meinung fest und verurteilen weiterhin zur Weiterbeschäftigung.

– Dagegen setzte der Präsident des Landesarbeitsgerichts (LAG), Herr Dr. Weihrauch, Maßstäbe (übrigens passen Gehabe und Aussehen erstaunlich gut zu diesem Namen). In einem Prozeß vor dem LAG am 22.6.1977 entschied er, daß eine seit 1975 gekündigte Kollegin nicht weiter beschäftigt zu werden braucht. (Die Kollegin hatte bereits in d r e i Arbeitsgerichtsprozessen, bestätigt erhalten, daß ihr zu Unrecht gekündigt wurde, sie war in der letzen Woche für wenige Tage wieder bei der Firma Colgate beschäftigt worden) Begründung des Dr. Weihrauch: 1) habe die Berufung der Kapitalistenanwälte Aussicht auf Erfolg, 2) sei der Firma Colgate nicht zumutbar, die Kollegin weiter zu beschäftigen. Die Kollegin hatte nämlich ein Flugblatt unterstützt, in dem es heiß: *„Copadent* (Zahnpasta, Anm.Red.), *die letzte Scheiße!"* Dieser Satz stammte nicht mal von der Kollegin selbst, sondern war ein Zitat eines Personalleiters der Firma. Dieser Satz, so befand Weihrauch, sei nicht nur geschäftsschädigend, sondern – und das war nun wirklich der Clou – gefährde darüberhinaus die Arbeitsplätze bei der Firma.

IKAH (Initiativkomitee Arbeiterhilfe) Hamburg

eine Presseerklärung von über 30 Rechtsanwälten auf diesen Prozeßtermin hingewiesen habe, sei ein Massenandrang auf den Saal zu befürchten gewesen, der nur durch Polizeibeamte unter Kontrolle zu halten gewesen wäre.
Zwei Dinge sind offensichtlich:
1. Es stimmt, daß die Statik des Hochhauses unmittelbar an der Riesenbaustelle des Altonaer Bahnhofes miserabel ist und ein gefüllter Saal im 10. Stock das LAG aus dem Gleichgewicht werfen kann.

fahrens gegen Mitglieder der RAF eingeführt wurden: ein Verteidiger soll danach ausgeschlossen werden, wenn die Gerichte oder die Staatsanwaltschaft ihn verdächtigen, „an der Tat, die den Gegenstand der Untersuchung bildet, beteiligt zu sein" (§ 138 a StPO).
Das OLG Hamburg wendet diese Vorschrift nun auch auf die Fälle gemeinsamer Teilnahme an Demon-

muß, um seiner Aufgabe als unabhängiges Organ der Rechtspflege erfüllen zu können." Von hier bis zur Begründung, ein Anwalt müsse ausgeschlossen werden, weil er ebenfalls gegen AKW's sei, ist es nur ein kleiner Schritt.

IKAH Hamburg



Der Bereitschaftspolizist Theo Mehling hat in Hafenlohr (Raum Main-Spessart) ein Faschistentreffen mit jungen motorisierten Faschisten organisiert. Der Polizist hatte das Treffen als „Lagerfeuer und Motorradkorso mit einigen Freunden" **deklariert. Auf einem Zeltplatz verunstalteten dann rund 50 Jungnazis den Platz mit Hakenkreuzfahnen und Naziparolen. Der Bürgermeister der Gemeinde Hafenlohr protestierte dagegen. Der Polizist versieht weiterhin bei der Bereitschaftspolizei in Augsburg seinen Dienst. Sein Vorgesetzter, der Augsburger Polizeipräsident Dr. Kaestl, will die Sache jetzt „objektiv untersuchen" („die tat", 24.6.77).**

— Am 18.6.77 ist der Berliner Kriminalmeister Christian R. in Norden (Ostfriesland) verhaftet worden. Er gestand inzwischen, am 17.12.76 bei einem bewaffneten Sparkassenüberfall in Berlin-Frohnau 14.000 DM erbeutet zu haben („BamS", 19.6.77).

— Ein Polizist wurde überführt, bei Ravensburg den Arbeiter Anton H. mit seinem Auto überfahren zu haben. Der Arbeiter starb, der Bulle beging Fahrerflucht („Bild", 10.6.77). Und wenn er den Arbeiter nun in „Putativ-Notwehr" überfahren hat?

— Gegen den Leiter eines Herforder Kriminalkommissariats, Peter G., ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen „Annahme von Vorteilen". Der Bulle prahlte damit, einen Herforder Kapitalisten (250 Mio. DM Umsatz) fachmännisch beraten zu haben. Der Kapitalist fühlte sich nach der Oetker-Entführung durch anonyme Anrufe bedroht. Für seine „Bemühungen" soll der Bulle (2.800 DM Monatseinkommen) Monat für Monat 4.000 DM Honorar und 800 DM Spesen kassiert haben („Bild", 3.6.77).

Nach einer Anfrage im NRW-Landtag kam am 9. Juni etwas Licht in den Sumpf des trüben Kripo-Alltages: Mehrere Jahre lang hatten Kripo-Bullen aus Nordrhein-Westfalen Informationen an die Duisburger Detektei des FDP-Stadtrates von Geldern, Manfred Kocks, verkauft. Auszüge aus der Verkehrssünderkartei, Informationen über Vorstrafen, Tips aus Polizeiakten und andere „Dienstgeheimnisse" wurden dabei verschachert. In Kocks Unternehmen mit Filialen in Mülheim, Oberhausen, Essen, Krefeld und Kleve arbeitete auch der ehemalige Kripo-Bulle Manfred T. aus Essen, der bereits im vergangenen Jahr vom Dienst suspendiert worden war, nachdem er bei einem Einbruch in einem Essener Juweliergeschäft dienstbeflissen kräftig zugelangt hatte. Die für Kocks „nebenamtlich" tätigen Kripo-Bullen, u.a. ein Kriminalhauptwachtmeister, wurden in seiner Kartei unter Decknamen geführt.

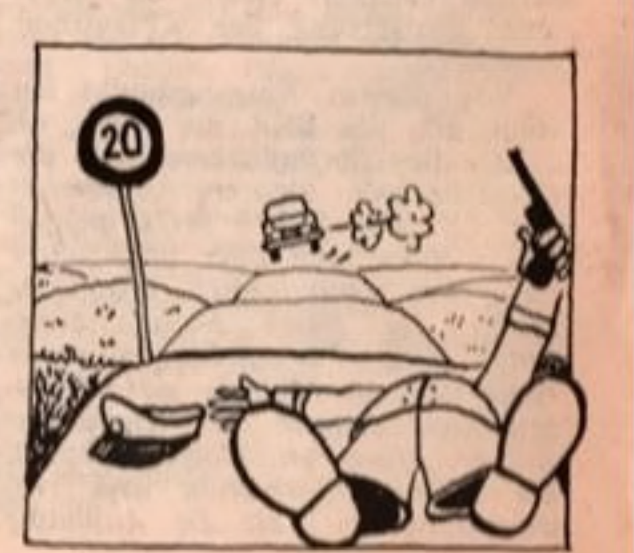
Der Skandal flog auf, als Kocks in Anzeigen teilweise ganz offen Kripobeamte zur politischen Schnüffelei für Großunternehmen angeworben hatte, die die „Verfassungstreue" von Bewerbern für leitende Positionen ausforschen sollten.

Das nach Darstellung von Oberstaatsanwalt Walter Otto die bislang festgenommenen Kripobullen keine Informationen aus dem Bereich des K 14 und des Verfassungsschutzes weitergegeben haben sollen, wirkt damit geradezu lächerlich. Zudem gibt er selbst zu, *„daß die Firma Beweismaterial vor der Untersuchung beseitigen konnte, da Vorwürfe gegen die Detektei schon seit einiger Zeit bekannt waren"* („WAZ", 9.6.77).

Kocks ist übrigens weiterhin auf freiem Fuß.

Der Polizist Karl-Heinz Kurras, der vor zehn Jahren bei einer Anti-Schah-Demonstration den Studenten Benno Ohnesorg erschossen hat, ist nicht nur immer noch im Dienst, er wurde inzwischen sogar zum Kriminaloberkommissar befördert („DVZ", 9.6.77). Dies, obwohl Kurras auch in der letzten Zeit wieder im Gerede war im Zusammenhang mit diversen Diebstahls- und Hehlereiaffairen in der Westberliner Polizei.

Ein tragischer Zwischenfall spielte sich in Westfalen ab: ein 45jähriger Polizist meinte, in einem Auto „Terroristen" entdeckt zu haben, stoppte mit gezogener Pistole das Auto und erlitt — bevor er Schlimmeres anrichten konnte — vor Aufregung einen Herzanfall. Dies sollte jedem Polizisten eine Warnung sein („Bild", 10.6.77).



Nachrichten aus dem Knast



Westberlin. Wir haben es versäumt, vor 4 Wochen eine freudige Meldung zu bringen! Das muß nachgeholt werden: am 9. Mai wurde Irene Goergens „vorzeitig" aus der Haft entlassen. Eigentlich hätte sie noch bis Juni 78 sitzen sollen. Begründet wurde ihre Entlassung damit, daß sie angeblich nicht mehr „zu extremen Gruppen tendiere". Die Reststrafe wurde zur Bewährung ausgesetzt.

• • •

Westberlin: Am 1. Mai waren die drei Gefangenen Bernd Brzozowski, Jürgen Ische und Gert Brall aufs Dach der JVA Tegel gestiegen, um u.a. die Rückverlegung der nach Moabit verschleppten Uwe Drowski, Hans Sontag und Karl-Heinz Neuendorf zu erreichen (vgl. AK 104). Die drei letztgenannten werden verfolgt, seit sie die ‚illegale' Gefangenenzeitung „Durchblick" mit herausgeben. Nachdem Bernd, Jürgen und Gert mit Gewalt vom Dach geholt worden waren, ohne daß man sich mit ihren berechtigten Forderungen auseinandergesetzt hatte, wurden sie drei Wochen lang in den Bunker des Hauses III (Tegel) gesteckt, und dann auf die Isolierstation verlegt. Daraufhin traten sie am 8. Juni in einen Hunger- und Durststreik.

Eine Dokumentation „Presse- und Informationsfreiheit im Knast am Beispiel der Gefangenenzeitung „Durchblick" dokumentiert den Hintergrund zu diesen Aktionen. Sie erschien Anfang des Monats und wurde u.a. auf dem Evangelischen Kirchentag in Westberlin verkauft. Das nahm der Justizsenator Baumann zum Anlaß, die Staatsanwaltschaft zu *„bitten das Druckwerk ... auf strafbare Handlungen hin zu überprüfen".* Es strotze *„von Beleidigungen gegen die seiner Fürsorge unterstehenden Strafvollzugsbediensteten. Die Bediensteten leisteten eine schwere Arbeit und hätten es nicht nötig, sich als ‚KZ-Typen' und ähnliches bezeichnen zu lassen"* (Spandauer Volksblatt 10.6.77).

• • •

Gefangenentheatergruppe

Der ‚Meisenhof' in Castrop-Rauxel ist neben der Strafanstalt Attendorn/ Sauerland die einzige „offene" Strafanstalt für Erwachsene in NRW. Nur 700 (=4%) von insgesamt 15.000 Gefangenen in NRW befinden sich in diesen beiden ‚offenen' Strafanstalten.

„Offen heißt: Gefangene dürfen draußen arbeiten und zur Schule gehen. Auch die Bürgerrechte sind ihnen nicht aberkannt worden, so das Recht auf Meinungsfreiheit.

Eine Gruppe, bestehend aus Inhaftierten der JVA C–R und (noch) freien Bürgern hat von diesem Recht Gebrauch gemacht: Zwei Mal wurde das von uns geschriebene Stück (‚Alles einschließen') über die Situation im Knast aufgeführt. Wir traten in Dortmund und im westfälischen Landestheater in Castrop auf (Nov. 76). Unser Ziel ist nicht das erbauliche Theater, vielmehr ist die Bühne unser Ort, der Öffentlichkeit vor Augen zu führen, in welcher Situation sich Menschen befinden, die wie Tiere gefangengehalten werden" (dieses und die folgenden Zitate aus einem Flugblatt der Gruppe.)

„Zur Zeit besteht für unser Stück Aufführungsverbot. Justizminister Posser hat es verantwortet, sein ihm untergebener Justizvollzugspräsident mußte es begründen. Hier seine äußerst fadenscheinige Begründung: ‚Wenn tatsächlich erst die Übertragung wichtiger Rollen auf Gefangene dem Stück glaubwürdigen Charakter geben könnte, müßten Gefangene des geschlossenen Vollzuges mitwirken und nicht solche, die infolge kürzeren oder längeren Aufenthaltes in Castrop den Eindrücken des geschlossenen Vollzuges bereits entwachsen sind.'"

Das heißt im Klartext: *„Die Möglichkeit, im Interesse aller Gefangenen an die Öffentlichkeit zu treten, wird selbst den privilegierten Gefangenen des offenen Vollzuges verweigert"*

„Wir werden den Herren im Justizministerium aber nicht den Gefallen tun, uns mit diesen Willkürmaßnahmen abzufinden!! Wir fordern: Die sofortige Aufhebung des Aufführungsverbotes und die Freistellung der inhaftierten Mitglieder für weitere Aufführungen!"

„Wir bitten Euch durch Eure Unterschrift unsere Forderungen zu unterstützen, mit dem letztendlichen Ziel eines humaneren Strafvollzuges."

Die Gruppe hat über sich und ihr Stück ein Buch geschrieben, das für den Solidaritätspreis von DM 5.– zu beziehen ist bei: Theatergruppe Meisenhof, c/o W. Harms-Ensink, Ruhrallee 62, 4600 Dortmund 1

• • •

Koblenz. Das Oberlandesgericht Koblenz hat Anfang des Monats entschieden, daß seiner Meinung nach kein Justizbediensteter Schuld am Tod von Holger Meins sei! Es berief sich wieder darauf, daß Holger mehrfach Untersuchungen von Knastärzten und vom Gericht bestellten Ärzten abgelehnt hatte. Dabei wird verschwiegen, daß am Wochenende, an dem Holger starb, weder der Anstaltsarzt verfügbar war noch Richter Prinzing irgendwie reagiert hatte, als Holgers Anwälte ihn dringend ersuchten, Holger in ärztliche Behandlung zu geben, weil er sonst binnen kurzem sterben würde. Darüberhinaus fand es das Gericht offenbar auch völlig gerechtfertigt, daß der Knastarzt Holgers Tod förmlich vorprogrammiert hatte, indem er ihn die letzten Tage systematisch unterernährte!

• • •

Köln. Am 5. Juli sitzen Gerd Albartus und Enno Schwall /geb. Borstelmann – er hat gerade geheiratet) bereits sechs Monate in U-Haft. Ihnen wurde vorgeworfen: Mitgliedschaft in der Roten Zelle und die Legung eines Brandsatzes in einem Aachener Kino, in dem der Entebbe-Film lief.

Nun wurde der Haftbefehl erweitert auf den Vorwurf einer geplanten Entführung. Trotz dieser Neuentdeckung, die durch ominöse Indizien, wie Fotos von Häusern, abgesichert wird, soll die Anklage gegen die beiden noch im Juli erhoben werden. Beide wurden seit Beginn der U-Haft streng isoliert. Diese Isolation konnte auf dem letzten Haftprüfungstermin zum Teil erfolgreich bekämpft werden. Jedenfalls dürfen beide jetzt an Gemeinschaftsveranstaltungen in ihrem jeweiligen Trakt teilnehmen.

• • •

Wien. Im Fall Waltraud Boock funktioniert der Export des „Modell Deutschland" hervorragend. Zwei hohe Polizeibeamte der Abteilung TE beraten die Wiener Kollegen. Für Waltraud Boock heißt das:

Von dem Moment ihrer Verhaftung an wurden alle Briefe angehalten, alle Besuchsanträge aus der BRD abgelehnt. Die illegale Öffnung der Anwaltspost machte in Wien Schlagzeilen. Waltraud wurde dann in einem Schnellgerichtsverfahren innerhalb von acht Stunden wegen „Bankraub" zu 15 Jahren verurteilt man versucht nun, das Urteil für nichtig erklären zu lassen, um einen neuen Prozeß mit besseren Chancen in Gang zu bekommen). Am 26.3. wurde dann erstmals ein Besuchsantrag aus der BRD positiv entschieden. Als die drei Besucher ihren Besuch antreten wollten, wurden sie im Treppenhaus des Landgerichts von bewaffneten Beamten der Wiener Staatspolizei festgenommen und in Handschellen gelegt. Nach langen Verhören, erkennungsdienstlicher Behandlung und der Auflage eines generellen Einreiseverbots für Österreich wurden sie unter schwerer Bewachung in einem Konvoi über die Grenze gebracht. Grund: „Wir wollen nicht, daß die Boock besucht wird."

• • •

Wetzlar: Die am Freitag, den 22. April in Wetzlar festgenommenen Ingrid Barabaß und Christian Möller sind am 27.5. beziehungsweise 2.6. ohne Auflagen aus der U-Haft entlassen worden.

Damalige Behauptung: Verdacht der Gründung einer kriminellen Vereinigung und bewaffneter Raub. Bei der Haftprüfung wurde festgestellt, daß „nach dem gegenwärtigen Stand des Verfahrens kein dringender Tatverdacht nachweisbar ist.". - Dafür saßen die beiden sechs Wochen in Isolation.Was das ganze sollte? In ihrer Wohnung wurde folgendes Material beschlagnahmt: Hungerstreikerklärung, adressierte Briefumschläge an Croissant und Kaufholz, Aktenordner „Mord Ulrike Meinhof", eine Liste von politischen Gefangenen...

Insgesamt wurden die beiden festgenommen, um sie selbst einzuschüchtern, und um die „Scene" um sie herum gründlich zu durchleuchten.

• • •

IKAH Hamburg

»Die Sozialarbeiter müssen bleiben«

Weitere Auseinandersetzungen in der Jugendstrafanstalt Vierlande

Im Arbeiterkampf 104 berichteten wir von dem Mittagessenstreik in der Jugendstrafanstalt Vierlande, die sich im wesentlichen gegen die schlechte Essensversorgung, aber auch gegen unzumutbare hygienische Zustände und ähnliches richtete.

Die über die ganzen 12 Tage der Essensverweigerung hin sehr solidarisch durchgeführte Aktion, bei der jeder Schritt auf Stationsversammlungen diskutiert und demokratisch abgestimmt worden war, war von der Anstaltsleitung von vorn herein zum Werk einiger Rädelsführer umgedichtet worden, die diese Aktion angeblich nur durch die Unterdrückung der Mitgefangenen habe durchführen können. Nachdem die ersten Solidaritätsbriefe und Resolutionen „drinnen" bekannt wurden, Artikel im ID und AK erschienen waren und eine Informationsveranstaltung an der Hamburger Uni stattgefunden hatte, auf der eine größere Gruppe „Ehemaliger" Erlebnisse aus ihrer Haftzeit sehr plastisch geschildert hatten, wurde diese Version noch dadurch ergänzt, daß die ganze Aktion von „draussen" gesteuert sei und die Gefangenen für die „Ziele linksradikaler Gruppen" mißbraucht würden.

Seit Beginn der Aktion der Gefangenen sind auch einige Mitarbeiter der Anstalt in die Schußlinie der Anstaltsleitung geraten, im wesentlichen die vier Sozialarbeiter, aber auch Teile der Lehrerschaft.

Gegen einen Lehrer und eine Sozialarbeiterin wurden Untersuchungen eingeleitet, da das Strafvollzugsamt meinte, ihnen eine direkte Unterstützung aller Gefangenen nachweisen zu können. Insgesamt wird den „Sozis" vorgeworfen, daß sie sich durch ihre Haltung zu der Essensverweigerung, die sie als eine Entscheidung der Gefangenen respektierten und demzufolge nichts dagegen unternahmen, objektiv die Jugendlichen unterstützt hätten.

Ein weiterer „Vorwurf" ist, daß sie nicht bereit waren, sich von den Publikationen, die erschienen waren, zu distanzieren, da das, was dort über die Sozialarbeiter geschrieben war, für sie keinen Grund darstellte, sich zu distanzieren.

Daraus leitete die Anstaltsleitung und das Strafvollzugsamt ab, daß sie sich nicht genügend mit der Institution und ihren Mitarbeitern identifizieren würden und somit eine „vertrauensvolle Zusammenarbeit" nicht mehr gewährleistet sei.

Neu aufgewärmt wurde eine Auseinandersetzung um mehrere politische Plakate, die die „Sozis" in ihren Dienstzimmern hängen gehabt hatten. Eine Gruppe von Aufsichtsbeamten hatte sich durch diese Plakate angegriffen gefühlt, da auf den Anti - AKW - Plakaten knüppelnde Uniformierte abgebildet waren. Ebenso angegriffen fühlten sie sich durch das Staeck- Plakat: „Der öffentliche Dienst stellt ein: Leisetreter ...".



Inzwischen wurde vom Strafvollzugsamt sogar das Recht auf das Tragen der „Atomkraft - Nein danke" - Plaketten in Frage gestellt.

Nach mehreren Diskussionen zwischen Anstaltsleitung, Strafvollzugsamt und Sozialarbeitern ist die Entscheidung über deren Verbleib in der Anstalt jetzt dem zuständigen Senator vorgelegt worden.

Da die Anstaltsleitung aufgrund der Haltung der Sozialarbeiter keine Möglichkeit einer „vertrauensvollen Zusammenarbeit" mehr sieht, bleibt nur die Möglichkeit der Versetzung oder der Kündigung.

Nachdem die Angriffe gegen die Sozialarbeiter immer massiver wurden und deren Kündigung unter den Mitarbeitern schon offen diskutiert wurde, die Anstaltsleitung in einer Versammlung mit Vertretern aller Berufsgruppen die Sozis sogar offen zur Kündigung aufgefordert hatte, beschlossen die Gefangenen ihrerseits, aktiv zu werden.

Aus der „Presseerklärung" vom 17.6.77: *„Wir, die gewählte Streikleitung erklären hiermit, daß am heutigen Tage die Androhung eines totalen Hungerstreiks als Warnstreik gegen die geplante Entlassung unserer Sozialpädagogen beschlossen worden ist. Für die Androhung einer derartigen Kampfmaßnahme entschieden sich bei der vorgenommenen Abstimmung 50 Mitgefangene, d.h. es entschieden sich 55,5 % für die Androhung eines Warnstreiks, um damit die Entlassung unserer Sozialpädagogen zu verhindern..."*

(Wobei von den 90 Strafgefangenen nur die Gefangenen von 3 der 4 Stationen beteiligt waren, da für diese Station zuständige Psychologin nicht von den Kündigungen bedroht ist. Der Hungerstreik wurde von allen an der Versammlung teilnehmenden einstimmig beschlossen.)

Auf einer Stationsbesprechung war den Gefangenen angeboten worden, ihre Forderungen mit dem Leiter des Strafvollzugsamtes, Weinert, zu diskutieren, der am 20.6. in die Anstalt kommen sollte. Weinert ließ dann allerdings nur die Stationssprecher kommen, die zu Beginn des Gesprächs forderten, daß nicht sie, sondern die gewählte Streikleitung die Diskussion führen sollte.

Der Amtsleiter lehnte das ab, da es für ihn so etwas wie Streik im Strafvollzug nicht gäbe und somit auch keine Streikleitung.

Die Gefangenen lehnten daraufhin ihrerseits das Gespräch ab und kurze Zeit später lag der schriftliche Beschluß vor, am kommenden Tag mit dem Hungerstreik zu beginnen.

Die Anstaltsleitung reagierte sofort mit Repression. Beim Aufschluß am nächsten Morgen wurde jedem Gefangenen ein Schreiben ausgehändigt, in dem zum einen die wesentlichen während des Mittagessenboykotts vor einigen Wochen aufgestellten Forderungen erfüllt wurden, zum anderen aber offen gedroht wurde:

„...Wir rufen alle besonnenen Gefangenen dazu auf, sich ruhig zu verhalten und Verständnis zu zeigen für Maßnahmen, die vorübergehend notwendig sind:
- Wir müssen ermöglichen, daß jeder Insasse, der essen möchte, sein Essen auch erhält. Deshalb werden wir ab heute vor der Ausgabe der Mittagskost alle Insassen auf den Stationen A1, A2 und A3 unter Verschluß nehmen. Danach wird das Essen an jeden einzeln ausgeteilt.
- Wer andere zum Hungerstreik auffordert, bleibt bis auf weiteres unter Verschluß.
- Ein Disziplinarverfahren wird bei jeder Art von Widersetzlichkeit unverzüglich eingeleitet. Dazu gehört z. B. auch Arbeitsverweigerung.
Solche Disziplinarverfahren haben in der Regel Einfluß auf Urlaubs - und Ausgangsentscheidungen.

Ein Streik ist nicht das geeignete Mittel, um Änderungen oder gar Verbesserungen im Strafvollzug zu bewirken.

Wir halten dieses Schreiben für notwendig, um Sie sachlich zu informieren - auch über die Folgen falscher Aktivitäten ...."

Die gesamte Streikleitung blieb unter Verschluß und durfte weder untereinander noch zu anderen Kontakt aufnehmen.

Durch den massiven Druck mit angekündigten und bei der Streikleitung auch praktischen Haftverschärfungen gelang es der Anstaltsleitung sehr schnell, den Hungerstreik zu zerschlagen. Nur noch 19 Gefangene verweigerten das Essen, nachdem die Mitglieder der Streikleitung einzeln vernommen waren, wurde das Streikende auf Stationsversammlungen beschlossen.

Damit nicht genug, zwei Mitglieder der Streikleitung sollen jetzt in den Erwachsenenvollzug verlegt werden.

Damit ist der Anstaltsleitung zumindest kurzfristig eine Unterdrückung des Widerstandes gelungen - die Grenzen des „humanen Strafvollzugs" der „Renommieranstalt Vierlande" waren sehr schnell erreicht.

Wichtig ist jetzt, daß die Enttäuschung der Jugendlichen nicht in Resignation umschlägt und sie sich womöglich gegenseitig die Schuld für die jetzige Situation in die Schuhe schieben.

Sie müssen erkennen, daß diese Aktion zu dem jetzigen Zeitpunkt eine „Nummer zu groß" gewesen ist und es jetzt darauf ankommt, erneut mit anderen, kleineren Aktionen die Solidarität unter den Gefangenen neu aufzubauen.

Vor allem dürfen sie auch nicht vergessen, daß die ganzen Forderungen, die sie durchgesetzt haben, nur auf Grund ihrer Mittagsessensverweigerung und der Androhung des Hungerstreiks erreicht werden konnten!

Nach Berichten von Gefangenen



Ein Gewerkschaftsführer läßt die Hosen runter

Untèr dem Thema „Erziehung zur Anpassung" führte der GEW-Ortsverband Bielefeld am 10.6. eine Veranstaltung über die „Auswirkungen der Berufsverbote im Schulalltag" durch.

Interesse daran fanden aber nicht nur ca. 200 Kollegen, sondern auch der stellvertretende GEW-Landesvorsitzende Kienel. **Er sorgte allerdings dafür, daß weniger über die Auswirkungen der Berufsverbote in den Schulen als über die Verbindung von Berufsverboten und Gewerkschaftsausschlüssen diskutiert wurde.**

Nachdem er die „Vereinheitlichung des Kampfes (?) gegen Berufsverbote im DGB" gepriesen hatte, berichtete ein Kollege, er habe seine Unterlagen über ein gegen ihn eingeleitetes Berufsverboteverfahren mit der Bitte um Rechtsschutz an die GEW-Rechtsstelle geschickt. Rechtsschutz bekam er zwar nicht, dafür aber ein Gewerkschaftsausschlußverfahren. Für Kienel war dieser Fall klar: die GEW-Satzung verpflichte **ihre Mitglieder auf die „freiheitlich demokratische Grundordnung"**, und ob jemand mit dieser „etwas im Sinn" habe, müßten die bürgerlichen Gerichte feststellen. An drei weiteren Beispielen wurde dann erläutert, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB dem Kampf gegen die Berufsverbote schaden.

Bei nur wenigen Enthaltungen **stimmten daraufhin die noch 150 An**wesenden einer Resolution zu, in der gefordert wird:
Weg mit den Berufsverboten und Unvereinbarkeitsbeschlüssen!
Wiederaufnahme der aus der GEW ausgeschlossenen Kollegen und Einstellung der laufenden Verfahren!

Nach einem Bericht der KB-Lehrergruppe Bielefeld

Radikalenerlaß in der hessischen Kirche

1974 hatte die Synode der evangelischen Kirche von Hessen und Nassau einen grundsätzlichen Unvereinbarkeitsbeschluß gefaßt, wonach ein Pfarrer nicht gleichzeitig Mitglied der DKP sein könne. Drei Pfarrvikare, die Mitglieder der DKP sind, und deren Vorbereitungsdienst **jetzt zu Ende geht, werden jetzt je**doch wahrscheinlich weiterbeschäftigt. Die Gemeindevorstände, in deren Gemeinden die Vikare tätig waren, zeigten sich mit ihrer bisherigen Arbeit zufrieden und sprachen sich für ihr Verbleiben im Amt aus. In zahlreichen Überprüfungen (Bespitzelungen), die die Vikare während ihrer Vorbereitungszeit über sich haben ergehen lassen müssen, hat die Kirchenleitung keinen „*Verstoß gegen Lehre und Bekenntnis der Kirche*", weder im „Gottesdienst", noch im „Konfirmandenunterricht", feststellen können.

Nun hat sich die Kirchenleitung einen „Kompromiß" ausgedacht, mit dem sie einerseits die Gültigkeit des Unvereinbarkeitsbeschlusses auch für die Zukunft betont und andererseits die kritischen Geister in der Kirche, bei denen die Entlassung der DKP-Vikare zu viel Unruhe schaffen würde, besänftigen will. Die Pfarrer sollen im Angestelltenverhältnis weiterbeschäftigt werden und nicht, wie üblich, als Beamte. Damit der Radikalenerlaß aber bloß nicht aufgeweicht wird, wird für diesen Ausnahmefall angeführt, daß die drei ordinierten Pfarrvikare ihren Vorbereitungsdienst in der Zeit vor Beschließung des Unvereinbarkeitsbeschlusses in der hessischen Landeskirche begonnen haben. Indem Bericht des Kirchenpräsidenten Hild heißt es außerdem:„*Gleichzeitig wird sichergestellt, daß die Aufnahme weiterer Mitglieder der DKP in den pfarramtlichen Dienst der EKHN in Zukunft ausgeschlossen bleibt*" (FR vom 11.06.77).

Konsequent zu Ende gedacht wird dies heißen, „Radikale" gar nicht erst in den Vorbereitungsdienst aufzunehmen. Damit der liebe Gott in seiner Ruhe nicht gestöret wird...

Berufsverbotekommission KB/Gruppe Hamburg

CDU will Rektor zwingen, Berufsverbot einzuleiten

Oldenburg. Niedersachsens Wissenschaftsminister Pestel (CDU) hat bereits vor einiger Zeit den Rektor der Carl von Ossietzky-Universität aufgefordert, gegen einen KBWler »disziplinarrechtliche Vorermittlungen« aufzunehmen. Rektor Krüger hatte sich bisher aus »verfassungsrechtlich und verfassungspolitischen Gründen« geweigert, den wissenschaftlichen Assistenten vorzuladen.

Mittlerweile steht Krüger selber unter Druck. So wies Pestel ihn darauf hin, daß er seine Pflichten verletze, wenn er „*verfassungsfeindliche Umtriebe innerhalb seines Verantwortungsbereichs geflissentlich übersehen oder geschehen lasse*«. Pestel gab gleich noch einen drauf, da Krüger im Uni-Info einen administrativen Eingriff des Ministeriums als »Maulkorb-Erlaß« bezeichnet hatte. *»Dazu sei festzustellen, daß diese Darstellungsweise nicht den Gepflogenheiten entspreche, die im Verkehr zwischen oberster Landesbehörde und nachgeordneter Behörde angemessen seien«* (»Nord-West-Zeitung«, 23.6.).

Verfassungsschutz: »Verbesserte Erfassungsmethoden«

Aus einem Verfassungsschutz-Bericht vom 5.5.77 geht hervor, daß Ende 1976 621 Mitglieder und aktive Anhänger der »Neuen Linken« im Öffentlichen Dienst beschäftigt seien. 1972 waren »nur« 234 erfaßt. Diese Steigerung der Zahl r e g i s t r i e r t e r »Fälle« sei zum Teil auf verbesserte Erfassungsmethoden zurückzuführen und darauf, daß die »betreffenden Personen« erst längere Zeit nach ihrer Einstellung »erkannt« worden seien.

Und hier die Rangliste: Der KBW soll 189 »Extremisten« im Öffentlichen Dienst haben, KPD: 153, KPD/ML: 93; KB: 44, KABD: 11, AB: 4.

Von 349 Personen ist bekannt, in welchem Verwaltungszweig sie arbeiten: Bundesbahn 6, Bundespost: 35, Lehrer an Schulen: 222 (bei dieser Schnapszahl müßte der VS eigentlich einen ausgeben), Wissenschaftler an Hochschulen: 41, Justiz: 25, sonstiges Personal an Schulen: 20.

Berufsverbotemeldungen

Darmstadt: Das Verwaltungsgericht Darmstadt hob die Entscheidung des hessischen Kultusministers, drei Lehramtskandidaten die Aufnahme in den Vorbereitungsdienst zu verwehren, auf. Die Behörden wurden verpflichtet, die Einstellungsverfahren neu aufzunehmen. Allen dreien war vom Kultusministerium die Mitgliedschaft und die Kandidatur für den MSB-Spartakus vorgeworfen worden. Als diese die Frage nach der Mitgliedschaft in der DKP nicht beantworteten, wurde dies als weiterer Beweis für den Vorwurf mangelnderVerfassungstreue gewertet. In der Begründung des Gerichts heißt es, „ *die Mitgliedschaft in einer als 'verfassungsfeindlich' angesehenen Partei reiche nicht aus, um den Bewerbern den Eintritt in den pädagogischen Vorbereitungsdienst im Beamtenverhältnis auf Widerruf zu verweigern.*" **Ebenso sei es rechtswidrig**, die „*Zweifel an der Verfassungstreue mit der Nichtbeantwortung der Frage nach der Parteimitgliedschaft zu begründen*" (nach „FR", 3.6.77). Hingewiesen wurde vom Gericht weiterhin darauf, daß diese Nichteinstellungen dem Gleichheitsgrundsatz **widersprächen, da nach dem BVG-Urteil** in Hessen vor der Einstellung ins Referendariat keine Anhörungen mehr durchgeführt werden (das Bundesverfassungsgericht hatte gefordert, daß die Behörden einen Weg finden müßten, daß Studenten ihre Ausbildung auch im zweiten Abschnitt, Referendariat in der Schule oder beim Gericht, zu Ende führen können).

Konstanz: Der seit dem 1.Januar 77 an der Uni Konstanz angestellte Diplompsychologe Dieter B. soll entlassen werden, da er Mitglied des MSB und der DKP sei. Weiter wird ihm die Beteiligung an „Störaktionen" an der Uni Bonn im Sommer 1974 vorgeworfen, weswegen er angeblich zu 400,- DM Geldstrafe verurteilt worden sei. Verschwiegen wurde dabei allerdings, daß er vor Gericht von allen „Vorwürfen" freigesprochen wurde, die der RCDS gegen ihn erhoben hatte. Für ein Berufsverbot reicht offensichtlich schon eine Anzeige ohne Verurteilung!

Wiesbaden: Weil der Intendant des Wiesbadener Schauspielhauses, Peter Ebert, für die Aufführung des Berufsverbotestückes „Die Freiheit stirbt zentimeterweise" sowie eines Stückes über die Rehabilitierung von Nazis nach dem 2. Weltkrieg („Die Wiedergutmachung") verantwortlich ist, betreibt die CDU seine Entlassung. Begründung der CDU: Die Stücke hätten „organisatorische Mängel" gezeigt (UZ, 10.6.77). Nach dem Motto „Geld regiert die Welt" bot die CDU ihm gleich noch 100.000,- DM Abfindung an. Die SPD legte ihm nahe, selbst zu kündigen, auch ein Weg, gegen die Berufsverbote zu „kämpfen".

Oldenburg: Verboten hat das Wissenschaftsministerium in Hannover die Verbreitung eines vom Konzil (Selbstverwaltungsgremium) der Universität Oldenburg verabschiedeten Beschlusses zur Berufsverbote-Praxis in Niedersachsen. Das Konzil hatte darin die Gerichte aufgefordert, „*mit der Rechtssprechung die Berufsverbote nicht länger zu legalisieren*", und an die Landesregierung appelliert, sie solle die „*verfassungswidrige Berufsverbotepraxis*" beenden, alle Lehramtsanwärter einstellen und die „*verfassungswidrige Gesinnungsschnüffelei*" unterbinden (FAZ, 10.6.77).

Marburg: Einen Kuhhandel schlug das hessische Kultusministerium der **wegen vermuteter DKP-Mitgliedschaft** abgelehnten Referendarin C. F.-D. vor. Sie solle - so teilte die Behörde mit - ihre Bewerbung zurückziehen, dann ziehe auch das Land Hessen die Ablehnung zurück. Die Referendarin könne sich dann neu bewerben und die Frage nach Parteizugehörigkeit und Funktion in einem neuen Anhörungsverfahren nochmals neu beantworten (DVZ, 2.6.77).

Augsburg: Die 2. Kammer des **Verwaltungsgerichtes Augsburg** begründete die Ablehnung des Lehramtsanwärters Manfred L. für den Vorbereitungsdienst wie folgt: „*L. müsse sich deutlicher von der DKP und der DDR abgrenzen*". Zudem habe L. in einem Flugblatt zu einer Solidaritätskundgebung für Berufsverbotsbetroffene aufgerufen (UZ, 31.5.77).

Minden: Am 21.6.77 fand in Minden vor dem Verwaltungsgericht der Prozeß Cornelia B.-Z. gegen das Land NRW statt. Cornelia B.-Z. wurde 1975 wegen angeblicher Mitgliedschaft in der DKP entlassen, die mit der Kandidatur für den MSB und die DKP bei Stadtratswahlen begründet wurde. Etwa 300 Menschen wollten diesem Prozeß beiwohnen - zugelassen wurden lediglich 30, da sich der Vorsitzende weigerte, in einen größeren Saal umzuziehen. Über 200 Menschen warteten dann vor dem Gericht, wo sie regelmäßig informiert wurden. Die GEW Minden hatte in einem Leserbrief an die ansässige Tageszeitung die Forderung nach Einstellung von Cornelia B.-Z. unterstützt. Zu denken muß dabei allerdings die Passage geben: „*Lediglich nachgewiesener Mißbrauch zu Gunsten bestimmter politischer Auffassungen darf zu dienstlichen Sanktionen führen.*" Die Grenzen sind bei einem solchen Verfahren schnell abgesteckt: Ein engagierter Unterricht gegen die bestehenden gesellschaftlichen Zustände ist in jedem Fall „Mißbrauch", das Eintreten für diesen Staat und die Verteidigung der bestenden Verhältnisse ist lediglich die „Erfüllung der Beamtenpflichten". Bei Redaktionsschluß war das Urteil noch nicht bekannt.

Militarismus Antimilitarismus

»Meinungsstreit« über Atomwaffeneinsatz in der BRD

Kürzlich trat die FDP mit eigenen militärpolitischen Vorstellungen hervor. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Möllemann stellte die Forderung auf: „*Ein Einsatz nuklearer Mittel durch die NATO auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland darf nicht gegen den Willen der deutschen Bundesregierung erfolgen, die über die Schadensauswirkung vor einem Einsatz nuklearer Mittel genau in Kenntnis zu setzen ist.*" („Frankfurter Rundschau", 10.6.77).

Hintergrund dieser Überlegungen ist die Tatsache, daß die zahlreichen in der BRD gelagerten taktischen Atomwaffen und die französischen Pluto-Atomraketen laut NATO-Strategie insbesondere zum Abwurf auf dem Gebiet der BRD vorgesehen sind, falls dort Warschauer-Pakt-Truppen einrücken würden.

Gegen diese öffentliche Debatte meldete die CSU „ernste Bedenken" (so der CSU-Wehrexperte Handlos) bzw. die SPD „großes Unbehagen" an. Die CSU erklärte, daß die FDP-Forderung unterstellen würde, „*daß die derzeitige nukleare Planung und die für den Verteidigungsfall vorgesehenen Konsultationsmechanismen den deutschen Interessen zuwiderlaufen*" (s.o.). Das sei eben unsinnig und würde „die Verläßlichkeit der Bündnispartner in Frage stellen" und „Mißtrauen" sähen. Die CSU sieht es vielmehr so, daß die BRD-Imperialisten nicht „national" ausgerichtete Militärpolitik treiben dürften.Das würde den Bemühungen entgegenlaufen, die BRD-Position in „einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik" durchzudrücken.

Der SPD-Abgeordnete Pawelzyk erkärte dazu im „Vorwärts" auf gleicher Wellenlänge, daß „*solche legitimen Überlegungen derzeit zugunsten der Glaubwürdigkeit und Abschreckungswirkung des Bündnisses zurücktreten*" müßten (nach „Frankfurter Allgemeine", 7.6.77). Vor allem aber seien derartige öffentliche Überlegungen „*leichtfertig und gefährlich für unsere demokratische Ordnung*".

Klar, eine Regierung, die offen erklärt, sie selbst wolle das Kommando über atomare Schläge übernehmen, von denen die BRD „*unvermeidlich mitgetroffen, möglicherweise von ihnen vernichtet würde*" (Pawelzyk), die muß mit starkem öffentlichen Protest rechnen. Die Meinungsverschiedenheit geht n u r um diesen Punkt; nicht etwa darum, den Einsatz von Nuklearwaffen in (!) der BRD überhaupt in Frage zu stellen. Krieg bis zum Selbstuntergang, was das heißt, haben die Imperialisten während des Nazi-Regimes schon einmal deutlich gemacht. Geändert hat sich daran nichts.

Antimilitarismus-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Neutronensprengköpfe — eine weitere Steigerung der Gefährlichkeit von Atomwaffen

In den Zeitungen wird in der letzten Zeit verstärkt über die Entwicklung neuer Strahlenwaffen berichtet. Ausgangspunkt der zugrunde liegenden Überlegungen ist dabei, wie - trotz Overkill - die für den Menschen vernichtende Wirkung der Waffen noch weiter gesteigert werden kann, ohne daß durch die nuklearen Waffen gleich alles zerstört wird. Die Imperialisten hätten nämlich gerne das Gebiet, über das sie die nuklearen Waffen abeworfen haben, noch zur weiteren Ausbeutung sonst „unbeschädigt" übernommen.

Konkret geht es hier um die „Neutronensprengköpfe". Sie sollen nur das Leben zerstören, alles andere aber unbeschädigt lassen, vor allem das militärische Arsenal. Die besondere Gefährlichkeit der Neutronen liegt darin, daß sie eine 10fache biologische Schadenswirkung gegenüber der radioaktiven Gammastrahlung haben. Die Neutronen sind besonders durchdringend, da sie elektrisch neutral sind. Die Basis eines Neutronensprengkopfes wäre aber - beim gegenwärtigen Stand der Entwicklung - die herkömmliche Atombombe.

Auch an die konkrete Verwendung der Sprengköpfe ist schon gedacht. Die US-Mittelstreckenraketen Lance sollen damit ausgerüstet werden, die dann als Mini-Nukes eine nukleare Artilleriewaffe darstellen. (nach „FAZ", 11.6.77).

Antimilitarismus-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Waffenhandel in der BRD: Kampfpanzer »Leopard« nach Libyen verkauft?

Ein Beispiel für die Beteiligung der BRD am internationalen Waffenhandel ist in der letzten Woche auf der Ebene der Gerüchte in der bürgerlichen Presse behandelt worden. Der Kampfpanzer „Leopard I", in Italien in Lizenz hergestellt, soll nach Libyen verschoben worden sein. Und das, obwohl die BRD sich offiziell angeblich nicht am Waffenhandel in Länder außerhalb der NATO, schon gar nicht in sog. Spannungsgebiete beteiligt.

Aber nicht über diese Beteiligung am Waffenhandel erregte sich die Presse, sondern die „Befürchtung", die Baupläne des Panzers seien nun über Libyen in die Hände der Sowjetunion gefallen, stand im Vordergrund der Diskussion. So stand in der „Süddeutschen Zeitung" vom 16.6.77 zu lesen, daß der Bundesnachrichtendienst (BND) Anhaltspunkte darüber besäße, daß in Libyen der *"Leo I von Sowjets getestet wird"*. Doch diese „Sorge" wich schnell der westdeutschen Arroganz. „*So hatte Verteidigungsminister Leber denn Anfang Juni auch versucht, den Spekulationen über den Russen-Test des Leopard I eine positive Seite abzugewinnen: 'Die Sowjets können sich dann selbst davon überzeugen, daß wir mit dem Leopard und seinen exzellenten Fähigkeiten nicht geprahlt haben.*" (SZ, 16.6.77).

Antimilitarismus-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Alle drei Monate Unfall mit Atomwaffen

"In den vergangenen 30 Jahren haben mindestens 125 Unfälle mit Atomwaffensystemen stattgefunden - durchschnittlich alle 3 Monate ein derartiger Unfall...Diese, vom Stockholmer Friedensforschungsinstitut 'Sipri' gesammelte Unfallziffer ist vermutlich nur ein Bruchteil der Gesamtzahl, denn diese Art von Mißgeschicken fällt gewöhnlich unter strikte militärische Geheimhaltung." (Frankfurter Rundschau, 18.6.77). Noch ist bei diesen Unfällen kein atomarer Sprengkörper explodiert, sondern es kam nur (?) zu radioaktiver Verseuchung, deren Umfang nicht bekanntgegeben wurde.

Zwei US-Raketen mit Atomsprengköpfen, deren versehentlicher Abschuß ja nahezu unmöglich sein soll, wurden laut Sipri ungewollt angefeuert. Sie sollen sich selbst zerstört haben; was mit dem hochradioaktiven Schrott passierte, steht nicht in der „FR". Eine Rakete mit Atomgefechtskopf rollte anfang der 60erJahre von einem Transportfahrzeug in den Tennesseefluß. Weiter sind etliche amerikanische und sowjetische Kriegsschiffe mit Atomwaffen in Zusammenstöße und Unfälle verwickelt worden. Neun amerikanische Atom-U-Boote waren allein in den vietnamesischen Küstengewässern in Zusammenstöße mit feindlichen Schiffen verwickelt.

An diesem Fall wird deutlich, welche Gefährdung in doppelter Hinsicht für das vietnamesische Volk bestanden hat. Die eventuelle radioaktive Verseuchung durch "verunglückte" Atomwaffen wäre unmöglich gewesen, wenn die US-Imperialisten nicht mit dem Abschuß von Atomraketen auf Vietnam gespielt hätten.

Weiterhin wird berichtet, daß der CIA sich nach Unfällen sowohl aus einem sowjetischen Atom--U-Boot als auch aus einem sowjetischen Bomber die A-Waffen aus dem Meer fischte, erkundigte.

An dieser hier aufgezählten Liste von Atomunfällen, die sicher nur die Spitze eines Eisberges darstellt, wird deutlich, welche Bedrohung die A--Waffen der Imperialisten und des Warschauer Paktes für die Menschheit darstellen.

Überall auf der Welt lassen sie ihre Atomwaffenträger herumfahren, um zu demonstrieren, daß sie überall bereit sind, ihre Atomwaffen auch einzusetzen. Das hat natürlich nichts damit zu tun, den Gegner von einem eventuellen Einsatz ihrer Atomwaffen „abzuschrekken." Schon in Friedenszeiten ist das eine ungeheure Bedrohung für die Menschheit. Nur dem Zufall ist es zu verdanken, daß eine größere nukleare Verseuchung oder Explosionen "aus Versehen" durch A-Waffen bisher nicht vorgekommen sind.

Antimil-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Rudel schon wieder bei der Bundeswehr!

Während der Faschist Frey sich noch seitenlang in seiner „National-Zeitung" über den vermasselten Rahmen für Rudel und andere Braune in Hamburg auswütet, konnte Rudel schon wieder auf einem Traditionstreffen auftreten. Am 21. Mai traf sich Nazi-Wehrmacht-Oberst Rudel, der „tapferste der Tapferen" (NZ), an der Burg Staufenberg bei Gießen (Hessen) mit seinen Kameraden des ehemaligenImmelmann-Geschwaders.

Offensichtlich war auch das derzeitige Immelmann-Geschwader 51 aus Bremgarten bei Freiburg geladen und auch zahlreich vertreten. So konnte Rudel erklären: *„Ich freue mich... über die vielen neuen Immelmänner, die bei uns sind - wenn auch in Zivil"* (NZ, 27.5.77).

Obwohl nach Rudels Auftritt beim Immelmanngeschwader 1976 zwei Generäle in den Ruhestand geschickt worden waren, die sich in der Öffentlichkeit zu lauthals für Rudels Auftritt eingesetzt hatten, geht es munter weiter mit den gemeinsamen braunen Feiern - nur mit etwas dezenterem Rahmen.

Auf dem Treffen wurde die Freiheit für die Faschisten Heß, Reder und Kappler, die in Italien inhaftiert sind, sowie für die „Kameraden in Breda" gefordert. „Wenn die Politiker hier versagen, müßte die NATO-Führung eingeschaltet werden", forderte Rudel. Anschließend legten die Bundeswehroffiziere einen Kranz am „Ehrenmal" des Geschwaders nieder („die tat", 3. 6.77).

Auch beim Reservistenverband „rudelts"...

Der „Verband der Reservisten der Bundeswehr" in Sulzfeld (Bayern) veranstaltet jährlich eine Volkswanderung, in deren Anschluß an die Teilnehmer eine Erinnerungsmedaille verliehen wird. Zur diesjährigen entwarfen Wilhelm Stingl, stellvertretender Vorsitzender des Kreises Schweinfurt und Alfred Krug, Vorsitzender des Kreises Sulzfeld eine Medaille, auf der der Nazi Rudel *„verherrlicht"* wird (FR, 18. 6.77).

Nachdem diese Medaille, auf der eigentlich nur noch ein Hakenkreuz „fehlt", in einem Prospekt zur Volkswanderung veröffentlicht wurde, leitete die Spitze des Reservistenverbandes, der diese Sache wohl ein wenig zu heikel war, ein Ausschlußverfahren gegen Krug und Stingl wegen *„verbandschädigenden Verhaltens"* ein.

Der Vorwurf bezieht sich allerdings auf die *„Mitwirkung"* (FR) der beiden, was wohl heißen dürfte, daß noch mehr Faschisten an dieser Provokation beteiligt sind!

Antimilitarismus-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

21 Jahre »Feldartilleriebataillon 11« — 21 Jahre zuviel!

Hannover: Mehr als 15.000 Menschen zogen zu dem vom „Feldartilleriebataillon 11" am 4.6.77 inszenierten Geburtstagsspektakel in die Freiherr-von-Fritsch Kaserne in Hannover.

Eine „umfangreiche Werbeaktion durch Presse und Plakatanschläge (sollte) Besucher in die Kasernen führen, die bisher noch keine Gelegenheit hatten, sich persönlich ein Bild von der Bundeswehr zu machen."

Mit einem Selbstdarstellungstheater sondergleichen, der Vorführung neuer Großgeräte wie Amphibienfahrzeuge, neuentwickelte Panzertransporter, neue Panzertypen und Raketenwerfer wollte sich an diesem Tag der Militarismus die „Sympathien der Bevölkerung" erkaufen.

Niemand nahm Anstoß an den Haubitzen, die dazu vorgesehen sind, Atomsprengköpfe zu verschießen. Wer darob besorgte Fragen stellte, bekam die „beruhigende" Antwort, daß kein westeuropäisches NATO-Land im Besitz von Atomsprengköpfen sei. Diese lagern vielmehr in den Katakomben der US-Militaristen; und zwar z.B. in Nienburg, nur ca. 50 km von Hannover entfernt. Von den US-Spezialisten wird auch die technische Einsatzkontrolle der BW-Haubitzen durchgeführt. Das nennt sich Arbeitsteilung und Verhöhnung der Bevölkerung!

Kriegsveteranen und erwachsene Männer bekamen glänzende Augen, hantierten mit den Waffen, turnten auf den Panzern und erinnerten sich wehmütig an „alte Zeiten". Ihren Kindern wußten sie glühende Kriegserlebnisse zu berichten. Kinder waren überhaupt in Scharen gekommen. Auf „Gegenliebe" stießen bei ihnen weniger Ponyreiten, Go-Kart-Fahren und Torwandschießen, als vielmehr der Umgang mit den Waffen. Für 1.-DM konnten sie sich 15 Schuß für eine Maschinengewehrgarbe kaufen, mit der sie auf ein aufgehängtes Modellflugzeug anlegen konnten! Wohlgemerkt: keine Platzpatronen, sondern scharfe Munition. Das Luftgewehrschießen in den Luftschutzkellern für Kinder unter 16 Jahren nahm sich dagegen fast schon harmlos aus.

Panzerfahren, Luftabwehrgeschütze richten und Panzerfaust anlegen waren weitere „Attraktionen" - auch bzw. gerade für Kinder.

Entwickelten sich Diskussionen vor dem Kasernentor, wo das „Soldaten- und Reservistenkomitee" des KBW die lächerliche Forderung nach „Kündigungsrecht" propagierte, wurden an die Besucher sogleich Handzettel verteilt, in der die BW heuchlerisch lamentiert, daß sie es *„unfair (finde), gerade die zu provozieren, unter deren Schutz man überhaupt die Möglichkeit hat, zu demonstrieren."*

Kotz!

Die SPD-Stadt Hannover unterstützte diesen Propagandatag des BRD-Militarismus nicht nur mit Grußbotschaften durch Oberbürgermeister und Ex-Juso-Vorsitzenden Schmalstieg, sondern stellte den Besuchern auch noch verbilligte Hotelbetten und Karten für öffentliche Einrichtungen zur Verfügung.

Ein schwarzer Tag für die Anti-Militaristen.

KB/Gruppe Hannover



Hannover: Bundeswehr läßt Kinder mit scharfer Munition schießen!

Disziplinararrest gegen fortschrittlichen Soldaten ja — gegen Faschisten nein

Wegen Teilnahme an einer 1.Mai-Demo des DGB in Uniform erhielten jetzt zwei Landshuter Soldaten 7 bzw. 14 Tage „Bau". Außerdem wurde ihnen noch Ungehorsam vorgeworfen, da sie sich weigerten, sich von Feldjägern in Zivil kontrollieren zu lassen, ohne dazu den schriftlichen Befehl gesehen zu haben. Im Bescheid eines der beiden Soldaten über die Verhängung des Arrestes liest sich die „Anschuldigung" so: *„Er (der Soldat - die Red.) hat am 1.5.1977 in Regensburg zwischen 9.30 und 11.45 Uhr an einer Maikundgebung in Uniform teilgenommen und ist dabei mit zwei anderen Soldaten in Linie vor einer Gruppe marschiert, in der folgende Transparente getragen wurden: ‚Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in Betrieb und Kaserne' und ‚Keine Bürgerkriegsübungen der Bundeswehr'. Außerdem hat er nach der Kundgebung den wiederholt gegebenen Befehl des Führers einer Feldjägerstreife in Zivil, seinen Truppenausweis vorzuzeigen, nicht befolgt."*

Ein für die Bundeswehr nicht ungewöhnlicher Vorgang. Besonders interessant macht ihn ein kleines Nachspiel: Einer der beiden verknackten Genossen kam auf den Gedanken, eine Beschwerde zu schreiben, und zwar gegen den NPD-Faschisten Oberstleutnant Georg Pemler. In seiner Beschwerde brachte er gegen den Faschisten dieselben Anklagepunkte (Teilnahme an einer politischen Veranstaltung) vor, die bei ihm zur Verurteilung führten: Der NPD'ler hatte als Redner an einer NPD-Veranstaltung teilgenommen und war unter Angabe seines Dienstgrades auf dem NPD-Plakat angekündigt worden. Diese Beschwerde wurde aus formalen Gründen abgewiesen und in der Begründung vom verantwortlichen Offizier versichert: *„Ich habe keinen Anlaß gefunden, von mir aus einzuschreiten"* (zitiert nach Beschwerdebescheid). Aber wer hat das auch anders erwartet: Ein Militarist hackt doch einem Faschisten kein Auge aus!

Für freie politische Betätigung auch in der Bundeswehr!!!

KB/Gruppe Landshut

Weg mit der Zivildienstkaserne! Gegen eine allgemeine Dienstpflicht!

Wie wir berichtet hatten, soll nach bisher drei gescheiterten Versuchen der Vinckehof in Castrop-Rauxel zur ersten Zivildienstkaserne ausgebaut werden. Dabei handelt es sich um einen Schritt zu einer allgemeinen Dienstpflicht. Bis 1980 soll die Zahl der Zivildienststellen auf 50.000 Stellen ausgebaut sein, während 1970 erst 4.700 zur Verfügung gestanden hatten. 8 - 10 weitere Zivildienstkasernen sind bereits in Planung.

Inzwischen ist die "Reform" vom Bundestag verabschiedet, nach der angeblich das Recht auf Kriegsdienstverweigerung freigegeben wird. Allerdings stellt sich die CDU/CSU auf den Standpunkt, daß mit diesem Gesetz die "allgemeine Wehrpflicht" unterhöhlt werde und will notfalls das Gesetz vor dem Bundesverfassungsgericht zu Fall bringen. Bei dieser Intervention von CDU/CSU geht es darum, das Tempo der Militarisierung noch zu beschleunigen, d.h. daß die Militarisierung des Zivildienstes in jedem Fall bleibt, wenn nicht gar verschärft wird.

In Zukunft soll nämlich die Entscheidung für den Zivildienst die einzige Möglichkeit sein, nicht zur Bundeswehr gezogen zu werden. Und im Zivildienst gibt es zahlreiche Möglichkeiten, auch "eingeschränkt taugliche" Wehrpflichtige einzusetzen. Aber auch gerade die Tatsache, daß sich zukünftige Kriegsdienstverweigerer f ü r den Zivildienst entscheiden müssen und nicht die A b l e h n u n g des Kriegsdienstes im Vordergrund steht, baut das Recht auf KDV weiter ab. Der Zivildienstbeauftragte Iven hat dafür den Begriff des "Zivildienstfreiwilligen erfunden, der „gleichartige Dienstbedingungen" wie die Wehrpflichtigen vorfinden soll („Westf. Rundschau", 29.9.76).

... Kasernierung ...

Die im großen Stil angestrebte Kasernierung von ZDLern soll dafür die Voraussetzungen schaffen. Das wird heute durch die Zersplitterung in viele kleine Dienststellen erschwert. Dazu kommt natürlich der Katalog von Schikanen (wörtlich das Gleiche wie beim Bund), der von einer Kasernenleitung sicherlich "unbürokratisch" gehandhabt werden kann. Es werden damit Voraussetzungen geschaffen auch für Streikbrechereinsätze, *"die dem Allgemeinwohl dienen"* (Zivildienstgesetz), z.B. bei öffentlichem Nahverkehr und der Post.

Die Kasernierung von ZDLern ist ein heißes Eisen. Drei Versuche in Schwarmstedt ('69), Gummersbach ('71) und Göttingen ('71) sind am Widerstand der ZDLer gescheitert. Das Bundesamt für den Zivildienst (BAZ) geht darum diesmal geschickter vor:

- der Vinckehof wird penetrant zum "Zivildienstzentrum" heruntergespielt. *"An Zapfenstreich und ähnliche Beschränkungen ist nicht gedacht"* (Iven Westf.Rundschau, 14.1.77).
- Die Kaserne und die damit verbunden Veränderungen des Zivildienstes werden in der Öffentlichkeit verschwiegen.
- Über die Anzahl und die Einsatzstellen der Vinckehof-ZDL werden gezielt Falschmeldungen verbreitet, um den Protest auszuloten und Verwirrung zu stiften.
- Im Vinckehof fanden bisher nur 2 dreiwöchige Einführungslehrgänge mit 30-40 Teilnehmern statt. Bis auf 3, die im Vinckehof bleiben wollten (!) haben alle anderen von der Möglichkeit, sich versetzen zu lassen, Gebrauch gemacht. Wie lange diese Möglichkeit allerdings noch besteht, ist unklar.
- Im Vinckehof herrscht ein noch relativ liberaler Ton, grundsätzlich gibt es Wochenendurlaub und Nachtausgang. Den ZDLern steht ein Farbfernseher, Tischtennisplatte u.ä. zur Verfügung.

Daß es sich bei diesem Vorgehen des BAZ nur um eine kurzfristige Taktik handelt, und daß es so nicht lange bleiben wird, geht aus den längerfristigen Plänen hervor, aber auch aus den neusten Beschlüssen, die dort sehr gut hineinpassen:

1. In Zukunft werden die ZDLer ohne Vorankündigung einberufen; es wird also in der Regel nicht mehr möglich sein, seine Stelle selbst auszusuchen.
2. Neue Dienststellen werden nur noch anerkannt, wenn sie Unterkünfte stellen können, was anzeigt, daß die fast generelle Heimschlafregelung für ZDLer abgebaut werden soll.
3. Ein Teil der Verwaltungsaufgaben des BAZ wird an die Verbände, die ZDLer beschäftigen, übergeben. Dazu gehört auch die Versetzung von ZDLern und das Beschwerderecht!

Die Übergabe von Verwaltungsaufgaben, die den Verbänden noch mehr Verfügungssgewalt über "ihre" ZDLer verschafft, ist nur scheinbar eine Dezentralisierung, da das BAZ den Vertrag mit den Verbänden bei Pflichtverletzung fristlos kündigen kann. Für die rund 10.000 einzelnen Einsatzstellen wird extra ein "Betreuungsverband Zivildienst e.V." gegründet, der diese Verwaltungsaufgaben zentral aber mit größerer Nähe zu den Dienststellen und damit effektiver erledigt. Gleichzeitig werden beim BAZ selbst Verwaltungskapazitäten frei, die bei dem erwarteten "Andrang" für den Aufbau der Kasernen genutzt werden können.

... — Mit uns nicht !

Es gibt deutliche Anzeichen dafür, daß auch diesmal der Kampf gegen die Kasernierung eine erhebliche Breite unter den ZDLern gewinnen kann. Sofort nach dem Bekanntwerden der Vinckehofpläne, ist von den meisten Gruppen der 'Selbstorganisation' (SO) der Zivildienstleistenden mit der Informationsarbeit begonnen worden. Es fanden in mehreren Städten Veranstaltungen und Vollversammlungen statt, die größte in Hamburg mit 80 ZDLern; zahllose Resolutionen trafen beim BAZ ein; in Dortmund führte die SO ein Straßentheater auf; einige hundert Personalakten wurden etwa gleichzeitig angefordert, was bei der derzeitigen Überlastung des BAZ sicherlich jedes w a h r e Bürokratenherz erfreut hat.

Die erste Bildungsveranstaltung, die im April im Vinckehof stattfinden sollte, wurde von 12 der 20 Teilnehmer boykottiert!

Das BAZ sah sich schon veranlaßt, in einem 5-seitigen Artikel das Projekt Vinckehof zu rechtfertigen, *"damit nicht durch Unkenntnis die Fortentwicklung innerhalb des Zivildienstes entscheidend unterbrochen wird"* ("Der Zivildienst" Nr.4/77). Außerdem tauchte ein BAZ-Jurist in mehreren großen Dienststellen auf und wollte mit den Vertrauensleuten über die Kaserne reden.

Man kann davon reden, daß bereits der größte Teil der ZDLer über die Vinckehofpläne informiert ist und daß die Kasernierung auf einhellige Ablehnung stößt. Der Protest ist aber bislang fast ausschließlich verbal geäußert worden. Der Schritt zum praktischen Protest muß jetzt folgen, damit die Verzögerungstaktik des BAZ, die die Wellen glätten soll, nicht aufgeht. Dabei sind die ZDLer-Streiks sicherlich ein besseres Vorbild als zähes Verhandlungsgeschick, auf das die DKP in der SO orientiert.

Antimil-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



frauen



Auseinandersetzungen nach der »Walpurgisnacht«





In der diesjährigen „Walpurgisnacht", am Vorabend des 1.Mai, fanden in vielen Städten Demonstrationen „gegen Männergewalt" statt, vornehmlich gegen Vergewaltigung und daneben gegen die Vermarktung der Frau als Sexual-Objekt. Bevorzugte Plätze für die Umzüge waren daher z.B. „Vergnügungsviertel",Parks, Bahnhöfe.

Der KB hat sich generell an den Umzügen nicht beteiligt, weil wir davon ausgingen, daß die Aktion - unabhängig von den Absichten einzelner örtlicher Frauengruppen - insgesamt der reaktionären Absicht dienen sollte, von den gesellschaftlichen Bedingungen der Gewalt gegen Frauen abzulenken und den Kampf gegen „die Männer" in den Vordergrund zu stellen.

Tatsächlich richteten sich die bei den Umzügen mitgeführten und gerufenen Parolen praktisch ausschließlich gegen „die Männer", und auch auf den Flugblättern wurde – soweit uns bisher bekannt – nirgendwo der gesellschaftliche Hintergrund einbezogen. Typisch waren vielmehr rein emotionale Ansprachen wie etwa: *„Haben Sie schon mal einen Park bei Nacht gesehen? Haben Sie sich wohl gefühlt? Oder haben Sie Angst, daß Männer Sie mit Blicken ausziehen, belästigen, anpöbeln, befummeln, beleidigen, überfallen, mißhandeln, vergewaltigen, ermorden? – Wie verhalten Sie sich – mit der Bedrohung ständig im Nacken?"* („Frauenzeitung Bremen", Aufrufflugblatt).

Die Diskussion, die jetzt in der Frauenbewegung über die Aktion ge-

Die Diskussion, die jetzt in der Frauenbewegung über die Aktion ge-

führt wird, steht vordergründig noch weitgehend unter dem Eindruck des euphorischen Gemeinschaftserlebnisses. *„Es war eine dufte Stimmung unter uns Frauen ...", „... ist uns Frauen wieder klargeworden, wie stark wir gemeinsam sein könnten und welche Macht wir durch unser Zusammensein haben"* („Klara-Essener-Frauenzeitung", Mai '77).

Bedenken einzelner Frauen machen sich vor allem an der Tatsache fest, daß die meisten Umzüge auf teilweise direkt penetrante Art von der Polizei „geschützt" wurden (speziell in den „Vergnügungsvierteln"), also sich wieder einmal „Männer" als Beschützer aufspielten, während den Frauen bewußt ist, daß z. B. vor Vergewaltigungen die Polizei Frauen kaum beschützt, sondern ihnen durch säuische „Verhöre" meist noch einen drauf gibt, wenn sie Anzeige gegen den Vergewaltiger erstatten.

Darüberhinaus wurde in einzelnen Fällen auch selbstkritisch diskutiert, daß mit den Aktionen keine gesellschaftlichen Zusammenhänge hergestellt worden waren. Obwohl dies aber generell an allen Orten so war, wurde dieser Mangel anscheinend – wie etwa im Aachener Frauenzentrum – nur als örtlicher Fehler interpretiert und nicht im Zusammenhang der ganzen Aktion gesehen, wie sie bereits in der Planung angelegt war. Sehr weitgehend scheint uns eine Selbstkritik in der Hannoveraner Frauenzeitung „Wir" (Mai '77): *„Wir demonstrierten gegen Männergewalt und Vergewaltigung. Unser Ziel war aber nicht, ‚den Mann' als neues Feindbild aufzubauen, sondern eine Verbindung zwischen gesellschaftlichen Gegebenheiten und Frauenunterdrückung aufzuzeigen, was uns offensichtlich mißlungen ist"*. Das Stuttgarter „Blättle" veröffentlichte zu diesem Thema einen Artikel, in dem es hieß: *„Es ging uns wohl nicht darum, aufzeigen zu wollen, daß es am Schwanz oder an der Biologie des Mannes liegt, daß einige von ihnen Frauen vergewaltigen, sondern sowohl das männliche als auch das typische weibliche Verhalten sind etwas durch die Gesellschaft geschaffenes"* (Mai '77).

„Was tun", Zeitung der trotzkistischen GIM, hatte nach der „Walpurgisnacht" einen Artikel veröffentlicht, in dem der KB wegen seiner Kritik an der Aktion angegriffen wurde und in dem wider besseren Wissens behauptet wurde, in den Aktionen seien die gesellschaftlichen Zusammenhänge aufgezeigt worden, sie hätten sich keineswegs gegen „die Männer" gerichtet usw. usf. Dieses Märchen provozierte einen Leserbrief trotzkistischer Frauen aus Heidelberg („was tun", 16.6.), in dem diese die Sache richtigstellten: *„Eine Nachtdemonstration richtet sich nicht gegen eine abstrakte Unterdrückung, sondern gegen die Männer, die ganz konkret als Unterdrükker fungieren. Es sind nun mal Männer, ganz konkrete Männer, die die Frauen nachts und tagsüber anpöbeln, anlabern, angreifen (verbal und physisch), vergewaltigen"*. Dies ist der „was tun" noch nicht mal einen Kommentar wert! Statt sich kritisch mit der „Walpurgisnacht" auseinanderzusetzen, hat die GIM versucht, den Aktionen durch einen journalistischen Kunstgriff nachträglich die „richtige Linie" unterzuschieben. Jetzt fällt „was tun" anscheinend sogar noch hinter den in der Frauenbewegung schon erreichten Diskussionsstand in der Auswertung der Aktion zurück.

sionsstand in der Auswertung der Aktion zurück.

Nicht überall wird freilich in der Frauenbewegung mit dem Blick nach vorn diskutiert. So wurden in Hannover die KB-Frauen von der Arbeit im Frauenplenum ausgeschlossen. Begründung: Mit seiner Stellungnahme zur Walpurgisnacht habe der KB endgültig klargemacht, wie er zur Frauenbewegung stehe.

Zu erwähnen bleiben noch Diskussionen in unserer eigenen Organisation: Nachdem wir in AK 103 unsere Nicht-Teilnahme an der „Walpurgisnacht" begründet hatten, beschränkten wir uns in AK 104 weitgehend auf eine Berichterstattung über die Aktionen, Teilnehmerzahlen, Parolen usw., wobei freilich deutlich hervorgehoben wurde, daß die gesellschaftlichen Zusammenhänge nicht hergestellt wurden, daß sich in der Frauenbewegung eine Entpolitisierung abspielt usw. Dieser Artikel nun erschien vielen Genossinnen und Genossen als *„außerordentlich lasch", „zu wohlwollend", „völlig wertfrei"* oder gar als „Sinneswandel". Tatsache ist, daß der Artikel die notwendigen Fakten allesamt enthielt, ohne freilich noch einmal die politische Moral mit der von einigen Genossinnen und Genossen gewünschten „Schärfe" zu verkünden. So sollte es auch zukünftig bleiben: Es ist unserer Meinung nach falsch, einen Artikel im AK für sich aus den Zusammenhängen zu reißen und danach abzumessen, ob der eine etwa „schärfer" ist (da er eine Sache kommentarartig kurz und knapp „auf den Punkt bringt"), oder ein anderer Artikel vielleicht „lascher" ist (weil er vorwiegend aus sachlicher Information besteht). Für einen „Sinneswandel" besteht in dieser Sache ganz und gar kein Grund, denn der Verlauf der Aktionen hat unsere Voreinschätzung sogar mehr bestätigt, als wir selbst annehmen mußten.

Auf Adenauers Spuren — Antikommunismus in der Frauenbewegung

„Diese Linke, die sich für die Welthygiene verantwortlich einsetzt, glaubt nun auch bei den Frauen für sozialistische Sauberkeit und Ordnung sorgen zu müssen. Mit der Revolutionsargumentation versuchen sie, Frauen zu rekrutieren, um sie danach in ihrer Parteihierarchie, ihrer Bürokratie und ihren Personenkult einzupferchen" („Schwarze Botin", Nr. 3, April 1977).

„Wir halten es für unmöglich und dazu schädlich, auch nur die geringste (punktuelle) Zusammenarbeit mit den K-Frauen, geschweige mit den Linken aufzunehmen. Für jede linke Frau hieße, eine konsequente Frauenpolitik betreiben, auch eine konsequente Trennung von der Linken" („Bemerkungen zur Linkken", Papier der Schwarzen Botinnen, 9.2.77).

Diese Thesen, deren Spuren sich zu den „Abgrenzungsbeschlüssen" der SPD, den „Unvereinbarkeitsbeschlüssen" der Gewerkschaften und darüber hinaus zu den antikommunistischen Klamotten der Adenauer-



Ära zurückverfolgen lassen, werden in einigen Frauenzentren tatsächlich praktiziert – Rausschmiß von „K-Frauen", Ablehnung jeder Zusammenarbeit. In Teilen der Frauenbewegung hat eine Entwicklung stattgefunden, die von immer stärkerer Abgrenzung und Feindschaft gegen linke Organisationen und linke – gesellschaftsverändernde – Positionen gekennzeichnet ist. Das war nicht immer so. Wenn wir den Beginn der westdeutschen Frauenbewegung datieren mit den auslaufenden „Studentenunruhen" und mit der Bewegung gegen den § 218, so gab es durchaus ein linkes Selbstverständnis der sich zusammenfindenden Frauen.

Die breite Bewegung der Abtreibungsgegnerinnen, ihre öffentlichen Selbstbezichtigungskampagnen sind zugleich auslösendes Moment für linke Gruppen gewesen, sich mit der besonderen Unterdrückung der Frau stärker auseinanderzusetzen. Insgesamt haben mindestens anderthalb Jahre lang Frauenbewegung und Linke friedlich nebeneinander her existiert. Eine relativ solidarische Zusammenarbeit, gemeinsame Veranstaltungen und Demonstrationen waren möglich.

Sogar gegen falsche Positionen linker Organisationen hat sich lange Zeit innerhalb der Frauenbewegung kein offener Protest erhoben. Der KBW konnte z.B. ungestört von den Frauengruppen seine „Volksentscheid"-Kampagne führen und zeitweise die Bewegung gegen den § 218 majorisieren. Eine inhaltliche Auseinandersetzung wurde nicht von der Frauenbewegung, sondern von anderen linken Organisationen, insbesondere vom KB, geführt.

Als mit der Neufassung des § 218 durch den Bundestag die Illusionen endgültig den Bach runter waren, mit einfachem Protest und spektakulären Aktionen den Paragraphen zu Fall bringen zu können, begann in der Frauenbewegung eine Auseinandersetzung über ihren zukünftigen Weg. Frauen versuchten, sich theoretisch zu definieren, suchten nach gemeinsamen Zielen. Es blühten Theorien der „neuen Innerlichkeit"; „Selbsterfahrung" wurde wesentlicher Bestandteil vieler Frauengruppen; die sexuelle Unterdrückung der Frau wird nicht mehr als ein Teil der gesamten Unterdrückung gesehen, sondern von vielen als der Dreh- und Angelpunkt.

Nur so ist es verständlich, warum Alice Schwarzer mit ihrem Buch „Der kleine Unterschied", in dem sie tatsächlich ja keine neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse über weibliche Sexualität verarbeitet, so großen Erfolg haben konnte, ja innerhalb der Frauenbewegung von vielen als eine Art „Prophetin" empfunden wurde. Ablehnung des „Schwanzfickens", sexuelle Verweigerung den Männern gegenüber, organisatorischer, emotionaler und auch sexueller Zusammenschluß ausschließlich von Frauen, soll der nach Verabschiedung des „neuen" § 218 resignierenden und frustrierten Frauenbewegung ein neues Ziel geben: „Geschlechterkampf".

Es werden Kampfansagen gegen die „männliche" Umweltverschmutzung, gegen den „männlichen" Städtebau, gegen die „männliche" Machtpolitik etc. entwickelt. Unterdrückung wird nicht mehr klassenmäßig, sondern nur noch biologisch erklärt.

Und wieder ist jemand da, der die verschiedenen Ansätze in der Frauenbewegung auf einen Punkt bringt und zum theoretischen Konzept erhebt: die „Schwarze Botin"!

In Anlehnung an Theorien aus den USA (Valerie Solanas, Lesbian Nations) wird eine Gesellschaft propagiert, in der die Frauen die Macht haben. Männer werden zur „minderwertigen" Rasse erklärt, die unterdrückt, kastriert und letztlich ausgerottet werden muß. Und so seltsam es klingt: Die „Schwarzen Botinnen" haben die in größeren Teilen der Frauenbewegung vorhandene Tendenz zur Absage an die Linke nur konsequent zuende gedacht. Denn wenn man einerseits sich nicht auf eine rein reformistische Perspektive beschränken will, andererseits die sozialistische Revolution (gemeinsam mit den Männern) ablehnt, so bleibt als Perspektive nur noch eine „Revolution" der Frauen gegen die Männer (ob frau dann auch so weit gehen will wie die „Schwarze Botin", die Männer ganz „abzuschaffen", ist noch eine andere Frage).

Auffällig in der BRD ist, daß

Auffällig in der BRD ist, daß

diese Entwicklung innerhalb der Frauenbewegung fast widerstandslos über die Bühne gegangen ist. Eine Auseinandersetzung mit verschiedenen Theorien und Projekten hat in den Frauenzeitungen kaum stattgefunden.

Kritik an der „neuen Innerlichkeit", an Frauenhausprojekten, an Alice Schwarzer, wurde von der Linken, im wesentlichen vom KB aufgenommen.

Was wir allerdings erhofften, daß sich nämlich in der Frauenbewegung endlich selbstkritisch auseinandergesetzt würde mit den Rückzugs- und Entpolitisierungstendenzen von Teilen der Bewegung sowie mit männerfeindlichen Theorien à la „Schwarze Botin", bewirkte eher das Gegenteil. Unter Hinweis auf „Frauensolidarität" stellten sich die meisten Frauengruppen vor Alice Schwarzer, vor Verena Stefan, vor die Schwarzen Botinnen, selbst wenn Widersprüche zu deren Theorien vorhanden waren. In immer stärkerem Maße wurde unsere Kritik als unerlaubte Einmischung abgetan. Demagogisch wurde der KB als Feind der gesamten autonomen Frauenbewegung hingestellt.

Plattester Antikommunismus

Nachdem wir im AK erstmals auf die seltsamen Theorien der „Schwarzen Botin" hingewiesen hatten, stiegen die Botinnen ihrerseits massiv in die Polemik ein. Freilich nicht so, daß sie unsere Darstellung ihrer Theorien als falsch, als ausgedacht oder als verzerrt zurückgewiesen hätten oder daß sie gar alternativ ihren Standpunkt vorgestellt hätten. Dies alles wäre den Botinnen wohl auch schwer gefallen, da wir nichts anderes verwendet hatten als ihre eigenen schriftlichen und mündlichen Äußerungen.

Fortsetzung Seite 35

Fortsetzung von Seite 34

Auf Adenauers Spuren — Antikommunismus in der Frauenbewegung

So besannen die „Botinnen" sich auf die alte Weisheit, daß Angriff immer noch die beste Verteidigung ist, und gingen zu wilden antikommunistischen Attacken über – zuerst mit ihren „Bemerkungen zur Linken" (9.2.77), dann mit einem längeren Artikel in der „Schwarzen Botin" (April), daneben natürlich intensivst mit Hetze und Intrigen innerhalb der Frauenbewegung.

Es ist allerdings so, daß sich die Botinnen an keiner Stelle ernsthaft und konkret mit den Linken und speziell mit dem in erster Linie angegriffenen Kommunistischen Bund auseinandersetzen. Stattdessen wird vertraut auf die Kraft bewährter antikommunistischer Reizworte, wie etwa **„Indoktrinationsprogramme", „Parteihierarchie", „Bürokratie", „Personenkult", „linke Moralisten", „das sozialistische Paradies der Linken", „Die Linke kämpft mit den Parolen ihrer Urgroßväter"** usw. (alles „Schwarze Botin"). Vertraut wird darauf, daß diese Klischees durch die kapitalistische „Bewußtseins"industrie schon so stark in vielen Köpfen verankert sind, daß man diese Reizworte bloß noch zu nennen braucht, um den gewünschten Effekt zu erreichen. Auf derselben Ebene liegt es, wenn die „Frauenoffensive" München eine ungeheuer arrogante Anmache gegen den Kommunistischen Bund abläßt (siehe Abdruck in diesem AK), ohne auch nur eine einzige der darin enthaltenen Behauptungen wenigstens andeutungsweise zu belegen.

Diese Vorgänge erinnern fatal an miese Formen der „Auseinandersetzung" durch Teile der „Spontis" in der Anti-AKW-Bewegung („Fischmarktstory" u.ä.). Offenbar sind sich die betreffenden Frauen ihres Antikommunismus so sicher, daß ihnen jede sachliche Erörterung schon überflüssig erscheint.

Die „männerbeherrschte Linke"

Gleichfalls zur antikommunistischen Standard-Ausrüstung gehört die Geschichte von den „linken Mackerorganisationen": *„Die gesamte Linke ist männerbeherrschend strukturiert, und das macht sich an zwei prägnanten Beispielen besonders deutlich: 1. Die Frauen nehmen in den linken Organisationen, was Entscheidungsmöglichkeiten und Parteiführung betrifft, sehr minore Posten ein. Ihnen sind die traditionellen Rollenmuster zugeordnet, die sie auf servile Hilfsfunktionen reduzieren. Aufstiegsmöglichkeiten sind den Genossinnen meist auch nur an der Seite entsprechend aufgestiegener Genossen möglich.*

gesamte Linke ist männerbeherrschend strukturiert, und das macht sich an zwei prägnanten Beispielen besonders deutlich: 1. Die Frauen nehmen in den linken Organisationen, was Entscheidungsmöglichkeiten und Parteiführung betrifft, sehr minore Posten ein. Ihnen sind die traditionellen Rollenmuster zugeordnet, die sie auf servile Hilfsfunktionen reduzieren. Aufstiegsmöglichkeiten sind den Genossinnen meist auch nur an der Seite entsprechend aufgestiegener Genossen möglich.

Heterosexualität ist genauso wesentlich wie der Glaube an die sich einmal befreiende Massenbasis. 2. Die Helden und Märchenprinzen der Linken sind Männer, Arbeiter mit stahlharten geballten Fäusten, abenteuergeschwängerte Widerstandskämpfer (Che Guevara), oder ganzen Systemen wird ein heldenhafter Charakter zugeordnet, oder sie werden zu Schutzheiligen kleiner linker Gruppierungen (z.B. China, Rußland, DDR) usw. Frauen sind in Bezug auf den Arbeiter, den Widerstandskämpfer oder den Parteichef immer nur Zubehör (z.T. nützliches), in China ist das sehr deutlich geworden an der Hexenjagd auf Maos Witwe" ... „Frauenbewegung, wo sie sich historisch in die Linke integriert hat, ist sie geschichtslos geblieben, wurden ihre Aktivitäten gelähmt und ihr Interesse geopfert zugunsten männlich orientierter Parteiprogramme" („Bemerkungen zur Linken").

Auch die „Frauenoffensive" fährt auf die Behauptung ab, *„solche Organisationen wie der KB"* wollten **„gerade speziell den Frauen und der Frauenpolitik den Platz zuweisen, den wir immer schon in linken Organisationen und Parteien hatten — den nämlich am Katzentisch."**

Nicht einmal verwunderlich, daß sich die Wut der antikommunistischen Frauen in erster Linie auf den Kommunistischen Bund konzentriert (die DKP etwa, die derzeit massiv in der Frauenbewegung abzusahnen versucht, wird von den Antikommunistinnen glatt übersehen), denn es wird uns besonders übel angekreidet, daß wir uns überhaupt so intensiv mit der autonomen Frauenbewegung beschäftigen, daß wir eine Zusammenarbeit anstreben usw. *„Im Unterschied zu anderen Männerorganisationen kommt offensichtlich nur der KB auf solche Ideen"* (Frauenzeitung des Hamburger Frauenzentrums, April 77). Auf den Punkt gebracht wurde die ganze Sache wieder von der „Schwarzen Botin": **„Wir müssen uns darüber klar sein, daß auf allen Frauentreffen, an denen K-Frauen teilnehmen, die Männer, zwar physisch abwesend, durch die Genossinnen aber repräsentiert sind. Sie sind tatsächlich die ‚Hintermänner' und Drahtzieher' (um den linken Jargon zu benutzen)"** („Bemerkungen zur Linken").

Das heißt, das strikte Verbot einer Zusammenarbeit mit Männern wird auch generell auf linke Frauen ausgedehnt, die als „Agenten der Männer" eingestuft werden. Damit sind dann fast alle Definitionsprobleme gelöst. Die weitergehende These besagt, daß eigentlich nicht bloß die linken Frauen, sondern generell a l l e Frauen, die sich noch nicht zur Höhe der lesbischen Liebe aufgeschwungen haben, sondern die noch Beziehungen zu Männern haben, politisch unzuverlässig im Sinne des „radikalen" Feminismus seien. Von der konsequenten Anwendung dieser These wird aber derzeit aus bündnispolitischen Rücksichten noch Abstand genommen.

Es bleibt nicht bei Worten

Die antikommunistische Strömung in der Frauenbewegung bleibt nicht bei theoretischen Erörterungen stehen. In vielen Frauenzentren sind inzwischen **Abgrenzungsbeschlüsse gegenüber linken Organisationen** gefaßt worden, die zumindest die Mitarbeit linker Frauen verbieten, teilweise auch mehr oder weniger ausdrücklich jede gemeinsame Aktion ausschließen.

Im Westberliner Frauenzentrum etwa wurde im März eine Resolution angenommen, in der es heißt: *„... Keine KB-Frauen mehr an den Sitzungen des FZ teilnehmen zu lassen, (daß) prinzipiell keine Aktionseinheit mit dem KB mehr eingegangen wird und daß Anträge des KB, auch wenn sie schriftlich eingereicht werden, nicht behandelt werden"* (lt. „Courage", 4/77).

Im Frauenplenum Hannover wurde erst kürzlich ein Beschluß durchgesetzt, daß „KB-Frauen" nicht mehr mitarbeiten dürfen (unter Hinweise auf unsere Kritik an der „Walpurgisnacht"-Aktion).

– Die Hamburger „Frauenkneipe" weigerte sich, einen Aufruf zum vom KB mitorganisierten Frauenfest am 8. März auszuhängen, weil es kein reines Frauenfest, sondern eines einer „gemischten" Organisation sei. Nach dem Inhalt unseres Festes wurde gar nicht erst gefragt, für die Frauen der „Frauenkneipe" war eh klar: *„.... dieses Plakat benutzt die autonome Frauenbewegung, genauso wie die system-immanente Werbung die Frau ausbeutet, um z.B. für Körperspray zu werben"* (Frauenzeitung des Hamburger Frauenzentrums April 77).

– Das Westberliner Druck-Kollektiv „Contraste", der „Schwarzen Botin" engstens verbunden, w e i g e r t e sich, eine Ausgabe der Sponti-Zeitung „radikal" zu drucken, in der die „radikal"-Frauen einen kritischen Artikel zur „Schwarzen Botin" geschrieben hatten.

– Den Frauen um die „Protokolle" Münster, die einen vom KB mitgetragenen Aufruf gegen die „Schwarze Botin" unterschrieben hatten, wurde auf einem Treffen verschiedener „Frauenprojekte" kräftig eingeheizt und sie wurden unter ökonomischen und politischen Druck gesetzt.

– Auf dem Treffen des Verbandes Linker Buchläden (VLB) tauchten die „Botinnen" auf, um wegen der Anwesenheit von KB-Mitgliedern den VLB aufzufordern, er möge sein „Selbstverständnis überprüfen".

„Solidarität unter Frauen" und Opportunismus

Als immer noch wirkungsvoll erweist sich der Appell an die „Solidarität unter Frauen" – was natürlich voraussetzt, daß die „K-Frauen" aus der Frauensolidarität von vornherein ausgeschlossen sind. So erweist sich die sogenannte „Solidarität unter Frauen" schlicht als mehr oder weniger verständnisvolles Hinnehmen der tollsten antikommunistischen und männerfeindlichen Eskapaden einzelner Frauen oder Frauengruppen, als ängstliches Verscharren sämtlicher Widersprüche und als jederzeitige Inschutznahme dieser Frauen gegen Kritik von links. Es ist mit politisch-verstandesmäßigen Maßstäben schon nicht mehr faßbar, daß Frauen und Frauengruppen, die selbst einen fortschrittlichen, linken oder gar sozialistischen (?!) Anspruch haben, bis heute zu der Linkenhetze a la „Schwarze Botin" sich kein einziges kritisches Wort abringen konnten, dafür aber eifrig den KB anmachen, er würde eine „Gerüchteküche" gegen die „Schwarzen Botinnen" betreiben (nennt mal Beispiele, Genossinnen!!) und die „KB-Frauen" sollten sich gefälligst nicht in innere Angelegenheiten der Frauenbewegung einmischen („Courage"). Dies alles ist umso makabrer, weil die „Schwarzen Botinnen" selbst (siehe SB Nr. 1!) sich unverhohlen und zynisch über den „klebrigen Schleim" dieser Art von „Frauensolidarität" lustig gemacht haben, heute aber gern diesen „klebrigen Schleim" in Anspruch nehmen.

Neben politischer Dummheit ist bei dem opportunistischen Verhalten mancher Frauen und Frauengruppen auch die nackte Angst im Spiel. Wenn die „Schwarzen Botinnen" etwa drohend anklagen: **„Die Versuche der linken Frauen, die Frauenbewegung zu spalten, sind leider sehr fruchtbar gewesen"** („SB", Nr.3), dann ist das zwar weit von der Wirklichkeit entfernt, aber es reicht offenbar, um die meisten Frauen, die irgendwo doch mal Kritik an den „Botinnen" geäußert haben, einzuschüchtern – ganz und gar dem sogenannten „Benneter-Effekt" in der SPD vergleichbar: Wer die „Botinnen" kritisiert, ist Agent der Linken, ist also Agent der Männer, hat also in der Frauenbewegung nichts zu suchen! ...

Wo Frauen, wie die Gruppe um die Zeitung „Protokolle" (Münster), allerdings sich von den „Botinnen" kritisch absetzen, werden sie in den folgenden schweren Angriffen von der übrigen Frauenbewegung allein gelassen. Von der vielgepriesenen „Frauensolidarität" ist da nicht mehr viel zu spüren. Im Gegenteil, es scheint insgesamt ein derartiges Klima der Angst zu herrschen, daß bei dem kleinsten Stirnrunzeln der selbsternannten Elite der Frauenbewegung (SB) alle zusammenzucken.

Die Versuche, auch die letzten Frauengruppen einzuschüchtern, die noch mit Linken zusammenarbeiten, sind auf dem besten Weg, Erfolg zu haben. Die Münsteraner Frauen z.B. sind eher bereit, in der Auseinandersetzung mit der „Schwarzen Botin" stillzuhalten und notfalls sogar die linken Frauen rauszuwerfen, als daß sie die Machenschaften und Erpressungsversuche von Frauengruppen wie der SB öffentlich anprangern würden.

Wie geht's weiter?...

sind eher bereit, in der Auseinandersetzung mit der „Schwarzen Botin" stillzuhalten und notfalls sogar die linken Frauen rauszuwerfen, als daß sie die Machenschaften und Erpressungsversuche von Frauengruppen wie der SB öffentlich anprangern würden.

Wie geht's weiter?...

Es ist klar, daß die Entwicklung innerhalb der Frauenbewegung im Zusammenhang zu sehen ist mit der allgemeinen gesellschaftlich-politischen Entwicklung in der BRD. Werden doch an allen Ecken und Kanten Abgrenzungsbeschlüsse, politische Entlassungen und Linkenhetze betrieben. Wir meinen, daß es an der Zeit ist, noch bestehende Illusionen auszuräumen über eine friedliche politikferne Frauenbewegung, in der Friede, Freude, Eierkuchen herrschen. Während nämlich auf der einen Seite tatsächlich eine Rückzugsbewegung in die „Selbsterfahrung" und eine Entpolitisierung stattfindet, erleben wir auf der anderen Seite einen masssiven Politisierungsversuch von rechten Kräften, die unter der Parole: „Der Feind steht links" und „Völliger Bruch mit der Linken" um Einfluß in der Frauenbewegung kämpfen. Diesen Frauen kommt das in der Frauenbewegung allgemein herrschende Klima zugute, Widersprüche nicht offen zu diskutieren, im Namen der Frauensolidarität fünf gerade sein zu lassen, „frauenbewegungsinterne" Diskussionen als Tabu zu betrachten, die nicht ans Licht der Öffentlichkeit gehören usw. Immerhin ist es aber teilweise gelungen, dieses Klima aufzubrechen und die Ansätze einer Auseinandersetzung zu schaffen. Das immerhin ist das Verdienst der „Schwarzen Botin", die mit ihren antikommunistischen Attacken die Sache auf den Punkt gebracht hat und damit die Frage öffentlich gemacht hat, ob die Frauenbewegung sich als Teil der Linken verstehen soll oder als eine g e g e n die Linke gerichtete Bewegung.

Frauengruppe
KB/Gruppe Hamburg

Aus der Münchener „Frauenoffensive"

Die falsche Vorstellung, daß die Frauenbewegung, die sich unabhängig von den Männern organisiert, Teil einer umfassenden Linken sei, wird gerade aus verschiedenen Organisationen in die Bewegung getragen. Vor allem an der Hochschule werden von ihnen immer wieder Auseinandersetzungen gefordert, die leider nie etwas Neues bringen. Besonders der Kommunistische Bund versucht, sich als Beschützer der Frauenfrage hervorzutun und beschickt Frauengruppen mit seinen Vertreterinnen, die er mit seiner Wochenzeitung ‚Arbeiterkampf' ausrüstet, die sich zwar langsam zur ‚Bildzeitung für fortschrittliche Menschen' mausert, sich aber nicht scheut, vermeintliche Interna aus der Frauenbewegung zu publizieren und linke Stilblüten

gruppen mit seinen Vertreterinnen, die er mit seiner Wochenzeitung ‚Arbeiterkampf' ausrüstet, die sich zwar langsam zur ‚Bildzeitung für fortschrittliche Menschen' mausert, sich aber nicht scheut, vermeintliche Interna aus der Frauenbewegung zu publizieren und linke Stilblüten

auf extra als ‚Frauenseite' deklarierten Spalten abzulassen.

Daß solche Organisationen wie der KB nichts unversucht lassen, um alles, was nach ‚fortschrittlichem Potential' riecht, in ihre Politik zu integrieren, um gerade speziell den Frauen und der Frauenpolitik den Platz zuzuweisen, den wir schon immer in linken Organisationen und Parteien hatten — den nämlich am Katzentisch — dieses Bestreben ist ihnen nicht zu verdenken, schließlich halten sie sich für Monopolisten in Sachen Emanzipation. Solchen Strategien muß aber dort entgegengetreten werden, wo die Möglichkeit, sich unter Frauen solidarisch und offen auseinanderzusetzen, durch derartige Aktivitäten verhindert wird. Wenn beispielsweise Frauen aus linken Gruppen nichts besseres zu tun haben, als Informationen aus Frauengruppen an ihre Genossen weiterzugeben, so daß es dir passieren kann, daß du nach einer Frauenvollversammlung an der Uni in dein Institut zurückkehrst, wo du von den anwesenden

spielsweise Frauen aus linken Gruppen nichts besseres zu tun haben, als Informationen aus Frauengruppen an ihre Genossen weiterzugeben, so daß es dir passieren kann, daß du nach einer Frauenvollversammlung an der Uni in dein Institut zurückkehrst, wo du von den anwesenden

linken Männern mit den neuesten Neuigkeiten aus eben dieser Versammlung behelligt wirst, die offenbar bereits von anderen linken (autonomen!) Frauen brühwarm mitgeteilt wurden, dann wird Autonomie zur Farce.

Unifrauengruppe stellt sich vor

Unter diesem Motto machte die Anfang des Jahres neugegründete Frauengruppe an der Essener Gesamthochschule eine Filmveranstaltung mit ca. 60 Teilnehmern. Die Frauen machten in einem Beitrag klar, warum sie es für notwendig ansehen, sich an der Uni in einer Frauengruppe zu organisieren, und worin sie sich vom Essener Frauenzentrum und Organisationen wie KBW oder DKP in dieser Frage unterscheiden. *„Wir verstehen unseren Kampf nicht so, daß wir erst einmal die frauenfeindliche Ideologie bekämpfen müssen und dann das Gesellschaftssystem, wie dies ein Teil feministischer Gruppen tut, z.B. wie dies in der Walpurgisnacht zum Ausdruck kam (Stoßrichtung gegen den Mann). Ebenfalls lassen wir uns nicht auf den Sozialismus vertrösten, wo auf einmal alles ganz anders ist, wie dies von DKP, KBW getan wird. S o n d e r n : daß wir unseren Kampf so verstehen, daß wir beides voneinander nicht trennen können – Kampf gegen das kapitalistische System, gleichzeitig Kampf gegen die besondere Unterdrückung der Frauen".*

Die Frauengruppe will sich nicht als eine Gruppe verstanden wissen, die nur für „Frauenfragen und Soziales" zuständig ist, sondern *„wir werden, soweit es in unseren Kräften steht, auch zu anderen politischen Ereignissen an der Uni (SP-Wahlen, VVen usw.) und allgemeinpolitischen Themen (Atomkraftwerke) Stellung beziehen. Wir werden Politik nicht mehr nur den Männern überlassen".*

In ihrem Beitrag führte die Gruppe weiter aus, daß sie zu Themen wie § 218, Atomkraftwerke, usw. mit anderen Frauengruppen und gemischten Gruppen in Diskussion treten wolle. Nach dem Beitrag wurden zwei Frauenlieder gesungen und der Film „Geschichte von A" gezeigt, der auf den Kampf gegen den § 218 in Frankreich eingeht. Anschließend diskutierten die noch ca. 40 Anwesenden über die Problematik der Verhütungsmittel.

Eine Genossin aus Essen

Erfolgreiche Frauenveranstaltung in Nürnberg

Erfolgreiche Frauenveranstaltung in Nürnberg

Unter dem Thema „Gewalt gegen Frauen" fand am 18.6. in Nürnberg eine Veranstaltung statt, zu der ca. 100 Frauen, Kinder und Männer kamen. Konkreter Anlaß für diese Veranstaltung war der zweite Gerichtstermin von Gisela O., die, wie bereits berichtet, nach einer versuchten Vergewaltigung im KOMM (Jugendzentrum in Nürnberg) ihre Arbeitsstelle verloren hatte (ihr Chef hatte ihr „schlechten Lebenswandel" und so eigenes Verschulden an der Vergewaltigung vorgeworfen!). Von der Arbeitsgruppe „Gewalt gegen Frauen" im Frauenzentrum, einigen Frauen aus der KOMM-FG, Wiso-FG und FHS-FG, sowie der KB-FG, wurde dies zum Anlaß genommen, über alle Bereiche der Repression gegen Frauen zu berichten: Vergewaltigung, Frauenarbeitslosigkeit, Frauen im Knast, Polizeiüberfälle auf Frauenzentren usw. Außerdem wurden Lieder gesungen und ein Sketch aufgeführt; für die Kinder war ein Programm organisiert.

Zu Beginn der Veranstaltung wurde in einem Referat aufgezeigt, daß die besondere Unterdrückung von Frauen mit der Repression in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen zusammenhängt und von daher auch für uns Frauen die Notwendigkeit besteht, uns gemeinsam mit allen von der Repression Betroffenen gemeinsam zur Wehr zu setzen. Es wurde eine Resolution berabschiedet, in der die Frauengruppen aufgefordert wurden, sich an der Initiative für ein Russell-Tribunal zu beteiligen; das vorläufige Sekretariat und die Russell-Foundation wurden aufgefordert, umfassend die Frauenunterdrückung zu untersuchen!

**Frauengruppe
KB / Gruppe Nürnberg**

Italien:
Abtreibungs-Reform im Senat gescheitert!

Wie eine Bombe schlug am 8. Juni das Abstimmungsergebnis des italienischen Senats über die Abtreibungsreform ein: Mit 156 zu 154 Stimmen wurde in geheimer Wahl die Reform abgeschmettert. Gegen das Gesetz stimmten Christdemokraten und Faschisten (149 Stimmen), sowie sieben „Überläufer" aus dem Lager der Parteien, die die Reform unterstützten. Diese sieben „Überläufer", über die nun gerätselt wird, könnten aus der Sozialdemokratischen Partei kommen, aber auch von besonders auf den „historischen Kompromiss" versessenen PCI'lern. Die PCI-Führung hat denn auch gleich erklärt, das Ergebnis dürfe den „Verständigungsprozess" DC-PCI keineswegs stören, und sie würden auch über Änderungen der Gesetzesvorlage mit sich reden lassen. Allerdings dürfe nicht das Prinzip in Frage gestellt werden, daß die Entscheidung letzten Endes bei der Frau liegen soll. Ob die PCI daran wirklich festhalten will, wird man sehen.

Obwohl die DC vor der Abstimmung einen großen reaktionären Rummel veranstaltet hatte, war doch mit einem Sieg kaum gerechnet worden. Auf dem Gewerkschaftstag der CGIL (PCI-bestimmt) brach ein Sturm der Empörung los, als das Ergebnis bekanntgegeben wurde. Die Tagesordnung wurde auf Antrag der Frauen umgeändert und ausschließlich die Frage des Abtreibungsparagraphen diskutiert.

In Rom demonstrierten spontan mehrere tausend Frauen vor dem Senat. Am 12. Juni fanden in vielen Städten Frauen-Demonstrationen statt, mit einer zentralen Demonstration in Rom. Zum 13./14. Juni ist eine Nationalversammlung sämtlicher Frauengruppen und -Organisationen einberufen worden, um über weitere Aktionen und Vorgehensweise zu beraten.

Möglich wäre jetzt theoretisch, daß es zu der Volksabstimmung kommt, für die schon vor längerer Zeit die nötigen Unterschriften von der Radikalen Partei und der revolutionären Linken gesammelt wurden. Dies könnte im Sommer 1978 der Fall sein, falls bis dahin nicht – was wahrscheinlicher ist – ein neuer „Reform"-Entwurf vorliegt und das Spiel im Parlament wieder losgeht. Die PCI-Führung dürfte geneigt sein, mit sich handeln zu lassen, um durch weitere Zugeständnisse in der Abtreibungsfrage dem „historischen Kompromiss" ein Schrittchen näher zu kommen. Der Kampf gegen das jetzige Abtreibungsgesetz, das aus der Zeit des Faschismus stammt, ist damit wieder offen.

Italien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Mit Bibel und Spiritus gegen §218

Bayern: Mit gefälschten Untersuchungen, getürkten Gruselfotos, mit erlogenen Geschichten und unter dem Banner des Herzjesulein zieht die Katholische Kirche gegen die Abtreibung zu Felde. Das Repertoire ist breit, die Skupellosigkeit nahezu grenzenlos.

In Bayern melden sich die klerikalen Greuelpropagandisten jetzt auch aus dem Untergrund zu Worte. „Hast du noch ein Gewissen", „Der Geist von Auschwitz lebt" und „Mord" – diese und ähnliche Parolen schmierten finstere Gestalten an das Haus der bayerischen SPD-Landtagsabgeordneten Ursula Pausch-Gruber. Nachdem sie schon vorher telefonisch als „Mörderin" beschimpft worden war, wurde die Landtagsabgeordnete jetzt öffentlich an den Pranger gestellt. Ihre Befürwortung der „Reform" des Paragraphen 218 reichte dafür aus.

Gerade in Bayern, wo eine Indikation für eine Abtreibung noch schwerer zu bekommen ist als anderswo in der BRD – wo z.B. 17 von 18 „Beratungsstellen" fest in Händen der Kirche sind, wo Meldepflicht für jede Beratung besteht, wo zahlreiche Krankenhäuser anläßlich einer Abtreibung gleich eine Sterilisation vornehmen, und wo keine Abtreibung auf Notlagenindikation vorgenommen wird – wo also den Frauen jede mögliche Hürde in den Weg gestellt wird, da haut der Klerus mit ausgetüfteltem Psychoterror noch obendrauf.

„Verdient" gemacht hat sich in diesem Zusammenhang ein Verein mit dem schönen Namen „Aktion Lebensrecht für alle". Gern betätigt sich diese „Aktion" als Briefversandstelle für Droh- und Bekennerbriefe. Nach dem Muster „Sie haben mir die Möglichkeit zur Abtreibung geschaffen, jetzt habe ich aber den Weg zu Gott gefunden" usw. werden Briefe an Beratungsstellen verschickt. In anderen Briefen ergehen Bitten an die Beratungsstellen, ratsuchenden Frauen keine Ärzte zu nennen, von denen zu erwarten ist, daß sie Abtreibungen ermöglichen. Immer wiederkehrender Rat an die Beratungsstellen: Drückt den Frauen Bibeln in die Hände, damit sie den Weg zu Gott finden. Einen weiteren handfesten Ratschlag an die Beratungsstelle in Höchstadt/Aisch gab eine angebliche Schwester Anna: Die Beratungsstelle sollte stets einen Embryo in Spiritus dabei haben, um ihn ratsuchenden Frauen vorzusetzen.

Wir meinen, die Beratungsstellen sollten umgekehrt verfahren: Schwester Anna und Konsorten in Spritus einlegen und als heiligen Geist – als Spiritus sanctus – ins Regal stellen.

Frankreich: Streit in der Frauenbewegung

Es gibt Krach innerhalb der französischen Frauenbewegung! Zwei Prozesse fanden in den letzten zwei Monaten auf Betreiben feministischer Strömungen gegen Frauen der Frauenbewegung statt:

1.) ein Prozeß von Mireille Deconinck, der Anführerin der Prostituiertenbewegung von Lyon gegen den Frauenverlag „editions des femmes", der von der Strömung „Politique et Psychanalyse" (genannt „Psych et Po") stark beeinflußt wird. Mireille klagt auf Schadensersatz in Höhe von drei Jahresgehältern, weil sie *„ohne reale oder ernsthafte Gründe"* von der Buchhandlung des Verlages entlassen worden war. Sie klagt außerdem, weil sie nie ordentliche Abrechnungen erhalten hat, was sie vor große finanzielle Probleme als ehemalige Prostituierte und Mutter stellt. Eigentlich könnte es ein ganz normaler Prozeß sein: Eine Angestellte fordert vom Kapitalisten ihr Recht. Aber die Frauen von der „librairie des femmes" (so heißt die Buchhandlung) sind auf diesem Ohr taub: Sie sind Frauen und keine Kapitalisten, und sie fordern die Regelung des Konflikts auf ihre Weise: die Zauberformel heißt Psychoanalyse! Mireille soll angeblich nicht mehr mit der Buchhandlung *„zur Zusammenarbeit fähig"* gewesen sein, weil sie *„unbewußt etwas gegen sie hatte"* und die Frauen von „Psych et Po" *„nicht liebte"*...

Das Urteil wird in diesen Tagen erwartet – wir können gespannt sein!

2.) Der zweite Prozeß hat weitreichendere Bedeutung. Drei Frauen – wieder Mireille Deconinck (zur Zeit arbeitslos), Erin Pizzey (bekannte Leiterin eines Frauenhauses in London) und Monique Pitton, ehemalige Angestellte bei Lip in Besancon, zur Zeit ebenfalls arbeitslos – werden beschuldigt, in einem Videofilm ihr (schlechtes) *„Verhältnis zur ‚librairie' unter Beweis gestellt zu haben"*...

Die Frauenbuchhandlung hat den Film beschlagnahmen lassen und hat eine Verleumdungsklage gestellt:*„in Erwägung, daß es sich hier um einen gemeinsamen Versuch handelt, der Ehre und dem Ansehen der Gemeinschaft der Frauen einen Schlag zu versetzen, indem man ihr Ansehen bei den kämpfenden Frauen ruiniert"*. Zur Vorgeschichte muß man wissen, daß es sich bei dem Videofilm um einen Film einer anderen feministischen Strömung innerhalb der französischen Frauenbewegung handelt, den sogenannten „revolutionären Feministinnen" („feministes revolutionnaires"), die seit langer Zeit mit den Frauen um „Psych et Po" zerstritten sind. Sie haben den Film mit dem Ziel gedreht, die Frauenbuchhandlung anzugreifen. Innerhalb der Frauenbewegung hat es um diese Auseinandersetzung lange Zeit keine Diskussion gegeben – auch die linken Frauen, einschließlich der Frauen der kommunistischen OCT, haben sich herausgehalten – und der Streit bricht anläßlich dieses Prozesses erst richtig auf.

Interessant dabei ist, daß nicht etwa die „revolutionären Feministinnen" angeklagt sind, sondern Frauen, mit denen der Frauenverlag seit langer Zeit ein gutes Geschäft macht: Erin Pizzey's Buch „Schrei leise, sonst hören dich die Nachbarn" und „Es ist möglich" von Monique Pitton, das von dem Streik der Frauen bei Lip handelt, verkaufen sich gut. Bezeichnend für die Auseinandersetzungen ist, daß es schon bei der Herausgabe von M. Pittons Buch Schwierigkeiten mit den Frauen von „Psych et Po" gegeben hat: das Buch sei im Stil zu „einfach", Änderungen sollten vorgenommen werden... Monique Pitton sagt dazu selbst: *„Ich habe einen einfachen Stil geschrieben, weil ich will, daß einfache Leute mich verstehen können. Daraufhin haben sie* (die Frauen von „Psych et Po") *mir gesagt: aber einfache Leute lesen das nicht"*. Bleibt noch zu ergänzen, daß das Buch von ihr sehr gut und anschaulich das Leben einer am Streik beteiligten Arbeiterin bei Lip während des großen Kampfes 1973 beschreibt!

Am 2. Juni sollte der Prozeß stattfinden – viele Frauen aus der Frauenbewegung waren gekommen. Es herrschte eine gespannte Atmosphäre im Saal: Eine „Frauen"-buchhandlung verklagt Frauen vor der bürgerlichen und Männerjustiz mit Begründungen wie „Ehre" und „Ansehen" – das erschien unglaublich. Aber das Gericht machte all dem einen Strich durch die Rechnung: Es weigerte sich, über Auseinandersetzungen innerhalb der französischen Frauenbewegung zu entscheiden!

(Informationen und Zitate nach „l'etincelle", 19.6.77).

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Richtigstellung zu
»Feministinnentreff in Amsterdam« (AK 106)

Die Kritik, die in dem Artikel der AG Frauen „Feministinnentreff ..." (AK 106, Seite 21) an den Organisatorinnen des Amsterdamer Gegentreffens geführt wird, ist unserer Meinung nach völlig richtig. Jedoch werden, offensichtlich in Unkenntnis der in den Niederlanden anders als bei uns gebrauchten Begriffe „Feminismus" und „feministisch-sozialistisch", die politischen Vorstellungen der Organisatorinnen des Gegentreffs der feministisch-sozialistischen Bewegung der Niederlande überhaupt angelastet. So heißt es in dem Artikel u.a.: *„Die Veranstalterinnen des Amsterdamer Treffens bezeichnen sich selbst als ‚feministisch-sozialistisch'! Die inhaltliche Füllung dieses vielversprechenden Begriffes steht bisher noch aus. Bisher ist dieser Kreis offenbar noch nicht hinausgekommen über eine scharfe Abgrenzung gegen die linken Organisationen und gegen die organisierten Frauen, sowie über die Erkenntnis, daß die Unterdrückung der Frau ‚auch' vom Kapitalismus herrührt". „Die Basis für eine Politik mit ‚feministisch-sozialistischem' Anspruch ist derzeit gering, weil die Tendenz eindeutig auf eine Polarisierung zwischen sozialistischen Frauen und ‚radikal' feministisch-antisozialistischen Frauen (...) geht".*
risierung zwischen sozialistischen Frauen und ‚radikal' feministisch-antisozialistischen Frauen (...) geht".
Mit diesen und anderen ähnlichen Äußerungen gegen die niederländischen Feministinnen-Sozialistinnen wird weitgehend ungerechtfertigt gerade gegen die fortschrittlicheren und linken organisierten Frauen in den Niederlanden polemisiert! Und das kommt, weil ...

1. Der Begriff „Feminismus" wird in den Niederlanden nicht (wie bei uns) zur Bezeichnung der Strömung innerhalb der Frauenbewegung verwendet, die (vereinfacht gesagt) den Mann als „Hauptfeind" setzt; der Begriff „feminisme" wird in den Niederlanden vielmehr in der neuen Frauenbewegung und der Linken (mit Ausnahme der revisionistischen KP) häufig mit „Frauenemanzipation", „Frauenbewegung" u.ä. gleichgesetzt.
2. Zur Unterscheidung der beiden Hauptströmungen innerhalb des „feminisme" sind in den Niederlanden in der neuen Frauenbewegung und der Linken (mit obiger Einschränkung) die Begriffe „feministisch-sozialistisch" (femsoc) und „feministisch-radikal" (femrad) gebräuchlich.
3. Die feministisch-sozialistische Bewegung, die femsoc, hat keine (festere) Organisationsform, steht auch nicht „in Konkurrenz" zu anderen Frauenorganisationen, sondern ist eher eine Art Plattform, in deren Rahmen sich Frauen treffen, *„die sowohl feministisch wie sozialistisch sind"* („achtergrond", 24/77) – „feministisch" – s. o. – verstanden als Frauen, die für ihre Befreiung kämpfen. Von den meisten Frauen, die sich zur feministisch-sozialistischen Bewegung zählen und an deren „Plattform-Tagen" (Diskussionstreffen) teilnehmen, wird die Überzeugung vertreten, daß die Befreiung der Frau nur durch den Kampf für den Sozialismus errungen werden kann. Der Sozialismus wird dabei als Vorbedingung für die vollständige Befreiung der Frau angesehen, nicht aber als Garantie.

Bei den femsoc-Treffen sind organisierte wie unorganisierte Frauen vertreten. Frauen der Partij van de Arbeid (Sozialdemokraten), der Pacifisties-Socialistiese Partij, der Partij Politieke Radikalen (alle drei Parteien auch im Parlament vertreten) und des Internationale Kommunistenbond (IV. Internationale) nehmen ebenso teil wie Frauen von „Wij vrouwen eisen", der „Dachorganisation" für die Freigabe der Abtreibung (nach „achtergrond", 24/77).

Es kann von der feministisch-sozialistischen Bewegung also weder gesagt werden, daß die inhaltliche Füllung des „vielversprechenden Begriffs" Feminismus-Sozialismus noch ausstehe, noch kann ihr eine Gegnerschaft gegenüber den Linken vorgeworfen werden! (Was allerdings eine Gegnerschaft i n n e r h a l b der feministisch-sozialistischen Bewegung, etwa der sozialdemokratischen Frauen gegenüber den Genossinnen revolutionärer Organisationen, nicht ausschließt).

Ein Problem, das bei den Diskussionstreffen der femsoc immer wieder zur Sprache kommt und breiten Raum einnimmt, ist die Frage der Organisationsform. Ein Teil der Frauen drängt auf festere Organisierung, damit überhaupt und effektiv nach aus-
ganisationsform. Ein Teil der Frauen drängt auf festere Organisierung, damit überhaupt und effektiv nach aus-
sen hin aufgetreten werden kann, ein anderer Teil der Frauen befürchtet jedoch von festerer Organisierung eine *„Überorganisation"* und *„Hierarchisierung"* der Bewegung durch Einzelne. (Eine Folge der losen Organisations- und teilweise auch Informationsstruktur war, daß ein großer Teil auch aktiver femsoc-Frauen über das Pariser Treffen gar nicht informiert war.)

4. Möglicherweise handelt es sich bei den Organisatorinnen des Amsterdamer Gegentreffs um Frauen, die ihre „Hierarchie"-Ängste innerhalb der femsoc-Bewegung nicht hinreichend „verstanden" sahen. Auf jeden Fall aber haben diese Frauen sich mit ihren Äußerungen und der Organisierung des Gegentreffs außerhalb und gegen die feministisch-sozialistische Bewegung gestellt und begehen, wenn sie sich selbst als „Feministinnen-Sozialistinnen" bezeichnen, Etikettenschwindel. Ihre Äusserungen und ihr Vorgehen sind originalgetreu „feministisch-radikal" (femrad).

Der relativ lose Zusammenhalt der feministisch-sozialistischen Bewegung hat diesen Frauen natürlich ihre Manöver und ihren Etikettenschwindel erleichtert. Dies drückt sich auch in einem Artikel in „Proletaries links", der Zeitung des Internationale Kommunistenbond, aus, wenn gefragt wird: *„Wer sind die Frauen, die Papiere mit obenstehendem Inhalt* („PL" zitierte ausführlich daraus – Anm. AK) *namens der niederländischen Frauen verbreiten können? Sind die Frauen gewählt, um femsoc auf internationalen Zusammenkünften zu vertreten? Ist in der femsoc der Beschluß, eine Art Gegentreffen in Amsterdam zu organisieren, diskutiert worden?"* („PL", 11.6.).

Niederlande-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

Frauen aus naturwissenschaftlichen und technischen Berufen treffen sich

Frauen aus naturwissenschaftlichen und technischen Berufen treffen sich

Zu einem von Aachener Frauen des autonomen Frauenprojekts im AStA der TH in Zusammenarbeit mit dem dortigen Frauenzentrum organisierten Treffen kamen 60 Frauen, die im Bereich Naturwissenschaft und Technik ihre Ausbildung machen (meist Studentinnen) oder ihren Beruf ausüben (diese Frauen waren in der Minderzahl).

Die Berichte der Frauen ließen das Ausmaß der Unterdrückung ahnen, die Frauen in dieser Gesellschaft erleiden müssen, wenn sie es einmal gewagt haben, in einen Bereich vorzudringen, der nach der herrschenden Ideologie Männern vorbehalten ist.

Aus den Vorstellungsberichten – jede Frau gab eine mehr oder weniger kurze Beschreibung ihrer Situation – ließen sich etliche gemeinsame Erfahrungen zusammenfassen:

Der überwiegende Teil der Frauen hatte das Fach (Informatik, Maschinenbau, Fischereibiologie, Fahrlehrerin, Schreinerei, Radio-Fernsehmechanik, Mathematik, Physik u.a.) aus Protest gegen die Frauenrolle gewählt. Gegenüber Studienkollegen und der sonstigen Umwelt müssen sich diese Frauen ständig rechtfertigen, warum sie ihr Fach überhaupt gewählt haben. Da die Mehrzahl der Männer der Meinung sind, Frauen seien völlig ungeeignet für ein Fach wie z. B. Maschinenbau, müssen die Frauen ständig beweisen, daß sie es doch können. Bringen sie aber eine Leistung nicht, so fällt das bei den Frauen viel mehr auf, als bei den männlichen Studierenden oder Lehrlingen.

Dieser Zwang zur Überqualifikation stellt besonders angesichts des schon bestehenden Leistungsterrors einen erheblichen Druck auf die Frauen dar.

Ein Lehrling berichtete z. B., daß sie besonders schwierige Reparaturen vorgesetzt bekommt und damit völlig allein gelassen wird.

Wenn Ingenieursstudentinnen z. B. zu spät zur Vorlesung kommen, haben die Studenten nichts Besseres zu tun, als sich demonstrativ umzudrehen und zu pfeifen; bei Studenten ist das natürlich was anderes. Während bei den Studentinnen sich die Unterdrückung auf üble Sprüche und Anmachen „beschränkt", mußte die Lehrlingsfrau unmittelbare körperliche Gewalt auf sich nehmen (Sprüche natürlich auch nicht knapp). Die „Kollegen hatten es häufig angelegt, sie zum Heulen zu bringen. Bei der Montage einer Fernsehantenne rüttelte ein „Kollege" so lange am Antennenmast, bis die Frau vom Dach fiel.

Viele Frauen konnten sich mit dem Inhalt ihres Studiums nicht mehr identifizieren. So widerstrebt es z. B. einigen Architekturstudentinnen, Häuser für Journalisten am See zu planen, Wohnsilos für die Neue Heimat in Malaysia zu entwerfen oder „Küche, Kind, Schlafzimmer, Wohnzimmer" zu planen und damit die Unterdrückung der Frau geradezu festmauern zu lassen.

Die Perspektivlosigkeit des Studiums wird verstärkt durch drohende Arbeitslosigkeit und politischen Druck. So wurde die Bewerbung einer Diplom-Mathematikerin bei einer Volkshochschule abgelehnt, weil sie statt Bart und Penis Busen und Scheide hat.

Die Angst vor der Arbeitslosigkeit oder einer Arbeit, bei der sie ihre Vorstellungen (z.B. Umweltschutz) nicht verwirklichen können, äußerte sich bei einigen Frauen in der Suche nach „alternativer Technik" oder „alternativen Berufsperspektiven".

Auf die Bitte, ihre Vorstellungen dazu doch etwas konkreter auszudrücken, reagierten gerade die Frauen unmutig und fühlten sich angegriffen. Es wäre sonst wohl offensichtlich geworden, daß mit biologischem Landbau die politische Unterdrükkung und mit der Konstruktion eines Windrades die AKWs nicht verhindert werden können. – Ein großer Teil der Frauen sprach sich jedoch dafür aus, ihr erlerntes Wissen in einem „normalen" Beruf anzuwenden und die dadurch bestehenden Informationsmöglichkeiten für Frauengruppen und Bürgerinitiativen zu nutzen.

Zu einer tatsächlichen Auseinandersetzung ist es um diese Fragen allerdings nicht gekommen, z. T. mit dem „Argument", scharfe Debatten seien Formen „männlichen Verhaltens" und wir sollten halt jede Frau das machen lassen, was sie wolle; so machen halt die einen dies, die anderen das.

Daß diese Argumentation gerade an der Rollenerziehung anknüpft, die Frauen zu wehrlosen Opfern macht, scheint vielen Frauen noch nicht klar zu sein.

Am 2. Tag wurde in verschiedenen Arbeitsgruppen weiterdiskutiert. In einem Abschlußplenum wurden die Gruppenberichte zusammengetragen. U. a. berichteten Frauen, die ihr in der naturwissenschaftlichen Ausbildung gewonnenes Wissen für Frauengruppen in der Anti-AKW-Bewegung nutzbar machen, über die Gefahren von AKWs und über Aktionen, die Frauengruppen dagegen bereits unternommen haben.

Das Thema des nächsten Treffens („Feministische Inhalte u. Vorstellungen im Berufs- u. Studienalltag naturwissenschaftl. u. technischer Fächer; geplant f. Jan. '78) bietet sicherlich Frauen dieser Berufszweige eine gute Möglichkeit, einen Erfahrungsaustausch über ihre konkrete Situation zu machen und gemeinsam Aktionen gegen die Unterdrückung der Frauen in diesen Bereichen zu diskutieren und zu planen. Einige Frauengruppen – zumindest im Ausbildungsbereich – haben dazu schon Ansätze gemacht: In Marburg hat sich eine Chemie-Frauengruppe, in Westberlin eine Technik-Frauengruppe zusammengetan.

Eine Teilnehmerin

Schwules Pfingstreffen: Ein Schritt nach vorn für die Schwulenbewegung!

Über Pfingsten fanden in Hamburg und Wien zentrale Schwulentreffen statt. In Hamburg wurden am Samstag auf dem Großneumarkt und in der Mönckebergstraße Flugblatt- und Infotischaktionen gegen die Schwulenunterdrückung durchgeführt, die auf relativ großes Interesse bei den Passanten stießen. Einige Schwule nahmen im „Fummel" (Frauen-Kleidung) oder in KZ-Kleidung daran teil, was sich als Blickfang sehr gut machte. Einige „Schwestern" machten auch Straßentheater. Die Reaktionen darauf gingen von „Unter Hitler hätt's das nicht gegeben" über „Watt datt nich allens gifft" bis hin zu wohlgesonnenem Applaus.

Wir führten viele gute Diskussionen mit Passanten, knüpften auch neue Kontakte zu Schwulen, wie z.B. bei einem schwulen ehemaligen KZ-Häftling, der anonym bleiben wollte, weil er Angst davor hatte, man könnte ihm seine Rente in Höhe von DM 520,– mtl. streichen (eine KZ-‚Entschädigung' hatte er natürlich nie gekriegt); oder einem schwulen Arbeiter, der erzählte, wie schlimm es ihm ergangen sei, als im Betrieb rauskam, daß er schwul sei (er hatte sich im Suff verplappert), und daß er jetzt den Betrieb gewechselt habe, um „neu anzufangen"; oder auch mit einem alten Schwulen, der nostalgisch von der Schwulen-Szene der 20er Jahre in Berlin erzählte (er hatte schnell geheiratet, als die Nazis an die Macht kamen). Er wollte nicht mit uns in Kontakt bleiben, damit seine Frau nicht erfährt, daß er schwul ist.

Gegen Abend dann begannen Mitglieder von schwulen Aktionsgruppen aus Essen, West-Berlin, Bremen, Kiel, Bielefeld, Heidelberg, Göttingen, Oberhausen, Salzgitter und Hamburg zu besprechen, wie man sich am effektivsten ins Russell-Tribunal einbringen könne – das ‚ob' stand nicht mehr zur Debatte. Als „Sofortmaßnahme" verabschiedeten wir einstimmig einen Brief an die Russell-Foundation, in dem wir uns gegen jede thematische Einengung der zu untersuchenden Repression wendeten. Weiter wurde beschlossen, daß Material zu einer Reihe von Fällen von Schwulenunterdrückung an uns Hamburger geschickt wird, damit wir es dann in einer Broschüre sammeln können. Außerdem beschlossen wir, dafür zu sorgen, daß es auf der nächsten nationalen Russell-Arbeitskonferenz eine AG „Repression gegen Schwule" gibt.

Abends fand dann eine von der Antirepressionsgruppe vorbereitete Veranstaltung zum Thema „Schwule und Faschismus" statt, zu der wir auch Vertreter verschiedener linker und liberaler Organisationen eingeladen hatten, so Jusos, Judos, GIM, KB, VVN/VAN und SB, um mit ihnen darüber zu sprechen, ob und wie sie den antifaschistischen Kampf der Schwulenbewegung unterstützen könnten. Bis auf KB, GIM und Judos hatten alle abgesagt, und letztere kamen dann doch nicht. (Ausnahme: SB – bei denen war nichts Kompetentes ans Telefon zu kriegen). Die Veranstaltung begann mit einem Dia-Tonband-Vortrag zur Situation der Schwulen in der Weimarer Republik, im Nazi-Faschismus und zur Entschädigungsfrage. Danach – und nachdem einige wenige zu verstehen gaben, daß sie das langweilig fänden und daß man stattdessen lieber „Selbsterfahrung" betreiben solle – stiegen wir in die Diskussion ein. Der Genosse von der GIM meinte, einen offiziellen Standpunkt seiner Organisation zur Schwulenfrage könne er nicht darlegen, da es ihn noch nicht gebe. Er könne lediglich seine persönliche Meinung sagen – und die sei, daß auch in der GIM die Diskussion über die Schwulenfrage geführt werden müsse, und daß GIM-Publikationen sich gegen die Schwulenunterdrückung wenden sollten. Bezüglich des Russell-Tribunals sagte er, daß die GIM im Russell-Tribunal Berufsverbote als zentralen Punkt und darüberhinaus möglichst wenig andere Themen der Repression behandelt sehen wolle – was das für uns Schwule bedeutet, ist klar. Die KB-Vertreterin sagte dazu, daß der ARBEITERKAMPF bereits über die Aufrufe der HAH, der IHB und der „Schwuchtel" zum Russell-Tribunal berichtet habe, und daß der KB die Arbeit der Schwulen im Rahmen der Russell-Kampagne unterstützen und über fortschrittliche Aktivitäten der Schwulen und Sexualunterdrückung allgemein im AK verstärkt berichten werde. Sie bot ferner an, in anderen Städten zusammen mit den örtlichen Schwulengruppen eine Veranstaltungsreihe zum Thema der Schwulenunterdrückung durchzuführen. Eine Reihe von Leuten aus auswärtigen Gruppen griff dieses Angebot auf.

Zu vorgerückter Stunde fing dann noch ein Lust-Freak an, seine Pornofilme darzubieten, stieß dabei aber auf ziemlich herbe Kritik der meisten Anwesenden.

Ein Genosse aus der HAH-Antirepressionsgruppe



Seveso: Täglich neues Elend!

Fast ein Jahr ist es her, daß am 10. Juli 1976 in Seveso bei Mailand aus einem defekten Druckbehälter der Chemiefabrik „Icmesa" (Hoffmann-La-Roche-Tochterfirma) eine Giftgaswolke, die im wesentlichen aus dem hochgiftigen TCDD bestand, entwich.

Noch heute ist dieses Giftgas Ursache täglich neuen Elends:

– Drei Schulen in dem Städtchen Nova Milanese wurden geschlossen, weil auf ihrem Gelände starke Spuren von Dioxin festgestellt worden waren. In der Schule Via Novati fanden sich 0,02 Mikrogramm Dioxin, in der Mittelschule Via Roma 0,04 Mikrogramm/qm. Erst k u r z vor der Sommerpause wurde der Unterricht eingestellt.

Schlimmer noch der Kindergarten Via Riume, bei dem die Verseuchung 0,55 mg/qm beträgt.

Die „offizelle" Gefährdungsgrenze liegt bei 0,01 mg/qm!

Bis vor kurzem waren hier 150 Kinder und 30 Erwachsene tätig.

Ein besonderer Skandal besteht darin, daß in dieser Anstalt das Essen für alle (!) Kindergärten des 14000 Einwohner zählenden Ortes gekocht wurde. Mehrere Fälle von Chlorakne-Verdacht wurden bereits bekannt; in einem Fall ist die Erkrankung erwiesen („FR", 13.6.77).

Statt sofort nach dem „Unfall" alle notwendigen Untersuchungen und Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung zu treffen, verharmlosen die Icmesa-Kapitalisten, die italienischen Behörden und Ärzte verbrecherisch die Giftgaskatastrophe.

Die Folgen tragen heute Kinder und Mütter um Seveso:

Der Ort Meda, in dem die Chemiefabrik Icmesa liegt, wurde erst jetzt teilweise evakuiert und entseucht, nachdem viele Kinder inzwischen an der Hautkrankheit Chlorakne leiden und es zu zwei Mißgeburten gekommen ist(„FR",14.5.77).

Pro Teppichstange ein Kinderspielplatz

Ein Urteil, das wir von einem westdeutschen Gericht eigentlich nicht erwartet hätten, hat jetzt das Verwaltungsgericht in Westberlin gefällt.

Es entschied: *„Kinderspielplätze gehören regelmäßig zur Standardausrüstung auch der Altbaugrundstücke, ebenso wie bisher Teppichklopfstangen"*. Und weiter:*„Ein Spielplatz sollte auch dem künftigen Bedarf dienen. Nur wenn überhaupt keine Kinder vorhanden seien, könne von dem nachträglichen Bau abgesehen werden"*. Es sei den Kindern nicht zuzumuten, über längere und gefährliche Wege weiter entfernte Spielplätze zu besuchen (Westberliner „Tagesspiegel", 19.6.77).

Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Wenn es jemals rechtskräftig wird – was wir sehr bezweifeln – werden in Westberlin einige Spielplätze nachzubauen sein!

»Salem-Kinderhilfswerk« sucht Erzieher bei Faschisten

Das „Salem-Kinderhilfswerk", welches drei Kinder-„Dörfer" (für Waisenkinder u.ä.) unterhält – mit Zentrale in Stadtsteinach und geplantem neuen Dorf in Kovahl – hat sich in der Vergangenheit bereits bekanntgemacht: Seine Leitung, die „Bruderschaft Salem", besteht vorwiegend aus Alt- und Neu-Faschisten, wie dem Nazi-Spion G.J. Müller, dem Nazi-Professor Mommsen, heute Freund des Nazis Thies Christophersen („Auschwitz-Lüge"), oder wie dem Rassisten und Ex-WSL-Präsidenten Dr. Bruker (siehe dazu AK 89, S.9).

Die Kinder werden von den Salem-Leuten erklärtermaßen „deutsch" erzogen. W i e „deutsch", geht erneut aus einer jüngsten Werbeaktion für Erziehungspersonal hervor: Seit Anfang Juni sucht Salem „Erzieherinnen, Sozialpädagoginnen" und „Frauen oder Ehepaare" aus dem Leserkreis der „Deutschen Wochenzeitung" (Nr. vom 3.6., 10.6. und 17.6. – bislang ....). Das ist das offiziöse NPD-Blatt, geleitet von dem SS-Führer Kernmayr und dem NSDAP-Junker und früheren NPD-Chef v. Thadden. Die „DWZ" ist nach der „National–Zeitung" des Dr. Frey das auflagenstärkste Faschistenblatt in der BRD.

CDU will Frankfurts Kitas an den Kragen

Mit der absoluten Mehrheit, die sie bei den diesjährigen Kommunalwahlen gewonnen hat, will Frankfurts CDU jetzt einem Modellversuch in der Kindererziehung ein Ende bereiten: den Kitas.

Die Kitas unterscheiden sich von den städtischen Kindertagesstätten dadurch, daß Kindergruppen aus nur zehn Kindern bestehen. Entsprechend ist natürlich eine intensivere Betreuung und Versorgung der Kinder möglich, aber auch die Praktizierung eines freieren Erziehungsstils. Die Kitas betreiben eine weit intensivere Elternarbeit als die herkömmlichen Kindertagesstätten. Insgesamt also eine positive Alternative zu den städtischen Massenverwahrbetrieben für Kinder.

Als städtisch geförderter Modellversuch sind die Kitas – wie jede andere Kindertageseinrichtung – auf finanzielle Unterstützung der Stadt
versuch sind die Kitas – wie jede andere Kindertageseinrichtung – auf finanzielle Unterstützung der Stadt
angewiesen. Und die will die CDU jetzt nicht mehr gewähren. Die Umwandlung von vier Kitas in Oberrad in Kindertagesheime ist schon beschlossen.

Begründung: Die Kitas seien als Modell gescheitert, da ihre wissenschaftliche Begleitung kaum Ergebnisse gebracht habe und ihre pädagogische Diskussion „blaß" sei; *„Selbstverständlichkeiten, die auch in anderen Kindertagesstätten praktiziert werden, würden als Kita-Errungenschaften angepriesen"*(„FR",6.6.77).

Der wesentliche pädagogische Vorteil der Kitas, die kleine Gruppenstärke, wurde mit dem „Argument" beiseite gewischt, man könne auch mit größeren Gruppen arbeiten. Die Betreuung von 16 Kindern durch eine Erzieherin in den herkömmlichen Kindertagesheimen wurde in diesem Zusammenhang sogar als *„eine Unterleistung der Betreuer"* bezeichnet(„FR",6.6.77).

Und ums ganz überzeugend zu machen, wurde behauptet, Kindertagesheime mit großen Gruppen seien eben billiger als Kitas mit kleinen Gruppen(Was im übrigen im Fall Frankfurt nicht stimmt).

Die Entscheidung, jetzt erstmal vier Kitas in Kindertagesstätten umzuwandeln, soll offenbar von der CDU bei den Haushaltsberatungen im Stadtparlament auf alle Kitas ausgedehnt werden, *„soweit überhaupt noch ein Bedarf an Plätzen besteht"*. D.h. eventuell werden sogar einige Kitas ganz geschlossen werden („FR", 6.6.77).

Gerade um die Kitas hat es in Frankfurt schon einige Kämpfe gegeben. Es steht zu erwarten, daß der
Gerade um die Kitas hat es in Frankfurt schon einige Kämpfe gegeben. Es steht zu erwarten, daß der
CDU-Angriff nicht so glatt über die Bühne geht.

Übrigens: In Frankfurt wetterte die SPD gegen die Pläne der CDU: Der CDU gehe es nur darum, *„eine fortschrittliche Pädagogik in Frankfurt nicht mehr möglich zu machen"*. Theaterdonner: Andererorts sind es SPD-Behörden – wie z.B. im Fall des Hamburger „Kinderhauses Heinrichstraße" –, die fortschrittliche Erziehungsansätze durch Verweigerung finanzieller Mittel totkriegen wollen. Der Kampf um Kitas, Kinderhäuser, insgesamt Einrichtungen einer fortschrittlicheren Erziehung, muß von den Eltern, Kindern, Erziehern und allen Anhängern demokratischer Erziehung geführt werden.

Noch Kinderarbeit?

Diese Frage stellt sich angesichts jetzt bekannt gewordener Praktiken von Kleinbetrieben, Ärzten und Zahnärzten in Nordrhein-Westfalen, die ein neues, brutales System der „Lehrstellenvergabe" entwickelt haben: sie ließen mehrere Schüler und Schülerinnen von Abschlußklassen der Hauptschulen unentgeltlich in ihren Betrieben arbeiten, „dem Besten" wurde eine Lehrstelle in Aussicht gestellt.

Die Praktiken kamen per Zufall heraus. Eine betroffene Schülerin hat ihre Lehrerin um Befreiung von den Hausaufgaben gebeten. Begründung: *„Sie käme erst abends nach 21 Uhr zu ihren Schulaufgaben, bis dahin sortiere sie bei einem Arzt mit zwei Mitschülerinnen Karteikarten"* („FR",18.6.77).

Eine daraufhin von der Stadt-Schüler-Verwaltung in Düsseldorf durchgeführte Umfrage zeigt, daß dieser Fall kein Einzelfall ist: An zehn von elf Düsseldorfer Hauptschulen meldeten sich Schüler, die u.a. bei Zahnärzten und Ärzten teilweise, monatelang „probearbeiten".

Die Handwerkskammer und die Industrie- und Handelskammer zeigten sich – wer will es ihnen nicht glauben? – überrascht. Der DGB will den Staatsanwalt für diesen eindeutigen Verstoß gegen das sowieso ziemlich lasche Jugendarbeitsschutzgesetz interessieren. Da sind wir ehrlich gesagt skeptisch angesichts der nachsichtigen Ahndung von Kinderarbeit durch die Klassenjustiz der BRD.

Es steht zu vermuten, daß diese Form der Profitschinderei aus der von den Kapitalisten herbeigeführten „Lehrstellenverknappung" nicht nur in Düsseldorf angewandt wird.

AK-Leser sind zu sachdienlichen Hinweisen aufgefordert!

Kinderkommission KB/Gruppe Hamburg

Kontaktadressen des KB

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 43 53 46

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte A 02 25 83
239 Flensburg

Geesthacht
Postlagerkarte 02/2054 Geesthacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
vor Herti

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
W.D. Scheel
Postlagerkarte 098 831 A
23 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr
Büchertische Universität/Mensa
Jeden Freitag von 16 bis 18 Uhr
am Hauptbahnhof
Jeden Do/Fr von 16 bis 18 Uhr
Holstenstraße Weipert/Karstadt

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Mühlenstraße 39
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein (Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Markt/Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Schleswig
Ute Jensen
Süderholmstr. 17
238 Schleswig

Bremen

Bremerhaven
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Poststr. 14
285 Bremerhaven
Mittwoch und Freitag
16.30 bis 19 Uhr

Bremen
A. Neugebohrn
Postfach 102902
28 Bremen 1

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 067452 A
2970 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z. Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
Arbeiterbuch z. Hd. KB
Rehbockstr. 3
3 Hannover

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bäckerstr.
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg 1

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
Jeden Sonnabend von 10 bis 13.30
Bahnhofstraße

Bochum
Postlagerkarte A 056 028
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr
Kortumstr./Innenstadt
jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr
Uni/Mensa

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
jeden Donnerstag von 11 bis 14 Uhr
Gesamthochschule Essen

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006745
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 bis 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt
Vertriebsbüro K. Scholz
Adalbertstr. 29
6 Frankfurt a.M. 90
öffentliche Bürostunde
Mittwoch von 16.30 bis 19.30

Kassel
Florian Rohs
Postfach 10 31 43
35 Kassel
Jeden Sonnabend von 10.30 bis 13 Uhr
Königsplatz

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
Wilhelmstraße 15
78 Freiburg
Telefon 26 877
Dienstag von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
AK-Lesekreis Freitag 19 Uhr und
Büchertisch jeden Mittwoch
Marstall-Mensa

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldstr. 13
75 Karlsruhe

Pforzheim
Zentrum
Salierstr. 59
Jeden Freitag von 16 bis 17.30 Uhr
Leopoldsplatz

Stuttgart:
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12.30 Uhr
Einkaufszentrum vor Herti

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch
12 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa
Langemarck-Platz 4

Fürth
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone

Landshut
Postlagerkarte A 04 11 81
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr
Altstadt vorm Oberpaur

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg 15
offener AK-Lesekreis
Mittwoch 19 Uhr im Komm
Verkauf jeden Sonnabend
10.30 bis 12.30 Uhr
Breite Gasse, Kaufhof

Regensburg
Verkauf jeden Donnerstag
11.30 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa
16 bis 18 Uhr Fußgängerzone Königstr.

Westberlin
A. Radtke
Thomasiusstr. 2
1 Westberlin 21
Freitag von 16 bis 19 Uhr



lateinamerika

Kumpanei zwischen Bundesregierung und argentinischer Junta

Politische Prozesse gegen westdeutsche Staatsbürger

Seit dem Putsch in Argentinien im März '76 sind in Argentinien 35 Bundesbürger verhaftet worden, verschwunden oder – wie im Fall von Elisabeth Käsemann – ermordet.

Am 9. Juni wurde in Argentinien ein Militärgerichtsverfahren gegen vier westdeutsche Staatsbürger eingeleitet. Ein Antrag der westdeutschen Botschaft auf Zulassung eines Prozeßbeobachters und Wahlverteidigern für die Betroffenen wurde von argentinischen Regierungsstellen abgelehnt („Frankfurter Rundschau" – „FR" – 21.6.77).

Die Bundesregierung stellte dazu fest, sie sei *„beunruhigt über den Mangel an Kooperation, den die argentinische Regierung bei der Zusammenarbeit mit der deutschen Botschaft in Buenos Aires"* gezeigt habe („FR", 21.6.77).

Eine mehr als zynische Stellungnahme, denn die meisten bisher bekannt gewordenen Fälle von politisch verfolgten Bundesbürgern in Lateinamerika beweisen eine recht enge Zusammenarbeit: Beim Hinhalten der Angehörigen, beim Vertuschen von Haftbedingungen und Foltermethoden.

Ein imperialistisches Land wie die BRD, mit erheblichem ökonomischen und politischen Einfluß in Lateinamerika und auch speziell Argentinien verfügt über eine Fülle von Druckmitteln, um etwa einen Prozeßbeobachter durchzusetzen oder Verhaftete freizubekommen.

Entscheidend ist nicht die angeblich mangelnde Kooperationsbereitschaft der lateinamerikanischen Behörden, sondern die systematische Tatenlosigkeit der Bundesregierung und ihrer Botschaften. Hauptaufgabe der Botschafter ist – laut Kanzleramtsminister Wischnewski – *„immer gute Beziehungen zu ihrem jeweiligen Land zu haben"* – und die läßt man sich natürlich nicht wegen ein paar politisch verfolgter Bundesbürger trüben. Im Gegenteil gelten auch für die westdeutschen Regierungsstellen in Lateinamerika verfolgte Westdeutsche ohnehin sehr schnell als „Chaoten-verdächtig" (vgl. Chilenachrichten).

Hier einige Beispiele, mit welchem „Einsatz" die Regierungsstellen und Botschaften für die Freilassung der Betroffenen eintreten:

– Seit März '76 ist Klaus Zieschank verschwunden. Er wurde verhaftet, als er seine in Buenos Aires lebende Mutter besuchte. Es bedurfte massiver öffentlicher Proteste, bis sich die Bundesregierung in den Fall einschaltete. „Höhepunkt" ihres Einsatzes für Zieschank war ein Brief des Bundeskanzlers an General Videla. Zufrieden gab man sich dann mit einer Antwort Videlas, in der es hieß, Zieschank werde nicht in argentinischen Gefängnissen festgehalten, sondern sei wahrscheinlich bei einem Autounfall im chilenischen (!) Andengebiet ums Leben gekommen. Über die ebenfalls seit über einem Jahr verschwundenen Peter Falk und Max Wettengel liegen keine Erkenntnisse vor. Für die Bundesregierung reicht die briefliche Versicherung des argentinischen Außenministers, daß die Nachforschungen fortgesetzt würden.

– Am 24. Mai '77 wurde bei einem Gefecht zwischen argentinischen „Sicherheits"kräften und Montoneros die Tübinger Studentin Elisabeth Käsemann ermordet. Ihr Tod wurde erst 13 Tage später vom argentinischen Außenministerium bestätigt, ohne allerdings die Ereignisse zu erklären. Was unternahm das Auswärtige Amt – immerhin wurde eine deutsche Studentin auf offener Straße erschossen? Man machte der argentinischen Regierung „Vorhaltungen" und erreichte ein enormes Ergebnis: *„Auf Grund unserer Vorstellungen hat sich die argentinische Regierung wegen der langen Verzögerung .. nunmehr förmlich entschuldigt."* Außerdem bestehe die Bundesregierung mit *„größtem Nachdruck auf einer Unterrichtung über die näheren Todesumstände"* („FR", 21.6.77).

– Mit ähnlichem Nachdruck setzten sich die Regierungsstellen für die Ärztin Gladys Sannemann ein. Gladys Sannemann war schon vor Jahren aus Paraguay, wo ihr Mann der bürgerlichen Oppositionsbewegung gegen den Faschisten Strössner angehörte, nach Argentinien geflohen. Unmittelbar nach dem Putsch wurde sie in Buenos Aires aus ihrer Praxis heraus verhaftet und später in verschiedene KZs nach Paraguay abgeschoben. Ihr Mann, der selber in Argentinien verhaftet und gefoltert wurde und schließlich durch die Anstrengungen seiner Eltern in die BRD ausreisen durfte, erreichte durch monatelange gemeinsame Bemühungen mit der evangelischen Kirche eine Ausreisegenehmigung für Gladys in die BRD.

Frau Sannemann befürchtete, daß man sie nicht ausreisen lassen, sondern nach Argentinien verschleppen wolle. Ihre Angehörigen setzten sich deswegen mit der deutschen Botschaft in Asuncion in Verbindung, um dort zu hören, daß alles in Ordnung sei und außerdem das Rote Kreuz den Fall übernommen habe. Tatsächlich wurde Gladys Sannemann dann in eine Militärkaserne in Buenos Aires gebracht, wo sie weitere zehn Tage festgehalten wurde, bis sie endlich in die BRD ausreisen konnte. Jetzt erst hatte sich die deutsche Botschaft eingeschaltet (deren Hauptaktivität zur Zeit darin besteht, die ausgelegten Flugkosten zurückzufordern – „Stern", 28.4.77).

Der systematischen Tatenlosigkeit und Gleichgültigkeit der Regierungsstellen gegenüber verfolgten Bundesbürgern in Lateinamerika entspricht ihre rege Aktivität, wenn es z.B. darum geht, Emigranten aus Chile politisch zu überprüfen und zu kontrollieren. Dem entspricht, daß der chilenische Geheimdienst DINA ungehindert offene Morddrohungen gegen in der BRD lebende Chilenen verbreiten kann (siehe AK 105). Dem entspricht, daß bekannte Folterer an Bundeswehrschulen „ausgebildet" (!) werden (Oberst Kraushaar, siehe Meldung in diesem AK) oder als angesehene Diplomaten in Bonn willkommen geheißen werden (Ackerknecht).

Nur durch eine ständige und breite Öffentlichkeitsarbeit kann die Sympathie der Bundesregierung für ihre faschistischen „Partner" in Lateinamerika enthüllt und kann die Regierung zu etwas mehr Distanz gegenüber den Faschisten gezwungen werden. Ein Erfolg in diese Richtung war die Kampagne gegen den Folterer Ackerknecht, der inzwischen auf Wunsch der Bundesregierung hin aus Bonn abgezogen wurde.

Lateinamerika-Kommission

Lateinamerika Kurzmeldungen

Nicaragua

Die katholischen Bischöfe von Nicaragua haben die Regierung beschuldigt, im Norden des Landes über 200 Menschen ermordet zu haben.

Sie sprachen von einer *„Herrschaft des Terrors und der rechtlosen Ausbeutung"*. Die Nationalgarde (die Polizei und Armee entspricht) wirft den Bauern vor, mit den Guerilleros von der Sandinistischen Befreiungsfront, die in diesem Gebiet operiert, zu kollaborieren. Unter diesem Vorwand wird bei den Bauern geplündert, die Frauen vergewaltigt und ganze Familien, darunter zahlreiche Kinder, umgebracht. Aus 26 Kirchen sind von der Nationalgarde Kasernen und Folterkammern gemacht worden („Süddeutsche Zeitung" – „SZ" – 21.6.77).

(Zur Situation in Nicaragua vgl. auch AK 105).

•

Repression in Peru

Nachdem die Regierung ein neuerliches Sparprogramm mit weiteren Preiserhöhungen bei geringfügigen Lohnsteigerungen verkündet hat, kam es Mitte Juni in Cuzco und Puno zu Aktionen von Arbeitern und Studenten gegen die steigenden Lebenshaltungskosten. Polizei- und Armee-Einheiten gingen gegen die Demonstranten vor („SZ", 18./19.6.77).

Allein seit Februar 1976 wurden in Peru über 15 Personen von „Sicherheits"kräften auf offener Strasse ermordet und viele andere verletzt.

Ursache dafür waren angeblich Verwechslungen mit Kriminellen, aber auch direkte militärische Aktionen gegen die Bevölkerung, wie am 21.1.77 in Lima. Dort führten 200 (!) Polizisten einen bewaffneten Angriff gegen ein Slumviertel durch. Ein junger Arbeiter wurde dabei ermordet, 20 weitere verletzt, und zwei Kinder verschwanden.

Hinzu kommt die Anzahl der durch die nächtliche Ausgangssperre Ermordeten. Der Innenminister hat offiziell eine Zahl von elf Toten bekannt gegeben, begleitet von einem Kommentar, der selbst einem Pinochet alle Ehre machen würde:

„Bei 16 Mio. Einwohnern, sind 11 Tote so wenig, daß man von Repression nicht reden kann." Amnesty International schätzt die während der Ausgangssperre ermordeten Menschen auf mindestens 100!

Inzwischen läßt sich auch die Tatsache von Folterungen in Peru nicht mehr leugnen. Mehrere politische Häftlinge sind bereits an den Folgen von Folterungen gestorben, und es liegen Berichte über bestialische Foltermethoden in peruanischen Gefängnissen vor („Chile-Nachrichten", 2.6.77).

•

Argentinien

Im Zusammenhang mit der „Graiver-Affäre" wurden einige Auseinandersetzungen zwischen Militärs und auch innerhalb der Bourgeoisie in Argentinien sichtbar. Graiver, im vorigen Jahr durch einen bislang ungeklärten Flugzeugabsturz ums Leben gekommen, steckte als Financier in verschiedenen internationalen Finanzgeschäften und soll die von Entführungen stammenden Gelder der Montoneros verwaltet haben. Im Zusammenhang mit dieser Affäre sind in Argentinien über 300 Personen verhaftet worden, darunter auch der ehemalige Regierungschef General Lanusse – der die Rückkehr Perons vorbereitet hatte – und fast seine gesamte Regierungsmannschaft; so neben vielen anderen „Prominenten" der Wirtschaftsminister der peronistischen Regierungen Jose Gelbhard und der Verleger und Teilhaber der Videla-treuen Zeitung „La Opinion", Jacobo Timermann. Timermann gilt als Vertrauter Videlas.

Die Vielzahl von Verhafteten, darunter offensichtlichen Videlaanhängern, läßt den Schluß auf recht handfeste Machtkämpfe innerhalb der Militärs zu und deutet auf eine Offensive der äußersten Reaktion hin: Ins Rollen gebracht wurde die Affäre von General Saint-Jean, der berüchtigt ist für seine Ankündigung, daß er zuerst *„die Subversion töten"* werde, *„dann ihre Kollaborateure, danach die Sympathisanten, dann die Indifferenten und zum Schluß die Lauen."* Unterstützt wird er dabei unter anderem von dem Bluthund Massera, der schon im Februar auf eine auf Imagepflege und Menschenrechte bedachte Rede Videlas antwortete, er habe andere Sorgen als die Menschenrechte. Sein Hauptziel sei die Vernichtung der Subversion, wobei *„mit Blut nicht gespart werde"*.



General Lanusse und General Saint-Jean

Die tatsächlichen Hintergründe der Affäre, die Interessen und Ziele, die im Spiel sind, sind derzeit noch nicht zu überschauen. Der US-Botschafter Hill, der ein Freund Graivers war und ihm verschiedene Geschäfte vermittelt hat, kündigte jedenfalls seinen Rückzug vom Botschafterposten aus Argentinien an. Zu beobachten bleibt, inwieweit hier ein ganzer Sumpf von Korruption, Bereicherung und Gezänk zwischen verschiedenen Bourgeois-Cliquen benutzt wird, um personell und praktisch eine weitere Verschärfung in Argentinien durchzusetzen („Chile-Nachrichten", 2.6.77).

Mario Firmenich, seit einiger Zeit im Exil lebender Montonero-Führer, hat inzwischen jegliche Verbindung zwischen den Montoneros und Graiver dementiert („ila-Info", Bonn, Nr. 5).

•

OAS-Konferenz

Ein Spektakel besonderer Art wird zur Zeit bei der OAS-Konferenz in Grenada (Antillen-Insel) vorgeführt.

US-Außenminister Vance zieht seine – inzwischen schon übliche – Menschenrechtskampagne durch.

Unterstützt von Venezuela, Costa Rica und der Dominikanischen Republik fordert er Beendigung der Folter, Massenhinrichtungen usw. Zu tumultartigen Szenen kam es, als Venezuelas Außenminister *„Freiheit für jeden Bewohner Amerikas"* forderte. Vor allem Brasilien, Argentinien, Chile, Uruguay und Nicaragua haben die Haltung der OAS zur Menschenrechtsfrage scharf angegriffen und betont, daß man für Verletzungen der Menschenrechte nicht immer die Regierungen, sondern endlich die „Terroristengruppen" verantwortlich machen müsse („SZ", 16/17.6.77 – wir werden über die „Ergebnisse" der OAS-Konferenz im nächsten AK genauer berichten).

•

Chile: Deutscher Freundschaftsbesuch bei Folterer Kraushaar

Eine Reisegruppe des Rotary-Clubs (exclusiver Kapitalistenverein) besuchte im März und April Chile. Beim Besuch einer Kavallerieschule (!) in Quillota traf man einen alten Bekannten wieder: Oberstleutnant Kraushaar, der 1975/76 an den Bundeswehrakademien Hildesheim und Hamburg ausgebildet" (!) wurde und zum Abschluß der Lehrgänge eine Lobeshymne auf die chilenische Junta hielt (vgl. AK 73).

Die westdeutsche Ausbildung hat das Demokratie-Verständnis Kraushaars – womit die Aufnahme von Militärs aus diktatorisch regierten Ländern hier immer begründet wird – tatsächlich gründlich vorangetrieben: Kraushaars Kavallerieschule wird von der UNO in der Liste der chilenischen Folterzentren verzeichnet („Chile-Nachrichten", 2.6.77).

Lateinamerika-Kommission



Freiheit für Raul Cornejo!



Raul Guillermo Cornejo Campos wurde am 16. Juni 1976 wegen seiner führenden Tätigkeit im MIR von der DINA verhaftet. Er wurde kurz in dem berüchtigten Folterzentrum Villa Grimaldi gesehen und ist seitdem „verschwunden", wie 3000 andere von der Militärjunta Verschleppte.

Die Chile-Arbeitsgruppe/Pforzheim hat eine Patenschaft für Raul Cornejo übernommen, sie beschreibt in einem Aufruf den Terror, der gegen Raul und seine Familie vor seiner Verhaftung betrieben wurde:

Am 12.12.74 wurden seine Eltern festgenommen, 10 Monate lang festgehalten und gefoltert, um seinen Aufenthaltsort zu erfahren. Am 16.12.74 wurden seine Schwiegermutter, seine Frau, seine drei Kinder und deren Freunde festgenommen, ebenfalls um den Aufenthaltsort zu erfahren. Am 1.12. 1975 wurde seine Frau (mit Tochter) abermals gefangen und gefoltert, so schwer, daß sie heute halbseitig gelähmt ist. Am 15.6.76 wurde Raul unter bisher ungeklärten Umständen zusammen mit 30 weiteren Genossen in der bulgarischen Botschaft festgenommen, man brachte sie in das Lager Tres Alamos, wo sie brutal gefoltert wurden.

Nachdem sich Teilnehmer der gerade stattfindenden OAS-Konferenz für die Gefangenen eingesetzt hatten, wurden sie noch einmal kurz freigelassen, und bereits 20 Minuten später wieder festgenommen, er wurde auf offener Straße von vier bewaffneten Männern entführt. Es gibt Zeugen, die bestätigen können, daß dieselben DINA-Beamten, die Raul freigelassen hatten, auch wieder bei seiner zweiten Festnahme dabei waren. Seitdem ist Raul verschwunden. Die Junta leugnet, daß sie ihn gefangen hält!

Edgardo Enriques am Leben!

Victor Toro, Gewerkschaftsführer und Mitglied des Zentralkomitees des MIR, berichtete vor der UN-Menschenrechtskommission von einer Mitgefangenen, die mit Edgardo Enriques, dem Bruder des gefallenen Generalsekretärs Miguel Enriques zusammen in der Villa Grimaldi war.

Edgardo koordinierte nach dem Putsch die Außenarbeit des MIR. Im März 76 wurde er in Argentinien verhaftet, seine Auslieferung an Chile wurde nie zugegeben.

Am 14. und 15. September 76 hörte eine Frau in der Villa Grimaldi ein Folterverhör mit einem Gefangenen. Die Folterer, General Valdivia und Oberst Moren, forderten den Häftling auf, seinen Namen mit Eugenio anzugeben. Sie hörte Schreie des Gefolterten, der schrie: *„Ich heiße Edgardo Enriques, Bruder von Miguel Enriques"*. Auch an den folgenden Tagen mußte die Frau bis zu ihrer Verlegung die Foltersitzungen an Edgcrdo mit anhören (nach „Chile-Nachrichten", Nr. 49).

Hungerstreik für Verschwundene in Chile

Seit Mitte Juni befinden sich 28 Frauen und zwei Männer im CEPAL-Gebäude (UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika) in Santiago im Hungerstreik. Mit dieser Aktion soll erneut auf das Schicksal der 1500 (nach Amnesty International) verschwundenen politischen Häftlinge aufmerksam gemacht und die Forderung nach Aufklärung über ihren Verbleib und nach ihrer Freilassung bekräftigt werden („Frankfurter Rundschau", 21.6.77).

Freiheit für Raul Cornejo, Edgardo Enriques und alle politischen Gefangenen!

Lateinamerika-Kommission

Gefangenenaustausch macht Schule!

Es ist erst ein paar Monate her, doch schon folgt die DDR ihrem großen Bruder, der UdSSR, mit einem Gefangenenaustausch von einem chilenischen KP-Funktionär gegen DDR-Häftlinge. Das Verfahren ist im Prinzip das gleiche:

Schon lange hatten die chilenischen Faschisten die Freilassung Jorge Montes, einem KP-Funktionär und ehemaligen Senator, gegen einen kubanischen Häftling angeboten. Doch Kuba lehnte die Freilassung ab! Nach Darstellung der chilenischen Botschafterin Lucia Gevert, sei nun die DDR an Chile herangetreten und habe angeboten, Montes aufzunehmen. Nun wird die Sache interessant. Da die DDR für Chile nichts „zu bieten" hatte, sei sie an die BRD-Regierung herangetreten, mit der Bitte, die Freilassung Montes zu erreichen. Als Gegenleistung wolle die DDR Häftlinge in die Bundesrepublik entlassen (nach „Süddeutsche Zeitung" – „SZ" – 21.6.77).

Bezeichnenderweise ist der Austausch dann also mit Hilfe der BRD-Regierung gelungen; es wurden 11 (elf!) DDR-Häftlinge freigelassen. Die westdeutsche Regierung genießt und schweigt.. Auch auf die Frage, ob unter den Freigelassenen Mitarbeiter des US-Geheimdienstes waren, verweigerte Pressesprecher Bölling eine Auskunft („SZ", s.o.).

Na, und die DDR verhält sich wie die UdSSR bei Corvalan! Man sprach zwar von einem Gefangenen-Austausch, jedoch ohne Namen zu nennen. Heute hat man die letzten Skrupel abgelegt: Man feiert einen *„großen Sieg über die Diktatur"* (DDR-Fernsehen, nach „SZ", s.o.), und daß *„Jorge Montes freigekämpft"* wurde („Junge Welt", nach „SZ", s.o.).

Man wird in nächster Zeit verstärkt prüfen müssen, ob der „Kampf" der revisionistischen Staaten für politisch Verfolgte mehr und mehr auf recht zweifelhafte Austauschmanöver beschränkt wird und während sie auf anderer Ebene bereits die internationale Solidarität mit Füßen treten – wie z.B. bei dem regen Kupferhandel zwischen der DDR und Chile.

Lateinamerika-Kommission

Hungerstreik von Angehörigen politischer Gefangener in Chile

Wir veröffentlichen den Wortlaut einer Erklärung des „Komitee zur Unterstützung der politischen Gefangenen in Chile":

Seit vorigem Dienstag (22.6. – AK) befinden sich in Chiles Hauptstadt Santiago 30 Angehörige der als „verschwunden" geltenden politischen Gefangenen in einem unbefristeten Hungerstreik!

Sie stellen der Regierung in Chile drei wichtige Forderungen:

1. **Aufklärung seitens der Regierung über die Lage und das Schicksal der „Verschwundenen"!**
2. **Die Bildung einer internationalen Kommission, unabhängig von der chilenischen Regierung, zusammengesetzt aus Chilenen und Ausländern, die den Fall der Verschwundenen überprüfen soll!**
3. **Keine Repression gegen die Leute, die sich an dem Hungerstreik beteiligen!**

Diese drei Forderungen sind heute die wichtigsten Punkte im Kampf für Menschenrechte in Chile, und die Tatsache, daß diese Forderungen in Chile selbst gestellt werden, bekräftigen die Notwendigkeit hier für deren Unterstützung einzutreten.

Der Hungerstreik hat in Chile großes Aufsehen erregt. Alle Zeitungen haben darüber in verschiedenen Tönen berichtet. Die Regierung Pinochets hat in einer ersten offiziellen Erklärung den Hunger- streik als einen Teil der interna- offiziellen Erklärung den Hungerstreik als einen Teil der internationalen Kampagne gegen Chile bezeichnet, mit dem Ziel, Unruhe im Lande zu erzeugen. Die Erklärung hat jedoch vermieden, jeglichen Kommentar über die Anschuldigungen der Angehörigen der „verschwundenen Gefangenen" abzugeben.

Informationen darüber, daß sich in Concepcion, 500 km südlich von Santiago, ein Hungerstreik in derselben Richtung und als Solidaritätsaktion entwickelte, sind bisher nicht bestätigt worden.

Dies alles zeigt uns, wie groß der Einfluß solcher Aktionen in Chile ist, und daß die chilenische Diktatur nach wie vor sehr empfindlich auf diese Aktionen reagiert.

Dieser Streik geht über seine Ziele hinaus, er signalisiert die Schaffung einer breiteren Öffentlichkeit, die in Chile den Kampf für Menschenrechte vorantreibt, signalisiert außerdem die Bedeutung des Beitrags, der von der chilenischen Kirche, d.h. ihren fortschrittlichen Sektoren, dazu geleistet wird. Die Angehörigen der verschwundenen Gefangenen, die sich unter dem Schutz der Kirche, aber unabhängig von ihr organisiert haben, haben bisher mit einer Reihe wichtiger Aktionen in Chile dazu beigetragen, den Kampf für Menschenrechte im Lande selbst zu entwickeln. Z.B. haben sie Mitte April eine Resolution verabschiedet, die von 2300 Personen unterschrieben wurde, darunter zahlreichen Geistlichen und Nonnen, Schauspielern, Arbeitern und Studenten, und bekamen die Unterstützung von 13 der wichtigsten Arbeitergewerkschaften des Landes.

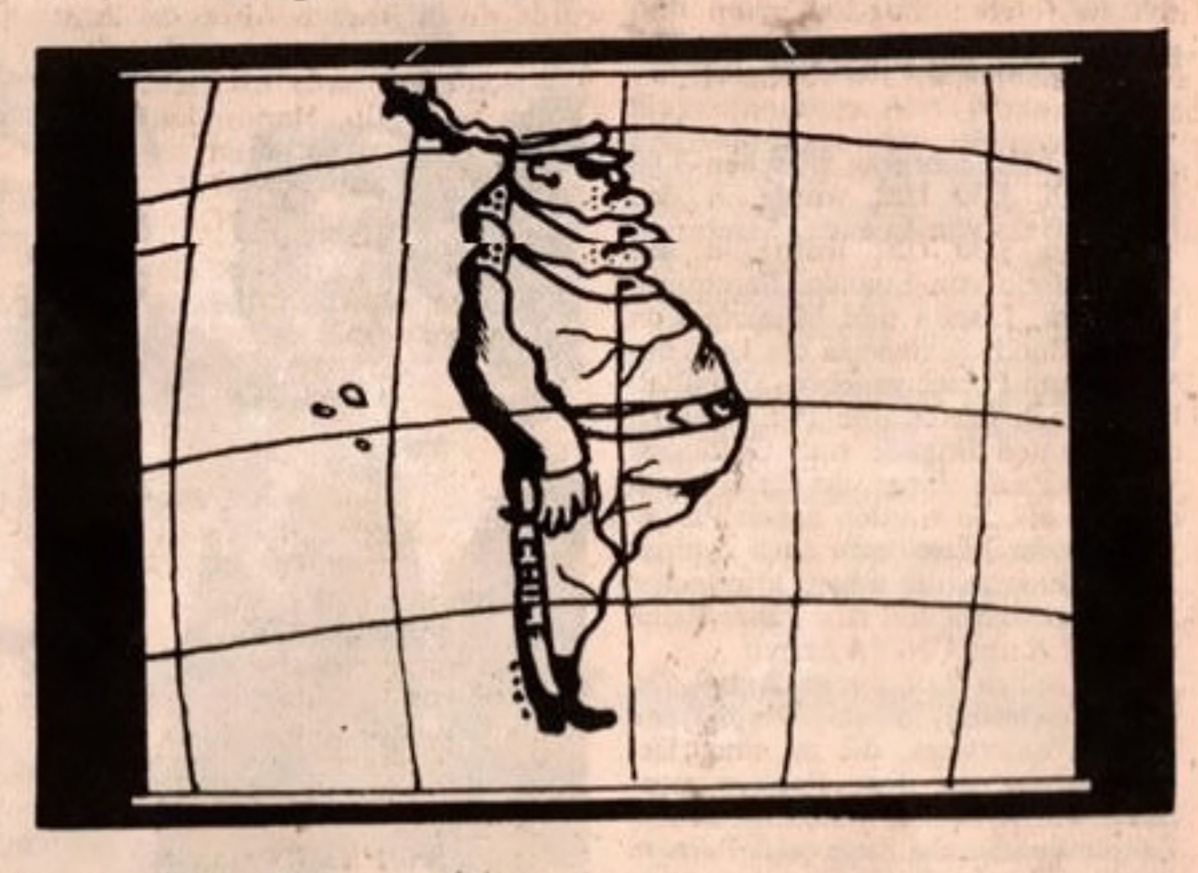
Unsere Aufgabe besteht vor allem darin, die drei genannten Forderungen zu unterstützen, indem wir:

- Briefe an die Regierung in Chile schicken mit der Aufforderung, die vorgelegten Forderungen zu erfüllen!
- Unterschriftensammlungen mit demselben Zweck durchzuführen!
- Briefe an die Menschenrechtskommission der UNO zu schikken, um ihr Eingreifen zu verlangen!
- Briefe an Regierungen, offizielle Stellen der Kirche, Gewerkschaften und Persönlichkeiten zu schikken, mit der Bitte, die drei Forderungen der Angehörigen öffentlich zu unterstützen!

Ferner ist es notwendig, die ständige Solidaritätsarbeit durch Patenschaften, Öffentlichkeitsarbeit und andere Mittel zu verstärken.

Alle unsere Unterstützung für die Forderungen der Angehörigen der verschwundenen Gefangenen!!!

Kontaktadresse;
B. Müller
Burgstr. 27
6000 Frankfurt/M.



Stellungnahme der EGP zu ihrer Entführungsaktion

Die EGP (Guerilla Armee der Armen in Guatemala) hat anläßlich einer BID-(Interamerikansiche Entwicklungsbank) Konferenz den Botschafter El Salvadors in Guatemala entführt und damit erreicht, daß in den Tageszeitungen von Guatemala eine Erklärung zu dieser Entführung veröffentlicht wurde, die von der Familie dieses Oberst finanziert werden mußte. Diese Erklärung ist gerichtet *„an die Völker Guatemalas, El Salvadors und Lateinamerikas"*.

Das BID-Treffen sollte anfangs in El Salvador stattfinden, mußte dann allerdings nach Guatemala verlegt werden, da die Regierung Molina nicht für genügend Ruhe im Land garantieren konnte.

„Außerdem", so schreiben die EGP-Genossen, *„entschieden sie sich für Guatemala, um den Regierungen Molina (El Salvador) und Laugerud (Guatemala) den Rücken zu stärken"*. Sie verfolgten damit weiter das Ziel, zu vermeiden, *„daß die bei einem solchen Treffen anwesende Presse die Möglichkeit bekommt, über die massiven Verbrechen der Molina-Romero-Soldaten (denen im übrigen von Laugerud entsandte Offiziere als Berater beistehen) zu berichten und Widerstandshandlungen ... bekannt zu machen."*

In der EGP-Erklärung wird weiter die Rolle der BID (an dem Treffen haben Vertreter westeuropäischer und asiatischer Regierungen teilgenommen), als Finanzier der Unterdrückung und Repression in Lateinamerika entlarvt. Dadurch wird den Imperialisten ein Terrain zur Ausbeutung geboten. Die EGP-Genossen klagen die Regierung Laugerud der Komplizenschaft mit dem salvadorianischen Terrorregime an, benennen Beispiele für deren Zusammenarbeit und zeigen auf, wie die Regierungen sich international zusammenschließen, um ihre Herrschaft sichern zu können.



Die EGP-Erklärung entlarvt die verschiedenen Taktiken, mit denen der Widerstand des Volkes unterdrückt wird, sei es mit einer reformistischen Regierung, mit repressiven Maßnahmen o.ä.. Auch der 326 Mio. Dollar Kredit der BID habe die Situation der Volkes nicht verändert. *„Deshalb erklären wir, daß sich das Volk Guatemalas von der honigsüßen Finanzpolitik der Imperialisten und den reformistischen Plänen des reigierenden Teils der Oligarchie und des Heeres nicht täuschen läßt"*. Die EGP-Erklärung endet mit dem Hinweis auf die Ziele des BID-Treffens: *„Die EGP macht die Völker Lateinamerikas darauf aufmerksam, daß dieses Treffen in Guatemala ... auch eine neue Politik imperialistischer Penetration in Lateinamerika absegnet, die nicht mehr nur von einzelnen Ländern oder einzelnen Konsortien ausgeführt wird, sondern von multinationalen kapitalistischen Vereinigungen ... Mit diesem Aufruf unternehmen wir einen Schritt, von dem wir hoffen, daß er bei verschiedenen sozialen Schichten und Völkern Lateinamerikas auf Widerhall stößt."*

(Die Zitate stammen aus der Erklärung, die u.a. in der Zeitung „Prensa Libre" veröffentlicht wurde.)

Lateinamerika Kommission

Carter mal wieder für Menschenrechte

US-Präsident Carter hat Anfang Juni die Menschenrechtkonvention der OAS (Organisation amerikanischer Staaten) unterzeichnet, die Folter und Gefangenenmißhandlung verbietet, das Recht auf freie Meinungsäußerung garantiert und einen Gerichtshof zur Überprüfung von Menschenrechtsverletzungen vorsieht. Diese Konvention wär bereits 1969 von der OAS ausgehandelt worden, bisher aber nie von den USA unterzeichnet worden.

Carter unterschrieb jetzt im Rahmen seiner Menschenrechtskampagne und nannte das Abkommen *„eine edle Verpflichtung"* („SZ", 3.6.77).

Bezeichnenderweise wurde diese Konvention bisher nur von 12 lateinamerikanischen Staaten unterzeichnet und lediglich von Kolumbien und Costa Rica ratifiziert.

Während Carter mal wieder seine „edlen Verpflichtungen" gegenüber Lateinamerika betont, meldet die „Washington Post", daß es nach jahrelangen Forschungen gelungen ist, eine Neutronenbombe zu entwickeln. Die Besonderheit besteht darin, daß diese Bombe Menschen tötet, aber Material nicht beschädigt. Ein wirklich *„edler, „redlicher"* und *„moralischer"* Schritt (Carter laut „SZ", 7.6.77)!

Rosalynn Carter in Brasilien

Inzwischen wurde die „Präsidentengattin" Rosalynn auf Good-Will-Tour durch 7 lateinamerikanische Länder geschickt. Nach Jamaica und Costa Rica traf sie in Brasilien ein. Überall verkündete sie die *„drei Schwerpunkte der Politik ihres Mannes"*: Verwirklichung der Menschenrechte, Unabhängigkeit und wirtschaftliche Sicherung für die Länder Lateinamerikas („SZ", 8.6.77).

Auf konkrete Fragen von Journalisten wich sie fast immer aus, *„weil sie dazu Präsident Carter konsultieren müsse"*. Dazu Radio Havanna: *„Frau Carter habe keine Vollmacht, auch nur den Bruchteil der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Lateinamerika zu ändern."* Die Reise sei *„ein Beweis für die Kolonialpolitik und die Verachtung Washingtons für diesen Raum."* (nach „Monitor-Dienst", 3.6.77).

Lateinamerika-Kommission



Angola hält am unabhängigen Kurs fest

Zum gescheiterten Putschversuch vom 27. Mai 77

Am 27. Mai 77 scheiterte in Angola ein Putschversuch. Anführer des blutigen Angriffs auf die MPLA-Regierung waren die am 21. Mai wegen „Fraktionismus" aus dem ZK der MPLA ausgeschlossenen Nito Alves und Jose Van Dunem, die ihrerseits über Verbindungen in alle Schaltstellen der Macht – in die Spitzen der MPLA, der Regierung und der Armee – verfügten.

Insgesamt hat wohl der gesamte rechte Flügel der MPLA den Aufstand gegen die antiimperialistische Mehrheit gewagt. Der Putschversuch traf die VR Angola zu einem Zeitpunkt, als die äußere Bedrohung, die Überfälle durch Südafrika und Zaire erneut eskalierten, und zu einem Zeitpunkt, als Präsident Neto die umfassenden Pläne der Imperialisten zur Zerschlagung der Volksrepublik detailliert offengelegt hatte („Aktion Cobra 77").

Alles deutete also darauf hin, daß der Putsch zumindest in Verbindung mit dem imperialistischen Destabilisierungsmanöver gegen Angola stehe, zumal Alves und Van Dunem seit langem als „Schwarze Rassisten" bekannt waren, – eine Ideologie, die bekanntlich leicht vom Imperialismus instrumentalisierbar ist.

Realtiv überraschend war daher, daß nach dem Scheitern des Putsches von der MPLA-Führung zwar die objektive Komplicenschaft der Putschisten mit den Interessen des Imperialismus dargestellt wurde, jedoch alle k o n k r e t e n Hinweise auf internationale Verbindungen, alle Verhaftungen von ausländischen Helfern von Alves, bisher direkt die revisionistische KP Portugals bzw. enge Sympathisanten dieser Partei treffen.

Wenn man weiß, welche Loblieder die revisionistische Weltpresse bis zum Dezember '76 auf Alves gesungen hat, (damals wurde er von der Funktion des Innenministers entbunden), wie sehr Alves als „Mann Moskaus" galt, dann erscheinen einige Ereignisse während des Putsches in einem Licht, die durchaus auf gewisse Verwicklungen der SU hinweisen.

Wir haben bei unseren ersten – vorläufigen – Recherchen sehr bewußt alle bürgerlichen Medien völlig unberücksichtigt gelassen, weil deren Interesse, eine Verwicklung der Revisionisten zu konstatieren, unabhängig von den tatsächlichen Fakten, und unabhängig von zukünftigen Enthüllungen gegeben ist.

Das von uns verarbeitete Material beschränkt sich auf angolanische Quellen, auf die mosambikanische Zeitschrift „Tempo", auf die französische „Afrique Asie", auf die niederländische „Amandla" (herausgegeben von Genossen, die seit Anfang der sechziger Jahre für die MPLA arbeiten) und auf die linke portugiesische Zeitung „Pagina Um".

Leicht festzustellen ist, daß die niederländischen und portgiesischen Genossen wesentlich offener berichten, als es die MPLA-Führung heute für opportun erachtet – hier sollte berücksichtigt werden, daß die angolanische Revolution massiv vom Imperialismus (Zaire, Südafrika) bedroht ist, daß die angolanischen Genossen der notwendigen internationalen Bündnispolitik manche interessante Enthüllung über den „Bündnispartner Revisionismus" opfern müssen.

Der Ablauf des Putsches

Am 27. Mai, morgens zwischen 3.00 Uhr und 3.30 Uhr wurde in den Stadtvierteln von Luanda, Sambizanga, Mota, Lixeira und Municipal da Lixeira durch Schüsse in die Luft das Signal zum Putsch gegeben. Unmittelbar danach fuhren drei Panzerwagen der Neunten Brigade zum Gefängnis von Sao Paulo. Einer von ihnen brach die Tür auf. So wurden neben Parteigängern der Putschisten auch zahlreiche Gefangene, die wegen krimineller Delikte einsaßen und eine ganze Reihe von FNLA und UNITA befreit.

Zur selben Zeit waren Agitatoren der Putschisten in den Slums von Luanda unterwegs, die zu einer Demonstration vor dem Regierungsgebäude aufriefen. Sie gaben zu diesem Zeitpunkt keinerlei Ziele oder Parolen für diese Demonstration an.

Um 6 Uhr nahm der Rundfunk, der zu diesem Zeitpunkt bereits von den Putschisten besetzt war, die Sendung auf. Zu Beginn strahlten sie immer wieder die Parole: *„Befreien wir Nito Alves und Jose Van Dunem"* aus, obwohl diese beiden Putschführer zu keinem Zeitpunkt inhaftiert waren. Später wurden diese Aufrufe zur „Befreiung" eingestellt. Nun machte sich der Triumphalismus der Putschisten breit: *„Jetzt werden wir sehen, wer die Spalter sind"*, sagte ein Sprecher.

Im Generalstab der FAPLA war man zu diesem Zeitpunkt der Auffassung, es handle sich um eine Rebellion unzufriedener Soldaten. Der Kommandant Xyetu forderte alle Mitglieder auf, sich zur Neunten Brigade zu begeben, um mit den Soldaten zu sprechen. Dangereux, Bula und Nzagi, die als erste ankamen, wurden sofort gefangenengenommen, Xyeta, der als letzter kam und begriff, was geschehen war, machte sofort kehrt und konnte im Kugelhagel fliehen. Gleichzeitig waren in der ganzen Stadt bewaffnete Zivilisten unterwegs, die nach weiteren MPLA-Kadern suchten. Sie überfielen mehrere Polizeiwachen und entwaffneten Milizpatrouillen. Die dabei erbeuteten Waffen teilten sie später unter den spärlichen Demonstranten aus, um ihrem verzweifelten Unternehmen den Anstrich eines bewaffneten Volksaufstandes zu geben.

Die gefangenen MPLA-Kader wurden nach Sambizanga gebracht, wo sie gefoltert und ermordet wurden.



Agostinho Neto, Präsident der MPLA und der Volksrepublik Angola hält die Gedenkrede für die ermordeten Genossen. Er ist umgeben von seiner Frau und leitenden MPLA-Genossen.

Währenddessen organisierte der Kommandant Xyetu gemeinsam mit anderen FAPLA-Offizieren den Gegenangriff. Gegen Mittag wurde der Rundfunk erobert, andere Einheiten zogen vor dem Regierungspalast auf. Dort hatten die Putschisten jedoch bereits eine Niederlage erlitten: Die Massenmobilisierung, die zur Verschleierung des Militärputsches dienen sollte, fand nicht statt. Die Massen — auch diejenigen aus den angeblichen „Hochburgen" der Putschisten — ließen sich nicht mißbrauchen. Sie weigerten sich, der MPLA-Führung in den Rücken zu fallen.

Im Laufe des Nachmittags brach der Putsch völlig zusammen. Zahlreiche Putschisten wurden verhaftet, der Rest, darunter Nito Alves und Van Dunem, flüchteten.

Die „Erfolge" der Putschisten

Die Putschisten gingen mit ausgesprochener Brutalität vor. Mehrere Hundert Menschen fielen ihrem Massaker zum Opfer. Offenbar verfolgten sie die Taktik, die leitenden Kader, die ihnen im Weg waren, kaltblütig abzuschlachten. Obwohl der Widerstand der MPLA nach anfänglicher Überraschung sehr entschlossen und erfolgreich organisiert wurde, erreichten sie ihr Ziel teilweise. So fiel der gesamte Generalstab der FAPLA mit Ausnahme des Kommandanten Xyetu, der in letzter Sekunde entkommen konnte, in ihre Hände und wurde ermordet.

Ferner ermordeten sie die beiden Regierungsmitglieder Saidy Mingas und Garcia Neto. Weitere Opfer waren Helder Neto von der DISA (angolanischer Sicherheitsdienst) und der Chef des militärischen Nachrichtendienstes, Nzaji. Inzwischen wurde auch der Raum im Stadtviertel Sambizanga gefunden, wohin die Genossen verschleppt wurden. Dabei wurden eindeutige Hinweise gefunden, daß die Genossen bestialisch gefoltert worden sind, ehe sie mit Genickschüssen ermordet wurden. Die Leichen wurden erst später außerhalb der Stadt gefunden, wo versucht worden war, sie zu verbrennen. Diese widerwärtigen Greueltaten der Putschisten wurden in exakt derselben Weise verübt, wie die Massaker der faschistischen FNLA.

Die Putschisten und ihre Geschichte

Nach dem Putsch wurde klar, daß die Verschwörer ein weit verzweigtes Netz aufgebaut hatten. Präsident Neto gab am 31.5. bekannt, daß zu diesem Zeitpunkt bereits Hunderte von Personen allein in Luanda verhaftet waren. Neben den bereits bekannten Führern Nito Alves und Jose Van Dunem waren der Minister für Innenhandel, Machado, der Nationale Politkommissar der FAPLA, Bakalof, der Stellvertretende Chef des Generalstabs, Monstro Imortal, der Kommandant der Militärpolizei von Luanda, Veloso und fünf Provinzkommissare in den Putsch verwickelt. Außerdem zahlreiche leitende Kader der Frauenorganisation OMA, der Jugendorganisation JMPLA und in der angolanischen Gewerkschaft UNTA, wie auch weitere Kader der FAPLA (Neto in einer Rundfunkansprache am 31.5.77, nach „Monitor-Dienst").

Eine genauere Untersuchung ergab, daß die Verschwörer in ihrer überwiegenden Mehrheit aus der ersten Militärregion stammten oder aus ehemaligen Häftlingen des Konzentrationslagers Sao Nicolau, in dem die Portugiesen zehntausende von Angolanern gefangen hielten, bis sie am 25. April '74 befreit wurden. Jose Van Dunem, der dort gefangen war, erwarb sich dort das Vertrauen von einigen der 6.000 Gefangenen dadurch, daß er im Gefängnis den Aufbau konspirativer Strukturen vorangetrieben hat („Afrique Asie" Nr. 137).

Nito Alves selbst, der seit 1965 am antikolonialistischen Kampf teilnahm, flüchtete '66 von Luanda in die erste Militärregion, um nicht von der PIDE verhaftet zu werden. Er traf dort bereits Monstro Imortal und Bakalof, seine späteren Komplicen. 1971 wurde er in die Führung dieser 1. Militärregion aufgenommen, die damals von Monstro Imortal geführt wurde.

Diese Militärregion war durch die Offensive der Kolonialtruppen 1969 völlig isoliert worden. Die Kämpfer mußten sich in das Gebirgsmassiv von Dembos zurückziehen, wo sie vom konspirativen Netz der MPLA über Jahre hinweg total abgeschnitten und auf sich selbst gestellt waren. Unter diesen Bedingungen ließ sich die politische Formierung der Militanten nicht immer nach der von der MPLA verfolgten Linie durchführen. Insbesondere die manchmal heftige Debatte innerhalb der MPLA erreichte die 1.Militärregion nicht (nach „Afrique Asie" Nr. 137).

Daher erklären sich die starken regionalistischen Tendenzen dieser Gruppierung, wie auch die rassistischen und tribalistischen Strömungen, an die Alves später demagogisch anknüpfte. Die gemeinsame, sehr auf sich gestellte Kampftätigkeit schuf in der 1. Militärregion ein sehr ausgeprägtes Gefühl des Zusammenhalts, das Alves später in Form einer Kumpanei ausbeuten konnte. Alves selbst war eifrig bemüht, diese Geschichte zu heroisieren. In seinem Buch „Dialektik des Guerillakampfes" versuchte er nachzuweisen, daß es die 1. Militärregion war, die den Befreiungskrieg aufrechterhalten und am meisten geopfert habe und daß der gesamte restliche Kampf unbedeutend für den Kampf gegen den Kolonialismus gewesen sei.

Nach dem 25. April '74 (Linksputsch in Portugal) wurde Alves nach Luanda geschickt, um dort den Kontakt mit den Widerstandsgruppen wieder aufzunehmen. Dort traf er, wie „Afrique Asie", Nr. 137 berichtete, *„Jose Van Dunem wie auch eine gewisse Zahl von portugiesischen militanten Kadern der Kommunistischen Partei, die in Nito einen aufgeklärten revolutionären Führer sahen."* „Afrique Asie" vertritt die Auffassung, daß Alvaro Cunhal, der PCP-Vorsitzende sich allerdings offen ablehnend zu Alves gestellt habe, was jedoch keine Auswirkungen auf das Verhalten dieser PCP-Kader gehabt habe.

Auf dem MPLA-Kongreß von Lusaka 1974 unterstützten Nito Alves und Van Dunem den Präsidenten Neto zwar gegen die damaligen Fraktionisten des Chipendaflügels und der Revolta Activa, jedoch während der überregionalen Konferenz in Kasambo, die kurz danach stattfand, wurden die massiven Widersprüche zwischen der Führung der MPLA und der Alves-Van-Dunem-Gruppe deutlich.

Alves vertrat dort regionalistische und erstmals rassistische Positionen. Alves und Van Dunem unterstützten z. B. die These, daß die angolanische Nationalität Weißen, die in Angola geboren wurden und sich nicht am Befreiungskampf beteiligt haben, nicht gewährt werden sollte. Für Mischlinge sahen sie das Recht vor, die angolanische oder portugiesische Nationalität zu wählen. Die mosambikanische Wochenzeitung „Tempo" (Nr. 349) wies in diesem Zusammenhang besonders darauf hin, daß Alves sich dabei einer ausgesprochen „ultra-linken" Sprache bediente und sich als besonders militanter *„Vorkämpfer des Kampfes gegen die Bourgeoisie"* aufspielte, wobei für ihn das besondere Erkennungszeichen dieser Bourgeoisie in der Hautfarbe bestand, d. h. daß er sie mit den Mischlingen und Weißen gleichsetzte. Laut „Tempo" hat er sich unzählige Male bemüht, diese rassistischen Wahnvorstellungen mit marxistischer Theorie zu belegen.

Obwohl diese Positionen von der überwältigenden Mehrheit abgelehnt wurden, wurde Alves im selben Jahr in das ZK der MPLA gewählt. Die MPLA war zu der Zeit von der Chipenda-Abspaltung schwer getroffen und konnte sich angesichts des nahenden „zweiten Befreiungskriegs" keine weitere Schwächung ihres militarischen Potentials erlauben.

Im November '75, kurz nach der Unabhängigkeit, wurde Alves Innenminister und erhielt damit weitreichende Möglichkeiten für seine Fraktionstätigkeit. Auch wenn Alves in dieser ganzen Zeit großen Wert darauf legte, sich als Meister der super„linken" Phrase darzustellen und anfänglich auch Kontakte zu kleinen, eher maoistischen Gruppen suchte (lt. „Amandla", Niederlande, Juni/Juli '77), blieb doch die bestimmende Tendenz seiner Politik immer rassistisch und regionalistisch.

Die materielle Grundlage für einen zeitweiligen Anklang der rassistischen Demagogie Alves' liegt darin, daß im heutigen Angola unter den ausgebildeten Fachkräften nur wenige Schwarze sind. Die meisten sind Weiße oder Mischlinge. Dies spiegelt sich auch in der Zusammensetzung der Regierung wider. Das Proletariat allerdings, das am Rande des Hungers lebt, ist zu 100 Prozent schwarz, eine Tatsache, die relativ leicht zu rassistischen Stimmungen mißbraucht werden kann.

Im Herbst '76 nahmen ausgerechnet Alves und Van Dunem als offizielle MPLA-Delegation am 25.Parteitag der KPdSU teil. Alves' ausgeprägter Spürsinn für Kräfteverhältnisse und ihre Ausnutzung zum eigenen Vorteil hatten ihn dazu geführt, seit 1975 eine engere Anlehnung an die Sowjetunion und revisionistische Kreise in Angola und Portugal zu suchen. Wie aus einer Erklärung Netos hervorgeht, die dieser am 21. Mai '77, also wenige Tage vor dem Putsch abgab, begannen Alves und Van Dunem mit ihren „Untergrundaktivitäten" unmittelbar nach ihrer Rückkehr aus Moskau (nach „Amandla", Juni/Juli '77)!! Im selben Zusammenhang berichtete „Amandla", daß Lucio Lara im Namen des Politbüros der MPLA erklärt habe, Alves und Van Dunem hätten das Politbüro des *„Maoismus und einer antisowjetischen Haltung"* beschuldigt, und damit versucht, die *„permanente Freundschaft zwischen der MPLA und der Sowjetunion und zwischen dem angolanischen und dem sowjetischen Volk zu stören."*

Mit seiner einseitigen Orientierung auf die Sowjetunion soll Alves einen Streit innerhalb der Führung der MPLA provoziert haben, da die Regierung Neto stets nach einer unabhängigen Politik gestrebt habe.

Einen Monat später, nach dem ersten Besuch von Staatspräsident

Fortsetzung Seite 41



Das sind die leitenden MPLA-Genossen, die von den Putschisten ermordet wurden (von links nach rechts): Dangereux, Nzaji, Saidi Mingas, Garcia Neto, Enrico Goncalvez, Bula Matadi und Helder Neto

Fortsetzung von Seite 40

Neto in Moskau, platzte dann auf dem Kongreß des Zentralkomitees der MPLA die Bombe: das Ministerium von Nito Alves wurde aufgelöst, er selbst wurde nicht ins Politbüro gewählt, blieb jedoch Mitglied des ZK. Sein engster Anhänger, Joao Felipe Martins, der Informationsminister, mußte ebenfalls die Regierung verlassen. Beide Ministerien wurden in der bestehenden Form aufgelöst.

Danach entstand eine äußerst schwierige Situation, in der Alves mit allen Mitteln versuchte, die mit den schwierigen Lebensbedingungen unzufriedene schwarze Bevölkerung insbesondere in den Slums von Luanda aufzuhetzen. Er versuchte, für sich Unterstützung zu gewinnen, indem er sich gegen die vielen Mischlinge in der Regierung und der MPLA-Führung wandte. Er besuchte die militärischen Verbände der FAPLA, die im Zentrum des Landes gegen die UNITA und im Norden, an der Grenze zu Zaire, gegen die FNLA-Infiltranten kämpften und hetzte die Soldaten gegen die MPLA-Führung in Luanda auf. Sie, die schwarzen Jungs seien gut für die Dreckarbeit an der Front, während die Führer in Luanda, die Mischlinge, ein gutes Leben hätten.

Wie ernst diese Situation war, geht aus den ständigen Aufrufen Netos gegen die Fraktionsbildung hervor (nach „Amandla").

In einer zwölfstündigen Sitzung beschloß das ZK der MPLA am 21. Mai '77 schließlich, Nito Alves und Jose Van Dunem aus dem ZK der MPLA auszuschließen. Damit war für Alves offensichtlich der Zeitpunkt gekommen, an dem er gar nicht mehr anders konnte, als unverzüglich loszuschlagen, weil eine genaue Untersuchung seiner Aktivitäten unweigerlich zur Aufdeckung seiner Putschvorbereitungen geführt hätte.

Vorbereitungen von langer Hand

Die Vorbereitungen zum rassistischen Militärputsch hatte die Gruppierung um Alves und Van Dunem offenbar sehr gründlich und über einen langen Zeitraum betrieben. Man kann nachträglich diese Vorbereitungszeit in zwei Phasen einteilen. Die erste Phase, die bis Mitte '76 reichte, nutzte Alves dazu, sich eine Kontrolle über die Medien zu verschaffen. So kontrollierte er über das Informationsministerium die Tageszeitung „Diario de Luanda" sowie ein Rundfunkprogramm, die beide völlig in den Dienst des „Alves-Personenkults" gestellt wurden, und Präsident Neto kaum erwähnten. Sein Komplice Machado, der damals Arbeitsminister war, hatte die Aufgabe, die Arbeiterkommissionen auszutrocknen und an ihre Stelle „Gewerkschaftskommissionen", die durch rassistisch ausgerichtete UNTA-Leute aufgebaut wurden, zu setzen. Seine Position als Innenminister nutzte Alves dazu aus, in der gesamten Verwaltung konspirative Zellen aufzubauen.

Die Zweite Phase, die um Mitte '76 begann, benutzte Alves im wesentlichen dazu, seine politisch-militärische Führung auszubauen. Er verband sich dazu speziell mit Leuten aus der ersten Militärregion und aus dem früheren KZ Sao Nicolau (s.o.).

Gleichzeitig entwickelte er eine umfangreiche wirtschaftliche Sabotagetätigkeit, wozu es ihm außerordentlich nützlich war, daß Machado inzwischen vom Posten des Arbeitsministers übergewechselt war auf den des Innenhandelsministers. Durch Chaotisierung der Lebensmittelverteilung wurde die ohnehin angespannte Versorgungslage noch zusätzlich verschärft.

Wenige Tage nach dem gescheiterten Putsch wurden in Luanda umfangreiche Lebensmittellager entdeckt, die insbesondere auch Kindernahrung enthielten. In ihnen waren offensichtlich Waren gehortet worden, um sie nach dem Putsch zu verteilen und die Bevölkerung kurzfristig positiv zu stimmen.

Ein weiteres Manöver bestand darin, daß Offiziere ihren Soldaten den Sold vorenthielten und selbst in die Tasche steckten, um auf diese Weise die Soldaten gegen die FAPLA-Führung aufzuhetzen. Bei einem der Verschwörer, dem Leutnant Veloso von der Militärpolizei, fand man im Safe 180.000 Escudos, die er sich ergaunert hatte. Aber das ist nur ein Beispiel von vielen.

Schließlich bestand die Vorbereitung auch darin, daß Pläne ausgearbeitet waren, wie schlagartig die gesamte Führung der MPLA und der FAPLA ermordet werden sollte. Teilweise wurden die Pläne ja auch verwirklicht (s.o.).

Die aufgefundene „Kabinettsliste" sah so aus: Nito Alves (Staatspräsident), Bakalof (Chef des Generalstabs der FAPLA), Jose Van Dunem (Premierminister), Monstro Imortal (Verteidigungsminister), David Aires Machado (Arbeitsminister), Pedro Fortunato (Innenminister), Betinho (Erziehungsminister) und Valentim (Informationsminister).

Verbindungen nach Portugal

In den Reden Netos direkt nach dem Putsch, tauchten zwei Gedanken immer wieder auf: Der Hinweis auf das super„linke" Auftreten der „Reaktionäre", sowie die Aussage, die Putschisten hätten enge Verbindungen zu Sektoren der portugiesischen Linken.

— *„Die Konfrontation, die kürzlich stattfand, war eine Konfrontation zwischen den Radikalen und den die Linie der Bewegung verfolgenden Genossen. Die Radikalen wurden von den Extremisten in Portugal unterstützt und unterhalten immer noch sehr enge Beziehungen zu Lissabon. Sie haben stets innerhalb eines europäischen und extremistischen Organisationskonzepts gearbeitet"* (Neto, lt. Radio Lissabon, 2.6.77, nach „MD", 7.6.77).

— Die *„Pseudolinken"* wollten *„eine unmittelbare Konfrontation zwischen der Arbeiterklasse und möglicherweise auch den Bauern auf der einen Seite und der Kleinbourgeoisie auf der anderen Seite"* (Neto, lt. Radio Lissabon, 8.6.77, nach „MD", 10.6.77).

— *„Neto sagte, daß jetzt kein Mensch in Angola davon spricht, daß er etwa ein Faschist sei ... Sie erklären alle, sie seien Sozialisten. Sie treten sogar für die radikalsten Lösungen ein ... Sie gehören linksgerichteten Parteien in Portugal an und damit brüsten sie sich nun hier"* (Radio Luanda, 12.6.77, lt. „MD", 14.6.77).

Das demagogisch-superlinke Auftreten von Alves und Co. ist schon weiter oben skizziert worden als Versuch, das Bündniskonzept der MPLA mit der (teilweise weißen) Kleinbourgeoisie anzugreifen. Bleibt also hauptsächlich offen, wen Neto mit *„portugiesischen Extremisten"* bzw. *„linksgerichteten Parteien in Portugal"* meint, und warum er nicht Roß und Reiter nennt. Diese Frage gewinnt dadurch an Gewicht, daß Neto die Verbindungen zu portugiesischen „Extremisten" als einzige internationale Beziehung der Putschisten konkret benannt hat.

Alves ist bei der revolutionären Linken Portugals immer als rechter Karrierist, als Feind der Volksmacht und der angolanischen Linken charakterisiert worden. Eine Zusammenarbeit scheidet also aus.

Die portugiesischen Trotzkisten kommen zwar politisch den scheinradikalen Phrasen recht nahe, in ihren Publikationen erscheint allerdings Alves als gefährlicher und verhaßter „Stalinist".

Die diversen portugiesischen Vaterländler kennzeichnen Alves seit langem als einen der *„Hauptagenten des Sozialimperialismus"*. Alves wurde von diesen Kreisen zur Symbolfigur der *„sozialimperialistischen Oberherrschaft über Angola"* hochstilisiert. Gleiches gilt auch für die sogenannte „Organizacao Communista de angola" (OCA), proimperialistische Bruderpartei der portugiesisch-vaterländischen PCP(R) in Angola, die noch in ihrem letzten uns zugänglichen Kommunique schrieb: *„Die MPLA verkaufte sich an die SU — eine Tatsache, die die Meister des Sozialfaschismus — Nito Alves, Jose Van Dunem — ohne Zweifel während ihres letzten Besuches in Russland zum 25.Parteitag ratifizierten"* („IKWEZI" Nr. 5, April 77).

Da Alves seinerseits seit seiner Liaison mit Moskau keine Gelegenheit ausließ, gegen „Maoismus" physisch und propagandistisch vorzugehen, ist eine Verbindung auch dieser Kreise mit den Putschisten weitestgehend auszuschließen. (Obwohl CIA-Provokateure wie MRPP inzwischen als gut für jedes konterrevolutionäre Bündnis angesehen werden müssen.) Zusätzlich erscheint es absurd, daß sich der Machtpolitiker Alves ausgerechnet mit unbedeutenden einzelnen Sympathisanten der portugiesischen ML-Szene in Angola verbündet haben soll.



Verbindungen zur PCP?

Übrig bliebe die revisionistische PC Portugals, die nicht nur als einzige linke Partei Portugals bis vor einiger Zeit Alves in ihrer Presse penetrant hochjubelte, sondern die auch erstaunlich enge personelle Verbindungen in die Kreise der Putschisten aufweist.

— Eine aktive Rolle bei der Durchführung des Putsches spielte die Portugiesin Cita Vales, Ehefrau von Van Dunem. Sie war '74 als bekanntes PCP-Mitglied nach Angola gegangen und wurde noch im selben Jahr mit Alves bekannt („Afrique Asie", Nr. 137). Die portugiesische Wochenzeitung „Pagina Um" schreibt in diesem Zusammenhang über sie: *„Und die ‚Linksradikale' Cita Vales ist in Lissabon ausgerechnet wegen ihrer Positionen gegen die sogenannten ‚Linksradikalen' wohlbekannt und wurde deswegen oft genug von der PCP als Speerspitze gegen diese eingesetzt"* („PU", v. 16.6.77). Sie wurde wenige Tage nach dem Putsch zusammen mit ihrem Mann in Luanda verhaftet.

— Eine Reihe von Portugiesen wurde direkt nach dem Putsch wegen Mittäterschaft in Angola festgenommen. Prominentestes Mitglied in dieser Gesellschaft ist der frühere portugiesische Arbeitsminister Costa Martins, der in mehreren provisorischen Regierungen unter Goncalvez dieses Amt ausübte. Er ist zwar kein Mitglied der PCP, wurde jedoch von der PCP immer ausgesprochen gehätschelt und galt als Mann der PCP im MFA.

— Zu den anderen Portugiesen, die zusammen mit Costa Martins festgenommen wurden, schrieb „Pagina UM": *„Die Ökonomie- und Medizinstudenten und die Ärztin, die in Luanda festgenommen worden sind, waren Mitarbeiter für Angola, die Nito Alves selbst ausgesucht hat, als er noch Innenminister war und die ihm von der PCP, zu der er die engsten Beziehungen unterhielt, empfolen worden waren"* („PU", 16.6.77).

— Interessant ist auch das Geständnis eines der engsten Mitarbieter von Alves, des Führers der Lehrergewerkschaft und ehemaligen Regierungsbeamten Rui Coelho, das über Radio Luanda abgespielt wurde. Coelho berichtete zunächst, daß er während seines Studiums in Lissabon zwar einmal Mitglied der MRPP gewesen sei, dann aber der PCP und ihrer Studentenorganisation UEC beigetreten sei. Über seine Ansichten zum Verhältnis der MPLA zur Sowjetunion befragt, gab er in seinem Geständnis an: *„Wir bezogen die Position, daß die MPLA an die Sowjetunion [an die KPdSU] angeschlossen sein sollte, wie die PCP es ist"* („PU", 16.6.77).

— Außerdem ist die Pressearbeit der Revisionisten in Portugal sehr interessant: Am 27.5., dem Tag des Putsches, beschränkte sich die PC-Tageszeitung „Diario de Lisboa" darauf, die Durchsagen der Putschisten über den besetzten Sender von Luanda ausführlich zu zitieren. Sie legten besonderen Wert darauf, daß *„die Person Agostinho Netos niemals in Frage gestellt worden sei"*, und daß ein *„Kompromiß zwischen den beiden Teilen ausgehandelt"* worden sei. Außerdem druckten sie die Loblieder, die die Putschisten über die *„revolutionäre Biografie"* ihres Nito Alves sangen, ab. Zu diesem Zeitpunkt war natürlich in Lissabon bekannt, daß Alves fast eine Woche vorher aus dem ZK der MPLA ausgeschlossen worden war!

Erst am 30. Mai erfuhren die Leser des „Diario de Lisboa", wie die „Auseinandersetzung" ausgegangen war, und daß das „Diario de Lisboa" — in der bekannten Art der Revis klar Stellung für die *„Sieger"* bezieht. Die PCP schaffte es immerhin, am 1. Juni (!) eine offizielle Solidaritätsadresse an Neto und die MPLA abzuschicken. (Zum Vergleich: Die Solidaritätserklärung der Frelimo ging am 27.5. in Luanda ein.) Nachdem die PCP jedoch diese schwierige Kurve gekratzt hatte, fing sie sofort munter an, die „Linksradikalen" für den Putschversuch verantwortlich zu machen.

Angola hält am unabhängigen Kurs fest!

Schon mehrfach ist deutlich geworden, daß auch der Grad der Zusammenarbeit bzw. der Bindung an die Sowjetunion ein Streitpunkt zwischen der Alves-Gruppe und der auf Unabhängigkeit bedachten MPLA Netos war (s.o.). Dieser Aspekt wurde im Verlauf des Putsches andeutungsweise wieder sichtbar. Der Vorsitzende des Politbüros der MPLA, Lucio Lara, ging unmittelbar nach dem Putsch darauf ein: *„Die neuen Fraktionisten bedienten sich einer vorgetäuschten Ergebenheit an dieses oder jenes befreundete Land und zögerten nicht einmal, gewisse Botschaften aufzusuchen, wo sie sich bemühten, die MPLA und gewisse Militante und Führer der MPLA zu verleumden"* („Journal de Angola", 28.5.77).

Ebenfalls direkt nach dem Putsch sagte Neto in seiner Rundfunkansprache über Radio Luanda: *„Wir haben befreundete Länder, und obwohl sie Freunde sind, verstehen sie unsere Orientierung nicht"* (Rede am 27.5., lt. „MD" v. 31.5.77). Sehr vorsichtig formuliert!

In diesem Zusammenhang erscheint ein Zitat aus der Rede, die Neto am 21. Mai im Anschluß an die ZK-Sitzung hielt, auf der Alves und Van Dunem ausgeschlossen wurden, besonders wichtig: Neto wandte sich zunächst gegen die Beschuldigung *„einiger Genossen"*, daß er gegen die Sowjetunion sei. *„Wir können nicht vergessen, daß wir die Unabhängigkeit dank der Unterstützung durch solche Länder wie die Sowjetunion erreicht haben."* Aber er fuhr dann fort, zu betonen, daß Angola nicht dem Kurs der Sowjetunion unterworfen werden dürfe. *„Solange die politische Führung der MPLA in diesem Land die Macht besitzt, werden wir immer unsere Unabhängigkeit und unsere ungebundene Politik verteidigen"* („Amandla", Juni/Juli '77).

Wir wollen an dieser Stelle noch einmal in Erinnerung rufen, daß Neto nach der ZK-Sitzung vom 21.5.77 ausdrücklich erklärte, Alves und Van Dunem hätten mit ihrer „Untergrundtätigkeit" nach ihrer Moskau-Reise begonnen! (nach „Amandla", Juni/Juli '77).

Auch wenn eine direkte Beteiligung der Sowjetunion am Putschversuch nicht vorliegen sollte — Neto behauptete das ausdrücklich am 13.6.77 — so geht doch mindestens aus allen Begleitumständen hervor, daß Alves wahrscheinlich auf ein solches direktes Eingreifen setzte. Auch Netos ständige Beschwörungen der völligen Unabhängigkeit Angolas ergeben nur dann einen Sinn, wenn er selbst diese Unabhängigkeit gefährdet sieht ...

Die Genossen aus Amsterdam überschrieben ihre Analyse in der „Amandla": *„Putsch mißglückt — Angola hält an seiner Unabhängigkeit fest."*

Das trifft den Kern!

Portugal-Kommission
Afrika-Kommission

Nachrichten aus der Solidaritätsbewegung

Vom 17.-19. Juni traf sich in Göttingen zum zweiten Mal ein Kreis von Afrika-Solidaritätsgruppen, die einen gemeinsamen Informations- und Arbeitszusammenhang aufbauen, weil die bisherigen Koordinationsgremien der Solidaritätsbewegung durch vaterländische Freunde von FNLA und Mobutu überschwemmt wurden und eine fruchtbare Arbeit hier unmöglich wurde (siehe hierzu AK 105).

Mit von der Partie waren diesmal: Afrika-Komitee Göttingen, AKAFRIK Bielefeld, Pan-Afrikanische-Bewegung/Westberlin, Afrika-Kommission/KB, Beobachter der Anti-Apartheit-Bewegung aus Westberlin und Bonn, Genossen der SASUG (südafrikanische Studenten), aus Kassel/Witzenhause ein Vertreter der ÄSU (äthiopische Studenten) und andere Antiimperialisten, zeitweilig nahmen auch Genossen der GUAS (arabische Studenten) aus Braunschweig an den Sitzungen teil.

Die zum Kreis der Gruppen gehörende ASB/Stuttgart war diesmal verhindert. Bedauert wurde, daß das „Dritte Welt Maganzin"/Bonn diesmal keinen Beobachter entsandt hatte.

Im Mittelpunkt des Seminars stand eine Diskussion über Bedeutung, Politik und verschiedene Strömungen innerhalb der "Schwarzen-Bewußtseins-Bewegung" Südafrikas, sowie das Verhältnis dieser Bewegung zu den „traditionellen Befreiungsbewegungen" speziell dem ANC (wir wollen diesen Themenkomplex in einem der nächsten AK's ausführlich darstellen).

Darüberhinaus wurde die Entwicklung Äthiopiens seit dem Machtantritt des DERG-Regimes referiert und kurz diskutiert – ein erster Anlauf den Krisenherd Ost-Afrika gemeinsam zu analysieren! Außerdem wurde das zugängliche Material zum Putschversuch in Angola gemeinsam ausgewertet.

Die erste gemeinsame Publikation (Zaire-Borschüre - siehe Anzeige) wurde im großen und ganzen als „gelungen" eingeschätzt. Beschlossen wurde hierzu, weitere Gruppen um Unterstützung beim Vertrieb durch Anzeigen, Besprechungen etc, zu bitten.

Als aktuell wichtigste Aufgabe wurde festgelegt, ein Heft mit Dokumenten und Hintergrundanalysen zu den barbarischen Überfällen der rhodesischen Rassisten auf Mosambik herauszugeben. Gegenwärtig wird hierzu Material zusammengestellt. Am 16. Juli wird dann ein Treffen in Bonn stattfinden, auf dem die endgültige Fassung der Broschüre festgelegt wird. Es sollen Anstrengungen unternommen werden, ein breites Spektrum von Solidaritätsgruppen zum Kreis der Herausgeber zu gewinnen (Treff: 16.Juli, Bonn-Beuel, Bergweg 21).

Das nächste turnusmäßige Treffen wird Mitte September in Hamburg stattfinden. Schwerpunkt sollen Ostafrika, sowie eine Diskussion über den neudemokratischen Aufbau in Angola oder Guinea-Bissao sein. Auch hier wird natürlich auf eine Erweiterung des bisherigen Kreises gehofft.

Afrika-Kommission

Mosambik: Überfälle der Rassisten Eskalation der Aggression

Ein erneuter Überfall der Rassisten auf Mosambik in der Woche vom 14. bis 19. Juni war für die Regierung in Mosambik Anlaß, eine Sitzung des Weltsicherheitsrates der UNO zu verlangen.

Bei diesem Überfall waren wieder rassistische Truppen in die Provinz Tete eingedrungen. Mit Hilfe von Bombardierungen und Einsatz von schweren Kanonen wurden zwei Ortschaften — die 25 Kilometer hinter der Grenze liegen — fast völlig zerstört!

In seiner Rede „an das Volk von Mosambik und alle Völker der Welt" vom 18. Juni sagte Genosse Machel u.a.:

– „Unser Land ist der Aggression ausgesetzt, weil das Volk von Mosambik seine internationale Pflicht erfüllt, dem Brudervolk von Zimbabwe in seinem Kampf effektive und bedingungslose Hilfe erweist . . . Die aggressiven Handlungen des Smith-Regimes haben sich in der letzten Zeit zu einer unverhüllten Aggression gegen unsere Republik entwickelt. Das rhodesische Regime führt dem Wesen nach einen offenen Krieg gegen Mosambik. Es möchte damit den inneren Konflikt internationalisieren und die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit vom Kampf des Volkes von Zimbabwe für nationale Befreiung ablenken" (nach „Unsere Zeit" – „UZ", 21 6.77).

Machel verlangte vom Weltsicherheitsrat nicht nur die Verurteilung der Rassisten, sondern auch die der imperialistischen Hintermänner (USA, Großbritannien, Frankreich und BRD).

Welche Rolle diese Staaten bei den direkten Aggressionen gegen die VR Mosambik spielen und welches Ausmaß der Überfall vom 29. Mai hatte (siehe AK 106), wurde jetzt in der mosambikanischen Zeitung TEMPO veröffentlicht.

Wir geben den Bericht hier auszugsweise wieder.

Afrika-Kommission



«Am 29. Mai fielen ca. 1.000 Sol-

«Am 29. Mai fielen ca. 1.000 Soldaten in die Region Chitanga ein. Trotz absoluter Luftüberlegenheit der Aggressoren konnten die FPLM ihnen einige verzögernde Hinterhalte stellen. Das Gebiet von Mapai wurde gewarnt und evakuiert.

Die Aggressoren nahmen nach mehreren Stunden Widerstand der FPLM bei eigenen Verlusten von vier Soldaten, die Bahnstation in Mapai; dort blieben dann einige Hundert zurück, um die Bahnanlagen zu zerstören; der Rest rückte weiter auf Mapai-Rio vor, unterstützt von schwerer Artillerie und drei Düsenbombern, sowie einem Düsenjäger vom Typ 'Mirage'. Der Flugplatz in der Nähe des Limpopo wurde noch am selben Tag bombardiert.

Am 2. Tag (30. Mai) erreichten die Aggressoren den zweiten Flugplatz von Mapai, 7 Kilometer von der Stadt entfernt. Sie verloren drei Soldaten durch den Widerstand der FPLM.

Am 31. Mai wurde Mapai-Rio nach Bombardement und Beschuß durch schwere Artillerie eingenommen. Weitere Bombardements im Umkreis von 50 bis 100 Kilometer, sowie Zerstörungen von Transportwegen folgten.

Die Stadt Mapai-Rio ist vollständig zerstört. Über ihr liegt der Gestank von verwesendem Vieh, das von den Aggressoren mit Maschinenwaffen niedergemäht wurde. Auch Versorgungseinrichtungen für die Bevölkerung wurden zerstört. Ziel: Den Hunger in der Region provozieren.

Ebenso wurden das Hospital und die Schule dem Erdboden gleichgemacht.

Das Transportunternehmen „Ngala" wurde mitsamt seinem Wagen- und Maschinenpark zerstört: Transportfahrzeuge sowie Erdbewegungsmaschinen. Was nicht zerstört wurde, wurde geklaut (Personenfahrzeuge).

Der materielle Schaden ist noch nicht zu beziffern. ...

Das rhodesische Heer vermehrt fortgesetzt seine Angriffe auf wirt-

Das rhodesische Heer vermehrt fortgesetzt seine Angriffe auf wirtschaftliche Ziele in unserem Lande, davon einige mit infrastrukturellem Charakter und deshalb von außerordentlicher Bedeutung für das tägliche Leben der Bevölkerung (Transport- und Kommunikationswege, Lebensmittel-, Verkaufsstellen, usw.). Die allgemeine Absicht ist logischerweise die betroffene Bevölkerung und das mosabikanische Volk im Allgemeinen zu demobilisieren.

Auch die direkten Provozierungen der FPLM nehmen zu, um sie dazu zu bringen, das Smith-Regime in Rhodesien selbst anzugreifen oder um den Eintritt mit Mosambik befreundeter Länder in den Krieg zu provozieren. Sowohl das Eine als auch das Andere deuten auf Smith's Absicht hin, den Konflikt zu internationalisieren, um so einen „gültigen" Vorwand zu erhalten für den massiven Einfall des südafrikanischen Heeres in Mosambik.

Die rhodesischen Soldaten zeigen weiterhin nicht die geringsten Skrupel in Hinsicht auf die Zivilbevölkerung.

(...) Bei dieser neuerlichen Offensive des rassistischen Regimes von Salisbury gegen Mosambik — der größten seit der Tete-Offensive vom November des vergangenen Jahres — gilt es einige Aspekte hervorzuheben.

Zum ersten Mal setzte die feindliche Luftwaffe eine 'Mirage' ein, ein Flugzeug, das eine Geschwindigkeit von 2.500 Km/Stunde erreicht. Dieses Jagdflugzeug gehört zu einer Gruppe von sechs Stück, die Smith kürzlich von Südafrika erhalten hat — genauso kann man sagen, von Frankreich über Südafrika.

Zum ersten Mal warfen die Rhodesier 500-Kilo-Bomben ab, die eine äußerst hohe Zerstörungswirkung haben und die zum Beispiel in Vietnam den Tod vieler Tausender Menschen verursachten. Diese Bomben sind sehr teuer und nur hochentwickelte Mächte können sie herstellen oder kaufen. Wir fragen: Wer hat sie Ian Smith zur Verfügung gestellt?

fügung gestellt?
Ebenfalls zum ersten Mal drang die

Ebenfalls zum ersten Mal drang die feindliche Luftwaffe in den südlichen Teil von Gaza vor und bombardierte dort, ein authentischer Hinweis darauf, daß sie bereit ist, noch weiter zu gehen in ihrer höchst unverantwortlichen Strategie, den Konflikt, in den sie mit dem Volk von Zimbabwe verwikkelt ist, um jeden Preis zu internationalisieren».

Im übrigen wird darauf hingewiesen, daß FRELIMO die Streitkräfte entsprechend den Bedrohungen durch einen aggressiven und rassistischen Nachbarn umstrukturiert.

Der Verlust von insgesamt vier Flugzeugen, einem Hubschrauber, 22 Soldaten — davon einige Offiziere — ist für die Rhodesier ein ziemlich harter Schlag gewesen. Dazu kommt die weltweite Ablehnung der Aktion. Allerdings befreit die verbale Verurteilung Rhodesiens durch solche Länder wie die Vereinigten Staaten, Frankreich, England und die Bundesrepublik diese nicht von ihrer Verantwortung (nach „Tempo" 350, 19.6.77).

Verhaftungswelle in Marokko

Ende Mai wurden in den marokkanischen Städten Casablanca, Rabat und Taza 30 Marxisten-Leninisten verhaftet. Gleichzeitig wurden 7 Franzosen verhaftet und anschliessend des Landes verwiesen. In mehreren Orten wurden Franzosen von der Polizei verhört. Dies geschah im Rahmen einer Durchsuchungsaktion wegen *„Komplotts gegen die Staatssicherheit"*. Die Franzosen, die als Lehrer in Marokko tätig waren, wurden beschuldigt, Beziehungen zu den revolutionären Untergrundorganisationen „Illal Amam" und „Bewegung 23. März" zu haben.

Die marokkanische und französische Regierung schwiegen sich über diese Verhaftungen aus. Erst als die „Komitees gegen die Repression in Marokko" in Frankreich in Kommuniques darüber informierten, sahen sie sich genötigt, Stellung zu nehmen.

Anlaß für die Verhaftungswelle mag eine Streikbewegung im Unterrichtswesen gewesen sein: Am 20. April und an zwei Tagen Mitte Mai hatten die Lehrer an Primar- und Sekundarschulen gestreikt, um höhere Gehälter durchzusetzen. Für Ausländer gibt es bei solchen Gelegenheiten eben besondere Druckmittel, um sie zum Schweigen zu bringen. Die „Komitees ..." schrieben in ihrem Kommunique: *„Es ist nicht das erste Mal, daß die politische Repression die Kooperanten* (=Entwicklungshelfer) *im Königreich trifft. Seit 1972 sind mindestens 5 französische Kooperanten verhaftet und anschließend ausgewiesen worden, anderen wurden die Pässe weggenommen, einer bestimmten Anzahl wurden willkürlich die Verträge gekündigt"* (nach „Le Monde", 27.5.77).

Während das marokkanische Regime die Franzosen lieber ausweist, *„angesichts des Wunsches der Behörden, eine Verschlechterung der Beziehungen mit Frankreich, einem befreundeten Land, zu vermeiden"* („Radio Rabat", nach „Monitor-Dienst", 2.6.77), müssen die verhafteten marokkanischen Linken damit rechnen, wegen eines „Komplotts gegen die Staatssicherheit" und der „Bildung eines extremistischen Untergrundnetzes" angeklagt und für lange Jahre in den Knast geschickt zu werden.

Nahost-Kommission

Sowjetunion billigt Marokkos Intervention in die Sahara

Schon im letzten ARBEITERKAMPF hatten wir den Leiter der Abteilung für Afrikafragen des sowjetischen Außenministeriums, Swedow zitiert, der *„König Hassan II. tiefe Kenntnisse in internationalen Fragen"* zubilligt und feststellte, daß *„die Standpunkte der Sowjetunion und Marokkos einander ausserordentlich nahe oder ähnlich sind"*.

Mit der Entsendung marokkanischer Truppen nach Zaire war die Sowjetunion nicht ganz einverstanden, aber *„man weiß zum Beispiel, daß die Präsenz von Truppen der marokkanischen Armee in Zaire der traditionellen Außenpolitik Marokkos widerspricht"* („Radio Moskau", nach „Monitor-Dienst", „MD", 3.6.77).

Im AK 104 hatten wir hingegen

an Beispielen gezeigt, daß das Eingreifen in Zaire genau der Außenpolitik Marokkos entspricht und

an Beispielen gezeigt, daß das Eingreifen in Zaire genau der Außenpolitik Marokkos entspricht und ebenso der Rolle, die Marokko von den Imperialisten in Afrika zugedacht ist.

Die Besetzung der Westsahara hat die Sowjetunion längst akzeptiert. Ihr objektivistischer Kommentar: *„Die ungelöste Sahara-Frage übt einen negativen Einfluß auf das außenpolitische Klima in Marokko aus, wo wir anstatt eines Sieges* (wessen Sieg wünscht denn die Sowjetunion, etwa Marokkos?) *einen langen und schwierigen Krieg erleben, der gegenwärtig endlos erscheint. Es ist erwähnenswert, daß der Krieg nicht nur auf dem Schlachtfeld wütet, sondern auch auf politischer Ebene, und es ist heute sehr schwer, seinen Ausgang vorauszusagen. Diese Fragen, die das innenpolitische Leben betreffen sowie die internationalen Fragen, beunruhigen die marokkanische Öffentlichkeit, denn es stehen das Land und seine Zukunft auf dem Spiel"* („Radio Moskau"), „MD", 3.6.77).

Dieses Geschwätz hat nichts mit proletarischen Internationalismus zu tun! Im Gegenteil, die Sowjetunion macht sich noch „Gedanken" um die „Zukunft" des faschistischen marokkanischen Feudal-Regimes!

Entsprechend gab es keine Glückwünsche von der sowjetischen Regierung zum 4. Jahrestag des Ausbruchs des bewaffneten Kampfes gegen den Kolonialismus in der Westsahara, sondern es gratulierte nur ein Afro-Asiatisches Solidaritätskomitee.

So eine Haltung weiß Hassan zu würdigen. Bezeichnend ist sicher die Behauptung Hassans bezüglich der Westsahara und Zaires, für irgendeine Beteiligung der Sowjetunion gäbe es keine Beweise, während er die kubanische Mitwirkung als erwiesen hinstellte. Kuba schickte z.B. den

Vizepräsidenten des Staatsrates anläßlich des 4. Jahrestages in die Sahara. Hier wird wieder einmal die

Vizepräsidenten des Staatsrates anläßlich des 4. Jahrestages in die Sahara. Hier wird wieder einmal die Erfahrung gemacht, daß Kuba nicht der Schatten der Sowjetunion ist (vgl. AK 105, S. 49, ZANU).

Den sowjetischen Lobhudeleien auf das faschistische Hassan-Regime folgt nun die handfeste wirtschaftliche Unterstützung. In einem Anfang Juni abgeschlossenen Vertrag einigten sich beide Staaten auf ein langfristiges Abkommen zur Lieferung marokkanischen Phosphaterzes. Das Milliardenprojekt sieht jährliche Mindestlieferungen von 5 Millionen Tonnen bis Ende des Jahrhunderts vor. Dies ist der bislang größte Liefervertrag Marokkos. Weiter wurde ein sowjetischer Kredit von rund 625 Millionen DM für den Bau eines neuen Hafens an der marokkanischen Atlantikküste eingeschlossen, von dem aus das Phosphat verschifft werden soll. In der Nähe von Marrakesch wird ein neues Abbaugebiet ausschließlich für die Lieferung an die Sowjetunion erschlossen.

Die Akzeptierung der Annektion der Westsahara durch Marokko läßt erwarten, daß Marokko in der Sowjetunion auch einen Abnehmer für die Phosphate aus der Westsahara gefunden hat.

Zu den wichtigsten Punkten des Abkommens gehören „politische Absprachen", die nicht offizielll bekanntgegeben werden. Eingeschlossen in diese Absprachen ist die Versicherung, daß die Sowjetunion sich *„neutral im Streit zwischen Marokko und Algerien bezüglich der Westsahara verhält"* („International Herald Tribune", 4./5.6.77, ebenfalls „Frankfurter Rundschau", 11.6. und „Neue Zürcher Zeitung", 5./6.6.77)!

Als Gegenzug solle Marokko seine Truppen aus Zaire abziehen (was angeblich sowieso zum großen Teil schon geschehen ist).

Das Kinderhilfswerk „Terre des Hommes" äußerte sich zu Recht bestürzt über dieses Abkommen, denn hiermit würde die UdSSR *„den ungerechten Krieg Marokkos gegen das saharauische Volk"*, das 1975 *„mit Bomben und Napalm"* aus seinem ebenfalls phosphatreichen Gebiet vertrieben worden war, *„aus Wirtschaftsinteressen dulden"*. Mit diesem Abkommen würde *„die Bahn frei gemacht ... für einen noch härteren Kampf Marokkos gegen die Saharauis"* (Zitate nach „FR", 11. 6.77).

Nahost-Kommission

Auch im Maghreb:
Die VR China Hand in Hand mit dem Neokolonialismus

Die VR China hat in jüngster Zeit die Initiative ergriffen, mit den reaktionärsten Staaten Nordafrikas beispielhaft zusammenzuarbeiten. Bekanntlich wurden Ägypten Waffenlieferungen und Kredite zugesagt, nachdem Sadat der Sowjetunion die Tür gewiesen hatte.

Tunesien bekam kürzlich von der VR China 2 Patrouillen-Kanonenboote geschenkt! Sie wurden am 2. Mai auf dem tunesischen Marinestützpunkt Bizerta übergeben. Chinas Botschafter bezeichnete die Übergabe als *„Symbol für die Stärke der Beziehungen zwischen dem tunesischen und dem chinesischen Volk"!* Er versicherte Tunesien der fortgesetzten Unterstützung in politscher und wirtschaftlicher Hinsicht. Dazu gehört u.a. eine Wasseraufbereitungsanlage, die China in Tunesien errichten will.

Tunesiens Verteidigungsminister lobte *„Chinas Initiative"*, Hilfe zur *„Stärkung der nationalen Verteidigung seines Landes"* und zur *„Wahrung des Friedens"* zu gewähren. („Radio Tunis", nach „„Monitor-Dienst" („MD"), 3., 4., 6.5.77).

Vielleicht bezeichnet die VR China dies als Beitrag zum Kampf gen die Supermächte, insbesondere den Sozialimperialismus, weil die Sowjetunion zum großen Teil die militärische Ausrüstung Algeriens und Lybiens bestreitet? Doch in Tunesien befndet sich die VR China an der Seite so imperialistischer Kräfte wie USA, Italien, Frankreich, BRD, Großbritanien und Österreich, die alle Tunesien mit Waffen beliefern bzw. Tunesien eine eigene Waffenproduktion ermöglichen wollen, wie Österreich und die BRD („Jeune Afrique", 19.11.76).

Die Kanonenboote könnten von Tunesien schon bald zur ‚Wahrung des Friedens' eingesetzt werden, denn seit etwa 10 Jahren gibt es mehr oder weniger große Spannungen zwischen Tunesien und Libyen um einen Festlandssockel im Golf von Gabes, den beide Staaten für sich beanspruchen und der deshalb so interessant ist, weil dort riesige Erdgasvorkommn liegen. Diese Vorkommen sind schon von Tunesien verplant, um die Brennstoffnachfrage im Inland für 15 - 20 Jahre zu decken („Neues Deutschland", 11.1.77).

Es existiert das Projekt für eine Gaspipeline zur Versorgung der Industriegebiete an der Küste und die Arbeiten zur Ausbeutung haben schon begonnen. Auch die libysche Regierung hat zweimal Bohrplattformen aufgestellt. Kriegsschiffe und Miensuchboote Tunesiens, Libyens und Italiens waren schon im Einsatz, um das Arbeiten von Bohrtürmen zu verhindern. In einem Memorandum an die Arabische Liga wird die tunesische Haltung erklärt: *„Priorität für diplomatische Aktivitäten, sich aber gleichzeitig bereithalten, um jeder Aggression entgegentreten zu können, wo sie auch herkommt und welches auch die zu zahlenden Preise und die zu berechnenden Opfer sind"* („Jeune Afrique", 10. 6.77)!

Hilfe für die Besetzer der Westsahara

Auch Mauretanien ist chinesischer Unterstützung wert, denn es *„verfolgt eine Politik der Blockfreiheit, bekämpft entschlossen Imperialismus, Kolonialismus und Großmachthegemonismus und unterstützt aktiv die afrikanische Befreiungsbewegung"*, behaupten die chinesichen Verantwortlichen wider besseres Wissen (Hsinhua, nach „Monitor-Dienst", 7.4.77).

Die VR China hat eine 80 km lange Wasserleitung gebaut, die die mauretanische Hauptstadt Nouakchott mit Trinkwasser versorgt, im ganzen Land viele Brunnen gegraben sowie Jugend- und Kulturzentren finanziert und gebaut. Es gibt viele chinesische Ärtzetrupps für die entlegensten Teile Mauritaniens. Zur Zeit baut die VR China ein Elektrizitätswerk, und eine medizinische Klinik in Nouakchott; geplant ist ein Tiefwasserhafen, der durch ein zinsloses langfristiges Darlehen der VR China finanziert wird. Chinesische Arbeiter sind zur Zeit an verschiedenen Werften beschäftigt, die von der VR China betrieben werden. Insgesamt arbeiten etwa 200 – 300 Chinesen in Mauretanien.

„Afrique Asie" berichtet, daß geheime diplomatische Kontakte zwischen der marokanischen und chinesischen Regierung stattgefunden haben, um den Militärs aus Marokko chinesische „materielle Hilfe" zu gewähren. Der marokanische Botschafter in Peking berichtete erfreut Hassan II, er sei überzeugt, daß China Marokko *„in einer mehr oder weniger nahen Zukunft"* unterstützen werde. („AA", 16.5.77).

Nahost-Kommission

Kenia: Eine ungeliebte Enthüllung

Wie es Länder wie England und „andere westliche Länder", und wie es Kenia mit dem „Handelsembargo" gegenüber der RSA und Rhodesien halten, wurde erst kürzlich wieder im kenianischen Parlament bekannt.

Das Parlamentsmitglied George Anyona enthüllte, *„daß Waren aus Rhodesien und Südafrika nach Großbritannien und anderen westlichen Ländern exportiert wurden, um mit falschen Etiketten und Marken gestempelt zu werden, bevor sie nach Kenia zurückexportiert wurden."*

Obwohl Anyona diesen eindeutigen „Vorgang" sehr vorsichtig umschrieb und Kenia als *„eines der Opfer eines internationalen Manövers"* bezeichnete, wurde er noch am selben Abend *„im Parlamentsgebäude von zwölf bewaffneten Polizisten verhaftet und mit Polizeiwagen an einen unbekannten Ort gebracht."*

Allein dies belegt, wie es die afrikanische Reaktion mit der „Verurteilung des Rassismus" hält, und ist eine schallende Ohrfeige für die Prediger der „afrikanischen Einheit" von Peking bis Heidelberg! (Alle Zitate aus „Daily News", Tansania, 5.5.77).

Afrika-Kommission

SU liefert Revolutionäre an äthiopische Junta aus

Vor der Moskauer Lumumba-Universität demonstrierten etwa 40 äthiopische Studenten gegen die Militärjunta. Sie brachten ihre Sympathie für die EPRP zum Ausdruck. Mit Portraits von Marx, Engels und Lenin und mit Transparenten protestierten sie gegen die Massaker des DERG-Regimes gegen die äthiopische Linke und das eritreische Volk.

Vor allem aber beschuldigten sie den DERG einer neuen Variante seines Terrors: Nach den vergeblichen Versuchen, die Revolutionäre in Äthiopien zu vernichten, plane die Militärregierung nun ein „Massenmassaker" unter den im Ausland studierenden Oppositionellen. Sie klagten die sowjetischen Behörden an, auf Ersuchen der äthiopischen Regierung militante Linke nach Äthiopien zurückzuschicken, was deren sicheren Tod bedeuten würde. 16 Studenten, die während des Moskau-Besuchs von Junta-Chef Mariam Anfang Mai an einer vierstündigen Protest-Besetzung der äthiopischen Botschaft teilgenommen hatten, seien unter Hausarrest gestellt worden. Eine Genossin, die nach Äthiopien ausgewiesen werden sollte, konnte noch rechtzeitig von ihren Kommilitonen, in Moskau versteckt werden (Süddeutsche Zeitung, 14. und 15.6., Frankfurter Allgemeine 15.6., Neue Zürcher Zeitung)

Afrika-Kommission

Namibia: Imperialisten als Zeitschinder

Glaubt man der imperialistischen Presse, so ist es den fünf westlichen UN-Sicherheitsrats-Vertretern aus Kanada, USA, England, Frankreich und der BRD gelungen „Südafrika bezüglich Namibia große Zugeständnisse abzuringen".

So sollen die Rassisten folgende Forderungen „anerkannt" haben:
- schrittweiser Abzug aller RSA-Truppen und Polizeikräfte;
- Freilassung der politischen Gefangenen;
- freie Wahlen unter UN-Aufsicht

und mit Beteiligung der SWAPO. Oberflächlich besehen sind damit wesentliche Forderungen der SWAPO

und mit Beteiligung der SWAPO. Oberflächlich besehen sind damit wesentliche Forderungen der SWAPO erfüllt. Blickt man hinter die Kulissen, dann sieht das anders aus:
- Bis zur „formellen Unabhängigkeit", nach „freien Wahlen" wird ein Generalverwalter von den Rassisten eingesetzt, der alle oben genannten Maßnahmen „überwachen" soll.
- Die Freilassung der politischen Gefangenen soll „im Einzelfall" entschieden werden. Das soll eine fünfköpfige Juristenkommission tun, in die Südafrika zwei Vertreter entsenden kann. Ebenfalls wird mindestens ein Vertreter aus dem Kreise der von Südafrika ernannten Stammessprecher ernannt.

Die rassistische Mehrheit ist also sichergestellt!! (nach „Guardian", 21.6.77).

Fakt ist weiterhin: *„Zu den offenen Fragen, die noch abgeklärt werden müssen, gehören Einzelheiten des militärischen und verwaltungstechnischen Abzugs Südafrikas ... Einzelheiten der Gefangenenfreilassung und das Problem der südafrikanischen Investitionen in Namibia"* („Frankfurter Rundschau", 22.6.77).

Das heißt, über *„abstrakte Zugeständnisse ist man nicht hinausgekommen"*, während konkret alles beim alten geblieben ist.

Die Imperialisten versuchen so in der Namibia-Frage den „Besorgten Vermittler" (Genscher) zu spielen, um so der Welt vorzuspielen, sie seien für *„einen schnellstmöglichen Übergang zur schwarzen Mehrheitsherrschaft"*, während sie in Wirklichkeit nur *„Sensationsmeldungen produzieren und lancieren, die ausschließlich dazu dienen sollen die Rassisten als verhandlungsbereit und vernünftig darzustellen und die Befreiungskräfte zu isolieren"* (SWAPO-

sten als verhandlungsbereit und vernünftig darzustellen und die Befreiungskräfte zu isolieren" (SWAPO-

Statement nach „Le Monde", 23.6.77).

Die SWAPO hat anläßlich der neuen Gespräche zwischen den Imperialisten-Vertretern und den Rassisten nochmals ihre unabdingbaren Forderungen klargemacht:
- *„..... Voraussetzung für Verhandlungen mit der Regierung Pretorias (über die Unabhängigkeit Namibias) ist die sofortige und vollständige Befreiung aller politischen Gefangenen, der sofortige und vollständige Abzug aller Polizei- und Militärtruppen und des südafrikanischen Verwaltungsapparates aus Namibia...*

Verhandlungen können nur zwischen dem Volk von Namibia — d.h. seinen Vertretern — und der südafrikanischen Regierung stattfinden. Alles andere sind Versuche der Einmischung von außen, die nur dazu dienen, Zeit und Raum für das Überleben der rassistischen Regimes im südlichen Afrika zu schaffen" (SWAPO-Erklärung 18.5.77).

Afrika-Kommission

VR Kongo: Öffnung nach rechts!

Im Gegensatz zu allen Beteuerungen der neuen kongolesischen Regierung, daß sich nach dem Anschlag vom 18.3. dieses Jahres (s. AK 102), bei dem Staatspräsident Ngouabi ermordet wurde, an der Politik der VR Kongo nichts ändern würde, sprechen die Tatsachen heute eine andere Sprache.

Immer mehr Indizien deuten darauf hin, daß die neue Regierung unter Yhombi-Opango bemüht ist, die bisher mehr oder weniger konsequent antiimperialistische Politik der VR Kongo aufzugeben.
- Waren die bisherigen Beziehungen zu Zaire durch Söldnerüberfälle der FLEC (unter der Regie Frankreichs und Zaires stehend) äußerst gespannt, so wurde bereits einen Tag (!) nach dem Putsch eine kongolesische Delegation unter Außenminister Obenga von Mobuto empfangen. *„Beobachter vertreten die Auffassung, die Sitzung habe im Zusammenhang mit dem Tod des Präsidenten Marien Ngouabi stattgefunden"* („AZAP", 19.3.).
- Nachdem Mobuto in seinem Glückwunschtelegramm (zur Ernennung des neuen Präsidenten) seine Hoffnung ausdrückte, die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern möge sich *„immer weiter verstärken"*, traf der Schlächter des zairischen Volkes dann höchstpersönlich in Brazzaville zu Gesprächen ein. Präsident Opango sprach danach von den gemeinsamen Beziehungen als *„sehr gut"* (!) (Radio Kinshasa, 6.6., lt. „Monitordienst" („MD"), 8.6.).
- Ein Abkommen über verstärkte „bilaterale Zusammenarbeit" wurde mit der Kompradorenregierung von Gabun geschlossen.

Während sich allem Anschein nach also die Beziehungen der VR Kongo zur finstersten Reaktion in Afrika „sehr gut" entwickeln, ist man auch auf internationalem Parkett bemüht, mit dem Imperialismus stärker ins Geschäft zu kommen. Dazu gehören:
- Lobpreisungen Opangos auf der Eröffnung der Sitzung der Finanzministerkonferenz der sog. „Franc-Währungszone" (einem neokolonialistischen Instrument des französischen Imperialismus) in Brazzaville, wie: Die „Franc-Währungszone" sei vom *„Geist der Harmonie"* geprägt (Radio Brazzaville, 5.6.).
- Frankreich-Besuch Orangos am 23./24.6. und Besuch der BRD von Goma, dem zweiten Vizepräsidenten des Partei-Militärkomitees, *„im Rahmen des diplomatischen Durchbruchs (!)"*, (Rd. Brazzaville, 14.6., lt. „MD", 16.6.).
- Ein ganz besonderes Licht wirft auch die jetzt vollzogene Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den USA (nach über 10-jähriger Unterbrechung) auf die neue kongolesische Außenpolitik.

Afrika-Kommission

Boigny (Elfenbeinküste) — »Makler« des Nahost-Konfliktes?

Von der bürgerlichen Presse kaum notiert übernimmt der erzreaktionäre Präsident der Elfenbeinküste – Honphonet Boigny – eine zentrale „Vermittlerrolle" bei den imperialistischen Manövern zur „Lösung" des Nahost-Problems.

Nach seinen inoffiziellen Treffen mit dem zionistischen Ministerpräsidenten Rabin und Vertretern der PLO (!) im Februar dieses Jahres (s. AK 99) ist Boigny wieder zu einer Rundreise aufgebrochen:

Am 10.5. traf er auf seinem Privatbesitz in der Nähe von Paris mit dem israelischen Außenminister Allon zusammen. Wenige Tage zuvor war er in Genf mit dem syrischen Staatschef Assad zusammengetroffen („Monitor-Dienst" – „MD" – 11.5.1977).

Bei seinem Treffen mit Allon informierte er den Oberzionisten über seine *„jüngsten Gespräche mit palästinensischen Führern"* und erklärte, daß eine Reihe afrikanischer Staaten bereit sei, wieder diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen, unter der Bedingung, *„daß Israel etwas (?) unternehmen muß, damit man bei der Lösung des Nahostproblems einen Schritt weiterkommt"* („MD", 11.5.). Zum ersten Mal etwas offener erklärte Boigny, er sei aufgrund seiner *„guten Beziehungen zu allen Staatsoberhäupten der vom Nahostkonflikt betroffenen Länder bereit, in Zukunft als Vermittler zu fungieren"* („MD", 11.5.). Ansonsten wurde nichts über die ausführlichen Gespräche bekannt: *„Je weniger man darüber spreche, desto besser sei es für die beiden Seiten"*, erklärte ein Botschaftsvertreter der Elfenbeinküste in Paris („MD", 11.5.).

Am 24.5. schließlich traf Boigny (im übrigen Sohn des reichsten Plantagenbesitzers in der Elfenbeinküste) zu einem viertägigen Besuch im Iran (!) ein („MD", 25.5.).

Zweifelsohne hat Boigny also eine Reihe von festen Beziehungen zu den am „Nahostkpnflikt" Beteiligten (von Teilen der PLO bis zu Israel) entwickeln können und äußerst rege geheimdiplomatische Aktivitäten entfaltet. Mit welchen Zielen dieser ausgekochte Erzreaktionär seine Vermittlergeschäfte betreibt, wird schon an wenigen seiner vergangenen Taten deutlich:
- Trotz des Beschlusses der OAU Anfang 1974, die Beziehungen zu Israel abzubrechen, hielt die Elfenbeinküste alle diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen aufrecht.
- Die Elfenbeinküste ist das einzige Land Schwarz-Afrikas, das der Luftfahrtgesellschaft der Rassisten aus der RSA Landerechte eingeräumt hat.
- Zusammen mit Senegal – das erst kürzlich der „Sozialistischen Internationale" (SPD & Co.) beigetreten ist – war die Elfenbeinküste das einzige Land Afrikas, was nicht die Olympischen Spiele boykottiert hat.
- Im Oktober fand ein gemeinsames Großmanöver der Elfenbeinküste mit seinem „Mutterland" statt. Ziel der Übung, die mit scharfer Munition durchgeführt wurde, war die Ausbildung der Landstreitkräfte der Elfenbeinküste zur Unterstützung der (französischen!) Luftwaffe. Außerdem wurde einigen Piloten der Elfenbeinküste der Umgang mit dem französischen Überschallflugzeug „Jaguar" beigebracht. („AFP", 21.10. nach „MD", 23.10.76).
- In der Elfenbeinküste sind 400 französische Soldaten, nämlich das 4. Bataillon der Marineinfanterie, dazu eine Abordnung der Luftwaffe (mit Hubschraubern) und der Feldpolizei stationiert. In Abidjan (Hauptstadt) gibt es ein autonomes Kommando französischer Truppen.

Schon diese spärlichen Beweise zeigen, wes „Geistes Kind" Boigny ist und in wessem Auftrag er handelt. Augenscheinlich soll ausgerechnet dieser Erzkomprador die „Vermittlung" im Nahostkonflikt im Interesse des Imperialismus vorantreiben, und gleichzeitig damit auch der offiziellen Wiederanerkennung des Zionistenstaates Israel durch die reaktionären Staaten Afrikas den Weg bereiten.

Fast nebenbei übernimmt Boigny noch auf einem anderen Sektor eine Vorreiterrolle für den Imperialismus. Bei seiner Rundreise traf er in einer ebenfalls ihm gehörenden Villa bei Genf zu mehreren Gesprächen mit Rassistenchef Vorster zusammen („NZZ", 24.5.).

In dem knapp gehaltenen Kommunique heißt es, *„die Gespräche wurden in einer Atmosphäre der Offenheit und im Bewußtsein beider Seiten geführt, das Streben der internationalen Gemeinschaft bei der Suche nach einer friedlichen Lösung zu den Problemen im südlichen Afrika zu unterstützen"* „MD", 23.5.).

Hinter dieser zynischen Formulierung könnte sich verbergen, daß Boigny als einer der ersten die Anerkennung der von Vorster ausgesuchten Marionetten für die „Unabhängigkeit" Namibias vollziehen wird...

Afrika-Kommission

Boigny bekommt Hilfe!

In seinen Vorhaben tatkräftig unterstützt werden dürfte Boigny durch Senegal: *„Senegals Präsident Senghor erklärte sich bereit, mit den israelischen Politikern Begin und Dayan zusammenzutreffen, um den Nahostkonflikt zu erörtern"* (Israelischer Rundfunk, nach „MD", 6.6.).

Erschreckend und entlarvend zugleich ist, daß sich diese Schmierenkomödie zu Lasten des palästinensischen Volkes unter aktiver Mitwirkung Jassir Arafats zu entwickeln scheint. Arafat traf am 6.6. in Senegals Hauptstadt Dakar zu Gesprächen mit Präsident Senghor ein. *„Arafat sagte..., die Palästinenser sähen in Senghor einen großen Freund (!)"* (AFP, 7.6., lt. „MD", 8.6.)

Afrika-Kommission

Soweto 1977 — Der Widerstand lebt



Soweto 1976. Auftakt für weitere Kämpfe der Farbigen gegen die Rassisten!

Ein Jahr nach den Massenaufständen von Soweto – damals wurden beinahe 1.000 Schwarze von der rassistischen Polizei erschossen – kam es wieder zu Kämpfen der schwarzen Mehrheit gegen die Rassistenherrschaft:
- Bereits seit dem 14. Juni – die Kämpfe 1976 begannen am 16. Juni – wurden die Schulen in Soweto von den Schülern bestreikt.
- Von den Schülern und Studenten wurde in einem Flugblatt zu einem Generalstreik am 16. Juni aufgerufen.
- Mehr als 3.000 schwarze Geschäftsleute aus Soweto und Umgebung stimmten dem Aufruf des Studentenrates zu, ihre Geschäfte am 16. zu schließen.

Bereits in dieser „Vorbereitungsphase" für den 16. Juni griff die Rassistenpolizei brutal durch. Es wurden mehr als 30 Menschen festgenommen, im wesentlichen Führer der militanten schwarzen Studentenbewegung in Soweto, sowie fünf weiße Studenten (nach Süddeutsche Zeitung, 24.6.77).

Am 16. Juni selber wurden in Soweto – sowie in allen anderen „Townships" der RSA – alle Schulen und Universitäten bestreikt. Es kam zu Massenstreiks, während derer „manche Belegschaften nur zu einem Viertel zur Arbeit erschienen" (WELT 18.6.77). In Soweto und den anderen „Townships" hatte alle „schwarzen" Geschäfte geschlossen.
- Es *„brannten ein Büro der Bantu-Verwaltung* (von den Rassisten eingesetzt – Anm. d. Verf.), *fünf Schulen, ein Gemeindehaus und fünf Geschäfte* (die geöffnet hatten – d. Verf.) *nieder" (WELT, 18.6.77).*
- An Demonstrationen allein in Soweto beteiligten sich mehr als 40.000 Menschen.

Von Seiten der Bullen kam es wieder zu brutalen Überfällen:
- Sie warfen Tränengas in eine Kirche, in der ein Gedenkgottesdienst stattfand. Als die Menschen daraufhin die Kirche verließen und sich mit Steinwürfen gegen die Bullen wehrten, schossen sie in die Menge. Mehr als neun Schwarze wurden schwer verletzt!

Aber auch nach dem 16. Juni gingen die Kämpfe weiter. Es kam jeden Tag zu Demonstrationen und Streiks. Die konkrete Forderung war: Freilassung der vor dem 16. Juni Verhafteten!

Bei diesen Demonstrationen wurden bisher mehr als 40 Schwarze von den Bullen verletzt, es gab 130 Festnahmen und ein Schwarzer wurde erschossen!

Daß diese Kämpfe kein „Aufflakkern zu einem Gedenktag" waren, macht folgende Meldung deutlich: *„Die meisten der 34 Mitglieder des von den Rassisten ernannten Bantu-Stadrates (UBC) von Soweto haben den Forderungen radikaler Studenten nachgegeben und sind zurückgetreten ... Es wird die Ansicht vertreten, daß in dem Massenrücktritt aus dem UBC das Scheitern gemäßigter afrikanischer Führer zum Ausdruck kommt. Es ist ihnen nicht gelungen, nach den Unruhen im vergangenen Jahr ihre Autorität wiederherzustellen"* (AFP, 3.6.77, nach Monitor-Dienst, 10.6.77).

Afrika-Kommission

Südliches Afrika aktuell

Klassenkampf statt Rassenkampf

Auf der Eröffnungsrede des Befreiungskomitee der OAU in Angola grenzte sich der angolanische Präsident Neto stark gegen die Auffassung ab, daß es sich bei den Kämpfen im südlichen Afrika um „Rassenkriege" handelt:

„ ... Wir hier in Angola weigern uns zu akzeptieren, daß das Hauptproblem Afrikas ein Rassenproblem ist ... Das Problem ist nicht – oder nie gewesen – ein Rassenproblem. Rasse ist nur die Entschuldigung, die man für die Beherrschung einer Klasse durch eine andere gebraucht... Südafrika wird nicht durch die weiße Rasse unterdrückt, sondern seitens europäischer und amerikanischer Mächte, die im wesentlichen durch Weiße repäsentiert werden. ... In Südafrika selbst findet jetzt einer der ernstesten Klassenkämpfe in der Geschichte des afrikanischen Kontinents statt. Die südafrikanische Arbeiterklasse wird zweifellos die Macht übernehmen. Das ist das Ziel, das wir unterstützen sollten."

Und weiter: *„Es gibt einen Kampf von Unterdrückern, der heute von Imperialisten und den Interessen der Rassisten geführt wird, um alle anderen zu beherrschen. Wir sind der Ansicht, daß es nur durch den bewaffneten Kampf möglich ist, die Unterdrücker in dieser Welt zu besiegen. Nicht durch Verhandlungen oder durch Konferenzen werden Völker unabhängig ... Angola erklärt daher, daß unsere Unterstützung für die Länder im südlichen Afrika nicht bloß eine Anhäufung von Worten sein wird, sondern daß es durch konkrete Handlungen die Solidarität mit den Völkern anderer Länder ausdrücken wird."*

Diese Aussagen belegen nicht nur das Verständnis vom proletarischen

Diese Aussagen belegen nicht nur das Verständnis vom proletarischen Internationalismus der VR Angola, sondern sie sind zugleich eine handfeste Kritik an denjenigen Mitgliedstaaten der OAU, die auch in diesem Jahr ihre Beiträge an das Befreiungskomitee nicht gezahlt haben (jeder zweite afrikanische Staat) und denjenigen Staaten, die zwar das Wort der Mehrheitsherrschaft im südlichen Afrika ständig im Munde führen (z.B. Elfenbeinküste) aber trotzdem eifrig mit den Rassisten Handel und Wandel betreiben! (Nach Radio Luanda, 14.6.77, zitiert aus Monitor-Dienst, 16.6.77).



Sithole kehrt nach Zimbabwe zurück

Der Verräter und Spalter Sithole will nun seiner „Karriere" als Rasssistenmarionette die Krone aufsetzen und nach Zimbabwe/Rhodesien zurückkehren. Dahinter steckt der relativ offensichtliche Plan, daß es für die schwarzen Handlanger der Imperialisten wohl besser ist, im Lande selber zu wirken. *„Die britische Regierung hat sehr nachdrücklich versucht, auf den rassistischen Bandenführer Smith Druck auszuüben, daß dem ehrenwerten Pastor Sithole erlaubt wird, in das von den Rassisten beherrschte Zimbabwe zurückzukehren, damit ihm angemessene Möglichkeiten zur Mobilisierung der Menschen von Zimbabwe für eine Akzeptierung einer neokolonialen Lösung zur Verfügung stehen."* Und weiter: *„ Die Strategie dahinter ist, daß der Pastor Sithole von jetzt an in enger Konsultation mit seinem religiösen Oberen, dem ehrwürdigen Bischof Muzorewa arbeiten wird, um den Briten und ihrem rassistischen Stützpunkt in Salisbury zu helfen, den bewaffneten Kampf und damit die gesamte Revolution Zimbabwes zunichte zu machen, die die Patriotische Front zur Zeit durchführt und leitet."*

Aus der Stellungnahme der Patriotischen Front ZANU/ZAPU in "Stimme Zimbabwes"/Maputo 7.6.77, nach Monitor-Dienst, 13.6.77.

Afrika-Kommission



asien

Kampf den wiederaufgenommenen Uranexporten!

Mitte Juni begann in Australien nach mehreren Jahren wieder die Verschiffung von Uran. Am 11.-13.Juni wurden in Sydney Urancontainer für den Export nach Großbritanien verladen. Der Verladeplatz wurde gegen anwesende Anti-Atom-Aktivisten mit Polizei und hohen Zäunen gesichert („Tribune", 15.6.77).

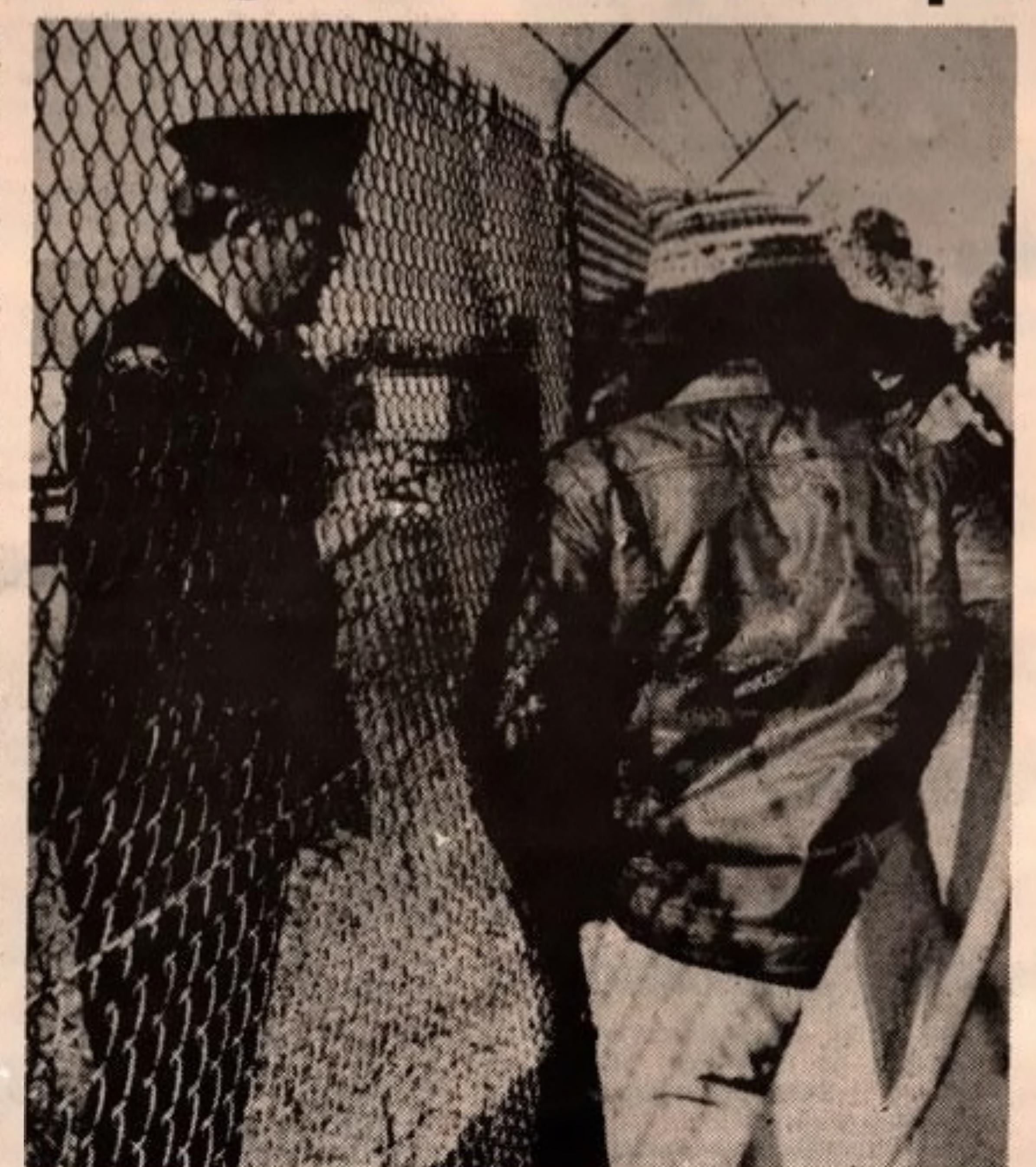
Nach dem erklärten Willen der reaktionären Frazer-Regierung soll mit dieser Lieferung wieder das große Uran-Exportgeschäft aufgenommen werden. Der australische Premier hat erst vor wenigen Tagen in Bonn und London umfangreiche Vertragsangebote für Uranlieferungen gemacht.

Bisher könnten die Uranexporte im wesentlichen durch den entschiedenen Kampf der australischen Gewerkschafter unterbunden werden. Diesem Druck paßte sich auch in gewissen Maße die ehemalige sozialdemokratische Regierung Whitlam an.

In diesem Frühjahr nun begann die sozialdemokratische ALP-Führung neue Thesen zum Uranexport vorzulegen, deren Kernaussage forderte, bestehende Lieferverträge auszuführen („Uranium Deadline", 1/77)! Diese Thesen wurden von der ALP-Führung gegenüber der Führung des Gewerkschaftsdachverbandes ACTU durchgesetzt. Der ACTU ließ daraufhin den Boykott für beendet erklären!

Diese Thesen waren vorher in keinem Landesverband der ALP, in keiner Einzelgewerkschaft diskutiert worden und stellen de fakto einen Putsch der sozialdemokratischen Führer dar.

Auch die Führer der der KPdSU nahestehenden Sozialistischen Partei (SPA) - immer auf Anpassung bedacht - propagieren plötzlich den Uranexport, wenn gesichert sei, daß das Uran nur für „friedliche Zwecke" benutzt werde und alle Käufer dem



Polizei schützt Uranexporte. Die Zäune haben (noch) nicht westdeutsches Format.

Atomwaffensperrvertrag beitreten („The Socialist", Organ der SPA, 8.6.77). Inzwischen haben eine Reihe von Landeskonferenzen, Diskussionen über die ALP-Vorschläge stattgefunden. Das Ergebnis: Praktisch überall werden die Positionen abgelehnt, z.T. wurden als Folge ALP-Funktionäre abgewählt. So berichtet die linke Zeitung „Direct Action"(der Socialist Workers Party, SWP), daß die Landeskonferenz der ALP von Victoria *„totale Opposition gegen den Uranexport zum Ausdruck brachte"*. Unter anderem als Folge dieser Diskussion wurde der Vorsitzende der Victoria-ALP abgewählt („Direct Action", 16.6.77)! In New South Wales votierte die Landespartei der ALP für ein zweijähriges Uranmoratorium, an dessen Ende eine Volksabstimmung stattfinden soll. In South Australia beschloß die ALP ebenfalls den Stop des Uranexports („Tribune", 15.6.77). Auch in den Gewerkschaften scheint für die ALP-Führer nicht alles glatt über die Bühne gegangen zu sein. Der Dachverband ACTU hatte ursprünglich die ALP-Thesen übernommen, ist aber kurz danach in einer Reihe von Einzelgewerkschaften und Landesverbänden mit den Thesen auf Grundeis gegangen. So hatte bereits vor den ganzen ALP-Konferenzen, der Gewerkschaftsdistrikt Darwin und die größte Einzelgewerkschaft in Canberra beschlossen den Uranboykott aufrechtzuerhalten. Was aus dem allen folgt, ist vorerst unklar. Zu befürchten steht allerdings, daß es die Partei- und Gewerkschaftsführer schaffen werden, die Basis auf Linie zu zwingen.

Auf der anderen Seite hat die Frazerregierung klar gemacht, daß sie den Uranexport durchsetzen will. Die ersten Exporte - die unter Polizeischutz stattfanden - beweisen dies.

Das bedeutet ziemlich klar, das es in Australien schon bald zu heftigeren Auseinandersetzungen als bisher um die Uranexporte kommen wird.

Asienkommission

Imperialistisches Hilfsprogramm für Thailand

Über mangelnde Hilfe von seiten seiner imperialistischen Komplizen braucht sich die thailändische Junta nicht zu beklagen – alle zahlen reichlich.

Japan hat erst vor kurzem einen 16 Millionen DM-Kredit gewährt – mit 25jähriger Laufzeit bei 2,5% Zinsen („SWB", 16.3.77). Australien und die BRD geben zusammen ca. 50 Millionen DM als Kredit.

Die USA geben für 1977 alleine an Militärhilfe 16 Mio. US-Dollar, zuzüglich 30 Mio. US-Dollar langfristige Militärkredite („Businesstimes", 10.3.77).

Doch nicht nur finanziell wird dem Marionettenregime geholfen, freigiebig ist man auch bei militärischem Bedarf. So fliegen die US-Imperialisten einmal pro Monat „Ersatzteile" (offizielle Lesart) für Rüstungsgüter nach Bangkok, aus Israel kauft Thailand diverse Waffen („Business-Times", 10.3.77 und „MD", 7.6.).

Australien leistet tatkräftige Hilfe beim Bau einer strategischen Straße in die Guerillagebiete im Nordosten Thailands. Auf die geplante feierliche Einweihung dieses Bauwerkes mußte Australiens Außenminister Peacock jedoch wegen Guerillaangriffen verzichten („New Asia News", 27.5. 1977).

Und letztlich beabsichtigt die BRD über die „deutsch-thailändische Werftbaugesellschaft" eine Marinewerft in Thailand zu bauen. *„Zu der neuen Werftanlage sollen ein Hafenbecken, eine Pier, Hafenbefestigungen, zwei Trockendocks, drei grosse und eine kleine Fabrik, Maschinen und elektrische Generatoren, ein Lagerhaus und Büroeinrichtungen sowie ein System zur Abwasseraufbereitung gehören. Ziel dieses Projektes ist es, die königlich-thailändische M a r i n e mit einer modernen Werft in einer geeigneten Region zu versorgen und ihr Potential für den Bau und die Reperatur von Schiffen zu erhöhen"* („Radio Bangkok" nach „Monitordienst", 1.6.77).

Es liegt auf der Hand, daß die notwendigen ca. 290 Mio. DM von der thailändischen Junta nicht aufgebracht werden, sondern ebenfalls über BRD-Anleihen zusammenkommen!

Die BRD leistet an Thailand ebenfalls „langfristige Anleihen für die Entwicklung von Landwirtschafts- und Siedlungsprogrammen" („MD", 6.6.77). Man braucht sich nur ansehen, was für Siedlungsprogramme Thailand derzeit durchführt: Zwangsumsiedlungen zur Schaffung von „Feuer-Frei-Zonen", Wehrdörfer nach Vietnam-Vorbild!

Im Rahmen der „Umsiedlungsaktionen" sollen – vornehmlich an der Grenze nach Indochina – alle 20 km ein Dorf mit ca. 100 Familien gebaut werden, allein 1977 sollen es 1000 solcher „Dörfer" sein. Insgesamt sollen 40.000 Wehrdörfer errichtet werden („SWB", 10.6.77). 40.000 Dörfer mit ca. 100 Familien, das sind 400.000 Familien. Rechnet man pro Familie fünf Personen (und das ist niedrig gerechnet), so kommt man auf zwei Millionen Menschen, die die Junta „umzusiedeln" vorhat!!

Es versteckt sich also auch hinter diesem friedfertig anmutendem Unterstützungsprogramm die zynische, menschenverachtende Politik des BRD-Imperialismus!

„Ausländische Firmen prüfen Bedingungen für Investitionen" heißt es in der „Japan Times" vom 27.5.77. Zum Zwecke geplanter Investitionen fand ein Treffen zwischen Vertretern verschiedener Konzerne und dem thailändischen Premier Thanin statt. Zu dem illustren Kreis gehörten unter anderem Vertreter von: Hoechst AG/BRD (man wird sich an Hoechst Chile-Engagement erinnern), Westinghouse Electric/USA, Alcan/Kanada, Alfa Laval/Schweden, Schweizer Bank/, Dai-Ichi Kangyo Bank/Japan.

Thanin machte den versammelten Konzern-Vertretern großzügige Angebote. So sollen sie acht Jahre steuerfrei die thailändischen Arbeiter ausbeuten dürfen, Maschinen zollfrei einführen können und andere im einzelnden festzulegende Vergünstigungen erhalten !(„Japan Times", 27.5.).

Thailand ist in der Tat eine mustergültige (Neo-)Kolonie, wie sie sich die Imperialisten wünschen. Das Investitionsklima ist „gesichert" – aber wie lange noch?

Asien-Kommission

Aufstand in West-Papua niedergeschlagen



Indonesien. Ähnlich unbeachtet von der Weltöffentlichkeit wie die faschistische Okkupierung (Ost-)Timors, blieb die blutige Niederschlagung der Aufstände auf West-Papua durch indonesische Truppen Ende Mai 1977.

Alles, was sich seit Anfang Mai in West-Papua abspielte, wird von den indonesischen Faschisten streng geheim gehalten, das irianische Gebirgsland ist „verbotenes Land" für alle Touristen, Ausländer, Journalisten etc.

Bekanntgeworden ist mittlerweile, daß es im Gebirgsland in Zentral-Papua zu mehreren Aufständen gekommen ist. Indonesische Regierungsposten, Truppen und Flughäfen wurden angegriffen, Regierungsgebäude niedergebrannt und Flughäfen bzw. Rollbahnen durch Sabotage unbrauchbar gemacht. „Andere Aufstände durch weitere Guerillakommandos der ‚Revolutionären Regierung' sollen in anderen Teilen der indonesischen Provinz stattgefunden haben" („The Sidney Morning Herald", 27.5.77). Die Verantwortung der Aufstände wird der „Provisorischen Revolutionsregierung von West-Papua" zugeschrieben.

Zur Niederschlagung der Aufstände wurden sofort indonesische Truppen eingeflogen, die offensichtlich mit unglaublicher Brutalität die Aufstände niedergeschlagen haben: *„Indonesische Truppen haben eine Zahl von Bauern getötet, seit der Aufstand am 2. Mai begann und verwundet andere in Vergeltungsmaßnahmen gegen die lokale Bevölkerung"* („The Sidney Morning Herald", 27.5.77). Nach Berichten dieser Zeitung wurden mehrere Dörfer niedergebrannt, *„das ganze Tal brennt ab"* berichtet ein Journalist.

Die „Süddeutsche Zeitung" berichtet von 250 Menschen, die in den Auseinandersetzungen getötet wurden („SZ", 7.6.77) – angesichts der Brutalität der indonesischen Truppen dürfte dies weit untertrieben sein.

West-Papua – ebenso annektiert wie Ost-Timor!

Es ist nicht das erste Mal, daß in West-Papua (Irian-Yaya – so von den indonesischen Faschisten benannt) Kämpfe stattfanden. West—Papua – eine ehemalige niederländische Kolonie – sollte 1969 unabhängig werden. In einer freien Wahl nach internationalen Gepflogenheiten und unter Kontrolle der UN sollte das Volk von West–Papua entscheiden, ob es sich dem indonesischen Staatenverbund anschließen will. Diese freien Wahlen kamen nie zustande: durchgeführt wurden Wahlen nach indonesischen Gepflogenheiten, d.h. die indonesischen Faschisten bestimmten 1.025 Wahlmänner, die sich für den Anschluß an Indonesien aussprachen („Tapol", 8/75). Die Folge war der Einmarsch der indonesischen Truppen und die Ermordung von mindestens 30.000 Papuas („Tapol", 8/75).

Heute ist West-Papua ein von Indonesien besetztes Gebiet; die faschistische Unterdrückung trieb inzwischen ca. 10.000 Menschen zur Flucht in den Dschungel. Politische Gegner des faschistischen Regimes werden in KZs gefangengehalten oder gleich erschossen („Tapol", 8/75).

Wie der jüngste Aufstand zeigt, ist der Widerstand gegen die faschistische Besatzungsmacht jedoch keineswegs liqudiert, keineswegs ist West-Papua „sicheres Land" für Indonesien!

Asien-Kommission



nahost

Israel: Rechtsradikale Regierung im Amt

Seit dem 20. Juni ist in Israel die rechtsradikale Regierung Menachem Begins im Amt. Wie zu erwarten, bildete der rechtsradikale Likud-Block zusammen mit der Schlom-Zion-Partei General Sharons und den National-Religiösen die Regierungskoalition, die von den Orthodoxen unterstützt wird, ohne daß sie der Regierung beitreten. Außenminister wurde Moshe Dayan. Insgesamt kann sich Begin auf eine knappe Mehrheit von 63 der 120 Knesset-Sitze stützen.

In seiner Regierungserklärung machte Begin zunächst außenpolitisch einen „Rückzieher..." Ausgerechnet Begin stellte zunächst einmal die „Suche nach dem Frieden" in den Mittelpunkt. Er bot den „direkt" beteiligten und „befreundeten", womit die USA gemeint sein dürften, Staaten bilaterale Gespräche an, deren Basis die UN-Resolution 242 und 338 sein sollen. Diese Resolutionen sind von Begin bisher immer zurückgewiesen worden („Ich kenne keine Palästinenser"), auch noch zuletzt in den Koalitionsverhandlungen mit der „Demokratischen Partei für den Wandel" (Yadin). Außerdem ließ er von seiner in der Opposition immer lautstark geäußerten Forderung, israelisches Recht sofort auf die besetzten Gebiete auszudehnen, ab. Israelisches Recht solle solange nicht auf „ganz Eretz-Israel" ausgedehnt werden, wie die Friedensverhandlungen andauerten.

Solche Äußerungen bedeuten nun keineswegs einen Wandel in den politischen An- und Absichten des im Terrorismus geübten Begin. Sie lassen ihm vielmehr später verschiedene Wege offen, sei es nun eine erneute Aggression gegen die arabischen Staaten oder die Durchsetzung einer proimperialistischen Lösung mit möglichen territorialen Zugeständnissen auf „friedlichem Wege". Außerdem ist diese Äußerung Begins ein Zugeständnis an die Yadin-Partei, die er gern in der Koalitionsregierung sehen möchte und der er drei Ministersessel freigehalten hat.

Nach wir vor forderte Begin den verstärkten Ausbau von zionistischen „Dörfern und Städten" (gemeint sind die berüchtigten Wehrsiedlungen) und eine vergrößerte Einwanderung — wie es sich für einen rechtsradikalen Zionisten gehört, natürlich aus der Sowjetunion und den arabischen Staaten! Nun, mit der verstärkten Einwanderung sowie mit der ebenfalls geplanten Verringerung der Auswanderung wird er allerdings einige Schwierigkeiten haben. In der letzten Zeit kamen nicht einmal mehr die Hälfte der aus der Sowjetunion ausgewanderten Juden nach Israel, auch die Auswanderungsquote stieg beständig an.

Innenpolitisch kündigte Begin ein Gesetz über Zwangsschlichtung in wesentlichen Dienstleistungsbereichen sowie die Ausklammerung der Krankenversicherung aus der Histadrut-„Gewerkschaft" an (nur Mitglieder der Histadrut sind bisher in Israel über gewerkschaftseigene Versicherungen sozialversichert, „Neue Zürcher Zeitung", „ NZZ", 24.6. und „Süddeutsche Zeitung", „SZ", 22.6.). Es ist zu erwarten, daß die Durchsetzung dieser Maßnahmen, ebenso wie der geplante Lohn-Preis-Steuer-Stop zu erheblichen innenpolitischen Unruhen führen wird, zumal die Arbeiterpartei, die zum ersten Mal seit Staatsgründung in der Opposition ist, bei den neuesten Histadrut-Wahlen im wesentlichen ihren Einfluß halten konnte. Außerdem scheint sie sich in der Opposition profilieren zu wollen und nicht in einer Regierung der „nationalen Einheit", wie Begin sie anstrebte,



Terroristen an der Macht!

die anstehenden „unpopulären" Maßnahmen unterstützen zu wollen, mit denen sie, wie z.B. mit dem „Lohn-Preis-Steuer-Stop " im März 77, selbst schon gescheitert war.

Histadrut-Wahlen

Am 21. Juni fanden die Wahlen zur Delegiertenversammlung der israelischen „Gewerkschaft" Histadrut statt, in der fast alle israelischen Arbeiter, Mitglieder von Genossenschaften usw. Mitglieder sind. Seit 1959 können auch Araber Mitglieder der Histadrut werden. Die Histadrut besitzt einen großen Teil der israelischen Unternehmen und kontrolliert damit 25% der gesamten Produktion und 80% der Schwerindustrie. Die Regierung Begin hat vor, den Einfluß der Histadrut zugunsten der „privaten Initiative" erheblich zurückzudrängen.

Zur Delegierten versammlung kandidieren die Parteien mit einzelnen Listen. Nach den vorläufigen Ergebnissen der diesjährigen Wahl hat zwar der Likudblock erheblich an Stimmen gewonnen, er wird etwa 30% erreichen (1973 22%), die Arbeiterpartei hat aber nicht, wie vielfach vermutet, entscheidend verloren, sondern konnte mit etwa 56% der Stimmen das Ergebnis der letzten Wahlen fast halten (1973 58%). Die linken zionistischen Parteien ebenso wie die RAKACH erhalten wieder, wie schon 1973, je etwa 1% bzw. 2%. Es zeichnen sich sogar noch geringe Stimmenverluste ab. Ein deutliches Zeichen dafür, daß die soziale Unzufriedenheit vieler Israelis, die sich z.B. in den vielen Streikkämpfen der letzten Jahre ausgedrückt hat, allein den rechtsradikalen Parteien zugute kommt, was ein bezeichnendes Licht auf den Bewußtseinsstand der Gewerkschaftsmitglieder wirft. Der rechtsradikale Likud-Block (damals - vor dem Zusammenschluß mit dem Freien Zentrum - noch Gachal-Block), der 1966 erstmals kandidierte, konnte bis heute fast ein Drittel der Mitgliederstimmen erreichen!

Nahost-Kommission

Folterungen in zionistischen Gefängnissen seit 1967

Seit 1967 hat die zionistische Regierung immer wieder systematisch Folter gegen zahlreiche palästinensische Gefangene angewendet. Diese schon hinlänglich bekannte Tatsache wurde jetzt in einem Bericht der „Sunday Times" vom 19.6.77 erneut bestätigt, der auf einer fünf Monate dauernden Untersuchung von vier Journalisten fußt. Die Untersuchung erstreckte sich auf den Zeitraum seit 1967 und bezieht sich im wesentlichen auf das Westjordanland und den Gaza-Streifen.

Zuletzt waren die mörderischen Methoden des zionistischen Besatzerregimes und die unmenschlichen Bedingungen in zionistischen Gefängnissen durch die Hungerstreiks palästinensischer politischer Gefangener, die am 11. Dezember 1976 im Gefängnis von Ashkalon ihren Anfang nahmen, an die Weltöffentlichkeit gelangt, sowie durch die Berichte fortschrittlicher israelischer Rechtsanwälte wie Leah Tzemel und Felicia Langer, die seit kurzem deshalb politische Gefangene nicht mehr vor zionistischen Militärgerichten verteidigen darf (vgl. „Afrique-Asie", Nr. 137. 1977).

In der Untersuchung der Journalisten der „Sunday Times" wurden 44 ehemalige politische Gefangene, die gefoltert worden waren, befragt. An den Folterungen, die von fortgesetzten Prügeln und Mißhandlungen bis zu den raffiniertesten Foltertechniken reichen, und die systematisch und überall angewendet werden, beteiligen sich alle Geheimdienste. So der Geheimdienst „Shin-Beth", der dem Premierminister untersteht, militärische Geheimdienste, die Grenzpolizei und die „Latam", die für „Sonderaufgaben" zuständig ist. Die beiden letzten unterstehen dem Polizeiminister. Es gibt mindestens sechs Folterzentren, und zwar in Nablus, Ramallah, Hebron, Gaza, in Jerusalem im sogenannten „russischen Lager" und in einem Spezialzentrum der militärischen Geheimdienste, das in der großen Militärbasis von Sarafand in der Nähe des Flughafen Lod liegt (Informationen nach „Le Monde", 21.6.77).-

Durch die Folterungen des zionistischen Regimes sind schon mehrfach palästinensische Gefangene ermordet worden, — eine unauffälligere Art, Hinrichtungen vorzunehmen, für ein Regime, das keine Todesstrafen für palästinensische Gefangene verhängt, um keine Märtyrer zu schaffen!

Das isrealische Außenministerium dementierte natürlich den Bericht der „Sunday Times" sofort. Schließlich würde Folter in Israel unter Strafe stehen. Geständnisse, die unter Gewaltanwendung erzwungen worden seien, würden vor Gericht nicht anerkannt, jeder Angeklagte könne sich vor dem Gericht und vor dem Militärgericht durch einen Verteidiger seiner Wahl vertreten lassen („Süddeutsche Zeitung", 23.6.77).

Man denke bei diesen Lügen der Zionisten nur an die vielen tausend palästinensischen Gefangenen, die ohne jede Anklage willkürlich jahrelang in Haft gehalten werden!

Zuletzt hat das Vorgehen des zionistischen Regimes gegen die beiden Westdeutschen Brigitte Schultz und Thomas Reuter gezeigt, was die Zionisten von „ordentlichen" Gerichten halten. Zunächst wurden die beiden in Kenia wegen eines angeblich versuchten Anschlags auf ein isralisches El Al-Flugzeug Verhafteten jedem Völkerrecht widersprechend nach Israel ausgeliefert, dort über ein Jahr völlig geheim in Haft behalten. Den beiden soll in Israel vor einem Militärgericht unter Ausschluß der Öffentlichkeit der Prozeß gemacht werden, die von den beiden gewählten Verteidigerinnen, nämlich Felicia Langer und Leah Tzemel, sind von dem Militärgericht abgelehnt worden, mit der Begründung, sie hätten eine prokommunistische Einstellung („SZ", 15.6.77).

In dem Dementi der israelischen Regierung heißt es weiter: *„Israel ist eine offene Gesellschaft mit einer unabhängigen Gerichtsbarkeit, einer freien und lautstarken Presse, aktiven Oppositionsparteien und steht im Rampenlicht der Massenmedien in aller Welt"* („SZ", 23.6.77). Nun ja, zionistische Propagandalügen standen schon immer im „Rampenlicht" der prozionistischen westlichen Presse, wir jedenfalls werden unseren Teil dazu beitragen, weiterhin die Verbrechen der Zionisten zu enthüllen!

Nahost-Kommission

Kurzmeldungen Libanon

Erneute Kämpfe im Südlibanon

Nach einer kurzen Zeit relativer Ruhe beschoß israelische Artillerie wieder die südlibanesischen Ortschaften Khiam und Ibl el Saki. Vier Bewohner sollen dabei getötet und acht verletzt worden sein („Neue Zürcher Zeitung", „NZZ", 25.5.77; „Neues Deutschland", 25.5.77).

In der Nacht auf den 1. Juni stießen zionistische Truppen sogar auf libanesisches Gebiet vor und überfielen mehrere Dörfer. Sie durchsuchten Häuser nach Waffen und verhafteten einen Einwohner, bevor sie sich auf israelisch besetztes Gebiet zurückzogen (Bericht eines PFLP-Sprechers nach „International Herald Tribune", „IHT", 2.6.77).

Die „Süddeutsche Zeitung" vom 6. Juni berichtet von Kämpfen zwischen fortschrittlichen libanesischen Kräften und den von den Zionisten unterstützten libanesischen Faschisten. *„Aus Kreisen der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) verlautete, die Rechtskräfte hätten bei den jüngsten Gefechten im Süden des Libanon Phosphorbomben eingesetzt."* („SZ", 6.6. 77).

Nahost-Kommission

Wer kontrolliert die Lager?

Nach Meldungen bürgerlicher Zeitungen wurde ein neuer Kompromißvertrag im Libanon geschlossen. Zwischen dem syrischen Außenminister Khaddam, dem libanesischen Staatspräsidenten Sarkis und *„den Guerillaführern"* kam es zu einer *„Einigung auf eine Formel zur Beschränkung der bewaffneten Präsenz von palästinensischen Fedayin in den 13 Flüchtlingslagern von Beirut, Tripolis und Saida (Sidon)"* („NZZ", 12./13. 6.77).

„Die Vereinbarung sieht vor, daß um alle genannten Flüchtlingslager herum Einheiten der „Panarabischen Friedenstruppe" stationiert werden und das Recht erhalten, diese Lager dann zu betreten, wenn die Sicherheitsbedingungen dies erfordern, jedoch keine ständigen Posten darin errichten dürfen. Die Einheiten sollen die Entfernung der schweren Waffen aus den 13 Lagern überwachen" („SZ", 11.6.77).

Mit diesem Abkommen wird die Umzingelung der 13 Lager durch syrische Panzer seit Ende des Bürgerkrieges im nachhinein gebilligt und legalisiert!

Sollte die PLO-Führung tatsächlich die Absicht haben, dieses Abkommen einzuhalten, so würde dies einen weiteren Schritt zur Entwaffnung der palästinensischen Kämpfer und zur Aufgabe von Rechten bedeuten, deren Einhaltung entsprechend dem Kairoer Abkommen (1969) auf den Konferenzen von Riad und Kairo 1976 angeblich von der PLO-Führung erkämpft wurde.

Die Vereinbarungen enthalten weiterhin die Aufgabe des Rechtes der Palästinenser auf Selbstbestimmung innerhalb der Lager. *„Die Souveränität über die Lager soll bei der libanesischen Regierung bleiben, und die libanesischen Streitkräfte sollen, sobald sie neu aufgestellt sind, das Recht haben, in den Lagern zwecks Aufrechterhaltung der Ordnung zu patrouillieren."* („SZ", 11.6.77).

In dem Abkommen nicht erwähnt sind die drei Flüchtlingslager in der Hafenstadt Sur (Tyrus). Diese Lager stellen eine starke Basis der Ablehnungsfront dar und sind in der letzten Zeit erfolglos von der As-Saika, in der bürgerlichen Presse immer wieder als eine mit der Ablehnungsfront „rivalisierende Palästinenser-Organisation" bezeichnet, angegriffen worden.

Nahost-Kommission

Kommandant von Schatila ermordet

Anfang Juni fanden bei mehreren Flüchtlingslagern in Libanon (u.a. Schatila bei Beirut und Ain al Hilweh bei Sidon) wieder Kämpfe mit Verbänden der Saika statt. Die Saika, eine „Widerstandsorganisation" unter syrischer Kontrolle, hatte während des libanesischen Bürgerkrieges die Partei der syrischen Invasoren ergriffen und war daraufhin von den wütenden palästinensichen Massen aus den Lagern und den Stützpunkten gejagt worden. Unter der syrischen Besatzung versucht sie nun wieder in den Lagern Fuß zu fassen und die syrischen Ziele (Entwaffnung der palästinensischen Revolutionäre und Ausschaltung der Kräfte, die gegen die arabische Reaktion kämpfen) durchzusetzen. Der Führer der Saika, Zuhair Muhsen, ist auf dem 13. palästinensischen Nationalkongreß erneut zum Leiter der militärischen Abteilung des Exekutivkomitees der PLO ernannt worden!

Offenbar ist dem syrischen Regime bei seinem Kampf gegen die fortschrittlichen Kräfte des palästinensischen Widerstandes jedes Mittel recht, und die Saika bestreitet ihren Teil der derzeitigen Mordkampagne in Libanon. Wie „Associated Press" nach Angaben eines Sprechers der PFLP am 12. Juni meldete, wurde der Genosse Faiz Mansur von Mitgliedern der Saika ermordet. Genosse Mansur war Syrer(!), 27 Jahre alt und Kommandant des Lagers Schatila. Nach Meldung einer irakischen Zeitung war Genosse Mansur ein führender militärischer Kader der PFLP. Bei einem Inspektionsgang in der Nähe des Lagers wurde er von drei Mördern erschossen.

Die verbrecherische Politik der arabischen Regimes und ihr zehntausendfacher Mord am palästinensischen Volk wird den Sturz dieser Regimes beschleunigen!

Nahost-Kommission





Skandinavien

Schwedischer Kapitalexport nach Südafrika soll eingestellt werden

Die Tätigkeit schwedischer Konzerne in Südafrika soll eingeschränkt und der Kapitalexport nach Südafrika und Namibia verboten werden. Dieser sicher positiv zu bewertende Beschluß wurde vor kurzem im schwedischen Reichstag einstimmig beschlossen. Diese Maßnahmen der schwedischen Imperialisten gegen das faschistische Vorsterregime sind allerdings vor dem Hintergrund der Rolle, die Schweden in der Strategie des gesamtkapitalistischen Systems spielt, zu sehen. Die vermeintlich „progressive" Politik des schwedischen Imperialismus, wie jetzt im Falle Südafrikas, führte dazu, daß Schweden von verschiedenen Befreiungsbewegungen und als Handelspartner von fortschrittlichen Regierungen akzeptiert wurde, so von der Volksrepublik Angola, Vietnam usw.

Länder wie Vietnam und Angola sind sich natürlich über den kapitalistischen Charakter Schwedens im Klaren und sie sind im gewissen Ausmaß auch auf den Handel mit imperialistischen Ländern angewiesen. Um die fortschrittlichen Länder zu erpressen und zur Durchsetzung ihrer Politik arbeiten imperialistische Länder wie die USA mit dem Mittel des Handelsembargos, wie z.B. gegen Kuba. Schweden hat aufgrund seiner Ablehnung dieser Repressionsstrategie und aufgrund seiner „progressiven" Handelspolitik den fortschrittlichen Ländern gegenüber eine Sonderstellung unter den imperialistischen Mächten, was sich für die schwedischen Kapitalisten unmittelbar bezahlt macht.

Die jetzigen Maßnahmen gegenüber Südafrika und Namibia beweisen das weitschauende Handeln des schwedischen Kapitals. Die Einschätzung des Sozialdemokraten Carl Lindblom, daß es in Südafrika in der nächsten Zeit zu größeren Auseinandersetzungen kommen wird (nach „Dagens Nyheter", 6.5.77) ist so falsch nicht. Der schwedische Imperialismus setzt darauf, daß die Tage des faschistischen Systems in Südafrika und Namibia gezählt sind und Schweden sich dann durch die jetzigen Maßnahmen als „fortschrittliches" Land bei den Befreiungsorganisationen ANC und SWAPO wieder in Erinnerung bringen kann.

Am Beispiel Südafrikas und Namibias entlarvt sich allerdings auch das bisherige Geschwätz der schwedischen Sozialdemokraten, die – mit Hinweis auf ihre Vietnam-Politik etc. – für sich immer eine besondere „Fortschrittlichkeit" innerhalb der westeuropäischen Sozialdemokraten behauptete, an der sich hierzulande auch manche „Linken" Spezialdemokraten die Hände dran wärmten: Im Augenblick regiert in Schweden der konservative Bürgerblock, der die Politik des „progressiven Kapitalismus" nahtlos fortgesetzt hat!

Daß letztendlich die schwedischen Maßnahmen nur ein politisch-taktisches Kalkül sind, geht daraus hervor, daß ein Antrag der revisionistischen VPK, die schwedischen Konzerne aufs Schärfste zu verurteilen, die Kontakte zu dem faschistischen System in Südafrika zu pflegen, mit großer Mehrheit im schwedischen Reichstag abgelehnt wurde.

Skandinavien-Kommission



Von einer Gasgranate ins Gesicht getroffen

»Berlingske Tidende«: 192 Arbeiter entlassen!

Dänemark. Am 21.6. hat die Belegschaft von Berlingske Tidende (BT) die Arbeit wieder aufgenommen. Vorausgegangen war dem ein fauler Kompromiß zwischen den BT-Kapitalisten und der Gewerkschaftsführung, wonach die Arbeitsbedingungen der Belegschaft unverändert beibehalten, aber 200 Arbeiter entlassen werden sollten. Die Entlassung von 192 Arbeitern ist jetzt abgemachte Sache. Gleichzeitig deutet sich schon an, was von dem Versprechen der Kapitalisten zu halten ist, die Arbeitsbedingungen würden nicht verschlechtert. So werden die Korrespondentenstellen in Bonn und Brüssel eingestellt, eine Reihe von Kollegen, hauptsächlich Journalisten, wurden von ihrem alten Arbeitsplatz entgegen ihrem Willen versetzt.

Vaterlandsverteidiger als Hilfssheriffs?

Schweden. Anläßlich einer Hetzjagdaktion der schwedischen Sicherheitspolizei (SÄPO), bei der 90 Menschen festgenommen und mehrere aus Schweden ausgewiesen wurden, vertrat die Zeitung „Gnistan" (15/77) der vaterländischen SKP die Meinung, daß die Linke die Polizei bei ihrer schweren Aufgabe unterstützen müsse . Stefan Lindgren, presserechtlich verantwortlicher Redakteur der „Gnistan" und Mitglied im Ständigen Ausschuß der SKP forderte unter der Überschrift „Die Terroristen sind keine Linken" die Ergreifung und Bestrafung der Terroristen. Aufgrund von Lindgrens Position kann diese Veröffentlichung durchaus als offiziöse SKP-Stellungnahme gewertet werden. Daran ändert auch eine Stellungnahme der SKP 6 Wochen nach Erscheinen des Artikels nicht viel, in der Lindgrens Position abgeschwächt wird, weil ja die Polizei „ohne weiteres die Definition von ‚Terrorismus' ausweiten" und die SKP in ihre Jagd das nächste Mal miteinbeziehen kann.

Lindgrens Anerbieten an die Bullen, sie als Hilfssheriffs bei der Jagd auf „Terroristen" zu unterstützen, zeigt die ganze Versumpftheit und Verrottetheit der Vaterlandsverteidigung a la SKP. Erstaunlich ist nur immer wieder, welche stinkenden Sumpfblüten diese vaterländischen Gruppen hervorbringen können ...

Skandinavienkommission

Neue Waffen für Norwegens Polizei

Einsätze der norwegischen Polizei gegen Demonstranten oder streikende Arbeiter sind nicht neu, allerdings ist festzustellen, daß diese Einsätze – zuletzt gegen die streikenden Hafenarbeiter in Oslo – immer brutaler werden. Der norwegische Polizeiapparat wird ständig ausgebaut und die Polizeitruppen mit den modernsten Waffen ausgerüstet. Die „Antiterrorgruppe" der norwegischen Polizei, dem MEK der BRD nachempfunden, übte vor kurzem mit Spezial-Gasgranaten und Projektilgranaten, die bisher nicht zur Ausrüstung der Polizei gehörten.

Bei den Tränengasgranaten handelt es sich um Geschosse, die teilweise mit Stabilisierungsflossen versehen sind und dadurch eine große Zielgenauigkeit haben, andere Tränengasgranaten enthalten gleichzeitig kleine Brandbomben. Diese Granaten eignen sich besonders für die Räumung von besetzten Gebäuden usw.

Künftig müssen Demonstranten in Norwegen damit rechnen, daß sogenannte Projektilgranaten gegen sie eingesetzt werden. In den Granaten befinden sich fünf Hartholzprojektile, die beim Abschuß aufgefächert in die Menge fliegen. Diese Granatenart ist von den englischen Truppen anfangs gegen die nordirische Bevölkerung eingesetzt worden, später haben die englischen Imperialisten aufgrund von Protesten, die Anwendung von Hartholzprojektilgranaten eingestellt. Denn die Hartholzprojektile splittern leicht auf und die in den menschlichen Körper eingedrungenen Holzteile können mit einem Röntgengerät nicht geortet werden.

Skandinavien-Kommission

BOJKOT CHILE JUNTA

BOJKOTTA JUNTAN! STOPPA CHILEMATCHEN

VI LOSSER IKKE

BOYKOT CHILE-JUNTAEN

CHILEKOMITEEN · RÅDHUSSTRÆDE·13

1466·KBH·K·TLF:01·141619(ML·15–18)·GIRO:33009

Røde Mor — linke Kultur in Dänemark

Rode Mor (Rote Mutter) ist eine, überall in Skandinavien bekannte, linke Kulturgruppe, in der Mitglieder dänischer linker Organisationen und unorganiserte Linke zusammenarbeiten. Rode Mor ist 1969 entstanden. Ihr Ziel war es, der bürgerlichen Kultur eine politische linke Kultur entgegenzusetzen und auf kulturellem Gebiet den Klassenkampf in den skandinavischen Ländern zu unterstützen. Rode Mor ist ein Arbeitskollektiv, das sich aus Basisgruppen zusammensetzt, wo die wesentlichen Beschlüsse gefaßt werden. Die Gruppe arbeitet in allen kulturellen Bereichen. Sie besteht aus Musikgruppen, Theatergruppen, Graphikergruppen, und sie haben einen „Rock-Zirkus", der politische Theaterstükke, verbunden mit Rock-Musik macht. Dieser Zirkus tritt in ganz Skandinavien auf.

Rode Mor geht davon aus, daß die Entwicklung einer linken Kultur wichtiger Bestandteil der Massenagitation sein kann. In einer im September 1976 veröffentlichten Erklärung heißt es:

„Die Krise, die die Welt getroffen hat, hat in Dänemark eine verschärfende Wirkung auf Grund des Eintritts in die EG. Unsere schlimmsten Voraussagungen sind bittere Wirklichkeit geworden. Die Reaktion schlägt überall zu, ohne daß die Arbeiterklasse und die linken Kräfte geschlossen antworten.

Im Gegenteil haben sich die Angriffe zersplitternd auf die linken Organisationen ausgewirkt. Dennoch gibt es eine Bewegung von hohem politischen Einsatz. Wir denken hauptsächlich an den revolutionären Teil der Gewerkschaftsbewegung, Lehrlingsbewegung, Frauenbewegung, Mieterbewegung und Anti-AKW-Bewegung ...

Mitten in der Krise haben wir die politische Kunst als sammelnd erlebt. Das politische Theater, politische Musik und Bilder unterstützen die Einheit und tragen dazu bei, die Bewegung zu festigen. Für uns ist es klar, daß in diesem Jahr ein verstärktes Bedürfnis für die kulturelle und künstlerische Seite des Klassenkampfes da ist".

(1976 begannen entscheidende Angriffe der dänischen Kapitalisten und der Regierung auf den bislang relativ „hohen" Lebensstandard der Arbeiterklasse durch das „Augustabkommen" der Sozialdemokratie, Abbau von „Sozialleistungen", Lohnsenkungen sowie drastische Mieterhöhungen.)



Unterstützt den Kampf der Fischer gegen Verunreinigung!

Rode Mor macht Graphiken für linke Gruppen, Ausländergruppen und antiimperialistische Komitees, Frauen- und Gewerkschaftsgruppen. So wurde Rode Mor z.B. letztes Jahr von der Bauarbeitergewerkschaft beauftragt, das Treppenhaus der Gewerkschaft in Kopenhagen auszuschmücken. Als der Kulturausschuß der Bauarbeitergewerkschaft dafür Geld aus dem staatlichen Kulturfonds verlangte, wurde das abgelehnt mit der Begründung „geringe künstlerische Qualität".

Der Rock-Zirkus von Rode Mor ist letztes Jahr mit dem Theaterstück „Trautes Heim" durch Skandinavien gezogen. In diesem Stück wird die Familienideologie angegriffen und die Unterdrückung der Frauen und der Kinder aufgezeigt. Es wird gezeigt, wie sich Krise, Arbeitslosigkeit, Lohnsenkungen und Mietwucher auf das Leben der Werktätigen auswirken. Das Stück endet mit einem Lied, in dem es heißt: *„Liebe Damen und Herren, diese Rock-Revue ist jetzt beendet und wir hoffen, daß sie sich wohl gefühlt haben in den vier Wänden dieses trauten Heims. Wir sehen uns bestimmt wieder - bei der Heiratsvermittlung, beim Sozialamt, auf der Rentenstelle oder einer der anderen Stellen, wo wir modernen Menschen uns normalerweise treffen."*

Rode Mors Bücher und Platten werden bei Demos verlegt, einem linken Verlag, der 1969 auf Initiative der Vietnamkomitees entstanden ist. Rode Mor und Demos haben in der letzten Zeit eine Zusammenarbeit mit anderen linken skandinavischen Kulturgruppen und Verlagen entwickelt.

Dänemark-Kommission
KB/ Gruppe Flensburg

Irland  England

Regierungswechsel in der Republik Irland

Die seit 4 Jahren in der Republik Irland amtierende Regierungskoalition zwischen der Fine Gaels (unter Liam Cosgrave) und der kleinen Labour Party mußte im Wahlkampf eine empfindliche Niederlage gegen die Oppositionspartei Fianna Fail (unter Parteiführer Jack Lynch) hinnehmen.

Hier das Wahlergebnis:

	1973	1977
Fine Gael	54	43
Fianna Fail	69	84
Labour Party	19	17
Unabhängige	2	4
Insgesamt	144	148

(Die Gesamtzahl der Parlamentssitze wurde erhöht.)

Bereits damals war die Fianna Fail die stärkste Partei, durch die Bildung einer Koalition mit der Labour Party allerdings konnte die Fine Gael die Regierung übernehmen.

Insgesamt hatte die jetzige Wahl den Charakter einer Protestwahl: Protest gegen den Abbau des Lebensstandarts, aber auch gegen die zunehmende Tendenz zur Unterdrückung der republikanischen Bewegung und zum Polizeistaat.

Die wirtschaftliche Situation der Arbeiter und Bauern ist gekennzeichnet durch enorme Preissteigerungen: Offiziell zugegeben liegt die Inflation bei 16%, unmittelbar vor der Wahl aber kam ein bis dahin von der Regierung zurückgehaltener Report heraus, in dem von 25% für einige wichtige Lebensmittel gesprochen und außerdem belegt wird, daß die Inflation insgesamt im Herbst bei ca. 20% liegen wird.

Demgegenüber steht ein staatlich verordnetes Lohndiktat (in das die Gewerkschaften natürlich eingewilligt haben!) von 8,5% ! Die Arbeitslosigkeit steigt ständig und liegt gegenwärtig bei mindestens 10%.

Seit der Mitgliedschaft Irlands in der EG machen Tausende von Kleinbetrieben pleite. Es wird geschätzt, daß durch die scharfe Konkurrenz, der die irische Wirtschaft bis auf einige wenige Großkapitalisten und Großbauern nicht gewachsen ist, seit der EG-Mitgliedschaft ca. 90000 Arbeitsplätze verloren gingen.

Die Situation in der Landwirtschaft hat diesmal einen großen Teil der traditionell Fine Gael wählenden Bauern der Fianna Fail zugeführt. Parallel dazu die Entwicklung unter dem städtischen Proletariat: Auch hier verlor die hauptsächlich in den Städten verankerte Labour Party ihre Wähler an die Opposition.

Zu diesen Motiven kam der Protest gegen die sehr offen und hart vorgetragene Polizeistaatspolitik der Regierungskoalition, was dazu geführt hat, daß die breiten Teile der Bevölkerung, die republikanisch eingestellt sind, traditionelle Sympathien für die IRA hegen und gerne einen schärferen Kurs den britischen Imperialisten gegenüber sehen würden, ihre Stimme der Fianna Fail gaben.

Ein Beleg für diese These ist die Tatsache, daß - obwohl allgemein behauptet wurde, die Irlandfrage würde im Wahlkampf eine völlig unbedeutende Rolle spielen - gerade die beiden Kandidaten der Fine Gael, die sich ganz offen gegen die republikanische Bewegung ausgesprochen hatten, sogar erklärt hatten, daß der berühmte Osteraufstand des irischen Volkes 1916 als »bedauerlicher Fehler« bezeichnet werden müßte, - daß gerade diese beiden Kandidaten katastrophale Niederlagen erlitten und ihre Mandate an Fianna Fail Leute übergingen.

Zur Charakterisierung des Unterschieds zwischen Fine Gael und Fianna Fail in dieser Frage ist zu sagen, daß Fianna Fail aufgrund ihrer Geschichte der republikanischen, antibritischen Bewegung näher steht: Beide Parteien stammen aus der Sinn Fein, der alten irischen Bürgerrechtsorganisationen, die sich 1921 an der Frage spaltete, ob man dem anglo-irischen Vertrag zustimmen konnte, durch den Irland geteilt wurde. Mit dieser Teilung gaben die britischen Imperialisten dem vorwiegend agrarischen Süden eine beschränkte Eigenständigkeit, während der Norden weiterhin unter britischer Herrschaft blieb. Der Teil der Sinn Fein, der später die Fine Gael bildete, stimmte dem Vertrag zu, die Fianna Fail erklärte demgegenüber, den Kampf solange fortsetzen zu wollen, bis Irland ungeteilt und insgesamt vom britschen Imperialismus befreit ist.

Diese Verpflichtung auf einen konsequenten Kampf gehört allerdings schon lange der Vergangenheit an: So war es unter einer Fianna-Fail-Regierung, daß Lynch als Premierminister Anfang der 70er Jahre die ersten »Anti-Terrorgesetze«, die gegen die IRA gerichtet waren, einführte.

Die vor allem in der westdeutschen Presse beschworene Gefahr einer »IRA-Regierung«, bzw. einer Regierung, die unter dem Druck von »Terroristen« steht, gehört tatsächlich ins Reich der Phantasie, bzw. in die Giftküche bürgerlicher Demagogie.

Um das näher zu erläutern, einige Beispiele:

• Fianna Fail hat in der Opposition die im letzten Herbst von Cosgrave eingebrachten »Sondergesetze zur Bekämpfung des Terrorismus« abgelehnt. (Zum Einen ging es dabei darum, Verdächtige ohne Richterbeschluß nicht bloß 2, sondern 7 Tage in Untersuchungshaft zu halten, zum anderen darum, daß »Terroristen« in der Republik auch für »Straftaten«, die sie im Norden begangen haben, zur Rechenschaft herangezogen werden können und umgekehrt.) Es gab allerdings während des Wahlkampfs keine Verlautbarung darüber, daß Lynch plant, die Gesetze wieder abzuschaffen. Im Gegenteil wird allgemein erwartet, daß er das nicht tun wird. Außerdem wurde ein Fianna-Fail-Kandidat, der erklärt hatte, er werde sich für eine Reduzierung der 7 Tage auf 2 einsetzen, sofort zurückgepfiffen: *„Seine Partei distanzierte sich sofort von dieser Erklärung, beurteilt sie nachteilig für ihre Wahlaussichten"* (»Neue Züricher Zeitung«,[»NZZ«], 15.6.77).

• 1975 hatte Lynch erklärt, er werde, wenn er wieder in die Regierung gewählt werde, von London fordern, daß Großbritannien sich innerhalb einer bestimmten Frist (genannt wurde die Zahl von 20 Jahren!) aus Nord-*britischen Regierung bloß die zu-*Wahl will Lynch nicht einmal mehr etwas von seinen großzügigen 20 Jahren wissen, sondern erklärte, es sei nicht von einer »bestimmten Frist« gesprochen worden. *„Er wolle von der britischen Regierung bloß die Zuversicherung, daß sie auf eine friedliche Wiedervereinigung der Insel hinsteuern wolle"* (»NZZ«, 21.6.77).

• Die Tatsache, daß 1970 zwei Minister der damaligen Fianna-Fail-Regierung angeblich in illegale Waffenlieferungen an die IRA verwickelt waren und deshalb aus der Regierung entlassen wurden, wurde immer als Zeichen für die engen Beziehungen zwischen Fianna Fail und den militant kämpfenden Teilen der IRA gewertet. Einer dieser ehemaligen Minister, Charles Haughey, kandidierte auch dieses Mal wieder für die Fianna Fail und wird wahrscheinlich sogar einen Posten im Kabinett Lynch bekommen. Allerdings hatte Haughey bislang den relativ unwichtigen Posten des Sprechers für Gesundheitsfragen und wird im Kabinett *„wahrscheinlich keinen problematischeren Job erhalten"* (»Guardian«, 20.6.77) also voraussichtlich Gesundheitsminister werden.

Trotzdem ist es natürlich so, daß eine Fianna-Fail-Regierung größere Rücksicht nehmen muß auf die republikanische Bewegung, als die Fine Gael. Daraus werden sich einige - wenn auch geringfügige Verbesserungen für den Kampf gegen den britischen Imperialismus ergeben. So steht z.B. kaum in Frage, daß Jack Lynch die bestehenden Anti-Terror-Gesetze - wie auch in der letzten Amtsperiode praktiziert - zwar bestehen lassen wird, diese aber kaum anwenden wird (und auch nicht kann, ohne sein Gesicht zu verlieren).

Auf diesem Hintergrund ist es verständlich, daß man sich in Großbritannien nicht gerade erfreut gezeigt hat über den Wahlausgang, den offenbar so niemand erwartet hatte. Es muß von dieser Seite mit der Gangart der Unterdrückung des irischen Befreiungskampfes herunter gegangen werden, um nicht zu riskieren, daß sich der Kampf wieder radikalisiert und Lynch gezwungen ist, radikalere Töne anzuschlagen. Dies würde den in den letzten Jahren seitens der Imperialisten durchgezogenen Kurs, auf der Grundlage des Abschwungs der antiimperialistischen Bewegung die militanten Kämpfer zu isolieren und auf »Ausgleich« und »friedliche Lösung« (bei brutaler Unterdrückung gleichzeitig) zu orientieren, um Jahre zurückwerfen.

Irland-Kommission

britschen Imperialismus befreit ist.
Diese Verpflichtung auf einen kon-
Wiedervereinigung der Insel hinsteuern wolle" (»NZZ«, 21.6.77).
Irland-Kommission

Agee und Hosenball abgeschoben!

England. Die beiden amerikanischen Journalisten Agee und Hosenball mußten jetzt nach langem Hin und Her England verlassen. Sie sind von der Labour-Regierung wegen ihrer Enthüllungen über die Wühlarbeit des CIA und des britischen Geheimdienstes abgeschoben worden!

Die Vorgeschichte (s. auch AK 100): der Amerikaner Agee, selbst ehemaliger CIA-Agent, hatte Ende der 60er Jahre seinen Dienst quittiert und danach ein Buch herausgegeben, in dem er die Verbrechen des CIA, die er aus eigener Anschauung nur zu gut kannte, enthüllte und außerdem die in England arbeitenden CIA-Agenten enttarnte.



Phil Agee

Agee arbeitete in England mit einer Gruppe linker Journalisten zusammen, dem Amerikaner Mark Hosenball, und den drei Engländern Berry, Campbell und Aubrey. Die Gruppe hatte sich darauf spezialisiert, die Arbeitsweise des amerikanischen und britischen Geheimdienstes zu untersuchen und in fortschrittlichen Zeitungen darüber zu berichten. So erschien unter dem Namen von Hosenball Ende letzten Jahres in der Zeitung „Time out" ein Artikel über das Hauptquartier des englischen Geheimdienstes in Cheltenham. Sehr detailliert wurde berichtet, mit welchen Methoden die IRA infiltriert wird und daß der britische Geheimdienst über die Technologie verfügt, von der IRA gelegte Bomben zu finden und den über Funk zu erteilenden Zündungsbefehl zu geben, bevor die IRA die übliche telefonische Warnung durchgeben kann.

Dieser Artikel war der aktuelle Anlaß für die englische Regierung, zum massiven Schlag gegen die Gruppe auszuholen, zumal diese tatsächlich aufgrund ihrer Spezialkenntnisse sehr unangenehm wurde (so gilt z.B. Campbell als „einer der besten Journalisten in England auf diesem speziellen Gebiet der Kommunikation und Technologie", „Guardian", 21.2. 77): Ausweisungsantrag gegen die beiden Amerikaner Agee und Hosenball, Verhaftung der drei Engländer bei Nacht und Nebel und Anklage auf Verstoß gegen das „Official Secrets Act", also wegen Verrat von Geheimnissen und „Informationen, die für eine ausländische Macht nützlich sind." Die drei erwartet eine Gefängnisstrafen, die bis zu 14 Jahren

lich sind." Die drei erwartet eine Gefängnisstrafen, die bis zu 14 Jahren

angesetzt werden kann.

Der Termin für die Ausweisung von Agee und Hosenball war von Innenminister Rees zunächst auf den 1. März festgesetzt worden. Der Einspruch der beiden und eine breite Empörung (sogar konservative Blätter berichteten einigermaßen anständig über die Sache, es fanden in vielen Städten Demonstrationen statt), führten zur Verzögerung der Abschiebung: es gab eine Debatte im Parlament und einige Gerichtstermine, aber es blieb bei der Ausweisung.

Die Europäische Menschenrechtskommission wurde angerufen, entschied aber im Interesse der britischen Imperialisten: die „Sicherheit" eines Landes sei höher zu bewerten, als das Grundrecht auf Freizügigkeit.

Hosenball wartete nicht die Abschiebung ab, sondern verließ England bereits Ende Mai mit den Worten: *„Ich werde den Kampf von New York aus weiter führen so gut wie ich kann. Ich habe in Amerika einen Platz, wo ich leben kann und werde weiter berichten"* („Guardian", 28.5.77.).

Agee verließ am 3. Juni England in Richtung Holland, wo er sich mit seiner Familie niederlassen will.

Demnächst wird der Prozeß gegen die drei Engländer eröffnet. Der „Socialist Worker" schreibt dazu: *„Der einzige Weg, diese drei Männer erfolgreich zu verteidigen, besteht darin, eine Kampagne zu starten, die einen wirklichen Sturm und Massenprotest hervorbringt, statt alle Energie darauf zu konzentrieren, irgendwelchen scheinbar wichtigen Leuten zu schmeicheln"* („Socialist Worker", 4.6.77).

Leider müssen wir davon ausgehen, daß die englische Linke beim gegenwärtigen gesellschaftlichen Kräfteverhältnis hierbei große Schwierigkeiten haben wird.

Enlgand-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

Belgien

Nochmal zum ALE-Streik

Liège. Der Streik der städtischen Elektrizitätsarbeiter (siehe AK 106) wurde inzwischen mit einem Erfolg der Kollegen gegenüber der sozialdemokratischen Betriebsleitung beendet. Ca. zwei Drittel der Kollegen nahmen ein Verhandlungsergebnis an, das vorsieht:

- eine 4%-ige Lohnerhöhung ab 1.7. 1977 (die Betriebsleitung hatte das erst für 1978 angeboten);
- eine Prämie von 7.500 Fr.;
- die Einführung der 38-Stunden-Woche ab 1.12.77!

Gleichzeitig wurden die Löhne der anderen Versorgungsbetriebe denen der ALE angeglichen (BPA 104).

Zur Berichterstattung im letzten ARBEITERKAMPF sind einige Korrekturen notwendig: Hier war die Rede von einem „linken Flügel" in der PSB (den belgischen Sozialdemokraten), dessen „Führer" Jacques Yerna der Parteispitze die Gefolgschaft verweigert habe, als diese massiv gegen die Streikenden vorging.

Um gesicherte Aussagen über einen „linken Flügel" in der PSB zu machen, reichen unsere Informationen bisher nicht aus; auf jeden Fall ist J. Yerna nicht sein „Führer", sondern vielmehr Vorsitzender der „Wallonischen Volksbewegung" („tat", 6.5.77) und für den Gas- und Elektrizitätsbereich zuständiger Sekretär des FGTB.

So ging es in dem Konflikt bei ALE auch in erster Linie um den Widerspruch zwischen dem (sozialdemokratisch geführten) Gewerkschaftsverband FGTB und der inzwischen Regierungspartei gewordenen PSB. Dessen Entwicklung ist deswegen so interessant, weil die Bourgeoisie ja gegenwärtig versucht, über die Gewerkschaftsspitzen die Arbeiterbewegung an die Regierungspolitik zu binden und den Werktätigen so ihr Krisenprogramm (übrigens nicht mit dem „Egmont-Plan" der vorigen Regierung Tindemans gleichzusetzen, wie in dem Artikel der Eindruck erweckt wird) aufzuzwingen.

Belgien-Kommission
KB/Gruppe Bremerhaven



Niederlande

Die Linke und das Wahlergebnis in den Niederlanden

Am 25. Mai waren die Wahlen zur zweiten Kammer der Niederlande (entspricht dem Bundestag bei uns), die unter dem Einfluß der zwei Tage zuvor begonnenen Geiselnahme mit einem erheblichen Stimmenzuwachs für die drei großen bürgerlichen Parteien und teilweise katastrophalen Verlusten der Linken und Radikaldemokraten endeten (vgl. AK 105, S. 38). Inzwischen liegen uns die Stellungnahmen der linken Parteien zum Wahlergebnis vor.

Beteiligt an den Wahlen hatten sich von der Linken die Pazifistisch-Sozialistische Partei(PSP), die revisionistische CPN (die auch zuvor im Parlament schon vertreten war) sowie erstmals die Sozialistische Partei (SP) und die vaterländische „Kommunistische Einheitsbewegung der Niederlande/ML" (KEN/ML).

Der Internationale Kommunistenbond (IV.Internationale) hatte zur Wahl von PSP oder CPN, die Bewegung für Arbeiterselbstbestimmung BAZ (Pablisten) zur Wahl der PSP aufgerufen. Etwaige Wahlempfehlungen der verbleibenden drei sehr kleinen (nicht -vaterländischen) „ML"-Gruppen sind uns nicht bekannt.

Pazifistisch-Sozialistische Partei

Die PSP, die einzige konsequente linke Opposition der vergangenen Regierungsperiode, inner- und außerparlamentarisch aktiv in der Anti-Atom-Bewegung, der feministisch-sozialistischen (=linken) Frauenbewegung und dem Kampf gegen die Berufsverbote, verlor 34.000 von den ehemals 111.000 Stimmen und verfügt jetzt noch statt über zwei Sitze über einen Sitz in der Zweiten Kammer. - In einer ersten Stellungnahme spricht die PSP von einem *„Ruck nach rechts"* und fragt:„ *Ist der Ruf nach dem starken Mann"* auch bei den linken Wählern durchgedrungen?„*Oder ist die PvdA (Sozialdemokraten) für die Wähler doch die einzige Hoffnung, um das bittere Erwachen abzuwenden?"* Die PSP- Zeitung „Radikaal" konstatiert „in Europa" eine „abnehmende Radikalisierung" und daß heute „ nur die (Bevölkerungs-) Gruppen in Bewegung kommen, die real bedroht werden." Zum einen drücke sich dies in Betriebsbesetzungen und in fortschrittlicher Richtung in Stadtteilkämpfen aus; zum anderen aber auch in einem Stimmengewinn der faschistischen „Volksuni-
gen und in fortschrittlicher Richtung in Stadtteilkämpfen aus; zum anderen aber auch in einem Stimmengewinn der faschistischen „Volksuni-
on" von über 3% (Landesdurchschnitt 0.4 %), und zwar gerade „in ärmsten Arbeitervierteln". Was die PSP selbst betrifft, so spiegelt das Wahlergebnis (nur noch ein Sitz für die PSP) weder die wirkliche Stärke noch den realen Einfluß der PSP richtig wider: Die Mitgliederzahl der PSP ist im Wachsen begriffen und die Auflage ihrer Zeitung steigt. In den Städten, wo die PSP, auch und gerade in Hinblick auf die Sozialdemokraten, erfolgreiche Arbeit vorweisen konnte, waren die Stimmverluste niedriger oder konnten die Stimmen gehalten werden. („Radikaal", 4.6.77).
Interessant ist weiter das Ergebnis von „Testwahlen", die unter 220.000 Schülern (12-18 Jahre) durchgeführt wurden: Hiernach hätte die PSP sechs Sitze (statt einem) gewonnen, bei den 18-jährigen sogar acht! („Volkskrant", 25.6.77).

Kommunistische Partei Niederlande

Die revisionistische CPN, bisher mit sieben Sitzen in der Zweiten Kammer eher eine der „mittleren" Parteien, verlor fast 200.000 Stimmen und zählt nun mit ihren verbliebenen zwei Sitzen von der Größe her selbst zu den von ihr so gescholtenen „Splitterparteien" (prozentual entspricht der Verlust der CPN etwa dem der Radikaldemokraten, ist aber weit höher als der der PSP). - Die CPN hat sich ihre katastrophale Niederlage redlich verdient: Wenn es auch dem allgemeinen „Trend " und der durch die Geiselnahme erzeugten Stimmung in diesen Wahlen entsprach, daß die Linke insgesamt große Einbußen hinnehmen musste, so hat die ehemals nicht einflußlose CPN diese Entwicklung mit ihrem konkreten politischen Auftreten noch vorangetrieben. In gut revisionistischer Manier wurden Streiks abgewürgt, wo die CPN in Aktionsgruppen und Initiativen die Führung nicht an sich reißen konnte, wurde ein eigener Laden aufgemacht, ihr „Protest" richtet sich zwar gegen die Ausbreitung der Urananreicherungsanlage in Almelo und die von der BRD erpreßten Uranlieferungen an Brasilien, nicht aber gegen die Existenz der AKWs überhaupt. In ihrer zentralen Wahlparole *„Van Agt raus, CPN rein"*(in die Regierung) machte sie schließlich überaus deutlich, daß es ihr um Teilnahme „am Regieren", um Verbrüderung mit der Sozialdemokratie ging und nicht um konsequent anti-kapitalistische, geschweige denn sozialistische Politik. Ihre Übung in Wohlverhalten in der Lockheed-Affäre, wo sie sich gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien vor Bernhard und das Königshaus stellte, dürfte auch nicht unvergessen sein.

Angesichts ihrer Riesenverluste leistete die CPN sich dann den mit Abstand dreckigsten Kommentar zum Wahlausgang: *„Die Wahlen haben unter außergewöhnlichen Umständen stattgefunden. Die Provokation in Drente* (gemeint: die Geiselnahmen - Anm.AK) - *wo die koloniale Reaktion in einem sichtlich genau gewählten Moment zuschlug - hat eine Sphäre von Gewalt und Terror hervorgerufen. Die Wirkung hiervon auf die Wähler ist eine Schreckreaktion gewesen, die kühl überlegt und mit vollem Bewußtsein durch düstere internationale Kräfte gebraucht worden ist, die zweifellos hinter dem terroristischen Komplott sitzen.*

Die Wahlen haben hierdurch ein verfälschtes Bild der politischen Meinungen der niederländischen Bevölkerung gegeben..."

So richtig wie es auch ist, daß die Geiselnahme sich auf das Wahlergebnis der Linken unvermeidbar
So richtig wie es auch ist, daß die Geiselnahme sich auf das Wahlergebnis der Linken unvermeidbar
negativ ausgewirkt hat, so unverschämt ist doch diese Stellungnahme der CPN, die molukkischen Geiselnehmer als „koloniale Reaktion" (!) zu beschimpfen und die Geiselaktionen als ein von „düsteren internationalen Kräften" organisiertes „terroristisches Komplott" (gegen die niederländische Bevölkerung) umzufälschen. Aber mehr noch: Die CPN hat offenbar von ihren italienischen Ordensbrüdern gelernt, daß man sich heute als Vollblut-Revisionist so richtig erst durch die Forderung nach noch mehr Staatsterror profiliert:

„Die Terrortat, die solche schweren Schatten über die Wahlen geworfen hat, konnte sichtlich unbehindert durch eine Gangsterbande vorbereitet werden, die schon jahrelang in den Niederlanden eine Untergrund-Existenz führt. Der Verantwortlichkeit für das Fehlen von Maßnahmen, um die Sicherheit unserer Bevölkerung, der Kinder in unserem Land, ausreichend zu beschützen, kann Van Agt als Justizminister sich nicht entziehen. Er darf nicht in die Regierung zurückkehren.

Die Angelegenheiten müssen jetzt geordnet werden, allem Terrorismus muß der Kopf eingedrückt und dem Bestehen von geheimen Organisationen, die eine Gefahr für die Sicherheit der Bürger, ihrer Kinder und für die Demokratie darstellen, muß ein Ende gemacht werden. Die Regierung hat hierzu alle Mittel zur Verfügung und muß diese auch gebrauchen!" (Erklärung der Parteileitung der CPN in „De Waarheid", 26.5.77).

Daß die christdemokratische CDA Van Agt aber trotz des „Komplotts" der zu Hilfe geeilten „düsteren internationalen Kräfte" (die auch einen Monat später von der CPN noch nicht namhaft gemacht worden sind!) noch vor dem Ziel, größte Partei zu werden, gebremst werden konnte, ist natürlich *„der Tatsache*



(zu danken), daß die Kommunisten alles gegen Van Agt mobilisierten" (ebd.).

Diese „Wahlanalyse" muß CPN-intern zu einigem Protest geführt haben, denn die Parteiführung sah sich genötigt, unter Hinzuziehung „einer Anzahl von Parteigenossen", die nicht in der Führung sitzen, ihre Auffassungen nochmals zu wiederholen. Im *„Kommunique der Parteiführung der CPN"* heißt es: *„Die Parteiführung bestätigte die erste Beurteilung der Wahlen in dem Kommentar in De Waarheid vom 26. Mai . . . Außer dem Element des Terrors ist keine normale politische Erklärung möglich für den Zurückgang der Stimmenzahl einer Anzahl von Parteien . . ."* („De Waarheid", 2.6.77).

Diese zweite Stellungnahme ist allerdings ein äußerst windiger Versuch der „Rechtfertigung", weil es im ersten Kommentar überhaupt nicht in erster Linie darum ging.
allerdings ein äußerst windiger Versuch der „Rechtfertigung", weil es im ersten Kommentar überhaupt nicht in erster Linie darum ging,
daß die Geiselnahme einen Einfluß auf die Wahlen hatte, sondern daß die CPN daraus eine sauüble Hetze zusammengebraut hat!

Sozialistische Partei

Die SP, die sich erstmals an der Kammerwahl beteiligte, konnte fast 25.000 Stimmen bzw. 0,3 Prozent erreichen.

Die SP, bzw. die mit ihr verbundenen Organisationen sind im wesentlichen auf den Gebieten von medizinischer Vorsorge, dem Milieuschutz, der Mieterrechte und internationalen Solidaritätskampagnen tätig, daneben ist die SP mit einer „Extragewerkschaft" verbunden, die jedoch nur an ein, zwei Orten besteht. – Die SP, die ausgehend von ihren festen 30 bis 35.000 „de Tribune"-Lesern *„sicher auf einen Sitz"* gerechnet hatte, schreibt zum Wahlausgang: *„Das niederländische Volk ist zu den großen Parteien geflüchtet. Aus Angst vor der Zukunft. In einer Zeit von Arbeitslosigkeit und Inflation haben die großen Parteien sich eingespielt auf die Unsicherheit der Menschen. Die Wahlversprechen waren vor allem darauf gerichtet, den Wählern einzureden, daß nur die großen Parteien in der Lage sind, diese Probleme zu lösen".* Ansonsten weint die SP dem Umstand, daß es zu einem Kammer-Sitz nicht gereicht hat, keine großen Tränen nach. Die „tribune"-Leser werden aufgefordert, an einer gründlichen Untersuchung des Wahlausgangs mitzuwirken und die SP will „ *nicht lange stillstehen bei den Wahlen*
aufgefordert, an einer gründlichen Untersuchung des Wahlausgangs mitzuwirken und die SP will „ nicht lange stillstehen bei den Wahlen,
denn vor uns liegt die wichtigste Arbeit in den Stadtteilen und Betrieben . . ." (Zitate nach „de tribune", Nr. 10 und 11).

Kommunistische Einheitsbewegung der Niederlande /ML

Eine eher humoristische Variante stellt die „Wahlanalyse" der vaterländischen „KEN/ML" dar. Sie beteiligte sich, unter der Hauptlosung *„Für ein unabhängiges und sozialistisches Niederlande"* und dem „Hauptstoß" gegen die Revisionisten, erstmals an den Kammerwahlen, *„um unsere Politik im ganzen Land bekanntzumachen, einen Sprung im Aufbau der Partei zu machen und einige tausend Stimmen für die revolutionäre Politik zu gewinnen."* Aus den „einigen Tausend" wurden dann genau 2.722 (0,03%), was die „KEN/ML" jedoch nicht hinderte, auf der ersten Seite ihrer Zeitung in Schlagzeilen zu schmettern *„Schnelle Fortschritte im Aufbau der KENml – Anzahl der Stimmen befriedigend"*, ansonsten hat *„der weitere Aufbau der KENml ausgezeichnete Perspektiven"* und das „wichtigste Resultat" der Wahlen ist die „kolossale Niederlage" der CPN. Angesichts der 2.722 Stimmen für die KEN/ML hat die SP mit ihren annähernd zehnmal soviel Stimmen natürlich eine *„Niederlage"* erlitten („Rode Tribune", Nr. 10, 2.6.77).

Internationale Kommunistenbond

Internationale Kommunistenbond

Der Internationale Kommunistenbond (IV.Internationale), der sich nicht selbst an den Wahlen beteiligte, stellt in seiner Wahlanalyse u.a. fest, daß es den Sozialdemokraten *„bequem gemacht"* wurde, da eine *„wirkliche Alternative"* auf Seiten der Linken nicht bestand; auf die *„Schwäche der Linken"* verweise weiter, daß es nicht gelungen sei, zumindest die Gewerkschaften dahin zu bringen, in den Wahlen die für die Arbeiterklasse wesentlichen Fragen auf die Tagesordnung zu bringen („Proletaries links", Nr. 12, 28.5.77).

Niederlande-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Österreich/Schweiz

Niederlage für bürgerliche Krisenpolitiker

Schweiz. Am 12. Juni haben die Schweizer in einer Volksabstimmung gegen die Einführung der Mehrwertsteuer gestimmt. 760.657 stimmten für das sogenannte „Finanzpaket", 1.117.318 dagegen. Die Abtimmungsbeteiligung von 49,6 % war eine der höchsten in den letzten Jahren.

Im Rahmen der Krisenpolitik wollten die bürgerlichen Parteien die Werktätigen für weitere Einsparungen zur Kasse bitten. Zur Erhöhung des Steueraufkomniens und zum Abdecken des Defizits im Bundeshaushalt, war im „Fianzpaket" vorgeschlagen:

– Einführung der Mehrwertsteuer mit einem Satz von 10%. Sie soll die bis dahin geltende Warenumsatzsteuer von 5,6% ablösen. U.a. sollte damit das Schweizer Steuersystem der EG angepaßt werden. Insgesamt 2,5 Milliarden Franken (etwa gleich DM) Mehreinnahmen waren damit eingeplant.

– Als Lockmittel wurde die Senkung der Bundeseinkommensteuer für niedrige Einkommen angeboten, die allerdings nur einen sehr geringen Betrag ausgemacht hätte.

Selbst bürgerliche Befürworter des „Finanzpakets" gestanden zu, daß ihr Krisenprogramm die Inflation um 2,5% steigern würde!

Sämtliche bürgerlichen Parteien, die Sozialdemokraten eingeschlossen, Unternehmerverbände und Gewerkschaften hatten aufgerufen, mit Ja zu stimmen. Die Sozialdemokraten hatten aufgefordert, „Opfer" zu bringen. Dies gesamte Linke hatte aufgerufen, mit Nein zu stimmen. Mit der Ablehnung hat die Schweizer Bourgeoisie eine Niederlage erlitten bei der Durchsetzung ihrer Sparpolitik. Allerdings wird sie das nicht von ihren Plänen abbringen – so sollen die Einsparungen halt anderswo vorgenommen werden. Die Kürzung der Renten war bereits vor der Abstimmung angedroht worden.

Die Abstimmung hat also nicht die Durchsetzung des Krisenprogramms verhindern können, sie hat der Bourgeoisie nur den Weg der demokratischen Legitimierung ihrer Ausplünderungspolitik genommen.

Schweiz-Kommission

Erneuter Terror im Südjura

Schweiz: Die Auseinandersetzungen um die Bildung eines selbständigen Kanton Jura haben sich weiter verschärft. In einer Volksabstimmung hatte eine klare Mehrheit im Jura sich für eine eigene Kantonsverfassung des Kanton Jura ausgesprochen und dabei eine im Vergleich zu anderen geltenden Verfassungen relativ fortschrittliche verabschiedet (siehe AK 102).

Von Beginn an hat die bernische Regierung, von der der Kanton Jura sich löst, mit Unterstützung der schweizerischen Bundesregierung das Ergebnis der Abstimmung boykottiert. Widerstand der jurassischen Bevölkerung wurde mit Demonstrationsverboten und Polizeieinsätzen verfolgt (vergleiche AK 104). Zuletzt war es gelungen, die bürgerlichen Führer im Südjura zu Verhandlungen heranzuholen. Ziel des Drucks ist es, von Beginn an den Kanton unter das Bundesrecht zu zwingen und den mit der Volkabstimmung verknüpften Artikel 138 aus der Verfassung zu streichen. Der Artikel bechen, wer angefangen habe! Der Schlägertrupp, dessen Bewaffnung der Polizei bekannt war, sei „mit welcher Absicht auch immer" losgezogen, hieß es! (Basler Zeitung, 15.6.). Wiederum haben die Staatsorgane damit deutlich gemacht, daß sie gegen das Volk des Jura sind.

Die Autonomistenvertreter erklärten daraufhin, daß sie nicht mehr an den Verhandlungen teilnehmen werden.

Am 18.6. organisierte die autonomistische Jugendorganisation „Beliers" das traditionelle „Fest der jurassischen Jugend". Über 5000 Jugendliche erschienen und protestierten gegen den „Frieden nach Berner Art". Sie verabschiedeten mehrere Entschließungen. U.a.: *„In einer ersten Entschließung wurde festgehalten, daß ‚jeder Staat, der ein Volk unterdrückt, Träger von Gewalt' sei, und daß das Volk gegen ihn ‚legitime Gegengewalt' anwenden dürfe"* (Basler Zeitung, 19.6.). Beschlossen wurde außerdem, sich nicht mehr an den sogenannten „Verständigungskonferenzen" zu beteiligen. Weitere Protesaktionen wurden angekündigt.



Mai: Straßensperren der Bullen gegen die Autonomisten zur Durchsetzung des Demonstrationsverbots

tont das Recht auf Vereinigung des geteilten Jura, das heißt, er läßt die Angliederung der Bezirke im Südjura an den Kanton Jura zu.

Angesichts der bevorstehenden Behandlung des Kanton Jura im Ständerat verschärfte sich der Terror gegen die jurassische Bevölkerung. Diesmal wurde er wesentlich durch die „Pro-Berner" ausgeübt, gesammelt um die „Demokratische Kraft". Mehrfach überfielen sie jurassische Autonomisten, organisierten Hetzkundgebungen und Provokationen gegen die Jurassier. Als am 11.6. eine Versammlung der Autonomisten in Moutiers stattfand, sammelten sich etwa 150 Anhänger der probernischen „Sangliers" (Wildschweine), mit Messern, Eisenstangen und Fahrradketten bewaffnet und griffen die Versammlung an. Die ganze Nacht über gab es Straßenschlachten zwischen den beiden Gruppen. Auch danach endeten die Provokationen und Überfälle nicht. Für die Polizei war angeblich nicht auszuma-

Am 21.6. tagte dann in Bern der eidgenössische Ständerat und beriet über die Jura-Verfassung. Dabei wurde diese einstimmig verabschiedet, wobei allerdings der geforderte Artikel 138 entgegen der Volksabstimmung abgelehnt wurde. Gleichzeitig wurde ausdrücklich die Einschränkung vermerkt, daß die Billigung der Verfassung nur gelte, solange die Bestimmungen „bundesrechtskonform" eingehalten würden, eine durchaus unübliche Praxis und eindeutige Drohung gegen die Jurassier.

Mit dieser erneuten Provokation haben die Parlamentarier wiederum verdeutlicht, daß sie nicht bereit sind, dem Volk des Jura die geforderte Autonomie und Eigenständigkeit zuzuerkennen. Die Auseinandersetzungen sind damit längst nicht beendet.

Schweiz-Kommission

Ausbau des Polizeiapparats

Schweiz. Immer besorgniserregender wird in der Schweiz der Ausbau des Polizeiapparates. Im Zusammenhang mit der versuchten Niederschlagung des Widerstands im Jura und den Aktionen gegen die AKW-Gegner (siehe gesonderte Artikel im AKW-Komplex), dringt immer mehr an die Öffentlichkeit, daß einerseits der Polizeiapparat seit 1973 präventiv ausgebaut wurde, andererseits der direkte Ausbau forciert wird. Schwerpunkt ist dabei die „Anti-Terror"-Bekämpfung. Dahinter steht der Versuch, eine „Interkantonale Mobile Polizei", IMP, zu schaffen. Dieser Versuch war zunächst nach 1970 zu den Akten gelegt worden, nachdem in zwei Kantonen in einer Volksabstimmung diese IMP abgelehnt worden war. Faktisch ist sie aber mittlerweile schon aufgebaut worden. Die Interkantonale Zusammenarbeit wurde bereits im Zusammenhang mit dem Jura und Aktionen gegen AKW-Gegner praktiziert. Erst kürzlich übte die Aargauer Polizei in einer Aktion „Tango" direkt diese „Terroristenbekämpfung". Dabei wurden zahllose Wohnungen und Wohngemeinschaften durchsucht und sogar auf unbewaffnete Menschen geschossen. Als Hauptziel dieser Aktion gab die Polizei selber die „Sensibilisierung der Bevölkerung" für die Anliegen der Polizei an, sprich: die Gewöhnung der Bevölkerung an bürgerkriegsähnliche Unterdrückungsmanöver der Polizei.

Bisher wurde diese Aufrüstung im Geheimen betrieben, von der Linken aber schon seit längerem enthüllt. Mittlerweile ist sie auch über die bürgerliche Presse an die Öffentlichkeit gedrungen. Damit dies in geordneten Bahnen verläuft, lud die Züricher Polizei vermutlich Ende Mai/Anfang Juni die Polizeiberichterstatter ein, an einem Ausbildungslager teilzunehmen, worüber dann gleichgeschaltet in der Presse berichtet werden soll.

Die Arbeitsgemeinschaft „Demokratisches Manifest" (bekannt geworden durch die Aufdeckung der Spitzelaffäre Cincera) hat diese Dinge veröffentlicht und in einer Resolution hiergegen schärfstens protestiert (nach „Zietdienst", 17.6.77).

Schweiz-Kommission



Arbeiter von der faschistischen Gewerkschaft CFT erschossen

Am 5. Juni wurde der Arbeiter Pierre Maitre von einem Angehörigen der faschistischen Gewerkschaft CFT vor dem Betriebstor des bestreikten Citroen-Werkes in Reims abgeknallt. Daß dieses abscheuliche Verbrechen in Komplizenschaft mit der Betriebsleitung erfolgte (die in allen Citroen-Betrieben »blendend« funktioniert), ist offenkundig:

Zum Beispiel ist erwiesen, daß der Mörder Lecomte zwischen seiner Verhaftung und dem Mord nichts wichtigeres zu tun hatte, als die Betriebsleitung anzurufen. Zum Beispiel hatte tags darauf der Personalchef einen »Nervenzusammenbruch« und mußte sich vertreten lassen. Sein Vertreter ließ gleich als erste Aktion den Schrank von Lecomte (natürlich auch »Angestellter« bei Citroen) öffnen, damit alle darin enthaltenen Materialien an einem sicheren Ort gelagert werden konnten. Die Polizei konnte dann »natürlich« bei der Durchsuchungs nichts finden. Die Arbeiter hatten aber mehr Glück: Sie entdeckten in Mülltonnen verschiedene Knüppel.

Im übrigen ist bekannt geworden, daß Lecomte auch noch Mitglied der »SAC« ist, sowie der »RPR«. Die »SAC« ist eine unter de Gaulle aufgebaute Parallelpolizei, oder besser ausgedrückt: eine faschistische Schlägerbande. Die »RPR« ist das von Chirac gegründete Sammelbecken aller Reaktionäre.

Am 10. Juni folgten rund 2.000 Arbeiter in Reims dem Beerdigungszug von Pierre Maitre. National hatten die PCF und die Gewerkschaft CGT zu einer symbolischen Arbeitsniederlegung von fünf Minuten aufgerufen.

Die revolutionäre Linke rief zu dezentralen Protestdemonstrationen auf: 5.000 beteiligten sich in Paris, 500 in Marseille und Bordeaux.

Allerdings gab es erhebliche Schwierigkeiten beim Zustandekommen von Aktionseinheiten. »Lutte Ouvrière« war zum Beispiel gegen die Forderung nach einem Verbot der faschistischen CFT, weil die Arbeiter das »selber durchsetzen« und nicht der Bourgeoisie »abbetteln« müßten.

Schließlich traten dann im wesentlichen die LCR und die OCT gemeinsam für die Forderung auf: *»Auflösung der CFT! Auflösung der Unternehmermilizen! Selbstverteidigung der Arbeiter!«*

Einen konkreten Erfolg in diese Richtung konnten die Postarbeiter eines Sortierzentrums in Marseille erringen: Sie setzten ein praktisches Verbot der CFT in ihrem Betrieb durch. Ca. 300 Postler organisierten nach Arbeitsschluß eine spontane Demonstration im Betrieb unter Parole: *»CFT Mörder! Unternehmer: Komplizen!«*, rissen die Tafeln der CFT runter und schmissen die CFT-Verantwortlichen aus dem Betrieb raus. Dies geschah nachdem die Arbeiter tagsüber Unterschriften unter eine Verbotsresolution gesammelt und eine Delegation zum Betriebsleiter geschickt hatten, mit der Forderung nach Entfernung der Plakatiertafeln der CFT.

Frankreich-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Spanien

Wahlen in Spanien

Zehn Tage nach den „ersten demokratischen Wahlen" nach über 40 Jahren faschistischer Diktatur, liegen noch immer keine offiziellen Wahlergebnisse vor! Mit Veröffentlichung der abgegebenen Stimmen für jede der kandidierenden Parteien ist nicht vor Ende Juni zu rechnen. Damit dürfte Spanien den sicher einmaligen Rekord in Westeuropa geschafft haben, zwei Wochen für die Bekanntgabe eines Wahlergebnisses gebraucht zu haben. Dieser Skandal wurde in der ausländischen Presse nicht registriert, da relativ früh Hochrechnungen über die Aufteilung der „Parlaments"-Sitze gemacht wurden, die z.B. von den westdeutschen Massenmedien als endgültiges Ergebnis verkündet wurden.

Feststeht, daß die rechte Koalition von Ministerpräsident Suarez – UCD – erwartungsgemäß als stärkste „Partei" aus den Wahlen zum „Kongreß" hervorgegangen ist (ca. 34 Prozent). Zweitstärkste Partei ist die sozialdemokratische PSOE mit ca. 29 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die spanischen Euro-Revisionisten (PCE) haben ca neun Prozent der Stimmen erhalten, die ultrarechte „Alianza Popular" unter Fraga Iribarne erhielt nur acht Prozent, die sozialistische Koalition PSP-FPS erhielt etwa vier Prozent; allgemein wurde das schlechte Abschneiden der spanischen Christdemokraten mit etwa zwei Prozent besonders von der westdeutschen Presse als kleine Katastrophe gewertet. Die „linken" Christdemokraten um Ruiz Gimenez bekamen keinen einzigen Abgeordneten, lediglich die baskischen und katalonischen Filialen hatten mehr Erfolg.

Jetzt dürfte noch klarer als zuvor sein, daß die CDU ihre kleine Schwesterpartei zugunsten der rechten Suarez-Koalition fallen lassen wird. Die Wahlbeteiligung lag bei durchschnittlich 85 Prozent.

Die revolutionäre Linke hat im Baskenland (fünf bis zehn Prozent), aber auch in Katalonien zum Teil außerordentliche Wahlerfolge erreichen können.

Die Wahlen vom 15. Juni in Spanien zeichneten sich durch sehr zahlreiche „Unregelmäßigkeiten" aus, die in jeder „normalen" bürgerlichen Demokratie zur sofortigen Annullierung der Wahlen geführt hätten. Suarez hat bereits angekündigt, daß er beim Austausch einiger Minister (die Regierung ist bis heute nicht zurückgetreten) weder die PSOE noch sonstige linke Oppositionsparteien berücksichtigen wird. Lediglich mit den christdemokratischen Gruppen des Baskenlandes (PNV) und Kataloniens möchte er zu einer näheren Zusammenarbeit kommen und sich eine absolute Mehrheit im Kongreß sichern. Solche Anstrengungen werden möglicherweise dadurch überflüssig, daß Fraga Iribarne seine neofrankistische Volksallianz auflöst und die Mandate der UCD, also der Regierungskoalition zur Verfügung stellt.

Verheimlichung der Wahlergebnisse

Die offizielle Verkündung der Wahlergebnisse war bereits für einen Tag nach den Wahlen, also für den 16.6. angekündigt worden. D.h. daß eigentlich alle technischen Mittel wie Computerzentralen, usw. vorhanden waren, die eine rasche Verarbeitung der abgegebenen Stimmen hätte garantieren können. Die Verzögerung der Bekanntgabe der Ergebnisse kann deshalb nur als Ausdruck von Manipulationen hinter den Kulissen interpretiert werden. Bezeichnend ist, daß es gerade die mittleren und größeren Provinzen waren, bei denen die Stimmenauszählung sehr schleppend vorangingen. Insbesondere von Madrid und Barcelona, den beiden größten Industriestädten, in denen der höchste Prozentsatz an Linkswählern anzutreffen ist, wurden vorläufige genauere Wahlergebnisse erst mehrere Tage nach der Wahl bekannt. Am Abend des 16. waren in Madrid angeblich erst knapp über 50% der abgegebenen Stimmen ausgezählt („El Pais", 17.6.77). Das Personal sei müde, hieß es . . . Am Abend des 16. waren insgesamt erst 75% aller im spanischen Staat abgegebenen Stimmen ausgezählt.

Am 18.6. kam man bei der Auszählung ganze 0,1 Prozent weiter, von 96,1% auf 96,2% der abgegebenen Stimmen. Allerdings verbargen sich in diesen 0,1 Prozent erstaunliche Überraschungen: das katalanische Bündnis PSOE–PSC verlor einen Sitz im Kongreß, die katalanischen Revisionisten ebenso, während das katalanische Bündnis von gemäßigten „Sozialisten" und Christdemokraten („Demokratischer Pakt für Katalonien") plötzlich zwei Sitze mehr hatte („El Pais", 19.6.77!!)

Bezeichnend für die Informationspolitik der Regierung ist, daß bei einer großen Zahl von Provinzen vermieden wurde, absolute bzw. Prozentzahlen anzugeben, hingegen die Sitze, die auf die einzelnen Parteien entfielen, sehr schnell verkündet wurden.

Bisher bekannte vorläufige Wahlergebnisse

Die Sitzverteilung im Kongreß sieht nach den letzten bekannten Presseinformationen nach Auszählung von 96,2% der Stimmen, folgendermaßen aus (der Kongreß besteht aus ingesamt 350 Deputierten):

- Die Zentrumsunion (UCD) des Ministerpräsidenten Suarez hat 165 Sitze (33,98% = 6,05 Mio. Stimmen);
- die sozialdemokratische PSOE hat 118 Sitze (28,54% = 5,08 Mio. Stimmen);
- die spanischen Revisionisten (PCE) haben 20 Sitze (9,17% = 1,63 Mio. Stimmen);
- die Neofrankisten der „Volksallianz" von Fraga haben 17 Sitze (9,19% = 1,46 Mio. Stimmen);
- die Sozialisten von PSP-FPS haben 6 Sitze (4,29% = 764.638 Stimmen);
- das Bündnis von 4 nationalistischen und „sozialistischen" Parscher Pakt für Katalonien") hat

11 Sitze, die baskischen Christdemokraten (PNV) 8 Sitze, die katalanischen Christdemokraten 2 Sitze, eine sog. Unabhängige Mitte ebenfalls 2 Sitze. Die revolutionäre Linke des Baskenlandes (Euskadiko Esquerra) hat einen Sitz, die von der PTE inspirierte „Esquerra de Cataluña" hat ebenfalls einen Sitz im Kongreß.

Von den letztgenannten sechs Parteien und Wahlgruppierungen sind weder offizielle Prozentzahlen noch die absolute Anzahl der abgebenen Stimmen bekannt (nach „El Pais", 19.6.77).

Das spanische Wahlsystem begünstigt in extremer Weise die stärkeren Parteien. Der Anzahl der Stimmen entspricht nicht die Sitzverteilung im „Parlament". So hat die UCD mit 34% der Stimmen 47% der Sitze erlangt (also ein Plus von 13%!), die PSOE hat mit 28,5% der Stimmen 33,7% der Kongreßsitze (+ 5,2%). Die schwächeren Parteien hingegen sind im Kongreß benachteiligt. So hat die PCE 3,3 % weniger Sitze als Stimmen, ebenso wie die rechtsradikale „Alianza Popular". Die PSP-FPS hat ein Minus von 2,6% („El Pais", 19.6.77).

Fortsetzung Seite 50

Fortsetzung von Seite 49

Dies undemokratische Verfahren kommt durch zwei Bedingungen zustande: Bei insgesamt 350 zu verteilenden Sitzen hat jede Provinz ein Minimum von drei Abgeordneten zu delegieren. In den großen Provinzen kommt auf jeweils 140.000 Einwohner nur ein Abgeordneter mehr. Dagegen hat z.B. das wenig bevölkerte Soria einen Abgeordneten für 33.500 Einwohner, Barcelona hingegen nur einen Abgeordneten für 137.500 Einwohner! Vervollständigt wird dieses System durch das D'Hondtsche Wahlverfahren, das ebenfalls die stärkere Partei begünstigt. So hat die UCD in Soria mit 57% der Stimmen alle drei Abgeordneten bekommen und läßt 43% der Wähler ohne Vertretung.

Der Senat, die zweite, bei diesen Wahlen zu bestimmende Kammer, hatte 207 Sitze zu vergeben. Der spanische König hat das Recht, für dieses „Oberhaus" (der „oberen Zehntausend") zusätzliche 41 Senatoren seines Geschmacks zu bestimmen, was er sofort einen Tag nach der Wahl tat (in schöner alter Franco-Tradition).

Ebenso wurde der neue Präsident der „Cortes" nicht etwa gewählt, sondern ebenfalls von Königs Gnaden eingesetzt.

Der Senat wurde nach reinem Mehrheitswahlrecht gewählt. Hier ist das Übergewicht der UCD noch stärker (UCD: 105 Sitze; PSOE: 35; Unabhängige: 13; „Demokratischer Senat": 12; Sozialisten Kataloniens: 12 - um nur die wichtigsten zu nennen). Soweit aus den Überblicken ersichtlich, ist von der revolutionären Linken nur ein Kandidat für den Senat durchgekommen (Euskadiko Esquerra).

Nach Umfragen vor den Wahlen durch die Zeitung „El Pais" wurde bekannt, daß wenige Tage vor dem Wahltag etwa 70% der Befragten keine Ahnung hatte, wen sie in den Senat wählen sollten, noch welche Funktion dieses Gremium überhaupt hat. *„Das Problem wird noch komplizierter durch die gesetzliche Verpflichtung, sowohl für den Kongreß wie für den Senat zu wählen. Der Wähler, der verpflichtet ist, Kandidaten für den Senat zu wählen, wird dies im allgemeinen in einem außerordentlichen Zustand der Unkenntnis über das, was er da wählt, tun, zusätzlich zu möglichen Irrtümern, die viele Stimmzettel ungültig machen werden"* („El Pais", 12.6.77); es durften nur drei Senatoren angekreuzt werden, was vielen Wählern nicht bekannt war.

Der auf diese Weise zustande gekommene Senat, der im gesamten offiziellen Wahlkampf und in der internationalen Berichterstattung eine völlig untergeordnete Rolle spielte,
kommene Senat, der im gesamten offiziellen Wahlkampf und in der internationalen Berichterstattung eine völlig untergeordnete Rolle spielte,
hat in der spanischen „Parlaments"-Konstruktion jedoch eine entscheidende Funktion: Verfassungsänderungen können nur mit absoluter Mehrheit beider Kammern (Kongreß und Senat) beschlossen werden!

Ohne Prozentzahlen angeben zu können, ist weiterhin interessant, daß die sozialdemokratische PSOE in den beiden autonomiebewußtesten Provinzen, Baskenland und Katalonien, am besten abgeschnitten hat, während die „authentischen" Nationalisten entgegen den Erwartungen hinter der PSOE zurückblieben (Baskenland: PSOE: 9 Sitze, der nationalistische christdemokratische PNV bekam nur 8 Sitze, die „Zentrumsunion" bekam 7 Sitze; in Katalonien erhielt das Wahlbündnis PSOE-PSC 15 Sitze, der autonomistische „Demokratische Pakt" von katalonischen „Sozialisten" und Christdemokraten erhielt 11 Sitze, die UCD 9 und die katalonischen Revisionisten der PSUC 8 Sitze) („El Pais", 19.6.77).

Prozentzahlen über das Abschneiden der revolutionären Linken sind nur wenig bekannt. Nach Angaben spanischer Genossen hat die Liste „Euskadiko Esquerra", an der die politische Partei von ETA (EIA), MC, die Karlistische Partei und zwei weitere baskische revolutionäre Parteien teilnahmen, außerordentlich gut abgeschnitten. So bekamen die baskischen Revolutionäre in der Provinz Guipuzcoa etwa 10% der Stimmen (ungefähr 30.000), in Navarra etwa 9%, in Vizcaya etwa 6% und in Alava etwa 4%. Weitere Angaben, die uns von spanischen Genossen vermittelt wurden: Die von der PTE getragene „Front der demokratischen Linken" bekam in Sevilla 2,7% (etwa 18.000 Stimmen), in Katalonien bekam das Wahlbündnis der PTE (Esquerra de Cataluña) gar 4,6% (etwa 100.000 Stimmen). In Valencia hat die von MC, sozialistischen Autonomisten und Karlisten getragene Liste der PSPV (Sozialistische Partei Valencias) 2,7% (etwa 30.000) der Stimmen errungen.

In Madrid haben die Organisationen der revolutionären Linken offenbar schlechtere Ergebnisse gehabt. Die Liste der ORT hat mit 14.781 Stimmen 0,64% erreicht, die PTE-Liste mit 12.694 Stimmen 0,55%, die von MC unterstützte „Kandidatur der Volkseinheit" mit 5.078 Stimmen 0,22% und die von LCR und OIC getragene Liste FUT hat lediglich 3001 Stimmen und damit 0,13% erlangt („El Pais", 21.6.77, provisorische Auszählung in Madrid).



Die kleinen und großen Skandale der Wahl

Wie wir bereits sagten, wären Parlamentswahlen in jedem anderen westeuropäischen Land sofort für ungültig erklärt worden, wenn auch nur annähernd solche sowohl „formalen" wie schweren politischen Verstöße gegen das bürgerlich-demokratische Prinzip der „freien, allgemeinen und geheimen Wahl" vorgekommen wären. Die PSP protestierte allein in Madrid gegen „Nötigungen und Unregelmäßigkeiten" an 27 Schulen (in denen die Wahltische aufgebaut waren), die sich – keineswegs zufällig – in den Arbeiter-Außenbezirken von Madrid ereigneten: Häufigste „Unregelmäßigkeit" war das Fehlen von Stimmzetteln der linken Parteien. Um dies zu verstehen, muß man wissen, daß jede Partei eigene Stimmzettel drucken und verteilen lassen mußte (ein wahnsinniger finanzieller wie organisatorischer Aufwand für alle Oppositionsparteien). Im ganzen Land kam es immer wieder vor – vor allem in ländlichen Gebieten –, daß die Stimmzettel der Linken „verschwunden" waren. Entweder wurde die Wahl dann unterbrochen, bis neue Zettel da waren, oder das Lokal geschlossen. Die PSP beschwerte sich im weiteren über zahlreiche nichtversiegelte Wahlurnen, die in den Madrider Arbeiterbezirken aufgestellt wurden. Gegen Mittag kamen dann
Vertreter der „Alianza Popular" und
versiegelte Wahlurnen, die in den Madrider Arbeiterbezirken aufgestellt wurden. Gegen Mittag kamen dann
Vertreter der „Alianza Popular" und erklärten die Wahlen für ungültig. *„Es besteht der sichere Verdacht, daß die Alianza Popular genau wußte, wohin die ungeeigneten Urnen gebracht worden waren, nämlich ausgerechnet in die Arbeiterviertel"* (Erklärung der PSP nach „El Pais", 16.6.77).

Zu den weiteren Skandalen dieser Wahl gehört die Nicht-Erfassung Tausender von Wählern in den Wählerlisten und zwar auch von Wählern, die beim „Referendum" Anfang des Jahres bereits erfaßt gewesen waren ... Viele Parteien und Wähler beschwerten sich, daß in den Umschlägen für die Senatsliste bereits angekreuzte Kandidaten der „Alianza Popular" vorgefunden wurden. Viele unerfahrene Wähler dachten, das müßte so sein und gaben den Umschlag wieder so ab.

Weitere Kuriositäten: In den Wahlkabinen befanden sich Kästen, in denen eigentlich die 20 bis 30 Wahlzettel der jeweiligen Listen stekken sollten. Die Fächer waren jedoch zu klein, so daß die Zettel herausgefallen wären. So lagen die einzelnen Zettelstapel der Parteien auf einem Nebentisch mitten im Raum, wo man sich vor aller Augen dann den Zettel der Partei, die man wählen wollte, nehmen mußte, um dann zwecks „geheimer Wahl" in die Kabine zu gehen, und den Zettel in den Umschlag zu stecken... Die Zeitung „El Pais" empfahl aufgrund dieses etwas mißlichen Umstandes, daß man sich doch am besten mehrere Zettel in die Kabine mitnehmen sollte, damit wenigstens noch etwas von „geheimer Wahl" übrig bleibt („El Pais", 15.6.77).

Obwohl laut Wahlbestimmungen sich in den Wahlräumen keine Polizei aufhalten durfte, geschah dies jedoch in vielen Fällen, wodurch insbesondere auf dem Land die Menschen stark eingeschüchtert wurden. Die Einschüchterung geschah auf vielfältige Weise. Ein über die „Demokratische Kandidatur Galiziens" gewählter Senator sagte: *„Es war die Wahl der Unwissenheit und der Angst, die dem Zentrum den Sieg gebracht hat. Ich selbst habe die Frauen aus unseren Dörfern gesehen, wie sie zu den Tischen gingen mit der Propaganda, die sie vom Ministerpräsidenten bekommen hatten, in der Hand und wie sie die Stimmzettel angstvoll in die Urnen warfen, genau wie bei den von Franco organisierten Referenden"* („El Pais", 19.6.77).

Auf dem Land spielte das Kazikentum, d.h. die politische Manipulation der Wähler durch die wirtschaftlich und politisch Mächtigen (Bürgermeister, Großgrundbesitzer, usw.) eine außerordentliche Rolle. Überall machten zahlreiche Bürgermeister und Provinzabgeordnete offene Propaganda für „Alianza Popular" oder die Zentrumsunion. Der Bürgermeister von Benimar (Almeria) besuchte alle wahlberechtigten Dorfbewohner persönlich und verbot ihnen, zu einer Wahlveranstaltung der PCE zu gehen. In einem Dorf in der Provinz Granada wurde das Gerücht verbreitet, daß alle, die die Kommunisten wählen, kein Arbeitslosengeld bekommen bzw. keine Rente („El Pais", 14.6.77).

Während des dreiwöchigen Wahlkampfes waren nicht nur die Plakate der Linken von Fuerza Nueva und Alianza Popular systematisch überklebt worden und Plakatkleber der Linken zusammengeschlagen worden, sondern auf dem Land ließen die Altfaschisten sich alles mögliche einfallen, um die Wahlkampagne der Linken zu behindern. Entweder wurden nur Plakatwände in völlig menschenleeren Gegenden freigegeben (Burgos) oder der Kirchenvorsteher ließ alle Glocken während einer Wahlveranstaltung der PCE läuten (Beas in der Provinz Huelva). Den linken Parteien wurden Kuhställe oder Diskotheken als Versammlungsräume angeboten oder auch überhaupt ein Raum versagt („El Pais", 12.6.77).

Die Kirchenoberen ließen sich auch von den Kanzeln deutlich darüber aus, was ein Katholik zu wählen hat und was nicht.

Soweit der kurze Überblick über die „Besonderheiten" der spanischen Wahl zum „freiesten" aller Parlamente.

Bleibt noch hinzuzufügen, daß Herr Wahlsieger Suarez eine UCD-Alleinregierung im alten Stil anstrebt. Die Alianza Popular stellt ihre 17 Sitze wahrscheinlich der Regierungspartei zur Verfügung, wodurch diese dann eine absolute Mehrheit auch im Kongreß hätte, womit, wie beabsichtigt, alles so bleibt, wie es war.

(Falls noch genaue Wahlergebnisse der revolutionären Linken Spaniens bekannt werden, werden wir darüber informieren).

Spanien-Kommission

Betrifft »Anarcho-Syndikalismus« in Spanien

Wir haben im letzten Arbeiterkampf (Nr. 106) einen längeren Artikel zur Auseinandersetzung mit dem spanischen Anarcho-Syndikalismus veröffentlicht. Dieser Artikel hat, wie bisher kaum ein anderer Spanien-Artikel, Unmut und Erregung in bestimmten Teilen der politischen Bewegung in der BRD hervorgerufen. Alle Freunde des spanischen Anarchismus, der sonst in keinem anderen Land zu ähnlicher Entfaltung gekommen ist, fühlten sich durch viele Aussagen dieses Artikels auf den Schlips getreten. Allerdings haben wir bisher erst einen längeren kritischen Leserbrief einer AK-Leserin aus Göttingen erhalten, mit dem wir uns im nächsten AK, falls keine weiteren Zuschriften kommen, auseinandersetzen werden. Wir gehen jedoch davon aus, daß Kritik an dem Artikel in weiteren Kreisen der Freunde des spanischen Anarchismus besteht. Wir würden es begrüßen, wenn auch diese Genossen ihre Gegenargumente schriftlich formulieren würden. Den Intim-Kennern (?) der spanischen Anarcho-Szene dürfte es doch nicht so schwer fallen, die „verknöcherte" K-Gruppe KB aufs Kreuz zu legen, oder?! Doch – im Ernst gesprochen – die Geschichte des spanischen Anarchismus berührt eine Reihe von bedeutenden Fragen nicht nur der spanischen Arbeiterbewegung, die auch wir – aufgrund des vorliegenden Quellenmaterials – nicht als „abgeschlossen geklärt" betrachten können. In diesem Sinne, ran an die Auseinandersetzung.

Spanien-Kommission

400 Gefangene im Hungerstreik

Am 7. Juni traten insgesamt 400 Gefangene in verschiedenen Gefängnissen Spaniens in einen unbefristeten Hungerstreik. Sie fordern eine menschenwürdige Behandlung aller Gefangenen sowie die Abschaffung aller faschistischen Sondergesetze wie das über „Soziale Gefährlichkeit", „Öffentliche Gesundheit", usw. und eine Revision der repressiven Gefängnisordnung als ersten Schritt zur Reform des Zivil- und Strafrechts.

An dem Hungerstreik beteiligen sich vorwiegend sogenannte gewöhnliche Gefangene (soziale Gefangene), aber auch eine Reihe politischer Gefangener haben sich angeschlossen, was bei der sonst herrschenden Trennung zwischen diesen beiden Gefangenengruppen eine Neuheit ist.

Die Protestaktionen der Gefangenen gingen vom Carabanchel-Gefängnis in Madrid aus und zwar von den etwa 40 Gefangenen der „Copel" (Koordination der Gefangenen im Kampf), die seit ihren ersten Aktionen im März 77 brutal angegriffen wurden. Ihnen wurde der Kontakt zu Mitgefangenen abgeschnitten, Besuche von Verwandten fast vollständig unterbunden, sie wurden mehrfach von faschistischen Gefängnispersonal zusammengeschlagen, usw. Am 12.6. wurde bekannt, daß ein Teil der Streikenden zwangsernährt wird („El Pais", 12.6.77).

Die „Copel" kämpft für die Anwendung der „Amnestie", die von Juan Carlos im März verkündet wurde, auch auf sozialen Gefangenen, denn, wie die „Copel" sagt: *„Wir sind keine Kriminellen"* Die Verbrechen, wegen denen tausende von Spaniern aus den armen Klassen in den Gefängnissen sitzen, sind nichts weiter als eine *„verzweifelte Rebellion gegen eine Gesellschaft, die den Menschen nur als Mehrwertschaffenden (...) betrachtet"* (ein führendes Mitglied der „Copel" - „Cambio 16", 17.4.77.).

Spanien-Kommission

Gewerkschaften in Spanien

Dieser Artikel soll über den momentanen Stand der einzelnen spanischen Gewerkschaften informieren.

Comisiones Obreras (CCOO)

1964 als illegale Gewerkschaft großer Teile der spanischen Arbeiter gebildet, haben die heutigen Comisiones nichts mehr mit der damals eine breite Aktionseinheit umfassenden Bewegung zu tun, nachdem die PCE am 17.10.76 die Gründung des „Gewerkschaftsbundes Comisiones Obreras" durchdrückte, um gegen linken Widerstand eine revisionistische Richtungsgewerkschaft aufzubauen. Die PCE bildet heute die „Merhheitslinie" innerhalb der CCOO im Gegensatz zur schwächeren „Einheitslinie", die vom Movimiento Comunista (MC), der trotzkistischen LCR, der Karlistischen Partei (linksmonarchistische Partei) und der Sozialistischen Volkspartei PSP gebildet wird und weiterhin eine Einheitsgewerkschaft (also Einheit aller ideologischen Strömungen der Arbeiterbewegung in einer Gewerkschaft) durch die Comisiones anstrebt.

Die CCOO sind mit 300.000 Mitgliedern der größte Gewerkschaftsbund Spaniens (Cambio 16, Nr. 285), der zahlenmäßige Abstand zu anderen ist jedoch nicht übermäßig groß.

Während der letzten Kampfaktionen der spanischen Arbeiter hat die CCOO-Führung alles daran gesetzt, um Radikalisierungen zu vermeiden und z.T. Kampfaktionen offen boykottiert. So versuchte sie z.B. den großen April-Streik der katalonischen Bauarbeiter abzuwürgen; so verweigerte sie dem baskischen Volk im Gegensatz zu allen anderen Gewerkschaften an den Kampftagen gegen die Repression (16./17.5.) die Solidarität: *„... die Leitung der CCOO, die sich im Moment ihrer Verantwortung bewußt ist, weist jeden Aufruf zu einer allgemeinen Aktion zurück und ruft die Arbeiter auf, sich ruhig zu verhalten (!) und die Aufrufe, die in diesem Sinne erlassen wurden, nicht zu unterstützen."* („Cambio16, 5.6.77).

„... Wir glauben, daß es die fundamentale Absicht der Arbeiterklasse ist, die Freiheiten (?) zu festigen und zu entwickeln. Jede Aktion, die darauf abzielt, diese Situation zu destabilisieren, egal woher sie kommt, steht im Gegensatz zu den Interessen der Arbeiterklasse." („Cambio16", s.o.).

Gemäß den spanischen Revisionisten besteht das wichtigste Interesse der Arbeiterklasse natürlich darin, ein sog. Parlament zu wählen und dann auf dieses zu vertrauen. An der Basis aber regt sich Widerstand: In den Großbetrieben rief die CCOO-Basis am Kampftag gegen die Repression in Euskadi zum Generalstreik auf, unterstützt von der „Einheitslinie", in Madrid und Euskadi selbst wurden Mitgliedsausweise zerrissen, die „Einheitslinie" forderte den Rücktritt des CCOO-Führers Camacho.

Generalunion der Arbeiter (UGT)

Die UGT, mit 215.000 Mitgliedern - nach eigenen Angaben - zweitgrößte spanische Gewerkschaft („Cambio16", Nr. 285) ist eng mit der sozialdemokratischen PSOE verbunden. Um die erst seit drei Jahren wieder aufgetauchte UGT zu Kräften kommen zu lassen, wird sie massiv von SPD und DGB-Führung unterstützt.

Arbeitergewerkschaftsunion (USO)

Die USO ist eine kleinere, 1960 gegründete sozialistische Gewerkschaft, die sich als Klassengewerkschaft versteht und im Gegensatz zur UGT jede Verbindung von gewerkschaftlichen und politischen Ämtern ablehnt. In der USO sind linkssozialistische Kräfte (FPS) dominierend. Sie fordert den Aufbau einer „Einheitsgewerkschaft", ist aber nicht dazu bereit, sich zu diesem Ziel der UGT unterzuordnen, was von dieser in letzter Zeit öfters an sie herangetragen wurde. Sie hat 87.000 Mitglieder (nach eigenen Angaben) und ist Mitglied im Internationalen Metallgewerkschaftsbund.

Linkes Projekt der Einheitsgewerkschaft gescheitert

Angesichts der von der PCE provozierten Spaltung der CCOO bemühten sich die „ML"-Organisationen ORT und PTE in ihren traditionellen Einflußgebieten auf Vollversammlungen in den Betrieben den Aufbau einer „Einheitsgewerkschaft" durchzusetzen - zunächst nicht ohne Erfolg. Inzwischen jedoch haben PTE und ORT sich in dieser Frage getrennt und jeweils ihre eigene „Einheitsgewerkschaft" aufgebaut: die PTE einen „Bund der Einheitsgewerkschaften" (CSUT) mit mit 47.000 Mitgliedern (eigene Angaben, nach „Cambio 16", Nr. 285). Ausschlaggebend war die Frage der anstehenden Wahlen, zu denen PTE und ORT getrennt kandidierten. Bei Versuchen, den Aufbau der jeweils anderen „Einheitsgewerkschaft" zu verhindern, kam es auf Gründungsversammlungen sogar zu physischen Auseinandersetzungen („Express Espanol" 79).

Außer den oben genannten Gewerkschaftsverbänden haben sich noch dutzende kleinerer Gruppen ins Gewerkschaftsregister eintragen lassen; über die CNT (Anarchosyndikalisten) stand im letzten AK ein ausführlicher Artikel, ansonsten haben nur noch die sozialdemokratische STV (Baskische Arbeitersolidarität) mit 40.000 Mitgliedern sowie die SOC (Katalanische Arbeitersolidarität) mit mehrern Tausend Mitgliedern regional größere Bedeutung.

Spanien-Kommission

Portugal

Politischer Gefangener im Hungerstreik

Am 25. April 1974 wurden aus dem Gefängnis von Caxias scharenweise Antifaschisten, Opfer des Salazar- und CaetanoRegimes, befreit. Heute sitzt dort wieder ein Antifaschist hinter Gittern und zwar seit nunmehr fast 21 Monaten. Er sitzt dort nicht etwa eine Strafe ab, sondern ist, da ihm noch kein Prozeß gemacht wurde, in Untersuchungshaft.

Es handelt sich um den Studenten Rui Adelino Machado Gomes. Seit dem 28. September 1975 eingesperrt, ist gegen ihn noch nicht einmal eine Anklageschrift formuliert worden. Seine Gesuche, ihn bis zum Prozeß in „provisorische" Freiheit zu lassen, wurden abgeschmettert. Dies geschah mit drei Begründungen:

1) er stehe unter dem dringenden Verdacht, aus der Artilleriekaserne von von Porto Brandao Waffen gestohlen zu haben. Auf eine solche Tat würden 2 bis 8 Jahre verschärfte Haft stehen.
2) Der Angeklagte sei gefährlich.
3) Es bestehe Fluchtgefahr. —

Rui Gomes sagte dazu aus, daß er mit dem Waffendiebstahl von Porto Brandao nichts zu tun habe, sondern daß er in der selben Nacht auf einer Demonstration zur Unterstützung der Kriegsversehrten verletzt worden sei. Zum Vorwurf, er sei gefährlich, äußerte Rui Gomes sich verwundert über die vielerlei Maßstäbe, die im Zusammen- einem Jahr Haft zu rechnen hätten. Dies trifft auf Rui Gomes ebenfalls nicht zu.

Für die Verlängerung der Haft von Rui Gomes ist der Militärrichter Saraiva Coelho verantwortlich. Es ist dies derselbe Richter, der keinerlei Bedenken hatte, Antonio de Spinola in Freiheit zu lassen, kurz nachdem dieser aus Brasilien zurückgekehrt war und dann einige Tage in U-Haft gesessen hatte. Zur Erinnerung: Spinola hatte am 28. September 1974 einen rechtsgerichteten Militärputsch versucht, und am 11. März 1975 diesen Versuch wiederholt. Danach war er nach Spanien geflüchtet. Während des Putschversuches war der Soldat Luis von der fortschrittlichen Kaserne RALIS erschossen worden. Weitere Putschvorhaben Spinolas hat der Journalist Günter Wallraff aufgedeckt. Der Richter Coelho, der für die Haft von Rui Gomes verantwortlich ist, hatte damals befunden, daß Spinola keinerlei Putschversuche nachzuweisen seien!!

Aufgrund seiner aussichtslosen Lage hat Rui Gomes zum letzten Mittel eines Antifaschisten in unbefristeter Haft gegriffen: Seit dem 28. Mai 1977 (genau 20 Monate nach seiner Verhaftung) befindet sich Rui Gomes im unbefristeten Hungerstreik.

Seitdem ist auch die Öffentlichkeitsarbeit breiter geworden. Es hat sich eine Kampfkommission zu seiner



Freiheit für Rui Gomes ! - Kundgebung am 15.6. in Lissabon

hang mit dem Begriff „gefährlich" angelegt werden: So wurden zum Beispiel noch im Juni die ziemlich letzten gefangenen PIDE-Offiziere freigelassen. Es sind dies Silva Pais (General-Direktor der PIDE) und Pereira Carvalho (Chef vom Dienst), also höchste Verantwortliche für Folterungen von Tausenden von politischen Gefangenen zu Zeiten des Faschismus. Die Aktivitäten von Rui Gomes gingen im Faschismus dagegen in die entgegengesetzte Richtung: Weil er am antifaschistischen Kampf der Studenten teilgenommen hatte, war er verhaftet, verurteilt und von der Universität geworfen worden.

Zum Argument der angeblichen Fluchtgefahr konnte Rui Gomes nur entgegnen, daß e r es immer gewesen sei, der auf einen schnellen Prozeß gedrängt hatte, da er sich keiner Schuld bewußt sei.

Am 27. April dieses Jahres wurde die Präventiv-Haft per Verfügung um ein Jahr verlängert. Dazu ist festzuhalten, daß Präventiv-Haft, wie sie an Rui Gomes praktiziert wird, nach portugiesischem Recht nicht zulässig ist. Nur in zwei Ausnahmefällen ist dies juristisch möglich: Wenn es sich um den Verdacht einer Straftat handelt, die mit mehr als acht Jahren Haft bestraft werden würde (trifft auf Rui Gomes nicht zu, s.o.), oder wenn es sich um Rückfällige, Landstreicher, etc. handeln würde, die mit mehr als Befreiung gegründet, die bereits 15.000 Unterschriften gesammelt hat und diese dem Revolutionsrat vorlegen wird; Amnesty International unterstützt die Kampagne; die Internationale Föderation für Menschenrechte hat einen ihrer Juristen, Louis Joinet, nach Portugal gesandt, um die Freilassung von Rui Gomes zu fordern. In Lissabon fand eine Veranstaltung zur Befreiung von Rui Gomes statt, an der verschiedene Persönlichkeiten des politischen Geschehens teilnahmen (z.B. Lopes Cardoso, ehemaliger Landwirtschaftsminister, Mitglied der PS; Nuno Teotonio Pereira, Mitglied im Zentralkomitee des MES; der Parlamentsabgeordnete der UDP etc.). Unter den Gästen wurde Otelo mit Applaus begrüßt.

Einwohnerkommissionen und Gewerkschaften veröffentlichen Stellungnahmen, in denen die sofortige Freilassung von Rui Gomes und ein Prozeß vor einem antifaschistischen Gericht gefordert werden.

Rui Gomes befindet sich seit vier Wochen im Hungerstreik, hat bereits über zehn Kilo abgenommen und verspürt mitunter Herzbeschwerden. Aber er will den Kampf bis zu Ende führen: „Es ist mehr wert, kämpfend zu sterben, als abwartend zu leben."

FREIHEIT FÜR RUI GOMES!!

Portugal-Kommission



Nachrichten aus Schule und Hochschule



Die neue Studentenbewegung und die Taktik der Bourgeoisie

Im Gegensatz zu den allseits geäußerten Erwartungen, daß auf den „heißen Winter" ein noch „heißerer Sommer" folgen würde, blieb es im Sommersemester trotz breiter Streikbewegungen docreati „ruhig", die verschärfte Konfrontation mit dem Staatsapparat ist nur in Ausnahmefällen, Göttingen und Darmstadt, eingetreten.

Entwicklung liegt in der geänderten Politik der Herrschenden gegenüber der Studentenbewegung. Dies ist vor allem nach den Erfahrungen des letzten Semesters eingetreten. In diesem Artikel wollen wir uns mit der aktuell laufenden Diskussion innerhalb des bürgerlichen Lagers über die verschiedenen Strategien und Taktiken, die die herrschende Klasse gegenüber der neuen Studentenbewegung entwickelt, beschäftigen.

Konfrontation oder Konfliktvermeidung

Die Streikaktionen an den westdeutschen Hochschulen im WS 76/77 als Antwort auf die ersten Entwürfe der Landeshochschulgesetze, als Kampfmaßnahmen gegen Berufsverbote und politische Disziplinierung, als Protest infolge materieller Verschlechterungen (z.B. Einführung von Studiengebühren) zeigten — nach langen Jahren der relativen Ruhe — eine größere Bereitschaft der Studentenbewegung gegen die Formierungsbestrebungen der Herrschenden und gegen die gesamtgesellschaftliche Repression den Kampf aufzunehmen.

Um diese Ansätze von Widerstand im Keim zu ersticken, wurden an einzelnen Hochschulen (Tübingen, Westberlin, Heidelberg) brutale Polizeieinsätze durchgeführt, verbunden mit Verhaftungen, Strafanzeigen und Relegationen. Diese Maßnahmen seitens der Unibürokratien und des Staatsapparats lösten seinerzeit allerdings eine Solidarisierungswelle aus, die in Breite und Militanz (mehrwöchige Streiks, Besetzungsaktionen und Boykottmaßnahmen) an die Traditionen der Studentenbewegung der 60er Jahre anknüpfte. Statt Zerschlagung der Bewegung erbrachte der harte Konfrontationskurs der Bougeoisie also zunächst ihre Stärkung, so daß in Tübingen durch Rücknahme der Gebührenverord-

Lagers ausgelöst, wie in Zukunft die Formierung vorangetrieben werden könne, ohne die Kontrolle über die studentischen Kämpfe zu verlieren.

Diese Diskussion wurde bisher auf zwei Ebenen geführt: 1. welche konkrete Taktik an den einzelnen Hochschulen eingeschlagen werden soll, 2. welche bildungspolitischen Konzeptionen und Strategien die Durchsetzung der Pläne langfristig garantieren. Denn bei allen taktischen Differenzen sind sich die Herrschenden darin einig, daß in den bisherigen Kämpfen nicht nur ein „einmaliges Aufflackern" erkennbar geworden sei, sondern die strukturellen Probleme („Scheitern der Bildungsreform" („Weltwoche"), Arbeitslosigkeit, Reglementierung und materielle Misere) ein Unruhepotential heranwachsen lassen, das „*die Hochschulen erneut zu einem Krisenherd ersten Ranges*" machen könnte („Vorwärts", 19.5.77). Schon heute artikuliere sich „*das allgemeine Unbehagen (...) in Aktionen, für die (...) jeder Anlaß willkommen zu sein scheint. Es mehren sich die Propheten, die eine neue Studentenbewegung (...) heraufkommen sehen. Ihrer Auffassung nach fehlt nur noch der Funke, der die Hochschulen erneut in Flammen setzt*" (ebenda). So mahnte der „Stern" zu Beginn dieses Semesters: „*Manche Hochschulen riefen die Polizei oder gingen mit Ausschlußverfahren gegen einzelne Studenten vor und heizten so die Stimmung zusätzlich an. Diesmal könnte es noch heißer werden.*" Mit wenigen Ausnahmen allerdings (Göttingen, Darmstadt) blieb der „heiße Sommer" (Hamburger Wissenschaftssenator Biallas) aus.

Zwei Taktiken und ihre Wirkung

Das Hamburger Modell: Im Mittelpunkt der gesamten bürgerlichen Presse stand der Hamburger Streik: Denn bereits lange vor Beginn des Vorlesungsboykotts stand zur Diskussion, ob die „*von Toleranz geprägte Verhaltens-Taktik des Uni-Chefs*" geeignet sei, „*eine Konfrontation, wie sie die kommunistischen (K-) Gruppen bereits in vergangenen Semestern praktizierten*", zu vermeiden („Welt", 26.4.77). Laut „FAZ" (7.5.) beginne die „*Generalprobe an der Hamburger Universität für den 'studentischen Massenkampf'*", die „*Bedeutung über den Stadtstaat hinaus*" hätte (Fischer-Appelt in „FAZ", 7.5.). Jedoch zweifelte die „FAZ" daran, ob die liberale Taktik durchzuhalten sei und „*ob der*



immerhin antichaotisch orientierte AStA (MSB/Jusos, Anm. AK) sich in diesem Sinne als Ordnungsmacht gegen die auf wenige hundert Köpfe geschätzte radikale Minderheit (...) durchsetzen kann. Bei einer Aktion am Dienstag gegen den Anglisten Professor Kleinstück (...) ist ein AStA-Angehöriger (gemeint ist wohl Knickrehm, Anm. AK) *nicht erfolgreich gewesen. Es ging angesichts der bedrohlichen Situation nicht ohne Polizeieinsatz ab*" (ebenda). Doch diese Maßnahme im Vorfeld des Streiks blieb eine Einzelerscheinung. So erklärte Wissenschaftssenator Biallas, er „*habe keine Lust, jetzt den eisernen Besen hervorzuholen. Seiner Auffassung nach hat unser Staat es nicht nötig, damit sein Selbstbewußtsein zu beweisen*" (nach „MoPo", 6.5.77). Drohungen wie die „strafrechtliche Verfolgung von Vorlesungsstörern" oder der Einsatz eines 100 Mann starken, brokdorfmäßig ausgerüsteten Ordnertrupps, der den freien Zugang zu den Vorlesungsräumen garantieren sollte, wurden nicht eingelöst. Um einen weiteren Unsicherheitsfaktor auszuschalten — die Hochschullehrer — erteilte der Unipräsident in einem Brief deutliche Anweisungen, die von der bürgerlichen Presse gemeinhin als „**Maulkorberlaß**" bezeichnet wurden („FAZ", „Welt", „Hamburger Abendblatt"):

— keiner der Hochschulangehörigen sei berechtigt, ohne Zustimmung des Unipräsidiums Informationen über Störungen des Lehrbetriebs an die Presse weiterzuleiten.
— „*Es gehört nicht zu ihren Aufgaben*" schrieb der Präsident, „*Zugangsbehinderungen durch körperlichen Einsatz zu beseitigen. Ebensowenig gehört es zu ihren Aufgaben, Plakate und sonstiges Informationsmaterial, das unter Verletzung der bestehenden Vorschriften angebracht ist, zu entfernen*" („FR", 10.5.77).
— „*Bereitschaft zu Diskussion*" sollte gezeigt werden.

Darüber hinaus verfügte der Unipräsident für zwei Tage während des Streiks den Ausfall aller Lehrveranstaltungen, wodurch mögliche Reibungsflächen zusätzlich abgebaut wurden.

Schützenhilfe für diese liberale Vorgehensweise erhielten Biallas und Fischer-Appelt von Teilen des Lehrkörpers: Obwohl dieses „*gegenüber den Kräften, die Konflikte provozierten oder provozieren wollten, nicht immer leicht*" war. Aber „*liberale Offenheit und Diskussionsbereitschaft sind (...) auch für die Zukunft das einzige Mittel, die Universität vor irreparablen Schäden zu bewahren. Denn angesichts der unsicheren Berufsaussichten für alle, die zur Zeit studieren (...), angesichts des Anpassungsdrucks und der politischen Desorientierung schließlich, die das HRG mit sich bringen wird, steht uns nicht mehr Berlin 1967 vor Augen, sondern letztlich Rom und Bologna 1977*" („FR", 16.6.77).

Demgegenüber wurde insbesondere in der Springerpresse während und nach dem Streik eine Hetzkampagne entfaltet, die in keinem Verhältnis zum tatsächlich überwiegend friedlichen Verlauf des Streiks stand: So verkündete die „Welt": „*Hamburger Uni-Präsident kapituliert vor Störtrupps*" (14.5.77). Die Junge Union folgerte aus der „totalen Bankrott-Erklärung" des Uni-Präsidenten:

„*Wenn dem Uni-Präsidenten für solche Maßnahmen* (strafrechtliche Verfolgung von „Störern", Polizeieinsatz usw., Anm. AK) *fehlt, trifft die volle Schuld an den verheerenden Zuständen* ...", kritisierte der SPD-Fraktionsvorsitzende Ulrich Hartmann: „*Der Grundsatz, gewalttätige Auseinandersetzungen zu vermeiden und Polizei möglichst nicht einzusetzen, darf aber nicht dazu führen, daß die Universität von einer kleinen Minderheit von chaotischen Kräften kapituliere, denen es gar nicht um die Universität geht.*" („Welt", 14.5.77). Voscherau (SPD) warf dem Uni-Präsidenten vor, „*er habe sich vor Beginn des Boykotts mit Drohgebärden stark gemacht, die er dann nicht eingelöste.*" Er würde „*um des lieben Friedens willen den Rechtsstaat freigeben*" („HA", 20.5.77). Statt „*triefendes Verständnis für die Radikalen*" zu zeigen, solle Biallas nach dem Streik bekannt geben, „*ob und wie viele Straftaten bei den Vorlesungsbehinderungen festgestellt worden seien*" („Welt", 20.5., Voscherau).

Innerhalb der Universität wurde ebenfalls der Ruf nach Einsatz von Polizeikräften und Strafanzeigen laut: 17 Profs, darunter 10 Fachbereichssprecher, verfaßten eine Erklärung mit entsprechenden Forderungen.

Auf die nachträgliche Verfolgung von streikenden Studenten zielt auch das Urteil über eine Dienstaufsichtsbeschwerde — gestellt durch einen rechten Jura-Studenten — gegen Fischer-Appelt: Das Präsidium der Uni soll zukünftig verpflichtet sein, „*den Störungen mit den Mitteln des Ordnungsrechts entgegenzuwirken*" („Welt", 4.6.77).

Fortsetzung von Seite 51

Nach dem Streik zeichnet sich also folgende Situation an der Hamburger Uni ab: War die Taktik Fischer-Appelts insofern erfolgreich als eine „Befriedung" erreicht wurde – zumal die den AStA tragenden Kräfte (MSB/SHB/Jusos) sich rühmten, „mit dem akustischen Terror der Störtrupps sind wir niemals einverstanden gewesen und haben ihn zu verhindern versucht, wo immer wir konnten", d.h. zum Gelingen dieses Konzepts erheblich beitrugen.

Das ‚Modell' Göttingen: Der Schuß ging nach hinten los

Auch in der Kampagne gegen den linken Göttinger AStA wurde vor Ort die Auseinandersetzung innerhalb der Herrschenden um die Taktik geführt. So warf der Wissenschaftsminister von Niedersachsen dem AStA zwar „ständige Rechtsbrüche" vor, entschied aber dann, *„den Göttinger AStA im Amt zu belassen."* („HAZ", 18.5.77). Ebenso lehnte er den Einsatz der Polizei zur Aufrechterhaltung des Lehrbetriebs ab, *„da der ‚Angreifer' immer in der Lage sei, seine Kräfte auf bestimmte Punkte zu konzentrieren. Falls sich die Lage weiter verschärfen sollte, müßte die Schließung einzelner Fachbereiche erwogen werden "* („Welt", 17.5.77). Stattdessen verteilte er auf dem Uni-Campus einen Brief an die Studenten, in dem er Verständnis mit dem Unmut der Studenten über die Hochschulgesetzgebung bekundete und sie aufforderte, sich vom AStA zu distanzieren. Im Gegenzug kritisierte die Göttinger „Junge Union" die *„nur geistige Auseinandersetzung"* mit dem „Terrorismus" aufs Schärfste und forderte Amtsenthebung und Polizeieinsatz. Letzterer erfolgte wenige Tage später: Mit diesem brutalen Bullenüberfall – gezielt gegen den AStA und Redakteure der „Göttinger Nachrichten" gerichtet – bot sich für die Herrschenden ein Testfall, inwieweit – im Gegensatz zur wenig erfolgreichen Propagandakampagne – durch Terrormaßnahmen gegen Einzelne die angestrebte Einschüchterung und Isolierung der Betroffenen erreicht werden könne. Doch der „harte Kurs" erwies sich als ebensowenig geeignet, die Linke zu kriminalisieren: Eine Solidarisierungswelle, die sogar das reformisitische und liberale Lager erfaßte, erteilte dem staatlichen Terror eine gebührende Antwort.

Insgesamt wurde in diesem Semester deutlich, daß in der Frage der konkreten Taktik das bürgerliche Lager quer durch die Parteien hindurch gespalten ist. Vor Ort, d.h. von den Kräften, die der Studentenbewegung qua Funktion (Rektoren, Unipräsidenten) am nächsten standen, wurde auf der Grundlage der Erfahrungen des letzten Semesters eine direkte Konfrontation weitgehend vermieden. So„mußte" Wissenschaftsminister Rau (SPD) den rechten Bochumer Rektor Meyer-Dohm erst nachdrücklich auffordern, gegen den Uni-AStA strafrechtliche Schritte einzuleiten, wegen Nachdrucks des Buback-Artikels. In der bürgerlichen Presse sowie in Teilen der Professorenschaft verstärkt sich dagegen der Ruf nach härteren Maßnahmen. Nicht nur in Hamburg, sondern auch in Westberlin wurde per Gerichtsurteil (Disziplinarverfahren gegen die Unipräsidenten) versucht, diesem Kurs die nötige Rechtskraft zu verschaffen.

Begründet wird dieses Vorgehen mit der zunehmenden Gefahr der „Gewöhnung an Gewalt" („Heidelberger Tageblatt", 12.5.77). Denn *„dieser Gewöhnung an Gewalt entsprechen die von schwächlichen Bürokraten zu Zwecken der Störungskosmetik geschaffenen institutionalisierten Formen des Weichens vor der Gewalt, insbesondere durch die ‚Auslagerung' von Vorlesungen oder Gremiensitzungen aus den Hochschulen, weshalb heute bei erwarteten Störungen nicht selten zugleich ein universitätsfremder Raum vorsorglich reserviert wird"* (Grundsatzartikel von Michael Kloepfer, der aufgrund von studentischen Protesten gegen Prüfungsverschärfungen von der Westberliner Uni gegrault wurde, in „Welt", 11.6.77). So lobte die „Welt" auch die Stellungnahme der westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK), die zwar einerseits davor warnt, dem verständlichen Protest der Studenten gegen die verschlechterten Studienbedingungen und gegen die unsicheren beruflichen Aussichten mit massiven Maßnahmen zu begegnen, die zu vermeidbaren Solidarisierungen führen könnten („FR", 17.5.77), andererseits aber bedauert, daß *„unser Hochschulrecht uns nicht die Möglichkeit gibt, uns von solchen Tätern* (z.B. dem Verfasser des Buback-Nachrufs, Anm. AK), *wenn sie entdeckt werden, auch formell zu trennen."* Im Gegensatz zu den Vertretern des „harten Kurses" empfiehlt die WRK aber eher die Taktik der Spaltung der Linken in „Gewalttäter" und „Gewaltlose", wie es die Vertreter der liberalen Vorgehensweise in Hamburg, Göttingen usw. vorschlagen und praktizieren.

Neukonzeptionierung der Bildungspolitik ?

Am Beispiel des Urteils des Bremer Staatsgerichtshof wird über die Differenzen in der Frage der konkreten Taktik hinaus deutlich, daß von Teilen des bürgerlichen Lagers dazu übergegangen wird, die Formierung der Hochschulen zügig voranzutreiben und damit die Konfrontation mit der Studentenbewegung zu suchen. Von der Bremer CDU wurde dabei eine Klage eingereicht mit dem Ziel, die Drittelparität an der „Reformuniversität" sofort abzuschaffen – entgegen dem erklärten Willen des linksliberalen Rektors sowie des Bremer Senats. Doch nicht nur die Durchsetzung des HRGs auf Länderebene, sondern vielmehr eine entschiedene Verschärfung der Hochschulgesetzgebung wird von CDU-Dregger vorgeschlagen. Dieses Konzept ist zwar auch in der CDU selbst und vor allem im Studentenverband RCDS umstritten, allerdings weist die einstimmige Annahme der Dreggerschen Thesen auf dem Hochschulkongreß der CDU in Hessen darauf hin, daß diese in naher Zukunft zum Konsens der Reaktion wird.

Unter dem Motto *„wer lange studiert, beschäftigt sich mit der Revolution"* („FR", 27.5.77) entwickelt Dregger u.a. folgendes Konzept:

- *„Das Modell Gesamthochschule wird aufgegeben."*
- Die verfaßte Studentenschaft wird abgeschafft ebenso wie die Zwangsbeiträge. Lediglich für soziale und kulturelle Belange der Studierenden sollen in Zukunft Mittel aus dem Hochschuletat beansprucht werden können.
- Verschärfung des Ordnungsrechts.
- Stipendien sollen nur noch in Form von Darlehen vergeben werden, die nach dem Prämiensystem (kurze Studiendauer, überdurchschnittliche Noten) verringert werden. Denn *„das Leistungsprinzip muß als das gerechteste, auch sozial gerechteste Auswahlprinzip zugrunde gelegt werden "* (nach „FR", 27.5.).

Insgesamt hat sich – nach Auffassung von Dregger – *„das Konzept der Gruppenuniversität (...) als unbrauchbar erwiesen."* Die Alleinherrscher der Universitäten sollen also zukünftig wieder die Ordinarien sein.

Mit diesem Modell meint Dregger die Entpolitisierung der Hochschulen organisieren zu können.

Reformistische Alternative ?

Demgegenüber wittern Teile der SPD wiederum die Chance, sich links zu profilieren: *„Und wenn Alfred Dregger auf dem Hochschulkongreß der CDU in Hessen ziemlich unverblümt die Rückkehr zur alten Ordinarienuniversität der 50iger Jahre fordert, braucht er sich nicht zu wundern, wenn eine Neuauflage der 60er Jahre postwendend folgt. Dauerstudenten zu finanzieren, die sich mit der Revolution statt mit dem Studium beschäftigen, ist Sache eines Nachtwächterstaates, so versucht Dregger in Marburg, die Studentenstreiks in die gewalttätige Ecke zu drängen."*

Mit Verständnis und vorsichtiger Unterstützung der Streikbewegung wird der Weg eines Aufbaus einer Alternative auf dem Gebiet der Bildungsrefrom vorgeschlagen, der sich schon einmal in seiner Integrationsfunktion bewährt hat: *„Die erste APO löste sich auf, weil ein Machtwechsel zur Reformbereitschaft möglich war."* („SZ", 16.5.77) Unter dem Stichwort **„Neureformierung im Bildungsbereich"** ruft das SPD-Organ „Vorwärts" zur Gründung einer **„Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Bildungsbereich"** (AfB) auf, als Nachfolgerin der in der Resignation versunkenen „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer" (AsL). Die AfB soll nach dem Willen ihrer Gründer *„im Bereich des Erziehungs- und Ausbildungswesens für die Ziele des demokratischen Sozialismus eintreten."* Einschränkend wird allerdings hinzugefügt, *„dies freilich wird auf Dauer nur möglich sein, wenn die Bildungspolitik, die die SPD als Partei des demokratischen Sozialismus anzubieten hat, vorzeigbar ist."* Genau hier liegt aber der Hase im Pfeffer. Denn der Spielraum für Reformbestrebungen ist entscheidend eingeengt: Die reaktionäre Hochschulformierung, deren administrative Voraussetzungen in Form von Radikalenerlaß, HRD/LHGs usw. längst geschaffen sind, machen die SPD als Reformpartei unglaubwürdig, zumal nicht nur in der Hochschulpolitik *„seit 1970 fast nur Gesetze beschlossen wurden, die die Liberalität eingeschränkt haben "* („SZ", 16.5.77).

Wenn also heute „vor Ort" mit den Mitteln der „Liberalität" versucht wird, das wachsende Konfliktpotential in den Griff zu bekommen, kann dies nur einen Aufschub der Konfrontation bedeuten – liegt doch der Tenor in der Hochschulpolitik auf der Durchsetzung der reaktionären Formierungsbestrebungen.

Auch die Ansätze des „Vorwärts" nehmen in diesem Zusammenhang eher eine Nebenrolle ein, denn dieses Konzept wird nicht einmal eine Chance haben, sich innerhalb der SPD durchzusetzen, denn anders als Ende der sechziger Jahre gibt es heute keinerlei reale Angebote, die die Herrschenden an die Studentenbewegung machen könnten.

Auch wenn heute mit der scharfen Zuspitzung der Konfrontation noch gezögert wird, so zeigt doch das propagandistische Trommelfeuer, hierbei insbesondere von der CDU, daß sich die Bougeoisie nicht auf „Liberalität", sondern auf einen noch schärferen Kurs vorbereitet. Wieweit sie dabei Erfolg haben wird, hängt von der Reaktion der Studentenbewegung ab. Daß Erfolge zu erringen sind, haben die diessemestrigen Erfahrungen in Göttingen gezeigt.

Bündniskommission
KB / Gruppe Hamburg

Schleswig-Holstein:
Lehrerlaufbahnverordnung und Polizeiuniversität – Streik

Am 1.6. traten die Studenten der PH Flensburg, am 15.6. die Lehrerstudenten der PH Kiel und der Uni Kiel in einen Streik gegen die neue Lehrerlaufbahnverordnung. Die Flensburger haben ihren Streik am 23.6. abgebrochen. Nach der Lehrerlaufbahnverordnung sollen vom 1.8.77 ab nur noch Lehramtsbewerber in den Schuldienst übernommen werden, die ganz bestimmte Fächer studiert haben: für Grund- und Hauptschulen Deutsch oder Mathematik, für Realschulen Deutsch, Mathematik oder Englisch und für Gymnasien die drei vorgenannten oder Französisch oder Latein. Das bedeutet für etwa 2.000 bis 3.000 Studenten in Schleswig-Holstein, daß sie faktisch umsonst studiert haben.

Am 23.6. demonstrierten etwa 3.00 Studenten in einer landesweiten Demonstration gegen diese erneuten Pläne des Kultusministeriums, die Zahl der arbeitslosen Lehrer noch um ein vielfaches zu erhöhen. Auch diese Demonstration wurde von dem in der Kieler Woche schon üblichen Bullenaufgebot begleitet, die jeden Meter der Demoroute mit gezogenem Schlagstock und sichtbarer chemischer Keule „absicherten". Durch diese Demonstration der Stärke wollte die Landesregierung verhindern, daß die Demonstranten in die Innenstadt marschieren, da dort ungestört die Kieler Woche stattfinden sollte. Dennoch wurde ihr ein Schnippchen geschlagen: Nach der Abschlußkundgebung wanderten Demonstrantengruppen an die „Kiel Linie" (täglicher volksfestähnlicher Rummel am Rande der Kieler Woche), wo sie sich zu einer Kundgebung von ca. 500 Teilnehmern zusammenfanden.

Kiel: Polizeiuni gegen Streik

Auf einer der bestbesuchtesten VVs (1.200 Teilnehmer) wurde am 15.6. für die Fachbereiche Philosophie und Mathematik-Naturwissenschaften ein sofortiger Streik beschlossen. Ebenfalls in den Streik traten die Studenten der PH Kiel.

Während der ersten Streikwoche gab das Präsidium sich den Anschein, sich beim KuMi für die Studenten ins Zeug zu legen und Verhandlungen zu führen. Am 20.6. wurde dann der „Knüller" enthüllt:

„Initiative des Präsidiums hatte Erfolg ... Entwurf für LLVO geändert" hieß es im offiziellen „Uni-Informationsdienst".

Der große „Erfolg" ist eine zugefügte „Kann"-Bestimmung, die an der LLVO und ihren Folgen nichts wesentliches ändert.

Nun sei *„mit dem Schreiben des Kultusministers der Anlaß für die Beunruhigung in der Universität entfallen"* (ebenda).

Nachdem dieses Manöver nicht zog und die Studenten die Weiterführung des Streiks beschlossen, antwortete das Präsidium zunehmend mit dem Einsatz der Polizei.

Täglich stehen Bullen auf dem Campus. *„Präsidium der Universität greift schärfer durch"* frohlockten die „Kieler Nachrichten" und *„...das Präsidium der Universität will notfalls (?) mit Hilfe der Polizei den Lehrbetrieb wiederherstellen"*. Das sieht so aus:

- Am 21.6. sollte ein Geographie-Seminar von Professor Paffen bestreikt werden. Dieser Prof hatte bereits vorher mit Ordnungsverfahren gedroht. Nachdem Mitglieder des Geographie-Streikrats aus dem Seminar hinausgeworfen wurden, kamen „fachfremde" Kommilitonen zur Hilfe, um das Seminar zu sprengen. Paffen brach das Seminar ab. Daraufhin rief er über Uni-Vize Kaltefleiter die Bullen und benannte die Studentin G.E. als angeblich Beteiligte. Ca. 40 Bullen umzingelten eine halbe Stunde später die inzwischen auf dem Rasen versammelten Studenten und griffen auf Weisung von Paffen G.E. heraus und nahmen sie fest. G.E., die nicht an der Sprengung beteiligt war, wurde erkennungsdienstlich behandelt und hat ein Strafverfahren wegen angeblicher „Freiheitsberaubung und Rädelsführerschaft" zu erwarten.
- Am 23.6. haben die Präsidiumsmitglieder Neumann und Möller in den Morgenstunden ein Streikzelt des MSB abräumen und „sicherstellen" lassen. Als „Geleitschutz": ca. 20 Bullen! Keine Quittung für die Beschlagnahmung!
- Am gleichen Tag räuberten Uni-Angestellte auf Anordung des Präsidiums Wandzeitung und Plakate, die zum Streik und zur Demonstration aufgerufen haben.
- Seit dem 21.6. ist dem AStA der Uni mittels eines extra angestrengten Gerichtsurteils verboten; zu Vollversammlungen und Urabstimmungen aufzurufen!



Die Uniwirklichkeit in Kiel: Bullen stehen Streikposten

Im Falle einer „Zuwiderhandlung hat der AStA ein Zwangsgeld von 2.000 DM (!) zu zahlen.

Kommentar des Uni-Präsidiums laut „KN" vom 24.6.: *„In dem Gerichtsurteil ... sieht das Präsidium eine rechtliche Grundlage für schärferes Vorgehen."*

Polizeiuniversität par excellance!

Die „kämpfenden" Jusos und MSB'ler

In Eintracht mit dem Uni-Präsidium, den reaktionären GG-Studenten und dem RCDS feierten die Jusos die „Verhandlungen" des Präsidiums mit dem KuMi als „Erfolg" (AStA-Info); der Streik könne jetzt – nach einer Woche – beendet werden (ein Juso-Vertreter auf der VV am 22.6., Uni). Überhaupt sei der Streik ja überall am Abbröckeln, beschwörten sie; ihnen zur Seite der MSB.

Jetzt komme es darauf an, den KuMi in einer Protest-Postkarten-Aktion „ersticken zu lassen" (ebenda) und damit die LLVO vom Tisch zu fegen! Und außerdem müßten die Studenten ihre Kräfte für das Wintersemester aufheben.

Angesichts der immer schärferen Polizeieinsätze und Betrugsmanöver der Hochschul-Bürokratie solche Töne zu spucken – das ist schon mehr als ein starkes Stück.

Wo der Streik allerdings am Abbröckeln ist, da ist es nicht zuletzt dieser Juso- und MSB-Logik zu verdanken.

Desto notwendiger ist es für die Linke, Ordnungsrechtsanzeigen und Festnahmen, Verbote der Vollversammlungen und des politischen Mandats zu „nutzen", um darüber den Protest zu verbreitern.

KB/Gruppe Kiel

Flensburg: Streik an der PH

Nach einer Urabstimmung, an der sich über 60 % der Studenten beteiligten, traten sie ab 1.6. in den Streik. Bis dahin hatten die Jusos mit allen Mitteln versucht, diesen Streik zu verhindern, da einerseits die angekündigten Maßnahmen noch nicht festständen und ein Streik gegen das HRG nicht möglich sei, da es eh verabschiedet sei. Als allerdings die Urabstimmung gelaufen war, konnten auch sie nicht mehr um den Streik umhin.

Ein gewählter Streikrat, bestehend aus dem AStA, Mitgliedern der politischen Hochschulgruppen und Unorganisierten, sollte für die Durchführung eines aktiven Streiks an der PH sorgen. Es wurden Presseerklärungen abgegeben. Arbeitsgruppen wurden eingerichtet zu Themen wie HRG, 2. Juni, Berufsverbote und Gewerkschaftsausschlüsse in der GEW (diese Arbeitsgruppe arbeitet auch weiter und beteiligt sich am Flensburger Russell-Unterstützungskomitee).

Nachdem vorübergehend der Streik abgebrochen war, wurde auf der VV vom 15.6. ein erneuter Streikbeschluß gefaßt. An der VV nahmen wieder 400 Studenten teil, und über 2/3 sprachen sich für Streik aus. Das geschah wesentlich mit dem Ziel, ein einheitliches landesweites Vorgehen der PH-Studenten zu gewährleisten – auch in Kiel war nun Streik beschlossen worden. Am 23.6. wurde auf einer neuen VV der Streik abgebrochen, gleichzeitig der Beschluß gefaßt, sich als vorläufigen Abschluß der Streikaktivitäten an einer landesweiten Demonstration der PH-Studenten am selben Tag in Kiel zu beteiligen.

PH-Zelle/KB Gruppe Flensburg

Göttingen: Solidaritätsfront weiter verbreitert

Am 15.6. fand in Göttingen mit 6000 Studenten eine der größten Demonstrationen der letzten Jahre statt, zu der in Niedersachsen landesweit mobilisiert worden war. Der Aufruf zu dieser Demo, die die Solidarität mit dem Göttinger AStA anläßlich der Hetz- und Kriminalisierungs-Kampagne der Reaktion manifestieren und eine machtvolle Dokumentation des Kampfes für die Verfaßte Studentenschaft in Niedersachsen ausdrücken sollte, wurde unterstützt von einer breiten Aktionseinheit von JUSOS, Basisgruppen, SB, SHB(Göttingen), GIM, Spontis und natürlich KB/KHB.

Das Gros der Studenten – etwa 5000 – kam aus Göttingen – nach der NHG-Demo im letzten Wintersemester die stärkste Beteiligung von Göttinger Studenten. Ein Beweis dafür, daß es der Reaktion nicht gelun-



6.000 in Göttingen

gen ist, den Göttinger AStA zu isolieren und die Studentenschaft zu spalten, trotz erheblicher – in dieser massiven Form sicherlich einmaliger – Anstrengung aller ihr zur Verfügung stehenden Mittel!

Während der Demonstration wurden vor der Tür der Staatsanwaltschaft Göttingen über 150 Papierkörbe mit sicher interessantem Beweismaterial ausgeschüttet, dazu ein Fuder Mist, der das Verhältnis, das den vor der Tür der Staatsanwaltschaft Göttingen über 150 Papierkörbe mit sicher interessantem Beweismaterial ausgeschüttet, dazu ein Fuder Mist, der das Verhältnis, das die Demonstranten zum obersten Hüter von Recht und Ordnung in Göttingen haben, unterstreichen sollte. Bei dieser Aktion kam ein Wasserwerfer zum Einsatz – allerdings nicht von Seiten der Polizeitruppen, die die gesamte Innenstadt abgeriegelt hatten, sondern in Form eines eilig herangeschafften Gartenschlauches, mit dem ein Diener der Staatsanwaltschaft die freiwillige Lieferung von „gerichtsverwertbarem Material" aus dem Fenster erfolglos behindern wollte.

Die Abschlußkundgebung war politisch sehr verschieden von „gewöhnlichen" Kundgebungen dieser Art. Sie wurde geprägt von der politischen Auseinandersetzung um die Politik des Göttinger AStA. Nach einem Referat des Göttinger AStA und einer erfreulichen Solidaritätserklärung des Juso-PH-AStA Göttingen empfahl sich der Sprecher des Juso-AStA der TU Braunschweig mit seinen Angriffen gegen den Göttinger AStA für reichliche Pfiffe. In bereits bekannter Manier behaupteten diese Musterdemokraten doch, wer, wie unser Freund, der Göttinger Mescalero, „klammheimliche Freude" bei Staatsbegräbnissen empfindet, der würde sich bereits provokativ der Reaktion gegenüber verhalten und damit mitschuldig für Angriffe dieser Seite sein. *„Der AStA trägt die Mitverantwortung dafür, wenn in Niedersachsen die Verfaßte Studentenschaft abgeschaft wird."*

Erich Fried ging in seiner Rede sehr scharf auf diese Art „des bereits geknickten Ganges" ein. Wer bereits bei diesen ersten Schritten, der Repression zu trotzen, „Halt", „Vorsicht" schreit, der sei selber schon ein Opfer des „Modell Deutschland" geworden.

Leider konnte die kontroverse Auseinandersetzung mit den Kritikern der Politik des Göttinger AStAs auf dem anschließenden Kongreß nicht fortgesetzt werden, weil diese nicht erschienen. Erschienen waren allerdings gut 2000 Studenten – wiederum für Göttingen eine außergewöhnlich hohe Zahl. Im Mittelpunkt der Diskussion auf dem Kongreß stand die Auseinandersetzung mit den Positionen der Reformisten zu den Angriffen auf den AStA und damit ihre Position zum Kampf gegen die staatliche Repression.

Hat sich der Göttinger AStA isoliert?

Vor allem von den Jusos, MSB und SHB wurde dem Göttinger AStA wiederholt vorgeworfen, sich mit dem Abdruck des Artikels und der darauffolgenden Kampagne in der Studentenschaft und „der" Bevölkerung isoliert zu haben. Was die Studentenschaft angeht, so ist dieser Vorwurf offensichtlich unsinnig. Wann hat es je eine so breite Solidaritätskampagne mit einem herausgegriffenen AStA gegeben? Über 40 ASten und FSRe in der ganzen BRD und Westberlin haben demonstrativ den angegriffenen Artikel nachgedruckt, mehrere VVs haben ihre ASten aufgefordert, dies ebenfalls zu tun, worauf sich allerdings einige trotz vehementer Bekenntnisse zum imperativen Mandat nicht gehalten haben (Unis Münster und Bremen). Die Demonstrationen gegen die Angriffe auf den AStA hatten sehr hohe Teilnehmerzahlen. Welcher andere AStA hätte innerhalb weniger Stunden 2000 Studenten , noch dazu am Freitag vor den Pfingstferien, mobilisieren können?

Das Argument der „Isolation" basiert an Tatsachen einzig und allein auf der Mobilisierung von 1000 bilisieren können? Das Argument der „Isolation" basiert an Tatsachen einzig und allein auf der Mobilisierung von 1000 Reaktionären zur Uni-VV in Göttingen (gegenüber mehr als 3000 Demokraten). Richtig ist, daß die Auseinandersetzung zu einer stärkeren **Polarisierung** unter den Studenten geführt haben, Reaktionäre vom RCDS zur Uni-VV mobilisiert wurden, die sonst nicht kommen (1000 Leute sind weit unter seinem traditionellen Wählerpotential auch schon zu Juso-AStA-Zeiten). Aber wie kann man ernsthaft von einer **Isolierung** sprechen, wenn nach tagelangem Kreuzfeuer in der Presse und im Radio ein so eindeutiges Kräfteverhältnis auf der größten Uni-VV, die Göttingen je gesehen hat, herrscht?!

Bleibt „die Bevölkerung". *„Es ist klar, was unsere nächsten Aufgaben sind: Wir müssen rauskommen aus der Isolierung, müssen um Verständnis bei der Bevölkerung und bei demokratischen Institutionen ausserhalb der Uni werben. Dazu gehören vor allem die Gewerkschaften"*, sagte der Juso-Sprecher auf der Göttinger Demonstration vom 28.5. Worin besteht denn nun „die Isolierung von der Bevölkerung"? Daß große Teile der Bevölkerung sich gegen die Kämpfe der Studenten stellen, ist sicher nicht erst seit den Göttinger Aktionen so. Sicher hat das „brisantere" Thema „Buback" auch in der Bevölkerung nicht zuletzt wegen der massiven Hetzkampagne zu einer schärferen Polarisierung geführt. Dies allerdings nicht nur im negativen Sinn, sondern es hat auch in der nichtstudentischen Bevölkerung sehr positive Reaktionen der Solidarität gegeben. Die Solidaritätserklärung der GEW Westberlin oder der Beschluß, den Artikel nachzudrucken, durch die dju Niedersachsen sind u.E. weit höher einzuschätzen als die immer wieder von Jusos und auch besonders vom MSB breitgetretenen „23 Thesen" der DGB-Führung oder sonstige Resolutionen irgendwelcher Gremien der Gewerkschaftsführung, die uns ansonsten bei jeder Gelegenheit als „Bündnis mit der werktätigen Bevölkerung" verkauft werden. Die GEW und die dju(Deutsche Journalisten Union) haben durch Taten ihre Solidarität bewiesen in einer Situation, wo sie Gefahr liefen, deswegen selbst einer ungeahnten Hetze mit ausgeliefert zu werden. Das gleiche gilt für die zahlreichen Hochschullehrer in Darmstadt, Bochum, Westberlin, Göttingen und Oldenburg, die angeregt haben, gemeinsam den Bubackartikel zu dokumentieren, um *„der Kriminalisierung, der Illegalisierung und dem politischen Äußerungsverbot entgegenzutreten, indem wir das Recht auf freie politische Meinungsäußerung praktisch wahrnehmen"* (aus einer Erklärung Westberliner Hochschullehrer).

Die vielbeschworene „Isolierung" von der Bevölkerung reduziert sich somit auf die **eigene** Angst, selbst in das Schußfeld der Reaktion zu geraten, wenn man auf seinen Rechten besteht. Die Empfehlungen der Jusos und des MSB laufen denn auch regelmäßig darauf hinaus, die Finger von der Bubacksache zu lassen, sich stattdessen voll auf den Kampf gegen das NHG (Nieders. Hochschulgesetz) zu konzentrieren. Offenbar gehen sie dabei davon aus, daß es sich mit dem „Kampf gegen das NHG" leichter um „Verständnis werben" läßt. Tatsächlich läuft diese Taktik daraufhinaus, jede konkrete Schweinerei, ist sie nur genügend durch propagandistisches Trommelfeuer in Richtung Terroristen begleitet, zu schlucken in der vagen Hoffnung, durch den „Kampf" gegen das diesen Schweinereien zugrundeliegende Gesetz die Scharte wieder auswetzen zu können. Trotz der sehr unterschiedlichen Positionen waren allerdings die Jusos immer bereit, Solidarität mit dem AStA zu üben. *„Für die Juso-Hochschulgruppen ist zwar klar, daß wir die Politik des AStA der Uni Göttingen kritisieren. Aber wir sind uns gleichfalls darin einig, daß diese Kritik nicht eine Verminderung der Solidarität mit dem Kampf um die VS (Verfaßte Studentenschaft/Anm. AK) in Göttingen bedeuten kann. Die Juso-Hochschulgruppen sind empört über die Art und Weise, wie MSB und SHB auf der VDS-MV in Dortmund sich um die Solidarität mit Göttingen herumzudrücken versuchten. Von diesen Gruppen wurde mit keinem Wort der Polizeieinsatz verurteilt, lediglich dem AStA der Vorwurf gemacht, daß er mit einer ‚Buback-Kampagne' eine wüste Provokation begangen hätte und deswegen eigentlich selbst schuld an der Repression sei"* (Juso-Rede am 28.5. in Göttingen).

MSB: ist der Ruf erst ruiniert, lebt sich's völlig ungeniert

MSB: ist der Ruf erst ruiniert, lebt sich's völlig ungeniert

Tatsächlich hebt sich die Position der Jusos bei ähnlicher Kritik doch wohltuend von der von MSB/SHB ab. Mit der Erklärung des MSB-Bundesvorstands von Anfang Mai war das Startsignal gegeben. Seither wird der MSB nicht müde, gegen den Göttinger AStA landauf landab vom Leder zu ziehen. In der Hamburger AStA-Zeitung „zas" wird der Verfasser des Buback-Artikels als *„offensichtlich geistig etwas verwirrt"* und *„politischer Idiot"* beschimpft – offenbar aus der bürgerlichen Presse kopiert, die schon vor dem MSB ‚erkannt' hatten, daß es sich in Göttingen um „Pathologen" etc. handelt. Das Bestehen auf der Meinungsfreiheit sei *„formal-bürgerlich"*, denn *„Artikel in einer AStA-Zeitung sollen der Studentenbewegung nützen, sie politisch voranbringen. Darum werden sie abgedruckt. Artikel, die es der Reaktion erleichtern, gegen die ASten und die Studentenbewegung vorzugehen, dürfen nicht gedruckt werden".* Wobei die Entscheidung darüber natürlich dem MSB überlassen bleiben muß . . . Schließlich wird dem Göttinger AStA noch vorgeworfen, sich nicht an der Hannoveraner KNS-Demonstration beteiligt zu haben gegen das NHG, sondern stattdessen eigene Demonstrationen gegen die örtlichen Angriffe organisiert zu haben, die noch dazu frech als „schlecht besucht" abgekanzelt werden. Im besten „Bild-Zeitungs"-Jargon wertet der MSB die landesweite Demonstration vom 15.6. in Göttingen aus:

„‚Vier-drei-zwei-eins-null' Dieser ‚zentrale' Kampfruf prägte die Demonstration am 15.6. Aus ganz Niedersachsen angereiste Sponti- und Anarchofreaks, regenbogenfarbige und schwarze Fahnen, markerschütterndes (!) Geheul der Stadtindianer dokumentierte die breite Solidaritätsbewegung mit dem Göttinger AStA ... Die Palette der Äußerungen von Passanten reichte von dezenter Ablehnung bis zu massivsten Beleidigungen und Beschimpfungen der Studenten. Solche Emotionen sind natürlich (!) nicht nur das Ergebnis irgendwelcher (!) bürgerlicher Schmierblätter, die einen besonders hetzerischen Kurs fahren, sondern ebenso das Resultat der Isolationsstrategie (!!) des Göttinger AStA" (MSB-Flugblatt in Göttingen).

Aus dieser vom MSB so drastisch beschworenen Isolation herauszukommen, gibt's nur einen Weg – *„der Bevölkerung unser Eintreten für das politische Mandat verständlich zu machen (dabei darf nicht die abstrakte (?) Freiheit, einen beliebigen (!!) Artikel zu veröffentlichen, im Vordergrund stehen, sondern die materielle, soziale und Politische Interessenvertretung der Studenten)"* („der rote (?) Faust", MSB-Zeitung in Göttingen).

Der MSB geht damit noch erheblich weiter als die Jusos. Diese hatten noch prinzipiell das Recht auf Meinungsfreiheit bejaht, einige Juso-ASten (u.a. PH Göttingen, TH Darmstadt) haben den Artikel auch nachgedruckt, hatten allerdings den Inhalt des Buback-Artikels als „schädlich" abgelehnt und eine Distanzierung verlangt.

Der MSB bestreitet dieses Recht auf freie Meinungsäußerung in den AStA-Zeitungen prinzipiell. Welcher politische Artikel in einer linken AStA-Zeitung kann es heute denn nicht „der Reaktion erleichtern", gegen das politische Mandat vorzugehen? Und wer entscheidet, welche Artikel „der Studentenbewegung nützen"? Darüber gibt es doch offenbar sehr unterschiedliche Ansichten. Wir haben z.B. in den vergangenen Jahren kaum einen Artikel in der Hamburger „zas" gefunden, der unserer Meinung nach der Studentenbewegung „genützt" hat. Der MSB propagiert hier die Selbstzensur, den freiwilligen Verzicht, auch evtl. „heikle" und umstrittene Themen in der AStA-Zeitung zu diskutieren, wenn dadurch möglicherweise die Reaktion einen Vorwand entdecken könnte, den jeweiligen AStA in Terroristennähe zu rücken.

In welcher AStA-Zeitung kann dann etwa heute noch über die Lage der politischen Gefangenen in der BRD berichtet werden. Und in der Tat – in MSB/SHB-AStA-Zeitungen findet sich darüber auch nichts.

Was Wunder, wenn diese überaus „nützlichen" Zeitungen gleichzeitig die langweiligsten unter den AStA-Zeitungen sind!

Das besonders Widerwärtige an der gegenwärtigen MSB-Politik ist darüberhinaus noch, wie er im Stile eines Aasgeiers über dem Göttinger AStA kreist und meint, hier bald Beute finden zu können, die ihm die Angriffe des Staats frei Haus liefern. AStA kreist und meint, hier bald Beute finden zu können, die ihm die Angriffe des Staats frei Haus liefern. *„Spätestens nach der Demonstration müssen sich die Bündnispartner der AStA-Gruppen (SB, GIM und Juso) fragen, ob sich ihre Form der Unterstützung als geeignet herausgestellt hat, unser Organ zu stärken . . . Daraus kann man nur folgern, daß man sich von diesen Gruppen (KB und BUF/Anm. AK) lossagt und das nur formale Bündnis, das die Integration verschiedener Gruppen und eine Sanktionierung der KB und BUF-Linie zum Ziele hatte, endlich aufgibt"* (MSB-Flugblatt „Vier-drei . . .").

Nicht genug damit, daß er sich selbst weigert, Solidarität mit dem



AStA zu üben, fordert der MSB in einer Situation, wo die Reaktion sich auf den Göttinger AStA eingeschossen hat, die anderen Gruppen dazu auf, diese Politik der Reaktion ihrerseits zu unterstützen, indem sie selbst den AStA isolieren.

Hintergedanke: der MSB, der in Göttingen traditionell ein Schattendasein fristet, möchte dadurch den AStA und den KHB zur Strecke bringen, um dann in aller Ruhe Leichenfledderei zu begehen. Doch erweisen sich die Göttinger MSBler als eine besonders dumme Gattung Aasgeier, sie haben die Überlebenskraft des vermeintlichen Opfers, das halt noch quick-lebendig ist, unterschätzt und sind dadurch selbst in der Gefahr zu verhungern, sprich sich in der Studentenschaft noch weiter zu isolieren.

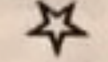
Last and least der KBW

Und noch eine weitere Spezies Geier ist in Göttingen zu beobachten – die KBW-Pleitegeier. Knapp hundert Studenten sammelten sich auf der Demonstration vom 15.6. unter seiner riesigen Fahne. Wie in vieler Hinsicht steht der KBW auch hier voll in der Tradition seiner Vorläufersekten wie der KPD/ML – je kleiner die Sekte, umso größer die Fahne. Was wiederum den KBW nicht hindert, eine ganze KVZ-Seite (vom 20.6.) einer „Generalabrechnung" mit dem Göttinger AStA und dem „KB Nord" zu widmen. Dem AStA wird unterstellt, er habe *„über zwei Wochen scheinbar vergeblich (mit der weißen Flagge) gewunken"*, bekenne sich zu „freidemokratischen Grundsätzen" etc.

Der Artikel gipfelt einmal mehr in der irren Vorstellung, außer einem KB-Genossen, dem diese Absicht schon vor einigen Wochen unterstellt wurde, strebe nun auch ein Göttinger AStA-Mitglied einen Sitz im Bundestag an.

Der ganze KVZ-Artikel ist allerdings so wirr, daß eine politische Auseinandersetzung damit schlicht nicht möglich ist, ebensowenig wie mit einer Gruselgeschichte der Groschenromanklasse.

Die Göttinger „besitzlosen Studentenmassen" haben dem KBW im unermüdlichen Kampf für das „Koalitionsrecht" derweil einen neuen glänzenden Erfolg beschert. Bei den PH-Wahlen erhielt der KSB 23 Stimmen, weniger als er dort Mitglieder organisiert hat.



Kaiserslautern: Dienstag, den 14. Juni 1977, abends gegen 19.00 Uhr. Ort: Asta der Uni Kaiserlautern. Fünf zivile Bullen des politischen Komissariats und ein Staatsanwalt betreten den ASTA. Der ASTA hatte aus Solidarität zu dem Göttinger ASTA den Buback Nachruf abgedruckt. Nach diesem Material suchen die Bullen. Daß ASTA-Mitglieder zu diesem Zeitpunkt noch dort sind, ist rein zufällig. 2 Mitglieder des ASTAS dürfen,während sämtliche Materialien durchwühlt werden, anwesend sein. Ca. 60 Leute stehen vor dem ASTA im Flur und wollen in die ASTA-Räume. Dies wird ihnen von den Bullen verwehrt. Verstärkung wird angefordert. Die Bullen knüppeln auf die Studenten los und setzen die Chemi- len verwehrt. Verstärkung wird angefordert. Die Bullen knüppeln auf die Studenten los und setzen die Chemi-sche Keule ein. 5 Studenten müssen daraufhin in ein Krankenhaus gebracht werden. Die Bullen beschlagnahmen etliches Material. Der ASTA erhält nach § 130 eine Strafanzeige.

Zu diesem Vorfall wurde am Tag drauf eine Uni-VV einberufen, an der sich ungefähr 400 Leute beteiligten.

Auf der VV wurde das brutale Vorgehen der Polizei verurteilt und eine Demonstration beschlossen. Am Donnerstag wurde mit ca. 600 Leuten diese Demonstration durchgeführt.

Bisher nur Gerede?

Zum *„Handeln, bevor es zu spät ist"* fordern die „Studenten für das Grundgesetz" (Michael Vollmer) „die Studenten" auf.

Denn: *„Das (die RAF) werden dann die Studenten sein,die heute noch ‚nur' solche Parolen schmieren. Italien ist hier Vorläufer und erschreckendes Beispiel zugleich: In der politischen Auseinandersetzung zählen dort kaum noch die Argumente, sondern die Magazine der Revolver. Nicht umsonst preisen die Chaoten vom KB und andere Kriminelle (!) die studentische Bewegung in Italien als Vorbild an."*

Die StfGG fordern deshalb: *„Schluß mit dem halbherzigen Gerede" – „das Problem (muß) an der Wurzel (gepackt werden)".*

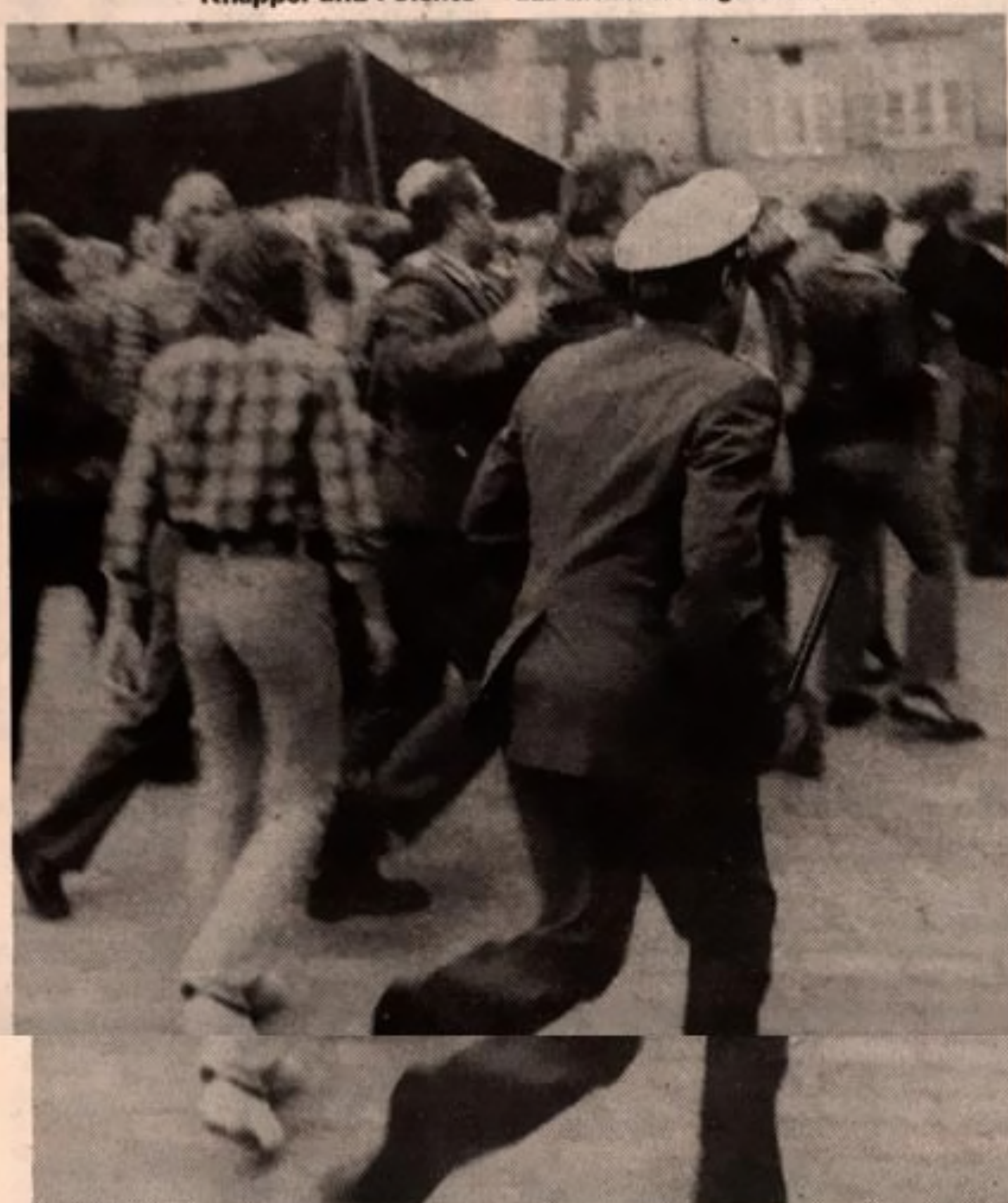


Aus Theater wurde Wirklichkeit!

Erfolgreiche Mobilisierung gegen Polizeiterror



Knüppel und Polente – das sind ihre Argumente



Knüppel frei – gegen „Störer" der Kieler Woche

Kiel. Am Dienstag, den 21.6. wurde auf dem Kieler Rathausplatz – während der Live-Übertragung des NDR-„Club" – ein Theaterstück eines „Mobilen Straßentheaters" bitterer Ernst:

Während einer Szene, in der die Erschießung des Studenten Georg von Rauchs (G.v.R. kommt aus der Kieler Studentenbewegung und wurde später von einem Kripobullen erschossen) durch westdeutsche Polizisten gespielt wurde, stürzten etwa 10 bis 15 Bullen mit gezogenen Knüppeln in die Menschenmenge und prügelten wahllos und ohne Vorwarnung auf die Umstehenden ein, zumeist Jugendliche! Bei dem Prügeleinsatz wurden 4 Menschen festgenommen, ein Theaterspieler und drei völlig Unbeteiligte!

Hanebüchene Begründung: sie hätten mit Holzknüppeln Leute zusammengeschlagen! Eine andere Version lautete: Man wollte sich die Entführer eines Professors der Kieler Uni herausgreifen . . .???

Als sich gegen die Festnahme und den Abtransport der vier spontaner Protest erhob, als hunderte massiv die Freilassung forderten und die Bullenwagen einkeilten, gingen die inzwischen über 60 Bullen erneut gegen die Menschen mit Schlagstock vor. Dabei wurde eine Person verletzt und mußte in vorübergehender Ohnmacht nach hinten getragen werden. Die Bullen forderten die „Bürger" auf, nach Hause zu gehen. Wer bliebe, sei als „Terrorist" einzustufen!

Nach Abtransport der Festgenommenen formierten sich über 500 „Terroristen" zu einer spontanen Demonstration zur Polizeiwache, wo die vier festgehalten wurden. Die Straße gehörte dem Demonstrationszug – an der Spitze zwei Holzkreuze mit den Namenszügen Georg von Rauchs und Benno Ohnesorgs. Die ganze Zeit wurden lautstark Parolen gerufen wie:

- **„Polizei - SA - SS!"**
- **„Deutsche Polizisten sind die Terroristen!"**
- **„Polizei – Mörder! Mörder!"**
- **„Kieler Woche – Bullenwoche!"**
- **„Freilassen!"**

Obwohl das ganze Gebiet um die Bullenwache von Polizei in totaler Schlägerausrüstung abgeriegelt war (auf dem Hinterhof weitere 70 bis 80 Bullen), blieben noch bis ca. 23 Uhr über 150 Demonstranten, bis auch der letzte freigelassen wurde.

Einer der vier Festgenommenen berichtete nach seiner Freilassung, ihm sei im Bullenwagen sein Helm ins Gesicht geworfen und er sei mit dem Gummiknüppel traktiert worden. Ihm soll eine Anzeige wegen angeblicher, erlogener „Körperverletzung" ins Haus geschickt werden! Ein anderer wurde erkennungsdienstlich behandelt. Nach der Freilassung zogen alle geschlossen ab.

derer wurde erkennungsdienstlich behandelt. Nach der Freilassung zogen alle geschlossen ab.

Was diese Aktion zu einem so großen Erfolg machte, war die breite und praktische Solidarität von über 500 Menschen mit den Betroffenen gegen den Polizeiüberfall und die Tatsache, daß alle vier noch am gleichen Abend freigelassen wurden.

„Kieler Woche" – Bullenwoche!

Dieser Polizeiüberfall war der vorläufig brutalste Polizeieinsatz im Rahmen der „Kieler Woche", eine als „Volksfest" ausstaffierte Propaganda-Show von über 500 angereisten, örtlichen sowie internationalen Industriebossen und AKW-Befürwortern unter dem Motto: „Was wird aus unserer (???) Wirtschaft?" Für die gesamte „Kieler Woche" hatten die SPD-Herren der Stadt ein generelles Verbot oppositioneller Meinungsäußerung verhängt!

Bereits am Eröffnungstag der „Kieler Woche" haben Bullenstreifen Anti-AKW-Stände abgeräumt und Personalienjagd auf linke Zeitungsverkäufer und Betreuer der Info-Tische gemacht.

In Kiel-Gaarden hat die Polizei im „Kidnapping-Stil" einen Zeitungsverkäufer von der Straße weg festgenommen und in Handschellen (!) zur Polizeiwache transportiert!

Mobilisierung gegen Polizeistadt und Polizei-Universität!

Bei diesen tagtäglichen Vorführungen – insbesondere für die zahlreichen ausländischen „Gäste" – wie das „Modell Deutschland" funktioniert, mußten die rechten Drahtzieher von Stadt, Industrie und Uni-Bürokratie allerdings auch einige bemerkenswerte Schlappen einstecken, die nicht zuletzt der Streikmobilisierung an den Kieler Hochschulen zu verdanken ist (Die gesamte PH sowie die größten Fachbereiche der Uni stehen im Streik gegen die sog. „Lehrerlaufbahnverordnung"; gegenwärtig finden die seit Jahren bestbesuchtesten Studenten-VVs statt; nach einer Woche Streik haben die VVs der PH und der Uni-Bereiche am 22.6. die Verlängerung des Streiks beschlossen):

– Bei der 40-Jahres-Feier des Kieler „Instituts für Meereskunde" (IfM) am 16.6. haben 300 bis 400 Studenten durch laute Sprechchöre (vom Dach des Nebengebäudes) erreichen können, daß die Festrede des CDU-KuMi-Braun sowie die gesamte Festveranstaltung zeitweilig unterbrochen und verlegt werden mußte. Durch die Anwesenheit auf dem Dach konnte der Abriegelung des IfM durch Bullen-Prügelgarden ein Schnippchen geschlagen werden.

– Einen nicht weniger schönen Erfolg konnten ca. 300 Studenten am 19.6. verbuchen: Nach ca. 45 Minuten mußte eine Propaganda-Veranstaltung des Uni-Präsidiums sowie der Kieler Großfirmen Hagenuk und Elac im Rahmen der „Kieler Woche" im Audi-Max abgebrochen werden.

Elac im Rahmen der „Kieler Woche" im Audi-Max abgebrochen werden.

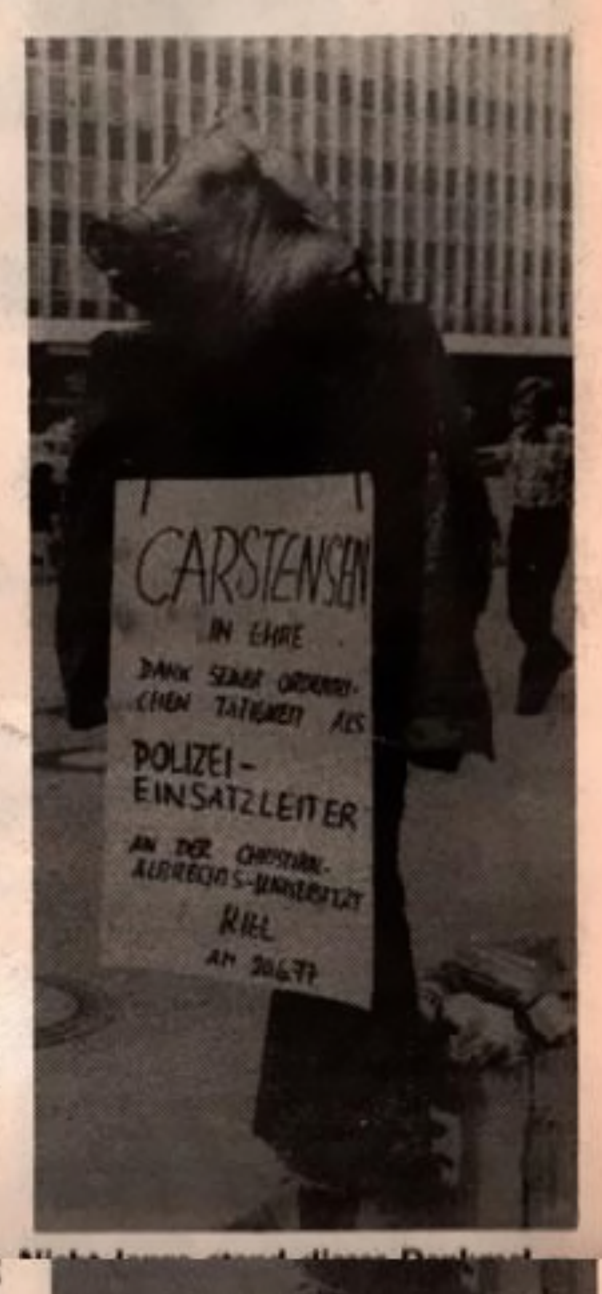
Dafür sorgten die Studenten mit Sprechchören und Trillerpfeifen, die trotz Leibesvisitationen (!), Taschendurchsuchungen (!) und Gesichtskontrollen (!), abgesichert von ca. 150 Schlägerbullen, ins Audi-Max gelangten.

– Am folgenden Tag „ehrten" Studenten den Ober-Polizei-Dirigent der Uni, Präsidiumsmitglied Carstensen, mit der Enthüllung eines „Denkmals" auf dem Campus: Carstensen als häßliche Vogelscheuche mit einem echten, fleischigen Schweinskopf.

Vor diesem Hintergrund riecht der Polizeiterror vom 21.6. „anläßlich" des Theaterspiels zu den Erschießungen Benno Ohnesorgs, Petra Schelms und Georg von Rauchs ganz nach einem abscheulichen Einschüchterungs- und Revanche-Akt der Polizei, endlich wieder zu zeigen, „wer der Herr im Haus ist". Nun, auch die Uni-Studenten haben tags darauf den Streik gegen die Lehrerlaufbahnverordnung erweitert gegen den zunehmenden Polizeiterror: Nach dem Bericht eines Festgenommenen vom 21.6. auf einer Uni-VV ist hier beschlossen worden, die Parole **„Bullen – raus aus der Uni!"** in den Streik mitaufzunehmen.

KB/Gruppe Kiel





Nicht lange stand dieses Denkmal – dann wurde der (echte!) Schweinekopf als „Beweismaterial" im Peterwagen abtransportiert!

14 Tage Streik an der Frankfurter Uni

Nach langwierigen Diskussionen um mögliche Perspektiven und Inhalte eines Streiks kam endlich am 26.5. ein Streikbeschluß zustande. In einer Urabstimmung sprachen sich 5.000 der insgesamt 22.000 Studenten für einen Streik aus. Obwohl ein breites Forderungspaket mit abgestimmt wurde, blieben Ziele und Inhalte des Streiks dennoch unklar: sollte alternativ diskutiert werden oder sollte versucht werden, den Lehrbetrieb lahmzulegen?

Widersprüchliche Positionen wurden dazu auch bei den Spontis entwickelt: einerseits die Auffassung, von Streiks als „Denkpause", andererseits dort, wo es möglich sei, auch Vorlesungs- und Seminarsprengung, was aber dem Zufall bzw. der jeweiligen Mehrheit überlassen werden sollte.

Fing der Streik auch gut an, mit einem Umzug und Vorlesungssprengungen, woran sich ca. 250 Leute beteiligten, schläferte er dann nach und nach ein.

Am ersten Tag wurde mit Trompeten und Trillerpfeifen der Streik verkündet, Seminare gesprengt. Der Umzug sollte vor allem die Funktion haben, die weniger streikbereiten Fachbereiche zu aktivieren.

Über diesen Umzug erregte sich die „FAZ" dann auch sehr: Die Studenten hatten sich eine Schere mitgenommen, an einer Lanze befestigt, um die Plakate rechter Gruppierungen, die ziemlich hoch (nicht grundlos!) in den Hörsälen hängen, zu kappen. Dabei fühlte sich ein Prof. offensichtlich bedroht und provozierte ein Handgemenge, um sich die Schere anzueignen. Am Tag darauf wußte die „FAZ" Kurioses von der Uni zu berichten: Studenten mit Helmen und Lanzen bestückt, würden die Frankfurter Profs. terrorisieren . . . .

Ein anderes erheiterndes Detail war, daß im Eifer des Gefechts eine Vorlesung gesprengt wurde, in der gerade der biedere MSB-Spartakus seine Kandidaten für die SP-Wahlen, vorstellte. Die „Störung" seiner Wahlshow nahm der MSB den Studenten sehr übel und beschwerte sich über „solche Methoden", die der „Polizei in die Hände spielen" würden! Ein anderer Umzug, diesmal von 25 Frauen, erregte auch Aufsehen. Sie liefen durch die Hörsääle und machten klar, daß sie sich die Rolle „schweigender grauer Mäuschen" in den Seminaren nicht länger gefallen lassen würden. Dies irritierte einen Prof. so sehr, daß er mit einem Tafelstock versuchte, die Frauen aus „seiner" Vorlesung rauszujagen!

Sofort nach dem Streikbeschluß erklärte Unipräsident Krupp den Streik für „rechtwidrig" und kündigte dem AStA ein erneutes Strafgeld an! Davon soll wohl die jüngste Briefaktion von Krupp bezahlt werden: alle immatrikulierten Studenten bekamen einen Droh- und Erpressungsbrief ins Haus geschickt. Darin wurden sie darauf hingewiesen, daß Bafögstreichungen und Semesteraberkennungen die Folge ihrer Streikbereitschaft sein könnten.

Explizit wurde in dem Brief von Krupp dargelegt, daß die Aussperrung der Wirtschaftswissenschaftsstudenten (der kampfstärkste Bereich!) nur eine Vorstufe zum Polizeieinsatz sei.

Damit kam Krupp der Forderung vom Bund Freiheit der Wissenschaft und vom RCDS nach. Der RCDS hatte bereits eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Krupp in Aussicht gestellt, falls er nicht härter gegen die Streikfront durchgreifen sollte. In die Front der Streikgegner reihte sich allerdings auch der KSB (Studentenorganisation des KBW's) ein: Zum Teil stimmte er direkt *g e g e n* den Streik (auf Bereichs-VV's), ansonsten zog er es nach einigen unangenehmen Erfahrungen vor, entweder nichts zu sagen, oder dann oberlehrerhaft den Studenten zu „erklären", daß jetzt zu streiken sich nicht lohne – allerdings im Herbst, bundesweit, und mit den richtigen Forderungen – da sei es gaaanz anders!

Einen ersten Erfolg zeigten die Streikgegner bei den Wirtschaftswissenschaftsstudenten, die am Tag des Ablaufens der Aussperrungsfrist ihren Streik mit einer knappen Mehrheit von 50 Stimmen für abgebrochen erklärten.

Allerdings will sich die so knapp besiegte Minderheit nicht damit abfinden und will die begonnenen Aktivitäten mit gezielten Aktionen fortsetzen.

In einer ersten Bilanz des Streiks ist zunächst festzustellen, daß die Tatsache, daß der Uni-Präsident die Studenten rausnehmen kann (und sich im WiWi-Bereich damit vorläufig auch durchsetzte) natürlich die Schwäche der Linken an der Frankfurter Uni signalisiert.

Diese Schwäche wird nun von einigen – nicht nur bei den Spontis, sondern auch z.B. in der neuen „Linken Liste" (in der auch KB-Genossen mitarbeiten) – hauptsächlich darin gesehen, daß der Streik „perspektivlos" gewesen sei, „unklare Forderungen" gehabt habe, usw. Linke Kritiker des AStA meinen, darin zeige sich wieder die typische „Theorielosigkeit" des AStA, die der Grund allen Übels sei.

Demgegenüber sollte zunächst einmal festgestellt werden, daß der Streik immerhin noch das *B e s t e* war, was der Frauen-AStA zuwege gebracht hat. Deshalb würden wir auch eine Kritik für falsch halten, die der sicherlich vorhandenen Tendenz unter den Spontis Vorschub leisten würde, sich (wieder einmal) frustriert von praktischer Uni-Politik zurückzuziehen und zum soundsovielten Male auf die Suche nach der neuen, „alternativen" Perspektive zu begeben.

Daß der Streik überhaupt stattfand, war für Frankfurter Verhältnisse erstmal ein klarer Fortschritt, und es gilt nun, ganz konkret die Bedingungen zu untersuchen, die z.B. dazu geführt haben, daß sich unter den WiWi's eine knappe Mehrheit für Streikabbruch ergab (Aktivitäten der Rechten, Erpressungen durch rechte Professoren usw.). Dies muß gleichzeitig auch die Grundlage für weitere gezielte Widerstandsaktionen sein, um diese Bedingungen wieder zu verändern, damit wir es beim nächsten Mal besser verstehen, Krupp und dem Staatsapparat für ihre Angriffe angemessene Antworten zu erteilen.

KB/Gruppe Frankfurt

Kiel: Zehn Jahre 2. Juni
Großer Erfolg für die Linken

800 bis 1.000 Menschen füllten das Audimax der Universität, als dort am 14. Juni die Veranstaltung zu dem Thema „10 Jahre 2. Juni – 10 Jahre Studentenbewegung" stattfand. Dies war die seit langem größte linke Veranstaltung, nachdem der einst dominierende Einfluß des KBW auf ein Minimum zusammengeschrumpft ist. Gleichzeitig ist dies ein Anzeichen dafür, daß die Linke sich von diesem Zerfallsprozeß erholt hat. Zu hoffen ist, daß die teilweise sehr starke Fixierung auf den KBW damit endgültig zu Ende gegangen ist. Aufgerufen hatte eine Aktionseinheit von:

ASTA Uni Kiel, CISNU, ESG, Fachschaftsgruppen Anglistik/Romanistik und Psychologie, Fachschaftsinitiative, Kommunistischer Bund, einige Spontis und Wahlfachgruppe (PH).

Es sprachen:
- Vertreter der veranstaltenden Aktionseinheit;
- ein Mitglied der Kieler CISNU;
- die Rechtsanwältin Ilse Rese für das Iran-Komitee West-Berlin;
- ein Vertreter des Karl Heinz Roth-Komitees, Hamburg;
- der Flensburger Pastor Christiansen; er hatte die Grabrede für den erschossenen Georg v. Rauch gehalten;
- ein Mitglied des Göttinger AStA
- Erich Fried.

Der ebenfalls eingeladene Peter Paul Zahl konnte auf der Veranstaltung nicht sprechen, da der Antrag auf Hafturlaub nicht genehmigt worden war. Stattdessen wurde ein Beitrag über P.P. Zahl gehalten und ein den Veranstaltern von Zahl zugesandtes Gedicht vorgetragen.

Zu Beginn wurde die Repression gegen die Veranstaltung selbst benannt: Am 9.6. hatte das Uni-Präsidium dem AStA das Audimax für die Veranstaltung verweigert. Begründung: Wahrnehmung des politischen Mandats durch den AStA. (Nachdem eine Protesterklärung gegen das Raumverbot erschienen war, gab das Präsidium eine schriftliche Raum-Zusage für den Fall, daß nicht der AStA, sondern die den AStA tragende Juso-Hochschulgruppe das Audimax beantrage, was dann auch geschah).

Schlechte Karten für die Jusos

Der Kieler Uni-AStA (Jusos) hatte auf der Veranstaltung einen schweren Stand. Er hatte – fast unleserlich – den Aufruf „Benno Ohnesorg war nur der Anfang" im asta-info abgedruckt und eine eigene Stellungnahme zum 5. Absatz des Aufrufes (politische Gefangene – „Terroristen") abgegeben, in der es zum Schluß heißt:

„Wir halten es für einen schweren Fehler, wenn man immer Solidarität zu denjenigen predigt, die unsere Solidarität mit Füßen getreten haben, die meinten, das Desperadotum automatisch politischem Handeln gleichzusetzen ist, die bewiesen haben, daß linke Sprüche alleine nicht jede Tat rechtfertigen und die viele Menschen denjenigen ausgeliefert haben, die aufgrund der Bomben den Rechtsstaat abgebaut haben.

Für uns war Ulrike Meinhof keine politische Gefangene, da sie politisches Handeln längst aufgegeben hatte. Sie war Gefangene eines Systems, das sie selbst erzeugt hat – in ihren Gedanken und aus ihren Gedanken heraus."

Dem wurde auf der Veranstaltung durch die Verlesung der Einleitung des letzten Buches von P.P. Zahl, „Waffe der Kritik", entgegengetreten: *„Allen gewidmet, die auch dann Solidarität üben und den aufrechten Gang erproben, wenn Solidarität zunehmend kriminalisiert und das Erlernen des aufrechten Gangs lebensgefählich wird."*

Auch in der Frage des Buback-Nachrufs mußte der AStA passen. Ein Vertreter des Göttinger AStA hatte eine Abstimmung über den Abdruck des Buback-Nachrufs im Kieler asta-info gefordert. Das Ergebnis entschied überwältigend für den Abdruck – gegen eine Handvoll von Enthaltungen und Gegenstimmen. Das scherte den AStA allerdings wenig. Nachdem die Veranstaltung beendet war, erklärte er einem kleinen Kreis von Insidern, daß er den Aufruf „natürlich" nicht abdrucken werde.

Der Sprecher des AStA pöbelte in seinem Redebeitrag offensiv gegen die gesamte Linke, die er als „Diskutanten", „Marxologen" u.ä. und als von der „Bevölkerung" restlos isoliert bezeichnete – wie er in seiner Praxis als Taxi-Fahrer selbst festgestellt habe!!! Pfiffe und Buh-Rufe begleiteten ihn derart massiv, daß er teilweise nicht weitersprechen konnte. Erich Fried stellte demgegenüber in seinem Schlußwort fest, daß es nicht die Aufgabe der Linken sei, sich am sogenannten „gesunden Volksempfinden" politisch zu orientieren.

KB/Gruppe Kiel

Richtigstellung

Im ARBEITERKAMPF 106 heißt es in dem Artikel „Kiel: Veranstaltung verboten", am Schluß: ... Leider nahm der Juso-AStA dies zum Anlaß, eine eigene Veranstaltung vorzubereiten ... "

Das ist nicht richtig. Der AStA hat nicht erwogen, eine eigene Veranstaltung vorzubereiten, sondern ist Mitglied der Aktionseinheit geblieben.

KB/Gruppe Kiel

Veranstaltung zum 2. Juni in Münster

Am 21.6. fand in Münster eine Veranstaltung mit dem Thema „2. Juni 1967 – 10 Jahre später – Studentenbewegung heute" statt. Aufgerufen dazu hatten die KB-Sympathisanten, SHO, PH-AStA, IStA der Fachhochschule und – der MSB.

Letzterer erklärte allerdings auf der Veranstaltung, er habe in Wirklichkeit von nichts gewußt und sei fälschlicherweise auf das Aufrufflugblatt und -plakat gesetzt worden. Offenbar ist der MSB an der PH, der nachweislich seine Unterstützung für die Veranstaltung erklärt hatte, von einer höheren Instanz zurückgepfiffen worden. Die angebliche Teilnahme des MSB wiederum veranlaßte die Iranische Studentenvereinigung (CISNU), aus der Aktionseinheit auszusteigen, da sie aufgrund der Hetze des MSB gegen die CISNU („Agenten der Schah-Diktatur", „vom CIA bezahlt" usw.) generell nicht mit dem MSB zusammenarbeiten würden.

Angesichts dieser nicht gerade günstigen Umstände – das vorgesehene Einleitungsreferat der CISNU fiel aus, der MSB pöbelte gegen die Veranstalter – verlief die Veranstaltung doch noch recht erfolgreich. Etwa 250 Studenten waren gekommen, für Münsteraner Verhältnisse ist das schon beträchtlich.

Höhepunkte der Veranstaltung waren die Beiträge von Prof. Sigrist, der den 2. Juni und die Entwicklung in den zehn Jahren danach aus seiner Sicht schilderte, und des Göttinger AStA, der die Frage der „neuen Studentenbewegung" an den Ereignissen um den Buback-Nachruf entwickelte. Der Plan der SHO (arbeitet zusammen mit der Gruppe „Rheinische Zeitung"), eine akademische Debatte über den *„studentischen Interessenkampf und die Aufgaben der Sozialisten"* zu führen, ging nicht auf. Stattdessen bekam die Veranstaltung teilweise Uni-VV-Charakter: der MSB hetzte gegen die Linken, der KSB (KBW) erzählte sein Märchen von dem gewaltlosen Programm des Göttinger AStA usw.

Immerhin verpflichtete das Auftreten der Göttinger Genossen alle Gruppen, konkret dazu Stellung zu nehmen, wie sie es mit der Solidarität mit dem Göttinger AStA halten. Allgemeine Sprüche über die „Errungenschaften der gewerkschaftlichen Orientierung" (MSB) oder die angebliche „planlose Militanz von Spontis und KB" (SHO) konnten am Göttinger Beispiel sehr gut auf ihren Gehalt untersucht werden.

KB-Sympathisanten Münster

Kurzmeldungen

Niebüll:
Gebührender Empfang für KuMi Braun

Am 15. 6. sollte KuMi Braun auf einer CDU-Veranstaltung vor Lehrern und Parteimitgliedern in Niebüll sprechen. Einige Schüler machten daraufhin ein Flugblatt, indem Schweinereien von Braun bekannt wurden

ten wie dem KB terrorisieren läßt"! Außerdem drohten sie an: *„Darum werden wir wiederkommen"*! (Alle Zitate aus dem Flugblatt „Die Argumente der Gegenseite" von den Burschenschaftlern).

Studenten im KB/Gruppe Kiel

***

zeigen in Absprache mit dem Präsidium erfolgten! Außerdem kam heraus, daß auch eine strafrechtliche Verfolgung der Fachschaftsräte Psych und Sozialpädagogisches Zusatzstudium vorbereitet wird, weil diese den „Buback-Nachruf" nachgedruckt hatten.

Zahl konnte auf der Veranstaltung nicht sprechen, da der Antrag auf Hafturlaub nicht genehmigt worden war. Stattdessen wurde ein Beitrag über P.P. Zahl gehalten und ein den Veranstaltern von Zahl zugesandtes Gedicht vorgetragen.

Zu Beginn wurde die Repression gegen die Veranstaltung selbst benannt: Am 9.6. hatte das Uni-Präsidium dem AStA das Audimax für die Veranstaltung verweigert. Begründung: Wahrnehmung des politischen Mandats durch den AStA. (Nachdem eine Protesterklärung gegen das Raumverbot erschienen war, gab das Präsidium eine schriftliche Raum-Zusage für den Fall, daß nicht der AStA, sondern die den AStA tragende Juso-Hochschulgruppe das Audimax beantrage, was dann auch geschah).

aufrechten Gang erproben, wenn Solidarität zunehmend kriminalisiert und das Erlernen des aufrechten Gangs lebensgefählich wird."

Auch in der Frage des Buback-Nachrufs mußte der AStA passen. Ein Vertreter des Göttinger AStA hatte eine Abstimmung über den Abdruck des Buback-Nachrufs im Kieler asta-info gefordert. Das Ergebnis entschied überwältigend für den Abdruck – gegen eine Handvoll von Enthaltungen und Gegenstimmen. Das scherte den AStA allerdings wenig. Nachdem die Veranstaltung beendet war, erklärte er einem kleinen Kreis von Insidern, daß er den Aufruf „natürlich" nicht abdrucken werde.

Der Sprecher des AStA pöbelte in seinem Redebeitrag offensiv gegen die gesamte Linke, die er als „Dis-

Studentenparlamentswahlen im Sommersemester '77

Wir veröffentlichen im folgenden einen kurzen Überblick über die uns bei Redaktionsschluß vorliegenden Ergebnisse der Studentenparlamentswahlen. Auffallend ist, daß in fast allen Hochschulen sowohl rechte Gruppierungen wie RCDS und SLH als auch die Spontis verschiedenster Schattierungen Stimmengewinne erzielen konnten, während praktisch alle linken Gruppen Stimmeneinbußen hinnehmen mußten. Unsere Organisation konnte bei Alleinkandidatur ihren – allerdings recht bescheidenen – Stimmenanteil halten. In der nächsten Nummer der SOLIDARITÄT, der Studentenzeitung des SSB, werden die Wahlergebnisse ausführlich veröffentlicht und dokumentiert werden.

SP-Wahlen in Bochum:
Bei einer Wahlbeteiligung von ca. 40% (gegenüber 36% im Vorjahr) sieht die Sitzverteilung folgendermaßen aus (in Klammern die Ergebnisse von 1976): RCDS 15 (12), SLH (Sozialliberaler Hochschulbund) 12 (8), ABC (Rechte) 2 (0), Fachschaftsliste (linke Liste) 10 (16), MSB 2 (4), SHB 4 (5), LHV 2 (1), Jusos 3 (5), AUT (KBW) 1 (1976 auf der Fachschaftsliste).

SP-Wahlen in Marburg:
Bei einer Wahlbeteiligung von 38,69% (1976: 38,99%) bekamen die Spontis auf Anhieb zehn Sitze und sind damit die stärkste Fraktion im Studentenparlament! Die Ergebnisse im Einzelnen: MSB 9 Sitze (gegenüber 12 Sitzen im letzten Jahr), SHB 6 (8), Jusos 7 (7), RCDS 5 (4), ADU/SLH 3 (3), LHV 0 (2), Spontis 10 (-), KSB, KSV, KSB/ML und KB-Sympathisanten haben keine Sitze bekommen. Mit 61 Stimmen haben die KB-Sympathisanten noch die meisten Stimmen von den „K-Gruppen" erhalten.

Wahlen an der Pädagogischen Hochschule (PH) in Hannover:
Bei einer Wahlbeteiligung von 30,8% wurde die Sozialistische Bündnisliste (SLB), auf der der KB mit kandidierte, mit 33,8% der Stimmen und 6 Sitzen die stärkste Liste. SHB erhielt 6 Sitze (1976: 7), RCDS 3 (2), MSB 1 (1), KSV 0 (0).

PH-Wahlen in Göttingen:
Die Sitzverteilung an der PH Göttingen wird inoffiziell folgendermaßen aussehen (bei Redaktionsschluß lagen die offiziellen Wahlergebnisse noch nicht vor): Jusos 7 Sitze (1976: 10), Sozialistische Bündnisliste (= Basisgruppen und KB) 4 (4), MSB 1 (1), SHB 1 (1), KSB 0 (1), USG (rechte Tarnorganisation) 2 (-). Die Wahlbeteiligung betrug 43%. Aufgrund der sinkenden Studentenzahlen sind auch die SP-Sitze von 17 auf 15 zurückgegangen.

SP-Wahlen in Aachen:
Bei einer Wahlbeteiligung von 42% gegenüber 38% im Vorjahr konnten die beiden rechten Studentenorganisationen RCDS und SLH zusammen 24 Sitze erringen, allerdings wurde die Basisgruppenliste mit 17 Sitzen die stärkste Fraktion des SP. Die Ergebnisse im Einzelnen: Basisgruppen 17 (14), Institutsgruppen: 3 Direktmandate, Linksunabhängige: 3 Direktmandate (1976: 2), SHB 11 (13), MSB 1 (2), LHV 1 (0), RCDS 11 (15), SLH 13 (14).

SP-Wahlen in Tübingen:
Bei einer Wahlbeteiligung von 32,6% (1976: 29,7%) ergibt sich folgende Sitzverteilung (auch hier waren die Ergebnisse bei Redaktionsschluß noch nicht offiziell bestätigt): Liste der Fachschaften (GIM, Unabhängige, Sozialistisches Zentrum) 6 Sitze, GEW 5, Jusos 4, Fachschaftsinitiative Tübingen (Gruppierung rechts vom RCDS!) 4, RCDS 7, SLH 3, SOS (Spontis) 2, MSB 1.

Kurzmeldungen

Niebüll:
Gebührender Empfang für KuMi Braun

Am 15. 6. sollte KuMi Braun auf einer CDU-Veranstaltung vor Lehrern und Parteimitgliedern in Niebüll sprechen. Einige Schüler machten daraufhin ein Flugblatt, indem Schweinereien von Braun bekannt wurden und aufgefordert wurde: „Kumist Braun raus aus Niebüll!"

Vor der Stadthalle versammelten sich dann etwa 25 Schüler mit Trillerpfeifen und Schildern, auf denen gefordert wurde: „Macht dem KuMi Dampf – Schulkampf!" und „KuMi raus!" Wir wurden aber nicht in den Saal gelassen, da wir keine Einladungen hatten. Wir setzten uns deshalb vor den Eingang, wo wir auf den Braunen warteten. Sprechchöre und die Trillerpfeifen sorgten für gute Stimmung, als der KuMi erschien. Die inzwischen erschienenen Bullen zerrten einige von uns an den Armen aus dem Weg. Ein Ziviler fotografierte dabei fleißig das Geschehen. Nach diesen Auseinandersetzungen diskutierten einige noch mit den „Ordnungshütern", was sich aber als ziemlich sinnlos erwies. Auf einer abschließenden Versammlung im JZ wurde beschlossen, die mit diesem „sit-in" begonnenen Aktivitäten fortzusetzen und die Schüler jetzt laufend über das „Elend, das da Schule heißt" zu informieren!

KB/Gruppe Niebüll

***

Keine Farben an der Uni!

Kiel. Am Dienstag, dem 14.6. trieben sich in der Cafeteria der Universität 11 Burschenschaftler, z.T. mit voller Couleur (Band und Mütze) herum. Ein Burschenschaftler wurde gleich zu Anfang seiner Mütze verlustig, *„die er bis heute noch nicht wieder hat"*. Mittlerweile hatte sich um diese Herren ein Kreis von ca. 80 - 100 Kommilitonen gebildet. Die Reaktionäre wurden aufgefordert, wegen ihres provokatorischen Aufzugs den Raum zu verlassen. Als sie auch nach einer eindeutigen Abstimmung der Umstehenden dieser Aufforderung nicht nachkamen, mußten wir ihnen die Tische und Stühle entfernen. Daraufhin wurde eine Kette gebildet und die Burschenschaftler nach draußen gedrängt. In Anbetracht ihrer isolierten Position jammerten sie hernach, *„daß sich nach wie vor der größte Teil der Studenten von radikalen Minderheiten wie dem KB terrorisieren läßt"!* Außerdem drohten sie an: *„Darum werden wir wiederkommen"*! (Alle Zitate aus dem Flugblatt „Die Argumente der Gegenseite" von den Burschenschaftlern).

Studenten im KB/Gruppe Kiel

***

Hungerstreik gegen Lehrerabzug

Seit dem 14.6. 77 befinden sich die Kollegiaten des Hessenkollegs Kassel, eine Institution des Zweiten Bildungsweges, in einem aktiven, unbefristeten Streik.

Da sie keine Möglichkeit sehen, mit einer Unterrichtsbestreikung ihre Forderungen durchzusetzen, traten am 21.6.77 um 14.00 Uhr 16 Kollegiaten in einen Hungerstreik. Sie wehren sich gegen die Stellenstreichung für einen Fachlehrer im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Bereich. Obwohl noch eine Planstelle und zwei am Kolleg ausgebildete Fachkräfte, deren Referendarausbildung zum 1.8.77 ausläuft, zur Verfügung stehen, soll die Stelle nicht neu besetzt werden.

Jeder Widerstand braucht Solidarität!

Solidaritätsadresse der Kollegiaten: Kollegiat des Hessenkollegs, Witzenhäuserstr. 5, 3500 Kassel. Da den Streikenden eine BAFöG-Kürzung droht, sind sie für jede Spende dankbar. Spendenkonto: Commerzbank Kassel (BLZ 520 400 21) Kto.-Nr. 2929008/00.

KB/Gruppe Kassel

***

Nach dem Streik: Strafanzeigen

Hamburg. Eigentlich sollte es wohl noch nicht bekannt werden, aber bei einem Go-in im Akademischen-Senat rutschte es dem Uni-Vizepräsidenten heraus: Wegen Sprengungen während des Streiks im Mai sind mindestens im Jura-Bereich eine und in einem anderen Bereich eine weitere Strafanzeige gestellt worden. Der Präsident selbst kam erst später und wollte erst alles dreist leugnen. Peinlich, daß der Vize schon geplaudert hatte!

Da haben die Hamburger Studenten nun schon den besonderen Vorteil, einen Theologen als Präsident zu haben, und nun müssen sie feststellen, daß selbst der lügt! Immerhin beichete der Ertappte, daß die Anzeigen in Absprache mit dem Präsidium erfolgten! Außerdem kam heraus, daß auch eine strafrechtliche Verfolgung der Fachschaftsräte Psych und Sozialpädagogisches Zusatzstudium vorbereitet wird, weil diese den „Buback-Nachruf" nachgedruckt hatten.

***

Würzburg:

Gedenkstätte des chilenischen Widerstandes

Am 14. Juni ließ Bossle (CSU-Anhänger und Verherrlicher des Pinochet-Blut-Regimes, gegen dessen Berufung die Studenten kämpfen) seine Vorlesung, zu der wieder etwa 150 Studenten gekommen waren, abermals ausfallen. Die Univerwaltung und Bossle selbst haben sich, nachdem sie sahen, daß er auch in Würzburg nicht widerstandslos unterzubringen war, auf die Taktik des Hinhaltens verlegt, um den Widerstand quantitativ auszutrocknen. Die 150 Anwesenden entschlossen sich spontan, zum Bossle-Büro zu ziehen und es zu enteignen. Ein Besetzungsversuch wäre unter den gegebenen Bedingungen illusorisch gewesen, aber mit der symbolischen Umbenennung in „Gedenkstätte des chilenischen Widerstands" wurde die internationale Solidarität als einen wichtigen Aspekt im Kampf gegen Bossle mehr in den Vordergrund gestellt.

Wir meinen, daß die gegenwärtig vorhandene Krise in der Weiterentwicklung der Bossle-Kampagne überwunden werden kann, indem wir mit der Aufnahme antiimperialistischer Propaganda eine gute alte Tradition der 68er Studentenbewegung wiederbeleben und sie über ihr bisher verbales Stadium hinaus vertiefen. Ansätze dazu sind bereits gemacht. Das Bossle-Komitee bereitet gegenwärtig eine Chile-Veranstaltung vor, die etwa Mitte Juli stattfinden soll.

Durch die Herausgabe der Bossle-Bücher-Rezensionen des Bossle-Komitees werden außerdem erste praktische Schritte unternommen, um die ideologische Auseinandersetzung mit der politischen Haltung Bossles aufzunehmen.

KB/Würzburg

»Nationale Unabhängigkeit« — Kampfziel der Schweizer Soldatenbewegung?

Zur Kritik und Diskussion an AK 101

Im ARBEITERKAMPF 101 hatten wir einen Artikel unter der Überschrift veröffentlicht „‚Landesverteidigung' als Grundsatz der linken Soldatenbewegung?!". In diesem Artikel, der sich auf Quellen der nicht parteigebundenen linken Zeitungen „focus", „Zeitdienst" und der trotzkistischen „bresche" bezog, hatten wir von der Spaltung der Schweizer Soldatenbewegung berichtet. Dabei hatten wir scharf eine sich herausbildende Linie der „Vaterlandsverteidigung" kritisiert und geschrieben: *„Was hier betrieben wird, ist der sichere Tod einer fortschrittlichen Soldatenbewegung"*. Wir hatten außerdem geschrieben: *„Fast grenzenlos sind der Opportunismus und die Naivität, mit denen hier Positionen begegnet wird, die nicht irgendwelche Ausrutscher darstellen, sondern die eine linke, fortschrittliche Politik unglaubwürdig machen und geeignet sind, Bündnisse mit reaktionären Kräften, bei denen es in der Frage der ‚Landesverteidigung' sicherlich keine Differenzen gibt, zu erreichen. Eine scharfe Abgrenzung und Auseinandersetzung in der Linken mit diesen Positionen ist erforderlich, um sie zu isolieren"*. Wir bezogen uns dabei auf pflaumenweiche Stellungnahmen einiger linker Organisationen zu der Spaltung bzw. Auflösung der Soldatenkomitees.

Eine bitterböse Kritik

Als Reaktion auf den Artikel erhielten wir am 2.4. einen Brief vom „Ex-Soldatenkomitee Zürich", in dem sich die Genossen über unseren Artikel beschweren: *„Offensichtlich lagen der Redaktion die Originaltexte unserer Gruppierung nicht vor. Einerseits ist es verständlich, daß sich die Redaktion auf die Arbeit ihrer Kommissionen abstützen muß. Wir finden es jedoch bedenklich, daß der Bericht der ‚Schweizkommission' in dieser Form abgedruckt worden ist. Es fällt auf, daß im Bericht nicht ein einziges Original-Zitat aus unseren Diskussionsdokumenten verwendet wird. Dafür finden sich Fälschungen aus der trotzkistischen ‚Bresche' und aus dem Zeitdienst (Artikel stammt gleichfalls von Trotzkisten). Statt einer Auseinandersetzung mit für die (schweizerische) Linke zumindest diskutablen Thesen, geht ihr im Direktgang zum Kampf mit harten Bandagen über"*. Weiter betonen die Genossen, daß sie sich gerade von der „patriotisch-chauvinistischen Haltung" der „KPS/ML" abgrenzen und weisen unsere Unterstellung einer „vaterländischen Linie" zurück. *„In keiner Passage unserer Texte haben wir die Landesverteidigung befürwortet — euern Lesern wird jedoch gerade diese trotzkistische Lüge weitervermittelt"*. Kritisiert wird dieser *„billige Journalismus in einer Zeitung, die wir gerade wegen ihrer seriösen Berichterstattung und Diskussion zu China und internationalen Themen sehr schätzen"*.

Anliegend erhielten wir zwei Diskussionspapiere, um uns von der Falschheit unseres Artikels zu überzeugen. Mit roten Ohren und Schuldgefühlen machten sich die Genossen der Schweiz-Kommission an die Durcharbeitung der Papiere, in der Befürchtung, falschen Informationen aufgesessen zu sein. Das Angebot der Genossen, eine Diskussion hierüber zu führen, nehmen wir mit diesem Artikel gerne auf, wir sind auch zu direkten Kontakten bereit.

Wenn die Genossen von uns diskutable Thesen für die schweizerische Linke erwarten, dann wollen wir sie mit diesem Artikel gern beisteuern, zumal die Diskussion hierum unsererseits fußen kann auf Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit „vaterländischen" Strömungen in der BRD und deren intensiven Auseinandersetzung und Bekämpfung durch den KB.

(Wir beziehen uns auf folgende Papiere:
I. *„An alle Mitglieder der Soldatenkomitees der Nationalen Koordination"* vom Soldatenkomitee Lausanne und
II. *„An die Freunde und Sympathisanten der nationalen Koordination der Soldatenkomitees und der Soldatenkomitees von Zürich und Lausanne"* — ohne Unterzeichner).

Auflösung der nationalen Koordination

Ausgehend von der Mehrheit des Soldatenkomitees (SK) Lausanne und des Züricher SK wurde Anfang des Jahres die nationale Koordination der SKs aufgelöst. Dies geschah offensichtlich vor dem Hintergrund, daß die Soldatenbewegung, die von 1972 — 1974 einen großen Aufschwung hatte, sich insgesamt in einem desolaten und perspektivlosen Zustand befindet. In dieser Situation fordern die SKs Lausanne und Zürich eine Debatte um die weitere Perspektive, Auflösung der alten Komitees und der nationalen Koordination und Neuaufbau der Organisation auf einer klaren und einheitlichen Linie.

Die bisherige Soldatenbewegung habe sich als unfähig erwiesen, die anstehenden Probleme anzupacken, geschweige denn, sie zu lösen. Als Ziele einer Auseinandersetzung zum Aufbau einer neuen Soldatenorganisation wurden genannt:

— *„Klärung des Sinnes und des Inhalts eines Kampfes für die demokratischen Rechte,*
— *der Kampf für die Verteidigung der unmittelbaren materiellen Interessen der Soldaten,*
— *die Organisationsarbeit RS (Rekrutenschulen), WK (Wiederholungskurse) und Zivilschutz,*
— *der Kampf für die nationale Unabhängigkeit und die Kritik an der herrschenden Landesverteidigungsideologie,*
— *der Kampf gegen den abstrakten Antimilitarismus und den Pazifismus,*
— *die zu entwickelnde Arbeit unter der Arbeiterklasse, den Volksschichten und der Jugend,*
— *der Aufbau einer nationalen Organisation mit vereinheitlichter Praxis, politischer Linie und Positionen"* (Papier II, S. 4/5).

Der „Sozialimperialismus" bedrängt die kleine Schweiz

Fast am Rande, unter „ferner liefen", wird im Papier die eigentliche „Bedrohung" der Schweiz erwähnt. Die Konstruktion des auch für die Schweiz drohenden „sozialimperialistischen" Überfalls dient der Schaffung des Begriffs der „nationalen Unabhängigkeit" für die Schweiz. *„Für eine wirkliche nationale Unabhängigkeit kämpfen ist heute notwendig, weil man die Gefahr eines neuen Krieges, angefacht durch die beiden Supermächte UdSSR und USA nicht aus der Welt diskutieren kann"* (I/12), denn auch die Schweiz wird vom *„Hegemoniestreben der UdSSR in Westeuropa"* bedroht! (I/13) Mehr noch, die Schweiz ist schon von direkter „sozialimperialistischer Subversion" bedroht (Spionagefall des Offiziers Jeanmaire, dem Agententätigkeit für die UdSSR vorgeworfen wird). Was wittern unsere Papierverfasser-Staatsschützer: *„Was kann denn die Sowjetunion an der Schweiz schon anderes interessieren, als ihr Verteidigungssystem, ihre Mobilmachungspläne und ihre Verbindungen zur NATO"* (I/13). Ja was eigentlich sonst?

Hier entlarvt sich einmal mehr das Reaktionäre der „Hegemonistreben"- und „Supermächte"-Theorie, die dazu herhalten muß, die Zusammenarbeit und Unterstützung mit bürgerlich-reaktionären Kräften zu rechtfertigen. Nichts anderes hat diese Theorie im Sinn — mit fortschrittlicher, gar sozialistischer oder kommunistischer Politik hat sie allerdings überhaupt nichts zu tun. Die BRD-Variante der „Vaterlandsverteidigung" will uns sogar weismachen, wir müßten die imperialistische, aufstrebende Macht BRD gegen das "Hegemoniestreben der Supermächte" und ihr „Vorherrschaftsstreben in Westeuropa" verteidigen. Diese Theorien dienen der Ablenkung vom Kampf für den Sozialismus und der wirklichen Befreiung der Arbeiterklasse. Es ist nicht nur keine fortschrittliche Theorie, sondern im Gegenteil eine Theorie, die der Zusammenarbeit mit reaktionären Kräften Tür und Tor öffnet und innerhalb der Linken Verwirrung stiftet.

Astreine „Vaterlandsverteidigung"

Dreh- und Angelpunkt der weiteren Argumentation ist der als ein Punkt unter vielen bezeichnete „Kampf für die nationale Unabhängigkeit", eine Tatsache, die die Züricher Genossen in dem Brief an uns abstreiten: *„Aus den beiliegenden Texten könnt ihr ersehen, daß die Auseinandersetzung um die Landesverteidigung lange nicht der Hauptauseinandersetzungspunkt ist, wie uns dies gewisse Leute unterstellen"*, (Brief vom 5.4.77).

Nun wir konnten nicht ersehen, im Gegenteil. Der Text erklärt durchgehend diese Frage zur entscheidenden Scheidelinie in der Soldatenbewegung.

„Die neue Soldatenorganisation wird auf zwei Hauptachsen aufzubauen sein. Dies ist nur möglich, nach einem grundsätzlichen Bruch mit allem Antimilitaristischen und Suberversiven das die SKs isoliert hat: der Kampf für die demokratischen Rechte und der Kampf für die nationale Unabhängigkeit über eine Kritik der heutigen Landesverteidigungsideologie. Nur wenn unsere Position klar gegen den Antimilitarismus und für die nationale Unabhängigkeit Stellung bezieht, werden wir den Kampf für die demokratischen Rechte korrekt führen können" (I/10).

Hier wie an mehreren anderen Stellen des Textes wird klar das Primat der Klärung der Frage der „nationalen Unabhängigkeit" über z.B. die für die Soldatenbewegung wichtige Frage der demokratischen Rechte erklärt. Nun gut, werden die Genossen sagen, aber da steht doch ausdrücklich: „über eine Kritik der heutigen Landesverteidigungsideologie". Richtig, so steht es da, doch lesen wir an anderer Stelle das Bekenntnis zur „Landesverteidigung": Kritisiert wird *„die Konzeption der heutigen Landesverteidigung, die auf der Masse des Kriegsmaterials und auf den blinden Gehorsam der Soldaten baut, statt auf die Mobilisierung und den Verteidigungswillen der Soldaten und der Bevölkerung"* (I/15). Gefordert wird eine *„wirkliche vom Volk getragene Landesverteidigung"*, Aufbau einer *„glaubwürdigen Landesverteidigung"* (I/13). Den Pazifisten wird z.B. vorgeworfen, *„das Volk vor einer möglichen Agression zu entwaffnen, es auszuliefern, und sie bestreiten, daß man seine Unabhängigkeit verteidigen könne"* (I/12).

Liebe Züricher Genossen!

Es gehört schon eine ganze Portion Unverschämtheit dazu, uns in Biedermannmanier der „Fälschung" zu bezichtigen und als Beweis hierfür uns schwarz auf weiß genau das zu liefern, was wir noch viel zu harmlos als eine ‚sich herausbildende Linie der ‚Vaterlandsverteidigung' bezeichnet haben. Genau diese Biedermann-Haltung kennen wir von den „Vaterländlern" der BRD, wie etwa der „KPD", die sich nicht scheuen, wieder und wieder zu betonen, man werde der „Vaterlandsverteidigung" zu Unrecht beschuldigt, das sei Verleumdung und Hetze, um dann munter weiter zu allen Fragen des internationalen Klassenkampfs, der internationalen Solidarität und des Klassenkampfs in der BRD genau diese „vaterländischen" Positionen zu vertreten.

Es ist nichts als linke Fassade, wenn in den Papieren weiterhin der Kampf „um *bestimmte Minimalrechte die zur Verteidigung ihrer unmittelbaren Bedürfnisse und ihres Standpunkts absolut notwendig sind"*(I/9) als Aufgabe benannt wird, wenn angeführt wird, es gehe nicht darum, *„die Armee umzukrempeln, zu ‚demokratisieren' oder sie in eine ‚Volksarmee' umzukrempeln, was bedeuten würde, die wahre Natur des Staates zu verschleiern ..."* (I/15 und I/8).

In Wahrheit wird die wahre Natur dieses Staates allerdings verschleiert, indem der Begriff der „nationalen Unabhängigkeit" für die Schweiz, einen Staat des imperialistischen Systems, kreiert wird. Wessen „Unabhängigkeit", wessen Interessen gilt es denn in der Schweiz unter der heutigen Klassenherrschaft zu verteidigen? Etwa die des schweizerischen Volkes?! Wenn aber nicht die, dann bleiben ja wohl nur die Herrschaft und Interessen der imperialistischen Konzerne, der herrschenden Klasse in der Schweiz und ihre imperialistischen Verbündeten.

„Nationale Unabhängigkeit" für die imperialistische Schweiz als Aufgabe der fortschrittlichen Soldatenbewegung zu fordern, eine wirksame „Landesverteidigung" zu propagieren und die Forderung der Anhebung des „Verteidigungswillens des Volkes" unter der jetzigen Klassenherrschaft überhaupt in Erwägung zu ziehen, bedeutet nichts weiteres, als sich zum Fürsprecher und Propagandisten einer proimperialistischen Politik, ihrer aggressiven Ziele und ihrer aggressiven militärischen Aufrüstung zu machen. Es handelt sich hier um eine astreine Position der Verteidigung des imperialistischen „Vaterlandes", wie Lenin sie in seiner Kritik an den Sozialchauvinisten als „Vaterlandsverteidigung" bezeichnete! Mit linker Politik, mit fortschrittlicher Soldatenpolitik hat sie überhaupt nichts zu tun. Im Gegenteil, sie schadet ihr und dient deren Zerschlagung! Der Unterschied zu den offenen „Vaterlandsverteidigern" wie der „KPS/ML" ist vor allem der, daß diese heute schon hemmungslos bereit sind, aus einer ähnlichen Einschätzung die Konsequenz zu ziehen, daß man mit der nationalen Bourgeoisie Bündnisse eingehen müsse, um die nationale Unabhängigkeit zu verteidigen, ein Schritt, vor dem die Propagandisten der Zerschlagung der Soldatenkomitees heute noch zurückschrecken.

Daß wir hier nicht einfach starken Tobak auffahren, belegen weitere Beispiele aus den Papieren.

Rechte Kritik von „Linken" zur Erhöhung der „Wehrbereitschaft"

Im Stile reaktionärer bürgerlicher Kritiker an einer zu „schlaffen" und „verteidigungsuntüchtigen" Armee wird in den Papieren Kritik an der herrschenden „Landesverteidigung" mit der Forderung nach Erhöhung des „Verteidigungswillens des Volkes" geübt:

— *„Für eine wirkliche nationale Unabhängigkeit kämpfen ... ist heute in der Schweiz vom Standpunkt des Volkes aus, ausgehend von den Bedürfnissen der Mehrheit notwendig, weil man in dieser Frage dem Bürgertum und der militärischen Hierarchie kein blindes Vertrauen schenken kann."* Gefordert wird, *„die nationale Unabhängigkeit (nicht) jenen zu überlassen, die heute die Armee befehligen ..."* (I/12).

— *„Es ist unmöglich, mit einer Armee die Unabhängigkeit zu verteidigen, die ihren Soldaten nicht einmal die im Zivilen zugestandenen Rechte garantiert"* — also mehr Rechte für die Stärkung der Verteidigungsbereitschaft der bürgerlichen Armee!

— *„Statt eine glaubwürdige Landesverteidigung aufzubauen, werden Zeit und Geld verschwendet"*, — also sinnvoller, rationeller die bürgerliche Armee auszubauen!

— Die offenen „Vaterlandsverteidiger" werden u.a. in der Frage der „Landesverteidigung" nicht wegen deren Befürwortung kritisiert, sondern weil sie glauben, *„daß die Landesverteidigung eine Frage der Erhöhung der Militärkredite sei, wo sie doch hauptsächlich ein Problem des Verteidigungswillens des Volkes ist!"* — so die pro-Militärexperten (alle Zitate I/13).

— Zum „Atomsperrvertrag" stellen die Verfasser erstaunlicherweise fest, daß es *„nicht unsere Aufgabe (ist), die Schweiz dazu zu bringen, Atomwaffen zu entwickeln, aber es läßt uns nicht gleichgültig zu sehen, wie der Bundesrat und eine Mehrheit der Räte die nationale Unabhängigkeit auf ein Problem der Rüstungspolitik reduzieren und sich dem Diktat der beiden Großmächte unterziehen"* (I/14) — Schlußfolgerung? Sie bleibt offen — z.B. „es ist nicht unsere Aufgabe, aber die des schweizerischen Bürgertums" oder was soll diese Feststellung sonst bedeuten?

Seit wann sind Linke gegen den Antimilitarismus?

Neu unter Sozialisten und Kommunisten (in der BRD nicht ganz so neu, seit es die „Vaterlandsverteidiger" gibt) ist die These, daß der Antimilitarismus bekämpft werden müsse. Für Sozialisten ist es immer noch Pflicht und Aufgabe, den Kampf gegen den bürgerlichen Militarismus, gegen die bürgerliche Armee und ihre Funktion für die herrschende Klasse zu führen. Nicht so für die Verfasser der Papiere. *„Der Antimilitarismus und der Kampf für die demokratischen Rechte sind unvereinbar"* — der *„grundsätzliche Bruch mit allem Antimilitarismus"* wird gefordert (I/10). Diese These ergibt sich logisch aus dem vorher gesagten: wer für die „nationale Unabhängigkeit" und die „Landesverteidigung" eines imperialistischen Staates eintritt, der muß jeden Antimilitarismus natürlich als Gift verketzern, denn Sozialisten und Kommunisten betreiben antimilitaristische Agitation gerade mit der Absicht der Zersetzung vor allem des ideologischen Einflusses der Armee. Konsequent und in Übereinstimmung mit bürgerlichen Militärs und Reaktionären fordern die Verfasser des Papiers denn auch den Kampf gegen die „Subversion" (I/11), ein Begriff, der haargenau dem Jargon der bürgerlichen Verteidiger der Armee gleicht!

— *„Die Antimilitaristen, die die Wichtigkeit der nationalen Unabhängigkeit nicht anerkennen und insgeheim die Zerstörung der Armee predigen ..."* (I/11), wobei von uns kritisch anzumerken bleibt, daß dies nur insgeheim geschieht!

— *„Sie tun nichts anderes, als das Volk vor einer möglichen Aggression zu entwaffnen, es auszuliefern und sie bestreiten, daß man seine Unabhängigkeit verteidigen könne"* (I/12).

— Unglaublicher Gipfel dieser „links" getarnten Thesen ist eine Passage, in der den Antimilitaristen vorgeworfen wird, daß sie ständig den nach innen, gegen das Volk gerichteten Charakter der Armee hervorheben. Dazu die Verfasser: *„Es ist nicht zu leugnen (das wäre allerdings der Obergipfel!), daß die Schweizer Armee in den letzten 100 Jahren gegen das Schweizer Volk eingeschritten ist und dabei mehrere Dutzend Arbeiter erschossen hat. Aber das ständige Herunterleiern der langen Liste der ‚innern Einsätze' beweist noch lange nicht, daß dies die Hauptfunktion der Armee im Jahr 1977 ist, von der aus die Kampfachse der Soldatenkämpfe zu bestimmen ist"* (Papier II/3, Hervorhebungen im Original). Leugnen würden sie es am liebsten, aber es ist eben nicht einfach zu leugnen. Das ist ihr Problem dabei, zumal sie ja ein linkes Publikum ansprechen wollen. Ein Reaktionär hat es dabei wesentlich einfacher!

Fazit: Kampf der „Vaterlandsverteidigung" auch in der Schweiz

Wenn die Zürcher Genossen in ihrem Brief an uns den ARBEITERKAMPF und seine seriöse Berichterstattung zu China loben, dann müssen wir sie bitten, insbesondere unsere Position zur Außenpolitik der VR China, der Schöpferin der von uns angegriffenen reaktionären „Supermächte-Theorie", nachzulesen und mit den Auseinandersetzungen in der schweizerischen Soldatenbewegung zu konfrontieren. In Bezug auf unseren Artikel in AK 101 haben wir nichts zurückzunehmen, vielmehr eine Verstärkung unserer Kritik am Opportunismus eines Teils der schweizer Linken und den Wunsch nach einer umfassenden Debatte der von uns kritisierten Positionen, die es zu isolieren und aus der Linken zu verbannen gilt. Wir können von der BRD sagen, daß diese Position in der sicher nicht vorbildlichen aber arbeitenden Soldatenbewegung, kein Land sieht. Das gilt es auch in der Schweiz zu erreichen.

Zur Kritik der Zürcher Genossen möchten wir noch nachtragen, daß wir den Eindruck haben, daß in einem Teil der schweizer Soldatenbewegung, die aufgrund des jetzigen Zustands vermutlich nicht schwer zu spalten war, die Hauptauseinandersetzung tatsächlich nicht um die Frage der „Landesverteidigung" lief und läuft. Doch die von uns angegriffenen politisch-ideologischen Grundlagen der Papiere machen deutlich, daß es den Initiatoren der Papiere gerade um diese Frage geht! Und daß die übrigen Teile der Bewegung aus der Verantwortung, welcher Weg eingeschlagen wird, nicht entlassen sind! Wir hoffen, daß unser Artikel zur Befruchtung der Diskussion beiträgt und daß unsere Einschätzung zutrifft, daß unter den abgespaltenen Mitgliedern der Soldatenkomitees genügend ehrliche Antimilitaristen und Kämpfer für eine fortschrittliche Soldatenbewegung sind.

Schweiz-Kommission
KB/Gruppe Bremen

Jetzt auch »Arbeiterpolitik«?

In der Maiausgabe ihrer Zeitung „Arbeiterpolitik" der „Kommunistischen Organisation Arbeiter-Politik", Zürich und Winterthur' einer neugegründeten Organisation aus dem „Kritischen Forum" Winterthur und der „KG Arbeiterpolitik") veröffentlicht die Gruppe den Text der Initiatoren für die Spaltung und Auflösung der Soldaten-Komitees. Die Organisation selber hält sich bei der Kommentierung zurück und schreibt in einem kleinen Vorspann, daß seit der Auflösung *„Gerüchte über diese Entwicklung (kursieren), die mit der Wirklichkeit wenig bis gar nichts zu tun haben und eine richtige Diskussion über den Kampf in der Armee verhindern. Um den Lesern der Arbeiter-Politik einen ersten Einblick in die tatsächlichen Beweggründe, die zur Auflösung der SK's geführt haben, zu ermöglichen, veröffentlichen wir eine Stellungnahme derjenigen Genossen, die diese Auflösung befürwortet haben und im Moment am Aufbau einer neuen organisatorischen Struktur für den Kampf der Soldaten arbeiten."*

Unverkennbar ist eine Sympathie für die Verfasser des Papiers. Opportunistisch ist der unkommentierte Abdruck eines Papiers, in dem der Kampf für die „nationale Unabhängigkeit" der Schweiz gegen die „Supermächte" gefordert und die „Glaubwürdigkeit" der heutigen „Landesverteidigung" kritisiert wird.

Steuert jetzt etwa auch die „Arbeiter-Politik" auf „Vaterlandsverteidigungskurs"?

Wie muß der Kampf um Frieden und Abrüstung geführt werden?

Wir veröffentlichen im folgenden einen Leserbrief, den uns ein Anhänger des „Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der DKP" zugeschickt hat. Der Brief befaßt sich mit den zwei Fragen: Verhältnis zur DKP und Kampf für Frieden und Abrüstung. Wir veröffentlichen diesen Brief, um uns daran mit diesen Fragen, die auch über die DKP und den „Arbeiterbund" hinaus in der westdeutschen Linken z.T. unklar sind, erneut auseinanderzusetzen.

»Liebe Genossen,
Eure Artikel zu den Demonstrationen des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit in den AK 103 und 105 können nicht unwidersprochen bleiben (...).

Der erste Punkt ist das Verhältnis des KB zu den modernen Revisionisten, vor allem zur DKP und den dort organisierten oder ihr nahestehenden Genossen. Daß Ihr von den Genossen und Kollegen, die in der DKP sich organisieren, nichts haltet, macht Ihr ja in sehr vielen Artikeln klar. Einen Gipfel aber produziert Ihr im AK 103. Da schreibt Ihr von der *»DKP mitsamt ihren Untervereinen, Rentnerbünden etc.«*. Abgesehen davon, daß mit den »Untervereinen« ja wohl die DFG/VK und die VVN als wichtigste gemeint sind und diese Bezeichnungen nur eine Verunglimpfung des Charakters und der Verdienste dieser Organisationen sind, was meint Ihr mit der Bezeichnung »Rentnervereine—??? Immerhin sind in diesen »Rentnervereinen« viele alte Genossen der KPD, die nicht nur KZ und Adenauergefängnisse kennengelernt haben, die nicht nur allerschwerste persönliche Opfer für die Partei und den Sozialismus auf sich genommen haben; sie sind es doch, die die lebendige Tradition zur Partei Thälmanns aufrecht erhalten. Von diesen »Rentnern« können gerade die jungen Genossen ungeheuer viel lernen. Sie sind auch oft die aufgeschlossensten, wenn man mit DKP-Genossen über den Weg zum Sozialismus diskutiert. Sie stehen auch im Kampf noch an vorderster Front. Auch wenn wir mit vielen Altgenossen auf Grund der Entwicklung der KPD und dem Sieg des Revisionismus viele Differenzen haben, so sind sie doch das lebendige Glied zu unserer ruhmreichen Vergangenheit und verdienen Achtung und Würdigung

Aber das ist ja nur ein Nebenaspekt Eurer Artikel, wenngleich sich darin sehr deutlich Euer Verhältnis zu kommunistischer Tradition ausdrückt. Viel wichtiger ist, daß in keiner Zeile von Euch der Versuch gemacht wird, die in der DKP organisierten Genossen für den Marxismus-Leninismus zu gewinnen. Es geht Euch in erster Linie um Menschen, für die die Beteiligung an Friedensdemonstrationen ein Fortschritt bedeutet, vor allem um Liberale und Anhänger der alten Sozialdemokratie. Aber auch diesen gebt Ihr keine Hilfe für eine richtige Orientierung des Kampfes um Frieden.

Um aber zum wesentlichen zu kommen: Ihr geht überhaupt nicht inhaltlich auf den Sinn und die Notwendigkeit des Kampfes für Frieden

Um aber zum wesentlichen zu kommen: Ihr geht überhaupt nicht inhaltlich auf den Sinn und die Notwendigkeit des Kampfes für Frieden

und Abrüstung ein. Im AK 103 greift Ihr nur einen besonders auffälligen Punkt der DKP-Propaganda heraus, die Entspannungs- und Abrüstungsillusionen. Gut ist, daß diese Illusionen im Artikel widerlegt werden. Aber reicht es denn aus, um die Friedensbewegung zu ändern und zu stärken, nur darüber zu jammern, daß ein großer Teil der Aktivisten der Bewegung diesen Illusionen anhängen? Reicht diese Illusion denn auch, zu verhindern, daß man selbst mit besten Kräften und unter einer richtigen Zielrichtung die Friedensbewegung unterstützt (nicht nur sich »einmischt«), um dadurch die Diskussion über die verschiedenen Standpunkte die Bewegung zu stärken und zu einen? Meines Wissens hat das als einzige Organisation der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD getan.

Das traurigste Kapitel aber ist der Artikel im AK 105 nach Abschluß der Demonstrationen. Hauptpunkt des Artikels ist wieder nicht der Inhalt der Demonstrationen und die Möglichkeit für Kommunisten, die Bewegung zu stärken, sondern sind bestimmte Schweinereien der DKP, vor allem ein angebliches Hochjubeln der Teilnehmerzahlen. Wenn die DKP und die die Veranstaltung tragenden Organisationen wirklich so etwas tun, ist es traurig. Es ist aber nur ein völlig unwichtiger Nebenaspekt. Was viel wichtiger ist, was Ihr aber überhaupt nicht beklagt, ist, daß es insgesamt, mit welchen echten Zahlen auch immer, so wenig gewesen sind. Statt die DKP zu kritisieren, daß sie durch Spaltung der Bewegung (Forderungen, die von großen Teilen nicht akzeptiert werden können) ein so trauriges Ergebnis wesentlich mitverursacht hat, greift Ihr an, daß sie das traurige Bild nicht ganz so traurig darstellen will. Hier fällt natürlich der Stein auch auf Eure eigenen Füße: Was habt Ihr denn getan, die Demonstrationen zu stärken?

Das ist der wichtigste Punkt Eurer Auseinandersetzung mit der Friedensbewegung. Ihr schreibt selbst, daß Ihr Euch in Zukunft »einmischen« wollt in die Friedensbewegung und bestimmte Forderungen und Illusionen bekämpfen wollt, aber Ihr schreibt in keiner Zeile, daß Ihr die Bewegung stärken wollte.

Der wichtigste Aspekt dieses Artikels ist jedoch inhaltlicher Natur. Der KB scheint in seinem Kampf gegen die DKP (von Auseinandersetzung um die Inhalte der Revolution kann man ja wohl nicht sprechen) nicht von kommunistischen Prinzipien ausgehen zu wollen, sondern er wechselt die Positionen beliebig, Hauptsache, es geht gegen die DKP. So nehmt Ihr im Artikel in AK 105 offen die Position der Sozialchauvinisten ein, obwohl Ihr sonst angeblich so standhaft dagegen kämpft. So schreibt Ihr: *»Indessen ist dieser für die DKP-Führung positive Aspekt auch mit einem negativen verbunden: Die bisherige Grundlinie der DKP ist es, von der Tatsache abzulenken, daß trotz [bzw. richtiger: wegen] der scheinbaren ‚Entspannung' vor allem zwischen den USA und der Sowjetunion ein unvorstellbares Wettrüsten insbesondere auf dem Gebiet der atomaren Massenvernichtungswaffen stattfindet; diesen ‚Entspannungs'schwindel verbindet die DKP mit der Forderung nach einseitiger Abrüstung der BRD (insbesondere die Forderung nach ‚Verzicht auf alle neuen Rüstungsprojekte' und Senkung des Rüstungsetats um zehn Prozent). Indessen bringt es die zunehmende politische Breite dieser Bewegung mit sich, daß auf allen Kundgebungen von vielen der Redner der Blick auch auf das Wettrüsten zwischen USA und Sowjetunion gelenkt wurde, daß konkrete ‚Abrüstung in Ost und West' gefordert wurde usw«.*

Soweit das Zitat. Jetzt verratet mir und allen anderen Genossen doch einmal: Ist es ein Fortschritt, wenn statt (von »Statt« haben wir überhaupt nicht gesprochen. Es geht hier nicht um »entweder — oder« — Anm. AK) das Treiben des deutschen Imperialismus anzugreifen, allgemeine Forderungen nach Abrüstung in Ost und West erhoben werden? Weiter gedacht, hieße der Fortschritt »Allgemeine Abrüstung«? Das ist doch platter Liberalismus! Sollen denn die sozialistischen Länder abrüsten und so den Imperialismus zum Angriff ermutigen? Hätte denn das vietnamesische Volk abrüsten sollen, statt dem US-Imperialismus den Schädel blutig zu schlagen?

Das wird auch durch die Formulierung weiter hinten nicht aufgehoben, wo steht, man müsse den Kampf gegen den BRD-Imperialismus verbinden mit der Verurteilung des Wettrüstens USA—Sowjetunion. Ihr sagt ja selber, e i n s e i t i g e Abrüstung des BRD-Imperialismus zu fordern, sei falsch. Dann soll also die BRD nicht abrüsten, solange noch die Supermächte oder irgendjemand sonst aufrüstet? Das ist doch Sozialchauvinismus reinsten Wassers. Für Kommunisten gilt immer noch anderes. Kommunisten fordern immer noch einseitige Abrüstung. Nämlich Abrüstung der Imperialisten! Und da der Hauptfeind im eigenen Land steht, Abrüstung des BRD-Imperialismus!

Welches gemeinsame Interesse sollen wir denn mit den Krupp und Thyssen haben, wenn wir uns gegen ihre Schwächung wehren? Im Gegenteil, alles, was die schwächt, nützt uns. Und wenn uns jemand angreift? Na und, immer noch gilt, keinen Mann und keinen Pfennig diesem System. Solange das Land nicht unser Land ist, haben wir nichts zu verteidigen. Im Klartext noch einmal, jede Abrüstungsmaßnahme, die den BRD-Imperialismus schwächt, stärkt uns, stärkt die Kräfte für Frieden und Sozialismus. Wer davon ablenkt, wer sich gegen »einseitige« Abrüstung des BRD-Imperialismus wendet, verharmlost den BRD-Imperialismus und schwächt die Friedenskräfte. Konsequent weitergeführt bringt Euch Eure Position nicht nur in die Fußstapfen der selbsternannten »KPD«, sondern auch in die historischen Fußstapfen der Bewilligung von Kriegskrediten usw.!

So, das war ein langer Brief, ich hoffe aber, Ihr druckt ihn trotzdem ab und beantwortet ihn, da er eine Reihe wichtiger Fragen kommunistischer Politik heute antippt. Ich hoffe auch, daß die Diskussion zwischen den Zirkeln um diese Fragen in Gang kommt und daß dadurch die Friedensbewegung endlich gestärkt wird«.

Antwort der Redaktion

Wir schließen uns, in Anbetracht der großen Bedeutung dieser Frage, dem Genossen mit seiner Hoffnung an, wobei es vor allem auch darauf ankommen wird, endlich die DKP zu einer ernsthaften Auseinandersetzung um diese Frage zu zwingen.

Damit sind wir auch schon beim ersten Punkt, also unserer Haltung zur DKP. Der Genosse vom »Arbeiterbund« liefert selbst ein anschauliches Beispiel für die wirklichkeitsfremde Idealisierung dieser Partei und ihrer Anhänger durch den »Arbeiterbund«. Unsere politische Arbeit seit 1970 hat uns zigfach den Beweis erbracht, daß es weitaus eher möglich ist, mit Liberalen, Christen und sogar mit Sozialdemokraten zu einer punktuellen Zusammenarbeit zu kommen, als mit der DKP. Von Seiten der DKP haben wir keinem (!!) Fall etwas anderes erlebt, als eiskalte Ablehnung und skrupelloses Spaltertum. Das innerparteiliche Klima in der DKP ist gekennzeichnet von Leisetreterei und Druckmäusertum, gegen das im Vergleich sogar die SPD noch als ungeheuer quirlige, pluralistische und demokratische Partei erscheinen muß. Wer hätte in der DKP jemals seit ihrer Gründung vor acht Jahren breitere Akte der Auflehnung erlebt, wie es die Jusos in der SPD immerhin vorgeführt haben? Dabei hätte es doch wohl Gründe genug für Auflehnung und Protest auch in der DKP gegeben — oder etwa nicht?-

Man sieht schon, daß wir das gängige Schema des »Arbeiterbund« von der »ehrlichen Basis« und der »verräterrischen Führung« der DKP nicht teilen, und zwar einfach deshalb, weil dieses Schema der Wirklichkeit nicht entspricht. Ebenso ist klar, daß wir im Zusammenhang unserer Bündnispolitik der DKP keineswegs den alles überragenden Platz einräumen, den die DKP beim »Arbeiterbund« genießt. Wir machen eine r e a l e Bündnispolitik, d.h. Bündnispolitik mit d e n e n, die dazu b e r e i t sind. Das ist an sich unter Kommunisten eine Selbstverständlichkeit; man muß es aber in diesem Fall ausdrücklich betonen, weil sich die Bündnispolitik des »Arbeiterbund« vorwiegend im Reich der P h a n t a s i e abspielt. Uns ist k e i n einziges Beispiel bekannt, wo die DKP sich auf eine Aktionseinheit mit dem »Arbeiterbund« eingelassen hätte, obwohl dieser doch — im Gegensatz zu uns — dafür die richtigen Rezepte in der Tasche zu haben meint!

Der Genosse hat im wesentlichen recht, wenn er meint, wir würden nicht versuchen, *»die in der DKP organisierten Genossen für den Marxismus-Leninismus zu gewinnen«*. Richtig ist daran so viel, daß die Anhängerschaft der DKP keineswegs d a s bevorzugte Ziel unserer politischen Arbeit ist, also anders als beim »Arbeiterbund«. Wir gehen nach allen Erfahrungen davon aus, daß es in der Regel erheblich leichter ist, z.B. Sozialdemokraten oder Liberale für unsere Politik zu gewinnen, als ausgerechnet Leute, die durch die »Gehirnwäsche« der DKP und ihrer Holzhammer-Presse gegangen sind. Wir wüßten gern, ob der »Arbeiterbund« von gegenteiligen Erfahrungen berichten kann? Wir glauben jedenfalls n i c h t, daß dem »Arbeiterbund« durch seine spezielle Taktik irgendein nennenswerter »Einbruch« in die Reihen der DKP gelungen ist, während umgekehrt ganz offensichtlich sich in den Reihen des »Arbeiterbund« Verunsicherung gegenüber dem Revisionismus und sogar DKP-Vorstellungen ausbreiten. Wobei für uns weiterhin unklar ist, welche Führer des »Arbeiterbund« überhaupt noch selbst an den Sinn ihrer »Taktik« glauben, und welche schon ganz b e w u ß t dabei sind, der DKP die Hasen in die Küche zu treiben...

Kommen wir zur wesentlicheren Frage, der Frage nach dem Kampf für Frieden und Abrüstung. Auch hier muß man wieder die »KAZ« lesen, um die Auffassungen des Leserbriefschreibers überhaupt richtig verstehen zu können.

Der Schreiber behauptet, die Forderung nach allgemeiner Abrüstung sei, so wörtlich, »platter Liberalismus«. Die Begründung für diese mehr als seltsame These findet sich in der »KAZ« Nr. 112 und Nr. 113. Kurz gesagt behauptet die »KAZ«, daß man diese Forderung nicht aufstellen dürfe, weil dann ja auch die »sozialistischen« Länder (wobei die inhaltliche Füllung dieses Begriffs in der »KAZ« schwankt!) und die Länder der »Dritten Welt« abrüsten müßten, und das dürfe man nicht von ihnen verlangen.

Der »Arbeiterbund« gibt sich überhaupt voll rührender Fürsorge für die *»friedliebenden kleinen Staaten«*, denen man doch eine Abrüstung nicht zumuten könne (»KAZ«-Extrablatt). Abgelenkt werden soll damit von der Tatsache, daß die Frage der allgemeinen Abrüstung natürlich keineswegs an den »friedliebenden kleinen Staaten« scheitert, sondern am Imperialismus und Revisionismus, insbesondere auch am atomaren Wettrüsten zwischen USA und Sowjetunion. In seiner Fürsorge für die »kleinen friedliebenden Staaten« geht der »Arbeiterbund« so weit, daß er schon den Begriff Wettrüsten nimmer hören mag: *»Wer ... von Wettrüsten spricht, wie es viele friedliebenden Kräfte in Westdeutschland fälschlicherweise tun, der verkennt diese Tatsachen und stellt, ob er es will oder nicht, die Kriegsbrandstifter mit denen, die den Frieden, so schlimm es ist, mit der Waffe verteidigen müssen, auf eine Stufe«* (»KAZ«-Extrablatt). Diese Argumentation geht vollständig an der Sache vorbei, da beim Begriff Wettrüsten niemand an die »kleinen friedliebenden Staaten« oder auch an einen größeren Staat wie die VR China denkt, sondern in erster Linie an die Kriegsmaschinen der Nato und des Warschauer Pakts. Den »kleinen friedliebenden Staaten«, aber etwa auch der VR China geht das Interesse ebenso wie die materielle Grundlage für eine Beteiligung am Wettrüsten ab. Sie sind daher natürlich auch nicht g e g e n eine allgemeine Abrüstung, sondern d a f ü r. Es ist unverkennbar, daß in der »KAZ« die rührende Fürsorge für die »kleinen friedliebenden Staaten« nur v o r g e-

auch nicht g e g e n eine allgemeine Abrüstung, sondern d a f ü r. Es ist unverkennbar, daß in der »KAZ« die rührende Fürsorge für die »kleinen friedliebenden Staaten« nur v o r g e-

t ä u s c h t ist, um insbesondere von der Aufrüstung der Sowjetunion, aber darüber hinaus sogar vom Wettrüsten USA—Sowjetunion abzulenken. Dahinter steht letzten Endes der Gedanke,daß wir nicht gegen die Aufrüstung der Sowjetunion sein dürften, weil diese »friedliebend« sei und sich schließlich »verteidigen« muß. Noch mit Zurückhaltung deutet sich dieser Gedanke an im Offenen Brief der »KAZ« »an einen Genossen der DKP«: *»Ich will gar nicht mit Dir streiten, ob die Länder des Warschauer Pakts sozialistische sind oder nicht, denn darauf kommt es bei dieser Frage gar nicht so sehr an«.* (»KAZ«-Extrablatt). Wir meinen im Gegenteil, daß es auf diese Frage allerdings s e h r ankommt, wenn über die Probleme von Frieden und Abrüstung diskutiert wird!

Denn es ist doch wichtig, ob die Sowjetunion als sozialistischer Staat und Haupt-»Friedenskraft« betrachtet wird (wie es die DKP tut), oder ob man eine andere Einschätzung der Sowjetunion hat. Das heißt, der »Arbeiterbund« meint, mit der DKP diskutieren zu können und zu müssen, ohne überhaupt deren G r u n dvoraussetzung — nämlich die Anerkennung der Sowjetunion als »sozialistische Friedensmacht« usw. — in Frage zu stellen. Dieses Herangehen ist absurd.

An anderer Stelle verzichtet der »Arbeiterbund« denn auch gleich auf jede Zurückhaltung und bekennt sich offen zur Theorie vom »realen Sozialismus«: Der KB, so liest man da (»KAZ« Nr. 113, Seite 8), habe *»kleinbürgerliche Äangste«* — vor dem *»Sozialismus, wie er real nun mal von einem Drittel der Menschheit aufgebaut wird«*. Dieses Drittel kommt aber nur zustande, wenn man außer der VR China auch die Sowjetunion hinzuzählt!!

Fortsetzung Seite 58

Fortsetzung von Seite 57

Wie muß der Kampf um Frieden und Abrüstung geführt werden?

Anders läßt sich auch der offensichtliche Widerwille nicht erklären, den der »Arbeiterbund« ebenso wie der Briefschreiber gegen die bloße Erwähnung der sowjetischen Aufrüstung hat. Während w i r kritisiert haben, daß die DKP ausschließlich die Forderung nach einseitiger Abrüstung des BRD-Imperialismus erhebt und das atomare Wettrüsten USA—Sowjetunion unerwähnt läßt, kommt die Kritik des »Arbeiterbund« von einer ganz anderen Seite: Er wirft der DKP vor, daß sie es überhaupt zugelassen hat, daß z.T. auf den Veranstaltungen des »Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit« am 21. Mai a u c h von a l l g e m e i n e r Abrüstung gesprochen wurde, daß dort vom atomaren Wettrüsten USA—SU gesprochen wurde usw.: Die DKP habe *»kritiklos«* ein *»Sammelsurium von Rednern«* geduldet, und: *» ... da wurde von manchen auch die besondere Gefährlichkeit der beiden Supermächte in einer Weise hervorgehoben, die den deutschen Imperialismus verniedlicht und dem Revanchismus Vorschub leistet. Da wurde gegen ‚Unterdrückung in beiden Teilen Deutschlands' gesprochen«*, und eben auch *»gegen das Wettrüsten in Ost und West«* (»KAZ« Nr. 113, Seite 11).

Die »KAZ«, ebenso wie der Leserbriefschreiber, behaupten, daß wir in der BRD ausschließlich für einseitige Abrüstung des BRD-Imperialismus eintreten müßten. Nur an einer einzigen vergleichsweise kurzen Stelle seiner umfangreichen Ausführungen zum 21. Mai erwähnt der »Arbeiterbund« überhaupt mal Fakten zum atomaren Rüstungspoker USA—Sowjetunion im Schatten der SALT-Verhandlungen und -Abkommen. Die Schlußfolgerung des »Arbeiterbund« aus diesen Fakten ist freilich wieder bezeichnend: *»Bei solchen Abkommen müßte wahrlich jeder, dem es um den Frieden ernst ist, große Bedenken bekommen, daß er sich nicht auf solche Vertragstexte, nicht auf die Zusammenarbeit der Großmächte verlassen kann, sondern daß ausschließlich er selbst es ist, der den Frieden sichern kann, indem er jeweils in seinem eigenen Land die eigenen Kriegstreiber bekämpft, sie in die Defensive drängt, mit dem Ziel, über sie Sieger zu bleiben!«* (»KAZ«-Extrablatt).

Selbst angesichts klarer Fakten bringt die »KAZ« es also noch fertig, dummes Zeug zu schreiben. Wie können wir denn das atomare Wettrüsten USA—SU bekämpfen, indem wir uns ausdrücklich darauf b e s c h r ä n k e n, »unseren« eigenen Imperialismus zu bekämpfen, und diesen Kampf gegen die Forderung nach a l l g e m e i n e r Abrüstung ausspielen?! Können wir den Frieden sichern, indem w i r uns ausschließlich darauf beschränken, » u n s e r e n « Imperialismus zu bekämpfen, während wir es dem Volk der USA überlassen, ausschließlich gegen die Aufrüstung »ihres« Imperialismus zu kämpfen, und dann vielleicht noch warten, bis auch die sowjetischen Werktätigen gegen die Aufrüstung »ihres« Staates zu kämpfen beginnen?... Können wir in Mitteleuropa, das von Truppen der USA und der Sowjetunion militärisch besetzt ist und auf das hunderte von Atomwaffen gerichtet (und stationiert!) sind, annehmen, es würde für uns ausreichen, n u r die Aufrüstung des BRD-Imperialismus zu bekämpfen?! Eine mehr als naive Auffassung!

Es ist eindeutig, daß die Kommunisten international die Forderung nach allgemeiner und vollständiger Abrüstung erheben, wobei freilich die Kommunisten jeden Landes in erster Linie – aber nicht ausschließlich! – für die Abrüstung „ i h r e r " Imperialisten kämpfen. Wir sind also nicht gegen einseitige Abrüstung des BRD-Imperialismus, wenn wir solche Schritte erzwingen können. Wir sind aber dagegen, daß mit der Lüge von der „Entspannung als Haupttendenz unserer Zeit" und mit der Ablenkung vom Wettrüsten Nato-Warschauer Pakt und USA-SU eine Politik betrieben wird, die uns letzten Endes w e d e r die Abrüstung des BRD-Imperialismus, n o c h irgendeinen anderen Abrüstungsschritt bringen kann.

Es liegt auf der Hand, daß sich die Forderung nach e i n s e i t i g e r Abrüstung der BRD in unserem Land überhaupt nur Menschen zu eigen machen können, die entweder totale Pazifisten oder umgestülpte Vaterlandsverteidiger sind (wie die DKP, die zur Abwechslung ihr »Vaterland« Sowjetunion verteidigen möchte), oder aber, die bereits mit der kapitalistischen Gesellschaft und dem bürgerlichen Staat gebrochen haben. Es ist ausgeschlossen, daß heute eine solche Forderung die Massen ergreifen könnte. Das sieht die »KAZ« freilich ganz anders: *»Viele der Friedenskräfte waren wie wir der Ansicht, daß Forderungen gegen den Revanchismus und Militarismus der westdeutschen Bourgeoisie die Friedensbewegung viel besser einigen und stärken können, als der Aufruf des Komitees«* (»KAZ« Nr. 113, Seite 11). Der Briefschreiber argumentiert ähnlich, wenn er behauptet, die DKP würde die Friedensbewegung spalten durch *»Forderungen, die von großen Teilen nicht akzeptiert werden können«*. Da hiermit aber keineswegs die Forderungen der DKP nach einseitiger Abrüstung der BRD gemeint sind, sondern nur die »Entspannungs«-Parolen u.ä., muß man schon die Frage stellen, welche »großen Teile« der Friedensbewegung dies »nicht akzeptieren können«. Leider ist es doch so, daß g e r a d e der »Entspannungs«schwindel heute noch in der Friedensbewegung ganz gut ankommt, jedenfalls besser als die Forderung nach einseitige Abrüstung der BRD. Wenn der »Arbeiterbund« und der Briefschreiber es so darstellen, als würde eine Beschränkung auf die Forderung nach Abrüstung der BRD die Kampffront v e r b r e i t e r n, dann ist das fern der Realitäten.

Zum besseren Verständnis muß man sich auch einmal die vom »Arbeiterbund« selbst aufgestellten Forderungen ansehen »KAZ«-Extrablatt): Davon wendet sich k e i n e gegen das Wettrüsten Nato—Warschauer Pakt, keine Forderung gegen das atomare Wettrüsten USA—SU, und sogar die Forderung nach Abzug der US-Truppen und -Waffen aus der BRD haben die »Arbeiterbund«-Führer glatt »vergessen«! Es fehlen z.B. solche international erhobenen Forderungen, wie die Vernichtung aller Atomwaffen, die Räumung aller Stützpunkte auf fremden Territorien u.ä. Witzigerweise rühmte sich der »Arbeiterbund« nachträglich sogar noch, »wir haben glaubwürdig demonstriert, daß wir die entschiedensten Kämpfer für Frieden und Sozialismus sind« (»KAZ« Nr. 113, Seite 10). Diese Behauptung ist angesichts der Tatsachen wirklich grotesk! Man muß auch sagen, daß der »Arbeiterbund« es trotz seiner Lobhudeleien auf sich selbst noch nicht enmal zu k o n k r e t e n Abrüstungsforderungen (wie immerhin die DKP!) gebracht hat, sondern daß er sich mit der Wischi-Waschi-Parole *»Runter mit der Rüstung!«* begnügt (»KAZ«-Extrablatt). Es sei in diesem Zusammenhang auch daran erinnert, daß sich diese entschiedensten aller Friedenskämpfer erst kürzlich ganz fürchterlich aufgeregt haben, als wir — der KB — auf den Zusammenhang zwischen der »friedlichen Nutzung der Kernenergie« und dem Streben des BRD-Imperialismus nach eigenen Atomwaffen hingewiesen haben. Denn die ganze Anti-AKW-Bewegung ist diesen allerentschiedensten Friedenskämpfern ein Greuel!

So ergibt sich, daß der »Arbeiterbund« n o c h n i c h t e i n m a l für die Abrüstung des BRD-Imperialismus wenigstens konsequent eintritt, obwohl er sich diesen Flair zu geben versucht. Der »Arbeitebund« mag sich auch nicht dazu entschießen, die chinesischen Politiker zu kritisieren, die mit Aufrufen zur Stärkung der Nato und wilden Warnungen vor der angeblichen »sozialimperialistischen« Gefahr die Kriegsgefahr in Europa noch weiter anheizen. Für den »Arbeiterbund« ist das immer noch *»revolutionäre Außenpolitik«*. Der »Arbeiterbund«-Anhänger, mit so viel Inkonsequenz und Blödsinn seiner Führung konfrontiert, macht natürlich in der Auseinandersetzung mit DKPlern keine besonders gute Figur, sondern wird spielend leicht »auseinandergenommen«.

Schließlich ist auch noch zu sagen, daß der „Arbeiterbund" den i n t e r n a t i o n a l e n Charakter des Kampfes für Frieden und Abrüstung völlig ignoriert, wenn er fordert, daß die Werktätigen des jeweiligen Landes a u s s c h l i e ß l i c h die Abrüstung „ihrer" Bourgeoisie fordern sollten und sich ansonsten um die Aufrüstung in der Welt nicht kümmern dürften. Man müßte dann ja wohl auch schlußfolgern, daß wir einen grossen Fehler gemacht haben, uns gegen die US-Aggression in Vietnam zu wenden, statt dies auschließlich den Werktätigen der USA zu überlassen. Oder daß wir z.B. auch einen großen Fehler gemacht haben, 1969 gegen die militärischen Abenteuer der Sowjetunion am Ussuri zu protestieren, statt dies ausschließlich den Völkern der Sowjetunion selbst zu überlassen?!... Eine solche Auffassung zerreißt den internationalen Kampf der werktätigen und unterdrückten Völker für Frieden und Sozialismus in seine nationalen Einzelteile und schwächt ihn somit entscheidend.

Prostitution an der Schreibmaschine

Vor einigen Wochen machte sich die „Stern"-Journalistin Susanne Mersmann daran, einen Artikel über „die K-Gruppen" zu schreiben. In der Ausgabe vom 23. Juni kann man jetzt das Ergebnis finden. Überschrift: „Zwischen Marx und Murks". Was den Artikel angeht, so ist die Sache zweifelsfrei: es handelt sich um Murks.

Immerhin hatte Frau Mersmann Mühen und Spesen nicht gescheut: Zu Schmierer (KBW) war sie nach Mannheim gefahren, zum Horlemann („KPD") nach Köln, und Ernst Aust („KPD/ML") hatte sie in seiner Hamburger Wohnung besucht. Auch im KB-Büro war sie gewesen: Wir hatten keine Bedenken gehabt, einer Lohnabhängigen die politischen Ziele unserer Organisation zu erläutern.

Man fragt sich indessen beim Lesen ihres Artikels, wozu die Mersmann diesen Zirkus veranstaltet hat, da sie offenbar an Politik nicht interessiert war, sondern nur den soundsovielten Aufguß der vor allem aus dem „Spiegel" schon bekannten seichten Erzählungen geliefert hat. Da wird kein Kalauer ausgelassen: *„Die roten Gruppen sind einander nicht grün... Einig sind sie sich nur, wenn es gegen die moskautreue DKP geht".* Platte Schnacks werden als tiefe Einblicke angeboten: *„Die KPD will die Arbeiterklasse und die Volksmassen unseres Landes zur proletarischen Revolution führen"*, oder: *„Ernst Aust verurteilt jede Form individuellen Terrors, weil die Zeit für einen bewaffneten Kampf in der Bundesrepublik noch nicht gekommen sei".*

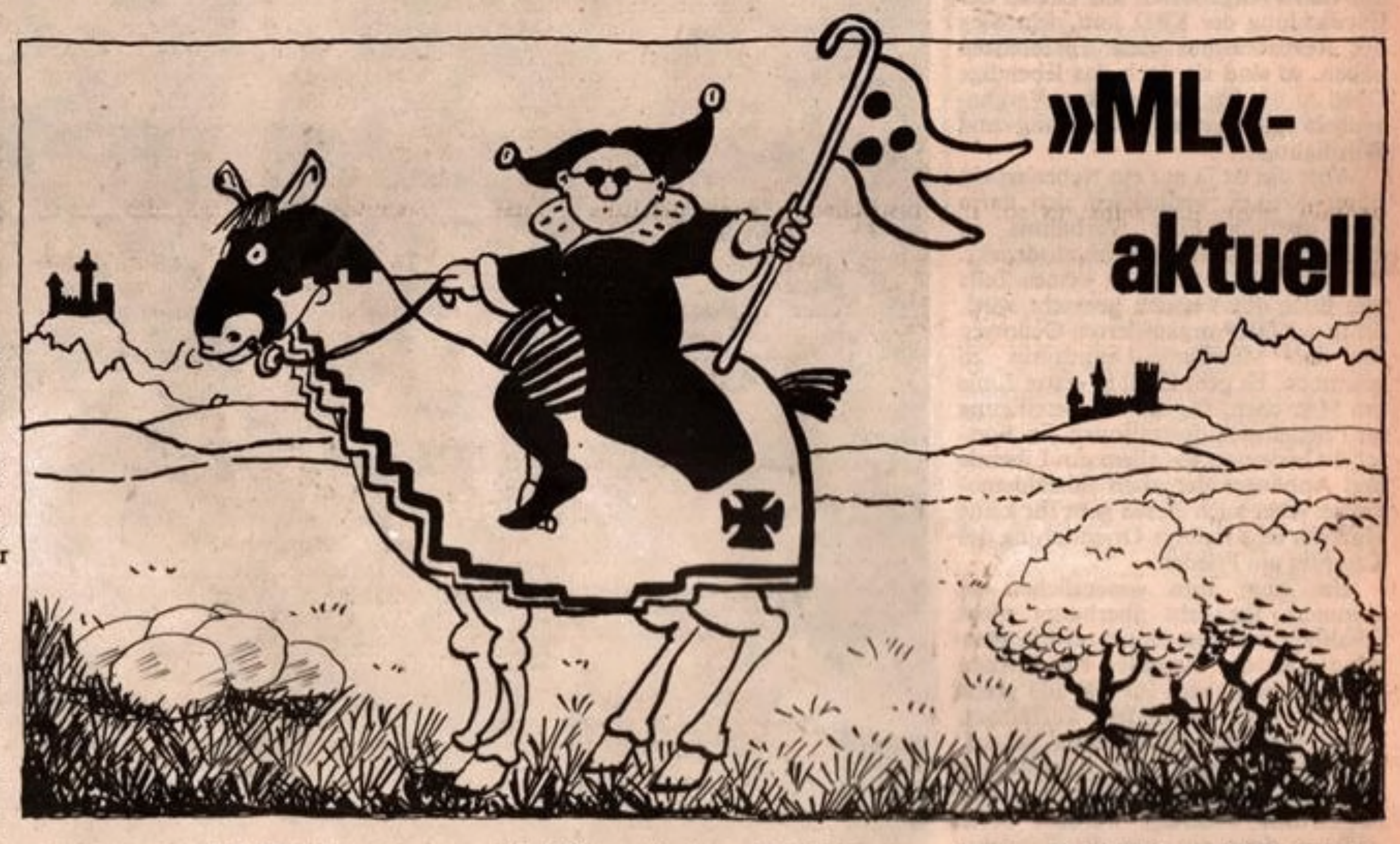
Offenbar hat die Mersmann ihre Gespräche mit den verschiedenen Organisationen überhaupt nur geführt, um den Lesern mitteilen zu können, daß der Horlemann *„blaß und blond"* aussieht, *„das kurzgeschnittene Haar ordentlich scheitelt, die Finger gelb von den filterlosen Gauloises-Zigaretten"*, während Ernst Aust ihr zu Ehren ein *„kariertes Hamd mit aufgekrempelten Ärmeln"* trug, als er sie *„auf einem abgewetzten Sofa in seiner Hamburger Sozialwohnung"* empfing. Über den KB weiß Frau Mersmann freilich nur zu berichten: *„Der KB (Hochburg Hamburg) arbeitet noch konspirativer als die Konkurrenten. Fotographieren war dem STERN nicht erlaubt, und die Sprecher wollten nicht einmal ihre Namen nennen".* Richtig zum Gruseln!

Was wir ihr gesagt haben, hat die Frau nicht verstanden oder wollte es nicht verstehen. So behauptet sie z.B., wir hätten *„das Attentat auf Buback befürwortet"* (auf diesen Punkt war sie besonders scharf!), obwohl wir ihr unseren Standpunkt sehr ausführlich und geduldig erläutert haben. Sie behauptet auch: *„Die Aktionen* (in Grohnde) *wurden vom KB gesteuert"*, obwohl wir ihr erklärt haben, daß es sich um eine g e m e i n s a m e Aktion von KB und Unorganisierten in erster Linie handelte. – Dies sind übrigens die beiden einzigen Punkte, die überhaupt einen Bezug zu unserem Gespräch haben.

Der Zeitaufwand und damit auch Arbeitskraft und Geld, die hier von der Frau Mersmann und z.T. (außer beim KB) auch ihrem Kameramann verpulvert wurden, ist zweifellos beträchtlich. Dafür ist der Informationsgehalt des Artikels gleich Null. Würde man nicht auch die ziemlich sachkundigen Artikel und Analysen z.B. der „FAZ" oder „Zeit" zu diesem Thema kennen, so müßte man schier am politischen Verstand der Bourgeoisie verzweifeln.

Man muß dazu noch folgende Episode berichten: Die Frau Mersmann hat von sich aus, kaum daß sie im KB-Büro war, beteuert, daß sie einen „fairen" Artikel schreiben wolle. Wir haben ihr dann zu Ende des Gesprächs ausdrücklich die Frage gestellt, ob sie nun doch einen Artikel im bekannten „Spiegel"-Stil schreiben wolle. Frau Mersmann wurde daraufhin sehr verlegen und beteuerte nochmals, das wolle sie n i c h t.

Nun gut, vielleicht wollte s i e das wirklich nicht. Immerhin sollte der Artikel ursprünglich schon vor mehr als einem Monat im „Stern" veröffentlicht werden, und in dieser Zeit kann sich ja mit dem von Frau Mersmann zunächst vorgelegten Entwurf einiges ereignet haben. Daß Chefredakteure und Ressortleiter den Journalisten sinnentstellend die Artikel verändern, soll ja vorkommen. Die soziale Lage der meisten Journalisten ist beschissen, der Druck ist groß. Man verkauft sich, so gut man kann. So sieht sie aus, die vielgepriesene „Pressefreiheit" im Kapitalismus!



Am 2.Juni traf KBW-Chef Schmierer mit einer Delegation des KBW in Peking ein. Es ist überhaupt das erste Mal, daß eine offizielle Delegation des KBW die VR China besucht. Die Einladung stellt eine Anerkennung für die vorbehaltlose Unterstützung des Rechtsputsches vom 6./7. **Oktober 1976 durch den** KBW dar.

Seit dem Rechtsputsch haben Delegationen folgender „ML"- Organisationen die VR China besucht: PCMLB (Belgien),PCMLF(Frankreich), „KPD", OC(ml)I (Italien), PCP(ml) (Portugal), SKP(Schweden),ALP(ml) (Norwegen), „Japanische Arbeiterpartei", KP Australiens", „KP von Honduras"(ml) und Argentinische Revolutionäre Kommunistische Partei". Die Vertreter vom PCMLF, „KP Australiens", „K von Honduras(ml)", AKP(ml), SKP und PCP(ml) wurden von Hua persönlich empfangen.

Der Kreis von „ML"-Parteien, die nach dem Putsch bisher nach Peking eingeladen wurden, ist also relativ klein und stellt eine enge Auswahl dar. Neben Parteien, zu denen die KP Chinas seit langem offizielle Beziehungen unterhält, sind darunter auch Organisationen, die erstmals eingeladen wurden, nachdem die traditionellen „Bruderparteien" der KP Chinas in diesen Ländern die Politik der offenen Vaterlandsverteidigung nicht übernommen haben (Italien, Argentinien, Japan).

Ein Sonderfall ist die Einladung des KBW. Die KP Chinas hatte jahrelang offizielle Beziehungen ausschließlich mit der „KPD/ML" gepflegt. Als im Frühjahr 1975 erstmals eine Delegation der „KPD" nach China durfte, mußte sie als „westdeutsche Arbeiterdelegation" deklariert werden, durfte also nicht als offizielle Parteidelegation auftreten. Erst nach dem teilweisen Abrücken der „KPD/ML" von der Politik der Vaterlandsverteidigung (seit Anfang 1976) und vor allem seit der mehr als kühlen Reaktion der „KPD/ML" auf den Hua-Putsch kam die „KPD" in die Gunst, die bisher die „KPD/ML" genossen hatte. Immerhin hatte „KPD"-Führer Semmler Gelegenheit, im November **1976 als e r s t e r ausländischer „ML"-Vertreter nach dem Putsch die VR China zu besuchen, wurde aller**dings nicht von Hua selbst empfangen, was schon darauf hindeutete, daß die Hua-Gruppe sich nicht ausschließlich auf Beziehungen zur „KPD" festlegen wollte.

Die BRD ist bisher das einzige Land, aus dem nach dem Hua-Putsch Vertreter von zwei Organisationen in die VR-China eingeladen wurden. Dies bedeutet nach aller bisherigen Erfahrung, daß die chinesischen Gesprächspartner dem Schmierer ganz besonders die „Einheit der Marxisten- Leninisten" ans Herz gelegt haben dürften, was vor allem heißt:Einheit mit der „KPD"! In derselben Weise dürfte auch auf die „KPD" eingewirkt werden. Wir werden also aller Voraussicht nach wieder ein ähnliches Schauspiel erleben wie 1975/76, als zwischen „KPD/ML" und „KPD" Vereinigungsgespräche stattfanden. Keine Schwierigkeit wird dabei die vorbehaltlose Unterstützung der Hua-Gruppe und das allgemeine Bekenntnis zur chinesischen Außenpolitik machen. Schwieriger wird es im Konkreten: Zwar versteht sich der KBW zum Teil noch besser als die „KPD" auf das Unterbuttern der Klassenwidersprüche in den Ländern der „Dritten Welt". Auch an Warnungen vor dem „aggressiven Sozial-

Fortsetzung Seite 59

IMPRESSUM

Herausgeber – Druck – Verlag
ARBEITERKAMPF
J. Reents, Verlag
2 Hamburg 50, Lerchenstraße 75
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.
Auflage: 23.000
Erscheinungsweise: 14tägig
Verkaufspreis: DM 1,–
Verlagskonten: Dresdner Bank: 451 8378, J. Reents und
Postscheckkonto Hamburg: 240 595, J. Reents

Fortsetzung von Seite 58

»ML«-aktuell

imperialismus" läßt es der KBW nicht fehlen. Problematisch ist aber, daß der KBW vielfach g e g e n die Vaterlandsverteidigung auftritt und vor allem die Kriegsvorbereitungen der westdeutschen Imperialisten tatsächlich angreift. Schmierer würde die Chance, die ihm mit der Einladung in die VR China geboten wurde, glatt verschenken, wenn er in dieser Frage stur bleiben würde, statt sich der Politik der „KPD" anzupassen.

* * * *

Der CSU-Freundeskreis „Marxisten-Leninisten Deutschland"(MLD) will bei den Landtags- und Kommunalwahlen 1978 zur Wahl der SDU aufrufen, einer kürzlich konstituierten ultrarechten Abspaltung von der SPD. In Bayern und Hessen wollen sie auch die Wahl von CDU und CSU freistellen, in München zudem die Wahl des „Sozialen Rathausblocks" (örtliche ultrarechte Abspaltung der SPD) unterstützen. („Die Neue Welt", Organ der MLD, Juni 1977).

* * * * *

Mit dem großen Publikumserfolg der Stuttgarter Ausstellung „ Die Zeit der Staufer" (über 600.000 Besucher) beschäftigt sich die vaterländische „KPD". In ihrer „Roten Fahne' vom 15.6.77 kommt sie zu folgender Schlußfolgerung:„*Dieses Interesse für die deutsche Nationalgeschichte ist der Ausdruck des wachsenden Widerstandes gegen die nach dem 2. Weltkrieg von der herrschenden Klasse verordnete Geschichtslosigkeit, die vor allem von der Sozialdemokratie in den letzten Jahren auf die Spitze getrieben wurde. Und sie ist Ausdruck des Widerstandes gegen den Versuch der modernen Revisionisten, die deutsche Nation und ihre Geschichte aus dem Bewußtsein der Massen zu tilgen, um die Spaltung Deutschlands zu rechtfertigen und die Widerstandskräfte der Nation gegen die sozialimperialistische Herrschaft im Osten und die Bedrohung des Westens durch den Sozialimperialismus zu untergraben*".- Leider hat sich die „Rote Fahne" jedoch die phantanstische Gelegenheit entgehen lassen auf die naheliegende Parallele zwischen den damaligen Kreuzzügen und heutigen Mobilisierung gegen die erneut drohende Gefahr aus dem Osten zu verweisen.

* * * *

Neuer Wandel in der französischen „ML"-Scene? Laut „Roter Fahne" der „KPD" vom 22.6. haben die PCMLF und die PCR/ML - die zwei bedeutendsten der unbedeutenden französichen „ML-Parteien" - kürzlich einen gemeinsamen Aufruf gegen den Besuch Breschnews in Frankreich veröffentlicht. Der Aufruf bewegt sich auf der harten „Sozialimperialismus–Hauptfeind" - Linie. Der gemeinsame Aufruf k ö n n t e auf eine beabsichtigte engere Zusammenarbeit hindeuten. Die Scene in Frankreich ist reichlich kompliziert: Die ältere PCMLF (gegründet am 30.12.1967) war lange Jahre die „Bruderpartei der „KPD/ML". Von ihr ließ sich Aust auch im Frühjahr 1975 seine berüchtigte „Kieler Rede" diktieren mit der der Übergang der „KPD/ML" zur Vaterlandsverteidigung verkündet wurde. Als die „KPD/ML"(seit Anfang 1976) öffentlich wieder etwas von dieser Politik abrückte, kühlte sich auch das Verhältnis der PCMLF zur „KPD/ML" ab, während das zur „KPD" umso herzlicher wurde. - Die PCR/ML wiederum war früher lange Jahre die „Bruderpartei" der „KPD". Die PCR/ML machte aber bis vor kurzem den krassen vaterländischen Kurs nicht mit, sondern orientierte sich vor allem an der portugiesischen UDP/PCP(r). Inzwischen hat sich aber ein weiterer Schwenk ereignet: Die PCP(r) hat, ebenso wie die PCMLF, begeistert den Hua-Putsch in der VR China begrüßt (zu dem sich die UDP/PCP(r) bis heute nicht mal geäußert hat!) und scheint sich auch in Sachen Vaterlandsverteidigung der PCMLF total angeglichen zu haben. Einem Zusammenschluß stünde also nichts mehr im Wege, außer der leidigen Frage, wie die Führungsposten zu verteilen sind...

* * *

Werner Höfer (Frühschoppen) müßte vor Neid erblassen: Gleich mit Journalisten aus f ü n f z e h n Ländern hielt die „KPD" Ende Mai in Westberlin eine Veranstaltung zum Thema „Die Sowjetunion heute – eine imperialistische Supermacht" ab. Eingeladen hatte die von der „KPD" herausgegebene Zeitschrift „Befreiung", und auch die verschiedenen ausländischen Gäste fungierten formal nur als Vertreter irgendwelcher Zeitungen oder als Journalisten ohne Parteizugehörigkeit. Die meisten dürften „ML"er gewesen sein, es waren aber anscheinend auch einige „richtige" bügerliche Journalisten dabei. Unter den illustren Gästen waren u.a. T. Brunila von der Organisation „Marxistisch-Leninistische Gruppen Finnlands", C. Ricardo (von der halbfaschistischen portugiesischen „PCP/ML"), Y.Dageli (bekannter türkischer Vaterlandsverteidiger) und der Schwede Nils Holmberg (Mitglied oder Sympathisant der vaterländischen SKP). Weitere Gäste waren R. Biel (Großbritannien), E. Brun und J.Hersch(Dänemark), Dr. F. Girling (GB),R. Hensman (SriLanka/GB) St. Lindgren (Schweden), J. Maubert (Frankreich), P. Meyns (BRD) Nishino und Sakuma aus Japan, Prof. Sharma aus Indien. (Hinweise unserer Leser zur Identifizierung dieser Personen sind willkommen!). Der „Rote Morgen" (24.6.) berichtet, daß sich unter den japanischen Gästen , die zu Wort kamen, auch ein offenbar bürgerlicher„ Militärkommentator" befand, der das Publikum mit phantastischen Zahlen über die sowjetische Aufrüstung schockte. Der RM berichtete außerdem, während der Veranstaltung sei auf den Büchertischen u.a. auch bürgerliche militaristische Literatur angeboten worden, wie etwa die Zeitschrift „Wehrforschung aktuell" aus dem Lehmann-Verlag und der „Bestseller in diesem Frühjahr in Brüssel"(„hsinhua", 9.5.), das Buch „Europa ohne Schutz" des belgischen NATO-Generals Robert Close, für das u.a. auch in der „Peking Rundschau" kräftig die Werbetrommel gerührt wurde. Im Sinne der „KPD" wurden mit der Veranstaltung also sozusagen zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Zum einen ein Schritt zur engeren Zusammenarbeit innerhalb der internationalen vaterländischen „ML"-Strömung; zum anderen ein Schritt zur engeren Zusammenarbeit mit „richtigen" bürgerlichen Kräften.

* * * *

Anfang Mai wurde die „Vereinigte Kommunistische Partei Italiens" ins Leben gerufen. Praktisch handelt es sich dabei um den Anschluß dreier kleinerer Gruppen („Langwieriger Kampf", „Erwachen der Arbeiter" und „Ideologia Proletaria") an die OC(ML)I (Organizzazione dei comunisti marxisti-leninisti d'Italia). Oswaldo Pesce, Chef der OC(ml)I, wurde „Generalsekretär"der neuen Partei.
Pesce ist Mitbegründer der PCd'I (ml), die im Oktober 1966 gegründet wurde und die heute der um die Partei der Arbeit Albaniens gescharten „ML-Internationale" angehört. Pesce hatte sich bereits im April 1970 von der PCd'I(ml) getrennt und die OC(ml)I gegründet.

Die neue Partei, stramm auf Vaterlandsverteidigung eingestellt, genießt das Wohlwollen der Hua-Gruppe: Radio Peking berichtete über die Parteigründung, und bereits vom 28.1.-bis 18.2. dieses Jahres hatte sich Pesce in der VR China aufhalten können. Zu einem Empfang durch Hua selbst, wie er nach dem Rechtsputsch einigen anderen „ML"-Führern zuteil wurde, reichte es allerdings noch nicht.

Immerhin bewerben sich in Italien noch mehrere andere Parteien um die Gunst der Hua-Gruppe. Dazu gehört an erster Stelle die„Marxistisch-Leninistische-Partei Italiens" von Giovanni Scudiei, die sich bis zum April dieses Jahres „Organizzazione Comunista Bolscevica Italiana ml" nannte. Ferner auch die „Partito della Rivoluzione Socialista" von Vincenzo Calo und die Gruppe „Avanguardia Comunista" (Kommunistische Vorhut).

Zehn Jahre »Roter Morgen«

Die „KPD/ML" und der größte Hohn der deutschen Arbeiterklasse, Ernst Aust, haben wieder einen Anlaß, um sich ausgiebig selbst zu feiern: Vor rund 10 Jahren, Anfang Juli 1967, erschien die erste Ausgabe des „Roten Morgen", damals noch im Format DIN-A-4, einfach vervielfältigt, 6 Seiten.

Ein historisches Ereignis? – Jedenfalls sieht Aust selbst es so. In der für ihn charakteristischen Selbstüberschätzung prahlt er hemmungslos: „*Selten dürften drei Blätter Papier soviel Aufregung ausgelöst haben wie diese Ausgabe des ‚Roten Morgen', die getippt und hektographiert, am 1. Juli 1967 rund 5.000 Mitgliedern und Anhängern der KPD, aber auch revolutionär gesinnten Menschen außerhalb der Reihen der KPD ins Haus flatterte*". („RM, 10.6.77). – Sozusagen das tollste Ding seit dem Kommunistischen Manifest, bloß dünner!

Diese ohnehin schon gewaltig hochgetürkte Darstellung ist von Aust für seine „Rote Garde" noch extra in eine kind- und jugendgemäße Karl-May-Fassung gebracht worden. Und das liest sich dann so („Rote Garde", Juni 1977): „*Anfangs erschien er handgetippt, handabgezogen und illegal. Er wurde an die Adressen von KPD-Mitgliedern verschickt und schlug ein wie eine Bombe. Endlich, freuten sich die Revolutionäre in der KPD, geht da einer dran, den Verrat der KPD an der Revolution zu brandmarken... Die Revisionisten tobten. Aus lauter Angst zogen sie den ‚Roten Morgen' ein, wer ihn nicht abgab, war verdächtig. Verdächtig, ein Revolutionär zu sein!!! Der mußte bekämpft und aus der KPD geschmissen werden... Wie Spürhunde suchten die revisionistischen Bürokraten nach dem ‚Roten Morgen' und den revolutionären Genossen...*". Aber Old Shattermaul Aust schlug allen revisionistischen Spürhunden ein Schnippchen...

Die W a h r h e i t sieht freilich ganz anders aus. Nämlich so: Tatsächlich wurden die ersten Ausgaben des „Roten Morgen" mit beachtlichem finanziellen Aufwand an rund 5.000 Adressen verschickt, die in erster Linie aus der Kartei der revisionistischen Wochenzeitung „dat blinkfuer" stammten, deren Herausgeber Ernst Aust bis zum Jahresende 1966 gewesen war. Mit dieser umfangreichen Kartei waren im Grunde vorzügliche Ausgangsbedingungen gegeben, um sehr breit an Mitglieder und Anhänger der revisionistischen KPD (die DKP war damals noch nicht gegründet) heranzukommen. Die Reaktion auf den mehrfachen Gratisversand war jedoch kaum mehr als N u l l ! Als im April 1968 das erste nationale (!) Treffen von „Roter Morgen"-Lesern stattfand, kamen knapp 30 Leute zusammen, die bequem um einen großen Kneipentisch paßten. Darunter waren überhaupt keine durch die Versandaktion angesprochenen KPD-Leute.Als Silvester 1968/69 schließlich die „KPD/ML" gegründet wurde, waren zwar einige alte KPD-Leute aus Nordrhein-Westfalen dabei, die aber kaum anderthalb Jahre später bei der Abspaltung der „KPD/ML (ZB)" sich vom „Roten Morgen" wieder trennten. Von dieser Gruppe ist heute noch W. Dickhut beim KAB„D" aktiv, der Rest scheint verschollen.

Die Gründungslegende der „KPD/ML" weiß zu berichten, daß die „KPD/ML" von den „besten Kräften aus der alten KPD" gegründet worden sei, die in der KPD „einen jahrelangen Kampf gegen den Revisionismus geführt" hätten. An dieser Legende ist nicht einmal das sprichwörtliche „Körnchen Wahrheit", sondern sie ist 100%ige Fantasie. Die 1956 in die Illegalität gedrängte KPD war in den 60er Jahren u n f ä h i g , die in der kommunistischen Weltbewegung geführte Auseinandersetzung um die „Generallinie" aufzunehmen, und war unfähig, eine marxistisch-leninistische innerparteiliche Opposition und Abspaltung hervorzubringen.



Ernst Aust, der größte Hohn der „deutschen Arbeiterklasse"

Dennoch beruft sich die „KPD/ML" in gewisser Hinsicht auch wieder zu R e c h t auf die KPD, denn sie hat einige von deren übelsten Erscheinungsformen übernommen, die sich in den 50er Jahren herausgebildet hatten: So die größenwahnsinnige Selbstdarstellung, wie wir sie heute fast identisch bei DKP und „KPD/ML" finden; so die panische Scheu vor einer offenen politisch-ideologischen Auseinandersetzung; die platte Nachbeterei gegenüber den großen Bruderparteien (früher KPdSU, dann KP Chinas, jetzt PdA Albaniens), die Hand in Hand geht mit der Unfähigkeit und Angst, zu deren inneren Entwicklungen Stellung zu nehmen (So hat die „KPD/ML" b i s h e u t e keine direkte Stellungnahme zu den Ereignissen nach dem Tode Mao Tse-tungs zustande gebracht); so die Berührungsangst und sektiererische Abkapselung gegenüber den realen gesellschaftlichen Kämpfen.

Nachträglich gesehen ist die Linie der „KPD/ML" in ihren Einzelheiten und ihrer inneren Logik klar erkennbar. Diese Linie war beim Erscheinen des „Roten Morgen" und selbst noch bei Gründung der „KPD/ML" längst nicht mit dieser Klarheit ausgebildet. E i n Fehler aber zieht sich schon durch die früheste Entwicklung der „KPD/ML" und erweist sich als grundlegend und Ausgangspunkt auch für alle weiteren Fehler. Dieser Fehler besteht in der These, die revolutionäre Kommunistische Partei als „Avantgarde des Proletariats" entstehe durch den Akt der Parteigründung. Naiv auf den Begriff gebracht: „*An Silvester 68/69, dem Geburtstag der KPD Thälmanns, wurde dann die KPD/ML gegründet und das deutsche Proletariat hatte wieder eine Vorhutpartei*" („Rote Garde", Juni 77). Die These, „Vorhutpartei" bereits per Gründungsakt zu s e i n , verband sich von Anfang an mit dem Anspruch, alle „wahren Marxisten-Leninisten" m ü ß t e n sich der einmal gegründeten „Partei" anschließen. Dies zusammen bestimmte das lächerlich-sektiererische Imponiergehabe der „KPD/ML" von Anfang bis heute.

Anders als in ihren ersten Jahren, als die „KPD/ML" immerhin noch davon profitieren konnte, daß es keine organisierte Alternative gab, hat diese „Vorhutpartei der deutschen Arbeiterklasse" heute fast vollständig aufgehört, zumindest am Rande der linken Szene noch ein politischer Faktor zu sein. Die Aktivität der „Partei" reduziert sich heute weitgehend auf Sing-Abende, Volkstanz-Abende, Lichtbildabende über Albanien sowie das Feiern ihrer eigenen Jubiläen.

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Roter Morgen

Nr. 1 | 1. Jahrgang | Juli 1967

Zeitschrift der KPD Marxisten-Leninisten

Erklärung der Marxisten-Leninisten der Kommunistischen Partei Deutschlands

angesichts des 50. Jahres der großen Sozialistischen Oktoberrevolution, angesichts der ruhmreichen Verdienste Lenins um die Befreiung der Menschheit, angesichts unserer Liebe zum Sowjetvolk, verurteilen wir aufs schärfste den schamlosen, ungeheuerlichen Verrat, den die Kossygin-Breshnew-Clique an den Völkern der Sowjetunion, an dem gesamten internationalen Proletariat und den um ihre Befreiung von Kolonialismus und Imperialismus kämpfenden Völkern der Welt, begeht.

Unsere heißen, brüderlichen Kampfesgrüße entbieten wir dem Genossen Mao Tse-tung, der unter dem Banner seiner Lehren siegreich voranschreitenden Kulturrevolution, seinem engen Kampfgefährten Lin Biao, der ruhmreichen Kommunistischen Partei Chinas und dem das Banner der Sozialistischen Revolution zum endgültigen Sieg führenden chinesischen Volk.

Tod dem Imperialismus der USA, seinen westdeutschen und anderen Lakaien!
Unversöhnlicher Kampf den Sowjetrevisionisten und ihren sklavischen Nachbetern in anderen Ländern.

Es lebe das große China, das internationale Hauptbollwerk des Sozialismus!

Es lebe die ruhmreiche Kommunistische Partei Chinas, die mächtige Avantgarde der revolutionären Weltbewegung!

Liebe Genosse Mao Tse-tung, der größte Marxist-Leninist unserer Zeit!

Genossinnen und Genossen!

Ihr haltet die erste Ausgabe unserer Zeitschrift "Roter Morgen" in den Händen. Und wer schon jetzt, nachdem er unsere Erklärung, die Erklärung einer nicht unbedeutenden Gruppe Marxisten-Leninisten der Wasserkante, gelesen hat, erschreckt davoneilt, um das Blatt in den nächsten Ofen zu werfen, dem ist schwerlich zu helfen. Er ist das Dümmste, was man sich vorstellen kann: ein Mensch ohne eigene Meinung.

Als Marxisten-Leninisten haben wir die Pflicht, jedes an uns herangetragene Problem gründlich zu analysieren, zu durchdenken, und dann unser Urteil zu fällen. Parteidisziplin heißt nicht in sklavischer Unterwürfigkeit eine vorgefertigte Meinung gedankenlos zu akzeptieren.

Ihr alle wißt oder fühlt es zutiefst, mit unserer Partei, der KPD, ist etwas nicht in Ordnung. Verkehrte Einschätzung der politischen Lage. Funktionäre belügen sich selbst, um in aufgebauschten Berichten ihre Existenzberechtigung gegenüber dem ZK nachzuweisen. Sozialdemokratismus und Kapitulantentum. Alte Genossen werden müde, junge Genossen verlassen nach kurzer Zeit unsere Reihen.-Karrieremacherei, Korruption und Vetternwirtschaft. Kleinbürgerliches Denken. Und das ZK selbst? Hilflosigkeit oder offener Verrat. Demokratischer Zentralismus? Haben wir nicht. Es wird halt von oben, vom ZK der KPdSU über die SED bis hinunter zur KPD befohlen, und der 'dumme Prolet' hat gefälligst zu gehorchen, denn er kennt die höheren Zusammenhänge nicht. Löbliche Ausnahmen bestätigen nur die Regel.

Die ‚historische' Wirkung des „Roten Morgens" ist, im Rückblick betrachtet, widersprüchlich: Auf der einen Seite hatte das Erscheinen dieses formal und inhaltlich schmalen Blättchens seit Juli 1967 und später die Gründung der „KPD/ML" durchaus Signalwirkung im Kreis derjenigen, die sich schon vorher mit den Veröffentlichungen der KP Chinas befaßt hatten, und darüber hinaus in Teilen der Studentenbewegung, die nach einem Ausweg zwischen der Perspektivlosigkeit des Spontaneismus einerseits und dem zunehmenden Einfluß von KPD/DKP andererseits suchten. Zumindest im Sinn der Provokation, der Herausforderung, hat das Erscheinen des „Roten Morgen" und die Gründung der „KPD/ML" auch die revolutionären Kräfte angetrieben, ihrerseits stärker die Frage der Organisierung und der politischen Zeitung zu diskutieren. Bereits im Herbst 1968 (also noch v o r Gründung der „KPD/ML") ging aus diesen Auseinandersetzungen die Zeitung „Rebell" hervor, herausgegeben von Genossen, die anfänglich im Kreis um den „Roten Morgen" mitgearbeitet hatten, und in bewußter Abgrenzung zur sektiererischen Linie dieses Kreises.

Andererseits haben die „KPD/ML" und ihre diversen Abspaltungen noch bis in die 70er Jahre hinein manche fortschrittlichen Kräfte gebunden und oftmals zerschlissen und in die Resignation getrieben, die so der kommunistischen Bewegung zumindest für längere Zeiträume verloren gingen. Darüberhinaus hat die „KPD/ML" mit ihren sektiererischen und anmaßenden Praktiken auch ein Zerrbild der kommunistischen Partei geliefert, das viele fortschrittliche Kräfte abgestoßen hat, und hat damit Organisationsfeindlichkeit ebenso begünstigt wie zeitweise (um 1970) einen kräftigen Zustrom für die DKP.

Das Dilemma des „Roten Morgen" und der „KPD/ML" ist letzten Endes das Dilemma der internationalen „ML"-Bewegung insgesamt, die es seit ihren Anfängen in den frühen 60er Jahren fast nirgendwo geschafft hat, zum politischen Faktor zu werden, sondern die fast überall in sektiererischer Verknöcherung steckengeblieben ist, verbunden mit der maßlosen Selbstüberschätzung, im jeweiligen Land „die Vorhutpartei" zu sein.



Bundesregierung: »Informationsfreiheit ist, was dem RECHTSstaat nützt«

Als der Stammheim-Prozeß abgeschlossen wurde und die Verteidiger in einem Hotel ihr öffentliches Plädoyer abhielten, sendeten sowohl die ZDF-Sendung „heute" als auch die ARD-„Tagesschau" Ausschnitte aus der Rede von Rechtsanwalt Schily.

Daraufhin leitete Regierungssprecher Bölling (vor Jahren Intendant von Radio Bremen) einen gleichlautenden Brief den verantwortlichen Intendanten v. Hase beim ZDF (früher Regierungssprecher unter Adenauer) und NDR-Intendant Neuffer (SPD) zu, in dem es u.a. heißt:

„Anwälte, die sich bei dieser Gelegenheit mit haltlosen Argumenten abermals zu Parteigängern der Terroristen machen, gehören nach meiner Auffassung nicht auf den Bildschirm. Eine Wortberichterstattung wäre genug gewesen."

Bölling forderte, *„nicht nur vordergründig journalistisch, sondern im Interesse des Rechtsstaates auch politisch"* zu denken („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 3.5.77).

So offen hat noch nicht einmal die CDU die Unterordnung der Berichterstattung unter die Interessen des Staates geäußert! ZDF-Intendant Hase bestätigte dann auch sogleich die Anforderung der Regierung, und *„erinnerte an ein Lob des Präsidenten des Bundeskriminalamtes Herold für die Behandlung* (!) *des Terrorismus-Themas nach der Ermordung des Generalbundesanwaltes"* („FAZ", 3.5.77).

NDR-Intendant Neuffer (SPD), sich derzeit in der Rolle des „Verteidigers der Informationsfreiheit" sichtlich wohlfühlend, sträubte sich: Er sprach anläßlich der Pressekonferenz der Anwälte von „hohem Nachrichtenwert" (!!). Und weiter: *„Wir werden uns auch in Zukunft nicht nach Irritationen* (??) *oder politischen Zweckmäßigkeitserwägungen der Bundesregierung richten können."*

Daraufhin wurde Bölling am 29.4. in einem zweiten Schreiben an Neuffer noch deutlicher: Neuffer sollte nicht entgangen sein, daß *„die Verteidiger ... bei ihren sogenannten Plädoyerrs in Stuttgart nicht nur gegen die Regeln der gesetzmäßigen Ordnung verstießen, sondern – und darauf kommt es an – unmittelbar auf die Gruppe der Sympathisanten einzuwirken und das Fernsehen zum wiederholten Male zum Forum ihrer Agitation zu machen versuchten. Es ist mir unbegreiflich, wie Sie die Sorgen der Bundesregierung und die Sorgen aller für die Bekämpfung des Terrorismus verantwortlichen Persönlichkeiten vor dem Hintergrund des Mordes in Karlsruhe als ‚politische Zweckmäßigkeitserwägung' mißverstehen können"* („FAZ", 3.5.77).

Sowohl die Bundesregierung als auch die CDU und deren Landesregierungen arbeiten massiv daran, die öffentlichen Medien durch Hinaussäuberung und Einschüchterung demokratischer Journalisten, durch enge Verfilzung mit den Staatsorganen zu gefügigen Propagandainstrumenten auszubauen. Dabei können sich die westdeutschen Imperialisten sicher sein, daß sie jetzt schon einen Entwicklungsstand erreicht haben, der im kapitalistischen Europa ohne Konkurrenz ist und nur noch mit den Propagandaapparaten faschistischer Staaten zu vergleichen ist.

Medienkommission
KB/Gruppe Hamburg

So offen hat noch nicht einmal die CDU die Unterordnung der Berichterstattung unter die Interessen des Staates geäußert! ZDF-Intendant Hase bestätigte dann auch sogleich die Anforderung der Regierung, und „erinnerte an ein Lob des Präsidenten des Bundeskriminalamtes Herold für die Behandlung (!) des Terrorismus-Themas nach der Ermordung des Generalbundesanwaltes" („FAZ", 3.5.77).
NDR-Intendant Neuffer (SPD), sich derzeit in der Rolle des „Verteidigers der Informationsfreiheit" sichtlich wohlfühlend, sträubte sich: Er sprach anläßlich der Pressekonferenz der Anwälte von „hohem Nachrich-
auch die CDU und deren Landesregierungen arbeiten massiv daran, die öffentlichen Medien durch Hinaussäuberung und Einschüchterung demokratischer Journalisten, durch enge Verfilzung mit den Staatsorganen zu gefügigen Propagandainstrumenten auszubauen. Dabei können sich die westdeutschen Imperialisten sicher sein, daß sie jetzt schon einen Entwicklungsstand erreicht haben, der im kapitalistischen Europa ohne Konkurrenz ist und nur noch mit den Propagandaapparaten faschistischer Staaten zu vergleichen ist.
Medienkommission
KB/Gruppe Hamburg

NDR: »Wenn der Esel den anderen Langohr schimpft!«

Am 20. Juni beschloß der Rundfunkrat des NDR, das höchste Organ des Senders, die CDU-Verwaltungsratsmitglieder Werner Remmers (Kultusminister in Niedersachsen), Christian Lochte (zweiter Mann des Hamburger Verfassungsschutzes), Albert Nouvortne (Staatssekretär a.D.) und Rudolf Titzck (Innenminister von Schleswig-Holstein) zum Rücktritt aufzufordern.

Begründet wurde dieser Beschluß damit, daß die CDU-Mitglieder ihre Rechte, die der NDR-Staatsvertrag dem Verwaltungsrat zur Kontrolle des Intendanten einräume, zu Eingriffen in das Programm mißbraucht (!!) hätten.

Es geht dabei um den Beschluß des Verwaltungsrates vom 19. April, vom NDR-Intendanten die Absetzung der Fernsehreihe „Der Betriebsrat" zu fordern und die Brokdorf-Berichterstattung im Oktober und Novomber letzten Jahres als Verstoß gegen den NDR-Staatsvertrag zu verurteilen.

Der Rundfunkrat stellte sich in seiner Erklärung voll hinter den Intendanten Neuffer (SPD), der die „Betriebsrat"-Reihe trotzdem weiter ausstrahlen ließ.

Die Entscheidung des Rundfunkrates kam auf Initiative der SPD- und FDP-Mitglieder des Verwaltungsrates, gegen die Stimme von Rundfunkrats-Mitglied Echternach (CDU) zustande.

Diese Verurteilung der CDU-Leute durch den Rundfunkrat ist insofern zu begrüßen, als daß dieser Schritt ohne den breiten Protest aus dem NDR selbst und der demokratischen Öffentlichkeit nicht denkbar gewesen wäre.

Andererseits bot die CDU mit ihrer klotzigen „Rotfunk"-Kampagne der SPD und auch der FDP gute Möglichkeit, den Protest auf ihre Mühlen zu lenken. So kostet es den Rundfunkrat gar nichts, die CDU verbal zu verurteilen, ist der Verwaltungsrat doch gar nicht weisungsgebunden dem Rundfunkrat untergeordnet. Vielmehr müssen Anträge des Rundfunkrates von der Mehrheit des Verwaltungsrates abgesegnet werden, und die Mehrheit stellt eben derzeit die CDU. In Kürze wechselt aber der Vorsitz im Verwaltungsrat des NDR turnusmäßig auf die SPD über, wobei bei Stimmengleichheit die Stimme des Vorsitzenden doppelt zählt – die SPD also die Mehrheit stellt.

Damit wäre zwar ein offener Angriff, wie ihn die CDU gestartet hatte, zurückgewiesen – bleiben tut allerdings die Sparkampagne, die ebenfalls dazu dient, fortschrittlichere Redakteure und Sendungen auszutrocknen und dabei ist die SPD voll mit von der Partie!

Medienkommission
KB/Gruppe Hamburg



Links: CDU-Fraktionschef Echternach – rechts: NRD-Intendant Neuffer (SPI beide mitverantwortlich für die zunehmende Zensur im Rundfunk – auf einer Sitzung des Verwaltungsrates 1973

Eine Initiativgruppe zur Bildung einer Bürgerinitiative »Rettet den Rundfunk« stellt sich vor
Im Rahmen der vom Hamburger Kultursenator initiierten Kulturwoche „Literatrubel" fand am 21. Juni eine Podiumsdiskussion zum Thema „Zensur und Selbstzensur" statt. Auf dieser Veranstaltung berichtete ein Teilnehmer von dem Bemühen eines Kreises von Journalisten und anderer medienpolitisch Interessierter, der zunehmenden Zensur und Repression im NDR Widerstand entgegenzusetzen. Ein erster Schritt dieses Kreises
Wir veröffentlichen im folgenden den Text dieses Aufrufs:
Wir wissen alle, daß nicht nur in der »Bild«-Zeitung Tatsachen verdreht oder erfunden werden, wenn die Wahrheit nicht ins Konzept paßt. Das ist deshalb kein Wunder, weil die Verleger – als Besitzer der Zeitungen – die politische Richtung bestimmen. Pressefreiheit, so hat es der konservative Publizist Paul Sethe einmal formuliert, ist die Freiheit von wenigen reichen Leuten, ihre Meinung zu veröffentlichen.
Beim Rundfunk ist das anders: Wie er informieren muß, ist durch Gesetze festgelegt. So informiert der NDR sein Publikum »allgemein, unabhängig und objektiv«; er dient
Wer sich nicht gleichschalten läßt, soll ausgeschaltet werden
Wichtige Positionen im NDR bis hin zum Redaktionsleiter werden ohnehin schon lange nach Parteihörigkeit besetzt. Das ist anscheinend noch nicht genug: Unterstützt von einer Kampagne der Springer-Presse, rufen CDU-Politiker inzwischen ungeniert nach »Säuberung« und Berufsverboten. Und NDR-Intendant Neuffer (SPD) sieht in einem »Sparpro-

Eine Initiativgruppe zur Bildung einer Bürgerinitiative »Rettet den Rundfunk« stellt sich vor

Im Rahmen der vom Hamburger Kultursenator initiierten Kulturwoche „Literatrubel" fand am 21. Juni eine Podiumsdiskussion zum Thema „Zensur und Selbstzensur" statt. Auf dieser Veranstaltung berichtete ein Teilnehmer von dem Bemühen eines Kreises von Journalisten und anderer medienpolitisch Interessierter, der zunehmenden Zensur und Repression im NDR Widerstand entgegenzusetzen. Ein erster Schritt dieses Kreises war die Veröffentlichung eines Aufrufs „Wem gehört der NDR?", der zur Bildung und Unterstützung einer Bürgerinitiative „Rettet den Rundfunk" auffordert. Dieser Aufruf wurde auf der Veranstaltung verteilt und eine gleichzeitig durchgeführte Unterschriftensammlung zur Unterstützung dieser Initiative erbrachte in kürzester Zeit ca. 70 Unterschriften. Darunter G. Zwerenz und Uwe Wandrey.

Kontaktadresse
Bürgerinitiative „Rettet den Rundfunk"
Glashüttenstraße 1, 2.000 Hamburg 6
Tel. 438 636, Mo. bis Fr.: 16 bis 18 Uhr,
Sa. 10 bis 12 Uhr; Tel 410 2352,
Mo. bis Fr.: 9 bis 17 Uhr (Conradi)
Spendenkonto: HASPA 1315/452597,
Stichwort: Rettet den Rundfunk

Medien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Wir veröffentlichen im folgenden den Text dieses Aufrufs:

Wir wissen alle, daß nicht nur in der »Bild«-Zeitung Tatsachen verdreht oder erfunden werden, wenn die Wahrheit nicht ins Konzept paßt. Das ist deshalb kein Wunder, weil die Verleger – als Besitzer der Zeitungen – die politische Richtung bestimmen. Pressefreiheit, so hat es der konservative Publizist Paul Sethe einmal formuliert, ist die Freiheit von wenigen reichen Leuten, ihre Meinung zu veröffentlichen.

Beim Rundfunk ist das anders: Wie er informieren muß, ist durch Gesetze festgelegt. So informiert der NDR sein Publikum »allgemein, unabhängig und objektiv«; er dient »nicht einseitig einer Partei oder Weltanschauung«; er »mahnt zur sozialen Gerechtigkeit«. Eine Zensur findet nicht statt. Oder?

Eine Zensur findet doch statt

Seit Monaten häufen sich die Eingriffe von Parteien und Regierungen in das Programm des NDR. Mittlerweile geben Politiker sogar offen zu, daß sie Druck auf die Sender ausüben. So zum Beispiel der niedersächsische Kultusminister Remmers, CDU, und Schleswig-Holsteins SPD-Vorsitzender Jansen – beide obendrein noch Mitglieder des NDR-Verwaltungsrates.

– Im Februar setzte die schleswig-holsteinische Landesregierung durch, daß ein NDR-Reporter nicht über die Brokdorf-Demonstration in Itzehoe berichten durfte, weil er ihr nicht in den Kram paßte.

– Im März mischte sich die niedersächsische Landesregierung direkt in die Produktion einer Fernsehsendung über Grohnde ein und erzwang, daß außer Ministerpräsident Albrecht auch noch Innenminister Gross zu Wort kam.

– Im April forderten die CDU-Mitglieder des NDR-Verwaltungsrates die sofortige Absetzung der Fernsehserie »Der Betriebsrat«, in der Arbeiter und Angestellte über ihre Rechte im Betrieb aufgeklärt werden.

Das sind nur drei Beispiele von vielen. Tag für Tag versuchen die Regierungen und Parteien, den NDR als Instrument ihrer Propaganda zu mißbrauchen.

Wer sich nicht gleichschalten läßt, soll ausgeschaltet werden

Wichtige Positionen im NDR bis hin zum Redaktionsleiter werden ohnehin schon lange nach Parteihörigkeit besetzt. Das ist anscheinend noch nicht genug: Unterstützt von einer Kampagne der Springer-Presse, rufen CDU-Politiker inzwischen ungeniert nach »Säuberung« und Berufsverboten. Und NDR-Intendant Neuffer (SPD) sieht in einem »Sparprogramm« die Streichung ganzer Programm-Teile vor: Angst um die Arbeitsplätze als weiteres Mittel zur Disziplinierung der Kollegen.

All dies hat im NDR zu einem Klima der Einschüchterung und Selbstzensur geführt. Es besteht die Gefahr, daß der Anspruch der Hörer und Zuschauer auf eine »allgemeine, unabhängige und umfassende« Berichterstattung den Interessen und Zielen der Parteien und Regierungen geopfert wird. Diese Entwicklung führt zum totalen Staatsrundfunk.

Was tun?

Als ein Teil der Öffentlichkeit, die auch künftig wahrheitsgemäße Information braucht, fordern wir – eine Gruppe Hamburger Journalisten und im Medienbereich Tätiger – unsere Mitbürger auf, mit uns eine

Bürgerinitiative »Rettet den Rundfunk«

zu gründen. Aufgabe dieser Bürgerinitiative soll es sein, durch eine eigene Öffentlichkeitsarbeit Gegendruck herzustellen, um so die Mitarbeiter und das Publikum des NDR gegen die derzeit laufenden Angriffe zu verteidigen. Wir bitten Sie, diese Initiative mit Ihrer Unterschrift, besser noch durch Ihre aktive Mitarbeit, zu unterstützen.

Neues von der »WAZ«

„WAZ" („Westdeutsche Allgemeine Zeitung") - Manager Grotkamp, als „Konzentrationskrake" und „Arbeitsplatzkiller" bekannt, will anläßlich der Einführung der elektronischen Satzherstellung und der Übernahme des „NRZ" („Neue Ruhrzeitung") - Druckauftrages von Springer angeblich etwa 100 neue Arbeitsplätze im „WAZ"-Konzern schaffen, die wie er selber unumwunden zugibt, in den frühen 80er Jahren wieder wegfallen werden. Von der Neuschaffung von Arbeitsplätzen kann tatsächlich keine Rede sein, da die bisherige Herstellung der „NRZ" auf herkömmliche Weise weitaus mehr als 100 Arbeitsplätze benötigt. Arbeitsplatzvernichtung als Arbeitsplatzbeschaffung auszugeben, ist Kapitalistenlogik à la Grotkamp. Während die „NRZ" im nichtredaktionellen Text ab Januar ohne Blei erstellt wird, folgen die „Westdeutsche Allgemeine", die „Westfälische Rundschau" und die „Westfalenpost" im Herbst '78. Ende '78 solle dann der gesamte redaktionelle Text folgen, Anzeigen- und Verwaltungsbereich Anfang der 80er Jahre.

Die Übernahme des „NRZ"-Drucks bringt also nicht einmal vorübergehend Arbeitsplätze. 1978 werden die ersten Entlassungen erfolgen, dann wird 1980 der Anfang einer riesigen Rationalisierungswelle kommen.

Erpresserpolitik Grotkamps

Die nordrheinwestfälische Landeskartellbehörde ermittelt gegen den „WAZ"-Konzern wegen des Verdachtes des Mißbrauchs einer Monopolstellung. Kern des Vorwurfs sind Zwangskombinationen im Anzeigenmarkt, d.h. Anzeigen können nur in allen Blättern des „WAZ"-Konzerns geschaltet werden, Anzeigen für eine der Zeitungen sind ausgeschlossen.

Somit werden nicht nur aufgrund der Monopol- und Vormachtstellung den Lesern Inhalt und Preis der Zeitung diktiert, sondern auch die Inserenten erpreßt, ersteres geschieht mit Billigung des Kartellamtes, das die Zeitungsfusion genehmigte.

Die „WAZ"-Verlagsleitung bezeichnete den Anzeigenverbund zwischen den Zeitungen der Gruppe jedoch als wirtschaftlich so grundlegend, daß er unverzichtbar sei. Wenn die Kartellbehörden die Einheit im Anzeigengeschäft untersagten, müßten zumindest bis an die 30 Lokalredaktionen stillgelegt werden. Die „WAZ" scheute auch nicht die Drohung, daß sie bei einem Verbot der Zwangskombinationen überlegen müsse, ob sie die angegliederten Zeitungen ganz aufgebe (nach „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 11.6.77).

Fühlt sich der „WAZ"-Konzern in seinem Monopolstreben angegriffen, so greift er zur Durchsetzung seiner Vormachtstellung und Absicherung seiner Profite zum Mittel der Erpressung mit Arbeitsplatzvernichtung und weiterer Konzentration.

Ein Hamburger Druckgenosse

Bayerischer Rundfunk: Radio CSU voll auf Kreuther Kurs

Der CSU-Propaganda-Sender, der Bayerische Rundfunk, hat einen weiteren Versuch gestartet, die – seiner Meinung nach – noch politisch zu liberalen Sendeverbunde ARD und ZDF aus seinem Sendebereich Bayern zurückzudrängen. Zum 1. Januar 1978 wird das bisherige „Studienprogramm" auf dem dritten Kanal zu einem vollständigen „Abendprogramm" ausgebaut:

Der abendliche Sendeblock beginnt schon um 19 Uhr, also gleichzeitig mit der ersten Nachrichtensendung des ZDF. Gesendet werden zu dieser Hauptsendezeit Spielfilme, Unterhaltungssendungen und Fernsehfilme. Gemäß dem demagogischen Motto aller Reaktionäre: Der Bürger muß die Möglichkeit haben, sich der ständigen roten Politindoktrination zu entziehen und seinem Bedürfnis auf Unterhaltung nachkommen können.

Gleichzeitig wird die zeitliche Strukturierung so gelegt, daß ein Umsteigen der bayerischen Zuschauer z. B. auf die anderen Sender nicht mehr in Frage kommt. Der Bayerische Rundfunk (BR) richtet drei Sendeblöcke ein: Ab 19 Uhr, ab 20 Uhr 30 und ab 21 Uhr 20. War nämlich dem Zuschauer bisher durch das 45 Min. Raster, nach dem fast alle Sendungen von ARD-Fernsehen, ZDF und der dritten Programme zugeschnitten sind, die Möglichkeit gegeben, mehrmals am Abend von einem ins andere Programm umzusteigen, kann er sich jetzt nur noch um 19 Uhr zwischen ZDF und BR entscheiden. Und damit diese Entscheidung zugunsten des BR ausfällt, wird eben massenwirksame, entpolitisierende Unterhaltungskost geboten.

Eine zunehmende entpolitisierte Ausrichtung der ARD und des ZDF ließe sich von daher gut mit dem Hinweis auf die „Konkurrenz" aus Bayern legitimieren.

Das Manöver der CSU und ihres Propagandasenders zeigt auch schon die ersten Erfolge: Schon haben die Sendeanstalten Südwestfunk, Süddeutscher Rundfunk und Saarländischer Rundfunk, die gemeinsam das dritte Fernsehprogramm Südwest 3 tragen (und mehrheitlich von CDU-Leuten besetzt sind) angekündigt, ebenfalls um 19 Uhr ins Abendprogramm einzusteigen.

Der Bayerische Rundfunk nimmt offensichtlich die Funktion des Vorreiters ein, in dessen Windschatten die planmäßige Entpolitisierung und reaktionäre Ausrichtung des Fernsehens in allen Fernsehanstalten vorangetrieben werden soll. Die Rundfunkräte des Bayerischen Rundfunks, unter anderen auch der bayerische SPD-Vorsitzende H. Rothermund, machen sich lediglich Sorgen darüber, ob die zur Durchführung des „Vollprogramms" zusätzlich bewilligten Mittel von 18,4 Mill. DM auch ausreichen werden, während andererseits bei dem zu „linken" NDR kräftig gespart werden soll (nach „Frankfurter Rundschau", 16., 20., 23.6.77).

Medienkommission
KB/Gruppe Hamburg

dju-Podiumsdiskussion zur Rundfunkfreiheit

Zu einer Podiumsdiskussion mit dem Thema „Rundfunkfreiheit – Angriffe auf den NDR", hatte die Deutsche Journalisten Union (dju) am 15.6. in Hannover eingeladen. Besetzt war das Podium u.a. mit CDU-Kulturminister Remmers, dem medienpolitischen Sprecher der SPD, Mahrenholz, und Dröge, Vorstandsmitglied der RFFU-Verbandes NDR. Das Verbot der Sendereihe „Der Betriebsrat" und die Kritik an der Grohnde-Brokdorf-Berichterstattung durch den CDU-majorisieren Verwaltungsrat sollte den aktuellen Anlaß zu dieser Veranstaltung bieten. Zu dieser Veranstaltung der dju, die sich durch ihre fortschrittliche Haltung zur Polizeidurchsuchung des Göttinger AStA's hervorgetan hatte, waren 150 Interessierte gekommen.

dju-Vertreter Dröge deutete an, daß die Angriffe auf den NDR bei einem Teil der Redakteure eine Selbstzensur bewirkt hätten. So würden politisch brisante Themen wie Berufsverbote oder Polizeieinsätze gar nicht erst angepackt. Verstärkt wird dies in Zukuft noch durch die Angst um den Arbeitsplatz, da beim NDR eine weitreichende Rationalisierung anlaufen soll. Remmers äußerte sich entweder nicht zu den gefallenen Vorwürfen (z.B. daß die CDU schwarze Listen über NDR-Redakteure aufgestellt habe) oder versuchte sich anzubiedern. Den Begriff „Ausgewogenheit" verstehe er natürlich nicht so, daß Sendungen über und mit Bürgerinitiativen verboten werden sollten. Nur dürfe sich der NDR hierbei nicht außerhalb der Gesetze stellen. Hierzu zitierte er einen Kommentar, der den Notwehrparagraphen im Sinne der BI's wiedergab.

KB/Gruppe Hannover